



Europäische Sozialstatistik

Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung: Zweiter Bericht

Daten 1994-1997

.....



EUROPÄISCHE
KOMMISSION



THEMENKREIS 3
Bevölkerung
und soziale
Bedingungen



Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre Fragen zur Europäischen Union zu finden

Neue gebührenfreie Telefonnummer:

00 800 6 7 8 9 10 11

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet, Server Europa (<http://europa.eu.int>).

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2002

ISBN 92-894-4332-4

© Europäische Gemeinschaften, 2002

VORWORT

Dies ist der zweite Bericht¹ einer Reihe regelmäßiger Veröffentlichungen über Einkommensarmut und soziale Ausgrenzung in der Europäischen Union. Er liefert Informationen über diese Erscheinungen in den einzelnen Mitgliedstaaten wie auch auf EU-Ebene, wobei auf die neuesten Angaben aus der Erhebung des Haushaltspanels der Europäischen Gemeinschaft² zurückgegriffen wird. Der Bericht präsentiert Querschnittsinformationen, die in jährlichen Abständen während der ersten Wellen dieser bahnbrechenden sozialstatistischen Erhebung erfasst wurden, erforscht den Zusammenhang zwischen monetären und nichtmonetären Aspekten von Armut und sozialer Ausgrenzung und entwickelt Längsschnitt und dynamische Analysen.

Hintergrund

Die Statistik über Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung hat in den vergangenen Jahren beträchtlich an Profil gewonnen, da diese Thematik einen immer höheren politischen Stellenwert erhält. Dies begann mit der Aufnahme des Kapitels Sozialpolitik in den Vertrag von Amsterdam (siehe Artikel 136 und 137). Es folgte der Europäische Rat von Lissabon (März 2000), auf dem die Sozialpolitik in den Mittelpunkt der Strategie der Europäischen Union gestellt wurde, um „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“, und der zu dem Schluss kam, dass „die Zahl der Menschen, die in der Union unterhalb der Armutsgrenze und in sozialer Ausgrenzung leben, nicht hingenommen werden kann.“ Eine sozialpolitische Agenda wurde entwickelt, denn „Armut und Ausgrenzung sollen verhindert und eliminiert werden und die Eingliederung aller Menschen in das wirtschaftliche und soziale Leben soll gefördert werden.“

Dies widerspiegelte sich im Dezember 2000 in Nizza, wo gemeinsame Ziele im Kampf gegen soziale Ausgrenzung und Armut beschlossen wurden: „Förderung der Teilnahme am Erwerbsleben und des Zugangs aller zu Ressourcen, Rechten, Gütern und Dienstleistungen; Vermeidung der Risiken der Ausgrenzung; Maßnahmen zugunsten der sozial am stärksten gefährdeten Personen; Mobilisierung aller Akteure.“ Im Juni 2001 wurden die ersten Nationalen Aktionspläne für soziale Eingliederung angenommen, in denen Ziele sowie Strategien für deren Erreichung auf nationaler Ebene festgelegt wurden, und ergänzend dazu wurde ein Gemeinsamer Bericht über die soziale Eingliederung verabschiedet.

Im November 2001 wurde ein mit 75 Mio. EUR ausgestattetes Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Unterstützung von Projekten beschlossen, die dem Kampf gegen Armut und sozialer Ausgrenzung gewidmet sind. Mit Maßnahmen im Rahmen der Struktur und Kohäsionsfonds (die zusammen ungefähr 35 % des Gesamthaushalts der EU- im Zeitraum 1994 1999 ausmachen) soll weiterhin versucht werden, den Entwicklungsunterschied zwischen Regionen zu verringern und dadurch den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu fördern.

In Nizza wurde eine erste Liste von „Strukturindikatoren“ vereinbart, davon 7 im Bereich des sozialen Zusammenhalts, für die Daten beim Europäischen Rat von Stockholm im März 2001 (und erneut in Barcelona im März 2002) im Synthesebericht der Kommission präsentiert wurden. Im Jahre 2001 erarbeitete die Untergruppe Indikatoren des von Rat eingesetzten Sozialschutzausschusses eine umfassende Liste von Indikatoren des sozialen Zusammenhalts. Ein erstes Bündel von 10 primären und 8 sekundären Indikatoren wurde auf der Tagung des Europäischen Rates in Laeken (Dezember 2001) beschlossen, auf dem ein Rahmen für die Beobachtung der Fortschritte in Richtung der Ziele von Nizza festgelegt wurde. Die Untergruppe setzt ihre Arbeit mit dem Ziel fort, diese Liste zu verbessern und zu erweitern.

Der vorliegende Bericht bildet einen wichtigen Beitrag zu dieser Arbeit, indem die Analyse der monetären Armut in einem dynamischen Rahmen gestellt und die Wechselwirkung mit nichtmonetären Aspekten der Benachteiligung und sozialen Ausgrenzung untersucht wird.

(¹) Siehe Eurostat (2000) „Europäische Sozialstatistik: Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung“, *Detailed Tables*, Luxemburg.

(²) Das ECHP ist eine 1994 in die Wege geleitete inputseitig harmonisierte Längsschnitt-Panelerhebung unter Verwendung eines Satzes gemeinschaftsweiter Definitionen, die unter einer repräsentativen Stichprobe privater Haushalte in jedem EU-Mitgliedstaat mit dem Ziel durchgeführt wird, durch persönliche Befragungen Informationen über Einkommen und damit zusammenhängende soziale Fragen zu erfassen. Weitere methodische Angaben siehe Anhang 2.

Danksagung

Erarbeitet wurde dieser Bericht für das Referat E2 „Lebensbedingungen“ von Eurostat – Referatsleiterin Anne Clemenceau, Projektkoordinator Ian Dennis – im Rahmen des Vertrags Nr. 2000.363.00002, Los 3. Als Teamleiter fungierten Liana Giorgi und Vijay Verma, Beiträge stammen von Kimberly Fisher (redaktionelle Unterstützung); Matthias Till, Liana Giorgi und Vijay Verma (Kapitel 4), Richard Layte, Chris Whelan und Vijay Verma (Kapitel 5), Gianni Betti und Vijay Verma (Kapitel 6), Chris Whelan und Vijay Verma (Kapitel 7), Michael Förster und Géza Tarcali (Kapitel 8), Michael Förster und Géza Tarcali (Kapitel 9); Matthias Till und Gianni Betti (Team technische Daten) in Zusammenarbeit mit den folgenden Institutionen: ORC Macro; Interdisziplinäres Forschungszentrum Sozialwissenschaften (ICCR); Economic and Social Research Institute (ESRI); Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung und Universität Sienna. Die Übersetzung des Originaldokuments ins Französische und ins Deutsche besorgte der Übersetzungsdienst der Kommission.

Eurostat möchte auch den verschiedenen nationalen statistischen Ämtern und anderen einzelstaatlichen Berichtsstellen danken, die für die Bereitstellung der ECHP-Daten verantwortlich waren: die Universitäten Lüttich und Antwerpen (Belgien); das Socialforskningnsinstitutet (Dänemark); DESTATIS in Zusammenarbeit mit dem DIW (Deutschland); INE (Spanien); NSSG (Griechenland); INSEE (Frankreich); ESRI (Irland); ISTAT (Italien); CEPS (Luxemburg); CBS (Niederlande); ICCR (Österreich); INE (Portugal); Tilastokeskus (Finnland); SCB (Schweden); ONS in Zusammenarbeit mit der Universität von Essex (Vereinigtes Königreich).

Datenqualität

Die der vorliegenden Publikation zugrunde liegenden Daten für 1994-1997 stammen aus Welle 5 des Haushaltspanels der Europäischen Gemeinschaft (ECHP), Benutzerdatenbank, Version Dezember 2001. Das ECHP wird in Zusammenarbeit zwischen Eurostat und den Mitgliedstaaten erstellt. Die ECHP-Benutzerdatenbank entsteht im Ergebnis eines langen Validierungsprozesses einschließlich der Durchführung von Kontrollen auf nationaler wie auch internationaler Ebene. Nach dieser Validierung darf die Datenbank für die Berechnung der statistischen Angaben, wie sie in diesem Bericht präsentiert werden, herangezogen werden.

Entgegen allen Erwartungen zeigte sich nach der Ausgabe der Benutzerdatenbank vom Dezember 2001, dass zwei Qualitätsprobleme noch nicht gelöst waren. Erstens stellten zwei nationale Berichtsstellen (Vereinigtes Königreich und Belgien) bei den von ihnen gelieferten Daten ernsthafte Qualitätsprobleme fest. Zweitens ergaben die anerkannten Verfahren zur Imputation fehlender Positionen und zur Gewichtung einige extreme Werte, und es wurde vereinbart, ein revidiertes Berechnungsverfahren zu verwenden. Nach beträchtlichen Anstrengungen auf nationaler Ebene und durch Eurostat wurden beide Probleme rechtzeitig vor dem Erscheinen der geplanten Benutzerdatenbank von Welle 6 im Dezember 2002 gelöst. Die auf der neuen Datenbank beruhenden Ergebnisse sind nicht mit den auf der alten Datenbank basierenden Ergebnissen vergleichbar. Es steht fest, dass sich einzelne Indikatoren, die unter Verwendung der verschiedenen Datenbanken erstellt wurden, spürbar verändert haben. Beispielsweise ist bekannt, dass im Vergleich zu Welle 6 die Armutsgefährdungsquoten für britische Rentner zu hoch angesetzt sind. Leider war es nicht möglich, die umfangreichen Detailrechnungen und entsprechenden Analysen im vorliegenden Text noch einmal vorzunehmen und diesmal die Datenbank von Welle 6 heranzuziehen.

Einzelne Ergebnisse in der vorliegenden Veröffentlichung sollten daher als vorläufig betrachtet und mit Vorsicht interpretiert werden. Gleichwohl sind die Verfasser dieses Berichts der Auffassung, dass ihre Forschung durch die festgestellten Probleme in der Substanz nicht ernstlich beeinträchtigt werden dürfte.

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	5
INHALTSVERZEICHNIS	7
1 ZUSAMMENFASSUNG	11
2 EINLEITUNG	18
3 KONZEPTIONELLER UND METHODISCHER RAHMEN	20
3.1 Konzeptioneller Rahmen	20
3.1.1 Einkommensarmut und/oder soziale Ausgrenzung?	20
3.1.2 Armut und soziale Ausgrenzung sind relative Maße	21
3.1.3 Nichtmonetäre Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung	22
3.1.4 Wege zu Einkommensarmut und sozialer Ausgrenzung	22
3.2 Methodischer Rahmen	23
3.2.1 Datenquellen für die Querschnittsanalyse	23
3.2.2 Datenquellen für die Längsschnittanalyse	24
3.2.3 Gewichtung der Längsschnittstichprobe	24
3.2.4 Imputationen von Positionen der nichtmonetären Benachteiligung	24
3.2.5 Grundlegende statistische Definitionen	25
3.2.6 Schlüsselvariable bzw. Analysestandpunkte	26
3.2.7 Die Analyse von nichtmonetären Indikatoren	28
3.2.8 Der Fuzzy-Set-Ansatz	29
4 EINKOMMENSVERTEILUNG UND RISIKO DER EINKOMMENSARMUT	31
4.1 Einkommensniveau 1997	31
4.2 Einkommensniveau und -verteilung 1994 bis 1997	32
4.3 Der wirtschaftliche Abstand zwischen hohen und niedrigen Einkommen	34
4.4 Konzentration der Einkommensressourcen	36
4.5 Niedrigeinkommen und Armutsgefährdung	37
4.6 Das soziale Profil des wirtschaftlichen Vorteils/Nachteils	42
4.6.1 Der Lebenszyklus und seine Relevanz für Frauen	42
4.6.2 Bildungsstand	44
4.6.3 Soziale Schicht	45
4.6.4 Arbeitslosigkeit	46
4.6.5 Erwerbsintensität	47
4.6.6 Elterliche Pflichten als Indikator gewachsener Bedürfnisse	47
4.7 Das soziale Profil einkommensbezogener Armutsgefährdung	48
4.8 Augenmerk auf den Grad der Armut der „Fuzzy-Set“-Ansatz	53
4.9 Fazit	55
5 DYNAMIK DER EINKOMMENSARMUT	56
5.1 Längsschnittliche und querschnittliche Maße im Vergleich	56
5.2 Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung	57
5.3 Längsschnittliche „Fuzzy-Set“-Maße der Armut	60
5.4 Wahrscheinlichkeiten der Überwindung des Zustands der Armutsgefährdung	62
5.5 Wahrscheinlichkeiten des Rückfalls in den Zustand der Armutsgefährdung	63
5.6 Merkmale dauerhaft armutsgefährdeter Personen	65

5.7	Übergänge in die Armutsgefährdung	70
5.8	Fazit	75
6	NICHTMONETÄRE BENACHTEILIGUNG BZW. BENACHTEILIGUNG IN DER LEBENSFÜHRUNG	76
6.1	Wahl der Indikatoren	76
6.2	Ermittlung der zugrunde liegenden Dimensionen	78
6.3	Querschnittsanalyse der Benachteiligung	79
6.3.1	Index der gesamten nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung	79
6.3.2	Schwankung bei den Dimensionen der Benachteiligung	80
6.3.3	Das soziale Profil der nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung	82
6.3.4	Entwicklungstendenz im Zeitverlauf	87
6.4	Längsschnittanalyse der nichtmonetären Benachteiligung in der Lebensführung	88
6.4.1	Akute Benachteiligung und dauerhafte Benachteiligung	88
6.4.2	Muster für die vier Jahre von 1994 bis 1997	90
6.5	Fazit	91
7	EINKOMMENSBEZOGENE ARMUTSGEFÄHRDUNG UND BENACHTEILIGUNG IN DER LEBENSFÜHRUNG	93
7.1	Eine Querschnittsanalyse von einkommensbezogener Armutsgefährdung und Benachteiligung in der Lebensführung	93
7.2	Einkommensbezogene Armutsgefährdung, Gesundheit, soziale Beziehungen und subjektives Wohlbefinden	97
7.3	Dauerhafte einkommensbezogene Armutsgefährdung und Benachteiligung in der Lebensführung	99
7.4	Mehrfache Benachteiligung und dauerhafte Gefahr der Einkommensarmut	102
7.5	Relative Einkommensarmut und relative Benachteiligung	104
7.6	Dauerhafte Einkommensarmut und dauerhafte Benachteiligung	106
7.7	Der „Fuzzy-Set“-Ansatz für Gefahr der Einkommensarmut und Benachteiligung in der Lebensführung	111
7.7.1	Einkommensbezogene Armutsgefährdung und Benachteiligung in der Lebensführung: Querschnittsanalyse	111
7.7.2	Gefahr der Einkommensarmut und Benachteiligung in der Lebensführung: die dynamische Perspektive	113
7.8	Fazit	116
8	DIE ROLLE VON SOZIALTRANSFERS	119
8.1	Niveau und Verteilung der Sozialtransfers	119
8.1.1	Renten	121
8.1.2	Sonstige Transfers	122
8.2	Umverteilungseffekte: die Frage der „Effizienz“ der Zielgruppenausrichtung	124
8.3	Linderung der Armutsgefährdung durch Sozialtransfers	128
8.4	Fazit	132
9	LÄNDERPROFILE	133
9.1	Belgien	133
9.2	Dänemark	134

9.3 Deutschland	135
9.4 Griechenland	136
9.5 Spanien	137
9.6 Frankreich	138
9.7 Irland	139
9.8 Italien	140
9.9 Luxemburg	141
9.10 Niederlande	142
9.11 Österreich	143
9.12 Portugal	144
9.13 Finnland	145
9.14 Schweden	146
9.15 Vereinigtes Königreich	147
10 FAZIT UND EMPFEHLUNGEN	148
ANHANG 1: GLOSSAR	150
ANHANG 2: METHODIK	154
Der Fuzzy-Ansatz zur Analyse der Gefahr der Einkommensarmut als Frage des Grades	154
Die Bildung des einkommensbezogenen Armutsgefährdungsindex für die Fuzzy-Analyse	155
Längsschnittindizes der einkommensbezogenen Armutsgefährdung für die Fuzzy-Analyse	155
Erstellung von Indizes der nichtmonetären Benachteiligung	156
Einzelheiten des Fuzzy-Set-Ansatzes bei Indizes der nichtmonetären Benachteiligung	157
Querschnittsanalyse: Einkommensbezogene Armutsgefährdung in Verbindung mit Benachteiligung	159
Einzelheiten logistischer Regressionen	160
Überblick über die ECHP-Methodik	160
ANHANG 4: TABELLEN	163
Liste der Tabellen in diesem Anhang	163
ANHANG 4: VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN UND TABELLEN IM HAUPTTEXT	175
Verzeichnis der Abbildungen im Haupttext	175
Verzeichnis der Tabellen im Haupttext	177

1. Zusammenfassung

Einkommensverteilung und Gefahr der Einkommensarmut – die Querschnittsperspektive

[1.01] Im Jahre 1997 betrug das durchschnittliche Einkommensniveau³ in der Europäischen Union 11 500 KKS (das ist der Wert der Waren, die mit jeder nationalen Währung hätten erworben werden können, wenn die Einheiten einer jeden nationalen Währung in eine für Europa einheitliche Recheneinheit umgerechnet werden). Dabei wies Portugal mit 6500 KKS das niedrigste und Luxemburg mit 19 000 KKS das höchste durchschnittliche Einkommen auf. Eine vergleichende Betrachtungsweise zeigt, dass Portugal wie auch Griechenland und Spanien mit einem durchschnittlichen Einkommensniveau von höchstens 8000 KKS von allen Mitgliedstaaten den geringsten Wohlstand aufweisen. Das Vereinigte Königreich, Österreich, Deutschland, Belgien und Dänemark liegen mit 13 000 bis 14 000 KKS über dem Länderdurchschnitt.

[1.02] Das mediane Einkommensniveau in den EU-Mitgliedsstaaten war 1997 etwa 10 % höher als 1994, was einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme von 2,5 % entspricht. Einen deutlich höheren Anstieg verzeichneten Dänemark, Irland, Portugal und das Vereinigte Königreich, wobei in Irland das Wachstum mit 6,5 % im Jahr am stärksten ausfiel.

[1.03] Verbesserungen im allgemeinen Lebensstandard (im Sinne eines Anstiegs des Nominaleinkommens) bedeuten nicht zwangsläufig, dass alle Länder gleichermaßen davon profitieren. So verringerte sich in Dänemark zwischen 1994 und 1997 der Anteil der Personen mit niedrigem Einkommen proportional zum Anstieg des Anteils der Bezieher höherer Einkommen, während in Irland nahezu das Gegenteil der Fall war. Im Vereinigten Königreich – einem weiteren Land mit einem hohen Wirtschaftswachstum in diesem Zeitraum – beobachteten wir einen Anstieg bei den niedrigen und hohen Einkommen. Parallel dazu verringerte sich die Zahl der Bezieher mittlerer oder sehr hoher Einkommen.

[1.04] Im Jahre 1997 betrug in den EU-Mitgliedstaaten der wirtschaftliche Abstand zwischen den Reichsten und den Ärmsten der Gesellschaft durchschnittlich 4:1, wobei er in Portugal und Griechenland mit nahezu 6:1 am höchsten war. Das bedeutet, dass in reichen Haushalten lebende Portugiesen oder Griechen im Durchschnitt das Sechsfache des Einkommens armer Haushalte zur Verfügung haben. Ungleichheiten ähnlichen Ausmaßes wie in Portugal und Griechenland zeigen sich auch in Spanien und dem Vereinigten Königreich. Andererseits verzeichnen Luxemburg wie auch alle nordischen Länder eine deutlich ausgewogenere Einkommensverteilung; der wirtschaftliche Abstand zwischen den Reichsten und den Ärmsten des Landes liegt bei 3:1 (in Luxemburg) oder noch darunter (Finnland, Schweden und Dänemark).

[1.05] Im gleichen Jahr verfügte die unterste Quintilgruppe in der Europäischen Union über lediglich 8 % der gesamten Einkommensressourcen, auf das oberste Einkommensquintil hingegen entfielen 38 % aller Ressourcen. Das für die Einkommenskonzentration maßgebliche Verhältnis betrug somit nahezu 5:1. Am niedrigsten war es in Dänemark (3:1), Finnland (3,2:1) und Schweden (3,3:1) und am höchsten in Portugal (7,3:1), gefolgt von Griechenland (6,7:1), Spanien (6,5:1) und dem Vereinigten Königreich (5,8:1).

[1.06] Ende der 90er-Jahre bezogen mehr als 60 Mio. EU-Bürger ein Einkommen unterhalb der jeweiligen nationalen Armutsgefährdungsschwelle. Das entsprach 17 % der gesamten Bevölkerung. Die Armutsgefährdungsquoten in den einzelnen Mitgliedstaaten reichen von 24 % in Portugal bis zu 8 % in Dänemark und Finnland. Eine über dem EU-Durchschnitt liegende Armutsgefährdung ist generell in den südeuropäischen und angelsächsischen Ländern zu beobachten, d. h. in Portugal, Griechenland, Spanien, Italien, dem Vereinigten Königreich, Irland und weniger stark auch in Frankreich, das am nächsten am EU-Durchschnitt liegt. Ein geringeres Armutsrisiko besteht in den kontinentalen und skandinavischen Mitgliedstaaten, wobei hier Belgien und Deutschland die geringste Abweichung vom EU-Durchschnitt verzeichnen.

[1.07] Das Nettoeinkommen, das zur Beseitigung des Armutsrisikos in allen 15 EU-Mitgliedstaaten bezüglich 1997 erforderlich gewesen wäre, beläuft sich auf insgesamt 87,5 Mrd. KKS, was einer allgemeinen medianen Armutsgefährdungslücke von 22 % entspricht. Die meisten Länder haben eine Armutsgefährdungslücke zwischen 20 und 24 %, wobei die Niederlande, Frankreich, Österreich und Schweden unterhalb des EU-Durchschnitts liegen und Portugal darüber. In Belgien, dem Vereinigten Königreich, Spanien und Italien ist die Lücke größer als 26 %. Spitzenreiter ist Griechenland mit 33 %.

⁽³⁾ Unter Einkommen ist in diesem Dokument Äquivalenzeinkommen zu verstehen: siehe Glossar (Anhang 1) und Methodik (Anhang 2)

[1.08] In Ländern mit einer überdurchschnittlichen Armutsgefährdungsquote ist die Armutsgefährdungslücke in der Regel größer, was sich jedoch nicht verallgemeinern lässt. Irland, das nachweislich eine der höchsten Armutsgefährdungsquoten in Europa aufweist (20 % an der 60-Prozent-Schwelle), hat nach Finnland die zweitkleinste Armutsgefährdungslücke in der EU (19 %). Das deutet darauf hin, dass ein Großteil der Armutsgefährdeten in Irland knapp unterhalb der Einkommensschwelle liegt, geht man einmal von den Einkommensressourcen aus.

[1.09] Ausmaß und Schwere der Armutsgefährdung sind zwei wesentliche Anliegen der Sozialpolitik; gleichermaßen wichtig ist jedoch das Niveau der Ungleichheit zwischen den von der Armut Bedrohten. Unter denen, für die die Gefahr der Einkommensarmut besteht, ist die Einkommensungleichheit sehr viel geringer als in der Bevölkerung insgesamt. So lag der durchschnittliche Gini-Koeffizient für Bezieher niedriger Einkommen in den EU-Mitgliedstaaten 1997 bei 18, verglichen mit 30 für die Gesamtbevölkerung. In Italien und Spanien war der über die Einkommenskonzentration Aufschluss gebende Gini-Koeffizient höher als 24, wohingegen Irland und Dänemark mit einem Koeffizienten von weniger als 12 die geringste Einkommensungleichheit unter den Armutsgefährdeten aufwiesen. Die Werte in den übrigen Ländern lagen zwischen denen von Finnland (14) und Griechenland (20).

[1.10] Charakteristisch für Dänemark wie auch Luxemburg und Österreich sind ein hohes Maß an Wohlstand, geringe Ungleichheiten und eine geringe Armutsgefährdung. Dasselbe gilt für die Niederlande und die nordischen Länder, wenngleich hier der Wohlstand nicht ganz so hoch ist. Im Gegensatz dazu weisen alle vier südeuropäischen Länder einen nur geringen Wohlstand, starke Ungleichheiten und eine beträchtliche Armutsgefährdung auf. Ein geringeres Wohlstandsniveau in Irland wird gleichermaßen von einer erhöhten Armutsgefährdung begleitet, jedoch ist die Ungleichheit hier weniger gravierend. Deutschland und Frankreich liegen bei den meisten Dimensionen nahe dem (ungewichteten) EU-Durchschnitt, angesichts der Größe dieser Länder verbergen sich hinter diesen aggregierten Maßen jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach beträchtliche regionale Unterschiede. Stark ausgeprägte Ungleichheiten und eine hohe Armutsgefährdung im Vereinigten Königreich stehen im Widerspruch zum medianen Einkommensniveau, das deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt. Auch Belgien stellt einen gewissen Sonderfall dar, da hier ein generell hoher Lebensstandard mit vergleichsweise starken Ungleichheiten und einer durchschnittlichen Armutsgefährdung einhergeht.

[1.11] Die Untersuchung der sozialen Muster der Ungleichheiten in den Ländern haben gezeigt, dass Frauen von wirtschaftlicher Benachteiligung und Armutsrisiko am stärksten betroffen sind, was sich am deutlichsten in bestimmten Abschnitten des Lebenszyklus offenbart. Jugendliche und Kinder stehen generell schlechter da als Personen im erwerbsfähigen Alter. Im Rentenalter sind die Einkommen niedriger, was zwangsläufig ein höheres Armutsrisiko mit sich bringt. Davon besonders betroffen sind allein lebende ältere Frauen. Ein niedriger Bildungsstand, weniger günstige Beschäftigungspositionen und Arbeitslosigkeit sind wesentliche Faktoren auf dem Weg in die Armut. Auch drei und mehr unterhaltsberechtigende Kinder bringen eine überdurchschnittliche Armutsgefährdung mit sich. In einer ähnlichen Situation befinden sich Alleinerziehendenhaushalte mit nur einem Kind (oder auch mit mehreren Kindern). Am schlimmsten ist die Situation für junge Alleinstehende, Langzeitarbeitslose und Angehörige von Haushalten, in denen niemand im erwerbsfähigen Alter einer Beschäftigung nachgeht.

Dynamik der Armutsgefährdung – die längsschnittliche Perspektive

[1.12] In der EU- insgesamt und in allen EU- Mitgliedstaaten liegt die querschnittliche Armutsgefährdungsquote deutlich unter dem Anteil der Personen, die im Zeitraum von 1994 bis 1997 ein Jahr lang armutsgefährdet waren. Anders gesagt: Der Anteil der Personen, die während des Vierjahreszeitraums ein Jahr lang armutsgefährdet waren, ist höher als der Anteil derjenigen, die in einem beliebigen Jahr entsprechende Erfahrungen machten. Die bei Zugrundelegung der längsschnittlichen Quote höheren Anteile Armutsgefährdeter zeigen, dass von der Armutsgefährdung ein größerer Teil der Bevölkerung betroffen ist als das querschnittliche Maß vermuten ließe.

[1.13] Die überwiegende Mehrheit der Menschen war während des Untersuchungszeitraums überhaupt nicht armutsgefährdet. Die Zahl der dauerhaft Armutsgefährdeten schwankt während aller vier Jahre zwischen knapp 1 von 25 in Dänemark und ungefähr 1 von 6 in Portugal. Neben Portugal weisen Griechenland und Irland mit 8 % die höchsten Quoten der dauerhaften Armutsgefährdung auf.

[1.14] Selbst wenn nur eine Minderheit der Menschen dauerhaft armutsgefährdet ist, muss betont werden, dass weitaus höhere Anteile als erwartet armutsgefährdet sind, wenn die Erfahrungen mit der

Armutgefährdung in einem beliebigen Jahr unabhängig von den Erfahrungen in einem anderen Jahr waren. Man könnte also vermuten, dass die Erfahrung der Armutgefährdung mit einem gewissen „Trägheitseffekt“ behaftet ist, die bewirkt, dass der Zustand der Armutgefährdung länger als ein Jahr anhält.

[1.15] Länderübergreifend gilt: Je höher das Niveau der Armutgefährdung in einem Land, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie von verschiedenen Einzelpersonen „geteilt“ wird. Beispielsweise beträgt der Quotient zwischen der mittleren querschnittlichen Armutgefährdungsquote und der Quote der akuten Armutgefährdung in Portugal 1,55 (mittlere querschnittliche Quote der Armutgefährdung: 23 %) und in Dänemark 2,14 (mittlere Armutgefährdungsquote: 10 %). Ebenso gilt: Je höher das Niveau der Armutgefährdung in einem Land, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit einer Verfestigung dieses Zustands bei denselben Einzelpersonen. Beispielsweise beträgt der Quotient zwischen dauerhafter und querschnittlicher Armutgefährdung für Portugal und Dänemark 0,82 bzw. 0,56.

[1.16] In den meisten Ländern sinkt die Wahrscheinlichkeit der Überwindung des Zustands der Armutgefährdung im Zeitverlauf, wenngleich die Tendenz je nach gewählter Armutgefährdungsgrenze und Land unterschiedlich ausfällt. Bei Zugrundelegung der 70-Prozent-Einkommensgrenze weist Portugal selbst nach dem ersten Jahr eine niedrige Abgangsquote auf, gefolgt von Irland und dem Vereinigten Königreich. Legt man 60 % des Medianeinkommens als Grenze fest, ergeben sich ähnliche Muster, die jedoch stärker ausgeprägt sind. Während Portugal erneut die geringsten Abgangsquoten aufweist, sind beim Vereinigten Königreich und Frankreich drastische Rückgänge nach dem ersten Jahr und nahezu gleichermaßen niedrige Abgangsquoten nach drei Jahren erkennbar. Das Ausmaß der Senkung der Abgangsquote im Zeitverlauf lässt auf einen regelmäßigen und strukturierten Prozess schließen, der die Fähigkeit von Einzelpersonen und Haushalten einschränkt, sich aus dem Zustand der Armutgefährdung zu befreien oder diesen zu vermeiden. Zudem machte sich dieser Prozess in einigen Ländern stärker bemerkbar als in anderen.

[1.17] Die Rückfallquoten weichen erheblich voneinander ab, wobei die Niederlande eine Abnahme um zwei Drittel nach dem zweiten Jahr, das Vereinigte Königreich dagegen nur um knapp 15 % verbuchen kann. Aus diesen Ergebnissen ist kein eindeutiges Ländermuster ablesbar. Bei Zugrundelegung der Grenze von 70 % des Medianeinkommens sind ähnliche Muster erkennbar. Lediglich die Rückfallwahrscheinlichkeit steigt, was jedoch angesichts der höheren Armutgefährdungsschwelle, die ein schnelleres Absinken unter diese Grenze bewirkt, nicht überraschen dürfte. Die Abnahme der Rückfallquoten bewegt sich zwischen 66 % in Dänemark und 7 % in Frankreich.

[1.18] Sowohl die Faktoren, die den Grad der Bedürftigkeit von Haushalten steigern, als auch jene, die die Verfügbarkeit von Mitteln einschränken, erhöhen das Risiko dauerhafter Armut. Ein niedriger Bildungsstand und die Zugehörigkeit zur sozialen Klasse der Arbeiter führen tendenziell zu einer Verstärkung der dauerhaften Armutgefährdung, wenngleich letzteres Kriterium in den einzelnen Ländern unterschiedlich zum Tragen kommt. So ist das Gefälle in Dänemark, Belgien, den Niederlanden und Deutschland niedrig, besteht im Vereinigten Königreich, in Frankreich und Irland eine mäßige Gefährdung und ist die Gefahr in den südeuropäischen Ländern im Allgemeinen am größten. Dieses Muster tritt bei den Variablen zum Haushaltstyp nicht ganz so deutlich zutage. Gleichwohl gilt im Allgemeinen unverändert, dass Alleinerziehende, ältere Menschen und Haushalte mit mehr Kindern stärker armutgefährdet sind als jüngere Paare mit zwei oder weniger Kindern.

[1.19] Übergänge in den Zustand der Armutgefährdung und Zunahmen der Armutgefährdung sind in der Regel durch Einkommensrückgänge und nicht durch Steigerung der Bedürfnisse des Haushalts bedingt. Ein sinkendes Arbeitseinkommen (in Form von Löhnen und Gehältern oder Einkünften aus selbstständiger Tätigkeit) hat höchstwahrscheinlich einen Übergang in die Armutgefährdung zur Folge. Das Arbeitseinkommen kann aus mehreren Gründen sinken, doch dürften Übergänge aus der Beschäftigung in die Arbeitslosigkeit oder Nichterwerbstätigkeit eine zentrale Rolle spielen. Bei einem Wechsel aus der Beschäftigung in die Arbeitslosigkeit ist die Gefahr des Zugangs zur Armutgefährdung fast 3,3 Mal größer, und die Wahrscheinlichkeit des Abgangs sinkt um mehr als 40 %. Bei einem Übergang in die Nichterwerbstätigkeit steigt die Armutgefährdung auf das 1,7fache, und die Abgangswahrscheinlichkeit sinkt um 20 %.

[1.20] Wenn keine anderen Einkommensquellen vorhanden sind, führen Übergänge in die Arbeitslosigkeit bzw. Nichterwerbstätigkeit zur Abhängigkeit von Sozialtransfers in Form der Sozialhilfe. Da diese Zahlungen in der Regel niedriger sind als das Arbeitseinkommen, steigt in vielen Fällen das Armutsrisiko. Am interessantesten ist jedoch die Feststellung, dass die Wahrscheinlichkeit des Übergangs in die Armutgefährdung massiv auf 7,6 ansteigt, wenn der Haushalt in die Abhängigkeit von Sozialleistungen gerät. Andererseits führt dieser Übergang dazu, dass die Wahrscheinlichkeit, künftig nicht mehr armutgefährdet zu

sein, um 50 % abnimmt. Ist ein Haushalt nicht mehr abhängig, so bedeutet die bisherige Abhängigkeit von der Sozialhilfe oder ein zuvor niedriges Einkommen, dass die Wahrscheinlichkeit 2,4 Mal größer ist als bei denjenigen, die zu keinem Zeitpunkt auf Sozialtransfers angewiesen waren, wengleich die Wahrscheinlichkeit des Abgangs aus dem Zustand der Armutgefährdung um 160 % zunimmt.

[1.21] Kommt ein Erwachsener oder ein Kind zu einem Haushalt hinzu, nimmt die Wahrscheinlichkeit des Übergangs in die Armut zu. Gleichwohl kommt der Einfluss der Haushaltsgröße absolut nicht so stark zum Tragen wie Einkommensveränderungen. Ein zusätzlicher Erwachsener führt zu einer Erhöhung des Armutsrisikos um 12 %, bei einem weiteren Kind sind es 9 %. Offenbar führt das Hinzukommen eines Erwachsenen jedoch nicht zu einer abnehmenden Wahrscheinlichkeit der Armutgefährdung, wohingegen ein weiteres Kind deutlich negativ zu Buche schlägt, d. h., die Wahrscheinlichkeit des Übergangs nimmt ab.

Nichtmonetäre Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung

[1.22] Unter Verwendung der ECHP-Indikatoren wurden fünf Dimensionen der nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung ermittelt.

- Primäre Benachteiligung in der Lebensführung – Bezieht sich auf Positionen wie Nahrung und Bekleidung, Urlaub mindestens einmal pro Jahr, Ersatz verschlissener Einrichtungsgegenstände und Fristüberschreitungen bei fälligen Zahlungen.
- Sekundäre Benachteiligung in der Lebensführung – Umfasst Positionen, die als weniger wichtig erachtet werden, z. B. Pkw, Telefon, Farbfernsehgerät, Videorekorder, Mikrowelle oder Geschirrspülmaschine.
- Wohnungsausstattung – Ausstattungsmerkmale wie das Vorhandensein von Bad oder Dusche, Innen-WC und fließendem Wasser, bei denen es sich um als wichtig erachtete Merkmale handelt.
- Wohnungsmängel – Mängel wie ein undichtes Dach, Nässe sowie Fäulnis in den Fensterrahmen oder in den Fußböden.
- Probleme im Wohnumfeld – Durch Lärm, Schmutz, Vandalismus sowie Platz- und Lichtmangel bedingte Probleme.

[1.23] Der Gesamtindex der nichtmonetären Benachteiligung bzw. der Benachteiligung in der Lebensführung als gewichteter Durchschnitt des Fehlens einzelner Positionen zeigt einen deutlichen Zusammenhang mit der Höhe des Einkommens und der einkommensbezogenen Armutgefährdung. Die Benachteiligung in der Lebensführung nimmt mit steigender einkommensbezogener Armutgefährdung zu und mit wachsendem Einkommensniveau ab. Insofern als in weniger reichen Ländern der EU- in der Regel auch eine größere Einkommensungleichheit herrscht, weist der Index der nichtmonetären Benachteiligung in der Lebensführung einen größeren Bereich der Schwankung zwischen den Mitgliedstaaten auf, wobei die Werte für Portugal und Griechenland besonders hoch sind.

[1.24] Bei einer getrennten Betrachtung der fünf Dimensionen der Benachteiligung in der Lebensführung zeigen sich in Griechenland sehr hohe Grade bei der primären Benachteiligung, in Portugal bei Wohnungsmängeln und in diesen beiden Ländern bei der Wohnungsgrundausrüstung. Sehr niedrige Zahlen für die Benachteiligung bei der Wohnungsgrundausrüstung melden hingegen die Niederlande und das Vereinigte Königreich.

[1.25] Die sozialen Profile der Benachteiligung, die sich aus dieser Analyse nichtmonetärer Aspekte ergeben, ähneln denen aus der Analyse der einkommensbezogenen Armutgefährdung. Im Großen und Ganzen besteht der maßgebliche Unterschied darin, dass die sozialen Unterschiede bei den nichtmonetären Indikatoren im Allgemeinen weniger und oft bedeutend weniger ausgeprägt sind. Alleinerziehendenhaushalte sind beispielsweise weiterhin benachteiligt, aber bei Benutzung nichtmonetärer Indikatoren im etwas geringeren Maße als gemessen an der einkommensbezogenen Armutgefährdung. Dagegen stellt sich die Situation großer Haushalte (z. B. Haushalte mit vielen Kindern) bei nichtmonetären Indikatoren weniger ungünstig dar als bei Betrachtung der einkommensbezogenen Armutgefährdung. Bei nichtmonetären Indikatoren bleibt das Gefälle nach dem höchsten Bildungsniveau im Haushalt bestehen, aber im Vergleich mit dem einkommensbezogenen Gefälle ist wiederum eine deutliche Abnahme zu verzeichnen. Ebenso ist das Gefälle nach der sozialen Schicht reduziert, wenn man einmal vom etwas erhöhten relativen Nachteil der manuell Tätigen absieht.

[1.26] Im Länderdurchschnitt liegt die Quote der querschnittlichen nichtmonetären Benachteiligung insgesamt bei rund 17 %. Die Quote der akuten Benachteiligung ist bei Betrachtung eines Dreijahreszeitraums um einen

Faktor von rund 1,5 höher, was bedeutet, dass – verglichen mit der querschnittlichen Quote bezogen auf einen bestimmten Zeitraum (ein Jahr) – mindestens 50 % in den drei Jahren eine Zeit lang benachteiligt waren. Rund 60 % der Personen, die akut benachteiligt sind, befinden sich über die Gesamtheit des Dreijahreszeitraums dauerhaft in diesem Zustand. Nichtmonetäre Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung ist in der Regel anhaltender als einkommensbezogene Armutsgefährdung, d. h. dieselben Personen sind davon längere Zeit betroffen. Der Unterschied zwischen nichtmonetären und einkommensbezogenen Indikatoren beträgt in dieser Hinsicht rund 15 %.

[1.27] Je höher der Grad der nichtmonetären Benachteiligung in einem Land ist, mit desto geringerer Wahrscheinlichkeit sind unterschiedliche Einzelpersonen davon betroffen. Das Verhältnis zwischen der akuten Benachteiligung und der querschnittlichen Benachteiligung ist zum Beispiel in Portugal 1,3 (bei einer Gesamtquote der Benachteiligung von 34 %) und in Dänemark 1,5 (bei einer Benachteiligungsquote von 11 %). Und je höher der Grad der Benachteiligung in einem Land ist, mit desto größerer Wahrscheinlichkeit sind die gleichen Personen anhaltend davon betroffen. Das Verhältnis zwischen dauerhafter Benachteiligung und querschnittlicher Benachteiligung beträgt zum Beispiel für Portugal 0,7 und für Dänemark 0,5. Diese Ergebnisse stimmen mit denen für die dauerhafte Einkommensarmut überein.

Gefahr der Einkommensarmut und Benachteiligung in der Lebensführung

[1.28] Personen aus Haushalten, die sich unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle befinden, sind mit größerer Wahrscheinlichkeit mit verschiedenen Formen der Unterversorgung konfrontiert, d. h. beispielsweise, sie können sich keinen Urlaub leisten, keine verschlissenen Einrichtungsgegenstände ersetzen, keine neue Kleidung anschaffen, keine Gäste einladen oder ihre Wohnung nicht ausreichend heizen. Dies betrifft vorrangig die südeuropäischen Länder, insbesondere Portugal und Griechenland. Mit Schulden sind vor allem viele irische und griechische Haushalte belastet.

[1.29] Der Grad der Unterversorgung ist bei Positionen der sekundären Dimension, die den Besitz dauerhafter Güter betrifft, wesentlich geringer. Dies ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass der Geschmack bei diesen Faktoren eine größere Rolle spielt und dass solche Dinge bereits vor einiger Zeit erworben worden sein können und daher durch kurzfristige Veränderungen der Einkommenssituation weniger beeinflusst werden. Die am häufigsten fehlenden Positionen sind Auto und Geschirrspülmaschine. Die höchsten Angaben über ein fehlendes Auto sind mit fast 50 % in Portugal zu verzeichnen. In Belgien, Deutschland, Spanien, Irland und Griechenland sind es 20 bis 30 %. In allen anderen Fällen liegt die Zahl unter 20 %, und außergewöhnlich niedrig ist der Prozentsatz mit 6 % in Italien.

[1.30] Bei Wohnungsmängeln sind zwischen den Ländern krasse Unterschiede im Ausmaß festzustellen, in dem Personen, die in von Einkommensarmut bedrohten Haushalten leben, im Hinblick auf diese Positionen benachteiligt sind. Bei einer Gruppe von sechs Ländern – Dänemark, Deutschland, Luxemburg, Österreich, Finnland und Italien – sind bei allen drei Positionen extrem niedrige Werte zu verzeichnen. Hingegen sind sehr viele Menschen in Haushalten Portugals, die von Einkommensarmut bedroht sind, in größerem Abstand gefolgt von entsprechenden Haushalten in Griechenland und Spanien, mit Wohnungsmängeln konfrontiert.

[1.31] Die breite Mehrheit der Antwortenden, die von Einkommensarmut bedroht sind, berichtet nicht über Probleme mit der Wohnungsausstattung. Portugal, wo in einer großen Anzahl von Häusern grundlegende Ausstattungsmerkmale fehlen, und Griechenland, wo viele Haushalte über kein warmes Wasser verfügen, sind signifikante Ausnahmen.

[1.32] Der Grad der Benachteiligung, der starke Verschmutzung und ungenügendes Tageslicht betrifft, fällt deutlich niedriger aus. Hinsichtlich Schmutz macht in Italien jeder vierte Antwortende entsprechende Angaben, in Bezug auf Lichtmangel ist es in Portugal jede dritte Antwort. Die Position Kriminalität und Vandalismus ist besonders wegen der weit verbreiteten Vorurteile interessant, die Armen würden sich in Stadtvierteln konzentrieren, die mit solchen Problemen zu kämpfen haben. Mit 28 % sind die Angaben für Frankreich am höchsten. Um diesen Prozentsatz gruppieren sich mit Werten zwischen 21 und 26 % sieben Länder. Schließlich geben Länder wie Dänemark, Luxemburg, Österreich und Griechenland Werte unter 10 % an. Eine deutliche Mehrheit der Antwortenden, die von Einkommensarmut bedroht sind, berichtet nicht über Kriminalitäts- und Vandalismusprobleme.

[1.33] Es gibt einen eindeutigen und auffallenden Zusammenhang zwischen dem Grad der Exposition gegenüber der Gefahr von Einkommensarmut im Zeitverlauf und der Exposition gegenüber primärer

Benachteiligung. Belgien bietet ein gutes Beispiel für den im Allgemeinen stetigen Zusammenhang. Von denen, die überhaupt nicht von Einkommensarmut bedroht waren, mangelt es nur 6 % an drei oder mehr Positionen, die als Indikatoren der primären Benachteiligung benutzt werden. Dieser Prozentsatz steigt auf 11 % für jene, die bei einem Anlass von Einkommensarmut bedroht waren, dann auf 22 % für jene, die bei zwei Anlässen von Einkommensarmut bedroht waren, und erreicht schließlich seinen Höhepunkt mit 48 % für jene, die mindestens in drei von vier Jahren armutsgefährdet waren. In den drei ärmsten südeuropäischen Ländern übersteigt der Anteil der von Einkommensarmut Bedrohten, denen es an mindestens drei Positionen mangelt, in allen Fällen zwei Drittel und reicht von 73 % in Spanien bis zu 91 % in Griechenland.

[1.34] In allen Ländern steigt der Grad der sekundären Benachteiligung mit der Exposition gegenüber der Gefahr von Einkommensarmut und ist bei den dauerhaft von Einkommensarmut Bedrohten am höchsten. Die höchsten Grade der Benachteiligung sind in dieser Kategorie in Portugal, Spanien und Griechenland festzustellen, wo die entsprechenden Prozentsätze 56, 39 bzw. 25 % betragen. Irland, Belgien und Deutschland liegen im Bereich von 30 %. Für Italien, Österreich und Frankreich ist die Zahl etwas niedriger (rund 10 %). Schließlich gibt es eine Gruppe mit extrem niedrigen Graden der sekundären Benachteiligung, d. h. die Quote übersteigt in keinem Fall 6 %. Dazu gehören Dänemark, die Niederlande und das Vereinigte Königreich.

[1.35] Ebenso stark ist der Zusammenhang zwischen steigender Exposition gegenüber einkommensbezogener Armutsgefährdung und erfahrenen Situationen wirtschaftlicher Belastungen in einem Haushalt, worunter definitionsgemäß zu verstehen ist, dass dieser eine Menge oder ziemlich viele Schwierigkeiten hat zurechtzukommen. Ein sehr gutes Beispiel bildet Frankreich. Die wirtschaftlichen Belastungen sind am geringsten bei denen, die im Hinblick auf das Einkommen überhaupt nicht armutsgefährdet waren, bei ihnen liegt die gemeldete Quote bei 11 %. Diese Zahl steigt auf 28 % bei denen, die einmal armutsgefährdet waren, und auf 34 % bei denen, die zweimal armutsgefährdet waren. Sie erreicht schließlich ihren Höhepunkt mit 41 % bei denen, die sich dauerhaft im Zustand der Armutsgefährdung befanden, d. h. in mindestens drei von vier Jahren.

[1.36] Mehrfache Benachteiligung, die als Unterversorgung mit einer Position von mindestens zwei oder drei Dimensionen definiert ist, steht in einem deutlichen Zusammenhang zur Gefahr der Einkommensarmut. Dieser ist jedoch schwächer als der Zusammenhang, der in Bezug auf eine einzelne Dimension der Benachteiligung und insbesondere auf die primären und sekundären Dimensionen zu beobachten ist. Mit anderen Worten, die Mehrheit der von Einkommensarmut Bedrohten ist nicht mehrfach benachteiligt und entsprechend ist die Mehrheit der mehrfach Benachteiligten nicht durch Einkommensarmut gefährdet.

[1.37] Die Erfahrung mehrfacher Unterversorgungslagen steigt mit dem Grad der Exposition gegenüber der Gefahr der Einkommensarmut im Zeitverlauf. Irland ist dafür ein gutes Beispiel. Unter den überhaupt nicht durch Einkommensarmut Gefährdeten beträgt der Anteil derer, die mehrfache Nachteile angeben, 11 %. Diese Zahl steigt auf 28 % bei denjenigen, die einmal von Einkommensarmut bedroht waren, und auf 31 % bei jenen, die zweimal von Einkommensarmut bedroht waren. Sie erreicht schließlich ihren Höchstwert von 43 % bei denjenigen, die in mindestens drei von vier Jahren durch Einkommensarmut gefährdet waren. In Belgien sieht es sehr ähnlich aus, dort geht der entsprechende Anteil von 8 über 13 auf 23 % und schließlich auf 46 %. Insgesamt ist nur in vier Ländern eine Mehrheit der dauerhaft von Einkommensarmut Bedrohten mehrfach benachteiligt – Irland (51 %), Spanien (65 %), Portugal (75 %) und Griechenland (78 %). Fünf der verbleibenden Länder - Niederlande, Belgien, Italien, Vereinigtes Königreich und Frankreich - liegen im Bereich von 40 bis 49 %. Die übrigen Länder, in denen selbst die dauerhaft durch Einkommensarmut Bedrohten verhältnismäßig geringe mehrfache Nachteile erfahren, sind Österreich, Deutschland, Luxemburg und Dänemark, wo die Spanne von 32 bis 15 % reicht.

[1.38] Arbeits und arbeitsmarktbezogene Variablen haben einen wesentlichen Einfluss auf die Gefahr der Exposition gegenüber dauerhafter Benachteiligung. Außer in einem Fall sind überall mehr als ein Drittel der Menschen in Haushalten, deren Haushaltsvorstand ein Langzeitarbeitsloser ist, dauerhaft benachteiligt. In zwei Ländern gilt das für ein Minimum von ungefähr 50 %, in Griechenland für zwei Drittel. Familiäre Merkmale spielen beim Profil der dauerhaften Benachteiligung ebenfalls eine Rolle, wenn auch keine so ausgeprägte.

[1.39] Die dauerhafte Gefahr der Einkommensarmut und die dauerhafte Benachteiligung wirken nicht kumulativ. Somit sind die Quoten der wirtschaftlichen Belastungen bei denen, die dauerhaft benachteiligt und auch dauerhaft von Einkommensarmut bedroht sind, nicht unbedingt gleich oder höher als bei denen, die allein durch dauerhafte Einkommensarmut bedroht sind. Tatsächlich wirkt sich dauerhafte Benachteiligung äußerst stark auf die nicht dauerhaft durch Einkommensarmut Bedrohten aus.

Die Rolle von Sozialtransfers

[1.40] Im Durchschnitt machen Transfers ein Drittel des verfügbaren persönlichen Einkommens aus und stellen eine Ergänzung zu den vom Markt kommenden Ressourcen dar, wobei es sich hauptsächlich um den Verdienst handelt. Geringer ist der Transferanteil in den südeuropäischen Ländern, vor allem Griechenland, höhere Anteile verzeichnen die nordischen Länder, und hier vor allem Finnland⁴, and, sowie Belgien.

[1.41] Bei den Renten besteht in der Regel in allen 15 EU-Mitgliedstaaten eine Schieflage zu Gunsten der oberen Einkommensgruppen. So liegt der Rentenanteil des obersten Einkommensquintils in allen Ländern über 20 % und ist damit höher als der Anteil dieses Quintils an der Gesamtbevölkerung. Am stärksten ausgeprägt ist dies in Portugal (43 %) und am wenigsten in Dänemark (24 %). In einigen Ländern, nämlich Dänemark, Deutschland, Italien, Luxemburg und Schweden, scheint bei den Renten außerdem ein gewisses Ungleichgewicht zu Gunsten der mittleren Einkommensgruppen zu bestehen. Das einzige Land, in dem die ärmsten 20 % mehr als 14 % aller Renten erhalten, ist Dänemark. Die Renten werden demzufolge größtenteils regressiv verteilt und folgen damit der ungleichen Verteilung des (früheren) Verdienstes.

[1.42] Im Gegensatz dazu erfolgt die Verteilung der sonstigen Transfers im Großen und Ganzen progressiv, d. h. mit Ausrichtung auf untere Einkommensgruppen. Im EU-Durchschnitt gehen 29 % aller sonstigen Transfers an das unterste Quintil, 57 % an die Bezieher mittlerer Einkommen und 14 % an das oberste Quintil. Mit anderen Worten, sie haben eine Umverteilungswirkung bei ansonsten sehr ungleich verteilten Verdiensten und anderen Einkommensquellen. Es können vier Ländergruppen unterschieden werden: (a) Dänemark, Finnland und Irland verzeichnen die stärkste Ausrichtung der sonstigen Transfers und liegen dabei weit über dem EU-Durchschnitt. (b) Österreich und Spanien weisen nahezu „proportionale“ Muster bei den sonstigen Transfers auf, die auf eine gleichmäßige Verteilung schließen lassen. (c) In Portugal und Italien besteht bei den sonstigen Transfers ein leichtes Ungleichgewicht zu Gunsten der oberen Einkommensgruppen. (d) Die übrigen acht Länder liegen sehr nahe am oben beschriebenen EU-Durchschnitt mit leichter Ausrichtung.

[1.43] Sowohl Arbeitslosenunterstützung als auch Familienleistungen werden in ähnlicher Weise verteilt wie die sonstigen Transfers generell, d. h. sie sind leicht auf die unteren Einkommenssegmente ausgerichtet. Ebenso weisen die ausbildungsbezogenen Leistungen eine Ausrichtung auf die unteren Gruppen aus, die sogar noch stärker ist als bei der Arbeitslosenunterstützung oder den Familienleistungen. Krankengeld und Erwerbsunfähigkeitsleistungen zielen nicht auf die unteren Einkommensgruppen ab, sondern sind vielmehr gleichmäßig über die verschiedenen Einkommenssegmente der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter verteilt. Wohngeld und Sozialhilfe schließlich weisen erwartungsgemäß die stärkste Ausrichtung auf. Etwa zwei Drittel der Sozialhilfe gehen an die ärmsten 20 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

[1.44] Durch sonstige Transfers wird die Zahl der von Einkommensarmut Bedrohten nahezu halbiert und der Abstand zur Armutsgefährdungsgrenze (Intensität) unter der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um etwa 40 % verringert. In Abhängigkeit von der jeweiligen Bedeutung der allgemeinen oder bedürftigkeitsgeprüften Leistungen lassen sich vier Ländergruppen unterscheiden: (a) In sieben Ländern verringert sich durch die Gesamtwirkung der verschiedenen sonstigen Transfers sowohl die Zahl der Armutsgefährdeten als auch die Intensität des Armutsrisikos in einem recht hohen Maße. Das ist der Fall in Belgien, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Finnland⁵, dem Vereinigten Königreich und - weniger ausgeprägt - Spanien. (b) In einer zweiten Ländergruppe, nämlich Dänemark, Schweden, Luxemburg und Österreich, bewirken die sonstigen Transfers in erster Linie eine Reduzierung der Zahl der Armutsgefährdeten, führen jedoch weit weniger zu einer Schließung der Armutsgefährdungslücke. (c) Lediglich in Irland wirken sich die sonstigen Transfers stärker auf die Armutsgefährdungslücke als auf die Armutsgefährdungsquote aus. (d) In den übrigen drei Ländern Griechenland, Italien und Portugal schlagen sich sonstige Transfers nur begrenzt in der Armutsgefährdung nieder. Die Verringerungsraten liegen zwischen lediglich 6 und 24 %.

[1.45] Ohne Sozialtransfers würde sich der prozentuale Anteil armutsgefährdeter Personen zu einem bestimmten Zeitpunkt um rund 20 Prozentpunkte erhöhen, und zwar von gegenwärtig 30 auf 50 % im EU-Durchschnitt. Davon am stärksten betroffen wären Personen, die über einen langen Zeitraum hinweg mit dem Armutsrisiko konfrontiert sind (drei oder vier Jahre). Statt der bisher 13 % wären dann mehr als ein Drittel über drei oder mehr Jahre armutsgefährdet. Sozialtransfers reduzieren folglich die durchschnittliche Dauer der Armutsgefährdung in Europa von 3 auf 2,2 Jahre. Besonders stark verringert sich die langfristige Armutsgefährdung offenbar in Dänemark, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich, weniger jedoch in Griechenland und Portugal.

⁽⁴⁾ Siehe jedoch ECHP-Methodik in Anhang 2.

⁽⁵⁾ Siehe jedoch ECHP-Methodik in Anhang 2.

2. Einleitung

Dieser Bericht über die Statistik zur Gefahr der Einkommensarmut und zur sozialen Ausgrenzung in der Europäischen Union basiert auf der Analyse der Daten aus dem Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP) von 1993 bis 1997.

Das Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft ist eine der wenigen Quellen für Mikrodaten über Einkommen, soziale Bedingungen und Lebensführung im heutigen Europa und wahrscheinlich die einzige, die eine Vergleichbarkeit der Mitgliedstaaten zulässt. Trotz bestimmter konzeptioneller und methodischer Mängel, die wahrscheinlich bei jeder vergleichenden Analyse auftreten, ist sie daher eine wichtige Datenbank. Welche Möglichkeiten das ECHP bietet, zeigt sich am deutlichsten bei der Betrachtung im Zeitverlauf, d. h. aus der Längsschnittperspektive, sowie bei der Erforschung der Dynamik, sei es aus der zeitlich begrenzten Perspektive oder dimensionsübergreifend oder unter kausalen Gesichtspunkten.

Der Bericht soll aber nicht nur die Situation in Bezug auf einkommensbezogene Armutsgefährdung in den späten 90er-Jahren und in diesem Zusammenhang die Rolle des Wohlfahrtsstaates dokumentieren, sondern verfolgt auch noch zwei weitere Anliegen:

Erstens, die Dynamik der einkommensbezogenen Armutsgefährdung zu analysieren, was aufgrund des Vorliegens von Längsschnittdaten aus dem ECHP, die mehrere Jahre und einen beträchtlichen Anteil der Bevölkerung erfassen, erstmals möglich ist.

Zweitens, den Zusammenhang zwischen monetärer und nichtmonetärer Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung zu einem bestimmten Zeitpunkt und im Zeitverlauf zu untersuchen, um die schwierige Frage der sozialen Ausgrenzung zu beleuchten.

An dem Bericht haben mehrere Verfasser mitgearbeitet, die alle die gleichen konzeptionellen und methodischen Leitlinien befolgt und die gleiche Datenbank und das gleiche Bündel (konstruierter) Variablen benutzt haben. Der Bericht ist folgendermaßen aufgebaut:

Im nachfolgenden Kapitel 3 wird der konzeptionelle und methodische Rahmen der Studie vorgestellt. Es wird beschrieben, wie wir die zusammenhängenden und dennoch unterschiedlichen Begriffe „einkommensbezogene Armutsgefährdung“ und „soziale Ausgrenzung“ verstehen und wie wir sie in der statistischen Tätigkeit operationalisiert haben, immer darauf bedacht, die Vorteile des ECHP zu maximieren, ohne sich über dessen Mängel hinwegzutäuschen. Die in den verschiedenen Kapiteln im Hinblick auf die Einkommensanalyse angewendeten Verfahren werden eingeführt und erörtert. Auf einige wird ausführlicher im methodischen Anhang (Anhang 2) eingegangen, wo auch – sofern relevant – die ihnen zugrunde liegende statistische / mathematische Theorie zu finden ist. Eine kurze Beschreibung statistischer Begriffe und Begriffsinhalte ist im Glossar (Anhang 1) nachzulesen.

Kapitel 4 gibt Auskunft über die Querschnittsergebnisse der Analyse und speziell über die für 1997. Dabei werden einerseits die Einkommensniveaus⁶ und ihre Veränderungen seit 1994, als das ECHP erstmals erhoben wurde, und andererseits verschiedene Maße der Einkommensverteilung (Abstand und Konzentration) beschrieben, bevor die Gefahr der Einkommensarmut und das sozioökonomische Profil der Geringverdiener und Armutsgefährdeten behandelt wird.

In Kapitel 5 geht es darum, wie die Dynamik der einkommensbezogenen Armutsgefährdung anhand der Längsschnittdaten aus der ECHP-Datenbank verdeutlicht werden kann. Es beschäftigt sich mit der Frage der Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung und damit, ob sich die lange (längere) Zeit Armutsgefährdeten hinsichtlich der sozioökonomischen Perspektive von den vorübergehend oder kurzfristig Armutsgefährdeten unterscheiden. Darüber hinaus werden die Faktoren ermittelt, die die Betroffenheit und die Überwindung von einkommensbezogener Armutsgefährdung und in diesem Zusammenhang die Rolle anderer Übergänge wie aus der Beschäftigung in die Arbeitslosigkeit und aus dem Familienstand „verheiratet“ in den Familienstand „geschieden“ für das Risiko des Hineingeratens in Einkommensarmut und die Überwindung dieser Situation erklären.

⁶) Unter Einkommen ist in diesem Dokument Äquivalenzeinkommen zu verstehen: siehe Glossar (Anhang 1) und Methodik (Anhang 2)

Das ECHP enthält eine Reihe von Indikatoren für die nichtmonetäre Benachteiligung. Um die Bewertung dieser Indikatoren und die Frage, ob und wie diese für die Erstellung verschiedener Dimensionen und/oder eines Gesamtindex der nichtmonetären Benachteiligung benutzt werden können, geht es in Kapitel 6. Außerdem befasst sich dieses Kapitel mit dem sozioökonomischen Profil der von nichtmonetärer Benachteiligung Betroffenen und damit, wie sich dieses – wenn überhaupt – vom Profil der einkommensbezogenen Armutsgefährdeten unterscheidet.

Aufbauend darauf wird in Kapitel 7 der Zusammenhang zwischen monetärer und nichtmonetärer Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung untersucht, und zwar sowohl auf Querschnittsebene als auch auf Längsschnitebene. In welchem Maße ist es vom Einkommen abhängig, ob man primäre Güter und/oder sekundäre dauerhafte Güter besitzt oder sich leisten kann? Wie wirkt sich das Einkommen auf die sozialen Beziehungen, die Zufriedenheit oder die Gesundheit aus? Wie hoch ist der Anteil der (dauerhaft) Armutsgefährdeten, die gleichzeitig mit mehrfacher nichtmonetärer Benachteiligung konfrontiert sind?

Kapitel 8 gibt eine vorläufige Antwort auf die Frage nach der Effizienz der Wohlfahrtssysteme in Europa, genauer gesagt nach der Effizienz der Renten und anderer Transfersysteme. Tragen solche Transferzahlungen zur Verbesserung der sozialen und Einkommenssituation der europäischen Bürger und speziell der dauerhaft Armutsgefährdeten bei? Diese Frage ist nicht abschließend zu beantworten, da nur die einkommensbezogenen Nettotransferleistungen (im Verhältnis zum persönlichen verfügbaren Einkommen) berücksichtigt werden, doch bereits hierbei liefern die ECHP-Daten wichtige Erkenntnisse für die Konzipierung von Reformen der Sozialsysteme und die Festlegung der Rangfolge sozialpolitischer Maßnahmen.

Die statistische Analyse dieses Berichts wird mit Kapitel 8 abgerundet. In Kapitel 9 werden die wichtigsten Erkenntnisse aus den vorhergehenden Kapiteln noch einmal getrennt für die in die Analyse einbezogenen EU-Mitgliedstaaten aufgeführt. Kapitel 10 enthält eine Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse sowie politik und forschungsbezogene Empfehlungen.

3. Konzeptioneller und methodischer Rahmen

3.1. Konzeptioneller Rahmen

3.1.1. Einkommensarmut und/oder soziale Ausgrenzung?

Aktuelle Diskussionen zu Armut und sozialer Ausgrenzung laufen oft fehl bei dem Versuch, eine klare Unterscheidung zwischen Gefahr der Einkommensarmut auf der einen Seite und sozialer Ausgrenzung auf der anderen zu treffen. Der letztere Begriff hat seit seinem Aufkommen im politischen Diskurs in den letzten Jahren konzeptionelle Bedeutung erlangt.

Vielfach schießt man bei dieser Diskussion über das Ziel hinaus, und statt Licht ins Dunkel zu bringen, stiftet man nur Verwirrung, da von einer eng gefassten Fehlinterpretation ausgegangen wird und die Armutsforschung und das über die Jahre Erreichte keine objektive Bewertung erfahren.

Die Armutsforschung wird häufig – fälschlicherweise – mit der Argumentationsrichtung in Verbindung gebracht, die Armut mit Mangel an Einkommen gleichsetzt. Doch die Armutsforschung ist wesentlich breiter gefächert, und eigentlich würden nur die wenigsten Armutsforscher bei der Untersuchung von Armut allein vom Einkommen ausgehen. Für die Mehrzahl der Armutsforscher ist „ein von Armut geprägtes Leben und nicht nur (...) der schmale Geldbeutel“⁷ Gegenstand ihrer Arbeit. Einkommen ist eine wichtige – vielleicht die wichtigste – Ressource, aber nicht die einzige. Dementsprechend ist niedriges Einkommen ein wichtiges, aber nicht das einzige Resultat fehlender Ressourcen oder diskriminierender Prozesse. Vor diesem Hintergrund werden bei der Betrachtung der sozialen Ausgrenzung sowohl die Neuartigkeit einer Betonung des kumulativen Nachteils als auch die Beschränkungen der traditionellen Armutsforschung zumeist überbewertet.⁸

Die wahre Neuartigkeit des Konzepts der sozialen Ausgrenzung liegt – nach Sen – in seiner Betonung „der Rolle relationaler Merkmale bei der Vorenthaltung von Möglichkeiten und somit im Erleben von Armut“.⁹ Folglich geht es nicht nur darum, wer ein Leben in Armut führt, sondern wie sich die Lebenslagen verschiedener Gruppen im Vergleich darstellen und in welchem Umfang sich diese Unterschiede mit strukturell determinierten oder bedingten Formen der Schichtung erklären lassen. Bei der sozialen Ausgrenzung stellt sich außerdem die Frage, wie sich soziale Beziehungen und soziale Interaktion in dieses Bild einordnen.

Ausgehend davon läuft es also darauf hinaus, dass ein einheitlicher Ansatz entwickelt werden muss, der

- a) die Vielfältigkeit der Gründe für Armut und soziale Ausgrenzung berücksichtigt und die Ermittlung dieser Gründe ermöglicht;
- b) der zeitlichen Dimension damit zusammenhängender Phänomene Rechnung trägt (daher die Betonung auf Prozessen);
- c) die Relevanz einzelner Wirkungen und Fähigkeiten würdigt und so die ausgleichende Rolle von Unterstützungsstrategien und sozialer Hilfeleistung ermöglicht;
- d) bei der Erschließung von Mitteln und Ergebnissen mehrdimensional ist, also Einkommen nicht als einzige Ressource für die gesellschaftliche Integration bzw. niedriges Einkommen nicht als einziges Ergebnis fehlender Integration ansieht;
- e) die Untersuchung der Frage ermöglicht, in welcher Beziehung Einkommensarmut als eine Dimension sozialer Ausgrenzung zu anderen Dimensionen sozialer Ausgrenzung (oder Einbindung) einschließlich sozialer Beziehungen und Partizipation steht.

Abbildung 3.1 gibt eine ungefähre Vorstellung von einem derartigen Rahmen und den darin wirkenden kausalen Abfolgen. Es handelt sich dabei um eine Weiterentwicklung des Rahmens, der von Eurostat entwickelt und im ersten europäischen Sozialbericht verwendet wurde.¹⁰ Der Leser wird feststellen, dass eine Reihe von Indikatoren, die als Ressourcen klassifiziert sind, auch als Output-Indikatoren zur sozialen Ausgrenzung wieder erscheinen – ebenso, wie auch Einkommen eine Ressource ist, wenn Niedrigeinkommen

⁽⁷⁾ Siehe Sen, A. (2000), Social Exclusion: Concept, Application and Scrutiny, *Social Development Papers*, Nr. 1, Office of Environment and Social Development, Asian Development Bank, S. 3.

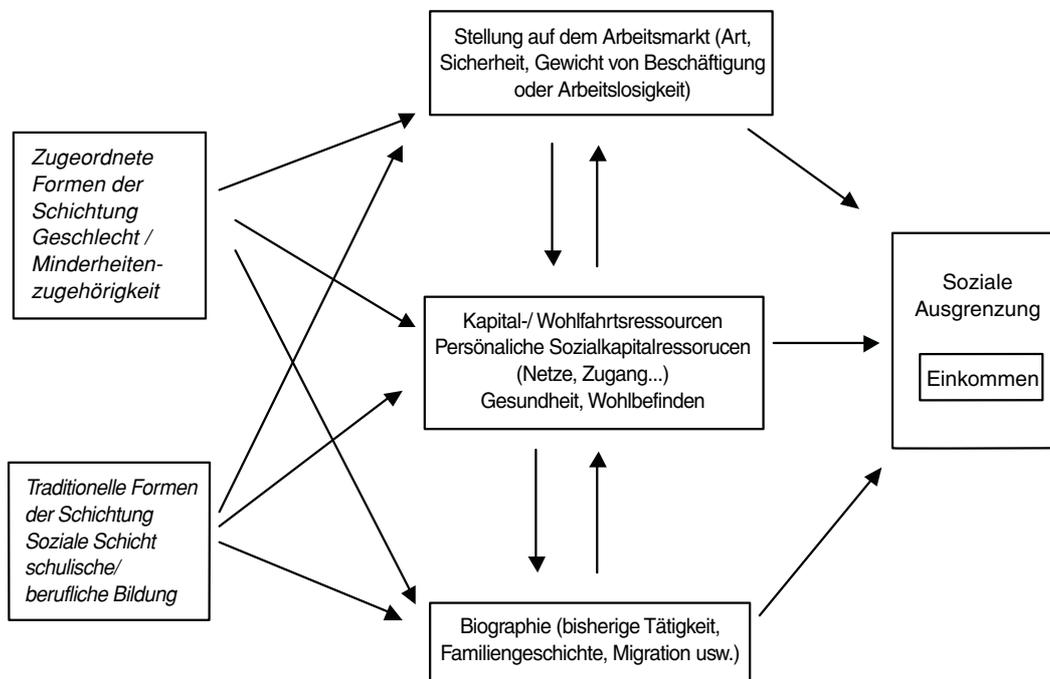
⁽⁸⁾ Siehe u. a. Layte, R. *et al.* (2001), Persistent and consistent poverty in the 1994 and 1995 Waves of the European Community Household Panel, *Review of Income and Wealth*, Reihe 47, Nr. 4, S. 427-450.

⁽⁹⁾ Sen, A. (2000), a.a.O.

⁽¹⁰⁾ Siehe Mejer, L. (1999), Social Exclusion Statistics, Konferenzdokumente, Gemeinsame Konferenz Statistics Users' Council / CEIES, 22. November 1999; Eurostat (2000) a.a.O.

oder einkommensbezogene Armutsgefährdung ein Indikator für soziale Ausgrenzung ist. Die Schnittstellen sind komplex und oft – je nach Land oder Gruppe – unterschiedlich. Ein Anliegen dieses Berichts besteht schließlich darin, diese Form der Variabilität näher zu beleuchten.

Abb. 3.1. Rahmen der sozialen Ausgrenzung in der Europäischen Union



Insgesamt ist zu beachten, dass wir Einkommensarmut und soziale Ausgrenzung nicht als sich ausschließende, sondern einander ergänzende Begriffe verwenden, die zusammen die Pfade und Auswirkungen der Marginalisierung abbilden. In Anbetracht der Komplexität der dabei wirkenden Beziehungen kann ein solcher Rahmen natürlich nicht vollkommen eindeutig oder transparent (im Sinne einer Einbeziehung von Dimensionen oder Variablen, die sich weder überschneiden noch wiederholen) sein.

In der Praxis ist unsere Analyse durch fehlende Angaben zu einigen Indikatoren innerhalb des ECHP eingeschränkt. Das ECHP ist eine sehr umfassende Informationsquelle für die Untersuchung von Einkommensverteilung und Gefahr der Einkommensarmut, jedoch nicht so ergiebig bei Indikatoren zur sozialen Ausgrenzung und insbesondere deren beziehungsspezifischen Elementen. So ist es zwar unser Ziel, das Niveau der Anwendbarkeit und Nutzung nichtmonetärer Indikatoren bei der Untersuchung der sozialen Ausgrenzung weiter anzuheben, doch letztlich sind uns bei dem, was wir dazu berichten können und werden, durch die unvollständige Erfassung solcher Indikatoren im ECHP Grenzen gesetzt.

3.1.2. Armut und soziale Ausgrenzung sind relative Maße

Im täglichen Gebrauch wird Armut in reichen Ländern häufig als die mangelnde Fähigkeit zur Erreichung eines angemessenen Lebensstandards angesehen. Daher stellt die Unterversorgung mit Ernährung, Kleidung und Wohnraum einen offenkundigen Anhaltspunkt dar. Was jedoch als angemessen gilt und was allgemein als notwendig wahrgenommen wird, ändert sich im Zeitablauf und von Gesellschaft zu Gesellschaft. So gesehen ist Armut relativ, wie es auch in dem oft angeführten Zitat von Adam Smith heißt, der zu den lebenswichtigen Gütern nicht nur solche zählte, die unerlässlich zum Erhalt des Lebens sind, sondern auch Dinge, ohne die achtbaren Leuten, selbst der untersten Schicht, ein Auskommen nach den Gewohnheiten des Landes nicht zugemutet werden sollte. Sen kommt zu dem Schluss, dass in der Auffassung von „Scham“ der Kern des Armutsbegriffs zu finden ist: Die Mittellosigkeit bringt Menschen in eine Lage, in der sie in ihrer Gesellschaft nicht in Würde leben können. Um den relativen Aspekt von Einkommensarmut hervorzuheben, beziehen wir uns im vorliegenden Bericht nicht auf die Einkommensarmut an sich, sondern auf einkommensbezogene Armutsgefährdung.¹¹

⁽¹¹⁾ Siehe Dennis, I. (2002), Social Cohesion Indicators adopted at the Laeken European Council (12/2001): Detailed tables presenting the latest available data. Arbeitsgruppenelement, Eurostat, Luxemburg.

3.1.3. Nichtmonetäre Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung

Der Grundgedanke der relativen Armutsanalyse lautet, dass diejenigen, deren „Abstand“ vom Durchschnitt eine bestimmte Größenordnung übersteigt, wegen fehlender Ressourcen von einem annehmbaren Mindeststandard in der Lebensführung der Gesellschaft, in der sie leben, ausgeschlossen sind – daher Benachteiligung. Etliche Kritiker vertreten allerdings die Meinung, Niedrigeinkommen seien kein verlässlicher Einkommensindikator, weil nicht ersichtlich wird, welche Haushalte in welchem Grade unterversorgt sind. Bei mehreren Untersuchungen in Industrieländern zeigte sich nämlich, dass ein wesentlicher Teil der Haushalte mit Niedrigeinkommen nicht unter Benachteiligung leiden, während einige Haushalte oberhalb der Einkommensarmutsgrenze Benachteiligung erfahren.

Für diese lose Beziehung zwischen Einkommen und Benachteiligung gibt es – abgesehen vom Messfehler – verschiedene Erklärungen. Erstens ist der Einfluss eines niedrigen Einkommens auf den Lebensstandard abhängig davon, über welche Zeitdauer diese Einkommenssituation anhält und welche anderen Mittel zur Einkommensergänzung verfügbar sind (z. B. Ersparnisse oder Hilfe von Familie und Freunden). Zweitens entscheiden sich diejenigen mit ausreichenden Mitteln nicht immer, diese Mittel zu verwenden, um Güter zu erwerben, die von Wissenschaftlern und/oder der Allgemeinheit für lebensnotwendig gehalten werden. Nicht zuletzt dürfte die aktuelle Lebensführung und Benachteiligung abgesehen vom momentanen Einkommen auch noch von vielen anderen Faktoren beeinflusst werden. Eine ganze Reihe gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Prozesse haben Einfluss auf den Umfang der Benachteiligung. Haushalte mit vergleichbarer Einkommenshöhe gelangen sicher auf ganz unterschiedliche Weise in diese Lage.

Wie Armut ist auch Benachteiligung ein weit verbreiteter Begriff, der oft ohne Definition des zugrunde liegenden Konzepts angewendet wird. Deshalb sind bei der Art und Weise, wie er interpretiert wird, erhebliche Unterschiede festzustellen. Nach unserer Auffassung ist ein zentrales Element beim Konzept der Benachteiligung das *Nichtvorhandensein* einer Gelegenheit, etwas zu haben oder zu tun. Wir interpretieren daher Benachteiligung als die fehlende Möglichkeit zur Inanspruchnahme von Gütern und Dienstleistungen sowie zur Teilnahme an Aktivitäten, die in der betreffenden Gemeinschaft allgemein als signifikant angesehen werden. Benachteiligung ist Ausdruck von Einschränkungen der Wahlmöglichkeiten von Menschen und nicht einfach der Folgewirkungen. Auch wenn Folgewirkungen leichter zu beobachten sind, muss doch die Unterscheidung zwischen den Auswirkungen von Einschränkungen und Wahlmöglichkeiten ein zentrales Anliegen beim Messen von Benachteiligung bleiben. In dem entsprechenden Bemühen werden wir uns für Indikatoren interessieren, bei denen man wohl schon im Voraus erwarten kann, dass das Nichtvorhandensein zumeist begrenzten Mitteln zuzuschreiben sein wird und nicht Faktoren wie dem Ort oder Geschmacksunterschieden. Dadurch lassen sich die bei der Auswahl von Indikatoren zu erfassenden Bereiche leichter eingrenzen, denn man kann sich auf jene Gebiete konzentrieren, die vermutlich von der Ausstattung mit finanziellen Mitteln direkt betroffen sind.

3.1.4. Wege zu Einkommensarmut und sozialer Ausgrenzung

Wie in Abbildung 3.1 gezeigt, können die Gefahr der Einkommensarmut und/oder die soziale Ausgrenzung aus zwei wesentlichen Arten von Faktoren resultieren: Faktoren, die den Umfang der „Bedürfnisse“ in einem Haushalt bestimmen, und solche, die den Umfang der verfügbaren „Ressourcen“ bestimmen. In die erste Gruppe können wir Merkmale wie die Art des Haushalts, d. h. die Anzahl der Personen im Haushalt, ihre Beziehungen und ihr Alter, einordnen. In die zweite können wir Faktoren wie den Bildungsstand der Haushaltsmitglieder und ihre Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht einordnen, zwei Faktoren (von vielen), die die Höhe der Vergütung beeinflussen, die sie auf dem Arbeitsmarkt erhalten werden. Dies ist zwar eine grobe Differenzierung, und einige Variablen der Kategorie „Bedürfnisse“ können den Umfang der Ressourcen ebenfalls beeinflussen, aber sie hilft uns, die Analyse zu strukturieren und die sich ergebenden Abläufe zu verstehen.

Wir treffen diese Unterscheidung im gesamten Bericht, wenn es darum geht, das sozioökonomische Profil der Personen zu charakterisieren, die von Einkommensarmut bedroht sind, die in punkto Lebensführung benachteiligt sind, die dauerhaft von einkommensbezogener Armut bedroht sind und/oder die sowohl dauerhaft von Einkommensarmut bedroht als auch in mehrfacher Hinsicht benachteiligt sind. Eine solche Analyse ist von großer Bedeutung für die Sozialpolitik, da sie hilft, Schwerpunkte für entsprechende Maßnahmen zu setzen.

Sollten wir feststellen, dass „Ressourcen“ wie Bildung oder soziale Schicht – die herkömmlicheren Schichtungsvariablen – bei der Erklärung der einkommensbezogenen Armutsgefährdung und/oder Benachteiligung in der Lebensführung am stärksten zu Buche schlagen, dann würde dies nahe legen, dass man bei sozialpolitischen Maßnahmen weiterhin eine Verbesserung des sozioökonomischen Umfelds der Bürger anstreben muss, statt das Augenmerk allein auf die Umverteilung von Einkommen zu richten. Die Ermittlung besonderer oder vermehrter Bedürfnisse aufgrund der Haushaltzusammensetzung oder -größe

oder in Verbindung mit speziellen Ereignissen bzw. Lebensumständen würde Aufschluss darüber geben, wie bedürfnisabhängige oder andere Maßnahmen gezielt einzusetzen sind.

3.2. Methodischer Rahmen

3.2.1. Datenquellen für die Querschnittsanalyse

Die Querschnittsanalysen (siehe Kapitel 4 und 6) sind unter Verwendung der Daten der Benutzerdatenbank (Users' Data Base, USB) für die Wellen 1 bis 4 bzw. die Jahre 1994 bis 1997¹² in der Version vom Dezember 2001¹³ durchgeführt worden.

Für die Darstellung der jüngsten Ergebnisse ist in den meisten Ländern das ECHP-Datenformular der Benutzerdatenbank für das Erhebungsjahr 1997 verwendet worden. Ausnahmen waren:

Deutschland: Nach der dritten ECHP-Welle 1996 wurde die ursprüngliche ECHP-Stichprobe durch das bestehende nationale Panel (SOEP) ersetzt. Dieses Panel wurde für die Berechnung der Einkommensverteilungsstatistiken für 1997 herangezogen. Allerdings sind dabei die Indikatoren für die nichtmonetäre Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung nicht ausreichend erfasst. Daher wurde für diese Indikatoren die ursprüngliche ECHP-Stichprobe für die Erhebung 1996 in Deutschland verwendet.

Vereinigtes Königreich: Auch im VK wurde nach der dritten ECHP-Welle 1996 die ursprüngliche ECHP-Stichprobe durch das bestehende nationale Panel (BHPS) abgelöst. Wie bei Deutschland hat man sich bei der Einkommensverteilungsstatistik auf das BHPS von 1997 gestützt, während die Indikatoren der nichtmonetären Benachteiligung bzw. der Benachteiligung in der Lebensführung auf der ursprünglichen ECHP-Stichprobe für 1996 im Vereinigten Königreich basieren.

Luxemburg: In der UDB für die Wellen 1 bis 4 sind für das Erhebungsjahr 1997 keine Daten verfügbar. Die Indikatoren für die Einkommensverteilung und für die nichtmonetäre Benachteiligung bzw. die Benachteiligung in der Lebensführung fußen auf der PSEL-1-Studie, die für 1996 in das ECHP-Format umgewandelt wurde.

Finnland: Die ECHP-Daten beziehen sich nur auf 1996 und 1997.

Schweden: Schweden hat nicht am ECHP teilgenommen. Allerdings wurden für die Erhebung 1997 (Basiseinkommensjahr 1996) Einkommensverteilungsstatistiken im ECHP-Format aus anderen Quellen (Register) zusammengestellt. Diese wurden, wenn möglich, bei der Einkommensverteilungsanalyse verwendet. Es stehen jedoch keine ausreichend vollständigen oder vergleichbaren Indikatoren zur nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung zur Verfügung.

Bei der Darstellung der frühesten Ergebnisse sind in den meisten Ländern ECHP-Daten aus der Benutzerdatenbank für das Erhebungsjahr 1994 verwendet worden. Ausnahmen waren:

Österreich: Die Daten beziehen sich auf das Erhebungsjahr 1995, als die erste ECHP-Welle in diesem Land stattfand.

⁽¹²⁾ Leider war es nicht möglich, für die Analyse in diesem Bericht Daten von 1998 zu verwenden, da die Datenbank der Welle 5 erst während der Erstellung des Berichts veröffentlicht wurde. Sie hätten ganz eindeutig mehr aktuelle Querschnittsinformationen ergeben. Im Hinblick auf die beobachteten sozioökonomischen Muster und Tendenzen sowie auf die Längsschnittanalyse hätte mit Daten von 1998 zwar die Möglichkeit einer Nachbesserung unseres Fazits bestanden, doch bezweifeln wir ernsthaft, ob dies zu grundlegend anderen Erkenntnissen geführt hätte. Gesellschaftliche Vorgänge, die mit der Armutsdynamik im Zusammenhang stehen, verändern sich kurzfristig nicht wesentlich, sodass die vier Wellen mit der Längsschnittkomponente auch ohne die Daten von 1998 einen Fortschritt im Wissen über Armut und Armutsdynamik in Europa darstellen. Zudem stand die Datenbank der Welle 6 (1994-199) erst ab Dezember 2002 zur Verfügung, und es bestand keine Möglichkeit, die Berechnungen und Analysen erneut vorzunehmen.

⁽¹³⁾ Die Analyse wurde zunächst auf der Basis der UDB-Version September 2001 der Welle 4 (1994-97) durchgeführt. Als Reaktion auf Bedenken, die Delegationen einiger Mitgliedstaaten gegenüber Eurostat zur Qualität der Daten äußerten, wurde die Analyse mit Daten für 1994-97 aus der im Dezember 2001 veröffentlichten revidierten UDB-Version (Welle 5) wiederholt. Das Nationale Statistische Amt (NSA) des Vereinigten Königreichs ist nach wie vor skeptisch bezüglich der Qualität der britischen Einkommensdaten in Welle 5 und hat seine nationale Datenerfassungsstelle, die Universität Essex, aufgefordert, Eurostat noch eine andere Version seiner Datenbank zu übermitteln. Dies erfolgte für die Datenbank der Welle 6. Die Korrekturen haben im vorliegenden Bericht keine Berücksichtigung gefunden, da sie erst nach dessen Fertigstellung zur Verfügung standen. Deshalb sollte der Leser bedenken, dass die in diesem Bericht wiedergegebenen Analysen zum Vereinigten Königreich nicht auf amtlich bestätigten Daten beruhen und daher vielleicht nicht zu 100 % den veröffentlichten amtlichen Statistiken dieses Landes entsprechen. So steht fest, dass im Vergleich zu den auf Welle 6 beruhenden Ergebnissen die Armutgefährdungsquoten für Rentner zu hoch angesetzt sind. Nach Ansicht der Verfasser dieses Berichts ist jedoch die Grundaussage unserer Argumentation in Bezug auf beobachtete sozioökonomische Muster und Tendenzen sowie die Längsschnittanalyse nicht ernsthaft beeinträchtigt.

Finnland: Die Daten beziehen sich auf das Erhebungsjahr 1996, als die erste ECHP-Welle in diesem Land stattfand.

3.2.2. Datenquellen für die Längsschnittanalyse

Die Längsschnittanalysen sind überwiegend anhand von „abgeglichenen Panels“ für die Erhebungsjahre 1994-97 zu Personen durchgeführt worden, die in allen vier Wellen erfasst wurden.

Bei den Einkommensverteilungsstatistiken war dies in allen Ländern mit folgenden Ausnahmen möglich:

- Schweden und Finnland: Für Schweden (wo nur eine rekonstruierte Erhebung vorliegt, und zwar für 1997) und Finnland (wo nur Daten für zwei Jahre vorliegen, und zwar aus den ECHP-Erhebungen von 1996 und 1997) werden keine Daten präsentiert.
- Österreich und Luxemburg: Für diese Länder konnte die Analyse nur für drei Jahre durchgeführt werden, und zwar bei Österreich für 1995-97, denn dort lief das ECHP ein Jahr später an als in den anderen Ländern; und bei Luxemburg für 1994-96, denn dort lagen Daten nur bis einschließlich 1996 vor, da sie auf dem umgewandelten PSEL-1 basierten, das 1996 endete, und aus dem PSEL-2, das den Zeitraum ab 1997 bis zum Ende des ECHP umfasst, noch keine Daten verfügbar sind.
- Deutschland und das Vereinigte Königreich: Die Einkommensstatistiken für den gesamten Zeitraum 1994-97 basieren auf den nationalen Panels, die die ursprünglichen ECHP-Stichproben dort 1997 ablösten. Die ursprünglichen ECHP-Stichproben sind in diesen Ländern nicht für eine Einkommensverteilungsanalyse verwendet worden, da sie nicht vier Jahre im Längsschnitt umfassen.

Für die Erstellung nichtmonetärer Längsschnittindikatoren der Benachteiligung in der Lebensführung gilt im Falle Schwedens, Finnlands, Österreichs und Luxemburgs das Gleiche wie oben. Wegen einer unzureichenden Erfassung dieser Indikatoren in den nationalen Panels, die in Deutschland und im Vereinigten Königreich an die Stelle der ursprünglichen ECHP-Stichproben traten, sind für diesen Zweck die ursprünglichen ECHP-Stichproben herangezogen worden. Diese Stichproben decken natürlich nur drei Jahre (1994-96) ab, wie zu Luxemburg bereits festgestellt worden ist.

3.2.3. Gewichtung der Längsschnittstichprobe

Die ECHP-Benutzerdatenbank (UDB) stellt Stichprobengewichte (unter der Bezeichnung Basisgewichte) in der Weise bereit, dass mit diesen Gewichten „Stichprobenpersonen“, die im Panel zum Jahr t weiterverfolgt werden, die bestmögliche Repräsentation der Bevölkerung darstellen. Bei der Untersuchung der Längsschnittbenachteiligung ist es möglich, in die Analyse nur ein „abgeglichenes Panel“ einzubeziehen, also Einzelpersonen, die im Jahr t sowie in den Vorjahren während des Beobachtungszeitraums (d. h. $t-1$, $t-2$ usw.) weiterverfolgt wurden. Im abgeglichenen Panel kann die Stichprobe zur Zeit t fehlen, die bei der Bildung der ECHP-Gewichte verwendet wurde. Wir haben Erstere neu gewichtet, um Letztere im größtmöglichen Umfang zu berücksichtigen. Im Allgemeinen sind die Veränderungen an den einbezogenen Gewichten jedoch gering, da der größte Teil der Panelmortalität kumulativ ist, also beide Stichproben gleichermaßen betrifft. Es wäre weit weniger zweckmäßig gewesen (und hätte die ECHP-Gewichtungsstruktur wesentlich stärker verfälschen können), das abgeglichene Panel neu zu gewichten, um die ursprüngliche ECHP-Stichprobe aus der ersten Welle zu berücksichtigen.

3.2.4. Imputationen von Positionen der nichtmonetären Benachteiligung

Positionen nichtmonetärer Benachteiligung, die besonders für die Analyse in den Kapiteln 6 und 7 von Belang sind, stehen nicht für alle Haushalte zur Verfügung und mussten daher zum Teil unterstellt werden. Die Imputationsverfahren stützten sich auf den SRMI-Ansatz (Sequentielle Multivariate Regressionsimputation), der von der Imputationssoftware IVE verwendet wird. Bei der von den Autoren dieser Software vorgeschlagenen Methode werden die imputierten Werte durch Anpassen einer Sequenz (Abfolge) von Regressionsmodellen und Ableiten von Werten aus der entsprechenden vorgegebenen Verteilung im Rahmen der Hypothese eines MAR-Mechanismus (Missing at Random), unendlicher Stichprobengröße und einfacher Zufallsstichprobenauswahl gewonnen.¹⁴

¹⁴) Raghunathan T. E., Lepkowski J., Van Voewyk J., Solenberger P. (1997): A Multivariate Technique for Imputing Missing Values Using a Sequence of Regression Models, *Technical Report, Survey Methodology Program*, Survey Research Center, ISR, Universität Michigan.

Imputiert werden konnten die Angaben für alle Haushalte, bei denen das Haushaltseinkommen verfügbar war (~98,5 %) und die Anzahl der fehlenden nichtmonetären Positionen unter 7 lag (~99,5 %). Alle anderen Haushalte (und die darin lebenden Personen) waren von einer weiteren Analyse auszuschließen. Damit kamen etwa 2 % der Haushalte, die sich ursprünglich in der ECHP-Benutzerdatenbank befanden, für die vorliegende Analyse nicht in Betracht.

3.2.5. Grundlegende statistische Definitionen

Nachfolgend werden einige grundlegende Definitionen angeführt, die für alle weiteren Kapitel gelten. Ein Glossar befindet sich in Anhang 1 dieses Berichts.

- Zur Berücksichtigung des unterschiedlichen Preisniveaus in den EU-Mitgliedstaaten werden Kaufkraftstandards (KKS) verwendet, um in Landeswährung angegebene Haushaltseinkommen in einheitliche Messeinheiten umzuwandeln.
- Geldmittel werden bezogen auf das Äquivalenzhaushaltseinkommen gemessen, das die Haushaltsgröße im Verhältnis zum Alter der einzelnen Haushaltsmitglieder berücksichtigt. Dieses Äquivalenzeinkommen wird mittels der „modifizierten OECD“-Skala oder der EU-Skala ermittelt, die im Haushalt dem ersten Erwachsenen ein Gewicht von 1,0, jeder weiteren Personen im Alter ab 14 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind unter 14 Jahren ein Gewicht von 0,3 zuweist. Dann wird jedem Haushaltsmitglied das äquivalente Haushaltseinkommen zugeordnet. Bei jeder Analyse einer Äquivalenzeinkommensverteilung bilden Einzelpersonen die Einheiten.
- Die verschiedenen Maße werden in jedem Mitgliedstaat gesondert nach der jeweiligen Höhe und Verteilung des Äquivalenzeinkommens gebildet. Das einfache Mittel dieser Maße mit der Bezeichnung „Landesdurchschnitt“ soll einen Gesamteindruck von den Verhältnissen im jeweiligen EU-Mitgliedstaat vermitteln. Um EU-Durchschnittsmaße zu erhalten, werden Länderdaten im Verhältnis zum jeweiligen Bevölkerungsumfang gewichtet – letztere werden EU-15 genannt.
- Das Medianeinkommen wird herangezogen, um die Einkommenshöhe einer typischen Person in der EU oder einem EU-Mitgliedstaat darzustellen. 50 % aller Personen in einer Gesellschaft haben ein Einkommen unter der medianen Höhe, 50 % liegen darüber. Der Median dient außerdem als Referenzwert für die Beschreibung relativer Einkommenspositionen und der Gefahr der Einkommensarmut.
- Dezile repräsentieren Einkommenspositionen für jeweils 10 % der Bevölkerung. Der Einkommensabstand zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Dezil in der Einkommensverteilung – das so genannte P90/P10-Maß – bringt die Einkommensungleichheit in einer Gesellschaft zum Ausdruck. Ein anderes übliches Maß dafür ist die S80/20-Quote, bei der das Gesamteinkommen des obersten Quintils (bzw. der beiden obersten Quintile) der Einkommensverteilung dem des untersten Quintils (bzw. der beiden untersten Quintile) gegenüber gestellt wird.
- Der Gini-Koeffizient ist ein allgemein gebräuchliches Maß für die Disparität der allgemeinen Einkommensverteilung.
- Statt sich auf einen einzelnen, willkürlich gewählten Grenzwert zu stützen, sollten die Anteile der Bevölkerung an verschiedenen Höhen der Einkommensverteilung gezeigt werden, insbesondere unterhalb von 40, 50 und 60 % des Mittels und unterhalb von 50, 60 und 70 % des Medians. Bei diesen beiden Gruppen sind die Mediananteile zu bevorzugen. Ist ein einzelner Grenzwert auszuwählen, werden die 60 % des Medians empfohlen. Letzterer wird für die Querschnittsanalyse verwendet, die Gegenstand dieses Berichts ist, weshalb Anhang 3 eine Reihe von tabellarischen Darstellungen auch innerhalb der 50-%-Grenzen enthält.¹⁵ Bei der Längsschnittanalyse werden sowohl die 60 als auch die 70-%-Grenzen herangezogen.
- Personen unterhalb der Schwelle von 60 % des Medianeinkommens werden in diesem Bericht im Einklang mit Empfehlungen des Rats von Laeken (Dezember 2001) als von Einkommensarmut bedroht bezeichnet.¹⁶
- Die Intensität der Armutgefährdung wird durch die Armutgefährdungslücke beschrieben. Diese repräsentiert das durchschnittliche Absinken unter die Armutgefährdungsgrenze (bezogen auf den Median) als prozentualen Anteil an dieser Schwelle. Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt der Armutgefährdung sind Einkommensungleichheiten in der Gruppe der Armen, die durch den Gini-Koeffizienten von Niedrigeinkommen gemessen werden. Der Sen-Index stellt ein allgemeines Maß dar, das die verschiedenen Aspekte der Einkommensarmutgefährdung verbindet: Inzidenz, Intensität und Ungleichheit in der Gruppe der Armutgefährdeten.

⁽¹⁵⁾ Vgl. die Tabellen A4.2 und A4.3 mit den Tabellen A4.4 und A4.5 in Anhang 3.

⁽¹⁶⁾ Dennis I (2002) a.a.O.

- In Ergänzung zu herkömmlichen Armutsquote, definiert als feste Armutsgefährdungsschwelle, haben wir noch ein anderes Maß gebildet, das jeder Person in Abhängigkeit von ihrer Position in der Einkommensverteilung einen Armutsgrad zuweist (im Bereich von 1 für die Ärmsten bis 0 für die Reichsten). Dieses Alternativmaß trägt zur Aussagekraft der Analyse der relativen Position der unterschiedlichen Gefährdungsgruppen in der Bevölkerung bei, indem nicht nur der Grad ihrer Gefährdung durch Einkommensarmut berücksichtigt wird (gemessen z. B. nach der herkömmlichen Armutsquote), sondern auch die Intensität der Armutsgefährdung aufgrund der Einkommenshöhe, insbesondere am unteren Ende der Verteilung. Mehr Informationen zu diesem Maß sind nachzulesen im letzten Abschnitt dieses Kapitels.
- Für die Längsschnittanalyse wird ein Mindestzeitraum von vier aufeinanderfolgenden Jahren empfohlen. Von akuter Armutsgefährdung wird gesprochen, wenn dieser Zustand mindestens in einem der vier Jahre eingetreten ist. Dauerhafte Armutsgefährdung trifft für den Anteil der Bevölkerung zu, der in Haushalten lebt, in denen das Gesamtäquivalenzeinkommen unter 60 % des medianen Äquivalenzeinkommens im Jahr t und mindestens zwei der vorhergehenden Jahre $t-1$, $t-2$ und $t-3$ liegt.¹⁷

Die Verwendung von Längsschnittdaten birgt eine Reihe von eigenen Problemen, und es ist sinnvoll, näher auf diese Probleme einzugehen. Zunächst einmal wissen wir nicht, wann diejenigen, die 1993 (das erste Jahr, für das uns Informationen vorliegen) als von Einkommensarmut gefährdet eingestuft wurden, in diesen Zustand gelangt sind. Damit beinhalten diejenigen, die bis zum nächsten Jahr aus diesem Personenkreis ausscheiden, Fälle von Personen und Haushalten, die länger unter Armutsgefährdung gelitten haben als mindestens einige Haushalte, die noch zu diesem Kreis zählen. Desgleichen haben wir keine Angaben darüber, wann oder ob die von Einkommensarmut Gefährdeten, die 1998 befragt wurden, diesen Zustand überwunden haben. Diese „Links- und Rechtszensierung“ ist bei kurzen Läufen von Paneldaten unvermeidbar, bedeutet aber, dass wir nicht Zeiträume von Armutsgefährdung als solche betrachten, sondern Jahre der Armutsgefährdung über einen Zeitraum. Panelmortalität im ECHP bedeutet auch, dass uns Informationen zur Situation einiger Personen für alle vier Jahre der Erhebung fehlen, und dies führt bei einigen Fällen zur vorzeitigen Rechtszensierung. Dies kann durch Anwendung besonderer Analyseverfahren gelöst werden, aber bei den beschreibenden Analysen in diesem Bericht umgehen wir dieses Problem, indem wir nur solche Personen einbeziehen, die in allen vier Jahren in der Stichprobe waren, und diese als repräsentative Stichprobe der Bevölkerung gewichten.

Ein anderes Problem, das bei der Lektüre der Längsschnittanalysen dieses Berichts zu bedenken ist, betrifft die Einkommensreferenzzeiträume. Um Verwirrung zu vermeiden, haben wir die Zeiträume im gesamten Bericht in Bezug zu den ECHP-Erhebungsjahren gesetzt. Im Grunde beziehen sich unterschiedliche Variable in der Panelerhebung auf unterschiedliche Zeiträume. Auch wenn viele Merkmale zum Zeitpunkt der Erhebung gemessen werden, gehören Einkommensdaten zum Kalenderjahr, das der Erhebung vorherging. Daher entsprechen die Einkommensprofile für die hier analysierten Erhebungszeiträume 1994-97 den Kalenderjahren 1993-96.

3.2.6. Schlüsselvariable bzw. Analysestandpunkte

In der Analyse kommen etliche Schlüsselvariablen zur Anwendung, von denen einige bereits in der Benutzerdatenbank definiert sind und andere speziell für diese Analyse gebildet wurden.

Haushaltsart

Wir haben unter Verwendung der ECHP-Variablen eine Haushaltstypologie entwickelt, bei der Haushalte nach der Anzahl, dem Alter und der Beziehungen der Personen differenziert wurden. Daraus ergaben sich aussagekräftige Gruppen wie Alleinerziehende (ein allein lebender Erwachsener mit einem oder mehr Kindern), ältere Paare (65 Jahre und älter) oder kinderreiche Familien (hier ab drei Kinder).

Bildungsniveau des Haushalts

Das Bildungsniveau des Haushalts wird anhand des von allen Haushaltsmitgliedern erreichten Bildungsstands ermittelt. Die drei Grundstufen des Bildungsstands sind niedrig (ISCED 0-2), mittel (ISCED 3) und hoch (ISCED

⁽¹⁷⁾ Diese Definition wird vermutlich zu etwas niedrigeren Schätzwerten der dauerhaften Gefahr der Einkommensarmut führen als die zuvor (2000/01) verwendete Eurostat-Definition derselben Variablen, bei der von einer dauerhaften Armutsgefährdung ausgegangen wurde, wenn die Voraussetzung für eine Armutsgefährdung in drei aufeinanderfolgenden Jahren gegeben war. Diese Voraussetzung ist aus analytischer Sicht willkürlich, und es spricht einiges dafür, dass die Dynamik der Gefahr der Einkommensarmut nicht so eng, sondern breiter definiert werden sollte (da das Ziel nicht allein oder auch nur vorrangig darin besteht, die Anzahl der dauerhaft Armutsgefährdeten ohne jeden Zweifel festzustellen, sondern die Wege zu erkunden, die dazu führen). In Anbetracht dessen nennen wir in Anhang 3 die Zahlen der dauerhaft Armutsgefährdeten (sowie der dauerhaft von Benachteiligung Bedrohten) unter Anwendung sowohl der neuen als auch der älteren Definition. Vgl. Tabellen A7.1a mit A7.1b, A7.2a mit A7.2b, A7.3a mit A7.3b und A7.4a mit A7.4b.

5-7). Insgesamt ergaben sich fünf Kategorien von Haushalten: (a) alle Erwachsenen mit hoher Bildung; (b) mindestens ein Erwachsener mit hoher Bildung; (c) alle Erwachsenen mit mittlerer Bildung; (d) mindestens ein Erwachsener mit mittlerer Bildung; (e) alle Erwachsenen mit niedriger Bildung.

Erwerbstatus

Der Erwerbstatus von Personen wird nach deren eigenen Angaben ermittelt und bezieht sich auf die am häufigste ausgeübte Erwerbstätigkeit einer Person im Referenzjahr. Es werden vier Kategorien unterschieden: (a) erwerbstätig und abhängig beschäftigt; (b) erwerbstätig und selbständig; (c) erwerbstätig und arbeitslos; sowie (d) nicht erwerbstätig.

Beschäftigungsunsicherheit bei Einzelpersonen

Der ECHP-Fragebogen gibt Auskunft über den Beschäftigungsstatus der Befragten zum Zeitpunkt der Befragung und darüber, ob sie in einem Monat des vorhergehenden Jahres arbeitslos waren. Außerdem finden sich Angaben dazu, ob eine Person in den zurückliegenden fünf Jahren Arbeitslosigkeit erlebt hat. Es wurde eine Unsicherheitskala gebildet, indem die Befragten, die zum Befragungszeitpunkt und auch im Vorjahr arbeitslos waren, herausgelöst wurden. Eine weitere Unterscheidung wurde dahingehend getroffen, ob eine Person mehr oder weniger als sechs Monate im Vorjahr arbeitslos war. Insgesamt wurden sechs Kategorien aufgestellt: (a) Arbeitslosigkeit zum Zeitpunkt der Befragung und mehr als sechs Monate im Vorjahr; (b) Arbeitslosigkeit zum Zeitpunkt der Befragung und weniger als sechs Monate im Vorjahr; (c) Arbeitslosigkeit zum Zeitpunkt der Befragung ohne Arbeitslosigkeit im Vorjahr; (d) keine Arbeitslosigkeit zum Zeitpunkt der Befragung, aber mindestens einmal in den vorgehenden fünf Jahren; (e) keine Arbeitslosigkeit in den letzten fünf Jahren, und (f) nicht erwerbstätig

Soziale Schicht

Soziale Schicht bezieht sich auf eine Reihe von Orten (statt Personen), die durch ihre Beziehung zu vor und nachteiligen Dimensionen auf dem Arbeitsmarkt und noch weiter gefasst identifiziert werden können. Mit der Schicht können wir zahlreiche weitere nachteilige Formen in einer Weise zusammenfassen, die in der Regel im Zeitverlauf stabil ist. Die hier verwendete Klassifikation ist eine aggregierte Fassung des CASMIN-Systems.¹⁸ Die ursprünglichen für die Schichtdefinition verwendeten Merkmale beziehen sich auf die aktuelle bzw. vorherige Beschäftigungslage und schließen die Zahl der Arbeitnehmer im Unternehmen ein. Das ursprüngliche System ist hier von elf Kategorien auf eine Version mit sechs Kategorien geschrumpft. In dieser Version werden die Selbständigen unterteilt in die Gruppen mit und ohne Arbeitnehmer und in der Landwirtschaft Tätige. Die Arbeitnehmer selbst werden in manuell und nichtmanuell Tätige untergliedert, wobei Führungspersonal von großen Unternehmen noch einmal gesondert von den übrigen nicht manuell Tätigen erfasst werden.

Erwerbsintensität des Haushalts

Die Erwerbsintensität des Haushalts bedeutet die Anzahl der Monate, in denen alle Haushaltsmitglieder im erwerbsfähigen Alter (d. h. 18-64) einer Erwerbstätigkeit nachgingen (nach eigenen Angaben) und wird als Anteil an der Gesamtzahl der Monate ausgedrückt, die in einem bestimmten Haushalt theoretisch erreicht werden können (d. h. von Haushaltsmitgliedern im erwerbsfähigen Alter).

Die Untersuchung der Übergänge

Wir können Übergänge in die und aus der Bedrohung durch Einkommensarmut im Zeitraum von 1994 bis 1997 untersuchen, wodurch wir drei mögliche Abgänge erhalten, sofern ein Zustand der Armutgefährdung 1994 bestand, drei mögliche Zugänge, sofern 1994 kein Risiko bestand, sowie kompliziertere Konstellationen wie zwei mögliche Rückfälle, sofern ein Armutrisiko zwar 1994 vorhanden war, aber nicht 1995.

Sozialtransfers

In Kapitel 8 wird die Bedeutung staatlicher Sozialtransfers für das verfügbare Einkommen der europäischen Haushalte und die Milderung der Armutgefährdung analysiert. Folgende Transfers werden unterschieden: Altersrenten, Familien und Kindergeld, Arbeitslosenunterstützung, Krankengeld und Invaliditätsleistungen, Sozialhilfe, Wohngeld und andere personenbezogene Leistungen. In Tabelle A.8.1 in Anhang 3 ist die ungewichtete Anzahl von Leistungsempfängern und Stichprobengrößen für 1997 dargestellt. Um die Renten

¹⁸ Siehe Erikson, R. und Goldthorpe, J. H. (1993), *The Constant Flux*, Clarendon Press, Oxford.

von anderen Leistungen zu trennen, wurden letztere in die Kategorie *Transfers außer Altersrenten* übernommen. Unterschiedliche Leistungskategorien wurden für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen analysiert: alle Sozialtransfers für die gesamte Bevölkerung, Altersrenten für die Bevölkerung im Rentenalter (ab 61 Jahre) und Transfers außer Altersrenten für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20-60 Jahre). Zur Analyse der Verteilungswirkungen von Transfers wurden Äquivalenzhaushaltseinkommen in vier Kategorien untergliedert: „niedriges“ Einkommen für unter 60 % des nationalen Medians; „mittleres“ Einkommen für den Bereich von 61 bis 120 % des Medians; „hohes“ Einkommen für den Bereich von 121 bis 180 % des Medians und „höchstes“ Einkommen für Einkommen über 181 % des Medians.

Folgendes ist zu beachten:

- Rentenangaben schließen Renten aus allen drei Säulen ein: erste – staatliche Renten; zweite – betriebliche Renten; dritte – private Renten. Für die derzeitige Bevölkerung im Rentenalter ist der Anteil der Privatrenten am Gesamtaufkommen jedoch klein. Aus diesem Grund verweisen wir bei unserer Argumentation in Kapitel 8 auch auf die Folgen der *staatlichen* Rentensysteme.
- Für das Vereinigte Königreich und Deutschland stehen für 1994 keine Sozialhilfedaten zur Verfügung.
- Für Deutschland und Dänemark stehen Daten zu sonstigen personenbezogenen Leistungen nicht zur Verfügung.
- Bei der Analyse der Rolle der Leistungen im Falle von Arbeitslosigkeit bei der Überwindung des Armutsrisikos für die arbeitslose Bevölkerung wurden Informationen zur Arbeitsmarktlage des letzten Jahres verwendet. Für die Niederlande und Schweden liegen solche Daten nicht vor.
- Bei der Interpretation der Ergebnisse für Finnland ist zu beachten, dass in der Welle 4 die Summe der Transfers größer ist als das verfügbare Haushaltseinkommen für 746 von 4096 Haushalten (dies betrifft 1376 Personen von 10 853). Dies ist darauf zurückzuführen, dass in Finnland die Berücksichtigung der Sozialtransfers nur auf Bruttobasis möglich ist, was sich auf die Genauigkeit der errechneten Indikatoren auswirken kann.

3.2.7. Die Analyse von nichtmonetären Indikatoren

Wir haben unsere Analyse damit begonnen, aus der großen Bandbreite einzelner Positionen oder Indikatoren des ECHP die aussagekräftigsten und nützlichsten auszuwählen.¹⁹ Es ist ratsam, Positionen zu vermeiden, bei denen Auswahlprobleme in Bezug auf Besitz/Nichtbesitz nicht zufriedenstellend gelöst werden können, bei denen Besitz vergleichsweise selten ist oder bei denen der Grad der Vergleichbarkeit für den Zweck einer länderübergreifenden Analyse nicht ausreicht. Ausgehend von diesen Überlegungen haben wir von ca. 40 im ECHP verfügbaren Indikatoren 24 für die weitere Analyse ausgewählt.²⁰

Anschließend ordneten wir einzelne Positionen zu größeren nichtmonetären „Dimensionen“ der Benachteiligung in der Lebensführung. Diese Bereiche sind aussagekräftiger und auch besser für den Ländervergleich geeignet als einzelne Indikatoren oder Positionen. Mittels einer Faktoranalyse wurden die 24 Einzelpositionen in fünf Dimensionen der nichtmonetären Benachteiligung in der Lebensführung eingruppiert: primäre Benachteiligung in der Lebensführung, sekundäre Benachteiligung in der Lebensführung, mangelnde Wohnungsausstattung, Wohnungsmängel und Probleme mit dem Wohnumfeld:

- Primäre Benachteiligung in der Lebensführung – bezieht sich auf Positionen wie Nahrung und Bekleidung, Urlaub mindestens einmal pro Jahr, Ersatz verschlissener Einrichtungsgegenstände und Fristüberschreitungen bei fälligen Zahlungen.
- Sekundäre Benachteiligung in der Lebensführung – umfasst Positionen, die als weniger wichtiger erachtet werden. z. B. Pkw, Telefon, Farbfernsehgerät, Videorekorder, Mikrowelle oder Geschirrspülmaschine.
- Wohnungsausstattung – Ausstattungsmerkmale wie das Vorhandensein von Bad oder Dusche, Innen-WC und fließendem Wasser, bei denen es sich um als wichtig erachtete Merkmale handelt.

⁽¹⁹⁾ Zu früheren Erörterungen dieser Frage siehe Eurostat (2000) a.a.O.

⁽²⁰⁾ Ein alternativer Ansatz wäre die Verwendung von Indikatoren speziell für jedes Land, aber so konzipiert, dass sie die gleiche zugrunde liegende Bedingung für den Ausschluss erfassen. Ein solcher Ansatz ist jedoch aus Vergleichssicht problematisch und birgt die große Gefahr, im letzteren Zusammenhang nichtsystematisch zu sein. Es ließe sich auch nicht ohne Weiteres erklären und begründen, warum eine spezielle Variable in einem Land „aussagekräftig“ ist und in einem anderen nicht, da dies zusätzliche kontextbezogene Informationen zu jedem Land erfordern würde, die nicht zur Verfügung stehen und deren Erlangung über den Rahmen dieser Studie hinausginge.

- Wohnungsmängel – Mängel wie ein undichtes Dach, Nässe sowie Fäulnis in den Fensterrahmen oder in den Fußböden.
- Probleme im Wohnumfeld – durch Lärm, Schmutz, Vandalismus sowie Platz- und Lichtmangel bedingte Probleme.

Wir haben für jede dieser Dimensionen zusammengesetzte Indikatoren gebildet und sie einzeln analysiert. Danach haben wir sie zu einem einzigen Index für die gesamte nichtmonetäre Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung zusammengefasst.

Für die Bildung der zusammengesetzten Indikatoren wurden Positionsgewichte benutzt, um der Trennwirksamkeit jeder einzelnen Position in einem bestimmten Land Rechnung zu tragen. Dimensionsgewichte wurden proportional zu einem (mit Positionsgewichten) gewichteten Durchschnitt der Variationskoeffizienten von Positionen in der Dimension angesetzt. Die Positions und Dimensionsgewichte sind in den Tabellen A6.2 bzw. A6.3 in Anhang 3 dieses Berichts nachzulesen. Die Methodik wird in Anhang 2 erläutert.

Kapitel 6 enthält Querschnittsergebnisse sowohl für den Gesamtindex der Benachteiligung als auch für die einzelnen Dimensionen sowie Längsschnittergebnisse für Ersteren.

Kapitel 7 befasst sich mit der Prävalenz von Benachteiligung bei den Armutsgefährdeten im Jahre 1997 und im Längsschnitt mit Bezug auf das „abgegliche Panel“ nach der Anzahl der Jahre der Armutsgefährdung. Konkret geht es in Kapitel 7 um Folgendes:

- a) die Prävalenz der Benachteiligung bei einzelnen Positionen;
- b) den Grad der Benachteiligung in der primären und sekundären Dimension, gemessen mit Bezug auf die Anzahl der Positionen (ab 3), die nicht verfügbar oder bezahlbar sind;
- c) Mehrfachbenachteiligung definiert in zwei Formen der jeweiligen Benachteiligung, und zwar bei zwei oder mehr, dann bei drei oder mehr der fünf Lebensführungsdimensionen – in jedem Fall mit Bezug zu mindestens einer Position pro Dimension;
- d) aktuelle Benachteiligung in der Lebensführung (CLSD), der den gewichteten Index der Benachteiligung in der primären und sekundären Dimension (nur) insgesamt darstellt, wodurch zum Zwecke vergleichender Analysen die Schwelle den Punkt markiert, unter dem der Anteil der Befragten dem Anteil unterhalb der Grenze von 60 % des Medianeinkommens möglichst nahe kommt.²¹

Darüber hinaus werden in Kapitel 7 noch einige andere nichtmonetäre Indikatoren analysiert, wie etwa primär die in Verbindung mit Gesundheit, sozialen Beziehungen und subjektivem Wohlbefinden stehenden Indikatoren, sowie ihre Beziehung zur einkommensbezogenen Armutsgefährdung.

3.2.8. Der Fuzzy-Set-Ansatz

Neben den verschiedenen herkömmlichen Maßen für die Analyse von Armut und Benachteiligung, die in den vorhergehenden Abschnitten dargelegt wurden, wird in diesem Bericht der so genannte Fuzzy-Set-Ansatz vorgestellt. Er ersetzt die herkömmliche einfache Zweiteilung der Bevölkerung nach einer bestehenden oder nicht bestehenden Armutsgefährdung durch ein Maß des Grades (oder der Anfälligkeit) für die Gefahr der Einkommensarmut im Verhältnis zur Position der Person in der Einkommensverteilung. Diese Anfälligkeit wird definiert im Bereich von 1 (die Ärmsten) bis 0 (die Reichsten). Deshalb umfasst die Population der Armutsgefährdeten im Prinzip die gesamte Bevölkerung, aber jede Person nur bis zu einem bestimmten Grad. Die relative Anfälligkeit einer Person für die Armutsgefährdung ist sowohl von ihrem Rang in der Einkommensverteilung als auch von ihrem anteiligen Besitz an den Gesamtressourcen abhängig. Der Grad der Armutsgefährdung, gemessen als Fuzzy-Maß, widerspiegelt die kombinierte Wirkung des Ausmaßes und Grades der Armutsgefährdung. Dieses Maß wurde so skaliert, dass es den herkömmlichen „60 % der medianen“ relativen Armutsgefährdungsquote in jedem Land entspricht, wie in der Eurostat-Definition empfohlen. Kapitel 4 zeigt, dass bei Berücksichtigung des Grades der Armutsgefährdung (statt einfach einen Zustand nach eigenem Ermessen anzunehmen) weitere Einblicke in Zielgruppen innerhalb der Bevölkerung jedes Mitgliedstaates gewonnen werden können.

⁽²¹⁾ Der Leser wird darauf hingewiesen, dass sich diese Definition einer Schwelle von der in Kapitel 6 für den Gesamtindex der Benachteiligung verwendeten Begriffsbestimmung unterscheidet, bei der $C = 0.6$ angesetzt wurde, d. h. Personen, denen 60 % (also 15 der 24) oder mehr Positionen fehlen, gelten als „die am stärksten Benachteiligten“.

In Kapitel 5 werden diese quantitativen Maße der Armutsgefährdung für die Untersuchung von dynamischen Aspekten entwickelt. Der Ansatz erlaubt eine direkte Bildung von Indikatoren für die dauerhafte bzw. akute Armutsgefährdung (und ihren Gegensatz, die vorübergehende Armutsgefahr), die anders als herkömmliche Maße die einfache Festlegung von Übergängen als Bewegungen über eine willkürliche Armutsgefährdungsschwelle hinweg vermeidet.

Kapitel 6 demonstriert, wie der Ansatz auch auf nichtmonetäre Variablen bei der Bestimmung des relativen Grades der Benachteiligung in der Lebensführung angewendet werden kann. Wir haben zuerst Benachteiligungsindikatoren für einzelne Positionen kombiniert, um Maße für verschiedene Dimensionen der Benachteiligung zu bilden, und dann letztere ebenfalls zusammengefasst, um für die Benachteiligung in der Lebensführung insgesamt ein einziges Maß zu erhalten, das formell der einkommensbezogenen Armutsgefährdungsquote gleich kommt. Dadurch konnten Indikatoren für die dauerhafte und akute nichtmonetäre Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung gebildet werden.

Die Methode des Fuzzy-Set-Ansatzes und die Art und Weise seiner Anwendung zur Bildung verschiedener Indizes für die monetäre wie auch für die nichtmonetäre Benachteiligung wird ausführlich in Anhang 2 dieses Berichts beschrieben.

4. Einkommensverteilung und Risiko der Einkommensarmut

In diesem Kapitel werden vergleichende Betrachtungen zur Einkommensverteilung und zum Risiko der Einkommensarmut in der Europäischen Union generell und in ihren Mitgliedstaaten angestellt. Es wird untersucht, wie sich das Wohlstandsniveau einzelner Länder vom Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten (Stand 1997) unterscheidet und welche Entwicklung das Einkommensniveau seit 1994 genommen hat. Außerdem werden Wohlstands- und Ungleichheitsmuster innerhalb einzelner Mitgliedstaaten sowie im Vergleich der Länder und größerer Regionen – wie etwa der nord- und südeuropäischen Länder – analysiert. Den Abschluss der Ausführungen zum Thema Ungleichheit bildet eine eingehende Untersuchung des Ausmaßes und der Schwere der Armutsgefährdung in den EU-Mitgliedstaaten.

Die Analyse vermittelt tiefere Einblicke in die soziale Lage der europäischen Bürger und erste Erkenntnisse über die Ursachen und die Entwicklung des Risikos der Einkommensarmut und der Ausgrenzung. In den nachfolgenden Kapiteln erfolgt eine genauere Untersuchung der Armutsrisiken durch Längsschnittanalyse (Kapitel 5), Querschnitts- und Längsschnittdimensionen der nichtmonetären Benachteiligung bzw. der Benachteiligung in der Lebensführung (Kapitel 6) und die kombinierte Betrachtung von einkommensbezogenen und nichtmonetären Aspekten (Kapitel 7).

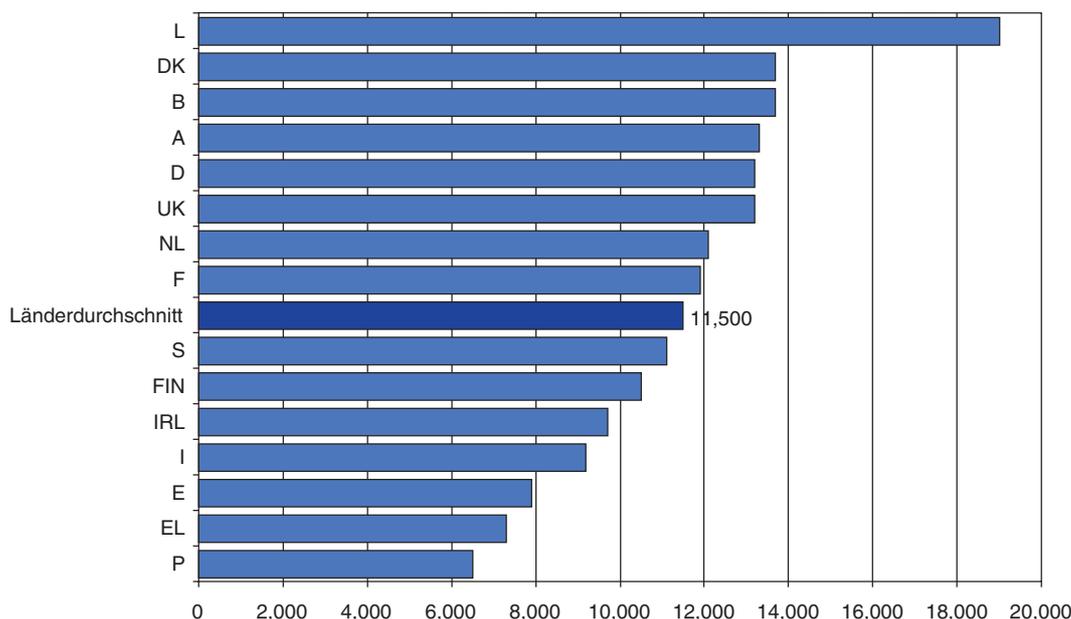
4.1. Einkommensniveau 1997

Im Jahre 1997 betrug das durchschnittliche Einkommensniveau in der Europäischen Union 11 500 KKS, wobei Portugal mit 6500 KKS das niedrigste und Luxemburg mit 19 000 KKS das höchste Niveau aufwies. Abbildung 4.1 macht die diesbezüglich bestehenden Unterschiede deutlich.

Beim Ländervergleich zeigt sich, dass Portugal wie auch Griechenland und Spanien mit einem medianen Einkommensniveau von höchstens 8000 KKS von allen Mitgliedstaaten den geringsten Wohlstand aufweisen. Auch Irland, Italien und Finnland liegen unter dem europäischen Durchschnitt, wenngleich mit einem deutlich geringeren Abstand.

In Frankreich, den Niederlanden und Schweden bewegt sich das Einkommensniveau um den europäischen Durchschnitt. Das Vereinigte Königreich, Österreich, Deutschland, Belgien und Dänemark liegen mit 13 000 bis 14 000 KKS über dem Länderdurchschnitt. Der wohlhabendste EU-Mitgliedstaat ist Luxemburg. Hier erzielt der Durchschnittsbürger ein Jahreseinkommen von 19 000 KKS, also fast das Dreifache des Einkommens eines portugiesischen Bürgers und noch 5000 KKS mehr als das Medianeinkommen in Dänemark.

Abb. 4.1. Medianes Einkommensniveau in den EU-Mitgliedstaaten, KKS, 1997



Es zeigt sich bei diesen Ergebnissen weitestgehend das gleiche Bild wie bei den Angaben zum Pro-Kopf-BIP, die zur Bestimmung der Anspruchsberechtigung und des Beitragsanteils für die regionalen Struktur- und Kohäsionsfonds herangezogen werden. Beide Größen aber haben einen entscheidenden Nachteil: Sie sagen wenig über die Einkommensverteilung innerhalb einer Gesellschaft aus. Wir werden später auf diese Frage zurückkommen. Zunächst einmal vergleichen wir das Einkommensniveau von 1997 mit dem von 1994.

4.2. Einkommensniveau und -verteilung 1994 bis 1997

Im Zeitraum zwischen 1994 und 1997 erhöhte sich das mediane Einkommensniveau in den EU-Mitgliedstaaten, wenngleich diese Veränderungen angesichts der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten und der Inflation im betreffenden Zeitraum als recht unbedeutend erscheinen. Tabelle 4.1 vergleicht das in KKS ausgedrückte mediane Einkommensniveau der EU-Mitgliedstaaten im Bezugszeitraum. Es war im Jahre 1997 nominal (d. h. ohne Berücksichtigung der Auswirkungen des Preisauftriebs auf die Kaufkraft der Einkommen) annähernd 10 % höher als 1994, was einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme von 2,5 % entspricht. Ein deutlich höherer Anstieg war in Dänemark, dem Vereinigten Königreich, Portugal und vor allem Irland zu verzeichnen, wo sich das Niveau insgesamt um mehr als ein Viertel oder 6,5 % im Jahr erhöhte. Für Österreich und Luxemburg liegen nur für drei Jahre Daten vor, in denen das mediane Einkommensniveau nahezu unverändert blieb. Ähnlich beziehen sich die Ergebnisse für Finnland lediglich auf die Jahre 1996 und 1997 und sind daher nicht genau vergleichbar.

Tabelle 4.1. Medianes Einkommensniveau 1994/1997, KKS

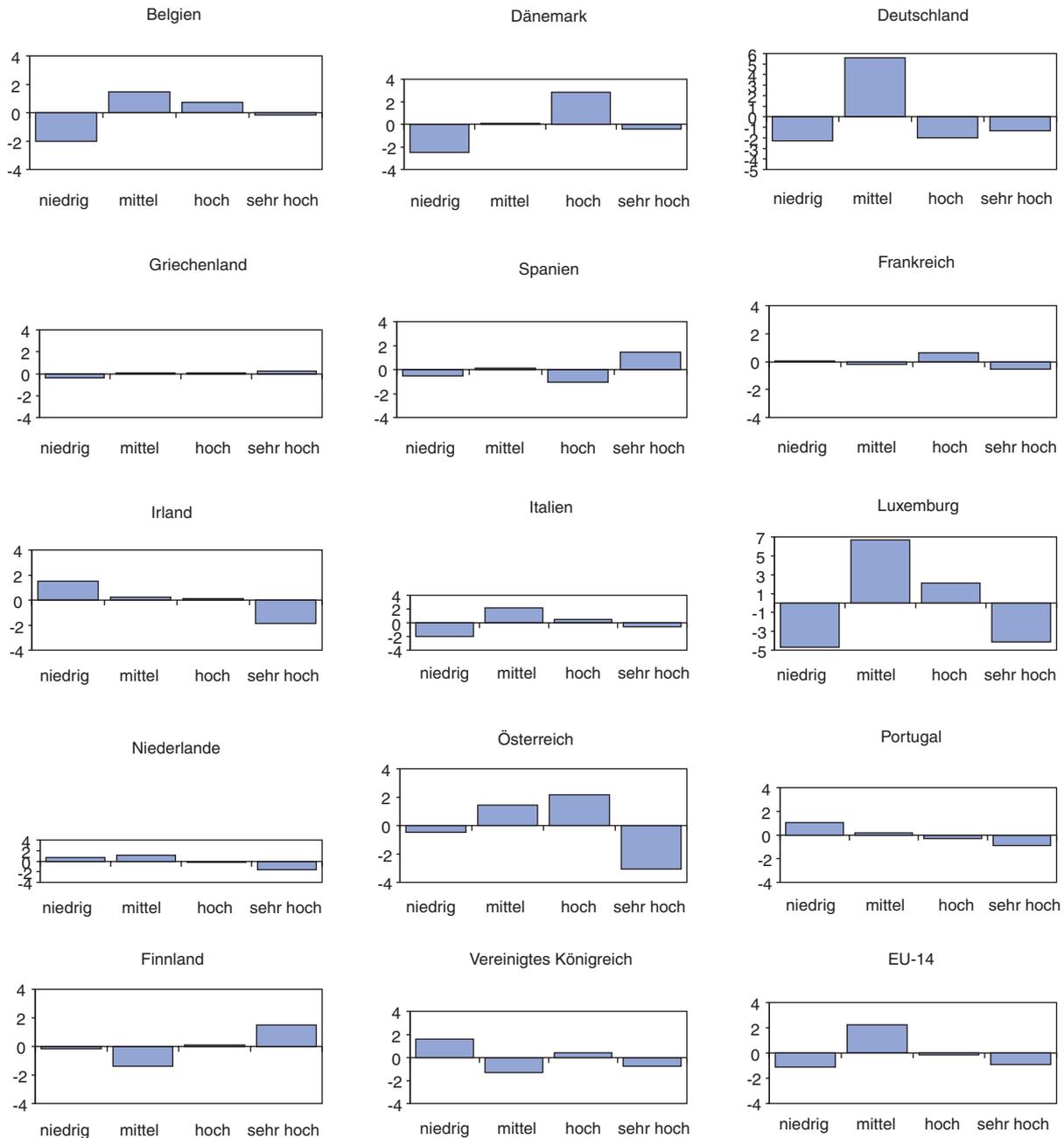
	1994	1997	Erhöhung/Jahr
Belgien	12.900	13.700	1,6%
Dänemark	11.900	13.700	3,8%
Deutschland	12.100	13.200	2,3%
Griechenland	6.400	7.300	3,5%
Spanien	7.500	7.900	1,3%
Frankreich	10.900	11.900	2,3%
Irland	7.700	9.700	6,5%
Italien	8.600	9.200	1,7%
Luxemburg	18.500	19.000	0,9%
Niederlande	10.700	12.100	3,3%
Österreich	12.900	13.300	1,0%
Portugal	5.800	6.500	3,0%
Finnland	10.500	10.500	0,0%
Schweden	n.a.	11.100	n.a.
Vereinigtes Königreich	11.200	13.200	4,5%
Länderdurchschnitt	10.500	11.500	2,5%
EU-14	10.300	11.300	2,5%

Die Einkommensgruppen in den EU-Mitgliedstaaten profitierten nicht gleichermaßen von der Erhöhung des Wohlstands. Zur Veranschaulichung dieser Veränderungen wurden mit Bezug auf das jährliche mediane Einkommensniveau vier große Einkommensgruppen festgelegt:

- „Niedrige“ Einkommen betragen weniger als 60 % des nationalen Medians.
- „Mittlere“ Einkommen liegen zwischen 60 und 120 % des Medians.
- „Hohe“ Einkommen fallen in die Spanne zwischen 120 und 180 % des Medians.
- „Höchste“ Einkommen übersteigen 180 % des medianen Einkommensniveaus.

Abbildung 4.2 zeigt, wie sich zwischen 1994 und 1997 der prozentuale Anteil der Personen an jeder der oben genannten Einkommensgruppen verändert hat.

Abb. 4.2. Veränderung des Anteils der Personen mit „niedrigem“ und „hohem“ Einkommen, 1994-1997



In den EU-Mitgliedstaaten geht die Tendenz durchschnittlich betrachtet zu „mittleren“ und „hohen“ Einkommen, und nur ein geringerer Teil der Bevölkerung fällt in die Kategorien mit „niedrigen“ und „höchsten“ Einkommen. Dieses generelle Muster trifft auf Belgien, Dänemark, Deutschland, Luxemburg, Italien und Österreich zu. Im Gegensatz dazu erhöhte sich in den Niederlanden, Portugal, dem Vereinigten Königreich und Irland der Anteil der Bevölkerung mit „niedrigem“ Einkommen, wohingegen der Anteil der Personen mit „höchstem“ Einkommen nur in Spanien und Finnland angestiegen ist. Die bedeutendsten Veränderungen gab es in Deutschland und Luxemburg, wo jeweils die Gruppe der „mittleren“ Einkommen deutlich größer geworden ist. In Österreich und

Dänemark vollzog sich ein beachtlicher Wandel bei den „hohen“ und „höchsten“ Einkommen. Während in Dänemark der Anteil „hoher“ Einkommen zunahm, ging in Österreich der Anteil der Personen mit „höchstem“ Einkommen erheblich zurück. Ein stabiles Muster ist in Frankreich und den meisten südeuropäischen Ländern, vor allem Griechenland, zu beobachten.

Die drei Länder mit den umfangreichsten Verbesserungen des allgemeinen Lebensstandards, nämlich Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich, unterscheiden sich aber im Hinblick darauf, wer am stärksten davon profitiert, ganz erheblich voneinander:

- In Dänemark verringerte sich der Anteil der „niedrigen“ Einkommen proportional zum Anstieg der „hohen“ Einkommen.
- In Irland ist nahezu das Gegenteil der Fall. Trotz der Verbesserung des allgemeinen Wohlstands gab es 1997 mehr Menschen mit „niedrigem“ Einkommen. Demgegenüber sank die Zahl der Bezieher „höchster“ Einkommen.
- Im Vereinigten Königreich beobachteten wir einen Anstieg bei den „niedrigen“ und „hohen“ Einkommen. Parallel dazu verringerte sich die Zahl der Bezieher „mittlerer“ oder „höchster“ Einkommen.

Diese Beispiele machen deutlich, dass eine Anhebung des allgemeinen Lebensstandards nicht unbedingt allen Einkommensgruppen gleichermaßen zugute kommen. Ungleichheiten können abgebaut, aber auch verstärkt werden. Aus diesem Grunde muss bei der Einkommensanalyse immer auch die *Verteilung* des Einkommens berücksichtigt werden. Dieser Problematik wenden wir uns in den nächsten beiden Abschnitten zu.

4.3. Der wirtschaftliche Abstand zwischen hohen und niedrigen Einkommen

Einkommenspositionen lassen sich einheitlich darstellen, indem die Einzelpersonen entsprechend ihrem Einkommen in eine Rangfolge gebracht und die Randwerte ermittelt werden, die gleich große Gruppen voneinander trennen, beispielsweise die zehn Gruppen mit jeweils 1/10 der Bevölkerung. Die oberen Randwerte von zehn gleich großen Einkommensgruppen werden auch Dezile genannt.

Bei Anwendung dieses Verfahrens stellen wir fest, dass in Portugal 1997 am unteren Ende der Skala 10 % aller Einwohner in Haushalten mit einem jährlichen Einkommen von weniger als 2800 KKS lebten, während die 10 % am oberen Ende über ein Haushaltseinkommen von mehr als 15 800 KKS verfügten. Das Verhältnis zwischen diesen höchsten und niedrigsten Werten ist das so genannte P90/P10 Verhältnis, das den wirtschaftlichen Abstand zwischen den Reichsten und den Ärmsten in einer Gesellschaft kennzeichnet. Im Jahre 1997 betrug dieses Verhältnis in den EU-Mitgliedstaaten durchschnittlich 4:1, wobei es in Portugal und Griechenland mit nahezu 6:1 am höchsten war. Das bedeutet, dass in reichen Haushalten lebende Portugiesen oder Griechen im Durchschnitt das Sechsfache des Einkommens armer Haushalte zur Verfügung haben.

Tabelle 4.2 enthält diese Angaben für alle EU-Mitgliedstaaten. Ungleichheiten ähnlichen Ausmaßes wie in Portugal und Griechenland zeigen sich auch in Spanien und dem Vereinigten Königreich, wo der Quotient P90/P10²² mehr als 5,0 beträgt. Andererseits verzeichnet Luxemburg als der wohlhabendste EU-Mitgliedstaat eine deutlich ausgewogenere Einkommensverteilung, denn der wirtschaftliche Abstand zwischen den Reichsten und den Ärmsten des Landes liegt bei knapp 3:1.

Die geringsten Einkommensungleichheiten gibt es in den nordischen Ländern, wo das Verhältnis P90/P10 deutlich unter 3:1 bleibt. Dänemark hat diesbezüglich mit 2,5 den niedrigsten Quotienten, gefolgt von Schweden (P90/P10=2,6) und Finnland (P90/P10=2,7).

Die Verteilung des Einkommens lässt sich zwischen den Ländern besser vergleichen, wenn die Dezile als prozentuale Anteile am medianen Einkommensniveau im jeweiligen Land ausgedrückt werden. In Dänemark belief sich das unterste Dezil auf 63 % des medianen Einkommensniveaus, verglichen mit 43 % in Portugal und 37 % in Griechenland. Die Länder mit besonders niedrigen Dezilen am unteren Ende der Skala sind gleichzeitig durch ausgesprochen hohe Werte im obersten Bereich gekennzeichnet. Die reichste Gruppe in Portugal beispielsweise kann mit mindestens 243 % des medianen Einkommensniveaus rechnen, wohingegen das oberste Dezil in Dänemark lediglich auf 155 % kommt.

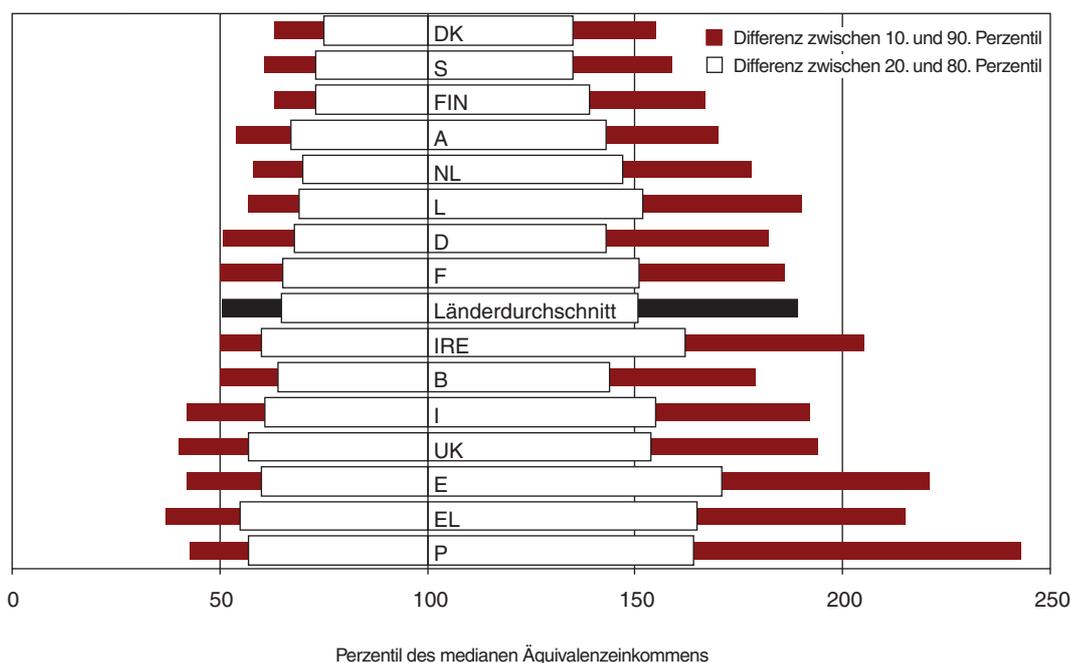
⁽²²⁾ Anmerkung: Die Daten für das untere Einkommensdezil sind oft besonders schwer zu erfassen; aus diesem Grunde wird der Quotient P80/20 in der Regel dem Quotienten P90/10 vorgezogen.

Tabelle 4.2. Einkommensverteilung in den EU-Mitgliedstaaten, Perzentile des Medians, 1997

..% des medianen Niveaus	.. % der Bevölkerung haben weniger als									P90/P10	Median (= 100)
	10	20	30	40	60	70	80	90			
Belgien	50	64	76	88	111	124	144	179	3,6	13.700	
Dänemark	63	75	86	95	110	122	135	155	2,5	13.700	
Deutschland	51	68	80	90	110	124	143	182	3,6	13.200	
Griechenland	37	55	71	84	115	135	165	215	5,8	7.300	
Spanien	42	60	72	85	115	138	171	221	5,3	7.900	
Frankreich	50	65	76	87	113	130	151	186	3,7	11.900	
Irland	50	60	71	85	116	136	162	205	4,1	9.700	
Italien	42	61	73	84	115	134	155	192	4,6	9.200	
Luxemburg	57	69	80	88	113	130	152	190	3,3	19.000	
Niederlande	58	70	79	89	111	126	147	178	3,1	12.100	
Österreich	54	67	78	89	111	124	143	170	3,1	13.300	
Portugal	43	57	70	85	114	133	164	243	5,7	6.500	
Finnland	63	73	82	90	110	123	139	167	2,7	10.500	
Schweden	61	73	83	91	109	120	135	159	2,6	11.100	
Vereinigtes Königreich	40	57	71	84	113	132	154	194	4,9	13.200	
Länderdurchschnitt	51	65	77	88	112	129	151	189	3,9	11.500	
EU-15	47	63	75	87	113	130	152	191	4,2	11.300	

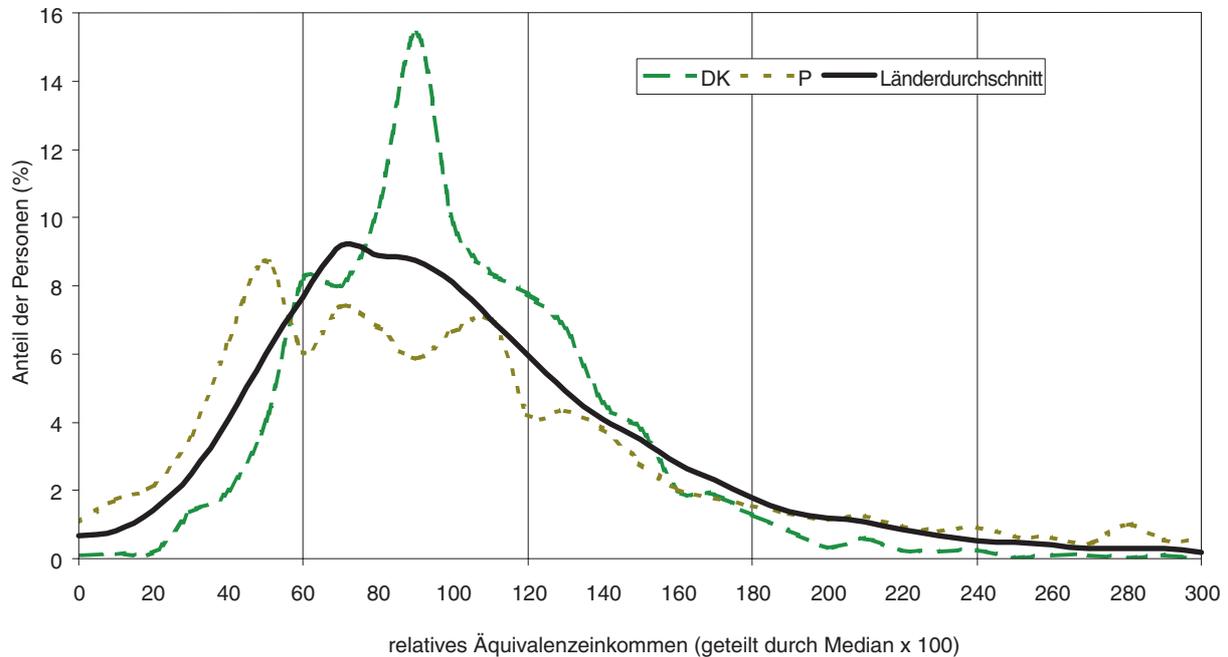
Abbildung 4.3 veranschaulicht die oberen und unteren Einkommenspositionen. Dabei bezeichnet das linke Ende der Grafik die Position des untersten Dezils und das rechte Ende die höchste Einkommensposition. Länder mit einem hohen Quotienten P90/P10, das heißt mit einem hohen Grad an Ungleichheit, sind im unteren Teil der Abbildung zu finden. Generell scheinen die höheren Einkommenspositionen weiter vom medianen Einkommensniveau (vertikale Achse) entfernt zu sein als die niedrigen. Diese Asymmetrie zu Gunsten der hohen Einkommenspositionen zeigt sich am deutlichsten in Ländern mit größerer Ungleichheit.

Abb. 4.3. Differenz zwischen den höchsten und den niedrigsten Einkommen in EU 15, 1997



Beschränkt man die Betrachtung des Einkommens auf das 2. bis 8. Dezil, sind die Unterschiede zwischen den Ländern gewöhnlich weniger stark ausgeprägt, jedoch bleibt die Reihenfolge der Länder nahezu unverändert.²³

Abb. 4.4. Einkommensverteilung in Dänemark und Portugal und Länderdurchschnitt, 1997



Zur besseren Veranschaulichung zeigt Abbildung 4.4 die Einkommensverteilung in Dänemark und Portugal und vergleicht diese mit dem Durchschnitt für die EU-Mitgliedstaaten. In Dänemark ist wie in allen nordischen Ländern der mittlere Einkommensbereich stark vertreten. Im Gegensatz dazu sind in Portugal wie auch in den anderen südeuropäischen Ländern die Einkommensempfänger breiter über die gesamte Einkommenspalette verteilt und auch noch stärker in der untersten und obersten Position anzutreffen. Die Einkommensverteilung in den Benelux-Staaten und Ländern wie Deutschland, Frankreich und Österreich entspricht annähernd dem Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten. Im Vereinigten Königreich und Irland ähnelt die Einkommensverteilung eher der in den südeuropäischen Ländern.

4.4. Konzentration der Einkommensressourcen

Durch den Quotienten P90/P10 zur Feststellung des wirtschaftlichen Abstands zwischen dem obersten und dem untersten Dezil werden extreme Ungleichheiten außerhalb des festgelegten Einkommensbereichs nicht erfasst. Hier kann Abhilfe geschaffen werden, indem untersucht wird, welches Äquivalenzeinkommen den Angehörigen des obersten und untersten Einkommensquintils zur Verfügung steht. Der Quotient aus beiden, bekannt als der S80/S20-Quotient, ist eines der Maße für die Einkommenskonzentration in einer Gesellschaft. Je größer er ist, desto größer ist die Einkommenskonzentration und damit die Einkommensungleichheit.

Im Jahre 1997 verfügte das unterste Quintil in der Europäischen Union über lediglich 8 % der gesamten Einkommensressourcen, auf das oberste Quintil hingegen entfielen 38 % aller Ressourcen. Das für die Einkommenskonzentration maßgebliche Verhältnis S80/S20 betrug nahezu 5:1.

- Der niedrigste Quotient S80/S20 und damit die geringste Einkommenskonzentration und die geringste Einkommensungleichheit finden sich in Dänemark (Verhältnis 3:1). Hier verfügen das unterste und das oberste Einkommensquintil über 11 bzw. 32 % der Einkommensressourcen insgesamt. Das stimmt mit den Erkenntnissen des vorangegangenen Abschnitts überein, in dem Dänemark als das Land mit dem kleinsten wirtschaftlichen Abstand zwischen oberstem und unterstem Einkommensdezil (P90/P10-Quotient) beschrieben wurde. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch hier wieder in den anderen nordischen Ländern. Für Finnland und Schweden ergibt sich eine Einkommenskonzentration von 3,2:1 bzw. 3,3:1.

⁽²³⁾ a.a.O.

- Der höchste Quotient S80/S20 und damit die stärkste Einkommenskonzentration und die stärkste Einkommensungleichheit finden sich in Portugal (Verhältnis 7,3:1), gefolgt von Griechenland (6,7:1), Spanien (6,5:1) und dem Vereinigten Königreich (5,8:1). Auch dies entspricht weitestgehend den im vorangegangenen Abschnitt dargelegten Erkenntnissen. In Portugal besitzen das unterste und das oberste Quintil 6 bzw. 45 % der gesamten Einkommensressourcen. In Griechenland und Spanien sind es 6 und 42 % und im Vereinigten Königreich 7 und 40 %. Interessanterweise hat Irland, wo der wirtschaftliche Abstand zwischen dem obersten und dem untersten Einkommensdezil ähnlich groß ist wie im Vereinigten Königreich und in den südeuropäischen Ländern, eine weniger extreme und näher am europäischen Durchschnitt liegende Einkommenskonzentration.

Ein weiteres feststehendes Maß für die Einkommenskonzentration ist der sogenannte Gini-Koeffizient, der von 0 bis 100 reicht. Bei einem Wert von 0 ist die Gesellschaft durch absolute Einkommensgleichheit gekennzeichnet, d. h. alle haben das gleiche Einkommen. Ein Wert von 100 bezeichnet die höchstmögliche Einkommensungleichheit und würde dann auftreten, wenn sich das gesamte Einkommen im Besitz einer einzelnen Person befände. Der Gini-Koeffizient vergleicht die tatsächliche Wohlfahrt mit der Wohlfahrt, die bei Gleichverteilung der gleichen Ressourcen erzielt würde. Er kann daher als der prozentuale Anteil des Einkommens verstanden werden, der nicht zur Wohlfahrt beiträgt. Im Jahre 1997 belief sich der Gini-Koeffizient für Dänemark auf 21, für Portugal hingegen auf 38. Die anderen Mitgliedstaaten lagen zwischen diesen beiden Werten, der durchschnittliche europäische Gini-Koeffizient betrug 30 (Tabelle 4.3).

Tabelle 4.3. Anteile und Konzentration der Einkommen in den Einkommensgruppen, 1997

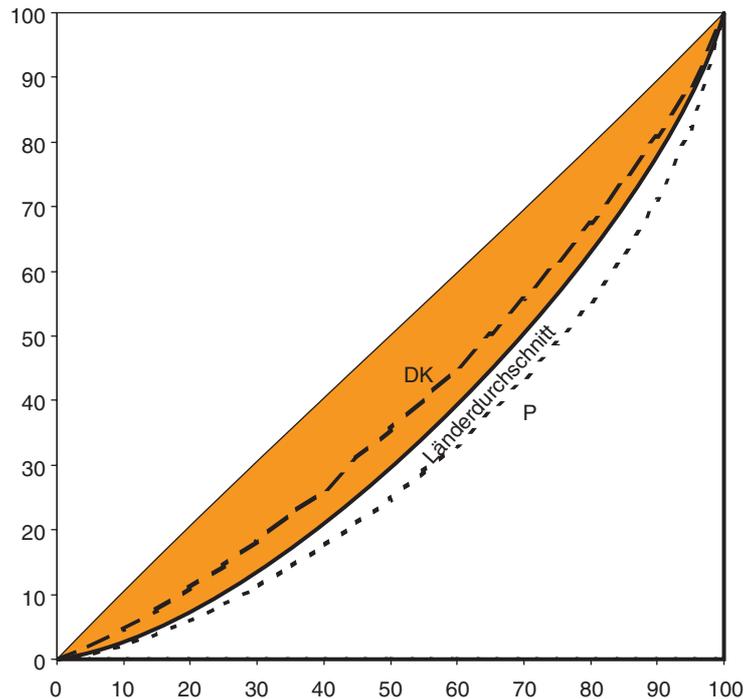
..% der ressourcen	untere 20 %	2. Fünftel	3. Fünftel	4. Fünftel	obere 20%	S80/S20	Gini
Belgien	8	13	16	21	42	5,5	34
Dänemark	11	15	19	23	32	3,0	21
Deutschland	9	14	18	22	37	4,3	28
Griechenland	6	12	17	23	42	6,7	35
Spanien	6	12	16	23	42	6,5	35
Frankreich	8	13	18	23	38	4,5	29
Irland	8	12	16	23	41	5,1	33
Italien	7	13	18	24	38	5,5	31
Luxemburg	9	14	17	23	37	4,0	28
Niederlande	9	14	18	23	36	3,9	27
Österreich	9	14	18	23	35	3,7	26
Portugal	6	11	16	22	45	7,3	38
Finnland	11	15	18	22	34	3,2	23
Schweden	11	16	19	23	33	3,1	22
Vereinigtes Königreich	7	13	17	23	40	5,8	33
Länderdurchschnitt	8	13	17	23	38	4,8	30
EU-15	8	13	17	23	38	5,1	30

Die Lorenz-Kurve ist wahrscheinlich die bekannteste grafische Darstellung der Konzentration der Einkommensressourcen. Sie verläuft vom Bezieher des geringsten zum Bezieher des höchsten Einkommens und stellt den kumulierten Prozentteilen der Bevölkerung die kumulierten Anteile am Volkseinkommen gegenüber. Bei Gleichverteilung der Einkommen würde sich eine 45°-Diagonale ergeben. Die Fläche zwischen den kumulierten Ressourcenanteilen und dieser Diagonale kennzeichnet das Ausmaß der Konzentration, und ihr Verhältnis zur Gesamtfläche unterhalb der Diagonale wird zahlenmäßig in Form des Gini-Koeffizienten ausgedrückt. Die Lorenz-Kurve der EU-Mitgliedstaaten befindet sich zwischen der Kurve für Dänemark, wo die Ressourcen am gleichmäßigsten verteilt sind, und der für Portugal, dem Land mit der höchsten Einkommensungleichheit (Abbildung 4.5).

Nachdem wir die aggregierten Maße für die Einkommensungleichheit in den EU-Mitgliedstaaten festgestellt haben, befassen wir uns im folgenden Abschnitt eingehender mit Niedrigeinkommen und Armutsgefährdung.

4.5. Niedrigeinkommen und Armutsgefährdung

Die Armutsgefährdungsschwelle wird als relative Größe im Verhältnis zum Medianeinkommen festgelegt und macht 70, 60 oder 50 Prozentpunkte des letztgenannten Wertes aus. Im Jahre 1997 hatte nahezu ein Viertel

Abb. 4.5. Lorenz-Kurven für die Einkommenskonzentration 1997


der Bevölkerung der Europäischen Union ein Einkommen von weniger als 70 % des Medianeinkommens. Außerdem lebte jeder Siebente in einem Haushalt mit einem Einkommen von unter 60 % des Medians, und jeder Zehnte hatte ein Haushaltseinkommen von weniger als 50 % dieses Wertes.

Unabhängig davon, bei welcher Grenze das Niedrigeinkommen/die Gefahr der Einkommensarmut angesetzt wird, zeigt sich in der Reihenfolge der Länder ein nahezu identisches Bild. In Finnland und Dänemark ist die Zahl derer, die von der Einkommensarmut bedroht sind, am niedrigsten, in Portugal und Griechenland ist sie am höchsten. Irland bildet eine Ausnahme. Hier ist die Armutsgefährdung vergleichsweise hoch, wenn die Grenze bei 70 und 60 % angesetzt wird. Geht man von 50 % aus, liegt die Gefährdung unter dem EU-Durchschnitt. Das deutet darauf hin, dass relativ viele Personen ein Einkommen zwischen 50 und 60 % des Medianeinkommens beziehen.

Tabelle 4.4. Niedrigeinkommensquoten bei unterschiedlichen Schwellenwerten, 1997

	Niedrigeinkommen unterhalb von .. % des Medians		
	50	60	70
Belgien	10	15	23
Dänemark	4	8	16
Deutschland	8	15	21
Griechenland	17	23	29
Spanien	14	20	25
Frankreich	10	16	24
Irland	9	20	28
Italien	13	19	27
Luxemburg	6	12	20
Niederlande	6	11	20
Österreich	8	13	21
Portugal	15	24	30
Finnland	3	8	17
Schweden	5	9	17
Vereinigtes Königreich	16	22	29
Länderdurchschnitt	9	15	23
EU-15	11	17	24

Eurostat empfiehlt, die Armutsgefährdungsschwelle mit 60 % des medianen Äquivalenzeinkommens anzusetzen. Entsprechend dieser Empfehlung war die Armutsgefährdungsgrenze 1997 in Portugal am niedrigsten. Hier galt eine Person mit einem Äquivalenzeinkommen von unter 3900 KKS als armutsgefährdet. In der Hälfte der Mitgliedstaaten lag die Schwelle unter 7000 KKS, der Durchschnitt betrug 6900 KKS. In Belgien und Dänemark bewegte sich die Einkommensschwelle knapp über 8000 KKS, in Luxemburg ist sie dreimal so hoch wie in Portugal.

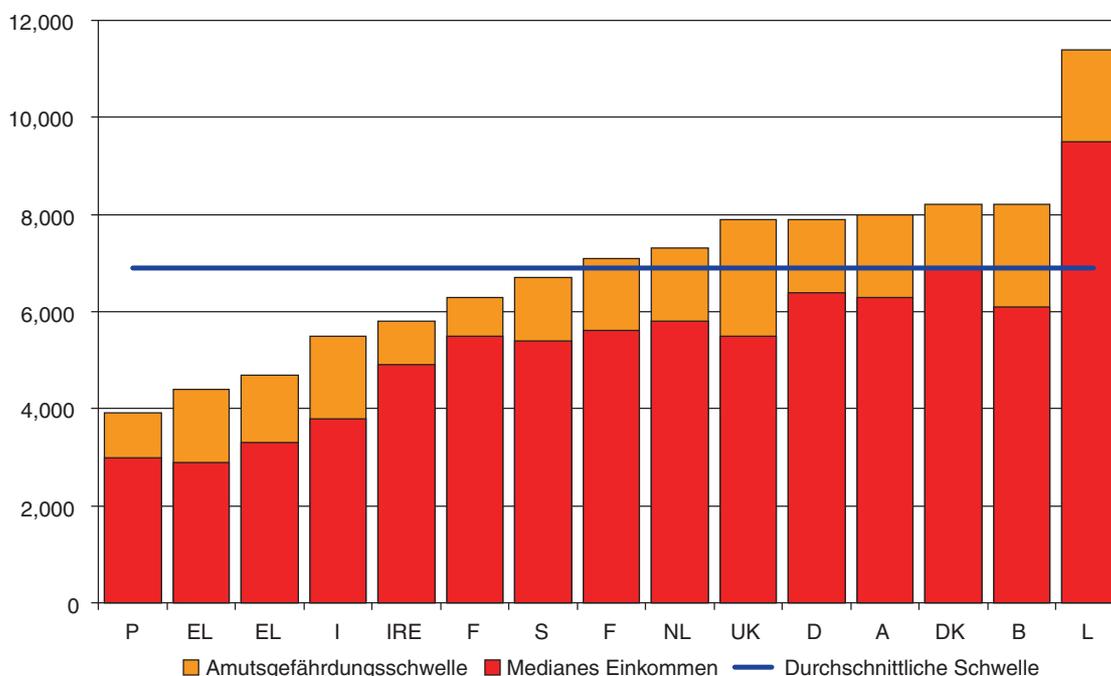
Im Jahre 1997 bezogen mehr als 60 Mio. EU-Bürger ein Einkommen unterhalb der jeweiligen nationalen Armutsgefährdungsschwelle. Das entsprach 17 % der gesamten Bevölkerung. Die Armutsgefährdungsquoten in den einzelnen Mitgliedstaaten reichen von 24 % in Portugal bis zu 8 % in Dänemark und Finnland.

Die Armutsgefährdungsquote ist ein relatives Maß und reagiert als solches stärker auf den Grad der Ungleichheit innerhalb eines Landes als auf den allgemeinen Lebensstandard. Das Vereinigte Königreich hat einerseits eine der höchsten Armutsgefährdungsquoten (22 %) – vergleichbar mit Portugal – und andererseits ein medianes Äquivalenzeinkommen, das doppelt so hoch ist wie in Portugal und deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt (siehe Abbildung 4.1). Finnland wiederum ist hinsichtlich des allgemeinen Wohlstands weitaus eher mit Portugal zu vergleichen, hat jedoch die gleiche niedrige Armutsgefährdungsquote wie Dänemark.

Eine über dem EU-Durchschnitt liegende Gefahr der Einkommensarmut ist generell in den südeuropäischen und angelsächsischen Ländern zu beobachten, d. h. in Portugal, Griechenland, Spanien, Italien, dem Vereinigten Königreich, Irland und weniger stark auch in Frankreich, das am nächsten am EU-Durchschnitt liegt. Ein geringeres Armutsrisiko besteht in den kontinentalen und skandinavischen Mitgliedstaaten, wobei hier Belgien und Deutschland die geringste Abweichung vom EU-Durchschnitt verzeichnen.

Wie Abbildung 4.6 zeigt, ist das Durchschnittseinkommen der Mitglieder von Haushalten, die unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegen, in der Regel deutlich niedriger als dieser Schwellenwert. Das durchschnittliche prozentuale Defizit gegenüber der für die Armutsgefährdung maßgeblichen Einkommensschwelle wird als Armutsgefährdungslücke bezeichnet.

Abb. 4.6. Armutsgefährdungsschwelle und medianes Einkommen der Armen 1997, in KKS



Im Jahre 1997 belief sich das Medianeinkommen der Armutsgefährdeten in der Europäischen Union auf 78 % der Armutsgefährdungsschwelle, die Armutsgefährdungslücke betrug also 22 %. Das Nettoeinkommen, das zur Beseitigung des Armutsrisikos in allen 15 EU-Mitgliedstaaten 1997 erforderlich gewesen wäre, ist von diesem mittleren Einkommensdefizit abhängig und entspräche insgesamt 87,5 Mrd. KKS.

In den meisten Ländern bewegt sich die Armutsgefährdungslücke zwischen 20 und 24 %, wobei die Niederlande, Frankreich, Österreich und Schweden unterhalb des EU-Durchschnitts liegen und Portugal darüber. Wie aus Tabelle 4.5 ersichtlich wird, macht die Lücke in Belgien, dem Vereinigten Königreich, Spanien und Italien mehr als 26 % aus. Spitzenreiter ist Griechenland mit 33 %.²⁴

In Ländern mit einer überdurchschnittlichen Armutsgefährdung ist die Einkommenslücke in der Regel größer, was sich jedoch nicht verallgemeinern lässt. Irland, das nachweislich eine der höchsten Armutsgefährdungen in Europa verzeichnet (20 % an der 60-Prozent-Schwelle), hat nach Finnland die zweitkleinste Armutsgefährdungslücke in der EU (19 %). Das deutet darauf hin, dass ein Großteil der Armutsgefährdeten in Irland knapp unterhalb der Einkommensschwelle liegt, geht man einmal von den Einkommensressourcen aus. Folglich könnte hier mit weniger Ressourcenaufwand pro Person als in Belgien, wo sich ein verhältnismäßig kleinerer Teil der Bevölkerung in einer noch prekäreren Einkommenssituation befindet, der Lebensstandard aller Betroffenen auf das Niveau der Armutsgefährdungsschwelle angehoben werden.

Bei deutlich unter der Armutsschwelle liegenden Einkommen kann sich entweder die Dauer der Armutsgefährdung verkürzen, da die Betroffenen zur Arbeitsaufnahme gezwungen werden, oder aber die gefährdeten Personen verfallen in Resignation. In jedem Falle widerspiegelt sich das Ergebnis in der Zahl derer, die eine langfristige Armutsgefährdung und Ausgrenzung erfahren (siehe Kapitel 5).

Tabelle 4.5. Ein Profil der Armut in den EU-Mitgliedstaaten

	Armutsgefährdungsschwelle	Armutsgefährdungsquote	Medianes Niedrigeinkommen	Armutsgefährdungslücke	Gini der Niedrigeinkommen	Sen Index
Belgien	8.200	15	6.100	26	19	59
Dänemark	8.200	8	6.900	16	12	21
Deutschland	7.900	15	6.400	19	18	48
Griechenland	4.400	23	2.900	33	20	105
Spanien	4.700	20	3.300	29	24	90
Frankreich	7.100	16	5.600	21	16	55
Irland	5.800	20	4.900	15	10	47
Italien	5.500	19	3.800	31	26	91
Luxemburg	11.400	12	9.500	17	14	33
Niederlande	7.300	11	5.800	21	19	39
Österreich	8.000	13	6.300	21	15	43
Portugal	3.900	24	3.000	24	20	92
Finnland	6.300	8	5.500	12	14	19
Schweden	6.700	9	5.400	20	19	32
Vereinigtes Königreich	7.900	22	5.500	31	19	95
Länderdurchschnitt	6.900	15	5.400	22	18	58
EU-15	6.800	17	5.100	25	19	69

Ausmaß und Schwere der Armutsgefährdung sind zwei wesentliche Anliegen der Sozialpolitik, die jedoch nicht von einem dritten ablenken sollten, nämlich den Ungleichheiten zwischen den von der Armut Bedrohten. So könnte bei einer ziemlich homogenen Verteilung der Armutsgefährdung eine ganz andere Strategie zu deren Bekämpfung angewandt werden als in einer Situation, da es beträchtliche Unterschiede gibt zwischen denen, die extrem marginalisiert sind, und jenen, die sich nur knapp unter der Armutsgefährdungsgrenze befinden.

Unter denen, die von Einkommensarmut bedroht sind, ist die Einkommensungleichheit sehr viel geringer als in der Bevölkerung insgesamt. So lag der durchschnittliche Gini-Koeffizient für Bezieher niedriger Einkommen in den EU-Mitgliedstaaten 1997 bei 18, verglichen mit 30 für die Gesamtbevölkerung (siehe Tabelle 4.5). In Italien und Spanien war der über die Einkommenskonzentration Aufschluss gebende Gini-Koeffizient höher als 24, wohingegen Irland und Dänemark mit einem Koeffizienten von weniger als 12 die geringste Einkommensungleichheit unter den Armutsgefährdeten aufwiesen. Die Werte in den übrigen Ländern lagen zwischen denen von Finnland (14) und Griechenland (20).

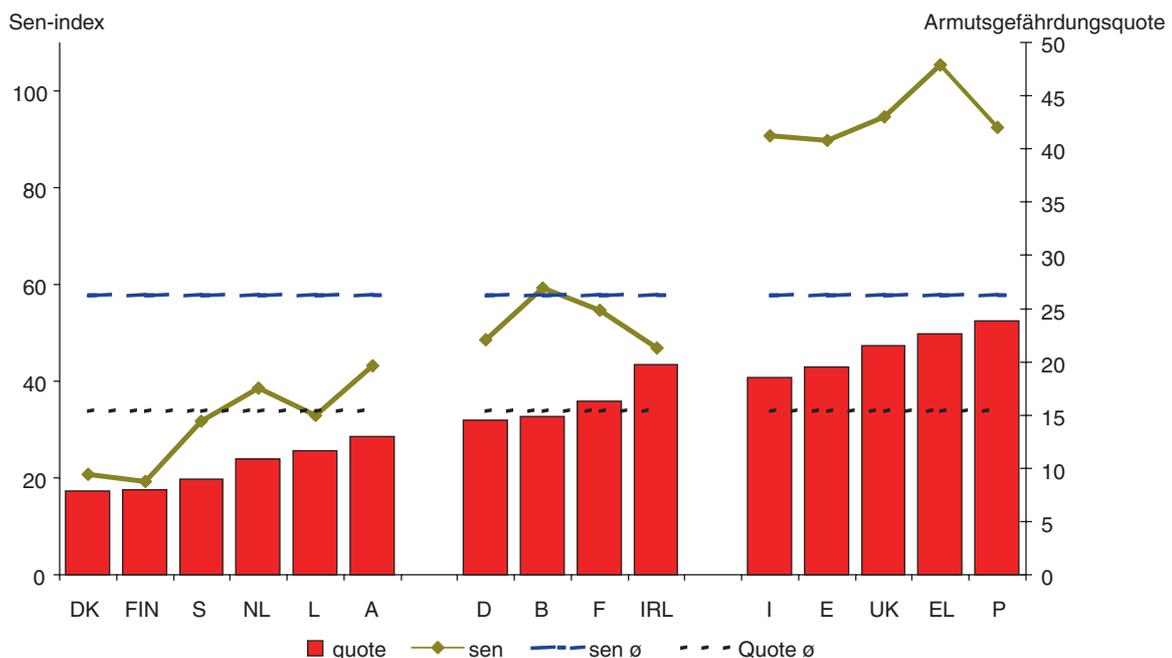
⁽²⁴⁾ Sensitivitätstests für das Vereinigte Königreich haben gezeigt, dass sich hier etwas niedrigere Werte ergeben, wenn extreme Einkommen (Ausreißer) unberücksichtigt bleiben. Die Ergebnisse für dieses Land sind daher mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren.

Die drei in diesem Abschnitt besprochenen Maße der Armutsgefährdung sind gleichermaßen wichtig, um diese Gefährdung in einzelnen Ländern wie auch im Ländervergleich bewerten zu können und um eine Strategie zur Bekämpfung der Armut zu entwickeln. Eine schwerpunktmäßige Ausrichtung auf eines dieser Maße kann zu falschen oder einseitigen Schlussfolgerungen und Maßnahmen führen.

Der Sen-Index ist ein Gesamtmaß, bei dem Häufigkeit und Intensität der Armutsgefährdung zusammen mit der Einkommensverteilung unter den Armutsgefährdeten Berücksichtigung finden. Um dieses Maß zu errechnen, werden die Armutsgefährdungslücke und der Gini-Koeffizient der ärmeren Bevölkerung, gewichtet mit der Armutsgefährdungslücke, addiert und danach mit der Armutsgefährdungsquote multipliziert. Der Sen-Index hat den Wert 0, wenn niemand unter eine festgelegte Armutsgefährdungsgrenze abrutscht (d. h. null Armutsgefährdung), und er erreicht einen maximalen Wert von 1000, wenn alle Personen null Einkommen haben (d. h. alle drei Faktoren betragen 1,0).²⁵

Im Jahre 1997 wurde in der Europäischen Union ein durchschnittlicher Sen-Index für die Armutsgefährdung von 58 verzeichnet. Der höchste Wert betrug 105 und war in Griechenland anzutreffen, während Finnland mit 19 am unteren Ende rangierte. Indizes über 90 gab es im Vereinigten Königreich und in den südeuropäischen Ländern, wohingegen in den nordischen Ländern, in Luxemburg und in den Niederlanden durchweg Werte unter 40 zu beobachten waren. Eine überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote in Irland wurde teilweise durch die gegensätzlichen Tendenzen bei der Intensität der Gefährdung und der Ungleichheit innerhalb der ärmeren Schichten aufgewogen, weshalb der Sen-Index in Irland auch nur 47 betrug. Österreich, Deutschland, Belgien und Frankreich lagen mit Werten zwischen 43 und 59 nahe am EU-Durchschnitt

Abb. 4.7. Sen-Index und Armutsgefährdung in der EU, 1997



Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass unsere Ergebnisse zu den verschiedenen Indikatoren der einkommensbezogenen Ungleichheit und Armutsgefährdung ein größtenteils einheitliches Bild vermitteln. Das wird auch aus Tabelle 4.6 ersichtlich, in der die Länder in der Reihenfolge ihres medianen Einkommensniveaus aufgeführt sind. Einige Länder weichen jedoch erheblich von der allgemein beobachteten Regel ab, dass ein hohes Maß an Ungleichheit und Armutsgefährdung mit geringem Wohlstand einhergeht.

Charakteristisch für Dänemark wie auch Luxemburg und Österreich sind ein hohes Maß an Wohlstand, geringe Ungleichheiten und eine geringe Armutsgefährdung. Dasselbe gilt für die Niederlande und die nordischen Länder, wenngleich hier der Wohlstand nicht ganz so hoch ist. Im Gegensatz dazu weisen alle vier

⁽²⁵⁾ Definitionsgemäß bewegt sich der Sen-Index zwischen 0 und 1, er wird jedoch hier aus praktischen Gründen immer mit 1000 multipliziert.

Tabelle 4.6. Zusammenfassender Überblick über Wohlstand, Ungleichheit und Armutsgefährdung in den Mitgliedstaaten im Vergleich zum EU-Durchschnitt, 1997

	Wohlstand		Ungleichheit			Armutsgefährdungs		
	Median	P90/P10	S80/20	Gini	Quote	Lücke	Sen	
Luxemburg	++	-	-	0	-	--	--	
Dänemark	++	--	--	--	--	--	--	
Belgien	+	0	+	++	0	+	0	
Deutschland	+	0	0	0	0	-	-	
Österreich	+	-	--	--	-	0	-	
Vereinigtes Königreich	+	+	++	+	++	++	++	
Niederlande	0	-	-	-	--	0	-	
Frankreich	0	0	0	0	0	0	0	
Schweden	0	--	--	--	--	0	--	
Finnland	0	--	--	--	--	--	--	
Irland	-	0	0	+	++	--	-	
Italien	-	+	+	0	+	++	++	
Spanien	--	++	++	++	++	++	++	
Griechenland	--	++	++	++	++	++	++	
Portugal	--	++	++	++	++	0	++	

Median: ++ > 120%; + > 110%; - < 90%; -- < 80%; P90/P10 ++ > 4.9; + > 4.4 - < 3.4 -- < 2.9; S80/20, ++ > 5.8; + > 5.3; - 4.3 -- < 3.8; Gini: ++ > 34; + > 32; - < 28; -- < 26; Armutsgefährdungsquote: ++ > 19; + > 17; - < 13; -- < 11; Lücke: ++ > 26; + > 24; - < 20; -- < 18; Sen: ++ > 79; + > 69; - < 49; -- < 39. Länder in der Reihenfolge des medianen Einkommensniveaus.

südeuropäischen Länder einen nur geringen Wohlstand, starke Ungleichheiten und eine beträchtliche Armutsgefährdung auf. Ein geringeres Wohlstandsniveau in Irland wird gleichermaßen von einem erhöhten Armutsrisiko begleitet, jedoch ist die Ungleichheit hier weniger gravierend. Deutschland und Frankreich liegen bei den meisten Dimensionen nahe dem (ungewichteten) EU-Durchschnitt. Stark ausgeprägte Ungleichheiten und eine hohe Armutsgefährdung im Vereinigten Königreich gehen einher mit einem medianen Einkommensniveau, das deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt. Auch Belgien stellt einen gewissen Sonderfall dar, da hier ein generell hoher Lebensstandard mit vergleichsweise starken Ungleichheiten und einem durchschnittlichen Armutsrisiko einhergeht.

4.6. Das soziale Profil des wirtschaftlichen Vorteils/Nachteils

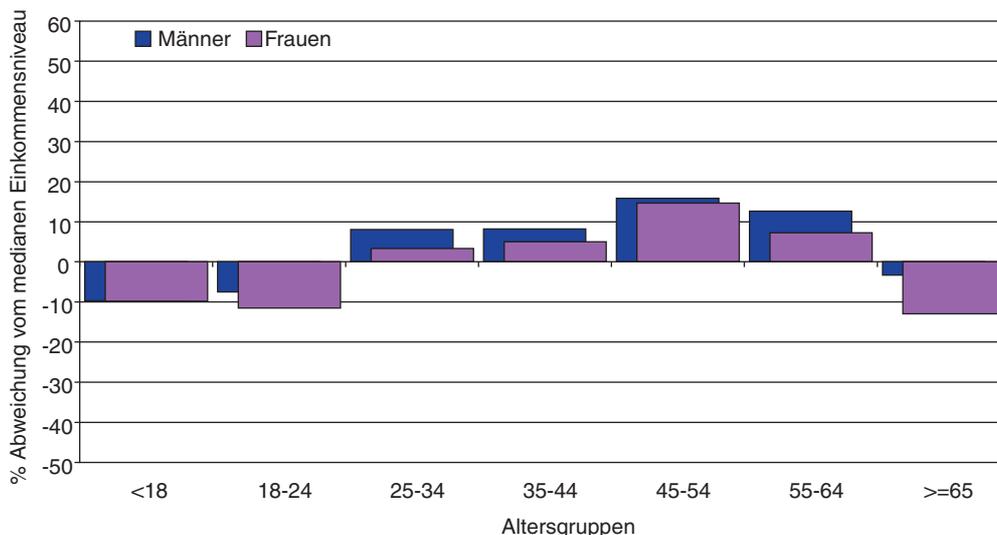
Zur Beschreibung der sozialen Profile des wirtschaftlichen Vorteils und der Armutsgefährdung wird auf ein Schichtungssystem zurückgegriffen, das zugeordnete Formen wie das Geschlecht und soziologische Variablen wie Schicht und Bildungsstand einbezieht. Außerdem berücksichtigen wir, welche Rolle solche Ressourcen wie die Arbeitsmarktposition oder ein erhöhter Bedarf aufgrund von familiären Verpflichtungen oder der Haushaltszusammensetzung spielen.

Diese Determinanten bestehen nicht unabhängig voneinander, sondern sind ziemlich eng miteinander verknüpft. Den höchsten wirtschaftlichen Vorteil genießen allein stehende Männer und Ehepaare im erwerbsfähigen Alter ohne Kinder. Er verringert sich mit der Zahl der Kinder, wenngleich hierbei auch der Bildungsstand und die berufliche Entwicklung der Haushaltsangehörigen eine Rolle spielen. Für Personen, die in schwierigen Abschnitten ihres Lebenszyklus wegen mangelnder Qualifikation oder Kinderbetreuungspflichten nur beschränkte Verdienstmöglichkeiten haben, ergeben sich immer größere wirtschaftliche Nachteile. Die in diesem Abschnitt vorgenommene Analyse der komparativen Vorteile/Nachteile konzentriert sich auf die Beschreibung charakteristischer Muster zu einzelnen Dimensionen. Die Schnittstellen zwischen verschiedenen Dimensionen der sozialen Position und Abschnitten im Lebenszyklus werden in den nachfolgenden Kapiteln eingehender untersucht, wobei die Längsschnittanalyse zur Anwendung kommt (Kapitel 5 und 7).

4.6.1. Der Lebenszyklus und seine Relevanz für Frauen

Zum Vergleich der wirtschaftlichen Vorteile/Nachteile müssen die durchschnittlichen Einkommen zum durchschnittlichen Einkommensniveau ins Verhältnis gesetzt werden. Ein schwerer wirtschaftlicher Nachteil ließe sich dann feststellen, wenn das durchschnittliche Einkommen einer spezifischen Gruppe deutlich unterhalb dem durchschnittlichen Einkommen der Gesamtbevölkerung liegt. Personen im erwerbsfähigen Alter, d. h. zwischen 25 und 64 Jahren, die in Haushalten mit einem Einkommen zwischen 5 und 14 % über

Abb. 4.8. Einkommensabweichungen vom nationalen Mittel im Lebensverlauf von Männern und Frauen, 1997



dem nationalen Durchschnitt leben, werden am wenigsten mit einem wirtschaftlichen Nachteil zu rechnen haben. Dies gilt sowohl für Männer als auch für Frauen, wenngleich nach wie vor in allen Erwerbsaltersgruppen kleine, aber bedeutende Unterschiede zugunsten der Männer bestehen.

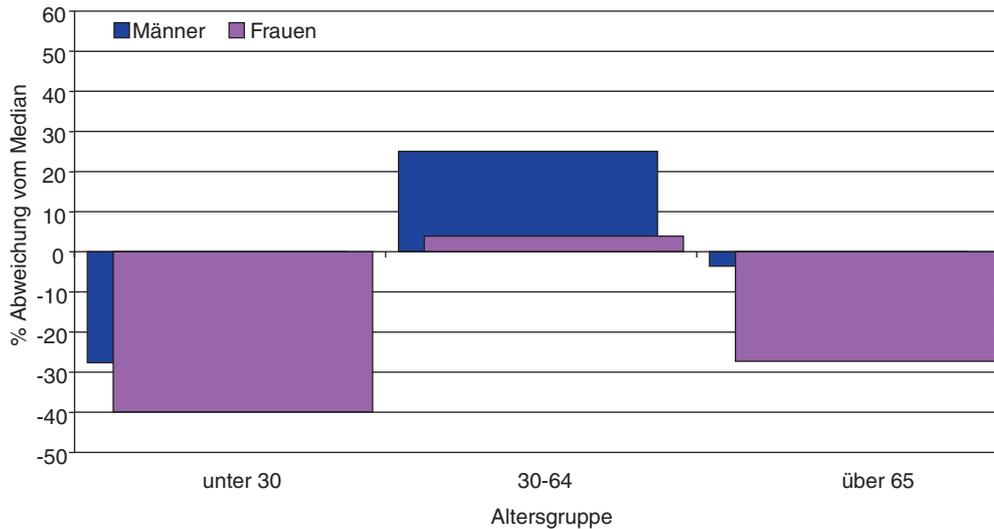
Ein beträchtlicher geschlechtsspezifischer Unterschied ist bei den Personen ab 65 Jahren zu beobachten. In dieser Altersgruppe liegt das durchschnittliche Einkommen der Frauen in der Regel unterhalb des Durchschnittsniveaus, wohingegen die Männer mit nahezu 10 % über dem Durchschnitt bleiben, was mehr ist als bei den Männern unter 25 Jahren.

Tabelle 4.7. Durchschnittseinkommen nach Alter und Geschlecht, Prozent vom Mittel

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	Durchschnitt
Geschlecht																
Männer	103	101	102	101	101	101	101	101	102	102	102	101	102	101	103	102
Frauen	96	98	97	98	99	98	98	98	97	98	97	98	98	98	96	98
Alter																
<18	84	95	83	99	90	93	89	90	92	85	87	92	96	91	83	90
18-24	92	93	92	92	94	82	94	87	107	80	95	97	86	80	89	91
25-34	106	100	99	110	106	98	115	106	108	104	105	108	97	94	112	105
35-44	95	108	105	114	109	103	108	104	117	103	104	107	106	99	110	106
45-54	115	114	118	112	107	118	110	106	95	115	115	113	115	119	120	113
55-64	127	108	106	97	101	111	109	107	97	115	110	103	106	125	116	109
>=65	93	81	97	76	95	93	86	97	115	99	89	84	88	95	83	91
Mittel in 1000 KKS	16.6	15.0	14.9	8.6	9.6	13.6	11.7	10.3	22.1	13.7	14.5	8.2	11.7	11.9	14.9	13.1

Die beobachteten geschlechtsspezifischen Unterschiede beziehen sich in erster Linie auf die Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen. Deren Ausmaß lässt sich am besten anhand von Einpersonenhaushalten veranschaulichen.

Im Jahre 1997 lag das Einkommen von allein lebenden Frauen unter 30 Jahren im Durchschnitt 40 % unter dem nationalen Durchschnitt und 12 % unter dem ihrer männlichen Kollegen. Bei Alleinstehenden über 65 Jahre erreichte der Unterschied gar 23 %.

Abb. 4.9. Einkommensabweichungen vom nationalen Mittel in Einpersonenhaushalten, nach Geschlecht und Alter, 1997

Tabelle 4.8. Mittleres Einkommen von Männern und Frauen in Einpersonenhaushalten, Prozent vom nationalen Mittel, 1997

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	Average
Einpersonenhaushalte																
Männer unter 30		66	78			80				60	89		65	70	73	72
Frauen unter 30		56	67			66				54	(76)		57	58	63	60
Männer zwischen 30-64	111	101	116	194	168	107	99	139		125	120	134	96	97	126	124
Frauen zwischen 30-64	118	85	102	104	128	106	119	104	111	107	101	74	92	97	108	104
Männer über 65	99	83	101	87	101	97	64	100	136	128	99	94	92	89	76	96
Frauen über 65	77	74	81	68	75	75	59	80		85	77	59	70	77	61	73

Die gleiche Diskrepanz konnte für allein stehende Männer und Frauen im erwerbsfähigen Alter beobachtet werden, allerdings mit dem wichtigen Unterschied, dass sowohl Männer als auch Frauen dieser Altersgruppe ein deutlich über dem Median liegendes Einkommen bezogen.

Es lässt sich also feststellen, dass der geschlechtsspezifische Unterschied zwar bereits im erwerbsfähigen Alter besteht, im Seniorenalter aber als viel schwerwiegender einzuschätzen ist, da er dann mit niedrigem Einkommen und potenzieller Armut verbunden ist.

4.6.2. Bildungsstand

Der Bildungsstand ist eines der charakteristischsten Elemente des wirtschaftlichen Vorteils. In allen EU-Mitgliedstaaten haben Personen mit hoher Qualifikation auch durchweg höhere Einkommen.

Die Wichtigkeit eines hohen Bildungsstandes tritt in Portugal am deutlichsten zutage. Hier ist das Durchschnittseinkommen hochqualifizierter Personen mehr als zweieinhalbmal höher als der nationale Durchschnitt. In Irland, Spanien, Luxemburg, Italien und Griechenland wird mit einer hohen Qualifikation zwar nicht der gleiche Effekt erzielt, jedoch ist und bleibt sie eine äußerst wichtige Form von Kapital. In diesen Ländern gewährleistet sie ein Einkommen, das zwei Drittel über dem nationalen Durchschnitt liegt.

In den skandinavischen Ländern hingegen bringt ein hohes Bildungsniveau keinen so starken wirtschaftlichen Vorteil, das Einkommen der betreffenden Personen liegt etwa ein Fünftel über dem Durchschnitt. Es sollte jedoch darauf hingewiesen werden, dass die nordischen Länder auch den höchsten Anteil von qualifizierten Personen an der Gesamtbevölkerung haben.

Abb. 4.10. Einkommensabweichungen vom nationalen Mittel nach Bildung und Bildungsstand der erwachsenen Haushaltsmitglieder, 1997

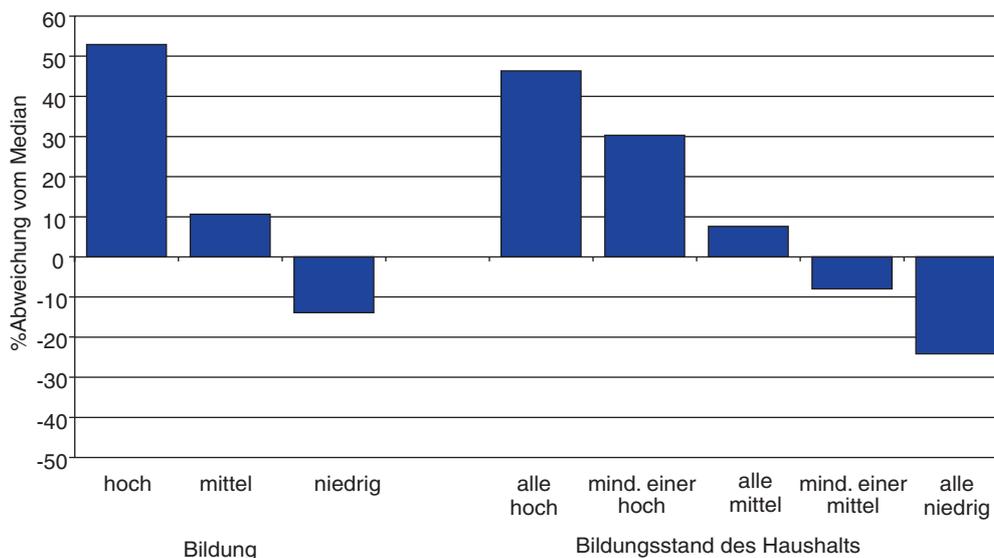


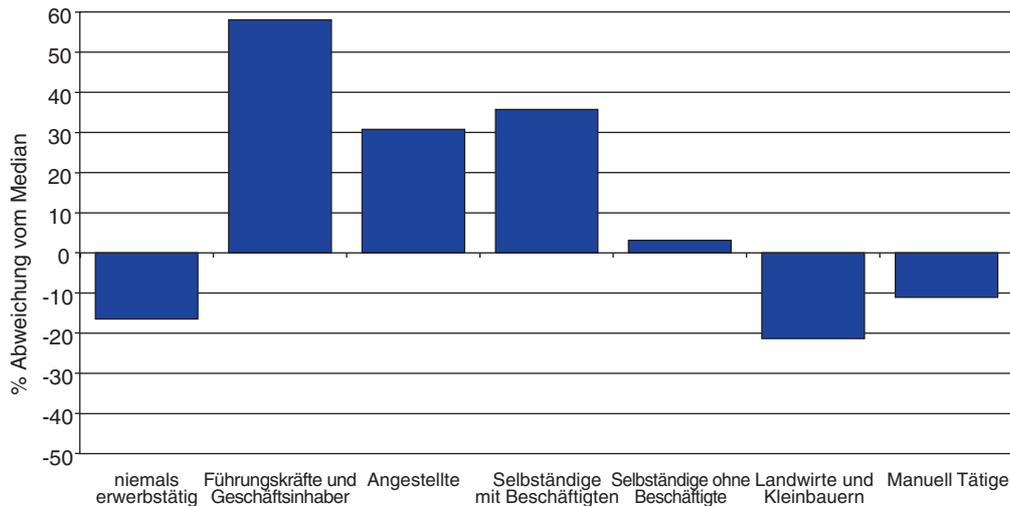
Tabelle 4.9. Mittleres Einkommen nach Bildungsniveau, Prozent vom nationalen Mittel, 1997

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	Durchschnitt
Bildung																
hoch	128	118	134	161	163	149	166	162	193	141	149	259	128	116	125	153
mittel	108	100	101	113	121	103	119	119	130	101	108	139	94	101	101	111
niedrig	82	88	85	75	83	85	80	92	100	89	83	84	87	91	87	86
Bildungsstand des Haushalts																
bei allen Erwachsenen hoch	122	110	109	177	193	143	172	115	175	134	134	241	133	114	123	146
mindestens ein Erwachsener mit Abschluss	117	111	120	132	135	123	134	142	132	124	139	215	109	112	110	130
bei allen Erwachsenen mittel	99	97	95	112	129	96	122	119	112	94	106	164	87	95	86	108
bei mindestens einem Erwachsene mittel	87	92	89	84	90	88	93	100	96	89	91	102	93	98	88	92
bei allen Erwachsenen niedrig	75	84	72	69	72	74	67	81	73	81	72	76	82	84	75	76

Ein wirtschaftlicher Nachteil entsteht in der Regel dann, wenn Personen mit dem gleichen niedrigen Bildungsstand zusammenleben. Im Jahre 1997 war der Angehörige eines Haushalts mit einem insgesamt niedrigen Qualifikationsniveau auf ein Einkommen angewiesen, das um ein Viertel unter dem nationalen Durchschnitt lag. Im Gegensatz dazu betrug das Einkommen von Personen in Haushalten, in denen alle Angehörige einen hohen Bildungsstand erlangt hatten, nahezu das Doppelte; ihr Durchschnittseinkommen lag 46 % über dem nationalen Durchschnitt.

4.6.3. Soziale Schicht

Die soziale Schicht ist eine weitere wichtige soziologische Variable, die die wirtschaftliche Situation beeinflusst. Es sei noch einmal wiederholt, dass in dieser Studie die soziale Schicht operationalisiert wurde, indem die Informationen über den aktuellen (oder früheren) beruflichen Status eines Einzelnen damit kombiniert wurden, ob er leitende oder überwachende Funktionen ausübt oder nicht. Wir können dadurch unterscheiden zwischen Lohn- und Gehaltsempfängern einerseits und Selbständigen andererseits sowie zwischen manuell (Arbeitern) und nichtmanuell (Angestellten) Tätigen bei Ersteren und Landwirten und Unternehmern bei Letzteren.

Abb. 4.11. Einkommensabweichungen vom nationalen Mittel nach Schichten, 1997


Führungskräfte und Geschäftsinhaber sind mit Abstand am stärksten wirtschaftlich bevorteilt, liegt doch ihr Durchschnittseinkommen nahezu zwei Drittel über dem mittleren Einkommensniveau. Angestellte und Selbständige verdienen im Durchschnitt weniger, jedoch immer noch deutlich mehr als Landwirte und Kleinbauern oder manuell tätige Arbeitnehmer²⁶. Dabei zeigen sich von Land zu Land ähnliche Unterschiede, wie sie bisher bereits beobachtet wurden.

Tabelle 4.10. Mittleres Einkommen nach sozialer Schicht, Prozent vom nationalen Mittel, 1997

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	Durchschnitt
Soziale Schicht																
niemals erwerbstätig	82	82	74	83	82	85	70	79	160	78	75	86	72	,	62	84
Führungskräfte un Geschäftsir	192	139	82	196	188	133	193	158	130	146	144	231	150	127	162	158
Angestellte	117	105	125	150	157	131	135	138	133	117	122	170	112	,	117	131
Selbständige mit Beschäftigten	127	112	211	137	127	90	177	110	171	152	121	129	119	120	135	136
Selbständige ohne Beschäftigte	113	97	141	108	91	111	107	93	81	122	110	90	94	80	108	103
Landwirte und Kleinbauern	65	88	,	61	77	89	93	84	83	101	76	56	89	61	,	79
Manuell Tätige	83	102	91	90	88	86	87	98	83	89	94	84	89	82	87	89

Die größten Gruppen in allen EU-Mitgliedstaaten sind die Arbeiter und Angestellten, wobei Erstere erheblich schlechter dastehen als Letztere. So beziehen Arbeiter im Durchschnitt ein um 50 % niedrigeres Einkommen als Angestellte. Dänemark bildet eine Ausnahme, da hier zwischen Arbeitern und Angestellten nahezu keine Einkommensunterschiede bestehen. Das andere Extrem findet sich in Portugal, Griechenland und Spanien, wo das Durchschnittseinkommen der Angestellten nahezu doppelt so hoch ist wie das der Arbeiter.

4.6.4. Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit – zum aktuellen Zeitpunkt oder in der Vergangenheit – ist eine entscheidende Determinante des wirtschaftlichen Nachteils. Je stärker jemand von der Arbeitslosigkeit betroffen ist, umso geringer ist das zu erzielende Einkommen. So lag das durchschnittliche Einkommen bei einer mindestens sechs Monate währenden Arbeitslosigkeit 32 % unterhalb des medianen Einkommensniveaus. Im Vergleich dazu erzielten Personen, die noch niemals arbeitslos waren, ein nahezu doppelt so hohes Durchschnittseinkommen. Bei gelegentlicher Arbeitslosigkeit in den letzten fünf Jahren waren die Einkommen sehr viel niedriger, jedoch lagen sie immer noch über dem nationalen Durchschnitt, während Personen, die in den letzten 12 Monaten zeitweilig arbeitslos waren, darunter lagen. Nichterwerbspersonen und Kurzarbeitslose hatten ein durchschnittliches Einkommen von mindestens 10 % unterhalb des Durchschnitts.

⁽²⁶⁾ Anmerkung: Besondere Erfassungsprobleme können sich bei den Selbständigen ergeben.

Tabelle 4.11. Mittleres Einkommen nach Dauer der Arbeitslosigkeit, Prozent vom nationalen Mittel, 1997

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	Durchschnitt
Individuelle Beschäftigungssituation																
>= 6 Monate arbeitslos	65	84	69	71	65	67	58	60	71	,	72	68	78	,	53	68
<6 Monate arbeitslos	93	96	82	99	101	80	81	90	76	83	100	91	90	76	96	89
erfahrene Arbeitslosigkeit in den letzten 12 Monaten	89	95	81	77	81	78	75	80	98	,	91	82	87	,	87	85
erfahrene Arbeitslosigkeit in den letzten 5 Jahren	98	108	101	108	111	100	115	114	117	102	101	93	106	98	112	106
niemals arbeitslos	118	117	117	122	132	118	129	123	92	121	115	114	124	117	122	119
nicht zur Erwerbsbevölkerung gehörend	98	83	94	84	91	91	86	94	88	93	92	87	86	89	87	89

4.6.5. Erwerbsintensität

Ein weiterer wichtiger Indikator der Arbeitsmarktintegration ist die Erwerbsintensität eines Haushalts, das heißt Umfang und Grad, in dem erwachsene Haushaltsmitglieder auf dem Arbeitsmarkt aktiv sind. Es heißt, ein Haushalt habe die höchstmögliche Erwerbsintensität, wenn alle seine Mitglieder im erwerbsfähigen Alter das gesamte Jahr hindurch arbeiten. Null Erwerbsintensität bedeutet, dass keines der Haushaltsmitglieder im erwerbsfähigen Alter in irgendeinem Monat des Jahres erwerbstätig war.

Tabelle 4.12. Mittleres Einkommen nach Erwerbsintensität, Prozent vom nationalen Mittel, 1997

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	Durchschnitt
Erwerbsintensität des Haushalts																
keine	78	76	73	79	65	73	51	78	72	,	77	76	75	,	63	72
<25%	61	66	60	68	61	60	60	53	52	,	79	64	75	,	47	62
25-50%	100	82	84	78	90	72	81	81	94	,	85	84	84	,	81	84
50-75%	104	102	92	95	97	96	102	97	94	,	95	95	99	,	93	97
75-100%	109	109	100	103	119	94	113	119	80	,	104	103	110	,	113	106
voll	113	112	119	139	160	121	145	142	124	,	117	117	124	,	122	127

Im Jahre 1997 wurden die Angehörigen von Haushalten mit voller Erwerbsintensität mit einem Durchschnittseinkommen von 127 % des Mittelwertes belohnt, während sich Personen in Haushalten mit marginaler oder gänzlich fehlender²⁷ Erwerbsintensität mit einem Durchschnittseinkommen begnügen mussten, das lediglich zwischen 62 und 72 % des nationalen Mittelwertes ausmachte.

4.6.6. Elterliche Pflichten als Indikator gewachsener Bedürfnisse

Das Vorhandensein von Kindern in einem Haushalt lässt die Bedürfnisse anwachsen, da Kinder – obgleich sie unterhaltsberechtigter sind – zusätzliche Haushaltsmitglieder darstellen. Außerdem können die elterlichen Pflichten die Verdienstmöglichkeiten eines Haushalts, insbesondere die der Frauen, beeinflussen.

Im Jahre 1997 hatten Personen, die mit ein oder zwei Kindern zusammenlebten, niedrigere Durchschnittseinkommen als Alleinstehende oder Ehepaare ohne Kinder unterhalb von 65 Jahren, lagen aber immer noch nahe am nationalen Durchschnitt. Mit nur einem Kind konnte eine Familie 110 % des mittleren Einkommens erzielen, während das Durchschnittseinkommen von Familien mit zwei Kindern genau dem Mittelwert entsprach. Ein drittes Kind bewirkt einen dramatischen Abfall der Durchschnittseinkommen auf weniger als 80 % des Mittelwerts. Alleinerziehendenhaushalte sind ähnlich benachteiligt, unabhängig von der Zahl der Kinder.

⁽²⁷⁾ Dabei ist zu beachten, dass zur Personengruppe ohne Erwerbsintensität sowohl freiwillig Nichterwerbstätige (z. B. Rentner) als auch unfreiwillig Nichterwerbstätige (z. B. Arbeitslose) gehören, deren Einkommensverhältnisse unterschiedlich gelagert sein können.

Tabelle 4.13. Mittleres Einkommen vom Haushalten mit mehr als einem Erwachsenen, Prozent vom nationalen Mittel, 1997

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	EU-15
Erwachsene ohne Kinder																
2 Erwachsene, mindestens ein Partner >= 65	102	86	106	78	97	102	96	101	97	104	95	91	97	107	96	97
2 Erwachsene <65	128	121	126	119	121	124	146	131	131	130	132	125	117	129	139	128
> 2 Erwachsene	118	116	108	109	110	102	125	113	109	105	111	105	112	,	118	111
Haushalte mit Kindern																
Alleinerziehende mit 1+Kind	64	82	68	99	97	71	62	80	76	59	72	77	81	81	51	75
2 Erwachsene + 1 Kind	102	116	106	118	111	109	117	110	104	107	106	114	110	110	107	110
2 Erwachsene + 2 Kinder	92	102	87	109	100	108	107	91	96	88	93	122	105	98	99	100
2 Erwachsene + 3+ Kinder	74	79	67	95	90	82	90	73	80	81	72	73	90	85	72	80
> 2 Erwachsene mit Kinder	95	97	90	71	86	76	82	82	79	79	88	80	97	,	90	85

4.7. Das soziale Profil einkommensbezogener Armutsgefährdung

Durch wirtschaftlichen Nachteil erhöht sich die Gefahr, unter die Armutsgefährdungsschwelle abzurutschen (festgelegt bei 60 % des medianen Äquivalenzeinkommens). Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb dieser Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet, wohingegen jene mit einem Einkommen auf oder über dieser Schwelle als „nicht arm“ bezeichnet werden.

In diesem Abschnitt wird die relative Armutsgefährdung verschiedener Gruppen miteinander verglichen. Dies geschieht mit Hilfe des relativen Armutsgefährdungsindex, der den Anteil der gefährdeten Personen in einer bestimmten Gruppe ins Verhältnis zur nationalen Armutsgefährdung setzt, die mit 100 festgelegt wird. Erreicht der relative Armutsgefährdungsindex für eine bestimmte Gruppe einen Wert von mehr als 100, so bedeutet dies, dass diese Gruppe überdurchschnittlich stark von Armut bedroht ist.

In den Tabellen 4.14 und 4.15 sind die wichtigsten Ergebnisse für alle EU-Mitgliedstaaten zusammengefasst, wobei auf individuelle und Haushaltsmerkmale Bezug genommen wird. Es lässt sich folgendes feststellen:

Frauen haben ein etwas höheres Armutsrisiko als Männer

Dies traf 1997 auf alle Länder außer Frankreich und Luxemburg zu, wo für Männer und Frauen das Risiko, unter die Armutsgrenze abzurutschen, exakt gleich groß war. Zudem waren in Schweden die Frauen etwas weniger armutsgefährdet als die Männer. Im Durchschnitt lag der Wert gegenüber der Gesamtarmutsquote bei 105 % für Frauen und lediglich 95 % für Männer.

Kinder und ältere Menschen sind stärker von Armut bedroht

Im Jahre 1997 lag die Armutsgefährdung bei Kindern und Jugendlichen sowie bei Personen im Rentenalter ungefähr 25 % über dem Durchschnitt, wohingegen für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ein Armutsrisiko zwischen 75 und 86 % des nationalen Durchschnitts registriert wurde.

Deutlich weniger armutsgefährdet waren die Kinder in den skandinavischen Ländern, und zwar sowohl im Vergleich zur übrigen Bevölkerung ihrer eigenen Länder als auch gegenüber den Kindern in anderen EU-Mitgliedstaaten. In Dänemark, Schweden und Finnland liegt das Armutsrisiko der Kinder zwischen 40 und 98 % des nationalen Durchschnitts.

Ältere Menschen in Dänemark befanden sich nicht in einer so günstigen Position. Ihr Armutsrisiko war 1997 mehr als doppelt so hoch wie der nationale Durchschnitt. Der niedrigste relative Armutsgefährdungsindex bei Personen im Rentenalter wurde in Spanien, Italien, Luxemburg und Schweden festgestellt, wo sie nicht über 81 % der Gesamtarmutsgefährdung der Bevölkerung ansteigt.

Migranten sind in hohem Maße von der Armutsfalle bedroht

Obwohl die Daten aufgrund der kleinen Stichproben mit Vorsicht zu behandeln sind (in den ECHP-Stichproben vieler Länder sind Ausländer möglicherweise unterrepräsentiert), ist das vorliegende Material anscheinend ziemlich

Tabelle 4.14. Armutsgefährdung nach individueller sozialer Stellung

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	Durchschnitt
Geschlecht																
Männer	89	93	90	99	98	97	95	98	101	96	88	92	97	101	88	95
Frauen	111	106	109	101	102	103	105	102	99	104	111	108	102	99	111	105
Alter																
<18	112	40	165	95	130	123	139	120	154	135	115	128	76	98	138	122
18-24	141	217	103	98	112	161	92	140	132	247	88	74	260	318	126	136
25-34	50	86	84	76	87	76	50	95	76	102	77	65	105	128	76	79
35-44	66	28	74	67	99	69	92	93	74	77	78	80	79	74	71	77
45-54	101	39	54	82	92	74	88	90	84	59	70	74	81	56	49	75
55-64	96	73	103	117	94	96	70	89	95	59	87	97	63	48	59	86
>=65	143	277	97	159	77	110	117	81	74	39	166	157	105	67	145	121
Staatsangehörigkeit																
EU-Staatsangehörige	87	119	78	102	93	83	82	94	83	84	94	93	106	97	87	91
Drittstaatsangehörige	219	53	156	(116)	(179)	337	,	(37)	169	(258)	193	,	384	309	165	182
Bildungsstand																
hoch	39	41	38	22	33	28	11	22	30	27	57	6	48	133	50	34
mittel	63	109	73	55	57	61	48	55	43	86	70	47	130	85	78	65
niedrig	142	185	114	145	115	127	123	111	114	107	154	106	126	105	122	125
Soziale Schicht																
niemals erwerbstätig	220	289	198	114	143	179	159	161	143	233	211	145	294	,	232	187
Führungskräfte und Geschäftsinhaber	22	14	,	17	18	23	5	19	,	7	15	8	12	,	5	14
Angestellte	26	76	33	15	21	27	24	17	28	54	41	16	74	,	47	32
Selbständige mit Beschäftigten	89	140	,	54	74	142	56	99	111	243	,	63	98	84	55	94
Selbständige ohne Beschäftigte	100	91	62	89	132	132	93	153	,	128	171	120	161	337	100	127
Landwirte und Kleinbauern	(304)	353	,	225	153	157	73	154	,	173	234	210	178	494	,	197
Manuell Tätige	84	77	74	89	93	87	99	83	112	103	81	74	115	331	103	99
Individuelle Beschäftigungssituation																
>= 6 Monate arbeitslos	216	19	276	165	194	256	232	277	666	,	289	146	219	,	252	233
<6 Monate arbeitslos	108	148	116	99	95	154	73	112	183	175	88	93	208	231	133	122
erfahrene Arbeitslosigkeit in den letzten 12 Monaten	125	63	155	154	144	132	139	177	107	,	88	99	99	,	143	143
erfahrene Arbeitslosigkeit in den letzten 5 Jahren	32	59	55	52	71	71	42	69	110	85	73	65	48	77	38	61
niemals arbeitslos	26	44	34	62	47	37	32	53	54	34	56	66	39	55	33	46
nicht erwerbstätig	135	239	117	132	100	127	119	98	108	108	140	136	146	152	142	129
nationaler Durchschnitt (= 100)	15	8	15	23	20	16	20	19	12	11	13	24	8	9	22	15

eindeutig. Einwohner von EU-Mitgliedstaaten ohne europäische Staatsbürgerschaft sind in hohem Maße armutsgefährdet. In einigen Ländern, hauptsächlich Frankreich, Finnland und Schweden, ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie mit ihrem Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle bleiben, gar noch drei- bis viermal höher. In den meisten anderen Ländern ist ihr Armutsrisiko doppelt so hoch wie das eines EU-Bürgers.

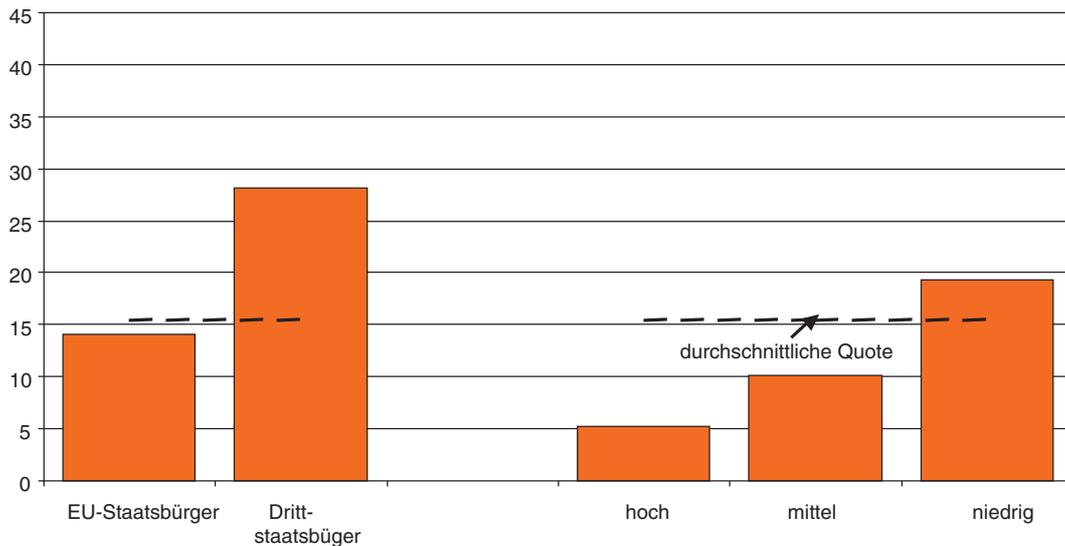
Bildung schützt vor Armut

Im Jahre 1997 erreichte die Armutsgefährdungsquote bei Personen mit einem hohen Bildungsstand lediglich ein Drittel vom Durchschnitt. Für Personen mit einer geringen Qualifikation war das Armutsrisiko viermal höher und der Armutsindex betrug 125. Nur in Schweden gab es praktisch keinen Unterschied in der Armutsgefährdung von Gering- und Hochqualifizierten.

Interessanterweise hatten die Geringqualifizierten in Dänemark einen Armutsindex von 185, womit er mehr als viermal so hoch war wie bei hochqualifizierten Personen. Das erstaunt deshalb, weil Geringqualifizierte in Dänemark im Durchschnitt nur ein Drittel weniger verdienen als Personen mit hohem Bildungsabschluss.²⁸

Außer in Deutschland, Schweden und Italien ist ein kumulativ hoher Bildungsstand in einem Haushalt mit einem unterdurchschnittlichen Armutsrisiko verbunden, und genau das Gegenteil trifft bei einem kumulativ niedrigen Bildungsstand zu. Angehörige eines Haushalts, in dem alle Mitglieder ein nur geringes Qualifikationsniveau aufweisen, sind mehr als doppelt so stark von Armut bedroht wie Angehörige eines durchweg hochqualifizierten Haushalts.

⁽²⁸⁾ Die in Dänemark und Schweden zu verzeichnenden Unterschiede in der Armutsgefährdung von Personen mit geringem Qualifikationsniveau lassen davon abraten, die im Hinblick auf diese Variable bestehenden Länderunterschiede auf den unterschiedlichen Anteil hochqualifizierter Personen in den einzelnen Gesellschaften zurückzuführen. Siehe auch Abschnitt 4.6.2.

Abb. 4.12. Armutsgefährdung im Zusammenhang mit Staatsbürgerschaft und Bildungsstand, 1997


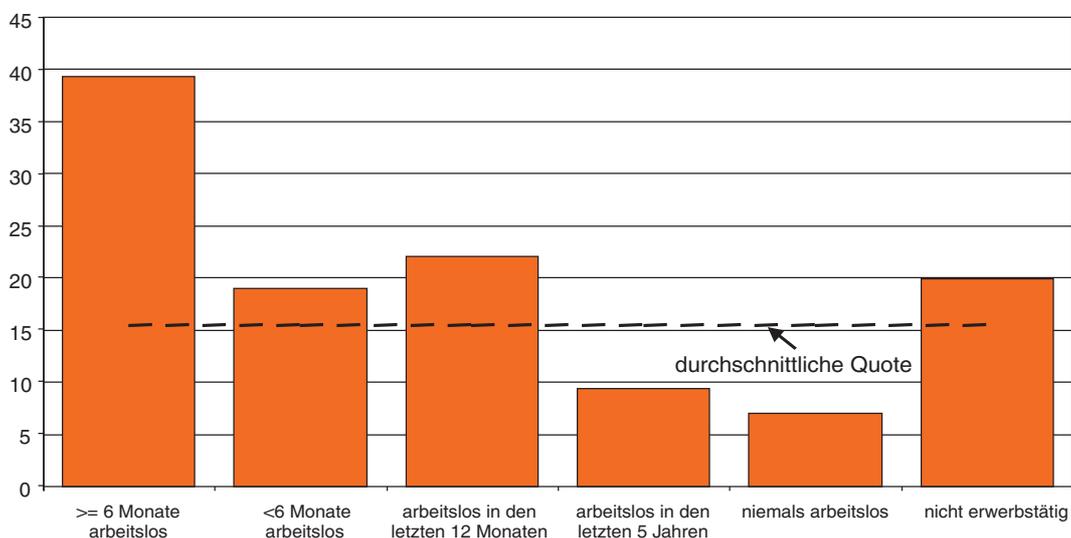
Die soziale Schicht ist nach wie vor relevant

In Übereinstimmung mit den Erkenntnissen des vorangegangenen Abschnitts stellen wir fest, dass Landwirte und Kleinbauern besonders stark von der Armut bedroht sind. Ihr durchschnittlicher relativer Armutsgefährdungsindex von 197 liegt noch knapp über dem Index derjenigen, die niemals erwerbstätig waren (187). Selbständige oder Inhaber kleiner Geschäfte ohne Angestellte sind ebenfalls überdurchschnittlich stark armutsgefährdet.

Alle anderen Schichten verzeichnen eine unterhalb des Durchschnitts liegende Armutsgefährdung. Dabei sind Arbeiter im Schnitt dreimal mehr von der Armut bedroht als Angestellte, ausgenommen in Dänemark, wo beide Gruppen mit ähnlichen Risiken konfrontiert sind.

Arbeitslosigkeit ist die bei weitem wichtigste Determinante der Armutsgefährdung

Das Armutsrisiko erhöht sich, wenn eine Person zum aktuellen Zeitpunkt arbeitslos ist oder in den vergangenen fünf Jahren arbeitslos war. So wurde 1997 bei einer Arbeitslosigkeit von mehr als einem halben Jahr ein durchschnittlicher relativer Armutsgefährdungsindex von 233 erreicht. Im Gegensatz dazu betrug dieser Index bei Personen, die in den vergangenen fünf Jahren niemals arbeitslos waren, lediglich 46. Wenn die letzte Arbeitslosigkeit mindestens 12 Monate zurücklag, sank das Armutsrisiko bereits weit unter den Durchschnitt, war jedoch noch deutlich höher als bei Personen ohne jegliche Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit.

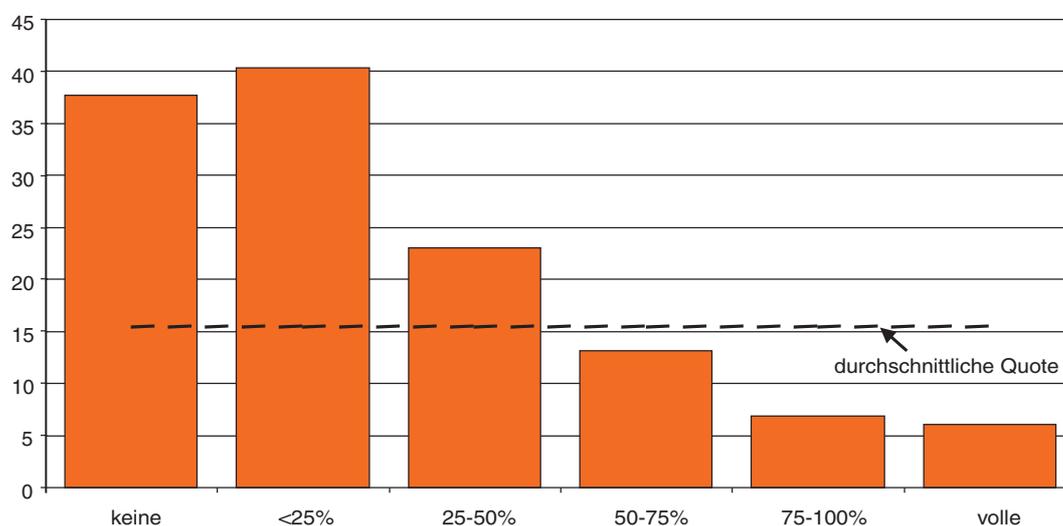
Abb. 4.13. Armutsgefährdung im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit, 1997


Personen, die weniger als 6 Monate ohne Arbeit oder gerade auf den Arbeitsmarkt zurückgekehrt waren, lagen immer noch erheblich über dem Durchschnitt, wenngleich sich ihre Situation von der der Langzeitarbeitslosen unterscheidet. Dennoch lässt sich daran ablesen, dass die Überwindung der Armut im Anschluss an die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt nach einer Zeit der Arbeitslosigkeit – wie kurz diese auch gewesen sein mag – keineswegs leicht ist.

Die Erwerbsintensität des Haushalts spielt eine wichtige Rolle

Im Grad der Bindung an den Arbeitsmarkt liegt die entscheidendste und auch am deutlichsten erkennbare potenzielle Ursache für wirtschaftlichen Nachteil und Armut. Wenn kein Haushaltsmitglied im erwerbsfähigen Alter zur Erwerbsbevölkerung gehört, ist die Armutsgefährdung besonders hoch. So betrug 1997 das durchschnittliche Armutsrisiko von Personen in Haushalten mit keiner oder lediglich marginaler Erwerbsbeteiligung nahezu das Dreifache des Durchschnitts. Wenn mindestens 50 % des Arbeitspotentials genutzt wurden, sank die Armutsgefährdung bis knapp unter den Durchschnitt, wohingegen allerdings bei Vollbeschäftigung oder nahezu Vollbeschäftigung aller Haushaltsmitglieder im erwerbsfähigen Alter der relative Armutsgefährdungsindex auf etwa 39 zurückging.

Abb. 4.14. Armutsgefährdung im Zusammenhang mit der Erwerbsintensität des Haushalts



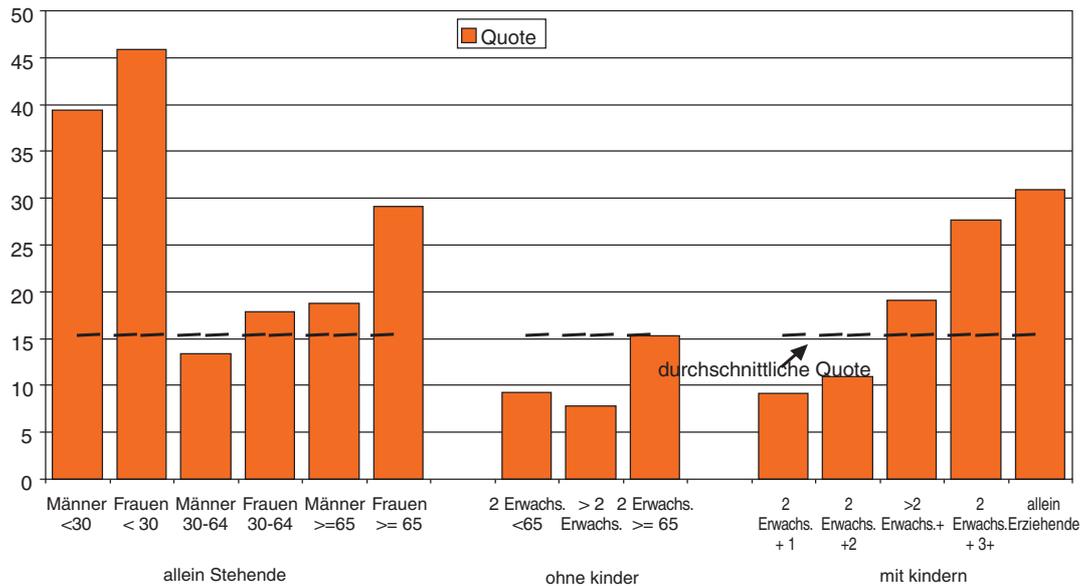
In den meisten EU-Ländern ist die relative Armutsgefährdung bei einer marginalen Bindung an den Arbeitsmarkt höher als wenn überhaupt keine Bindung vorhanden ist. Das ist höchstwahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass letztgenannte Gruppe überwiegend aus Rentnerhaushalten besteht.

Haushalte allein stehender und älterer Personen sind verstärkt benachteiligungsgefährdet, wenn auch in unterschiedlichem Maße

Einpersonenhaushalte, insbesondere von unter 30 und über 65-Jährigen, verzeichnen eine überdurchschnittlich hohe relative Armutsgefährdung, jedoch bestehen hierbei zwischen den Ländern beträchtliche Unterschiede. In Dänemark, Finnland, Schweden und den Niederlanden war das Armutsrisiko für junge Alleinstehende etliche Male höher als der nationale Durchschnitt. Das trifft nicht auf Spanien zu, wo das Armutsrisiko für Alleinstehende, die nicht jung und weiblichen Geschlechts sind, generell unter dem Durchschnitt liegt.²⁹

Ein Haushaltstyp, der zunehmend demografische Bedeutung erlangt, umfasst zwei Erwachsene, von denen zumindest einer bereits das Rentenalter erreicht hat. Außer in Dänemark bezieht diese Gruppe überdurchschnittliche Einkommen, jedoch ist ihre Armutsgefährdungsquote nahezu identisch mit dem nationalen Durchschnitt. Diese Haushalte haben einen höheren relativen Armutsgefährdungsindex als

⁽²⁹⁾ An dieser Stelle sind zwei Hinweise erforderlich: Erstens unterscheidet sich die Armutsgefährdung junger Alleinstehender qualitativ von der älterer Alleinstehender, die sich im Gegensatz zu den Erstgenannten in der letzten Lebensphase befinden (und ihre berufliche Karriere bereits hinter sich haben). Zweitens gibt es kulturelle Unterschiede bei der Unterstützung junger Alleinstehender (beispielsweise durch Sachtransfers oder Zahlungen für Nahrungsmittel und Miete), was die länderspezifischen Unterschiede bei der Armutsgefährdung ausmachen kann.

Abb. 4.15. Armutsgefährdung in verschiedenen Haushaltssituationen, 1997


Haushalte mit zwei Erwachsenen in erwerbsfähigen Alter und ein oder zwei unterhaltsberechtigten Kindern. Für größere Familien mit drei oder mehr Kindern steigt der durchschnittliche Armutsindex sprunghaft auf 179 an und erreicht nur in den nordischen Ländern und in Griechenland deutlich niedrigere Werte.

Tabelle 4.15. Armutsgefährdung nach sozialer Stellung des Haushalts

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	Durchschnitt	
Einpersonenhaushalte																	
Männer unter 30		, 514	234			, 167				, 496	227		, 586	421	214	255	
Männer zwischen 30 und 64		75	106	108	26	79	82	169	74	54	26	123	105	163	125	42	86
Männer über 65			, 299	76			, 132	173	88		, 18	73	176	119	101	187	121
Frauen unter 30		193	709	248	134	252	232				, 539	(191)		, 526	524	202	297
Frauen zwischen 30 und 64		128	138	151	103	77	65	136	101	142	61	172	139	132	89	119	116
Frauen über 65		165	340	184	182	47	171	333	130	133	49	279	222	236	107	244	189
Einpersonenhaushalte																	
2 Erwachsene, mindestens ein Par		132	217	54	160	93	86	42	69	74	33	139	166	32	40	88	99
2 Erwachsene <65		63	29	55	77	77	61	40	54	73	52	41	88	85	59	33	60
>2 Erwachsene		44	36	32	69	65	61	15	75	20	50	48	57	70		34	51
Haushalte mit Kindern																	
Alleinerziehende mit 1+ Kind		203	109	326	104	152	202	208	134	227	403	213	170	114	137	307	200
2 Erwachsene + 1 Kind		42	0	56	57	75	47	70	76	67	66	87	49	53	60	61	60
2 Erwachsene + 2 Kinder		81	37	74	63	107	52	59	109	79	65	58	55	52	54	81	71
2 Erwachsene + 3 + Kinder		132	72	375	116	168	190	189	163	193	165	187	244	99	121	166	179
> 2 Erwachsene mit Kindern		155	3	67	164	126	190	97	153	144	146	96	119	56		75	124
Bildungsstand des Haushalts																	
bei allen Erwachsenen hoch		73	57	165	18	19	50	24	111	40	56	93	21	47	135	68	60
bei mindestens einem Erwachsene		39	29	24	38	48	49	16	25	35	18	40	6	46	68	56	34
bei allen Erwachsenen mittel		76	132	98	48	45	64	67	53	43	114	75	32	156	93	149	76
bei mindestens einem Erwachsene		77	70	49	104	86	87	70	85	53	100	92	88	78	53	77	80
bei allen Erwachsenen niedrig		191	235	199	166	144	188	189	140	178	171	226	119	148	140	168	169
Erwerbsintensität des Haushalts																	
keine		259	178	275	160	227	269	327	169	263		237	197	235		233	244
<25%		288	260	316	197	171	252	167	343	(626)		247	153	219		340	261
25-50%		63	215	189	168	121	182	102	145	64		128	125	167		189	150
50-75%		53	57	113	75	77	103	58	83	87		70	109	46		83	85
75-100%		12	6	36	58	31	85	23	48			64	31	36		46	44
volle		20	39	25	55	25	25	13	27	57		58	69	37		33	39
nationaler Durchschnitt (= 100)		15	8	15	23	20	16	20	19	12	11	13	24	8	9	22	15

4.8. Augenmerk auf den Grad der Armut der „Fuzzy-Set“-Ansatz

Im vorangegangenen Abschnitt wurden die Gefährdungsgruppen in der Bevölkerung mit Bezug auf die Armutsgefährdungsschwelle festgelegt. Ein noch besserer Einblick in die relative Einkommenssituation von Einzelpersonen und Gruppen wird möglich, wenn in die Statistiken eine Größe des Niveaus der tatsächlich bezogenen Einkommen aufgenommen wird, insbesondere für Gruppen am unteren Ende der Einkommensskala. Ergänzende Größen wie die Armutsgefährdungslücke, der Gini-Koeffizient oder der Sen-Index, die in den vorangegangenen Abschnitten untersucht wurden, dienen diesem Zweck.

In diesem Abschnitt wird *beschrieben, wie mit Hilfe des sogenannten Fuzzy-Set-Ansatzes einige dieser Aspekte in ein einziges Maß für den Grad und das Ausmaß der Einkommensarmut von Einzelpersonen und Untergruppen in der Bevölkerung eingebracht werden können. Auf den betreffenden Ansatz wurde bereits kurz in Kapitel 3 eingegangen, eine detaillierte Beschreibung dazu findet sich im Methodischen Anhang 1. An dieser Stelle soll lediglich noch einmal wiederholt werden, dass dieses alternative Maß den Grad der Einkommensarmut bzw. die Neigung dazu als eine Funktion der jeweiligen Position des Einzelnen im Rahmen der Einkommensverteilung bewertet, wobei sie sich im Bereich von 1 (die Ärmsten) bis 0 (die Reichsten) bewegt. Die Grundgesamtheit der Armen wird also weniger genau definiert und umfasst im Prinzip die gesamte Bevölkerung, der Einzelne ist allerdings nur zu einem gewissen Grad eingeschlossen.

Die sozialen und demografischen Unterschiede bei der Armutsgefährdung, die sich unter Verwendung dieses alternativen Maßes in den EU-Mitgliedstaaten ergeben, werden in den Tabellen 4.16 und 4.17 aufgeführt. Wie in den vorangegangenen Abschnitten wird die relative Position einer bestimmten Gruppe durch einen Index beschrieben, der den Durchschnitt der Gruppe zum nationalen Durchschnitt ins Verhältnis setzt. Wird der nationale Durchschnitt mit 100 angesetzt, so lässt ein über 100 liegender Wert erkennen, dass in der betreffenden Gruppe ein höherer Grad an Armut herrscht als in der Bevölkerung insgesamt. Analog sind Werte unter 100 kennzeichnend für vergleichsweise bevorteilte Gruppen.

Tabelle 4.16. Relativer Fuzzy-Index der Armutsgefährdung nach individueller sozialer Stellung, 1997

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	Durchschnitt
Geschlecht																
Männer	90	92	89	99	98	97	96	98	97	94	89	93	96	99	91	95
Frauen	109	107	110	101	102	103	104	102	103	105	110	106	104	101	109	105
Alter																
<18	114	59	146	98	130	118	129	121	147	128	120	122	80	100	135	120
18-24	137	189	106	98	111	158	93	133	124	215	92	80	231	285	126	131
25-34	58	88	83	78	89	77	59	95	80	93	78	73	100	123	76	81
35-44	73	47	84	72	98	75	94	94	74	80	83	84	80	81	79	82
45-54	92	37	58	84	90	73	84	91	81	61	69	77	76	55	58	75
55-64	97	81	103	112	93	95	80	85	100	64	89	103	73	44	63	88
>=65	134	242	107	151	79	115	124	85	82	75	151	143	118	82	132	121
Status Erwachsener/Kind																
Erwachsener	93	112	89	101	93	93	87	94	87	90	96	95	108	103	89	94
unterhaltsberechtigtes Kind	117	59	144	97	121	118	128	120	131	129	116	110	76	95	138	116
Staatsangehörigkeit																
EU-Staatsangehörige	91	111	86	101	95	90	90	96	86	88	92	94	103	97	89	93
Drittstaatsangehörige	211	146	145	133	163	299	19	77	144	300	182	103	386	295	164	165
Soziale Schicht																
niemals erwerbstätig	177	174	171	110	125	157	158	146	119	208	152	110	177		183	154
Führungskräfte und Geschäftsinhaber	23	38	248	12	26	41	11	24	2	11	20	15	12		54	39
Angestellte	32	80	37	20	25	33	29	23	28	53	43	20	64		53	36
Selbständige mit Beschäftigten	97	130	95	58	80	138	50	101	108	150	125	67	108	80	58	89
Selbständige ohne Beschäftigte	96	101	64	86	130	129	92	144	179	120	149	110	156	309	98	122
Landwirte und Kleinbauern	257	357		207	145	149	86	153	183	174	217	197	172	460	203	197
Manuell Tätige	97	77	83	94	92	94	102	83	115	102	85	84	119	300	105	102
Individuelle Beschäftigungssituation																
>= 6 Monate arbeitslos	197	84	239	159	186	233	213	248	490		244	158	200		224	229
<6 Monate arbeitslos	136	131	129	93	89	152	90	121	196	169	95	94	191	224	131	126
erfahrene Arbeitslosigkeit in den letzten 12 Monaten	120	89	142	143	135	135	139	167	115		96	102	119		136	136
erfahrene Arbeitslosigkeit in den letzten 5 Jahren	46	58	66	59	72	69	45	68	108	74	73	72	57	78	51	65
niemals arbeitslos	33	38	42	66	52	46	39	56	60	38	58	71	38	52	42	51
nicht erwerbstätig	132	213	122	123	101	127	124	101	105	121	128	121	136	154	133	125
nationaler Durchschnitt (= 100)	15	8	15	23	20	16	20	19	12	11	13	24	8	9	22	15

Tabelle 4.17. Relativer Fuzzy-Index der Armutsgefährdung nach sozialer Stellung des Haushalts, 1997

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	Durchschnitt
Einpersonenhaushalte																
Männer unter 30	130	472	202	125	35	174	77	124	1	422	187	176	495	375	197	179
Männer zwischen 30 und 64	66	103	102	33	74	87	132	74	62	36	95	110	188	127	44	84
Männer über 65	137	268	75	118	60	130	168	83	42	46	64	165	125	108	160	117
Frauen unter 30	178	613	227	117	238	227	93	75	223	435	192	28	527	483	199	208
Frauen zwischen 30 und 64	127	152	136	107	82	61	106	91	122	77	147	155	132	86	112	112
Frauen über 65	155	292	186	174	104	165	246	122	152	97	236	209	236	152	200	179
Einpersonenhaushalte																
2 Erwachsene, mindestens ein Par	119	198	70	149	78	95	91	78	77	66	132	142	54	40	92	101
2 Erwachsene <65	64	39	57	79	75	60	51	56	68	50	48	91	74	56	38	62
>2 Erwachsene	52	26	43	69	65	70	35	74	24	49	52	68	65		49	57
Haushalte mit Kindern																
Alleinerziehende mit 1+ Kind	194	125	302	118	145	186	211	132	204	346	206	166	99	149	270	190
2 Erwachsene + 1 Kind	51	13	67	59	81	55	73	80	60	65	78	58	51	58	68	64
2 Erwachsene + 2 Kinder	79	43	99	72	102	58	65	112	81	77	76	73	50	56	89	78
2 Erwachsene + 3 + Kinder	148	116	267	117	156	171	167	156	183	153	200	211	105	118	158	165
> 2 Erwachsene mit Kindern	145	10	69	155	130	178	95	145	156	135	100	110	66		88	122
Bildungsstand des Haushalts																
bei allen Erwachsenen hoch	69	74	134	17	16	52	32	107	41	57	79	22	43	124	69	57
bei mindestens einem Erwachsene	41	36	34	42	49	41	21	33	26	27	33	6	45	58	62	36
bei allen Erwachsenen mittel	90	135	103	63	59	71	68	57	42	113	78	29	148	94	144	80
bei mindestens einem Erwachsene	80	71	72	107	89	98	80	85	75	99	98	72	81	69	87	85
bei allen Erwachsenen niedrig	183	205	191	157	142	177	176	138	168	166	208	123	158	146	158	163
Erwerbsintensität des Haushalts																
keine	240	228	260	150	202	235	287	161	220		226	182	216		219	225
<25%	262	335	294	179	181	257	180	305	494		193	173	203		292	259
25-50%	73	181	146	155	118	177	109	141	82		125	124	154		172	142
50-75%	59	67	103	85	83	104	65	90	89		83	106	51		90	90
75-100%	25	8	55	61	39	79	32	48	100		67	46	36		61	54
volle	27	34	37	54	25	35	21	27	52		58	72	44		43	43
nationaler Durchschnitt (= 100)	15	8	15	23	20	16	20	19	12	11	13	24	8	9	22	15

Es ist erkennbar, dass der relative Armutsgefährdungsindex der Frauen im Jahre 1997 bei 105 lag und damit 10 % über dem der Männer (95). In Abhängigkeit vom Alter wird eine „U-förmige“ Schwankung deutlich, denn die relative Armutsquote beträgt rund 131 für junge Leute unter 25 Jahren, fällt dann auf etwa 80 für Personen im Alter von 25 bis 54 Jahren ab und erreicht für die Altersgruppe ab 55 Jahre nahezu den Gesamtdurchschnitt von 100.

Für allein lebende Frauen ist die Gefahr der Einkommensarmut weitaus größer als für allein lebende Männer, und dieser Unterschied vergrößert sich mit dem Alter von 10 auf 40 %. Alleinerziehendenhaushalte und Haushalte mit mehreren unterhaltsberechtigten Kindern (3 und mehr) sind dreimal so stark von Armut bedroht wie Haushalte mit Ehepaaren (beide Partner unter 65 Jahre) ohne Kinder.

In einzelnen Ländern gibt es beträchtliche Abweichungen zu diesem generellen Muster. So ist beispielsweise in Schweden, Finnland, Frankreich und Irland bei Alleinlebenden zwischen 30 und 64 Jahren die Situation der Frauen eigentlich günstiger als die der Männer. Die Situation von Haushalten mit mehreren Kindern gestaltet sich in den nordischen Ländern Dänemark, Finnland und Schweden am vorteilhaftesten. Weniger günstig, aber immer noch viel besser als im europäischen Durchschnitt ist die Situation von Familien in Griechenland und den Niederlanden, deutlich schlechter als der Durchschnitt stellt sie sich in Deutschland, Portugal, Österreich und Luxemburg dar. In Deutschland und dem Vereinigten Königreich ist die Armutsgefährdung von Alleinerziehendenhaushalten fünfmal so hoch wie die von Ehepaaren ohne Kinder.

Desgleichen gibt es drastische Unterschiede in Abhängigkeit von Staatsbürgerschaft, Bildungsstand, sozialer Schicht, Erwerbstatus und vor allem bisher erfahrener Arbeitslosigkeit. In vielen der oben genannten Zielgruppen ergeben sich nahezu die gleichen Resultate wie bei der Verwendung einer Definition der Armut, die auf diskreten, d. h. zählbaren, Merkmalen beruht.

4.9. Fazit

Unsere Ergebnisse zum Einkommensniveau und zur Einkommensverteilung in den EU-Mitgliedstaaten machen deutlich, dass trotz des allgemein hohen Wohlstands in der Europäischen Union zwischen den einzelnen Ländern und auch auf nationaler Ebene selbst nach wie vor beträchtliche Unterschiede bestehen. Außerdem hat ein Anstieg des allgemeinen Wohlstands zwischen 1994 und 1997 nicht in jedem Falle zu einem Abbau der Ungleichheiten innerhalb der Mitgliedstaaten geführt. Vielmehr vergrößerte sich in vier Ländern, und zwar dem Vereinigten Königreich, Irland, den Niederlanden und Portugal, der Anteil der Personen mit niedrigem Einkommen. Diese Entwicklung ist besonders signifikant im Falle des Vereinigten Königreichs und Irlands, weil in beiden Ländern zwischen 1994 und 1997 eine deutliche Verbesserung des allgemeinen Einkommensniveaus zu verzeichnen war.

Generell aber und zu jedem Untersuchungszeitpunkt waren die Länder in der Minderheit, in denen neben einem hohen Wohlstandsniveau ein hohes Maß an Ungleichheit bestand. 1997 waren es nur zwei, nämlich Belgien und das Vereinigte Königreich. Finnland und Schweden verkörpern genau das Gegenteil, denn sie verzeichnen die ausgewogenste Einkommensverteilung in Europa, jedoch ohne ein besonders hohes Einkommensniveau.

Die genannten Muster sind im Hinblick auf die Armutsgefährdung noch stärker ausgeprägt. Im Jahre 1997 waren 17 % der Europäer von Armut bedroht. Die Armutsgefährdungsquote ist mit 8 % in Dänemark am niedrigsten und mit 24 % in Portugal am höchsten. Diese beiden Länder sind Beispiele für die zwischen Nord- und Südeuropa festzustellende Diskrepanz der sozialen Verhältnisse.

Die Untersuchung der sozialen Muster der Ungleichheiten in den Ländern haben gezeigt, dass Frauen von wirtschaftlicher Benachteiligung und Armutsrisiko am stärksten betroffen sind, was sich am deutlichsten in bestimmten Abschnitten des Lebenszyklus offenbart. Jugendliche und Kinder stehen generell schlechter da als Personen im erwerbsfähigen Alter. Im Rentenalter sind die Einkommen niedriger, was zwangsläufig ein höheres Armutsrisiko mit sich bringt. Davon besonders betroffen sind allein lebende ältere Frauen.

Ein niedriger Bildungsstand, weniger günstige Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitslosigkeit sind wesentliche Faktoren auf dem Weg in die Armut. Auch drei und mehr unterhaltsberechtigter Kinder bringen eine überdurchschnittliche Armutsgefährdung mit sich. In einer ähnlichen Situation befinden sich Alleinerziehendenhaushalte mit nur einem Kind (oder auch mit mehreren Kindern).

Am schlimmsten ist die Situation für junge Alleinstehende, Langzeitarbeitslose und Angehörige von Haushalten, in denen niemand im erwerbsfähigen Alter einer Beschäftigung nachgeht. Unsere Analyse ergab außerdem eine besonders hohe Armutsgefährdungsquote bei Migranten.

5. Dynamik der Einkommensarmut

Es besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den Auswirkungen der Armut auf eine Person oder einen Haushalt und der Dauer dieses Zustands. Zeitlich begrenzte Erfahrungen mit Ausgrenztheit und Mangel werden die Lebenschancen wahrscheinlich nicht schwerwiegend beeinträchtigen. Die dauerhafte Armutsgefährdung dagegen dürfte schon eher mit einer Aushöhlung der Existenzgrundlage und einer qualitativ anderen Erfahrung von Benachteiligung einhergehen.

In diesem Kapitel greifen wir auf die Daten aus den vier Erhebungswellen zum Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaften zurück, um die Dynamik der Einkommensarmut im Zeitraum von 1993 bis 1996 in einer Vielzahl von EU Mitgliedstaaten zu untersuchen. Dabei geht es um die Beantwortung folgender drei Schlüsselfragen: 1. Besteht die Tendenz zur Verfestigung des Zustands der relativen Einkommensarmut oder handelt es sich um ein vorübergehendes Phänomen?, 2. Inwieweit beeinflusst die als Indikator für Einkommensarmut gewählte Armutsgefährdungsschwelle den Grad der Dauerhaftigkeit?, 3. Welche individuellen Merkmale und Haushaltsmerkmale werden mit der Erfahrung dauerhafter Armutsgefährdung in Verbindung gebracht und welche Situationen erhöhen die Wahrscheinlichkeit des Absinkens in Armut bzw. der Überwindung dieses Zustands?

Die vorstehenden Fragen lenken unsere Aufmerksamkeit auf die alles entscheidende Frage nach den der Armut zugrunde liegenden Ursachen und darauf, ob die Einkommensarmut eine Folge vorübergehender Umstände ist oder eher unveränderliche strukturelle Merkmale aufweist. Stehen die querschnittlichen Zahlen zur Armutsgefährdung für verschiedene Personen, die kurzzeitig Erfahrungen mit der Armutsgefährdung machen, hat dies ganz andere Weiterungen für die Sozialpolitik, als wenn dieselben Personen dauerhaft armutsgefährdet sind. Welches dieser Szenarien nun tatsächlich vorliegt, können wir nur herausfinden, indem längsschnittliche Daten analysiert und dieselben Personen im zeitlichen Verlauf beobachtet werden.

5.1. Längsschnittliche und querschnittliche Maße im Vergleich

In Tabelle 5.1 wird die anhand verschiedener Schwellenwerte ermittelte relative Armutsgefährdungsquote in den Jahren 1994 bis 1997 mit dem Anteil der Personen verglichen, die während dieser Zeit mindestens ein Jahr lang von Einkommensarmut bedroht waren, wobei wiederum jeweils eine Armutsgefährdungsgrenze zugrunde gelegt wurde³⁰.

Tabelle 5.1. Mittlere Armutsgefährdungsquote (A), Anteil der Personen, die im Zeitraum 1994-97 mindestens ein Jahr lang armutsgefährdet waren (B), und Quotient (B/A)

	50			60			70		
	A	B	Quotient	A	B	Quotient	A	B	Quotient
Belgien	10	21	2,1	16	33	2,0	25	42	1,7
Dänemark	4	8	2,0	10	19	1,9	17	31	1,8
Deutschland	10	16	1,6	16	24	1,5	23	32	1,4
Griechenland	16	30	1,9	22	38	1,7	29	46	1,6
Spanien	13	28	2,2	20	37	1,9	26	46	1,7
Frankreich	10	18	1,8	17	26	1,6	25	36	1,5
Irland	8	20	2,4	19	32	1,7	29	43	1,5
Italien	13	25	1,9	19	34	1,7	27	43	1,6
Luxemburg ¹	7	13	1,9	13	22	1,7	22	33	1,5
Niederlande	7	14	2,1	11	20	1,8	20	33	1,6
Österreich ²	7	15	2,0	14	24	1,7	22	34	1,6
Portugal	16	28	1,7	23	38	1,6	29	44	1,5
Finnland ³	3	5	1,5	8	10	1,2	16	16	1,0
Vereinigtes Königreich	14	25	1,8	21	33	1,6	28	42	1,5
Länderdurchschnitt ⁴	11	21	1,9	17	30	1,7	25	39	1,6

1 Angaben für Luxemburg nur für die Jahre 1994, 1995 und 1996.

2 Angaben für Österreich nur für die Jahre 1995, 1996 und 1997.

3 Angaben für Finnland nur für die Jahre 1996 und 1997.

4 Die Angaben sind rein indikativer Art und nicht nach Bevölkerungsgröße gewichtet. Luxemburg, Österreich und Finnland wurden herausgenommen.

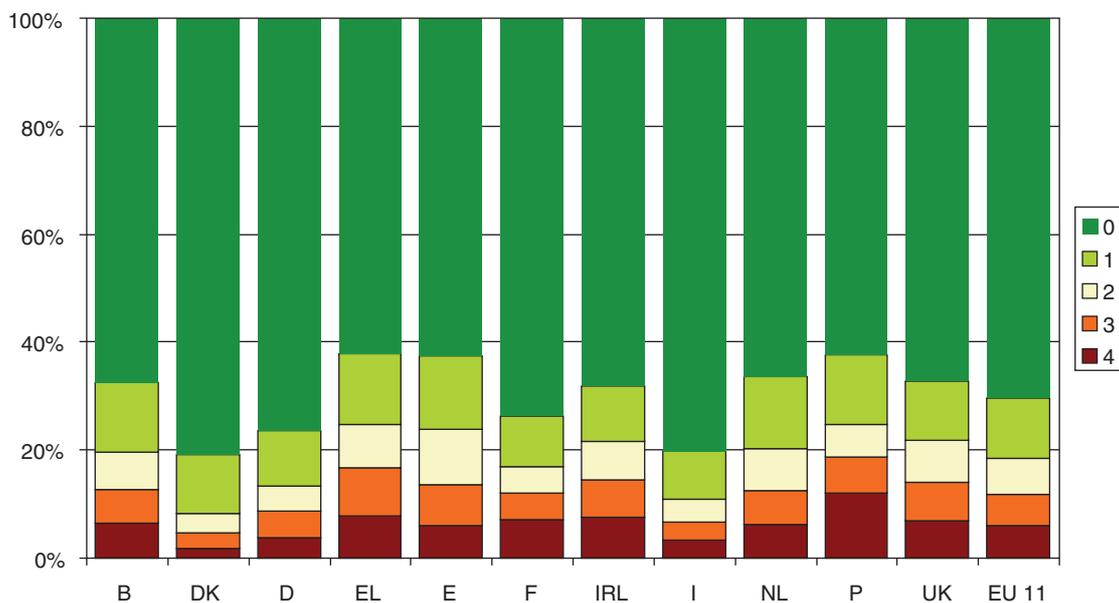
⁽³⁰⁾ Die querschnittlichen Quoten in den Ländern verändern sich zwar von 1994 bis 1997; bei Nutzung des Mittelwerts ergeben sich jedoch keine wesentlichen Veränderungen des beobachteten Musters.

In allen Fällen liegt die querschnittliche Armutsgefährdungsquote deutlich unter dem Anteil der Personen, die im Zeitraum von 1994 bis 1997 ein Jahr lang armutsgefährdet waren. In der letzten Spalte ist für die jeweilige Armutsgefährdungsgrenze der Quotient zwischen längsschnittlichen und querschnittlichen Maßen ausgewiesen. Für alle Länder gilt: Je niedriger die gewählte, auf das Medianeinkommen bezogene Armutsgefährdungsgrenze, desto höher ist der Quotient. Das heißt, der Anteil der Personen, die während des Vierjahreszeitraums ein Jahr lang armutsgefährdet waren, ist höher als der Anteil derjenigen, die in einem beliebigen Jahr entsprechende Erfahrungen machten, wobei jedoch der Abstand mit zunehmend großzügiger gewählter Armutsgefährdungsgrenze geringer wird. Gleichwohl ergeben sich im Hinblick auf den Quotienten deutliche Unterschiede zwischen den Ländern, wobei in Irland die längsschnittliche Quote bei Nutzung der 50-Prozent-Grenze knapp zweieinhalb Mal höher ist als die querschnittliche Quote, wohingegen der Quotient für Deutschland gerade einmal 1,6 beträgt. Die bei Zugrundelegung der längsschnittlichen Quote höheren Anteile Armutsgefährdeter zeigen, dass von der Armutsgefährdung ein größerer Teil der Bevölkerung betroffen ist, als das querschnittliche Maß vermuten ließe.

5.2. Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung

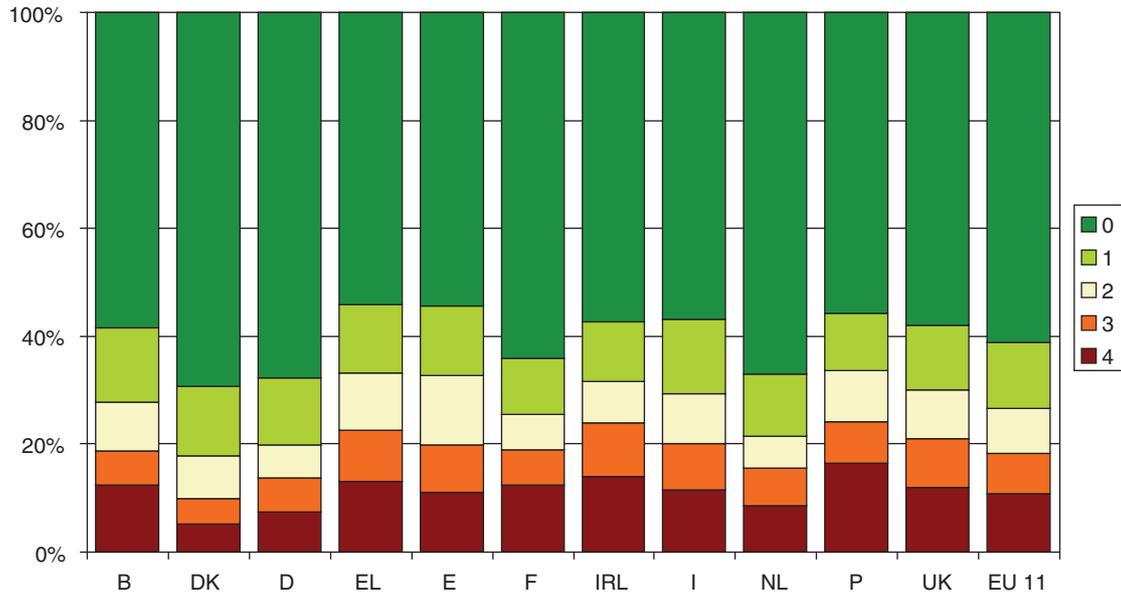
Kann man daraus, dass die Armutsgefährdung weit stärker verbreitet ist, als die querschnittliche Quote vermuten lassen würde, den Schluss ziehen, dass es sich nicht um einen Dauerzustand handelt und dass er gleichmäßig in der Bevölkerung verbreitet ist? Wir können diese Frage anhand der Abbildungen 5.1A und B klären; diese zeigen die Bevölkerungsanteile, die in verschiedenen Ländern während des Untersuchungszeitraums eine unterschiedliche Zahl von Jahren unter der 60- bzw. 70-Prozent-Grenze für die Einkommensarmut lagen³¹.

Abb. 5.1A: Anteile mit n Jahren Erfahrungen unter der Armutsgefährdungsgrenze (60% des Medianeinkommens)



⁽³¹⁾ Da wir die Gesamtzahl der Jahre betrachten, in denen im Untersuchungszeitraum die Armutsgefährdung bestand, müssen wir Finnland, Österreich und Luxemburg aus der Stichprobe für diese Untersuchungen ausklammern, weil für diese Länder nur Zahlen für eine begrenzte Anzahl von Jahren vorliegen. Siehe Abschnitt 5.3.

Abb. 5.1B: Anteile mit n Jahren Erfahrungen unter der Armutsgefährdungsgrenze (70% des Medianeinkommens)



Aus Abbildung 5.1A ist ersichtlich, dass die Mehrzahl der Menschen während des Untersuchungszeitraums überhaupt nicht armutsgefährdet war. Weitaus interessanter ist hingegen der Umstand, dass die Zahl der dauerhaft Armutsgefährdeten im selben Zeitraum zwischen 1 von 25 in Dänemark und ungefähr 1 von 6 in Portugal schwankt. Neben Portugal weisen Griechenland und Irland mit 8 % die höchsten Quoten der dauerhaften Armutsgefährdung auf.

Ein ähnliches Muster ergibt sich bei Festsetzung der Armutsgefährdungsgrenze auf 70 % des Medianeinkommens (Abbildung 5.1B). Hier sind jedoch die Anteile der von dauerhafter Armutsgefährdung Betroffenen höher und die derjenigen, die überhaupt nicht armutsgefährdet sind, niedriger. Die niedrigen Werte im Bereich der dauerhaften Armutsgefährdung, insbesondere in Ländern wie Dänemark, bedeuten, dass die 70-Prozent-Einkommensgrenze für Analysen der dauerhaften Armutsgefährdung möglicherweise besser geeignet ist; daher beschränken wir uns in den nachfolgenden Tabellen auf diesen Wert.

Um das Ausmaß der Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung zu ermitteln, erweist es sich als sinnvoll, die Anteile der Personen, die eine unterschiedliche Zahl von Jahren armutsgefährdet sind, mit den Anteilen derjenigen zu vergleichen, die wir unter der Voraussetzung erwarten würden, dass die Armutsgefährdung in einem beliebigen Jahr, ermittelt anhand des querschnittlichen Durchschnitts für die Jahre 1993 bis 1996, in anderen Jahren unabhängig davon war. Wie Abbildung 5.2 zeigt, wäre bei Zugrundelegung von Unabhängigkeit in allen Ländern davon auszugehen, dass ein weit niedrigerer Anteil nicht armutsgefährdet ist als tatsächlich festgestellt; in den meisten Ländern wären es etwa 50 % weniger. Die logische Schlussfolgerung lautet, dass weit weniger Menschen als erwartet im Untersuchungszeitraum ein Jahr lang armutsgefährdet sind, wobei Dänemark den Erwartungen mit einem Minus von 66 % am nächsten kommt und Frankreich und Portugal mit 76 % weniger den Erwartungen am wenigsten entsprechen.

Abb. 5.2. Erwarteter Anteil Armutsgefährdeter für die Dauer von n Jahren unter Zugrundelegung einer Armutsgefährdungsgrenze von 70 % des Medianeinkommens nach Ländern bei Unabhängigkeit

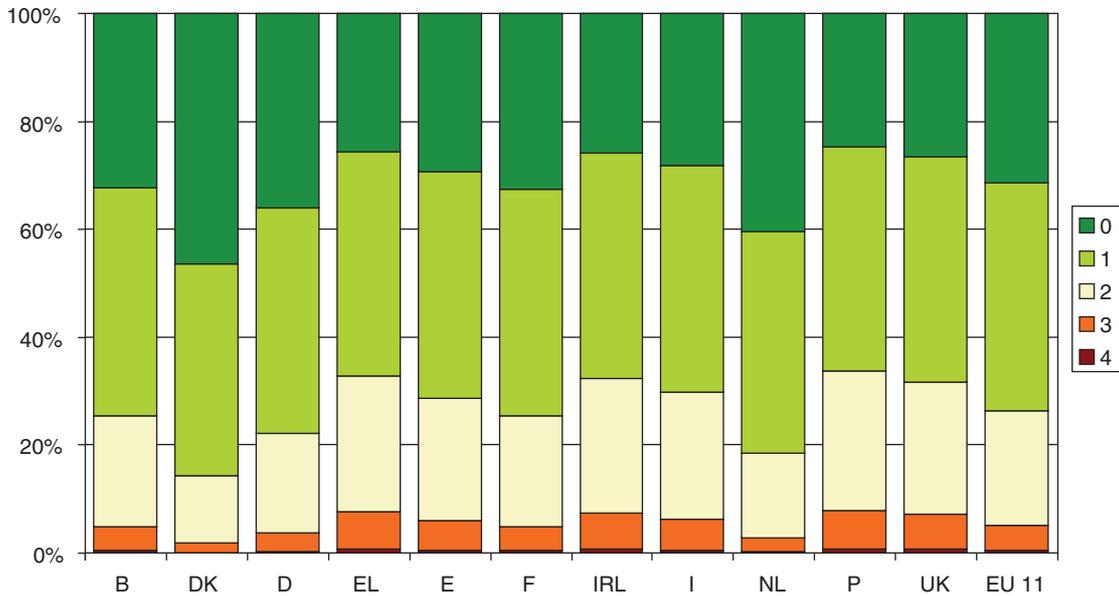
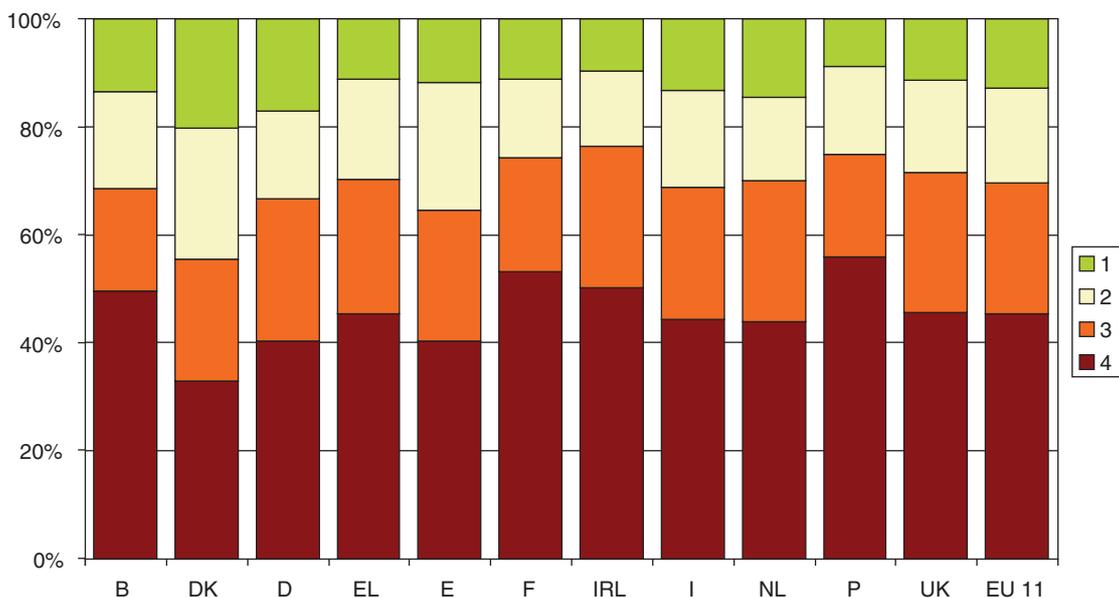


Abbildung 5.2 zeigt auch, dass weitaus höhere Anteile als erwartet in allen vier Jahren armutsgefährdet sind, wenn die Erfahrungen mit der Armutsgefährdung in einem beliebigen Jahr unabhängig von den Erfahrungen in einem anderen Jahr waren. Wären die Erfahrungen mit der Armutsgefährdung in einem beliebigen Jahr unabhängig von denen eines beliebigen anderen Jahres, würde man in den meisten Ländern zu dem Ergebnis kommen, dass keine einzige Person in allen vier Jahren armutsgefährdet war. Man könnte also vermuten, dass die Erfahrung der Armutsgefährdung mit einem gewissen „Trägheitseffekt“ behaftet ist, die bewirkt, dass der Zustand der Armutsgefährdung länger als ein Jahr anhält.

Abb. 5.3. Anteil der n Jahre Armutsgefährdeten als Bruchteile aller Jahre im Zustand der Armutsgefährdung



Insgesamt lässt diese erste Analyse erkennen, dass die Armutsgefährdung in der Bevölkerung nicht gleichmäßig verteilt ist, auch wenn ein höherer Anteil ein Jahr Erfahrungen mit der Armutsgefährdung macht, als die querschnittlichen Quoten vermuten ließen. Einige Gruppen sind, anders als erwartet, von dauerhafteren Formen der Armutsgefährdung betroffen, wenn der Anteil derjenigen, die in einem beliebigen Jahr Erfahrungen mit der Armutsgefährdung machen, unabhängig von jenem in einem anderen Jahr war. Wie Abbildung 5.3 zeigt, sind bestimmte Personen tendenziell unverhältnismäßig stark von einkommensbezogener Armut bedroht. Darin wird der Anteil der Gesamtzahl der im Zustand der Armutsgefährdung verbrachten Jahre dargestellt. Vergleicht man die Abbildungen 5.3 und 5.1 miteinander, so ist erkennbar, dass diejenigen, die während des Vierjahreszeitraums länger als ein Jahr armutsgefährdet waren, einen höheren Anteil an der Gesamt-„Belastung“ durch einkommensbezogene Armutsgefährdung haben als die Gruppe, die nur ein Jahr lang betroffen war. Beispielsweise entfallen in Frankreich auf die 12 % der Personen, die vier Jahre lang armutsgefährdet sind, 53 % aller Jahre mit Armutsgefährdung, was ein klarer Hinweis darauf ist, dass diese spezielle Gruppe erheblich stärker zur Armutsgefährdung beiträgt. Portugal und Irland schließen hinsichtlich des Ausmaßes der Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung dicht zu Frankreich auf und bilden den Gegensatz zu Dänemark, wo einzelne Jahre der Armutsgefährdung einen Anteil von 20 % haben und sich die dauerhafte Armutsgefährdung lediglich auf etwa 33 % beläuft.

5.3. Längsschnittliche „Fuzzy-Set“-Maße der Armut

In Kapitel 4 führten wir das „Fuzzy-Set“-Maß ein. Damit trat an die Stelle der einfachen Gegenüberstellung Armutsgefährdung/Nichtarme eine stetige Funktion, die den Grad der monetären Armutsgefährdung jedes Einzelnen in der Bevölkerung angibt. Zur Erinnerung: Ein solches Maß kann dazu dienen, die Anfälligkeit eines Individuums für Einkommensarmut zu beschreiben. Im Bereich der querschnittlichen Daten ergänzt es den herkömmlichen Gradmesser, indem sowohl das Niveau als auch das Ausmaß der Armutsgefährdung beschrieben wird. Für die längsschnittlichen Daten können Indikatoren der dauerhaften Armutsgefährdung und der akuten Armutsgefährdung konzipiert werden. Damit vermeidet man, dass Übergänge lediglich als Bewegungen über eine willkürliche Armutsgefährdungsgrenze definiert werden. So können wir unsere Erkenntnisse über die Dynamik der Gefahr von Einkommensarmut erweitern.

In Kapitel 3 hieß es bereits, dass die Dynamik der Gefahr von Einkommensarmut untersucht werden kann, indem dasselbe („ausgewogene“) Panel von Individuen im Zeitverlauf beobachtet wird. In Tabelle 5.1A haben wir Berechnungen für drei derartige Panels angestellt, die es uns ermöglichen, auch längsschnittliche Tendenzen für solche Länder wie Österreich zu betrachten, die nicht von Anfang an am ECHP teilnahmen und teilweise von der Analyse ausgenommen waren, über die im vorangegangenen Abschnitt berichtet wurde. Es wurden folgende drei Panels gewählt:

- Einzelpersonen, die in jedem der drei Jahre von 1994 bis 1996 gezählt wurden. Einbezogen sind 12 der zur EU-15 gehörenden Länder mit Ausnahme Schwedens, Finnlands und Österreichs. In den betreffenden Erhebungen sind Einzelpersonen, die nicht durchgängig in allen drei Jahre gezählt wurden, von der Analyse ausgenommen.
- Einzelpersonen, die in jedem der drei Jahre von 1995 bis 1997 gezählt wurden. Einbezogen sind wiederum 12 Länder, darunter auch Österreich, während Luxemburg ausgenommen ist.
- Einzelpersonen, die während des gesamten Vierjahreszeitraums von 1994 bis 1997 gezählt wurden. Erfasst sind die Angaben aus 11 Ländern, die in beiden vorstehenden Gruppen vertreten sind.

Tabelle 5.1A: Querschnittliche Armutsgefährdungsquoten und längsschnittliche Fuzzy-Parameter, ermittelt unter Zugrundelegung von 60% des nationalen Medianeinkommens

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	UK	Durchschnitt
Panel (Zeitraum) 1994-95-96														
1994	19	8	16	22	22	17	17	20	16	10		23	19	
1995	17	12	15	21	20	16	19	18	11	10		24	20	
1996	16	10	14	21	19	17	19	18	11	11		22	19	
Mittel 1994-1996	18	10	15	21	20	17	18	19	13	11		23	19	17
Armutsgefährdung	27	18	23	33	32	25	27	29	21	18		33	30	26
Armutsgefährdung*	9	4	7	11	10	9	10	9	6	5		14	10	9
Quotient akute/mittlere Gefährdung	1.6	1.8	1.6	1.5	1.6	1.5	1.5	1.6	1.7	1.7		1.4	1.5	1.56
Quotient dauerhafte/mittlere Gefährdung*	0.5	0.4	0.5	0.5	0.5	0.6	0.6	0.5	0.5	0.4		0.6	0.5	0.51
B. Panel (Zeitraum) 1995-96-97														
1995	18	12	16	21	20	16	19	19		11	12	25	19	
1996	17	9	15	21	19	16	20	19		12	13	23	19	
1997	15	8	14	23	19	16	20	18		10	13	24	20	
Mittel 1995-1997	16	9	15	21	19	16	20	18		11	13	24	19	17
Armutsgefährdung	26	17	22	32	31	23	29	29		19	21	33	29	26
Armutsgefährdung*	9	4	9	12	9	9	12	9		5	6	15	11	9
Quotient akute/mittlere Gefährdung	1.57	1.87	1.51	1.49	1.59	1.48	1.45	1.56		1.68	1.66	1.38	1.5	1.54
Quotient dauerhafte/mittlere Gefährdung*	0.54	0.38	0.58	0.56	0.49	0.58	0.6	0.51		0.44	0.45	0.65	0.56	0.54
C. Panel (Zeitraum) 1994-95-96-97														
1994	20	8	14	22	22	15	17	20		10		24	19	
1995	18	12	13	21	20	16	19	18		11		24	19	
1996	16	9	13	21	19	16	20	18		12		22	19	
1997	15	8	12	23	19	16	19	17		10		24	20	
Mittel 1994-1997	17	9	13	21	20	16	19	18		11		23	19	17
Armutsgefährdung	30	19	24	36	35	26	31	32		20		36	32	29
Armutsgefährdung**	13	5	9	17	15	12	15	13		7		19	14	13
Quotient akute/mittlere Gefährdung	1.73	2.14	1.82	1.67	1.74	1.67	1.63	1.76		1.92		1.55	1.7	1.72
Quotient dauerhafte/mittlere Gefährdung**	0.73	0.56	0.72	0.77	0.73	0.76	0.77	0.73		0.67		0.82	0.75	0.74

* Dauerhafte Armut A und B: Am in allen drei Jahren;

** Dauerhafte Armut C: Mindestens drei der vier Jahre arm.

Die folgenden Parameter – alle mit Hilfe des „Fuzzy-Set“-Ansatzes entwickelt – sind aus der Tabelle für jedes Panel ersichtlich:

- die querschnittliche Armutsgefährdungsquote für jedes der im Panel erfassten Jahre;
- die mittlere Armutsgefährdungsquote im Untersuchungszeitraum, d. h. der Durchschnitt der jährlichen querschnittlichen Armutsgefährdungsquoten;
- die Quote der akuten Armutsgefährdung. Auf der Mikroebene steht die „akute Armutsgefährdung“ für die *höchste* Armutsneigung der Einzelperson während des Bezugszeitraums. Das herkömmliche Pendant ist der Anteil der während des Untersuchungszeitraums mindestens ein Jahr lang armutsgefährdeten Personen.
- die Quote der dauerhaften Armutsgefährdung. Auf der Mikroebene steht die „dauerhafte Armutsgefährdung“ für die *geringste* Armutsneigung der Einzelperson während des Bezugszeitraums. Das herkömmliche Pendant ist der Anteil der während des gesamten Untersuchungszeitraums armutsgefährdeten Personen.
- der Quotient akute Armutsgefährdungsquote/mittlere querschnittliche Armutsgefährdungsquote;
- der Quotient dauerhafte Armutsgefährdungsquote/mittlere querschnittliche Armutsgefährdungsquote.

Da nicht für alle Länder Angaben für den gesamten Vierjahreszeitraum zur Verfügung standen, wird in Tabelle 5.1B der Versuch unternommen, anhand von Daten für die Jahre von 1994-1997 ein vollständigeres Bild der Lage in allen 13 EU-Ländern zu zeichnen, aus denen längsschnittliche Daten für mindestens drei Jahre vorliegen³².

⁽³²⁾ Für jeden Parameter wurde der einfache Länderdurchschnitt (siehe Tabelle 5.1A, Panel C) für die Panels A-C berechnet. Das Verhältnis zwischen dem Durchschnitt (der gesamten Ländergruppe) des Panels C und dem des Panels A steht für den Faktor, mit dem die statistischen Angaben für das Land (Luxemburg) in Panel A, nicht jedoch in Panel C multipliziert und anschließend in Panel C erfasst werden. Das Verhältnis zwischen dem Durchschnitt des Panels C und des Panels B steht für den Faktor, mit dem die statistischen Angaben für das Land (Österreich) in Panel B, nicht jedoch in Panel C multipliziert und anschließend in Panel C erfasst werden.

Tabelle 5.1B: Mittlere Armutsgefährdungsquote, Quote der akuten Armutsgefährdung und Quote der dauerhaften Armutsgefährdung (1994-1997), einschließlich Schätzungen für Länder, aus denen Panel-Daten für drei Jahre vorliegen (Österreich, Luxemburg)

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	UK	Durchschnitt
	mean Cross-sectional rate													
Akute Armutsgefährdungsquote	30	19	24	36	35	26	31	32	23	20	24	36	32	28
Dauerhafte Armutsgefährdungsquote*	13	5	9	17	15	12	15	13	8	7	8	19	14	12
Quotient akute/mittlere Gefährdung	1.7	2.1	1.8	1.7	1.7	1.7	1.6	1.8	1.9	1.9	1.9	1.5	1.7	1.74
Quotient dauerhafte/mittlere Gefährdung*	0.7	0.6	0.7	0.8	0.7	0.8	0.8	0.7	0.7	0.7	0.6	0.8	0.8	0.73

* Dauerhafte Armutsgefährdung: Mindestens drei von vier Jahren armutsgefährdet.

Mit Hilfe der Tabelle 5.1B können die Unterschiede zwischen den Ländern vollständiger und einheitlicher dargestellt werden als anhand der ursprünglichen Daten. Im Durchschnitt der EU-Länder waren 28 % der Bevölkerung während des Vierjahreszeitraums von 1994 bis 1997 mindestens ein Jahr lang armutsgefährdet, und 12 % waren dauerhaft (mindestens drei von vier Jahren) von Armut bedroht. Die entsprechende durchschnittliche querschnittliche Quote der akuten Armutsgefährdung belief sich auf etwa 17 %. Dies bedeutet, dass – verglichen mit der querschnittlichen Quote der akuten Gefährdung – durchschnittlich mindestens 80 % der Personen zu irgendeinem Zeitpunkt innerhalb der vier Jahre armutsgefährdet sind. Ungefähr 60 % der akut Armutsgefährdeten sind während des Vierjahreszeitraums mindestens drei Jahre lang, d. h. dauerhaft von diesem Zustand betroffen.

Portugal wies mit 36 % (Quote der akuten Armutsgefährdung), 19 % (Quote der dauerhaften Armutsgefährdung) und 23 % (durchschnittliche querschnittliche Quote) die höchsten Werte auf. Griechenland hat ähnlich hohe Quoten. Für Dänemark wurden die niedrigsten Werte ermittelt. Dort betrug die Quote der akuten Armutsgefährdung 19 % und die der dauerhaften Armutsgefährdung 5 %; die durchschnittliche querschnittliche Quote belief sich auf 10 %. Ähnlich niedrige Werte erreichen Luxemburg und die Niederlande.

Länderübergreifend zeichnet sich ein durchgängiges Muster ab. Je höher das Niveau der Armutsgefährdung in einem Land, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie von verschiedenen Einzelpersonen „geteilt“ wird. Beispielsweise beträgt der Quotient aus der mittleren querschnittlichen Armutsgefährdungsquote und der Quote der akuten Armutsgefährdung in Portugal 1,55 (mittlere querschnittliche Quote der akuten Armutsgefährdung: 23 %) und in Dänemark 2,14 (mittlere Armutsgefährdungsquote: 10 %). Ebenso gilt: Je höher das Niveau der Armutsgefährdung in einem Land, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit einer Verfestigung dieses Zustands bei denselben Einzelpersonen. So beträgt der Quotient aus dauerhafter und querschnittlicher Armutsgefährdung für Portugal und Dänemark 0,82 bzw. 0,56.

5.4. Wahrscheinlichkeiten der Überwindung des Zustands der Armutsgefährdung

In den vorangegangenen beiden Abschnitten wurde herausgearbeitet, dass zwar Erfahrungen mit der Armutsgefährdung weiter verbreitet sind, als sich aus den querschnittlichen Schätzungen ableiten lässt, dass diese Erfahrungen – sobald sie einmal auftreten – aber auch bei denselben Einzelpersonen tendenziell Bestand haben. Man kann nun diese Tendenz zur Unveränderlichkeit formaler beschreiben, indem Wahrscheinlichkeiten genutzt werden, um die Chancen für einen Abgang aus dem Zustand der Armutsgefährdung nach n Jahren bzw. die Möglichkeit einer erneuten Armutsgefährdung nach n Jahren außerhalb dieses Personenkreises zu charakterisieren. Die Abgangswahrscheinlichkeit ist einfach nur der Anteil der Armutsgefährdeten im Jahr t , die im Jahr $t+1$ nicht gefährdet sind, dividiert durch die Gesamtstichprobe der Armutsgefährdeten zum Zeitpunkt t , und ein Ausdruck der Tendenz zum Verbleib im Zustand der Armutsgefährdung. Sinkt diese Quote mit steigender Anzahl der Jahre, so zeigt dies, dass ein Prozess im Gange ist, der einen „Trägheitseffekt“ erzeugt, durch den sich die Armutsgefährdeten nicht aus dieser Lage befreien können. Ebenso lässt eine sinkende Wiedereintrittsquote darauf schließen, dass bei Menschen, die der Armutsgefährdung entkommen konnten, die Wahrscheinlichkeit eines Rückfalls in diesen Zustand geringer wird, je länger sie Armut vermeiden. Das Ausmaß dieser Tendenzen bildet die Grundlage für die Angaben zur dauerhaften Armut in den vorstehenden Tabellen.

Abb. 5.4. Abgangsquoten aus der Armutgefährdung bei 60% des Medianeinkommens n Jahre nach 1994

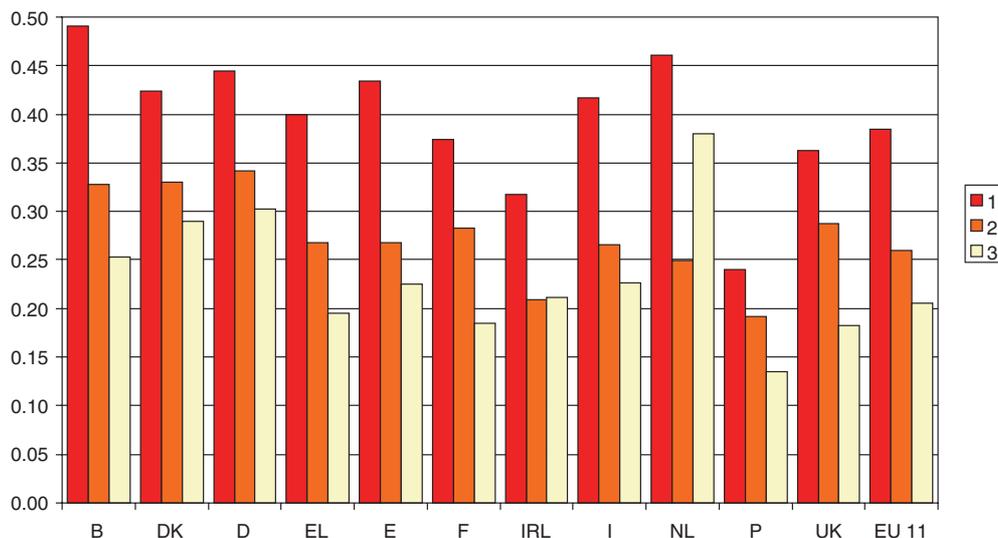
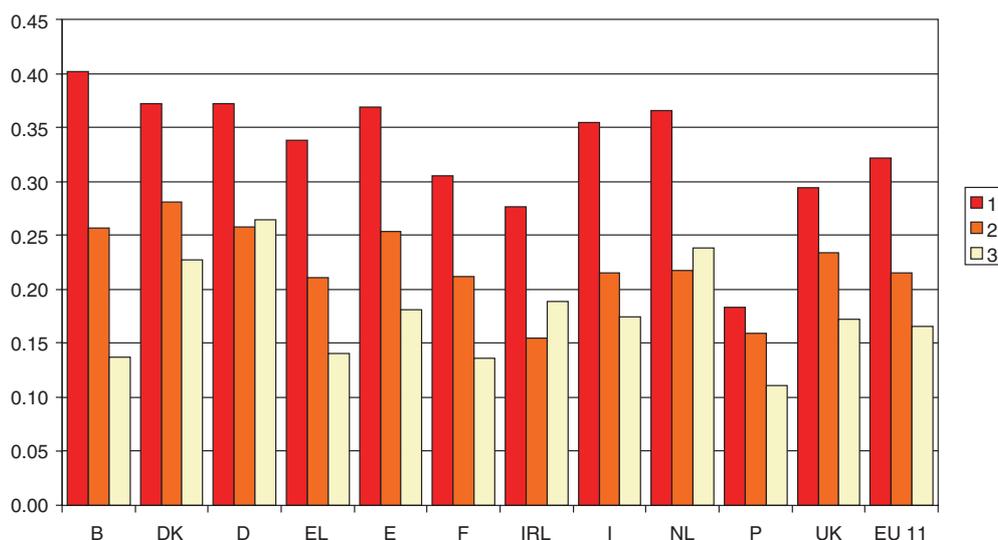


Abb. 5.5. Abgangsquoten aus der Armutgefährdung bei 70% des Medianeinkommens n Jahre nach 1994



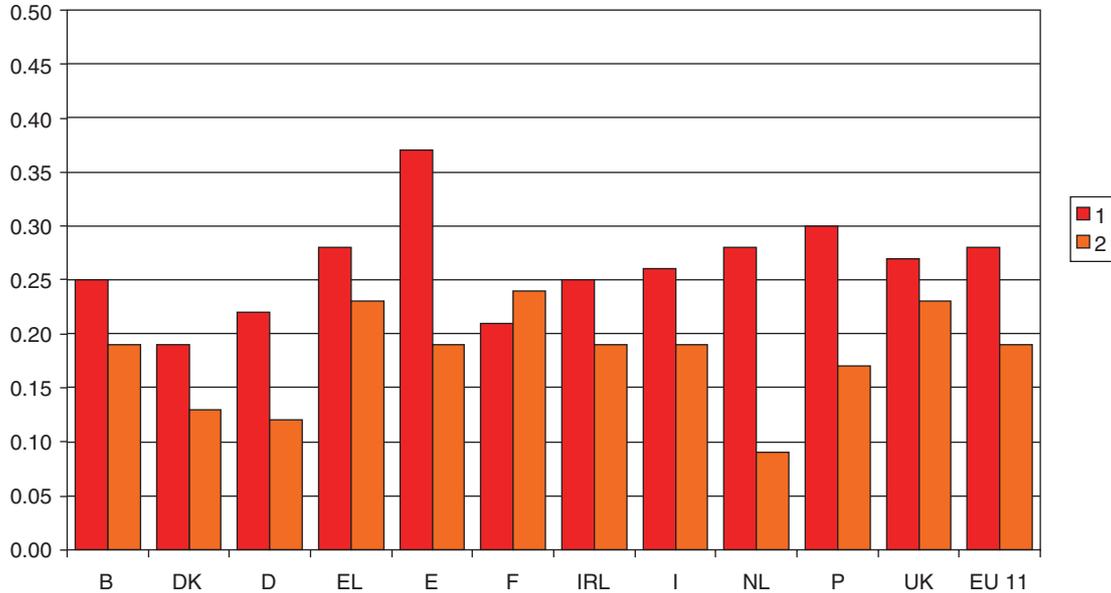
Aus den Abbildungen 5.4 und 5.5 sind die Abgangsquoten aus dem Zustand der Armutgefährdung nach einem, zwei und drei Jahren bei Zugrundelegung der 60- bzw. 70-Prozent-Armutgefährdungsgrenze ersichtlich. Sie zeigen, dass die Abgangswahrscheinlichkeit in den meisten Ländern im Laufe der Zeit tatsächlich abnimmt, wenngleich die Tendenz je nach Schwellenwert und Land unterschiedlich ist. Wie aus Abbildung 5.5 (70-Prozent-Einkommensgrenze) ersichtlich ist, weist Portugal selbst nach dem ersten Jahr eine niedrige Abgangsquote auf, gefolgt von Irland und dem Vereinigten Königreich. Abbildung 5.4 (60-Prozent-Grenze des Medianeinkommens) zeigt ähnliche Muster wie Abbildung 5.5, die jedoch stärker ausgeprägt sind. Während Portugal erneut die geringsten Abgangsquoten aufweist, sind beim Vereinigten Königreich und Frankreich drastische Rückgänge nach dem ersten Jahr und nahezu gleichermaßen niedrige Abgangsquoten nach drei Jahren erkennbar.

5.5. Wahrscheinlichkeiten des Rückfalls in den Zustand der Armutgefährdung

Im vorangegangenen Abschnitt wurde herausgearbeitet, dass die Wahrscheinlichkeit des Abgangs aus dem Zustand der Armutgefährdung mit länger werdendem Verbleib im Kreis der Armutgefährdeten erheblich abnimmt. Gilt nun im Umkehrschluss dasselbe, d. h., sinkt die Wahrscheinlichkeit des Rückfalls in den Zustand

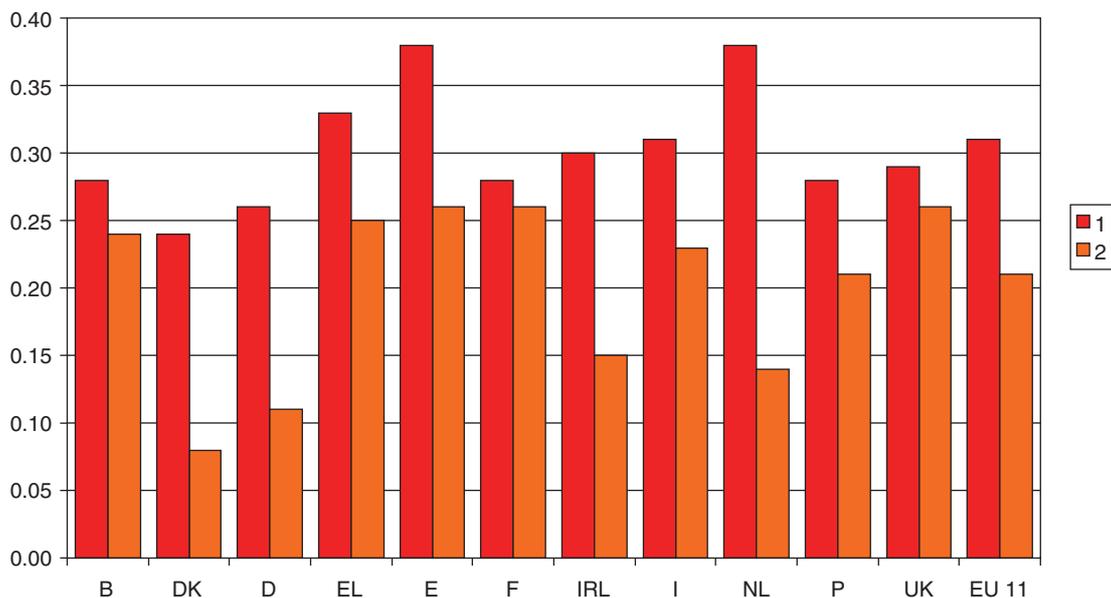
der Armutsgefährdung mit zunehmender Dauer außerhalb des entsprechenden Personenkreises? Auch wenn die Tatsache, dass im ECHP nur wenige Jahre erfasst sind, den Beobachtungszeitraum einschränkt, können Quoten für zwei Jahre errechnet werden.

Abb. 5.6. Quoten der Rückfalls in den Zustand der Armutsgefährdung bei 60% des Medianeinkommens n Jahre nach Abgang 1995



In Abbildung 5.6 sind die Rückfallquoten für die Jahre 1996 und 1997 dargestellt, wobei 60 % des Medianeinkommens als Armutsgefährdungsgrenze gewählt wurden. Während die Wahrscheinlichkeit einer erneuten Gefährdung in den meisten Ländern abnahm, blieben die Quoten im Vereinigten Königreich, in Griechenland und Frankreich im Großen und Ganzen stabil. In Frankreich nimmt die Wahrscheinlichkeit des Rückfalls zwei Jahre nach dem Abgang sogar wieder leicht zu. Die Rückfallquoten weichen jedoch erheblich voneinander ab, wobei die Niederlande eine Abnahme um zwei Drittel, das Vereinigte Königreich dagegen nur um knapp 15 % verbuchen kann. Aus diesen Ergebnissen ist kein eindeutiges Ländermuster ablesbar.

Abb. 5.7. Quoten der Rückfalls in den Zustand der Armutsgefährdung bei 70% des Medianeinkommens n Jahre nach Abgang 1995



Bei Zugrundelegung der Grenze von 70 % des Medianeinkommens sind in Abbildung 5.7 ähnliche Muster erkennbar. Lediglich die Rückfallwahrscheinlichkeit steigt, was jedoch angesichts der höheren Armutsgefährdungsschwelle, die ein schnelleres Absinken unter diese Grenze bewirkt, nicht überraschen dürfte. Gleichwohl sinken die Rückfallquoten im ersten und zweiten Jahr in ähnlich starkem Maße, wobei das Spektrum von 66 % in Dänemark (nicht jedoch in den Niederlanden) bis zu 7 % in Frankreich reicht.

Insgesamt wurde in diesem Abschnitt anhand der Darstellung von Unterschieden bei den Abgangsquoten aus dem Zustand der Armutsgefährdung und den entsprechenden Rückfallquoten deutlicher herausgestellt, warum verschiedene Länder höhere Quoten der dauerhaften Armutsgefährdung aufweisen. Obwohl es eine Binsenwahrheit ist, dass niedrige Abgangsquoten insgesamt zu einer Verlängerung des Verbleibs im Zustand der Armutsgefährdung führen, lässt das Ausmaß der Senkung der Abgangsquote im Zeitverlauf auf einen regelmäßigen und strukturierten Prozess schließen, der die Fähigkeit von Einzelpersonen und Haushalten einschränkt, sich aus dem Zustand der Armutsgefährdung zu befreien oder diesen zu vermeiden. Zudem machte sich dieser Prozess in einigen Ländern stärker bemerkbar als in anderen.

5.6. Merkmale dauerhaft armutsgefährdeter Personen

In diesem Kapitel wurde bereits an anderer Stelle dargelegt, dass die einkommensbezogene Armutsgefährdung nicht gleichmäßig in der Bevölkerung verteilt ist und dass einige Personen ein unverhältnismäßig hohes Risiko tragen, mehrere Jahre im Zustand der Armutsgefährdung zu verbleiben. Dieses Risiko bezeichnen wir als „dauerhafte (einkommensbezogene) Armutsgefährdung“. In diesem Abschnitt wird nun die Analyse vertieft. Zu diesem Zweck untersuchen wir, welche Faktoren eine Person dauerhaft der Armutsgefährdung aussetzen, und versuchen die Frage zu klären, ob Personen länderübergreifend einheitlich von diesen Merkmalen betroffen sind.

Um den Einfluss verschiedener Merkmale darstellen zu können, müssen wir erneut eine Vielzahl von Informationen präsentieren, darunter Angaben zu elf Ländern, aus vier Jahren, mehrere Armutsgefährdungsgrenzen und unterschiedliche Haushaltsmerkmale. Damit die Analyse auch tatsächlich durchgeführt werden kann, unterteilen wir die Anzahl der Jahre mit Armutsgefährdung in zwei Gruppen. In eine dieser Gruppen werden diejenigen Personen eingeordnet, die mindestens ein Jahr lang (1+) armutsgefährdet sind, in die andere jene, die mindestens drei Jahre lang (3+) zum Kreis der Armutsgefährdeten gehören. Der Leser wird darauf hingewiesen, dass Letztere nach derzeitigem Eurostat-Sprachgebrauch in der Regel als von dauerhafter Armut bedrohte Personen bezeichnet werden. Danach nutzen wir „Wahrscheinlichkeitsquotienten“ als Ausdruck der relativen Armutsgefährdung verschiedener Haushalte. Der Wahrscheinlichkeitsquotient ist die Armutsgefährdung der benachteiligten Gruppe dividiert durch jene der nicht benachteiligten Gruppe. Wenn also der Wahrscheinlichkeitsquotient für mindestens ein Jahr Erfahrungen mit der Armutsgefährdung größer als 1 ist, bedeutet dies, dass die benachteiligte Gruppe wahrscheinlich eher als die nicht benachteiligte Gruppe mindestens ein Jahr lang armutsgefährdet sein wird. Ausgehend von den Ergebnissen in Kapitel 3 bestünde unsere grundlegende Hypothese darin, dass Faktoren, die den Grad der Bedürftigkeit erhöhen bzw. die Verfügbarkeit von Ressourcen einschränken, unter ansonsten gleichen Voraussetzungen die Wahrscheinlichkeit dauerhafter längerfristiger Armut (3+ Jahre) erhöhen würden.

Zunächst befassen wir uns mit dem Zusammenhang zwischen Bildungsstand der Bezugsperson des Haushalts und dauerhafter Gefahr der Armut. Aus Abbildung 5.8 sind die Wahrscheinlichkeitsquotienten ersichtlich, die anhand der Armutsgefährdungsgrenze von 60 % des Medianeinkommens ermittelt wurden; danach sind in allen Ländern Haushalte, in denen die Bezugsperson einen niedrigen Bildungsabschluss hat, weit häufiger als andere mindestens ein Jahr lang von Armut betroffen. Allerdings weist das relative Risiko im Ländervergleich eine große Bandbreite auf, wobei sich ein Muster abzeichnet. Für Dänemark, die Niederlande und Deutschland ergeben sich vergleichsweise niedrige Quotienten; das Vereinigte Königreich, Belgien, Frankreich, Irland und Italien liegen im Mittelfeld, und die anderen südeuropäischen Länder gehören in die Gruppe mit hohen Wahrscheinlichkeitsquotienten. Dieses Muster ist insofern interessant, als die Gruppen mit jenen vergleichbar sind, die anhand eines querschnittlichen Maßes der einkommensbezogenen Armutsgefährdung ermittelt wurden.

Abb. 5.8. Wahrscheinlichkeitsquotient in Bezug auf n Jahre Armutsgefährdung von Gruppen mit niedrigem bis mittlerem bzw. hohem Bildungsstand bei einer Armutsgefährdungsgrenze von 60% des Medianeinkommens

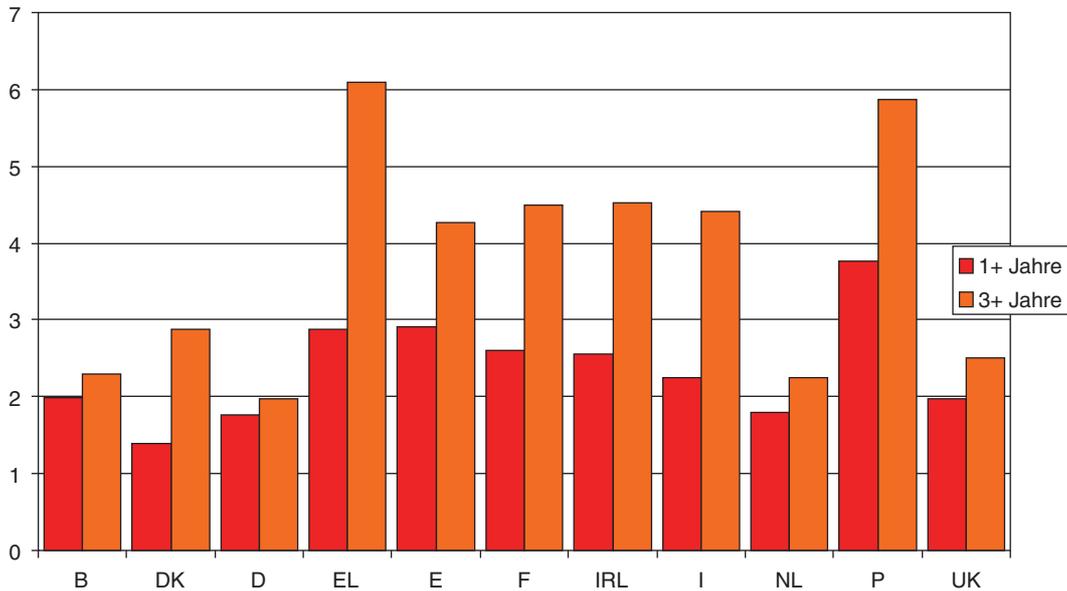
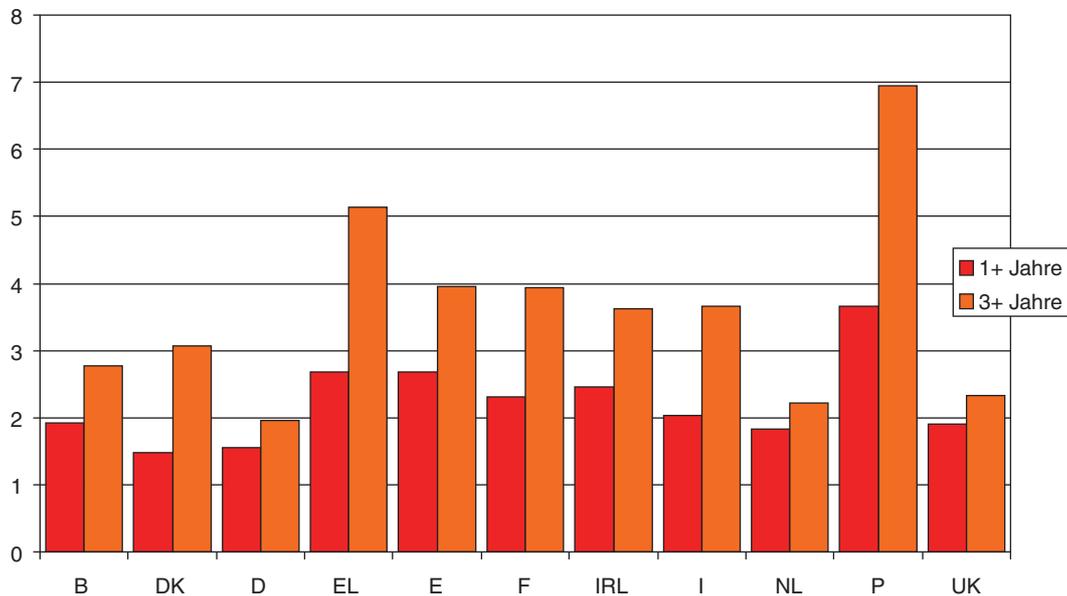
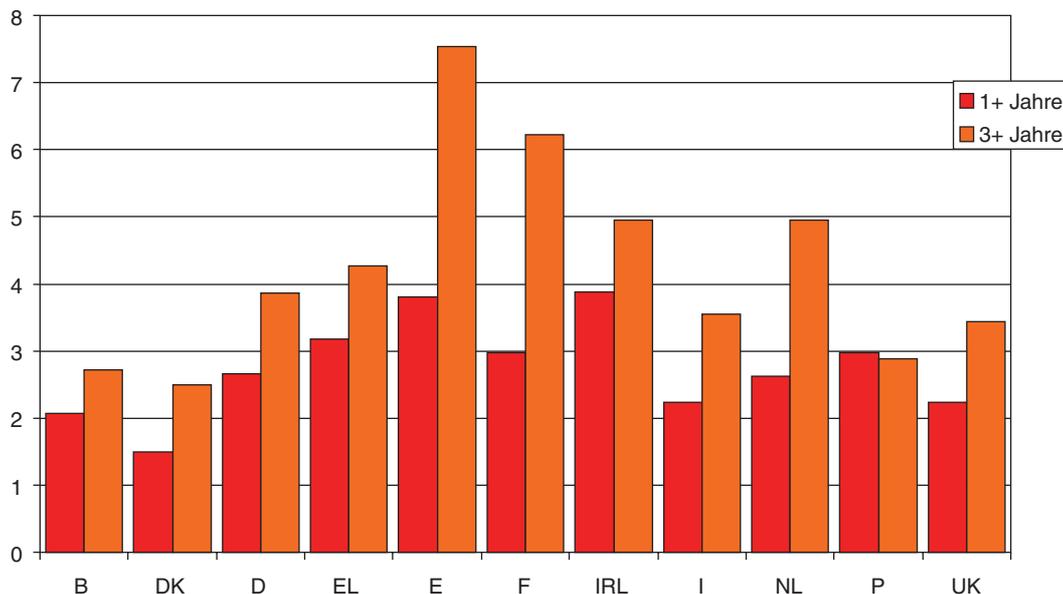


Abb. 5.9. Wahrscheinlichkeitsquotient in Bezug auf n Jahre Armutsgefährdung von Gruppen mit niedrigem bis mittlerem bzw. hohem Bildungsstand bei einer Armutsgefährdungsgrenze von 70% des Medianeinkommens



In Abbildung 5.9 sind die Wahrscheinlichkeitsquotienten für die Gruppen mit verschiedenen Bildungsabschlüssen unter Zugrundelegung der Armutsgefährdungsgrenze von 70 % des Medianeinkommens dargestellt. In diesem Fall ergibt sich ein nahezu identisches Muster wie bei der 60-Prozent-Grenze, wobei erneut Dänemark, Deutschland und die Niederlande die Gruppe mit niedrigem Gefälle bilden, das Vereinigte Königreich, Belgien, Frankreich, Irland und Italien zur Gruppe mit höheren Quotienten gehören, und die übrigen südeuropäischen Länder in die Gruppe mit hohen Quotienten einzuordnen sind. Da sich offenbar bei beiden Armutsgefährdungsgrenzen (60 bzw. 70 % des Medianeinkommens) dasselbe Muster ergibt, beschränken wir uns im Weiteren auf die 70-Prozent-Grenze.

Abb. 5.10. Wahrscheinlichkeitsquotient in Bezug auf n Jahre Armutsgefährdung von Arbeitern und Angestellten bei einer Armutsgefährdungsgrenze von 70% des Medianeinkommens



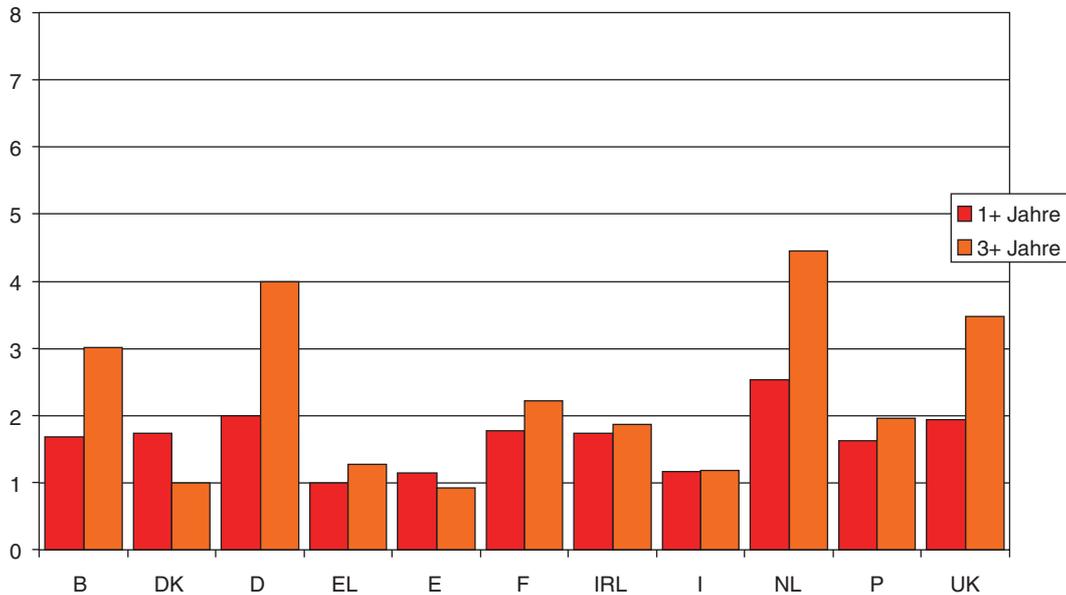
Aus Abbildung 5.10 sind die Wahrscheinlichkeitsquotienten für die Gefährdung von nicht benachteiligten und benachteiligten sozialen Schichten in den Ländern ersichtlich, wobei 70 % des Medianeinkommens als Armutsgefährdungsgrenze gewählt wurden. Dabei fällt sofort das im Vergleich zu anderen Ländern sehr geringe relative Risiko von Arbeitern in Dänemark ins Auge, sowohl mindestens ein Jahr als auch mindestens drei Jahre von Armut betroffen zu sein³³. An anderer Stelle in diesem Kapitel wurde zwar bereits festgestellt, dass die Gefahr von Armut und dauerhafter Armut in Dänemark geringer ist als in anderen Ländern, doch geht aus den Abbildungen 5.8 bis 5.10 auch hervor, dass das Gefälle zwischen den Gruppen in Dänemark ebenfalls sehr niedrig ist. Hinsichtlich des Gefälles zwischen den Schichten verblüfft auch, dass sich die Reihenfolge der Länder verändert, wenn anstelle der Kategorie 1+ der Wert 3+ gewählt wird. Danach gehören im ersteren Fall (1+) Belgien, die Niederlande, das Vereinigte Königreich und Italien zur Ländergruppe mit niedrigem Gefälle, liegen Frankreich, Portugal und Deutschland im Mittelfeld und bilden die übrigen südeuropäischen Länder und Irland die Gruppe mit starkem Gefälle. In der Kategorie 3+ ist Portugal in die Gruppe mit niedrigem Gefälle einzustufen, während die Niederlande und Frankreich zur Ländergruppe mit hohem Gefälle gehören³⁴. Auch wenn die bei unterschiedlich gewählten Kategorien veränderte Reihenfolge der Länder kompliziert zu sein scheint, lohnt sich der Hinweis, dass in allen Ländern und in allen Kategorien von Bildungsabschlüssen sowie allen sozialen Schichten in den benachteiligten Gruppen eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit besteht, sowohl kurzfristig als auch langfristig Erfahrungen mit der Armutsgefährdung zu machen, wobei das Gefälle bei Letzteren höher ist.

Sind ähnliche Unterschiede erkennbar, wenn verschiedene Haushaltstypen verglichen werden, die mehr oder minder im Vorteil sind? In Abbildung 5.11 werden die Wahrscheinlichkeitsquotienten für Alleinerziehende mit jenen für stärker bevorteilte Haushaltstypen, namentlich Paare unter 65 mit zwei oder weniger Kindern, verglichen.

⁽³³⁾ Allerdings sollten die Angaben für Dänemark zur Kategorie 3+ in den Abbildungen 5.10 bis 5.13 mit Vorsicht betrachtet werden, da die Zahl der Fälle mit 3+Jahren Armutsgefährdung klein ist.

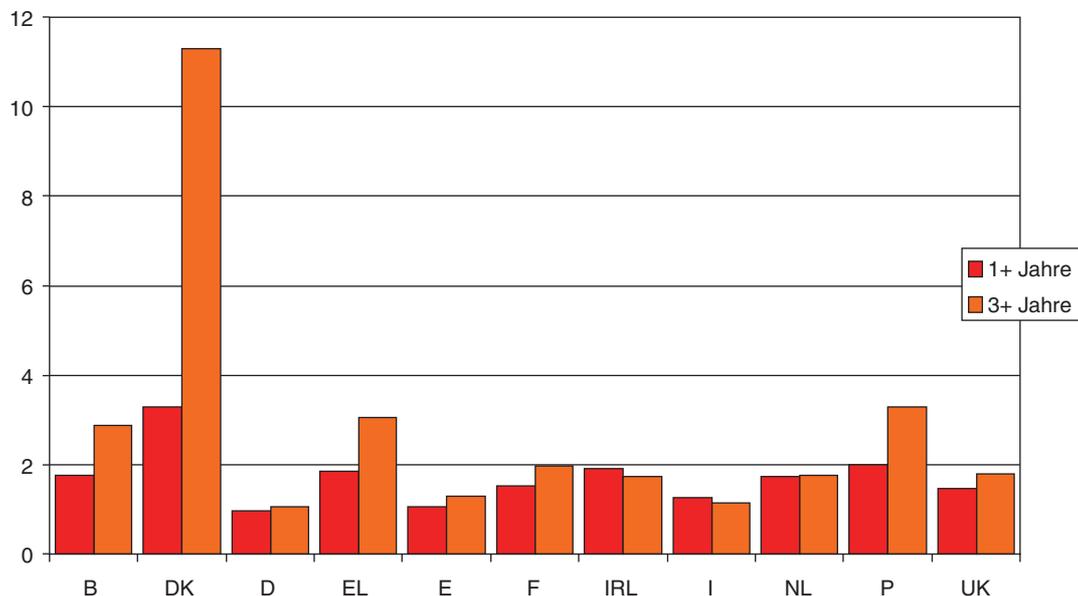
⁽³⁴⁾ Bei der Untersuchung der Wahrscheinlichkeitsquotienten darf nicht vergessen werden, dass das Ausmaß des Gefälles ein Ausdruck für das Ausmaß des Vorteils der nicht benachteiligten Gruppe wie auch für die Tiefe der Gefährdung der benachteiligten Gruppe sein kann.

Abb. 5.11. Wahrscheinlichkeitsquotient in Bezug auf n Jahre Armutsgefährdung von Alleinerziehenden und Paaren mit 2 oder weniger Kindern bei einer Armutsgefährdungsgrenze von 70% des Medianeinkommens



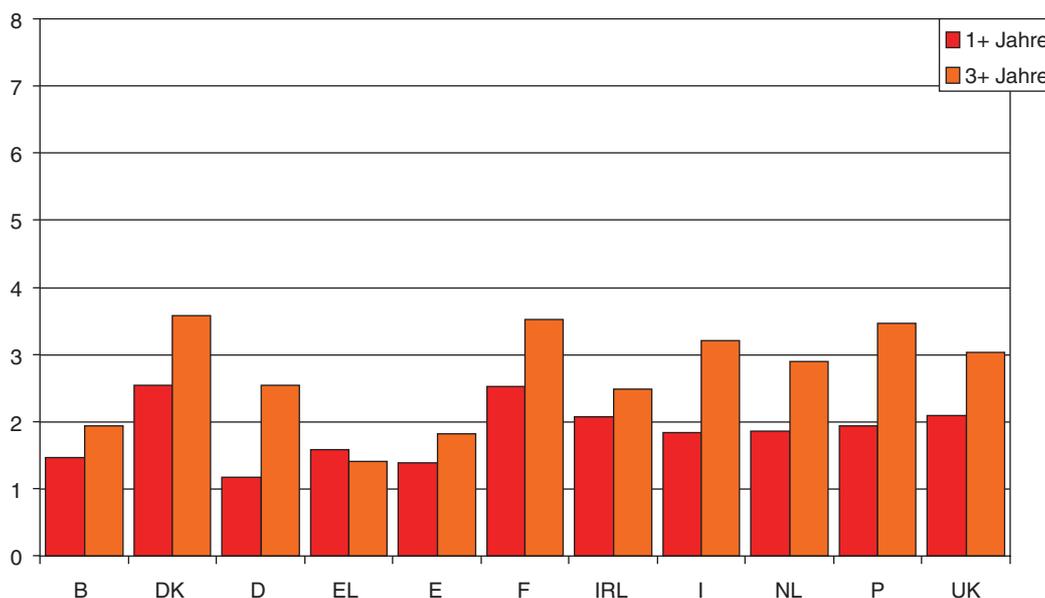
Im Vergleich zu den Auswirkungen des Bildungsstands und der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Schicht betreffen die Merkmale in Abbildung 5.11 nur einen recht eng begrenzten Bereich hinsichtlich der Armutsgefährdung in der Kategorie 1+Jahre; nur die Niederlande weichen vom Gesamtbild ab. Ebenso wie bisher verläuft eine Trennlinie zwischen nord- und südeuropäischen Ländern, d. h., in Ersteren beträgt der Quotient 1,68 bis 1,94 (ohne Niederlande), in Letzteren 1 (gleiches Risiko) bis 1,63. Das aus Abbildung 5.11 ersichtliche schwächere Gefälle in den südeuropäischen Ländern bedeutet eine Umkehr der in anderen Tabellen erkennbaren Tendenz, könnte aber durchaus auch die Tatsache widerspiegeln, dass Einelternhaushalte, die insbesondere das Ergebnis von Schwangerschaften unverheirateter Frauen sind, in Südeuropa wesentlich seltener vorkommen, was bedeutet, dass die Gruppe der Alleinerziehenden in der Regel älter ist und besser dasteht. In der Kategorie 3+Jahre Armutsgefährdung sind größere Abweichungen erkennbar, auch wenn das Nord-Süd-Gefälle bestehen bleibt und die Niederlande offensichtlich erneut eine Ausnahme bilden, ebenso wie Spanien, wo Alleinerziehende weniger stark von dauerhafter Einkommensarmut bedroht sind.

Abb. 5.12. Wahrscheinlichkeitsquotient in Bezug auf n Jahre Armutsgefährdung von älteren Paaren und Paaren mit 2 oder weniger Kindern bei einer Armutsgefährdungsgrenze von 70% des Medianeinkommens nach Ländern



In Abbildung 5.12 werden die Wahrscheinlichkeitsquotienten eines älterer Paares mit jenen des bevorteilten Haushaltstyps verglichen. In beiden Kategorien (1+, 3+) und in allen Ländern ergeben sich Quotienten von mehr als 1 für ein älteres Paar; dies deutet auf eine wesentlich stärkere Armutsgefährdung dieses Haushaltstyps hin. Ausnahmen bilden Deutschland, wo das Risiko in beiden Kategorien annähernd gleich ist, und Spanien, wo das Risiko in der Kategorie 1+Jahre Armutsgefährdung ungefähr gleich hoch ist. Interessanterweise sind ältere Paare in Dänemark im Ländervergleich am stärksten von Armut bedroht. Dieses Ergebnis wurde jedoch anhand einer sehr geringen Zahl von Fällen ermittelt und ist unter Umständen nicht zuverlässig. Die dauerhafte Armutsgefährdung älterer dänischer Paare beläuft sich auf den enorm hohen Wert von 11,3, der dreimal höher ist als in anderen Ländern.

Abb. 5.13. Wahrscheinlichkeitsquotient in Bezug auf n Jahre Armutsgefährdung eines Paares mit 3+ Kindern im Vergleich zu Paaren mit 2 oder weniger Kindern bei einer Armutsgefährdungsgrenze von 70% des Medianeinkommens



In Abbildung 5.13 befassen wir uns mit der Auswirkung einer größeren Kinderzahl (Paare mit mindestens 3 Kindern). Erwartungsgemäß zeigt sich, dass diese Haushaltstypen stärker von Armut und dauerhafter Armut bedroht sind als Haushalte mit weniger Kindern. Gleichwohl sollte nicht vergessen werden, dass wir an dieser Stelle keine anderen Faktoren untersuchen, die das Ergebnis verfälschen könnten. Denkbar wäre beispielsweise, dass Arbeiterfamilien größere Familien haben; in diesem Fall könnte der Zusammenhang zwischen größerer Kinderzahl und Armutsgefährdung eher auf die Beschäftigungssituation als auf die Kinderzahl zurückzuführen sein.

Einerseits bestätigt sich durchgängig der Zusammenhang zwischen größerer Kinderzahl und (höherem) Gefährdungsgrad, andererseits ergeben sich hinsichtlich des Effekts einer größeren Kinderzahl offenbar keine landesbezogenen Unterschiede, wobei für Dänemark, Frankreich, das Vereinigte Königreich und Irland hohe Wahrscheinlichkeitsquotienten ermittelt wurden. Insbesondere in Dänemark ist der Wahrscheinlichkeitsquotient in der Kategorie 3+Jahre Armutsgefährdung sehr hoch. Dagegen ist die Gefährdung dieses Haushaltstyps in Griechenland relativ gering und hinsichtlich der dauerhaften Armutsgefährdung im Ländervergleich sogar am geringsten.

In diesem Abschnitt wurde die Analyse der Armutsdynamik erweitert, d. h. mittels einfacher beschreibender Analysen wurde im Einzelnen aufgeschlüsselt, wie Jahre der Armutsgefährdung in der Bevölkerung verteilt sind. Es zeichnet sich klar ab, dass sich sowohl die Faktoren, die den Grad der Bedürftigkeit von Haushalten steigern, als auch jene, die die Verfügbarkeit von Mitteln einschränken, negativ auf die Armutsgefährdung und die dauerhafte Armut auswirken. Nicht nur ein niedriger Bildungsstand, sondern auch die Zugehörigkeit zur sozialen Schicht der Arbeiter erhöht tendenziell das Armutsrisiko, wenngleich das letztgenannte Kriterium in den einzelnen Ländern unterschiedlich zum Tragen kommt. So ist das Gefälle in Dänemark, Belgien und den Niederlanden und zum Teil auch in Deutschland niedrig, besteht im Vereinigten Königreich, in Frankreich und Irland eine mäßige Gefährdung und ist die Gefahr in den südeuropäischen Ländern im Allgemeinen am

größten. Dieses Muster tritt bei den Variablen zum Haushaltstyp nicht ganz so deutlich zutage; bei Alleinerziehenden und teilweise auch großen Familien mit (3+) Kindern verkehrt sich das Bild fast ins Gegenteil. Gleichwohl gilt im Allgemeinen unverändert, dass Alleinerziehende, ältere Menschen und Haushalte mit mehr Kindern stärker armutsgefährdet sind als jüngere Paare mit zwei oder weniger Kindern.

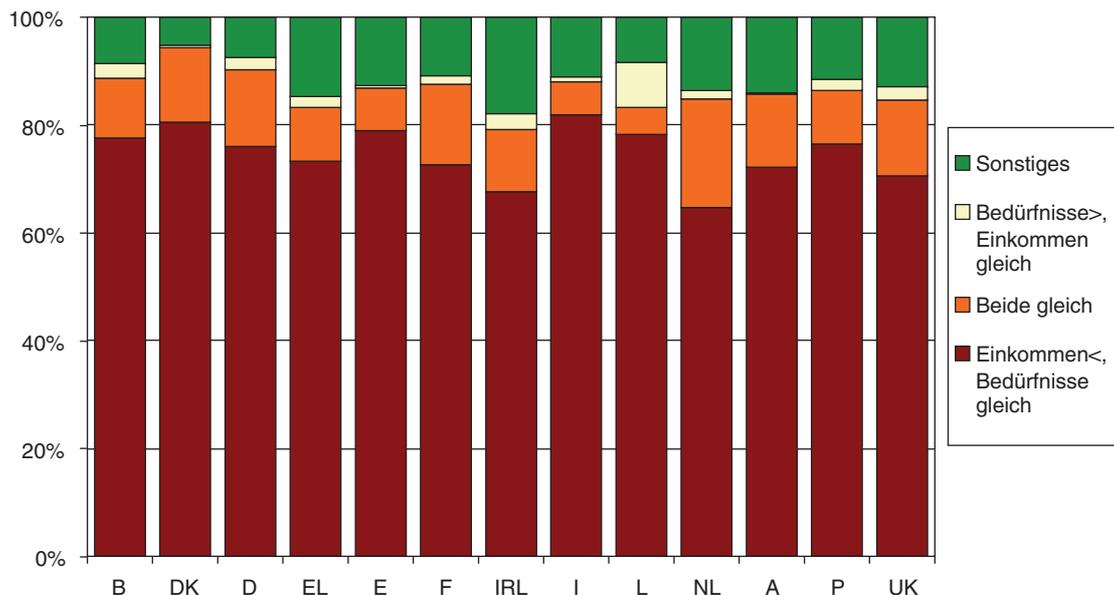
5.7. Übergänge in die Armutsgefährdung

Die Analysen im vorangegangenen Abschnitt beruhen auf einer allgemeinen Hypothese im Hinblick auf die Faktoren, die die Wahrscheinlichkeit der Armutsgefährdung erhöhen, beispielsweise manuelle Tätigkeit/soziale Schicht oder Ruhestand. Gleichwohl können bestimmte Veränderungen im Leben der Person oder in den Lebensumständen eines Haushalts durchaus auf direktem Wege in die Armutsgefährdung führen. Noch höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass Übergänge in die Armutsgefährdung die Folge einer Verkettung von Ereignissen sind. Beispielsweise kann eine Person von Armut betroffen sein, weil das Haushaltseinkommen sank, was wiederum darauf zurückzuführen war, dass die Anzahl der erwerbstätigen Personen im Haushalt zurückging. Im Übrigen kann diese Entwicklung auch durch eine Trennung oder Scheidung der verheirateten Partner im Haushalt und durch den Wegfall eines erwachsenen Erwerbstätigen ausgelöst werden³⁵.

In diesem Abschnitt geht es um die Untersuchung der Auswirkungen derartiger Veränderungen. Zu diesem Zweck verlagern wir den Schwerpunkt von Personen auf „Übergänge“, d. h., es wird untersucht, ob eine Person aus einem Zustand ohne Armutsgefährdung in eine Situation mit entsprechendem Risiko wechselt. Anhand der getroffenen Personenauswahl und der Untersuchung der Haushaltsmerkmale kann man ermitteln, ob eine Veränderung der betreffenden Merkmale zum Zeitpunkt Jahr $t+1$ im Jahr t zu einem Anstieg der Wahrscheinlichkeit des Übergangs in die Armutsgefährdung führte. Da die mit Übergängen zusammenhängenden Faktoren komplex sein können, sind mehrdimensionale Methoden am besten geeignet, um verschiedene Merkmale zu berücksichtigen und zugleich auch den Einfluss bestimmter Veränderungen in den Umständen zu untersuchen. Auch hier gilt: Angesichts der Probleme beim Umgang mit wegen der Zahl der Länder und der erforderlichen Variablen großen Informationsmengen analysieren wir lediglich Übergänge in die und aus der Armutsgefährdung, wobei 70 % des Medianeinkommens als Armutsgefährdungsgrenze gewählt werden.

Ebenso wie für die Analysen im vorangegangenen Abschnitt nutzen wir die grobe Unterscheidung zwischen Faktoren, die das Ausmaß des „Bedarfs“ des Haushalts beeinflussen, und jenen, die mit der Höhe der

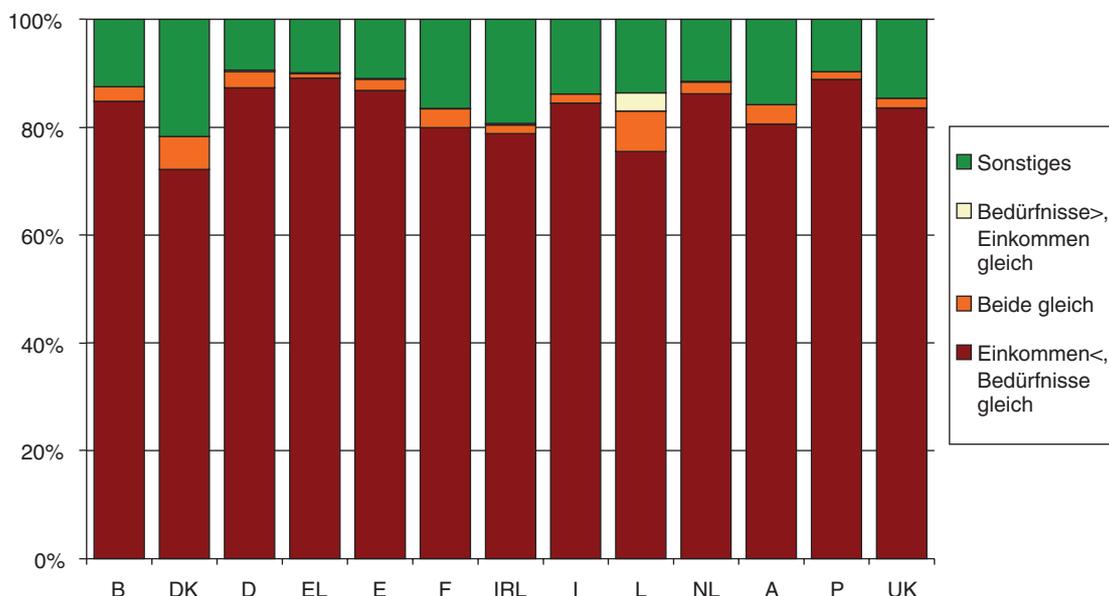
Abb. 5.14. Anteil der Zugänge zur Armutsgefährdung aufgrund sinkender Einkommen oder steigender Bedürfnisse 1994-1996



³⁵ Erschwerend kommt hinzu, dass selbst bei unveränderten individuellen Merkmalen bzw. Haushaltsmerkmalen oder sogar bei einem Anstieg des Einkommens ein Haushalt aufgrund des relativen Charakters der Armutsgefährdungsgrenze unter Umständen als armutsgefährdet einzustufen ist bzw. aus dem Kreis der Armutsgefährdeten ausscheidet, weil sich die Einkommensverteilung und damit die Armutsgefährdungsgrenze verschoben hat.

„Ressourcen“ zusammenhängen. Allerdings bedienen wir in diesem Fall der grundlegendsten Maße für diese Begriffe, d. h. der jeweiligen Haushaltsgröße (also der gewichteten Personenzahl) zur Darstellung der Bedürfnisse und der Einkommenshöhe zur Darstellung der Ressourcen. An den Anfang der Untersuchung stellen wir die folgende allgemeine Frage: Sind Übergänge in die und aus der Armutgefährdung enger mit den Bedürfnissen oder den Ressourcen verknüpft?

Abb. 5.15. Anteil der Abgänge aus der Armutgefährdung aufgrund steigender Einkommen oder sinkender Bedürfnisse 1994-1996



Zwecks Beurteilung dieser Frage werden in Abbildung 5.14 die Anteile derjenigen dargestellt, die in den Zustand der Armutgefährdung übergehen und dabei folgende Erfahrungen machen:

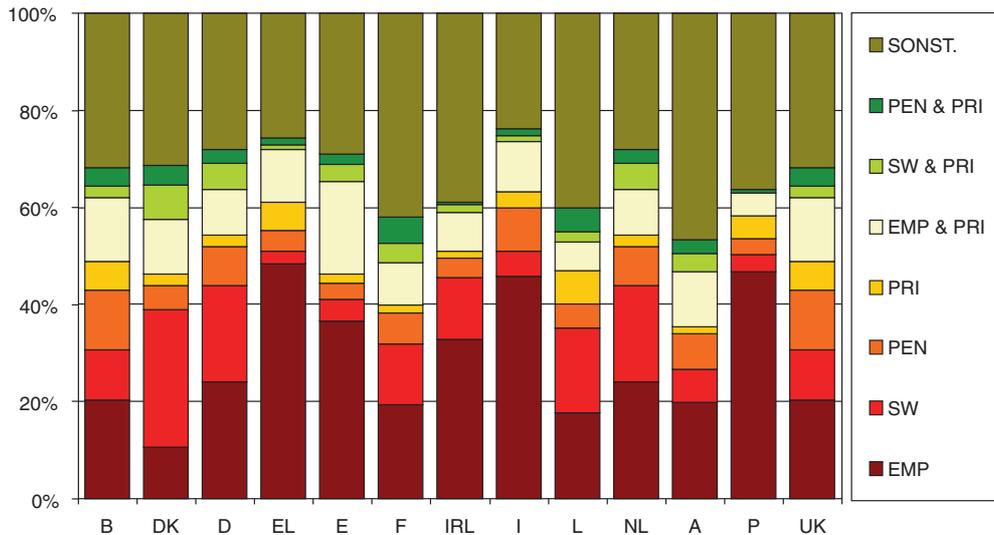
- keinerlei Veränderungen in Bezug auf Einkommen oder Bedürfnisse,
- steigende Bedürfnisse bei gleich bleibendem Einkommen,
- sinkendes Einkommen bei gleich bleibenden Bedürfnissen,
- „Sonstiges“.

Aus Abbildung 5.15 sind dagegen die Anteile derjenigen ersichtlich, die aus dem Kreis der Armutgefährdeten ausscheiden, wobei das Augenmerk in diesem Fall auf steigende Einkommen und abnehmende Bedürfnisse gerichtet ist³⁶.

Abbildung 5.14 zeigt recht deutlich, dass nur sehr wenige Armutgefährdete wegen steigender Bedürfnisse in diese Lage gerieten. Der Grund für den Übergang in die Armutgefährdung war bei der überwiegenden Mehrheit ein sinkendes Einkommen bei gleich bleibenden bzw. bei nicht entsprechend dem Einkommensrückgang sinkenden Bedürfnissen. Die Schwankungsbreite reicht von mehr als 80 % in Dänemark und Italien bis zu 65 % in den Niederlanden; in elf von dreizehn Fällen beträgt der Anteil jedoch über 70 %. Dies bedeutet, dass Übergänge in die Armutgefährdung wahrscheinlich am ehesten durch auslösende Momente zu erklären sind, die einen Einkommensrückgang bewirken.

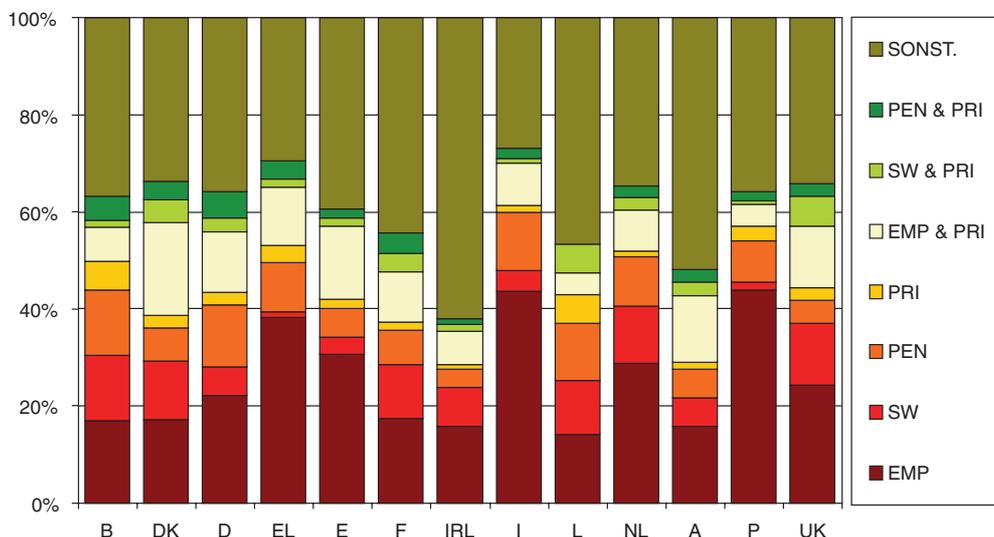
Wie Abbildung 5.15 zeigt, hängen Abgänge aus der Armutgefährdung tendenziell ebenfalls mit Veränderungen der Einkommenshöhe zusammen, während Änderungen in Bezug auf das Niveau der Bedürfnisse in allen Ländern außer Luxemburg nur einen Bruchteil aller Abgänge aus der Armutgefährdung ausmachen.

⁽³⁶⁾ Bei der Bewertung von Einkommensveränderungen gingen wir von einer Fehlergrenze von 10 Prozent aus; demnach trat eine Veränderung nur ein, wenn das Haushaltseinkommen um mehr als 10 Prozent stieg oder fiel. Dies ist einer der Gründe für das Vorhandensein der Kategorie „Beide gleich“ in den Balken dieser beiden Abbildungen.

Abb. 5.16. Einkommensarten rückläufig beim Zugang zur Armutsgefährdung 1994-1996


In Anbetracht der Tatsache, dass in erster Linie sinkende Einkommen für den Großteil der Übergänge in die Armutsgefährdung verantwortlich sind, stellt sich die Frage, welche Arten von Einkommenseinbußen eher in Betracht zu ziehen sind. Aus Abbildung 5.16 sind die Anteile derjenigen ersichtlich, die in den Zustand der Armutsgefährdung übergehen, weil bestimmte Einkommensarten sinken, darunter Einkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Erwerbstätigkeit (EMP), Sozialhilfezahlungen (SW), Rentenzahlungen (PEN) sowie private Transfers und Kapitalerträge (PRI). Offenbar sind Einbußen beim Einkommen aus bezahlter Arbeit in der Regel der Hauptgrund für eine Zunahme der Armutsgefährdung, wobei allerdings der Anteil von 11 % in Dänemark bis zu 48 % in Griechenland reicht. Noch interessanter ist jedoch das eindeutige Gefälle zwischen nord- und südeuropäischen Ländern, wobei die Veränderungen bei den Arbeitseinkommen in Südeuropa eine größere Rolle spielen. Andererseits verkehrt sich das Bild ins Gegenteil, wenn man die Auswirkung von Veränderungen im Bereich des Einkommens aus Sozialtransfers (ohne Renten) betrachtet. Ein Rückgang des Einkommens aus sozialen Transferleistungen (ohne Renten) ist in Dänemark in 28 %, in Griechenland hingegen nur in 3 % der Fälle die Ursache für den Übergang in die Armutsgefährdung. Dies überrascht jedoch angesichts des geringen Anteils von Empfängern sozialer Transferleistungen in den Ländern Südeuropas nicht.

In Abbildung 5.17 sind die Ergebnisse in Bezug auf Abgänge aus der Armutsgefährdung dargestellt. Für diesen Bereich ergibt sich ein ähnliches Bild. Der Anteil derjenigen, die aufgrund einer Erhöhung des Arbeitseinkommens aus dem Kreis der Armutsgefährdeten ausscheiden, reicht von 14 % in Luxemburg bis zu 44 % in Italien. Im Bereich der Sozialhilfezahlungen wird für Griechenland ein Anteil von 1 %, für Belgien und das Vereinigte Königreich ein Wert von 13 % ermittelt.

Abb. 5.17. Einkommensarten steigend beim Abgang aus der Armutsgefährdung 1994-1996


Aus den vorstehenden Abbildungen geht hervor, dass Übergänge in den Zustand der Armutsgefährdung und Zunahmen der Armutsgefährdung in der Regel durch Einkommensrückgänge und nicht durch Steigerung der Bedürfnisse des Haushalts bedingt sind. Darüber hinaus ist ein sinkendes Arbeitseinkommen höchstwahrscheinlich der Grund für einen Anstieg des Armutsrisikos. Das Arbeitseinkommen kann aus mehreren Gründen sinken, doch dürften Übergänge aus der Beschäftigung in die Arbeitslosigkeit oder Nichterwerbstätigkeit eine zentrale Rolle spielen. Zwecks besserer Veranschaulichung der unmittelbaren Auswirkung dieser Arten von Übergängen nahmen wir Schätzungen zweier logistischer Regressionen vor, und zwar einerseits in Bezug auf den Zugang zur Armutsgefährdung und andererseits im Hinblick auf den Abgang, anhand deren eine Reihe von Kovariablen wie Land, Alter, Geschlecht und Erwerbsstatus des Haushaltsvorstands, das Jahr des Übergangs (1994/95 bzw. 1995/96) sowie die Anzahl der Kinder und Erwachsenen berücksichtigt wird. Die Ergebnisse dieser Gleichungen sind in den Abbildungen 5.18 bis 5.20 in Form von „Wahrscheinlichkeiten“ für bestimmte Veränderungen dargestellt, die den Übergang in den bzw. den Abgang aus dem Zustand der Armutsgefährdung bewirken (dabei bedeutet eine Wahrscheinlichkeit von mehr als 1,0 ein höheres Risiko als die Bezugs-kategorie).

Abb. 5.18. Wahrscheinlichkeiten des Zugangs und Abgangs bei einer Armutsgefährdungsgrenze von 70% des Medianeinkommens wg. Änderung des Beschäftigungsstatus 1994-1995

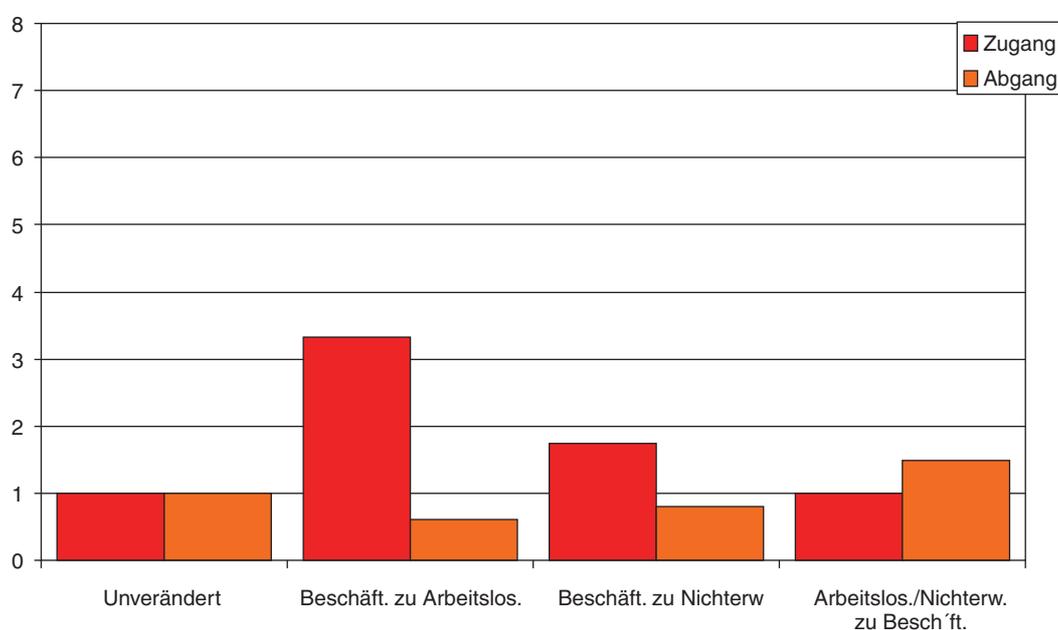
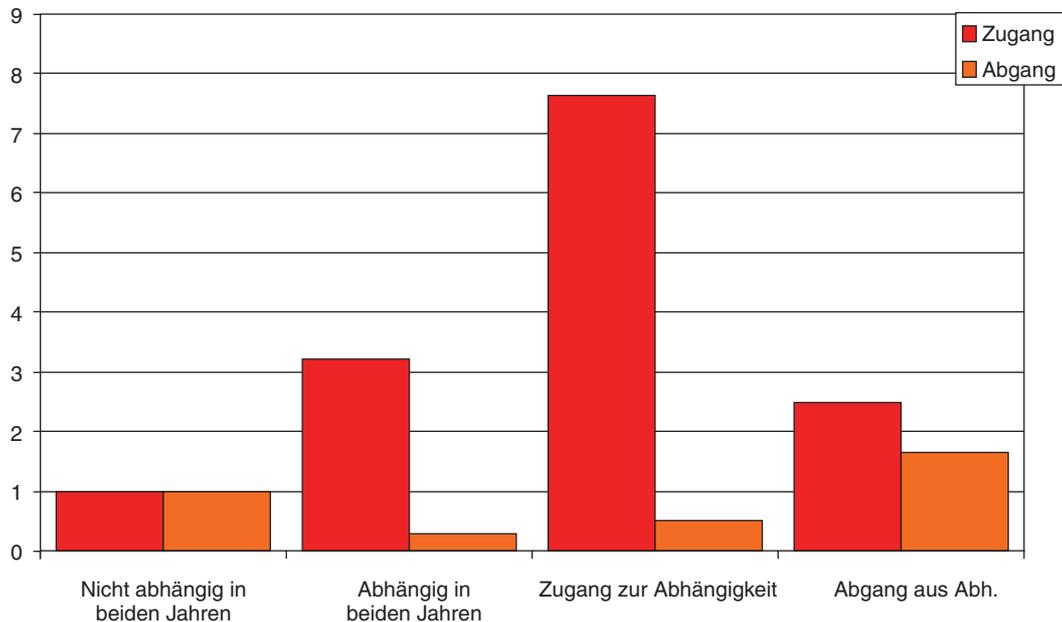


Abbildung 5.18 zeigt, dass Übergänge von der Erwerbstätigkeit in die Arbeitslosigkeit oder Nichterwerbstätigkeit wahrscheinlich eher in die Armutsgefährdung führen als eine unveränderte Position des Haushaltsvorstands oder eine Wiedereingliederung in die Erwerbsbevölkerung. Was die Überprüfung des Erwerbsstatus des Haushaltsvorstands im Jahr t anbelangt, ist aus Abbildung 5.18 ersichtlich, dass bei einem Wechsel aus der Beschäftigung in die Arbeitslosigkeit die Wahrscheinlichkeit des Zugangs zur Armutsgefährdung fast 3,3 Mal größer ist und die Wahrscheinlichkeit des Abgangs um 40 % sinkt. Bei einem Übergang in die Nichterwerbstätigkeit steigt die Armutsgefährdung auf das 1,7fache, und die Abgangswahrscheinlichkeit sinkt um 20 %. Umgekehrt bewirkt ein Wechsel aus der Arbeitslosigkeit oder Nichterwerbstätigkeit in eine Beschäftigung eine 1,5-mal höhere Wahrscheinlichkeit des Abgangs aus der Armut.

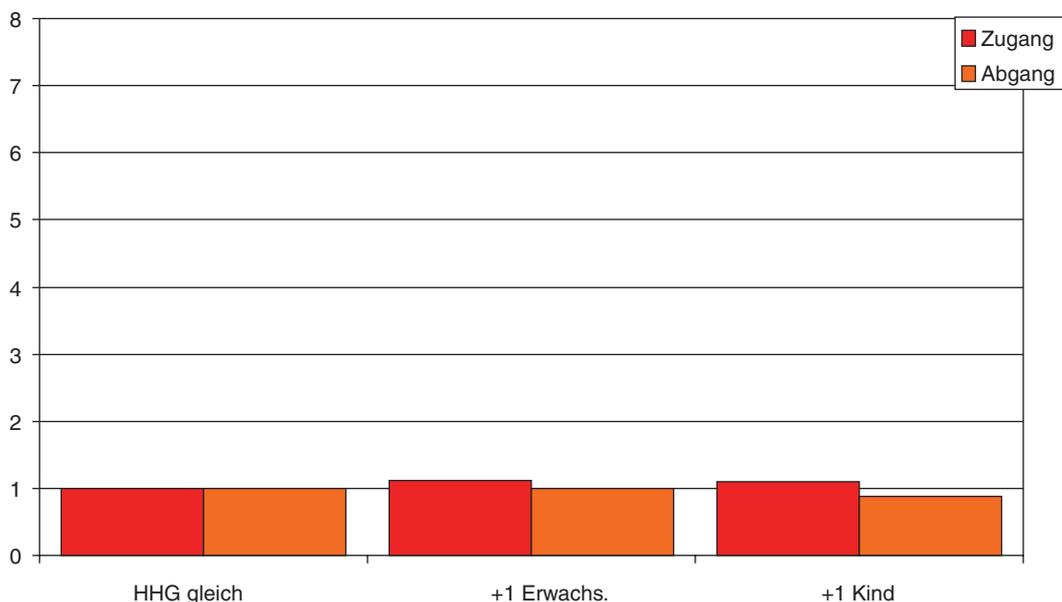
Wenn keine anderen Einkommensquellen vorhanden sind, führen Übergänge in die Arbeitslosigkeit bzw. Nichterwerbstätigkeit zur Abhängigkeit von Sozialtransfers in Form der Sozialhilfe. Da diese Zahlungen in der Regel niedriger sind als das Arbeitseinkommen, steigt in vielen Fällen das Armutsrisiko. In Abbildung 5.19 ist dieser Effekt erkennbar; darin wird der Einfluss von Veränderungen in der Abhängigkeit des Haushalts von Sozialleistungen auf die Wahrscheinlichkeit des Übergangs in den bzw. des Abgangs aus dem Zustand der Armutsgefährdung dargestellt.

Abb. 5.19. Wahrscheinlichkeiten des Zugangs und Abgangs bei einer Armutsgefährdungsgrenze von 70% des Medianeinkommens nach Veränderung in der Abhängigkeit von Sozialleistungen 1994-1995



Erwartungsgemäß steigt bei einer Abhängigkeit von Sozialleistungen in beiden Jahren die Wahrscheinlichkeit des Zugangs zur Armut und sinkt die Wahrscheinlichkeit der Überwindung dieses Zustands. Am interessantesten ist jedoch die Feststellung, dass die Wahrscheinlichkeit des Übergangs in die Armutsgefährdung massiv auf 7,6 ansteigt, wenn der Haushalt in die Abhängigkeit von Sozialleistungen gerät. Andererseits führt dieser Übergang dazu, dass die Wahrscheinlichkeit, künftig nicht mehr armutsgefährdet zu sein, um 50 % abnimmt. Ist ein Haushalt nicht mehr abhängig, so bedeutet die bisherige Abhängigkeit von der Sozialhilfe oder ein zuvor niedriges Einkommen, dass die Wahrscheinlichkeit 2,4-mal größer ist als bei denjenigen, die zu keinem Zeitpunkt auf Sozialtransfers angewiesen waren, wenngleich die Wahrscheinlichkeit des Abgangs aus dem Zustand der Armutsgefährdung um 160 % zunimmt.

Abb. 5.20. Wahrscheinlichkeiten des Zugangs und Abgangs bei einer Armutsgefährdungsgrenze von 70% des Medianeinkommens nach Veränderung in der Haushaltsgröße (HHG) 1994-1995



Zum Schluss untersuchen wir in diesem Abschnitt den Einfluss einer veränderten Haushaltsgröße auf Zugänge zur und Abgänge aus der Armut. Abbildung 5.20 zeigt, wie sich ein zusätzlicher Erwachsener bzw. ein weiteres Kind auf die Wahrscheinlichkeit des Zugangs zum bzw. des Abgangs aus dem Zustand der Armutsgefährdung auswirkt. In beiden Fällen nimmt die Wahrscheinlichkeit des Übergangs in die Armut zu. Der Einfluss der Haushaltsgröße kommt absolut nicht so stark zum Tragen wie Einkommensveränderungen. Ein zusätzlicher Erwachsener führt zu einer Erhöhung des Armutsrisikos um 12 %, bei einem weiteren Kind sind es 9 %. Offenbar führt das Hinzukommen eines Erwachsenen jedoch nicht zu einer abnehmenden Wahrscheinlichkeit der Armutsgefährdung, wohingegen ein weiteres Kind deutlich negativ zu Buche schlägt, d. h., die Wahrscheinlichkeit des Übergangs nimmt ab.

5.8. Fazit

In diesem Kapitel haben wir das längsschnittliche Element des ECHP benutzt, um die Dynamik der Einkommensarmut zu untersuchen. Dieser Analyse kommt entscheidende Bedeutung zu, denn die Armutsgefährdung ist kein unveränderliches Phänomen. Sie wirkt sich je nach Dauer des Zustands recht unterschiedlich auf Einzelpersonen und Haushalte aus. Dasselbe gilt für die Auswirkungen auf die Anhäufung bzw. Verknappung von Ressourcen.

Im Zusammenhang mit der Ermittlung des Anteils der Personen, die im Zeitraum von 1993 bis 1996 mindestens ein Jahr lang armutsgefährdet waren, stellten wir fest, dass knapp zweimal mehr Menschen entsprechende Erfahrungen hatten, als aufgrund der querschnittlichen Zahlen zu vermuten wäre, wobei der Unterschied in Deutschland weniger stark ausgeprägt ist und die Rückgänge deutlicher ausfallen, je großzügiger die Armutsgefährdungsschwelle gewählt wird. Dennoch steht fest, dass Erfahrungen mit der Armutsgefährdung wesentlich weiter verbreitet sind, als man aus den querschnittlichen Armutsgefährdungsquoten schließen würde.

Dies bedeutet nun aber nicht, dass die Gefahr der Einkommensarmut gleichmäßig in der Bevölkerung verteilt ist. Unsere Untersuchungen deuten vielmehr darauf hin, dass eine kleinere Gruppe stärker belastet ist. Zudem ist der Anteil der Menschen, von denen wir annehmen, dass sie dauerhaft bzw. langfristig armutsgefährdet sind, eigentlich deutlich größer als tatsächlich festgestellt. Diese ungleiche Verteilung des Armutsrisikos gilt nicht gleichermaßen für alle Länder. Während in Frankreich der Anteil der ein Jahr lang Armutsgefährdeten und der Anteil dieser Gruppe an der Gesamtzahl der Jahre unverändert ungefähr 10 % beträgt, haben die 12 % der Personen, die vier Jahre lang armutsgefährdet sind, einen Anteil von 53 % an allen Jahren mit Armutsrisiko. Dies lässt den eindeutigen Schluss zu, dass eine bestimmte Gruppe erheblich stärker von Armut bedroht ist. In Bezug auf den Grad der dauerhaften Armutsgefährdung liegen Portugal und Irland nahe bei Frankreich. Die Situation in diesen drei Ländern steht im Gegensatz zur Lage in Dänemark, wo einzelne Jahre mit Armutsgefährdung einen Anteil von 20 % am Armutsrisiko insgesamt und von etwa 33 % an der dauerhaften Armutsgefährdung haben.

Im Zuge der Untersuchung der Abgangs- und Wiedereintrittsquoten wurde teilweise die Dynamik veranschaulicht, die Auslöser dieser dauerhaften Armutsgefährdung ist. Zu diesem Zweck wurde nachgewiesen, dass die Wahrscheinlichkeit des Abgangs aus dem Zustand der Armutsgefährdung in den meisten Ländern im Zeitverlauf rasch abnimmt. Selbst im ersten Jahr verzeichnen Portugal, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Irland niedrige Abgangsquoten, die überdies schnell sinken. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit des Verbleibs im Zustand der Armut. Im Gegensatz dazu weisen Dänemark und die Niederlande 1993 die höchsten Abgangsquoten auf, die anschließend nur noch unwesentlich sinken.

Die Aufschlüsselung nach Haushaltsmerkmalen ergab, dass Menschen, deren Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt eingeschränkt oder die bedürftiger sind, am stärksten von dauerhafter Armut bedroht sind. Diese Feststellung trifft auf alle Länder zu, wobei ein sehr strukturiertes Muster zutage tritt. Schließlich beobachteten wir, dass diesbezügliche Veränderungen als Auslöser für eine Zunahme der Gefahr der Einkommensarmut eine größere Rolle spielen. In der Regel sind dies Veränderungen bei den Einkommen der Haushaltsmitglieder aus unselbständiger oder selbständiger Erwerbstätigkeit. Die Untersuchung des Einflusses von Übergängen des Haushaltsvorstands in die Arbeitslosigkeit oder Nichterwerbstätigkeit ergab in vielen Fällen ein Absinken unter die Armutsgefährdungsgrenze.

6. Nichtmonetäre Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung

In diesem Kapitel werden die nichtmonetären Indikatoren der Benachteiligung in der Lebensführung untersucht. Wir beginnen diese Analyse aus der Querschnittsperspektive in einer ähnlichen Art und Weise wie bei Kapitel 4 über die Einkommensarmut, indem wir globale Vergleiche anstellen und über die kausalen Sequenzen und Risikogruppen berichten. Anschließend erfolgt die Analyse aus der Längsschnittperspektive wie in Kapitel 5, wobei sie sich auf dauerhafte und vorübergehende Formen der Benachteiligung in der Lebensführung und ihre sozio-ökonomischen Profile konzentriert.

6.1. Wahl der Indikatoren

Zur Beschreibung des Lebensstandards von Haushalten und Personen kann neben der Höhe des Geldeinkommens eine Reihe von Indikatoren herangezogen werden, unter anderem die Wohnverhältnisse, die Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern, die allgemeine finanzielle Lage, das Empfinden von Entbehrungen, Erwartungen, Normen und Werte.

Bezieht man das Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP) ein, steht eine Reihe weiterer Variablen für die Analyse zur Verfügung. Diese Indikatoren betreffen die Haushaltsausstattung, das Vermögen, sich langlebige Güter leisten zu können, Probleme mit der Unterkunft sowie subjektive Variablen des Empfindens von Entbehrungen. Im ersten Sozialbericht³⁷ wurden von Dirven *et al* etwa 40 ECHP-Indikatoren analysiert, mit denen man die Benachteiligung in der Lebensführung wahrscheinlich umfassend beschreiben kann. Dazu zählen "objektive" Indikatoren (Vorhandensein einer Grundausstattung, Auto, Wohnverhältnisse usw.), "subjektive" Indikatoren (Fragen zur Zufriedenheit, Fragen zu wirtschaftlichen Belastungen oder Fragen zur Gesundheit usw.) sowie Indikatoren zu sozialen Beziehungen (wie Mitgliedschaft in formellen Netzwerken und Zugang zu informellen Netzwerken).

Von diesen Indikatoren wurde eine große Gruppe für die Analyse in diesem Bericht herangezogen. Die Auswahl erfolgte anhand verschiedener Kriterien, die mit der erwarteten Relevanz, Klarheit, Verfügbarkeit und vor allem mit der Vergleichbarkeit der betreffenden Positionen in allen Mitgliedstaaten im Zusammenhang stehen. Zum Beispiel wurde eine Position (ein Gebrauchsgut, eine Einrichtung, ein Problem usw.) nicht aufgenommen, wenn sie in den meisten Ländern selten war oder wenn in mehreren Ländern die Daten fehlten. Solche Positionen (wie "Vorhandensein einer Zweitwohnung") wurden ausgelassen, weil die Frage, ob ihr Nichtvorhandensein als verstärkte Benachteiligung oder einfach als Frage der Verbraucherentscheidung zu werten ist, nicht zweifelsfrei geklärt werden konnte. Ebenso schienen Positionen wie das Vorhandensein einer Zentralheizung in der Wohnung eher Ausdruck für die klimatischen Unterschiede zwischen den EU-Ländern als für das sozio-ökonomische Gefälle zu sein, um das es in der vorliegenden Analyse an erster Stelle geht. Einige Positionen wie die subjektive Einschätzung des allgemeinen Gesundheitszustandes einer Person bzw. die geäußerte Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der Arbeit und des Lebens schienen zu anderen Variablen in einigen Ländern in keiner konsistenten Beziehung zu stehen. Ähnlich sieht es beim Indikator über formelle soziale Beziehungen aus. In Nordeuropa gibt es viele zivilgesellschaftliche Organisationen (und folglich weit mehr Befragte, die angeben, sie seien Mitglied solcher Organisationen) als in Südeuropa. In den südeuropäischen Ländern vollziehen sich die sozialen Kontakte viel stärker auf informellem Wege. Bei jeder Analyse, mit der der Grad der Assoziation zwischen sozialen Beziehungen und – sagen wir – der allgemeinen Zufriedenheit mit der Gesundheit, Arbeit und anderen Aspekten des Lebens untersucht werden soll (um festzustellen, wie relevant soziale Isolation für das Verstehen sozialer Ausgrenzung ist), müssen diese absoluten Struktur und Gesellschaftsunterschiede berücksichtigt werden.

Maßgeblich bei der Auswahl der einzelnen Positionen für die Analyse war demzufolge die Beantwortung der Frage, wie aussagefähig sie in einer vergleichenden Analyse wären, wobei wir uns auf eine eingehende Untersuchung der Schwankungen in der Häufigkeitsverteilung in allen Ländern und auf Hintergrundwissen über die Situation in den einzelnen Ländern stützten. Im Allgemeinen bestand das Herangehen darin, lieber eine Vielzahl sogenannter "objektiver" Indikatoren über die Benachteiligung in der Lebensführung heranzuziehen, wie den Besitz an materiellen Gütern und Einrichtungen sowie physische Lebensbedingungen, statt sogenannte "subjektive" Indikatoren wie die eigene Einschätzung des allgemeinen Gesundheitszustandes, wirtschaftlicher Härten und der sozialen Isolation oder den zum Ausdruck gebrachten Grad der Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der Arbeit und des Lebens.

Auf der Grundlage der vorstehenden Betrachtungen wurden die folgenden 24 nichtmonetären Positionen aus dem ECHP als Indikatoren für die Benachteiligung in der Lebensführung in die Analyse einbezogen. Tabelle

⁽³⁷⁾ Eurostat (2000) a.a.O.

A6.1 in Anhang 3 dieses Berichts gibt Auskunft über die länderspezifische Verteilung der ausgewählten 24 Einzelpositionen aus der ECHP-Erhebungswelle 4 (1997).³⁸

Erzwungener Verzicht auf als erstrebenswert geltende Güter

Die folgenden sechs Positionen sprechen für einen erzwungenen Verzicht auf langlebige Gebrauchsgüter, die allgemein als erstrebenswert gelten. Die Befragung fand nach folgendem Schema statt:³⁹ Für jeden Haushalt wurde ermittelt, ob der entsprechende Gegenstand in seinem Besitz ist/ihm zu Verfügung steht, und wenn nicht, wurde eine Anschlussfrage gestellt, um festzustellen, ob das darauf zurückzuführen war, dass er sich diesen Gegenstand nicht leisten kann. Ein Haushalt wird nur dann als benachteiligt eingestuft, wenn er angibt, dass der Grund für das Nichtvorhandensein fehlende Ressourcen sind.

1. Pkw oder Lieferwagen
2. Farbfernsehgerät
3. Videorekorder
4. Mikrowellengerät
5. Geschirrspülmaschine
6. Telefon

Fehlende Grundausstattung der Wohnung

Drei Positionen betreffen fehlende Einrichtungen so grundlegender Art, dass man davon ausgehen kann, dass jeder Haushalt sie gern hätte:

7. Ein Badezimmer mit einer Badewanne oder einer Dusche
8. Ein WC innerhalb der Wohnung
9. Fließend Warmwasser

Wohnungsmängel und Probleme im Wohnumfeld

Eine weitere Gruppe von Positionen betrifft Wohnungsmängel und Probleme im Wohnumfeld, wobei unterstellt wird, dass Haushalte diese Schwierigkeiten vermeiden möchten. Dazu gehören die folgenden acht Positionen:

10. Platzmangel
11. Lärm von Nachbarn oder anderen Lärmquellen auf der Straße
12. Ungenügendes Tageslicht/die Wohnung ist zu dunkel
13. Ein undichtes Dach
14. Feuchte Wände, feuchte Fußböden, ein feuchtes Fundament usw.
15. Fäulnis in den Fensterrahmen oder in den Fußböden
16. Verschmutzung, Ruß oder andere Umweltprobleme aufgrund von Industrie oder Verkehr
17. Vandalismus oder Kriminalität in der Umgebung

Unvermögen, sich ganz grundlegende Dinge leisten zu können

Bei einigen Positionen wurden Elemente des Nichtvorhandenseins und der Erschwinglichkeit wie folgt in eine Frage aufgenommen: „Es gibt Dinge, die sich nicht alle Menschen leisten können, selbst wenn sie es gerne möchten. Darf ich mal nachfragen, ob Ihr Haushalt sich das Folgende leisten kann, wenn Sie es möchten.“ Die folgenden sechs Positionen wurden in dieser Art im ECHP ausgewiesen:

18. Die Wohnung (die verbreitetste Unterkunft der Haushalte) angemessen warm zu halten
19. Mindestens für eine Woche pro Jahr Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen
20. Alte, abgewohnte Möbel durch neue zu ersetzen
21. Sich neue, qualitativ gute Kleidung zu kaufen, statt Secondhand- oder Billigware
22. Mindestens jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch zu essen
23. Mindestens einmal pro Monat Freunde oder Verwandte auf einen Drink oder zu einem Essen einzuladen

³⁸) Die Tabelle zeigt eindeutig, dass ein vollständiger Vergleich der Verteilung dieser Variablen zwischen den Ländern unmöglich ist. So gibt es zum Beispiel in Griechenland zu der Frage: „Haben Sie in Ihrer Wohnung fließend Warmwasser?“ einen sehr hohen Anteil (71 %) negativer Antworten, d. h. hoch auch verglichen mit anderen südeuropäischen Ländern. Bei der Frage „Besteht in Ihrer Wohnung Platzmangel?“ spielen offenbar länderspezifische kulturelle Unterschiede eine Rolle. In den vier südeuropäischen Ländern ist die Antwort „Ja“ viel verbreiteter als in den anderen Ländern. Es ist zu bezweifeln, dass die Höhe dieses Unterschieds den realen Unterschieden in der Angemessenheit des den Haushalten zur Verfügung stehenden Wohnraums entspricht. Im Gegensatz dazu sind Fragen beispielsweise zur Verfügbarkeit langlebiger Gebrauchsgüter viel aussagekräftiger und länderübergreifend viel besser vergleichbar. Allerdings können auch in diesem Falle kulturell bedingte Unterschiede auftreten, denn der Nichtbesitz bestimmter Güter ist womöglich nur die Folge eines anderen Kaufverhaltens.

³⁹) Verwendet von Mack, J. und Lansley, G. (1985), *Poor Britain*, Allen & Unwin, London.

Unfähigkeit, finanziellen Verpflichtungen nachzukommen

Die letzte Position (die sich auf drei gesonderte Variablen in der ECHP-Benutzerdatenbank gründet) betrifft Zahlungsrückstände bei:

24. Zahlung und/oder Tilgung von Hypotheken, Rechnungen von Versorgungsunternehmen oder Ratenzahlungen.

Ein Haushalt gilt im Sinne dieser Position als benachteiligt, wenn er irgendwann in den letzten zwölf Monaten bei der Zahlung und/oder Tilgung von Hypotheken, Rechnungen von Versorgungsunternehmen oder Ratenzahlungen in Zahlungsrückstand geraten ist.

6.2. Ermittlung der zugrunde liegenden Dimensionen

Obwohl die oben angeführte umfangreiche Gruppe von Indikatoren zusammengenommen ein umfassendes Bild von den Lebensbedingungen vermittelt, ist jeder einzelne Indikator für sich allein nur begrenzt für eine aussagekräftige Analyse der Benachteiligung und der sozialen Ausgrenzung innerhalb der Länder und länderübergreifend brauchbar. Diese Indikatoren sind zwar samt und sonders für die Analyse der sozialen Ausgrenzung relevant, doch bilden sie in der Regel Cluster, die begrifflich und empirisch unterschiedlichen Dimensionen bzw. Bereichen der Benachteiligung in der Lebensführung und der sozialen Ausgrenzung entsprechen. Eine Studie auf der Grundlage irischer Daten legt nicht nur nahe, dass unterschiedliche Dimensionen der Benachteiligung bestehen, sondern deutet auch darauf hin, dass sie unterschiedlich mit dem Einkommen zusammenhängen.⁴⁰ Diese Dimensionen lassen sich wiederum im geringeren oder größeren Maße zueinander und außerdem in verschiedenen Ländern nicht in gleicher Weise in Beziehung setzen. Es gilt deshalb zu beachten, wie die verschiedenen Positionen „zusammenhängen“. Die erste Stufe der Analyse der Benachteiligung in der Lebensführung besteht daher darin, die Positionen der Benachteiligung systematisch zu untersuchen, um herauszufinden, ob sie verschiedene Gruppen bzw. Cluster bilden.

Eine Vorgehensweise könnte darin bestehen, einen zusammenfassenden Index der Benachteiligung von allen 24 Positionen zu erstellen. Leider ist jedoch der Frage, wie Positionen Cluster bilden, und ob es sinnvoll ist, sie in einem einzigen Index zu verbinden, wenig Beachtung geschenkt worden, denn es kann zu irreführenden Schlussfolgerungen über die Bestimmungsfaktoren der Benachteiligung führen, wenn man eine derartige Dimensionalität unberücksichtigt lässt.

Bei der Analyse der irischen Daten (bei der eine etwas andere Gruppe von Positionen verwendet wurde, die sich aber mit der Gruppe in diesem Bericht überschneidet) wurden drei Dimensionen ermittelt, die als primäre, sekundäre und wohnungsbezogene Benachteiligung („basic, secondary and housing-related deprivation“) bezeichnet wurden.⁴¹ Der im konkreten Fall verwendete irische Datensatz enthielt mehr Positionen zu extremer Benachteiligung als das ECHP, welches wiederum eine viel breitere Palette von Positionen zu Benachteiligungen im Wohnungs- und Wohnumfeldbereich aufwies. Man könnte daher erwarten, dass zusätzlich zu den bei der früheren irischen Studie ermittelten primären, sekundären und allgemeinen wohnungsbezogenen Faktoren eine weitere Differenzierung der Probleme in Bezug auf die Wohnverhältnisse und die Umwelt nützlich wäre. Um diese Hypothese zu prüfen, führten wir eine konfirmatorische Faktoranalyse durch. Zur Festlegung der bevorzugten Lösung wurden im Anschluss Modelle für die EU-Länder als Ganzes mit solchen Modellen verglichen, die es gestatten, dass die Parameter von Land zu Land zu variieren.

Die Ergebnisse der konfirmatorischen Faktoranalyse zeigten eine konsistente Verbesserung der Übereinstimmung bei einer Reihe von Indizes, wenn man von der ursprünglichen Drei-Faktor- zur Fünf-Faktor-Lösung mit den zwei zusätzlichen Dimensionen bezüglich der Wohnungs- und Wohnumfeldprobleme überging. Zur Wahl der speziellen Form des Modells ist festzustellen, dass das eingeschränkte (und einfachere) Modell, bei dem die EU-Länder als Ganzes genommen werden, ebenso gut abschnitt wie das nicht eingeschränkte Modell, bei dem die Parameter von Land zu Land variieren konnten. Wir fahren daher auf der Grundlage der eingeschränkten nicht orthogonalen Fünf-Faktor-Lösung fort. Dabei ergeben sich die folgenden fünf Dimensionen für die nichtmonetäre Benachteiligung bzw. die Benachteiligung in der Lebensführung:

- Primäre Benachteiligung in der Lebensführung – Bezieht sich auf Positionen wie Nahrung und Bekleidung, Urlaub mindestens einmal pro Jahr, Ersatz verschlissener Einrichtungsgegenstände und Fristüberschreitungen bei fälligen Zahlungen (Dies entspricht den Positionen 18 bis 24 in der obigen Liste).

⁽⁴⁰⁾ Siehe Nolan, B. und Whelan, C. T. (1996), *Resources, Deprivation and the Measurement of Poverty*, Oxford, Clarendon Press.

⁽⁴¹⁾ Siehe Callan, T. u. a. (1993), „Resources Deprivation and the Measurement of Poverty“, *Journal of Social Policy*, Bd. 22, Nr. 2, S.141-172.

- **Sekundäre Benachteiligung in der Lebensführung** – Umfasst Positionen, die als weniger wichtig erachtet werden, z. B. Pkw, Telefon, Farbfernsehgerät, Videorekorder, Mikrowelle oder Geschirrspülmaschine (Dies entspricht den Positionen 1 bis 6).
- **Wohnungsausstattung** – Ausstattungsmerkmale wie das Vorhandensein von Bad oder Dusche, Innen-WC und fließendem Wasser, bei denen es sich um als wichtig erachtete Merkmale handelt (Dies entspricht den Positionen 7 bis 9).
- **Wohnungsmängel** – Mängel wie ein undichtes Dach, Nässe sowie Fäulnis in den Fensterrahmen oder in den Fußböden (Dies entspricht den Positionen 13 bis 15).
- **Probleme im Wohnumfeld** – Durch Lärm, Schmutz, Vandalismus sowie Platz- und Lichtmangel bedingte Probleme (Dies entspricht den Positionen 10 bis 12 sowie 16 und 17)⁴².

Der nächste logische Schritt besteht darin, eine Möglichkeit zu suchen, um die einzelnen Indikatoren (und damit die verschiedenen zugrunde liegenden Dimensionen) in einem einzigen zusammenfassenden Index des Grades der nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung zu kombinieren. Dazu wäre es notwendig, jeden einzelnen der 24 Indikatoren für die Lebensführung in den EU-Ländern zu gewichten. Über diese Gewichtung gibt Tabelle A6.2 in Anhang 3 dieses Berichts Auskunft. Die Methodik für diese Gewichtung wird in Kapitel 3 umrissen und in Anhang 2 ausführlicher beschrieben.

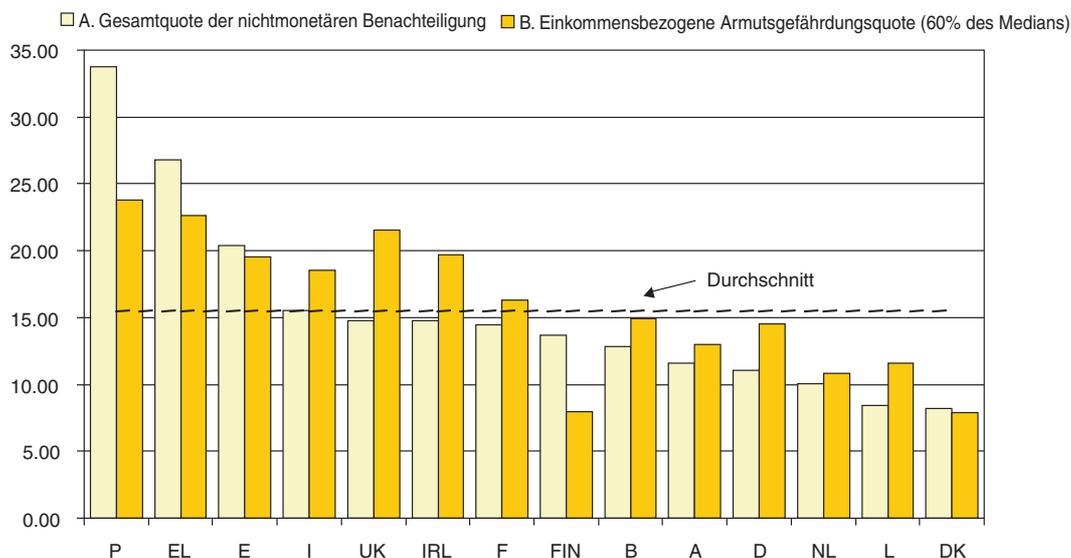
Ein solcher einziger Gesamtindex kann ein gutes Instrument für die Querschnitts und Längsschnittsanalyse der Benachteiligung in der Lebensführung innerhalb der Länder und länderübergreifend darstellen und das Bild, das sich allein aus der Untersuchung der einkommensbezogenen Armutsgefährdung ergibt, erheblich bereichern. Dabei ist jedoch zu beachten, dass es zu irreführenden Schlussfolgerungen über die Bestimmungsfaktoren der Benachteiligung führen kann, wenn man alle Informationen in einem einzigen Index zusammenführt und die verschiedenen zugrunde liegenden Dimensionen außer Acht lässt. Deshalb soll im Folgenden nicht nur über die Analyse anhand eines einzigen Indexes der Gesamtbenachteiligung in der Lebensführung berichtet werden, sondern auch über Analysen, die sich jeweils auf einen der oben genannten fünf Dimensionen beziehen.

6.3. Querschnittsanalyse der Benachteiligung

6.3.1. Index der gesamten nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung

Tabelle 6.1 zeigt den Gesamtindex der nichtmonetären Benachteiligung bzw. der Benachteiligung in der Lebensführung als gewichteten Durchschnitt des Fehlens einzelner Positionen und sein Verhältnis zum Maß der Einkommensungleichheit und Höhe. Dabei wird deutlich, dass sich die Benachteiligung in der Lebensführung mit steigender einkommensbezogener Armutsgefährdung erhöht und mit steigendem Einkommensniveau verringert. Insofern als in weniger reichen Ländern der EU in der Regel auch eine größere

Abb. 6.1. Quote der nichtmonetären Benachteiligung und der einkommensbezogenen Armutsgefährdung



⁽⁴²⁾ Weitere Diskussionen siehe Whelan, C.T. u. a. (2001), „Income, Deprivation and Economic Strain: An analysis of the European Community Household Panel“, *European Sociological Review*, 17, 4.357-372.

Einkommensungleichheit herrscht (eine Tatsache, der sich Kapitel 4 widmet), weist der Index der nichtmonetären Benachteiligung in der Lebensführung eine größere Schwankungsbreite zwischen den Mitgliedstaaten auf, wobei die Werte für Portugal und Griechenland besonders hoch sind.

Tatsächlich widerspiegelt der Benachteiligungsindex sowohl die relativen als auch die absoluten Dimensionen des Lebensstandards. Er ist insofern ein „absolutes“ Maß, als er den tatsächlichen Mangel an verschiedenen Gebrauchsgütern und Einrichtungen aufzeigt, auf die Einzelpersonen und Haushalte angewiesen sind. Allerdings wird die Bedeutung (statistisch gesehen: die Gewichtung) des Fehlens einer bestimmten Position im „relativen“ Kontext des Grades und der Verteilung des Mangels in der Bevölkerung des Landes betrachtet, zu der der Einzelne gehört. Dies kontrastiert zur einkommensbezogenen Armutsgefährdungsquote, die nur die relativen Verteilungsaspekte widerspiegelt, und zum mittleren bzw. medianen Einkommen, das nur die absolute Höhe widerspiegelt.

Tabelle 6.1. Quote der nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung im Vergleich zur einkommensbezogenen

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	UK	Durchschnitt
A. Gesamtquote der nichtmonetären Benachteiligung	13	8	11	27	20	14	15	16	8	10	12	34	14	15	15,5
B. Einkommensbezogene Armutsgefährdungsquote (60% des Medians)	15	8	15	23	20	16	20	19	12	11	13	24	8	22	15,5
C. Medianeinkommen (KKS x 1000)	13,7	13,7	13,2	7,3	7,9	11,9	9,7	9,2	19	12,1	13,3	6,5	10,5	13,2	11,5
D. Verhältnis B/C (skaliert)	11	6	11	30	24	13	20	20	6	9	9	36	7	16	15,5

Die Reihen A und D wurden skaliert, um den gleichen einfachen EU-15 Durchschnitt wie bei Reihe B zu erhalten.

Korrelation zwischen A und D.

Alle 14 Länder, für die Daten vorliegen 0,95

Einkommensbezogene Armutsgefährdungsquote (60% des nationalen Medians) 0,99

EU-15 (Reihe A gewichtet nach Einwohnerzahl des Landes) 15,0

Datenquellen: Sämtliche Daten stammen aus der Erhebung von 1997, mit folgenden Ausnahmen:

D und UK: Die Daten beziehen sich auf das ursprüngliche ECHP von 1996 für Reihe A und auf die nationalen Panels von 1997 für Reihe B.

L: Die Daten für die Reihen A und B beziehen sich auf die Stichprobe des ursprünglichen ECHP von 1996.

Besonders bemerkenswert an Tabelle 6.1 ist die Erkenntnis, dass der Index der nichtmonetären Benachteiligung stark mit dem Verhältnis zwischen der (einkommensbezogenen) Armutsgefährdungsquote und dem Medianeinkommen des Landes variiert. In der vierten Reihe der Tabelle wurde dieses Verhältnis auf das gleiche Niveau wie der Benachteiligungsindex in der ersten Reihe, d. h. auf den ungewichteten Durchschnitt von 15,5 für alle Länder, skaliert ausgewiesen. Beide Maße sind durch eine hohe Korrelation gekennzeichnet: sie beträgt 0,95 für die 14 Länder, für die Daten vorliegen, und erhöht sich auf 0,99 für die 10 Länder, die von den 14 übrigbleiben, wenn man die vier am stärksten abweichenden (Dänemark, Finnland, Irland und Italien) weglässt. Ein so hoher Grad der Übereinstimmung zwischen zwei verschiedenen Arten von Maßen, die unabhängig von unterschiedlichen Erhebungsfragen und anhand verschiedener statistischer Methodiken konzipiert wurden, spricht eindeutig für die Qualität und Konsistenz der ECHP-Daten.

6.3.2. Schwankung bei den Dimensionen der Benachteiligung

Tabelle 6.2 zeigt die Indizes der nichtmonetären Benachteiligung für 1997 getrennt für jede der fünf vorstehend aufgeführten Dimensionen: primäre und sekundäre Benachteiligung in der Lebensführung, mangelnde Wohnungsausstattung sowie Wohnungsmängel und Probleme im Wohnumfeld.

Tabelle 6.2. Index der nichtmonetären Benachteiligung: Schwankung nach Land und Dimension der Benachteiligung, 1997

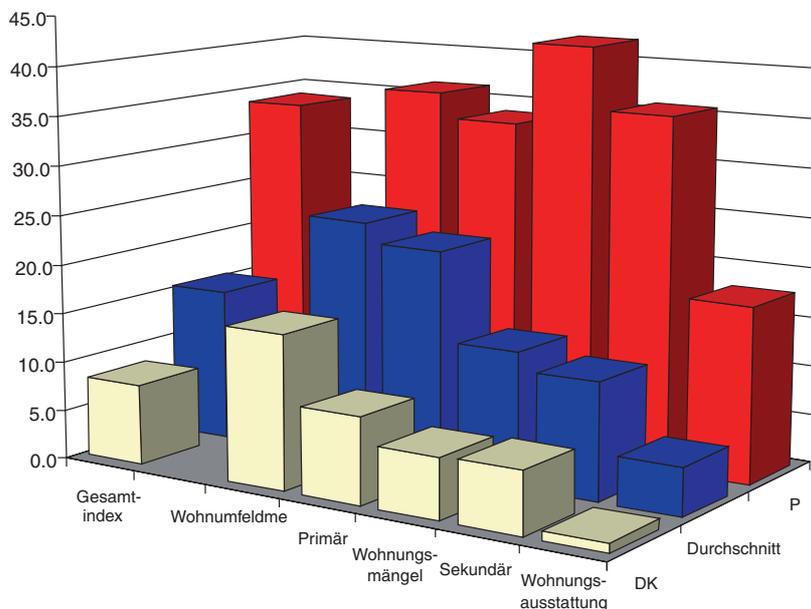
	6.2A. Benachteiligungsindex														
	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	UK	Durchschnitt EU-14
Gesamtindex	13	8	11	27	20	14	15	16	8	10	12	34	14	15	15,5
Index nach Dimension der Benachteiligung															
Wohnumfeld	23	16	22	26	33	26	19	33	18	23	17	36	25	28	24,6
Primär	16	9	13	60	29	21	20	28	12	11	16	34	26	22	22,6
Wohnungsmängel	13	6	7	19	19	16	11	7	9	12	10	42	5	15	13,5
Sekundär	7	6	9	23	17	7	16	11	4	4	9	36	7	10	11,8
Wohnungsausstattung	3	1	3	25	2	3	3	2	2	1	3	18	3	0	4,8

6.2B. Muster der Schwankung nach Dimension															
	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	UK	Durchschnitt EU-14
Gesamtmuster nach Land	0,83	0,53	0,72	1,73	1,32	0,94	0,95	1,01	0,55	0,65	0,75	2,18	0,89	0,95	1,00
Muster nach Dimension, im Vergleich zum EU-Durchschnitt															
Gesamt	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Wohnumfeld	1,06	1,10	1,14	0,57	0,94	1,03	0,75	1,22	1,22	1,31	0,85	0,62	1,08	1,11	1,00
Primär	0,86	0,74	0,85	1,57	0,99	1,00	0,94	1,26	1,03	0,74	0,95	0,70	1,32	1,06	1,00
Wohnungsmängel	1,15	0,88	0,78	0,81	1,11	1,27	0,84	0,52	1,18	1,34	0,98	1,46	0,44	1,23	1,00
Sekundär	0,81	1,09	1,15	1,18	1,19	0,68	1,48	0,98	0,66	0,53	1,13	1,48	0,70	0,94	1,00
Wohnungsausstattung	0,99	0,48	1,01	3,70	0,35	0,86	0,72	0,57	0,82	0,28	1,15	2,13	0,89	0,06	1,00

Die Zahlen in 6.2B zeigen das Muster der Schwankung für das jeweilige Land, im Vergleich zum Durchschnitt dieser Muster für alle Länder gemeinsam. Für D, UK und L beziehen sich die Daten auf die ursprünglichen ECHP-Erhebungen von 1996. Alle anderen Daten betreffen die Erhebungen von 1997.

Besonders zu beachten sind in Tabelle 6.2 die sehr hohen Werte für die primäre Benachteiligung in der Lebensführung in Griechenland, die Wohnungsmängel in Portugal und die mangelnde Grundausstattung der Wohnungen in diesen beiden Ländern. Dagegen fallen in den Niederlanden und im Vereinigten Königreich die gemeldeten Werte über die Benachteiligung aufgrund mangelnder Grundausstattung der Wohnungen sehr niedrig aus.

Abb. 6.2. Muster der nichtmonetären Benachteiligung



Mit Feld B der Tabelle soll das Schwankungsmuster für jede Dimension in den einzelnen Ländern verdeutlicht werden. Zunächst wurde das Schwankungsmuster für jede Dimension in jedem einzelnen Land gewonnen, indem das Verhältnis zwischen den Indizes der jeweiligen Dimensionen und dem Gesamtindex der Benachteiligung ermittelt wurde. Anschließend wurde das nationale Muster jeweils durch den Durchschnitt dieser Muster für alle EU-Länder geteilt. Die resultierenden Zahlen abstrahieren daher die Auswirkungen der Schwankungen sowohl in der Gesamthöhe für alle Länder als auch für alle Dimensionen auf EU-Ebene. Eine Zahl über 1,0 in der Tabelle gibt an, dass unter Berücksichtigung des Gesamtindex der Benachteiligung für das Land und gemessen am EU-weiten Gesamtmuster der Schwankung nach Dimension bei der betreffenden Dimension in dem Land eine größere Benachteiligung zu verzeichnen ist. Im Gegensatz dazu gibt eine Zahl unter 1,0 an, dass unter Berücksichtigung des Gesamtindex der Benachteiligung für das Land und gemessen am EU-weiten Gesamtmuster der Schwankung nach Dimension bei der betreffenden Dimension in dem Land eine geringere Benachteiligung vorhanden ist.

In einer Reihe von Ländern ist bei den Dimensionen eine ähnliche Struktur festzustellen wie in der EU-im Durchschnitt (in Feld B die Werte um 1,0): das trifft insbesondere für Österreich, Belgien und Deutschland und mit Ausnahme einer verhältnismäßig geringen Benachteiligung bei der Dimension Wohnungsausstattung auch für das Vereinigte Königreich und Dänemark zu.

In dieser relativen Hinsicht gehören zu den Dimensionen mit den höchsten Zahlen für die Benachteiligung:

- Die Grundausstattung der Wohnung in Griechenland und Portugal. Viel niedriger sind die relativen Werte in Spanien, Italien, Dänemark und, wie bereits festgestellt, in den Niederlanden und im Vereinigten Königreich.

- Aspekte der primären Benachteiligung in der Lebensführung in Griechenland und Finnland und zum Teil auch in Italien.
- Die durch Wohnungsmängel bedingte Benachteiligung ist den Angaben zufolge überdurchschnittlich in Portugal, Frankreich und im Vereinigten Königreich, in geringerem Maße auch in Luxemburg und Belgien.
- Die durch das Wohnumfeld bedingte Benachteiligung ist überdurchschnittlich in den Niederlanden, in Luxemburg und Italien, in geringerem Maße auch im Vereinigten Königreich und in Deutschland.
- Die sekundäre Benachteiligung in der Lebensführung ist relativ gesehen überdurchschnittlich in Irland und Portugal, gefolgt von Spanien und Griechenland, in geringerem Umfang auch in Deutschland.

6.3.3. Das soziale Profil der nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung

Die sozialen Profile der Benachteiligung, die sich aus dieser Analyse nichtmonetärer Aspekte ergeben, ähneln denen aus der Analyse der einkommensbezogenen Armutsgefährdung. Im Großen und Ganzen besteht der maßgebliche Unterschied darin, dass die sozialen Unterschiede bei den nichtmonetären Indikatoren im Allgemeinen weniger und oft deutlich weniger ausgeprägt sind.

Die Tabellen wurden wie folgt aufgebaut. Der Durchschnitt des Index der nichtmonetären Benachteiligung für Einzelpersonen in einer Gruppe ergibt ein Maß für die Situation der Gruppe. Das Verhältnis zwischen diesem und dem Benachteiligungsindex für die Bevölkerung als Ganzes liefert einen Indikator für die relative Position der Gruppe in der Bevölkerung. Ein Wert über 100 bedeutet, dass die betreffende Gruppe verglichen mit der Bevölkerung als Ganzes von einem höheren Grad der nichtmonetären Benachteiligung betroffen ist. Ein Wert unter 100 gibt an, dass die Gruppe im Verhältnis zu anderen recht gut dasteht. Tabelle 6.3 weist Ergebnisse nach Merkmalen bzw. sozialer Stellung des Haushalts und Tabelle 6.4 desgleichen nach Merkmalen bzw. soziale Stellung der Einzelperson aus.

Tabelle 6.3. Index der relativen nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung nach sozialer Stellung des Haushalts 1997 im Vergleich zum Benachteiligungsindex für die Bevölkerung des jeweiligen Landes als Ganzes

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	UK	Durchschnitt	EU-14
Gesamtbenachteiligungsindex auf nationaler Ebene	12,8	8,2	11,1	26,8	20,4	14,5	14,7	15,6	8,5	10,1	11,6	33,8	13,7	14,8	15,45	15,0
Gesamtbevölkerung des Landes (=100 laut Festlegung)	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Einpersonenhaushalte																
Männer unter 30	225	256	161	136	114	117	106	135	49	237	148	105	188	127	141	130
Männer 30-64	146	159	122	101	94	127	124	101	135	119	112	148	153	130	125	109
Männer 65+	112	88	110	123	102	99	79	134	102	69	111	126	56	85	104	100
Frauen unter 30	174	269	148	130	100	146	147	142	133	224	177	74	217	204	148	139
Frauen 30-64	147	207	145	122	93	122	89	116	98	158	123	120	136	114	123	116
Frauen 65+	124	88	143	112	127	103	95	119	89	99	117	141	79	89	113	110
Zwei oder mehr Erwachsene ohne Kinder																
2 Erwachsene, mindestens ein Partner 65%	81	51	74	106	103	73	69	94	72	72	81	103	74	78	86	85
2 Erwachsene, beide Partner unter 65	83	97	77	96	95	88	80	79	107	83	87	83	97	76	87	76
3 oder mehr Erwachsene	71	49	78	106	94	88	85	95	84	69	72	108	66	73	87	93
Haushalte mit unterhaltsberechtigten																
allein erziehend, mindestens 1 unterhaltsberechtigtes Kind	197	234	208	104	105	162	194	126	139	241	159	110	161	193	153	162
2 Erwachsene, 1 unterhaltsberechtigtes Kind	86	86	81	83	82	90	79	91	81	85	104	75	101	89	85	86
2 Erwachsene, 2 unterhaltsberechtigten Kinder	80	88	100	84	84	77	57	95	86	85	91	75	80	96	83	90
2 Erwachsene, mindestens 3 unterhaltsberechtigten Kinder	113	107	152	94	107	126	132	124	150	110	138	160	96	172	128	131
sonstiger Haushalt mit unterhaltsberechtigten Kindern	114	81	85	121	118	141	118	115	114	97	106	110	88	95	110	124
Bildungsstand des Haushalts																
bei allen Erwachsenen hoch	90	96	93	70	54	84	45	103	71	90	99	63	79	68	75	78
bei einigen, aber nicht allen Erwachsenen hoch	70	82	69	80	71	85	48	63	71	62	74	52	83	63	68	68
bei allen Erwachsenen mittel	107	125	105	90	71	86	65	76	70	101	90	67	124	105	87	83
bei einigen, aber nicht allen Erwachsenen mittel	90	65	103	113	91	100	85	94	74	91	98	86	99	88	93	94
niedrig	129	137	129	113	125	127	161	120	140	148	146	111	108	146	128	140
Erwerbsintensität des Haushalts (prozentuale Ausschöpfung der von den Erwachsenen im Haushalt theoretisch erreichbaren Arbeitszeit, letztes Jahr)																
keine	178	199	148	100	131	149	197	114	121		125	122	145	185	145	144
<25%	172	170	130	142	151	162	205	172	126		168	101	138	238	158	185
25-50%	87	147	120	129	102	125	89	116	55		128	95	136	122	114	125
50-75%	68	113	93	96	93	106	93	95	105		101	109	97	82	99	98
75% bis weniger als 100%	88	79	94	97	85	124	65	90	101		102	103	81	71	94	96
volle (100%)	74	75	84	87	65	75	53	74	102		82	86	79	78	80	76
Variationskoeffizient für alle Untergruppen (%)	37	49	29	17	22	24	45	22	28	47	25	26	35	41	24	26
Anzahl der Untergruppen	25	25	25	25	25	25	25	25	25	19	25	25	25	25	25	25

* Hoch: Abschluss mindestens ISCED 5-7; mittel: Abschluss ISECD 3; niedrig: Abschluss höchstens ISCED 0-2

Tabelle 6.4. Index der relativen nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung nach sozialer Stellung der Einzelperson 1997 im Vergleich zum Benachteiligungsindex für die Bevölkerung eines Landes als Ganzes

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	UK	Durchschnitt	EU-14
Gesamtbenachteiligungsindex auf nationaler Ebene	12,8	8,2	11,1	26,8	20,4	14,5	14,7	15,6	8,5	10,1	11,6	33,8	13,7	14,8	15,45	15,5
Gesamtbevölkerung des Landes (=100 laut Festlegung)	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Geschlecht																
Männer	96	98	94	102	99	100	100	99	101	97	97	101	99	98	99	98
Frauen	104	102	105	98	101	100	100	101	99	103	103	100	101	102	101	102
Alter																
<18	112	104	122	95	107	112	123	107	120	107	116	113	102	129	111	115
18-24	110	125	101	101	101	115	102	105	100	139	92	92	132	97	105	108
25-34	93	143	106	109	100	115	91	105	112	109	116	97	121	100	106	105
35-44	98	113	98	88	92	94	96	94	101	96	88	92	101	103	95	95
45-54	101	71	80	93	90	87	89	90	80	87	88	82	98	83	88	86
55-64	86	76	85	103	103	92	88	96	88	84	84	96	81	80	91	90
>=65	96	67	99	111	103	83	74	101	80	80	97	115	71	81	95	95
Erwachsenen-/Kindstatus																
Erwachsener	96	101	96	102	99	97	91	99	95	97	97	99	100	91	98	96
unterhaltsberechtigtes Kind	112	102	118	93	102	110	119	103	112	108	111	103	100	131	107	112
Staatsangehörigkeit																
EU-Staatsangehörige	94	97	94	101	99	93	92	98	92	97	91	96	99	90	96	96
Drittstaatsangehörige	168	201	177	145	101	214	52	137	227	147	224	123	174	174	152	166
Soziale Schicht																
niemals erwerbstätig	122	93	99	98	104	120	124	117	85	119	90	80	111	140	105	120
nicht manuell Tätige*	76	104	78	79	63	72	49	72	73	82	80	62	91	67	72	67
a. Führungskräfte in Großunternehmen und Inhaber großer Geschäfte (I)	67	70	59	69	65	64	42	65	71	59	56	60	57	59	62	57
b. Angestellte und Führungskräfte (II-III)	78	112	80	79	62	72	51	73	73	86	85	62	96	68	74	69
Selbständige mit Beschäftigte (IVa)	76	57	73	78	59	67	45	67	83	97	101	55	75	80	70	73
Selbständige ohne Beschäftigte (IVb)	83	131	104	87	85	90	55	101	89	102	105	89	80	78	89	95
Landwirte und Kleinbauern (IVc)	97	42	82	108	116	71	84	91	46	76	90	105	55	61	87	115
manuell Tätige (V-VII)	95	94	112	117	109	106	112	104	126	107	105	112	115	110	110	108
Individuelle Beschäftigungssituation (erfahrene Arbeitslosigkeit)																
6 Monate oder länger arbeitslos	175	188	229	131	143	184	232	159	167		219	130	168	211	175	180
weniger als 6 Monate arbeitslos	146	129	141	113	111	157	128	118	154	158	144	128	126	135	131	136
Erwerbstätiger, teilweise arbeitslos im letzten Jahr	126	138	144	152	109	133	123	115	96		133	111	123	118	128	130
sonstiger Erwerbstätiger, teilweise arbeitslos in den letzten 5 Jahren	88	115	117	106	91	113	98	102	227	121	121	113	94	103	110	105
Erwerbstätiger, keine Arbeitslosigkeit in den letzten 5 Jahren	70	68	75	89	75	78	63	81	92	75	81	85	78	66	78	75
derzeit nicht erwerbstätig	106	109	98	102	102	97	96	101	87	100	96	101	101	101	100	101
Haupterwerbsstatus, letztes Jahr																
abhängig erwerbstätig	75	86	85	101	84	90	73	90	103		90	95	90	80	91	85
selbständig	79	64	75	88	84	80	62	78	73		91	80	67	68	80	88
arbeitslos	168	178	199	129	135	172	198	148	232		172	126	162	190	164	167
im Ruhestand	95	89	102	111	102	83	70	94	87		95	114	85	83	99	92
sonstige Nichterwerbspersonen	119	149	96	98	101	115	103	106	85		99	89	126	114	108	112
Persönliche Erwerbsintensität (Anteil der Erwerbsarbeit an der verfügbaren Zeit, letztes Jahr)																
keine	122	169	113	102	107	123	129	108	90		109	96	129	128	116	117
<25%	127	196	103	122	118	119	125	107	145		117	80	152	111	121	122
25-50%	102	150	134	119	120	116	76	129	153		106	126	133	132	124	129
50-75%	105	121	126	168	101	122	87	121	140		122	116	127	123	126	127
75% bis weniger als 100%	102	123	130	94	108	136	97	91	118		123	104	101	87	109	111
volle (100%)	72	80	80	91	79	85	67	85	99		86	88	80	75	85	82
Zeitanteiliger Haupterwerbsstatus (letztes Jahr)																
Erwerbsperson>Nichterwerbsperson; Arbeit>Arbeitslosigkeit	74	85	83	97	83	89	69	87	100		90	89	87	78	88	85
Erwerbsperson>Nichterwerbsperson; Arbeitslosigkeit>Arbeit	164	179	198	128	132	170	196	146	247		175	126	162	189	164	165
Nichterwerbsperson>Erwerbsperson	110	163	99	99	100	109	105	100	90		101	92	119	117	108	107
Variationskoeffizient für alle Untergruppen (%)	26	35	33	19	18	30	41	20	41	22	31	19	27	34	24	25
Anzahl der Untergruppen	41	41	41	41	41	41	41	41	41	25	41	41	41	41	41	41

* Die Kategorie nicht manuell Tätige im 3-Kategorien-Schema von Erikson/Goldthorpe wurde untergliedert in a) Führungskräfte und b) sonstige Angestellte.

Um das zu verdeutlichen, zeigen die Tabelle 6.5 (Merkmale für Haushalte) und die Tabelle 6.6 (Merkmale für Einzelpersonen) die Ergebnisse als Durchschnittswerte für alle Länder. In der ersten Spalte der Tabellen ist der durchschnittliche Gesamtindex der nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung für verschiedene Bevölkerungsgruppen aufgeführt. Die nächste Spalte verzeichnet das Gleiche für die

einkommensbezogene Armutsgefährdungsquote.⁴³ Die dritte Spalte enthält das Verhältnis dieser beiden Maße zum Zwecke des Vergleichs. Eine Zahl über 1,0 bedeutet, dass eine Gruppe, die sich in Bezug auf die einkommensbezogene Armutsgefährdungsquote in einer günstigen Situation befindet, im Hinblick auf die nichtmonetäre Benachteiligung nicht so gut dasteht; oder dass eine Gruppe, die sich hinsichtlich der einkommensbezogenen Armutsgefährdungsquote in einer ungünstigen Situation befindet, bei der nichtmonetären Benachteiligung sogar noch schlechter abschneidet. Ein Wert unter 1,0 bedeutet das Gegenteil: für eine Gruppe, die sich in Bezug auf die einkommensbezogene Armutsgefährdungsquote in einer ungünstigen Lage befindet, stellt sich die Situation bei der nichtmonetären Benachteiligung weniger ungünstig dar; und die Situation ist für eine Gruppe, die sich im Hinblick auf die einkommensbezogene Armutsgefährdungsquote in einer günstigen Lage befindet, bezüglich der nichtmonetären Benachteiligung sogar noch günstiger.

Tabelle 6.5. Index der nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung im Vergleich zur einkommensbezogenen Armutsgefährdungsquote (einfacher EU-Durchschnitt, 1997) nach sozialer Stellung des Haushalts

	Benachteiligungsindex	Armutsgefährdungsquote	Verhältnis Benacht./Armut
Gesamtbenachteiligungsindex auf nationaler Ebene	15,45	15,45	1,00
Gesamtbevölkerung des Landes (= 100 laut Festlegung)	100	100	1,00
Einpersonenhaushalte			
Männer unter 30	141	255	0,55
Männer 30-64	125	86	1,45
Männer 65+	104	121	0,86
Frauen unter 30	148	297	0,50
Frauen 30-64	123	116	1,06
Frauen 65+	113	189	0,60
Zwei oder mehr Erwachsene ohne Kinder			
2 Erwachsene, mindestens ein Partner 65%	86	99	0,87
2 Erwachsene, beide Partner unter 65	87	60	1,45
3 oder mehr Erwachsene	87	51	1,71
Haushalte mit unterhaltsberechtigten Kindern			
allein erziehend, mindestens 1 unterhaltsberechtigtes Kind	153	200	0,76
2 Erwachsene, 1 unterhaltsberechtigtes Kind	85	60	1,43
2 Erwachsene, 2 unterhaltsberechtigten Kindern	83	71	1,17
2 Erwachsene, mindestens 3 unterhaltsberechtigten Kindern	128	179	0,71
sonstiger Haushalt mit unterhaltsberechtigten Kindern	110	124	0,89
Bildungsstand des Haushalts*			
bei allen Erwachsenen hoch	75	60	1,26
bei einigen, aber nicht allen Erwachsenen hoch	68	34	1,98
bei allen Erwachsenen mittel	87	76	1,15
bei einigen, aber nicht allen Erwachsenen mittel	93	80	1,16
niedrig	128	169	0,75
Erwerbsintensität des Haushalts (prozentuale Ausschöpfung der von den Erwachsenen im Haushalt theoretisch erreichbaren Arbeitszeit, letztes Jahr)			
keine	145	244	0,59
<25%	158	261	0,61
25-50%	114	150	0,76
50-75%	99	85	1,17
75% bis weniger als 100%	94	44	2,13
volle (100%)	80	39	2,04
Variationskoeffizient für alle Untergruppen (%)	24	61	43
Anzahl der Untergruppen	25	25	25

Anmerkungen. Armutsgefährdungsquote entspricht 60% des nationalen Medianeinkommens.

Für D, UK und L beziehen sich die Daten auf die ursprünglichen ECHP-Erhebungen von 1996. Alle anderen Daten entstammen den Erhebungen von 1997.

* Hoch: Abschluss mindestens ISCED 5-7; mittel: Abschluss ISECD 3; niedrig: Abschluss höchstens ISCED 0-2.

Die Verringerung des Gefälles zeigt sich eindeutig, wenn wir von einkommensbezogenen zu nichtmonetären Maßen übergehen. Sowohl das altersbezogene als auch das geschlechtsbezogene Gefälle reduziert sich bei Personen, die in Einpersonenhaushalten leben (Tabelle 6.5). Die Situation der 30 bis 64-Jährigen ist deutlich weniger günstig; die Lage jüngerer Personen (unter 30 Jahre) ist deutlich weniger ungünstig und die älterer Menschen (ab 65 Jahre) ist im Schnitt sogar besser als die von Personen im Alter von 30 bis 64 Jahren. Bei den älteren Menschen mag dabei zum Beispiel eine Rolle spielen, dass sie im Laufe der Jahre Besitztümer angesammelt haben. Die verhältnismäßig günstige Position Jüngerer (unter 30 Jahre) erklärt sich wahrscheinlich auch daraus, dass sie oftmals weiter auf Unterstützung durch die Eltern in Form von Sachzuwendungen rechnen

⁽⁴³⁾ Für die Gesamtbevölkerung wurden diese beiden Indizes gleichgesetzt. Die in den Tabellen präsentierten einkommensbezogenen Armutsgefährdungsquoten wurden anhand des in Kapitel 3 und in Anhang 2 beschriebenen "Fuzzy-Set"-Verfahrens berechnet.

können. Lässt man einmal die Art des Haushalts außer Acht, ist fast kein Unterschied zwischen den Geschlechtern festzustellen, und das Kind/Erwachsenen-Gefälle ist erheblich verringert (Tabelle 6.6).

Tabelle 6.6. Index der nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung im Vergleich zur einkommensbezogenen Armutsgefährdungsquote (einfacher EU-Durchschnitt, 1997) nach sozialer Stellung des Haushalts

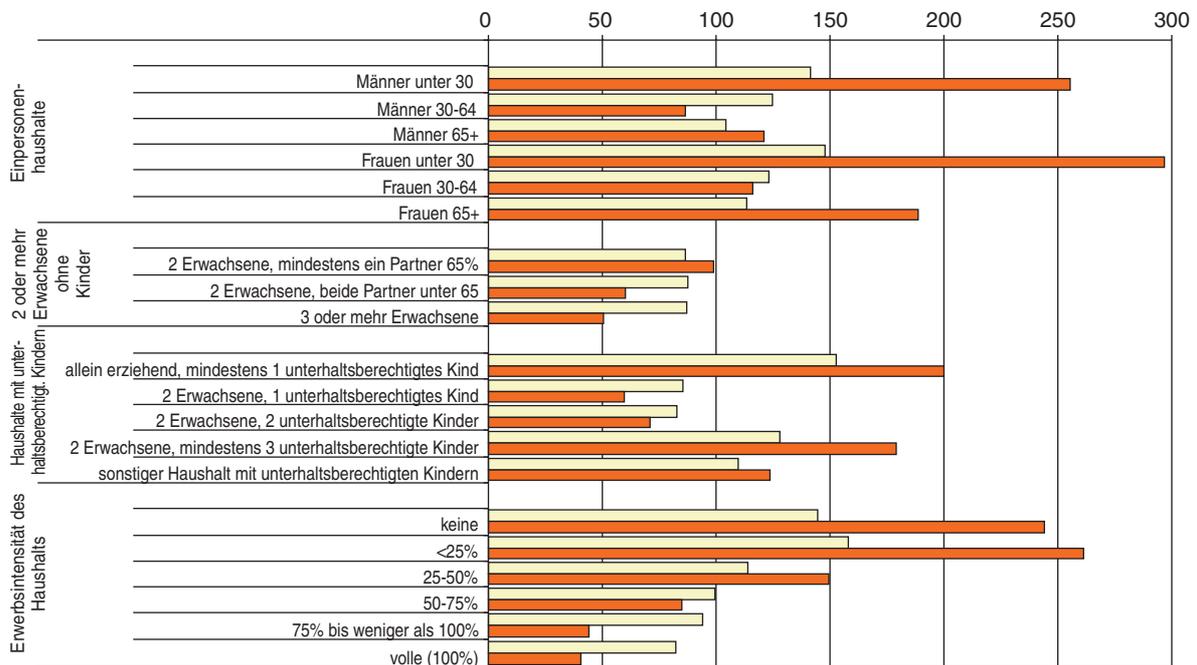
	Benachteiligungsindex	Armutsgefährdungsquote	Verhältnis Benacht./Armut.
Gesamtbenachteiligungsindex auf nationaler Ebene	15.45	16.0	0.97
Gesamtbevölkerung des Landes (=100 laut Festlegung)	100	100	1.00
Geschlecht			
Männer	99	95	1.05
Frauen	101	105	0.96
Alter			
<18	111	122	0.91
18-24	105	136	0.77
25-34	106	79	1.35
35-44	95	77	1.24
45-54	88	75	1.17
55-64	91	86	1.06
>=65	95	121	0.78
Erwachsenen-/Kindstatus			
Erwachsener	98	93	1.05
unterhaltsberechtigtes Kind	107	119	0.90
Staatsangehörigkeit			
EU-Staatsangehörige	96	91	1.05
Drittstaatsangehörige	152	172	0.88
Soziale Schicht			
niemals erwerbstätig	105	187	0.56
nicht manuell Tätige*	72	29	2.46
a. Führungskräfte in Großunternehmen und Inhaber großer Geschäfte (I)	62	14	4.28
b. Angestellte und Führungskräfte (II-III)	74	32	2.32
Selbständige mit Beschäftigte (IVa)	70	94	0.74
Selbständige ohne Beschäftigte (IVb)	89	127	0.70
Landwirte und Kleinbauern (IVc)	87	205	0.42
manuell Tätige (V-VII)	110	99	1.11
Individuelle Beschäftigungssituation (erfahrene Arbeitslosigkeit)			
6 Monate oder länger arbeitslos	175	254	0.69
weniger als 6 Monate arbeitslos	131	123	1.06
Erwerbstätiger, teilweise arbeitslos im letzten Jahr	128	143	0.89
sonstiger Erwerbstätiger, teilweise arbeitslos in den letzten 5 Jahren	110	61	1.81
Erwerbstätiger, keine Arbeitslosigkeit in den letzten 5 Jahren	78	46	1.71
derzeit nicht erwerbstätig	100	129	0.78
Haupterwerbsstatus, letztes Jahr			
abhängig erwerbstätig	91	39	2.32
selbständig	80	115	0.69
arbeitslos	164	225	0.73
im Ruhestand	99	123	0.81
sonstige Nichterwerbspersonen	108	153	0.70
Persönliche Erwerbsintensität (Anteil der Erwerbsarbeit an der verfügbaren Zeit, letztes Jahr)			
keine	116	148	0.79
<25%	121	210	0.58
25-50%	124	139	0.90
50-75%	126	111	1.14
75% bis weniger als 100%	109	65	1.66
volle (100%)	85	46	1.84
Zeitanteiliger Haupterwerbsstatus (letztes Jahr)			
Erwerbsperson>Nichterwerbsperson; Arbeit>Arbeitslosigkeit	88	51	1.74
Erwerbsperson>Nichterwerbsperson; Arbeitslosigkeit>Arbeit	164	225	0.73
Nichterwerbsperson>Erwerbsperson	108	137	0.78
Variationskoeffizient für alle Untergruppen (%)	24	49	59
Anzahl der Untergruppen	41	41	41

Anmerkungen. Armutsgefährdungsquote entspricht 60% des nationalen Medianeinkommens.

Für D, UK und L beziehen sich die Daten auf die ursprünglichen ECHP-Erhebungen von 1996. Alle anderen Daten entstammen den Erhebungen von 1997.

* Die Kategorie „nicht manuell Tätige“ im 3-Kategorien-Schema von Erikson/Goldthorpe wurde untergliedert in a) Führungskräfte und b) sonstige Angestellte.

Abb. 6.3. Index der Benachteiligung in der Lebensführung und einkommensbezogene Armutsgefährdungsquote (einfacher EU-Durchschnitt, 1997) nach sozialer Stellung des Haushalts



Bei Haushalten mit zwei oder mehr Erwachsenen ohne Kinder gibt es fast keine Unterschiede zwischen den verschiedenen Unterkategorien. Alleinerziehendenhaushalte sind weiterhin benachteiligt, aber bei Benutzung nichtmonetärer Indikatoren in einem etwas geringeren Maße als gemessen an der einkommensbezogenen Armutsgefährdung. Dagegen stellt sich die Situation großer Haushalte (z. B. Haushalte mit vielen Kindern) bei nichtmonetären Indikatoren weniger ungünstig dar als bei Betrachtung der einkommensbezogenen Armutsgefährdung.

Bei nichtmonetären Indikatoren bleibt das Gefälle nach dem höchsten Bildungsniveau im Haushalt bestehen, aber im Vergleich mit dem einkommensbezogenen Gefälle ist wiederum eine deutliche Abnahme zu verzeichnen. Ebenso ist das Gefälle nach der sozialen Schicht reduziert, wenn man einmal vom etwas erhöhten relativen Nachteil der manuell Tätigen absieht. Die Arbeitslosen bleiben definitiv benachteiligt, aber die Position der Selbständigen erscheint verglichen mit den Beschäftigten besser, wenn nichtmonetäre Maße statt der Einkommen zugrunde gelegt werden.⁴⁴

Die Gesamtverringerung der Variabilität in allen Untergruppen der Bevölkerung wird durch den am Ende der Tabellen aufgeführten Variationskoeffizienten (VK) der Parameter zusammengefasst. Der Variationskoeffizient ist bei nichtmonetären Maßen im Vergleich zu einkommensbezogenen Maßen um einen Faktor von mehr als 2 kleiner (VK 24 gegenüber 61%), wenn es um die Streuung nach Haushaltsmerkmalen geht, und um einen Faktor von 2 kleiner (VK 24 gegenüber 49 %), wenn es um die Streuung nach persönlichen Merkmalen geht.

Unbedingt hingewiesen sei darauf, dass im Gegensatz zu den obigen Feststellungen die ungünstige Position von Ausländern bei Zugrundelegung einkommensbezogener Maße ebenso ungünstig bleibt, wenn nichtmonetäre Maße der Benachteiligung in der Lebensführung herangezogen werden.

Tabelle 6.7 ist eine Zusammenfassung des Ausmaßes der Variabilität in den Untergruppen der Bevölkerung für einzelne Länder, wobei wiederum nichtmonetäre und einkommensbezogene Maße verglichen werden. In den Ländern ist eine recht erhebliche Konsistenz bei den Verhältnissen festzustellen. Ausgeprägter als im Durchschnitt ist das sozioökonomische Gefälle in Dänemark, den Niederlanden und Irland, und zwar sowohl bei nichtmonetären als auch einkommensbezogenen Maßen. Deutlich unter dem Durchschnitt liegt das Gefälle in Griechenland, Spanien und Italien bei nichtmonetären Maßen, aber nahe dem Durchschnitt bei einkommensbezogenen Maßen.

⁽⁴⁴⁾ Bei der Betrachtung des relativen Nachteils der Selbständigen ausgehend vom Einkommen ist zu berücksichtigen, dass dies auch auf eine Untererfassung des Einkommens dieser Gruppe zurückzuführen sein könnte.

Tabelle 6.7. Variationskoeffizienten von Indizes der Benachteiligung und der Armutsgefährdung in den Untergruppen

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	UK	Durchschnitt	EU-14
Index der nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung																
Variationskoeffizient nach sozialer Stellung von:																
Haushalt	37	49	29	17	22	24	45	22	28	47	25	26	35	41	24	26
Einzelperson	26	35	33	19	18	30	41	20	41	22	31	19	27	34	24	25
Einkommensbezogene Armutsgefährdungsquote																
Variationskoeffizient nach sozialer Stellung von:																
Haushalt	63	103	73	51	64	58	79	59	99	113	56	60	97	66	61	57
Einzelperson	59	78	61	46	43	54	57	55	93	67	55	42	62	59	49	48

Anmerkungen. Die Daten für D, UK und L stammen von 1996.

Anzahl der untersuchten Untergruppen der Bevölkerung:

nach Haushaltsmerkmalen =25 (außer NL=19)

nach persönlichen Merkmalen =41 (außer NL=25-27)

6.3.4. Entwicklungstendenz im Zeitverlauf

Tabelle 6.8 zeigt querschnittliche Entwicklungstendenzen beim nichtmonetären Index der Benachteiligung in der Lebensführung nach Land und Dimension der Benachteiligung zwischen 1994 und 1997. Aufgrund der Datenlage erstreckt sich der Zeitraum bei vier Ländern nur über drei Jahre. Für Deutschland, das Vereinigte Königreich und Luxemburg ist es der Zeitraum 1994-1996, für den die ursprünglichen ECHP-Stichproben verwendet werden, und für Österreich ist es der Zeitraum 1995-1997.⁴⁵ Im Falle Finnlands beziehen sich die Daten lediglich auf 1996 und 1997 und sind daher nicht genau vergleichbar. Die Tabelle enthält die Quoten der nichtmonetären Benachteiligung für 1994 und 1997 und deren prozentuale Verringerung in dem Zeitraum sowohl für den Gesamtindex als auch für den jeweiligen Index nach Dimension der Benachteiligung.

Tabelle 6.8. Querschnittliche Entwicklungstendenzen beim nichtmonetären Index der Benachteiligung in der Lebensführung nach Land und Dimension der Benachteiligung. 1994 bis 1997.

		B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	UK	Durchschnitt	EU-14
Gesamt																	
	1994	14	12	13	30	24	17	19	18	11	11	13	36	14	17	17,7	17,4
	1997	13	8	11	27	20	14	15	16	8	10	12	34	14	15	15,5	15,0
% Verbesserung		9	29	18	10	15	14	22	12	24	10	8	5	4	13	12,8	13,5
Probleme im Wohnumfeld																	
	1994	24	17	23	29	40	29	20	33	20	22	19	34	25	32	26,1	29,0
	1997	23	16	22	26	33	26	19	33	18	23	17	36	25	28	24,6	26,7
% Verbesserung		4	8	5	10	17	12	3	3	13	-4	9	-6	-2	11	6,0	8,0
Primäre Benachteiligung in der Lebensführung																	
	1994	17	14	16	69	32	22	28	28	12	11	18	36	27	27	25,5	24,6
	1997	16	9	13	60	29	21	20	28	12	11	16	34	26	22	22,6	22,0
% Verbesserung		9	38	17	12	10	7	30	1	-2	0	10	5	3	17	11,3	10,4
Wohnungsmängel																	
	1994	16	9	11	25	22	19	13	12	10	15	11	42	5	20	16,5	16,6
	1997	13	6	7	19	19	16	11	7	9	12	10	42	5	15	13,5	12,9
% Verbesserung		20	34	35	26	14	16	21	44	13	21	15	0	2	22	18,0	22,6
Sekundäre Benachteiligung in der Lebensführung																	
	1994	8	11	11	31	21	9	23	13	7	5	9	42	8	11	14,9	13,3
	1997	7	6	9	23	17	7	16	11	4	4	9	36	7	10	11,8	10,9
% Verbesserung		4	43	15	28	16	25	31	19	41	28	-4	15	12	13	20,8	18,1
Fehlende Wohnungsgrundausstattung																	
	1994	5	2	5	13	3	4	4	3	3	1	5	25	3	0	5,4	4,0
	1997	3	1	3	25	2	3	3	2	2	1	3	18	3	0	4,8	3,1
% Verbesserung		32	53	49	-96	43	13	33	14	49	45	29	28	11	38	10,3	22,0

Anmerkungen: Die Daten beziehen sich für D, UK und L auf den 3-Jahres-Zeitraum von 1994-1996 und für A von 1995-1997.

Die Daten für Finnland beziehen sich nur auf die Jahre von 1996-1997.

Alle berechneten Indizes wurden anhand eines konstanten Faktors skaliert, so dass der Gesamtindex, der den Durchschnitt der Länder ausdrückt, numerisch dem entsprechenden Durchschnitt für die einkommensbezogene Armutsgefährdungsquote (bei 60% des Medians) für 1997 (15,88%) entspricht.

⁴⁵ Wie bereits festgestellt, wurden alle nichtmonetären Maße mittels einer Konstante skaliert, um die Größenordnung des Gesamtindex der Benachteiligung, der den Durchschnitt für die Länder für 1997 ausdrückt, mit der einkommensbezogenen Armutsquote, für die in gleicher Weise ein Durchschnitt für 1997 gebildet wurde, abzustimmen. (Ausnahmen sind Deutschland, das Vereinigte Königreich und Luxemburg, für die dem Benachteiligungsindex die Zahlen von 1996 und die ursprünglichen ECHP-Erhebungen zugrunde gelegt wurden, während sich die einkommensbezogene Armutsgefährdungsquote auf 1997 bezieht und auf den nationalen Panels basiert, die an die Stelle des Original-ECHP aus jenem Jahr treten.)

Luxemburg, Vereinigtes Königreich und Deutschland) liegen keine Angaben vor. Bei den einbezogenen Erhebungen wurden Einzelpersonen, die nicht in allen drei Jahren erfasst waren, aus der Analyse herausgenommen.

- C. Einzelpersonen, die in allen vier Jahren des Zeitraums 1994 bis 1997 in die Erhebung eingingen. Dies betrifft neun von den oben angegebenen Ländern, mit Ausnahme von Österreich. Bei den einbezogenen Erhebungen wurden Einzelpersonen, die nicht in allen vier Jahren erfasst waren, aus der Analyse herausgenommen.

Zum Vergleich mit den Indikatoren der nichtmonetären Benachteiligung sind in der Tabelle auch einkommensbezogene Armutsgefährdungsquoten angegeben. Für die Statistik der Einkommensverteilung werden die gleichen Stichproben wie oben verwendet, um die drei Panels zu erstellen. Nur im Vereinigten Königreich und in Deutschland unterscheidet sich die Stichprobenbasis. Die Einkommensdaten dieser Länder für den gesamten Zeitraum 1994 bis 1997 entstammen den vorhandenen nationalen Panels, die ab 1997 an die Stelle der ursprünglichen ECHP-Stichproben *traten. (Auf der Grundlage der nationalen Panels lassen sich für diese Länder alle drei Teile A, B und C für einkommensbezogene Variablen zusammenstellen.)

Tabelle 6.9. Indikatoren der akuten Benachteiligung und der dauerhaften Benachteiligung sowie Vergleich mit der einkommensbezogenen Armutsgefährdung im Längsschnitt

A. Panel (Zeitraum) 1994-95-96	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	UK	Durchschnitt
Gesamtindikator der nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung														
Quelle	ECHP				ECHP				ECHP					
mittlerer Indikator für den gesamten Zeitraum	14	11	12	28	23	16	17	16	9	10		34	16	17,1
akute/mittlere Benachteiligung	1,5	1,5	1,5	1,4	1,4	1,4	1,5	1,5	1,6	1,5		1,3	1,4	1,46
dauerhafte/mittlere Benachteiligung	0,6	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5	0,6		0,7	0,6	0,59
Einkommensbezogene Armutsgefährdungsquote (60 % des Medians)														
Quelle	ECHP				ECHP				ECHP					
mittlere Quote für den gesamten Zeitraum	18	10	14	21	20	17	19	18	12	10		23	19	16,9
akute/mittlere Armutsgefährdungsquote	1,6	2,0	1,7	1,6	1,7	1,5	1,5	1,6	1,8	1,8		1,5	1,6	1,66
dauerhafte/mittlere Armutsgefährdungsquote	0,5	0,3	0,5	0,4	0,4	0,5	0,5	0,4	0,3	0,4		0,6	0,4	0,44
B. Panel (Zeitraum) 1995-96-97	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	UK	Durchschnitt
Gesamtindikator der nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung														
mittlerer Indikator für den gesamten Zeitraum	13	10		27	21	15	16	15		10	12	34		17,4
akute/mittlere Benachteiligung	1,5	1,6		1,3	1,4	1,4	1,5	1,5		1,5	1,5	1,3		1,44
dauerhafte/mittlere Benachteiligung	0,5	0,5		0,7	0,6	0,6	0,6	0,6		0,6	0,6	0,8		0,60
Einkommensbezogene Armutsgefährdungsquote (60 % des Medians)														
mittlere Quote für den gesamten Zeitraum	17	9	15	21	20	16	20	18		11	13	24	19	16,9
akute/mittlere Armutsgefährdungsquote	1,7	1,9	1,6	1,5	1,7	1,5	1,5	1,6		1,7	1,7	1,4	1,6	1,63
dauerhafte/mittlere Armutsgefährdungsquote	0,5	0,3	0,5	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5		0,4	0,4	0,6	0,5	0,48
C. Panel (Zeitraum) 1994-95-96-97	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	UK	Durchschnitt
Gesamtindikator der nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung														
mittlerer Indikator für den gesamten Zeitraum	14	10		28	22	15	16	16		10		34		18,4
akute/mittlere Benachteiligung	1,7	1,7		1,5	1,5	1,6	1,6	1,6		1,6		1,3		1,6
dauerhafte/mittlere Benachteiligung*	0,8	0,7		0,9	0,8	0,8	0,8	0,8		0,8		0,9		0,8
Einkommensbezogene Armutsgefährdungsquote (60 % des Medians)														
mittlere Quote für den gesamten Zeitraum	18	9	13	21	20	16	19	18		10		23	19	16,9
akute/mittlere Armutsgefährdungsquote	1,8	2,3	1,9	1,8	1,9	1,7	1,7	1,9		2,0		1,6	1,8	1,85
dauerhafte/mittlere Armutsgefährdungsquote*	0,7	0,5	0,7	0,8	0,7	0,8	0,8	0,7		0,7		0,8	0,7	0,70
D. Neuester verfügbarer mittlerer Indikator der nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	UK	Durchschnitt
mittlerer Indikator	14	10	12	28	22	15	16	16	9	10	12	34	16	16,5
Verhältnis zwischen dem Indikator der nichtmonetären Benachteiligung und der einkommensbezogenen Armutsgefährdung:														
akute/mittlere Quote	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	0,8	0,9	0,8	0,8	0,85
dauerhafte/mittlere Quote	1,1	1,4	0,8	1,1	1,2	1,1	1,1	1,2	1,3	1,2	1,4	1,1	0,8	1,14

S und FIN sind ausgenommen, da keine Längsschnittdaten für mindestens drei aufeinanderfolgende Jahre vorliegen.

Siehe auch Anmerkungen zu Tabelle 6.8.

* „Dauerhaft“ bedeutet Armutsgefährdung bzw. Benachteiligung für mindestens drei der vier Jahre.

Die folgenden drei Maße werden in der Tabelle für jedes Panel angegeben:

- a) Mittlerer Indikator für den gesamten Zeitraum. Hierbei handelt es sich um den Durchschnitt der jährlichen querschnittlichen Gesamtbenachteiligungsquoten.
- b) Verhältnis zwischen der akuten Benachteiligung und dem mittleren querschnittlichen Grad der Benachteiligung. Auf Mikroebene ist die „akute Benachteiligung“ das Benachteiligungskriterium, zu dem der Einzelne während des Bezugszeitraums am stärksten neigt. Die herkömmliche Entsprechung dazu ist der Anteil der Personen, die in dem Zeitraum mindestens ein Jahr lang benachteiligt waren.
- c) Verhältnis zwischen der dauerhaften Benachteiligung und dem mittleren querschnittlichen Grad der Benachteiligung. Auf Mikroebene ist die „dauerhafte Benachteiligung“ das Benachteiligungskriterium, zu dem der Einzelne während des Bezugszeitraums am wenigsten neigt. Die herkömmliche Entsprechung dazu ist der Anteil der Personen, die im gesamten Bezugszeitraum benachteiligt waren.

In Tabelle 6.9(D) wurde die „dauerhafte Benachteiligung“ auf Mikroebene als die nächstkleinste Neigung des Einzelnen zu Benachteiligung im Bezugszeitraum definiert. Die herkömmliche Entsprechung dazu ist der Anteil der Personen, die in dem Vierjahreszeitraum mindestens drei Jahre benachteiligt waren.

Im Länderdurchschnitt liegt die Quote der querschnittlichen nichtmonetären Benachteiligung insgesamt bei rund 17 %. Die Quote der akuten Benachteiligung ist bei Betrachtung eines Dreijahreszeitraums um einen Faktor von rund 1,5 höher, was bedeutet, dass – verglichen mit der querschnittlichen Quote bezogen auf einen bestimmten Zeitraum (ein Jahr) – mindestens 50 % in den drei Jahren eine Zeit lang benachteiligt waren. Rund 60 % der Personen, die akut benachteiligt sind, befinden sich über die Gesamtheit des Dreijahreszeitraums dauerhaft in diesem Zustand.

Verglichen damit kann ein größerer Teil der Bevölkerung jederzeit von Einkommensarmut bedroht sein, aber ein kleinerer Teil ist gemessen an den querschnittlichen Armutsgefährdungsquoten dauerhaft gefährdet. Nichtmonetäre Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung ist in der Regel anhaltender, d. h. dieselben Personen sind davon längere Zeit betroffen. Tabelle 6.9(D) weist aus, dass der Unterschied zwischen nichtmonetären und einkommensbezogenen Indikatoren in dieser Hinsicht insgesamt rund 15 % beträgt: das Verhältnis zwischen der Quote der akuten Benachteiligung und der Quote der mittleren querschnittlichen Benachteiligung ist bei nichtmonetären Indikatoren – verglichen mit dem gleichen Verhältnis für die Einkommensarmut – rund 15 % niedriger; das Verhältnis zwischen der dauerhaften und der mittleren querschnittlichen Benachteiligungsquote ist bei nichtmonetären Indikatoren – verglichen mit dem gleichen Verhältnis für die Einkommensarmut – rund 14 % höher. Diese Muster sind im Allgemeinen länderübergreifend konsistent.

Auch ein anderes Muster tritt bei den Ländern durchgängig auf. Das Verhältnis zwischen der Quote der akuten Benachteiligung und der querschnittlichen Quote schwankt umgekehrt proportional zur querschnittlichen Quote: je höher der Grad der Benachteiligung in einem Land ist, mit desto geringerer Wahrscheinlichkeit sind unterschiedliche Einzelpersonen davon betroffen. Das Verhältnis akute Benachteiligung/querschnittliche Benachteiligung ist zum Beispiel in Portugal 1,3 (bei einer Gesamtquote der Benachteiligung von 34 %) und in Dänemark 1,5 (bei einer Benachteiligungsquote von 11 %). Ähnlich schwankt das Verhältnis zwischen der dauerhaften und der querschnittlichen Quote direkt proportional zur querschnittlichen Quote: je höher der Grad der Benachteiligung in einem Land, mit desto größerer Wahrscheinlichkeit sind die gleichen Einzelpersonen anhaltend davon betroffen. Das Verhältnis dauerhafte Benachteiligung/querschnittliche Benachteiligung beträgt zum Beispiel für Portugal 0,7 und für Dänemark 0,5.

6.4.2. Muster für die vier Jahre von 1994 bis 1997

Zum Schluss wird in Tabelle 6.10 versucht, ein vollständigeres Bild von dem Vierjahreszeitraum 1994 bis 1997 für alle 13 EU-Mitgliedstaaten zu präsentieren, für die Längsschnittdaten für mindestens drei Jahre vorliegen. In Tabelle 6.9 sind die Ergebnisse in Panel C nicht mit denen von A und B vergleichbar, weil die Bezugszeiträume unterschiedlich lang sind. Anhand des folgenden vereinfachten Verfahrens wurde aus Tabelle 6.9 Tabelle 6.10 erstellt.

Für jedes Maß wurde für alle Panels A bis C ein einfacher Durchschnitt der Länder berechnet, die in Panel C von Tabelle 6.9 enthalten sind. Das Verhältnis zwischen dem Durchschnitt (gemeinsamer Wert für die Ländergruppe) für Panel C und dem für Panel A ergibt den Faktor, mit dem statistische Angaben für Länder, die in Panel A enthalten sind, aber nicht in Panel C (Deutschland, Vereinigtes Königreich und Luxemburg) multipliziert und dann in Panel C eingesetzt werden. Das Verhältnis zwischen dem Durchschnitt für Panel C und dem für Panel B ergibt den Faktor, mit dem statistische Angaben für Länder, die in Panel B enthalten sind, aber nicht in Panel C (Österreich) multipliziert und dann in Panel C eingesetzt werden.

Tabelle 6.10. Indikatoren der mittleren, akuten und dauerhaften nichtmonetären Benachteiligung in der Lebensführung im Vergleich zu einkommensbezogenen Armutsgefährdungsquoten für die Erhebungsjahre 1994-1997, einschließlich Schätzwerten für Länder mit Paneldaten aus nur 3 Jahren: UK, A, D, L für nichtmonetäre Variablen; A und L für einkommensbezogene Variablen

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	UK	average
Gesamtindikator der nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung														
mittlerer Indikator für den gesamten Zeitraum	14	10	12	28	22	15	16	16	9	10	12	34	16	16,6
Index der akuten Benachteiligung	23	18	18	41	34	24	26	25	15	17	20	46	23	25,2
Index der dauerhaften Benachteiligung*	10	7	6	24	19	13	13	12	4	8	9	30	10	12,8
Verhältnisse														
akute/mittlere Benachteiligung	1,7	1,7	1,5	1,5	1,5	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,3	1,4	1,56
dauerhafte/mittlere Benachteiligung*	0,8	0,7	0,5	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8	0,5	0,8	0,7	0,9	0,6	0,74
Einkommensbezogene Armutsgefährdungsquote (60% des Medians)														
mittlere Quote für den gesamten Zeitraum	18	9	13	21	20	16	19	18	12	10	12	23	19	16,2
akute Armutsgefährdungsquote	33	20	24	38	38	27	32	34	24	21	25	38	34	29,7
dauerhafte Armutsgefährdungsquote	13	5	9	16	14	12	14	12	6	7	7	19	14	11,3
Verhältnisse														
akute/mittlere Armutsgefährdungsquote	1,8	2,3	1,9	1,8	1,9	1,7	1,7	1,9	2,0	2,0	2,0	1,6	1,8	1,87
dauerhafte/mittlere Armutsgefährdungsquote*	0,7	0,5	0,7	0,8	0,7	0,8	0,8	0,7	0,5	0,7	0,6	0,8	0,7	0,68

* „Dauerhaft“ bedeutet Armutsgefährdung oder Benachteiligung für mindestens drei der vier Jahre

* „akut“ bezieht sich auf Benachteiligung für mindestens ein Jahr im Zeitraum

*D und UK: Nichtmonetäre Indikatoren basieren auf den ursprünglichen ECHP-Stichproben (1994-1996). Einkommensbezogene Armutsgefährdungsquoten basieren auf vorhandenen nationalen Panelerhebungen (1994-1997)

Das Ergebnis (Tabelle 6.10) hilft, ein vollständigeres und schlüssigeres Bild von den Schwankungen zwischen den Ländern zu vermitteln, als es anhand der Originaldaten möglich ist.

Im Schnitt waren in einem EU-Land während des Vierjahreszeitraums 1994 bis 1997 25 % der Bevölkerung mindestens ein Jahr lang nichtmonetär bzw. in der Lebensführung benachteiligt, und 13 % waren dauerhaft benachteiligt (mindestens drei von den vier Jahren). Die entsprechende Quote der mittleren querschnittlichen Benachteiligung lag zu jeder Zeit bei rund 17 %.

Am höchsten waren die Quoten für Portugal, mit 46 % (d. h. fast die Hälfte der Bevölkerung des Landes) bei der akuten Benachteiligung, 30 % (d. h. ein Drittel der Bevölkerung) bei der dauerhaften Benachteiligung und einer mittleren querschnittlichen Quote von 34 %.

Im Gegensatz dazu lauteten die entsprechenden Zahlen in den Niederlanden, in Dänemark und in Luxemburg: 15 bis 18 % akute Benachteiligung; 4 bis 8 % dauerhafte Benachteiligung und 9 bis 10 % akute querschnittliche Benachteiligung.

6.5. Fazit

In diesem Kapitel haben wir die im ECHP enthaltenen Indikatoren für die nichtmonetäre Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung analysiert und fünf Dimensionen herausgearbeitet:

- Primäre Benachteiligung in der Lebensführung bezieht sich auf Positionen wie Nahrung und Bekleidung, Urlaub mindestens einmal pro Jahr, Ersatz verschlissener Einrichtungsgegenstände und Fristüberschreitungen bei fälligen Zahlungen.
- Sekundäre Benachteiligung in der Lebensführung umfasst Positionen, die als weniger wichtig erachtet werden, z. B. Pkw, Telefon, Farbfernsehgerät, Videorekorder, Mikrowelle oder Geschirrspülmaschine.
- Benachteiligung im Hinblick auf die Wohnungsausstattung bezieht sich auf Ausstattungsmerkmale, die als wichtig erachtet werden, wie das Vorhandensein von Bad oder Dusche, Innen-WC und fließendem Wasser.
- Wohnungsmängel beziehen sich auf solche Mängel wie ein undichtes Dach, Nässe sowie Fäulnis in den Fensterrahmen oder in den Fußböden.

- Benachteiligung im Hinblick auf das Wohnumfeld bezieht sich auf Probleme wie Lärm, Schmutz, Vandalismus sowie Platz- und Lichtmangel.

Bei der querschnittlichen vergleichenden Analyse der obigen Dimensionen der Benachteiligung zeigte sich eine erhebliche Schwankungsbreite von Land zu Land. Griechenland und Portugal weisen den höchsten Grad der Benachteiligung bei der Wohnungsgrundausrüstung und bei der primären Benachteiligung in der Lebensführung auf. Benachteiligung durch Wohnungsmängel wird überdurchschnittlich in Portugal, Frankreich und im Vereinigten Königreich und im geringeren Maße in Luxemburg und Belgien angeführt. Akutere Probleme im Wohnumfeld, die sich auf die Lebensbedingungen auswirken, sind in den Niederlanden, Luxemburg und Italien anzutreffen. Bei der sekundären Benachteiligung in der Lebensführung liegen – relativ gesehen – Irland und Portugal über dem Durchschnitt vor Spanien und Griechenland und in geringerem Maße Deutschland.

Benachteiligung in der Lebensführung und Bedrohung durch Einkommensarmut unterscheiden sich im sozialen Profil nicht sehr stark, jedoch ist das Gefälle im Allgemeinen weniger markant. Das gilt auch für ressourcenbezogene Variablen wie Bildung oder soziale Schicht, aus denen sich die Gefahr der Einkommensarmut am besten erklären lässt. Die bemerkenswerteste Ausnahme bildet die Situation von Staatsbürgern aus Drittländern, deren ungünstige Position bezüglich der Bedrohung durch Einkommensarmut im Hinblick auf die nichtmonetäre Benachteiligung ebenso ungünstig bleibt.

Zudem machte die Längsschnittanalyse der Benachteiligung in der Lebensführung deutlich, dass die nichtmonetäre Benachteiligung ebenso wie die Gefahr der Einkommensarmut anhaltend ist, d. h. sie betrifft die selben Einzelpersonen über lange Zeit sogar in noch stärkerem Maße als die Gefahr der Einkommensarmut. Der Unterschied zwischen nichtmonetären Indikatoren und einkommensbezogenen Indikatoren beträgt dabei rund 15 %.

7. Gefahr der Einkommensarmut und Benachteiligung in der Lebensführung

Im vorangegangenen Kapitel haben wir begonnen, das Verhältnis zwischen einkommensbezogener Armutsgefährdung und nichtmonetärer Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung zu erforschen und konnten zeigen, dass zwar zwischen den beiden eindeutig ein Zusammenhang besteht, dieser aber in den einzelnen Ländern und Untergruppen der Bevölkerung sowohl im Umfang als auch in der Größenordnung unterschiedlich ausfällt. In diesem Kapitel wollen wir die Analyse weiterführen.

Dabei wollen wir uns vor allem auf die Dimensionen der Benachteiligung in der Lebensführung konzentrieren, die in Kapitel 6 ermittelt wurden und hier noch einmal aufgeführt werden sollen:

- Primäre Benachteiligung in der Lebensführung – bezieht sich auf die Schwierigkeit, sich bestimmte Dinge leisten zu können, wie eine Reihe von Nahrungsmitteln, Bekleidung, Urlaub mindestens einmal pro Jahr, Ersatz verschlissener Einrichtungsgegenstände, sowie darauf, bei fälligen Zahlungen in Zahlungsrückstand geraten zu sein.
- Sekundäre Benachteiligung in der Lebensführung – umfasst Positionen, die als weniger wichtig erachtet werden, z. B. Pkw, Telefon, Farbfernsehgerät, Videorekorder, Mikrowelle oder Geschirrspülmaschine.
- Wohnungsmängel – Mängel wie ein undichtes Dach, Nässe sowie Fäulnis in den Fensterrahmen oder in den Fußböden.
- Wohnungsausstattung – Ausstattungsmerkmale wie das Vorhandensein von Bad oder Dusche, Innen-WC und fließendem Wasser.
- Probleme im Wohnumfeld – Durch Lärm, Schmutz, Vandalismus sowie Platz- und Lichtmangel bedingte Probleme.

Die Dimensionen der Benachteiligung und ihr Zusammenhang mit den subjektiv erfahrenen wirtschaftlichen Belastungen der Auskunftspersonen sollen im Mittelpunkt der nun folgenden Analyse stehen. Darüber hinaus geht es in dem Kapitel um Kriterien, die das zentrale Thema von Debatten über soziale Ausgrenzung bildeten wie Gesundheitszustand, soziale Beziehungen und soziale Beteiligung.

Zur Sicherstellung der Vergleichbarkeit der Indikatoren der Lebensführung ist es notwendig, für Deutschland, Luxemburg und das Vereinigte Königreich Querschnittsinformationen aus Welle 3 heranzuziehen und die Längsschnittdaten unter Verwendung der ersten drei Wellen durchzuführen. Für Österreich benutzen wir die Wellen 2 bis 4. Schweden nehmen wir aus, weil die erforderlichen Angaben nicht vorliegen.

7.1. Eine Querschnittsanalyse von Gefahr der Einkommensarmut und Benachteiligung in der Lebensführung

Was bedeutet es, im Hinblick auf die Lebensführung von Einkommensarmut bedroht zu sein? Die ECHP-Daten bieten eine hervorragende Möglichkeit, in dieser Hinsicht ein detailliertes Bild für eine Reihe europäischer Länder zu erhalten. Zunächst legen wir eine eingehende Analyse anhand der einzelnen Positionen vor und wenden uns dann zusammengesetzten Indizes zu. Die relative Armutsgefährdungsschwelle von 60 % des Medianeinkommens, die wir hier verwenden, wird bislang am häufigsten genutzt. Für die zentralen Schlussfolgerungen, die wir ziehen wollen, ist die Wahl der Einkommensgrenze jedoch nicht besonders aussagekräftig.

Tabelle 7.1 zeigt für die Länder das Ausmaß der primären Benachteiligung (d. h. ob der Einzelne sich grundlegende Dinge leisten kann) für jene, deren Einkommen unterhalb von 60 % des Medianeinkommens liegt. Insbesondere geben viele an, dass sie sich nicht jedes Jahr einen Urlaub leisten oder verschlissene Einrichtungsgegenstände ersetzen können. Der Anteil der einkommensbezogenen Armutsgefährdeten, die angeben, sich keinen Urlaub leisten zu können, reicht von einem Viertel der Haushalte in Dänemark bis zu vier Fünfteln der Haushalte in Spanien und neun Zehnteln der Haushalte Portugals. Ebenso geht der Prozentsatz derjenigen, die einkommensarmutsgefährdet sind und keine verschlissenen Einrichtungsgegenstände ersetzen können, von 40 bis 50 % in Deutschland, Dänemark, Irland, Luxemburg und den Niederlanden bis zu 80 % in Spanien und gar 96 % in Griechenland. Wie Tabelle 7.1 zeigt, besteht in Europa ein Unterschied zwischen Südeuropa und dem übrigen Europa hinsichtlich der erfahrenen Benachteiligungen von Personen, die in von Einkommensarmut bedrohten Haushalten leben.

Bei den Positionen, die die Anschaffung neuer Kleidung oder die Einladung von Freunden oder Verwandten betreffen, ist der Grad der Benachteiligung geringer. Zur Benachteiligung bei diesen Positionen melden die Dänen sehr niedrige Werte. Aber in jedem anderen Land gibt mindestens einer von fünf Antwortenden an, dass es bei diesen Positionen starke Defizite gibt. Was den Ersatz alter Kleidungsstücke anbelangt, sind die Haushalte in Portugal und Griechenland besonders stark benachteiligt (68 bzw. 53 %). Ähnlich haben die von

Einkommensarmut Bedrohten in Portugal und Griechenland wahrscheinlich größere Schwierigkeiten, Gäste einzuladen, als entsprechend benachteiligte Haushalte in anderen europäischen Ländern. Aber in den anderen Ländern ist die Situation recht unterschiedlich. So beträgt die Zahl in den Niederlanden nur 19 %, während sie in Italien fast 35 % erreicht. In den übrigen Ländern bewegt sich der Anteil von Anfang 20 % bis zu Anfang 30 %. Bei den Positionen, bei denen danach gefragt wird, ob sich die Betroffenen Fleisch, Geflügel und Fisch leisten können, und die eventuelle Schulden betreffen, ist der Grad der Benachteiligung viel geringer, obwohl Griechenland in jedem Fall eine Ausnahme bildet, da sich von zwei Befragten einer benachteiligt fühlt.

Tabelle 7.1. Ausmaß der primären Benachteiligung Von Personen mit einem Einkommen unterhalb von 60 % des Medianeinkommens in Welle 4

	% Benachteiligte						
	Ausreichende Heizung	Jährlicher Urlaub	Neue Möbel	Neue Kleidung	Mahlzeit mit Fleisch usw.	Freunde/Verwandte einladen	Schulden
B	9	49	54	24	7	30	18
DK	2	26	43	6	3	9	7
D	3	41	48	38	10	29	9
EL	69	87	96	53	51	64	50
E	76	81	80	17	5	26	20
F	15	70	65	23	11	28	28
IRL	22	62	42	24	10	25	33
I	42	71	82	33	15	34	16
L	6	52	48	21	13	29	13
NL	8	41	51	35	7	19	11
A	6	51	67	17	11	23	7
P	85	91	90	68	22	39	20
FIN	7	64	70	25	16	25	24
UK	11	63	68	34	16	24	30

Vor allem in Irland und Griechenland hat ein hoher Prozentsatz der Haushalte Erfahrungen mit Schulden. In südeuropäischen Ländern leben erheblich mehr Menschen in Haushalten, die ihre Wohnungen nicht angemessen heizen können. Nach den südeuropäischen Ländern folgt Irland gemessen an der Zahl der Personen aus von Einkommensarmut bedrohten Haushalten, die Schwierigkeiten haben, ihre Wohnungen angemessen zu heizen.

In Tabelle 7.2 wird aufgezeigt, wie die sekundäre Dimension der nichtmonetären Benachteiligung auf die Länder verteilt ist. Bemerkenswert ist, dass der Grad der Benachteiligung bei diesen Positionen bedeutend niedriger ist. In nur wenigen Fällen berichten mehr als 50 % der Befragten über einen erhöhten Mangel an den betreffenden Gütern. Dies ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass der Geschmack bei diesen Faktoren eine größere Rolle spielt und dass solche Gegenstände bereits vor einiger Zeit erworben worden sein können und daher durch kurzfristige Veränderungen der Einkommenssituation weniger beeinflusst werden. Die am häufigsten fehlenden Positionen sind Auto und Geschirrspülmaschine. Die höchsten Angaben über ein fehlendes Auto sind mit fast 50 % in Portugal zu verzeichnen. In Belgien, Deutschland, Spanien, Irland und Griechenland sind es 20 bis 30 %. In

Tabelle 7.2. Ausmaß der sekundären Benachteiligung bei Personen mit einem Einkommen unterhalb von 60% des Medianeinkommens in Welle 4

	% Benachteiligte					
	PKW oder Lieferwagen zur privaten Nutzung	Farbfernsehgerät	Videorekorder	Mikrowelle	Geschirrspülmaschine	Telefon
B	24	4	10	19	22	4
DK	17	3	7	10	6	4
D	27	2	20	22	34	3
EL	30	6	30	30	46	7
E	24	1	26	41	53	16
F	13	5	13	15	22	4
IRL	29	2	15	19	33	23
I	6	1	16	15	24	8
L	13		8	15	17	
NL	15	2	10	13	12	2
A	13	2	15	11	19	6
P	46	14	49	57	57	34
FIN	18	6	15	15	17	9
UK	17	2	7	9	33	1

allen anderen Fällen liegt die Zahl unter 20 %, und außergewöhnlich niedrig ist der Prozentsatz mit 6 % in Italien. Eher vorhersagbar ist, dass die höchsten Zahlen für fehlende Geschirrspülmaschinen mit 57, 53 und 46 % in Portugal, Spanien bzw. Griechenland zu finden sind. Das andere Extrem bilden Dänemark und die Niederlande mit Angaben unter 12 %. Die übrigen Länder melden Zahlen um die 15 bis um die 30 %, wobei Finnland, Luxemburg und Österreich am unteren Ende des Bereichs liegen und Irland und Deutschland am oberen Ende. Was die fehlende Ausstattung der Haushalte mit einem Mikrowellengerät anbelangt, bestehen große Unterschiede zwischen südeuropäischen Ländern (außer Italien) und dem restlichen Europa. Im Süden besitzen über 30 % keine Mikrowelle, obwohl sie gern eine hätten, während im übrigen Europa weniger als 20 % diese Angabe machen. Ein recht ähnliches Muster ist beim Videorekorder sowie beim Farbfernsehgerät festzustellen, wenn der Grad der Unterversorgung auch weit niedriger ausfällt, vor allem beim Farbfernseher. Beim Telefon liegen die Angaben über nicht vorhandene Geräteausstattung nur in Spanien, Irland und Portugal über 10 %.

In Tabelle 7.3 geht es um die Positionen, die Wohnungsmängel betreffen. Zwischen den Ländern sind krasse Unterschiede im Ausmaß festzustellen, in dem Personen, die in von Einkommensarmut bedrohten Haushalten leben, bei diesen Positionen benachteiligt sind. Bei einer Gruppe von sechs Ländern – Dänemark, Deutschland, Luxemburg, Österreich, Finnland und Italien – sind in allen drei Positionen extrem niedrige Werte zu verzeichnen.

Tabelle 7.3. Ausmaß der sekundären Benachteiligung bei Personen mit einem Einkommen unterhalb von 60% des Medianeinkommens in Welle 4

	% Benachteiligte		
	Undichtes Dach	Nässe	Fäulnis
B	8	27	10
DK	2	2	7
D	5	7	7
EL	22	26	15
E	17	32	8
F	7	33	21
IRL	5	22	20
I	7	5	6
L	4	13	6
NL	8	20	21
A	5	16	7
P	31	55	47
FIN	5	5	4
UK	5	24	13

Hingegen sehen sich sehr viele Menschen in einkommensbezogen armutsgefährdeten Haushalten Portugals, in größerem Abstand gefolgt von entsprechenden Haushalten in Griechenland und Spanien, mit Wohnungsmängeln konfrontiert. In Frankreich geben 33 % der Personen aus einkommensbezogen armutsgefährdeten Haushalten Wohnungsmängel in Form von Nässe und in Irland, im Vereinigten Königreich und in den Niederlanden eine niedrigere, aber beachtliche Zahl Mängel in Form von Nässe und Fäulnis an.

Tabelle 7.4. Ausmaß der Benachteiligung bezüglich der Wohnungsausstattung bei Personen mit einem Einkommen unterhalb von 60% des Medianeinkommens in Welle 4

	% Benachteiligte		
	Bad oder Dusche	WC	Fließend Warmwasser
B	6	5	6
DK	6	4	1
D	4	3	5
EL	10	12	77
E	2	1	5
F	5	7	4
IRL	3	2	5
I	2	2	3
L	2		6
NL	2	1	1
A	4	7	3
P	24	21	31
FIN	7	6	5
UK	0	0	0

Tabelle 7.5. Ausmaß der Benachteiligung bezüglich der Wohnungsausstattung bei Personen mit einem Einkommen unterhalb von 60% des Medianeinkommens in Welle 4

	%Benachteiligte				
	Platzmangel	Lärm	Lichtmangel	Schmutz	Kriminalität oder Vandalismus
B	30	28	12	11	22
DK	17	14	2	7	7
D	15	38	6	13	13
EL	35	19	15	8	4
E	35	33	17	12	21
F	22	34	12	15	28
IRL	27	25	11	14	23
I	30	43	14	26	25
L	15	27		17	9
NL	19	39	10	9	25
A	19	26	10	8	8
P	44	16	30	16	17
FIN	28	38	7	23	26
UK	26	30	14	14	22

Aus Tabelle 7.4 ist ersichtlich, dass die breite Mehrheit der Antwortenden, die von Einkommensarmut bedroht sind, nicht über Probleme mit der Wohnungsausstattung berichtet. Portugal, wo in einer großen Anzahl von Häusern grundlegende Ausstattungsmerkmale fehlen, und Griechenland, wo viele Haushalte über kein warmes Wasser verfügen, sind signifikante Ausnahmen. Bei den Positionen, die das Wohnumfeld betreffen und um die es in Tabelle 7.5 geht, sind die Zahlen etwas höher. Zu beachten ist jedoch, dass der Prozentsatz derjenigen, die diesbezüglich eine Benachteiligung angeben, in keinem Fall eine Mehrheit der von Einkommensarmut Bedrohten darstellt, und dass nur in einer geringen Zahl von Fällen die in dieser Hinsicht Benachteiligten mehr als ein Drittel ausmachen. Die wohnumfeldbezogenen Positionen unterscheiden sich ziemlich deutlich von den anderen Benachteiligungspositionen, die wir bislang betrachtet haben. Mit Ausnahme der den Platzmangel betreffenden Position ist die Benachteiligung in den südeuropäischen Ländern, sofern überhaupt vorhanden, jeweils geringer als in den anderen Ländern. Lärm und Platzmangel sind die Probleme, über die in den Ländern am häufigsten berichtet wird, wobei die Zahlen in beiden Fällen um Medianwerte von ungefähr 30 % schwanken.

Der Grad der Benachteiligung, der starke Verschmutzung und ungenügendes Tageslicht betrifft, fällt deutlich niedriger aus. Hinsichtlich Schmutz macht in Italien jede vierte Auskunftsperson entsprechende Angaben, in Bezug auf Lichtmangel in Portugal jede dritte. Die Position Kriminalität und Vandalismus ist besonders wegen der weit verbreiteten Vorurteile interessant, die Armen würden sich in Stadtvierteln konzentrieren, die mit solchen Problemen zu kämpfen haben. Der Kriminalitätsgrad wird mit 28 % am höchsten für Frankreich angegeben. Um diesen Prozentsatz gruppieren sich mit Werten zwischen 21 und 26 % sieben Länder. Schließlich geben Länder wie Dänemark, Luxemburg, Österreich und Griechenland Werte unter 10 % an. Im Gegensatz zu den vorherrschenden Annahmen berichtet eine deutliche Mehrheit der von Einkommensarmut bedrohten Befragten nicht über Kriminalitäts- und Vandalismusprobleme.

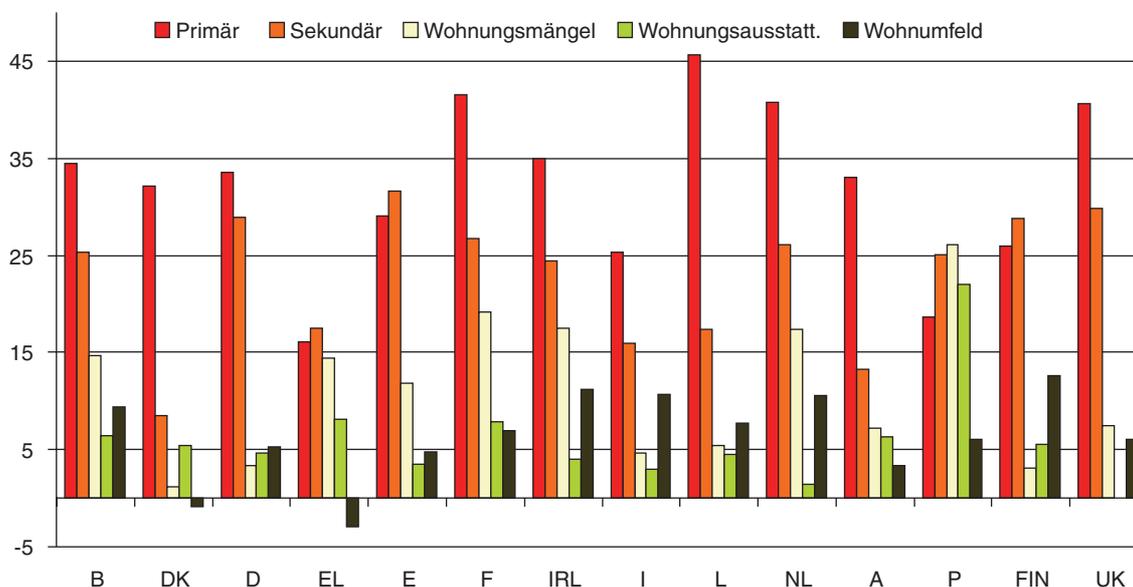
Bislang haben wir uns nur mit dem Ausmaß befasst, in dem Befragte, die einkommensbezogen armutsgefährdet sind, solchen Schwierigkeiten gegenüber stehen. In Abbildung 7.1 geht es um die diesbezügliche, aber davon recht verschiedene Frage nach dem Grad, in dem sich diese Auskunftspersonen hinsichtlich der Dimensionen der Benachteiligung von anderen unterscheiden. Zu diesem Zweck benutzen wir für jede Dimension den einfachen, aber glücklicherweise effektiven Indikator des Anteils derjenigen, bei denen zumindest eine Position nicht vorhanden ist, und berechnen den prozentualen Unterschied zwischen denjenigen, die unter 60 % des Medianeinkommens liegen, und allen anderen. So stellen wir für die primäre Dimension fest, dass der größte Unterschied zwischen denen, die unter 60 % des Medianeinkommens liegen, und allen anderen in Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden besteht, wo bei über 40 % der Erstgenannten eine der primären Positionen nicht vorhanden ist. In acht anderen Ländern liegt der Anteil im Bereich von 25 und 38 %. Die geringsten Unterschiede gibt es in Portugal und Griechenland, wo natürlich das Gesamtausmaß der Benachteiligung am höchsten ist. Insgesamt erweisen sich die primären Positionen in den Ländern der Europäischen Union als bemerkenswert konsistente Unterscheidungsmerkmale zwischen Armutsgefährdeten und nicht durch Armut Gefährdeten.

Wenn wir uns der sekundären Benachteiligung zuwenden, stellen wir fest, dass bei diesen Positionen auch durchweg ein Unterschied zwischen einkommensbezogen Armutsgefährdeten und nicht Gefährdeten besteht,

jedoch ist der Grad des beobachteten Unterschieds in den meisten Fällen weniger ausgeprägt, und die Größenordnung des Unterschieds schwankt etwas stärker. Das größte Gefälle ist mit 32 % in Spanien zu verzeichnen, gefolgt vom Vereinigten Königreich mit 30 %. Im

Bereich von 24 bis 29 % ist eine Gruppe von sieben Ländern zu finden, zu der Deutschland, Finnland, Frankreich, die Niederlande, Portugal und Belgien gehören. In Österreich, Italien, Luxemburg und Griechenland bewegt sich die Differenz zwischen 13 und 17 %. Am wenigsten aussagefähig sind die Positionen in Dänemark, wo der Unterschied nur 9 % beträgt. Dennoch zeigt sich bei den Positionen der sekundären Benachteiligung durchgängig der Unterschied zwischen Armutsgefährdeten und nicht durch Armut Gefährdeten, wenn auch weniger deutlich.

Abb. 7.1. Unterschied zwischen den Personen, die unterhalb und oberhalb der Armutsgefährdungsgrenze (60% des medianen Einkommens) liegen, im Anteil derjenigen, denen mindestens jeweils eine Position bei den Dimensionen der Benachteiligung fehlt



Bei den Wohnungsmängeln verhält sich die Sache anders. In Dänemark, Deutschland, Luxemburg, Finnland und Italien übersteigt der prozentuale Unterschied nicht 5 %. In Österreich und im Vereinigten Königreich beträgt der Unterschied weniger als 10 %, und in fünf anderen Ländern liegt der Wert zwischen 14 und 19 %. Nur in Portugal übersteigt er 20 %. Bei den Positionen der Wohnungsausstattung ist das Bild eindeutiger. Lediglich im Falle von Portugal erweisen sie sich als effektive Unterscheidungsmerkmale. Bei den übrigen Ländern übersteigt der prozentuale Unterschied nicht 8 %. Die das Wohnumfeld betreffenden Positionen ergeben auch keine konsistente Unterscheidung. Für Finnland, die Niederlande, Irland und Italien werden Differenzwerte im Bereich von 11 bis 13 % beobachtet. In Dänemark und Griechenland sind die festgestellten Unterschiede sogar negativ, was darauf hindeutet, dass diejenigen, die nicht aufgrund des Einkommens armutsgefährdet sind, eigentlich mit größerer Wahrscheinlichkeit vor solchen Problemen stehen, obwohl die Unterschiede marginal sind. Bei den übrigen Ländern sind die Unterschiede positiv, jedoch mäßig. Somit erweisen sich bei den Befragten die primären und sekundären Positionen als wesentlich effektivere länderübergreifende Unterscheidungsmerkmale zwischen Armutsgefährdeten und nicht durch Armut Gefährdeten als die die Wohnung und das Wohnumfeld betreffenden Positionen.

7.2. Gefahr der Einkommensarmut, Gesundheit, soziale Beziehungen und subjektives Wohlbefinden

Obwohl die im vorangegangenen Abschnitt eingeführten Benachteiligungspositionen die zuverlässigsten Maße für die Benachteiligung in der Lebensführung aus dem ECHP darstellen, gibt es eine Reihe anderer Positionen, die zwar die hier betrachteten Bereiche weniger gut abdecken, aber dennoch in Debatten über soziale Ausgrenzung eine große Rolle spielen. Da sich unter den Gesichtspunkten der sozialen Ausgrenzung ein

Wechsel von der eindimensionalen zur mehrdimensionalen Perspektive anbot, hat sich das Interesse jetzt über die Einkommensarmut hinaus nicht nur auf den Verbrauch, sondern auch auf solche Dimensionen wie soziale Beziehungen, Gesundheit und subjektive Reaktionen auf wirtschaftliche Gegebenheiten erweitert. In diesem Abschnitt wollen wir uns den Zusammenhang zwischen diesen Bereichen und Einkommensarmut anschauen. Wir beginnen mit den sozialen Beziehungen und ziehen dazu zwei Indikatoren aus dem ECHP heran. Der erste betrifft den Kontakt zu Freunden oder Verwandten, die nicht zum eigenen Haushalt gehören, wobei der Indikator der Anteil derjenigen ist, die weniger als einmal im Monat derartige Kontakte haben. Der zweite betrifft die Mitgliedschaft in einem Klub oder einer Organisation, wobei unser Indikator der Prozentsatz derer ist, die nicht Mitglied solcher Organisationen sind. Die Ergebnisse für die einzelnen Länder sind in Tabelle 7.6 aufgeführt.

Wir stellen fest, dass soziale Ausgrenzung in Europa selbst unter den aufgrund des Einkommens Armutsgefährdeten sehr selten auftritt. In zehn der dreizehn Länder liegt der ermittelte Prozentsatz der Personen, die weniger als einmal monatlich Kontakte haben, bei unter 10 %, und die höchsten Werte sind mit 16 % in Luxemburg und Frankreich⁴⁶ sowie mit 19 % in Portugal zu verzeichnen. Somit erweist sich diese Variable als ein ziemlich unbefriedigendes Maß für die soziale Ausgrenzung, weil das Phänomen selbst bei Armutsgefährdeten recht selten zu beobachten ist. Bei der Mitgliedschaft in Organisationen ist genau das Gegenteil der Fall. In jedem Land ist die Zahl derer, die angeben, nicht Mitglied einer Organisation zu sein, zu hoch, als dass diese Position als effektiver Indikator genutzt werden könnte. Mit Ausnahme von Dänemark gibt in jedem Land einer von zwei Befragten an, dass er nicht Mitglied einer Gruppe ist, und in zehn der dreizehn Länder kommt die Zahl dicht an zwei Drittel der Auskunftspersonen heran oder liegt darüber. Wenn also ein Zusammenhang zwischen Einkommensarmut und sozialer Ausgrenzung hergestellt werden soll, so wird es notwendig sein, über die im ECHP enthaltenen Indikatoren hinaus zu gehen (siehe auch Diskussion im vorhergehenden Kapitel).

Wenn wir uns nun dem Gebiet der Gesundheit zuwenden, ergibt sich erneut das Problem einer Vielzahl von Indikatoren mit sehr verschiedenen Verteilungen, und wir stehen vor gewaltigen Auslegungsproblemen. Zunächst widmen wir uns der Frage nach der allgemeinen Gesundheit und trennen diejenigen, die ihre Gesundheit als „schlecht“ oder „sehr schlecht“ angeben, von allen anderen. Aus Tabelle 7.6 wird deutlich, dass nur eine Minderheit der von Einkommensarmut Bedrohten ihre Gesundheit als schlecht ansieht. Nur im Falle Portugals liegt die Zahl beträchtlich über einem Sechstel. Das Schwankungsmuster, bei dem die von einkommensbezogenen Armutsgefährdeten in Irland und den Niederlanden angeführten Quoten halb so hoch sind wie die Angaben von Personen, die sich anderswo in der gleiche Situation befinden, würde uns auch veranlassen, bei der Interpretation dieser Zahlen vorsichtig zu sein. Dagegen sind die Angaben über chronische Gesundheitsprobleme wesentlich höher. Anders als man erwarten würde, sind die höchsten Quoten jedoch nicht in den ärmeren Ländern zu finden. Vielmehr sind die höchsten Quoten von über 40 % in Dänemark und im Vereinigten Königreich festzustellen. Zur nächsten Gruppe von Ländern, die Zahlen über 30 % angeben, gehören Finnland, Portugal, Deutschland und Österreich. Dann folgt eine Gruppe von Ländern mit Werten über 20 %, zu denen Frankreich, Irland, die Niederlande, Spanien, Griechenland und Belgien zählen. Der niedrigste Grad ist mit jedem siebenten Befragten in Italien zu finden. Wir würden empfehlen, bei der Interpretation solcher Indikatoren als Maß für die soziale Ausgrenzung große Vorsicht walten zu lassen.

Die Muster, die die subjektiven Einschätzungen der wirtschaftlichen Verhältnisse des Einzelnen widerspiegeln, sind wesentlich einfacher. Wenn wir uns als Erstes den Anteil derjenigen ansehen, die mit ihrer finanziellen Situation unzufrieden sind, stellen wir fest, dass außer in Dänemark und den Niederlanden eine Mehrheit der Armutsgefährdeten unzufrieden ist. Die meisten Unzufriedenen sind in den südeuropäischen Ländern zu finden, wo der Prozentsatz von 77 % in Spanien bis zu 93 % in Griechenland reicht. Frankreich, Irland und Finnland haben die nächsthöheren Werte mit 70 % als höchstem und 60 % als niedrigstem Anteil. Belgien, das Vereinigte Königreich und Österreich weisen etwas niedrigere Werte auf; dort bringt jeder zweite Antwortende Unzufriedenheit zum Ausdruck.

Übereinstimmend mit unserer vorhergehenden Analyse der Dimensionen der Benachteiligung ist der Grad der Unzufriedenheit mit der Wohnung bedeutend geringer, nur in Griechenland äußert eine Mehrheit Unzufriedenheit. Wiederum sind die höchsten Werte in den südeuropäischen Ländern festzustellen, wobei die Zahlen von 31 % in Spanien bis zu 59 % in Griechenland reichen. In keinem anderen Land geht die Zahl derer, die Unzufriedenheit äußert, erheblich über ein Viertel der Befragten hinaus.

⁽⁴⁶⁾ Dabei ist jedoch zu beachten, dass diese Frage in Frankreich etwas anders formuliert wurde als in den anderen Ländern.

Tabelle 7.6. Grad der Benachteiligung bezüglich Gesundheitszustand, sozialen Kontakten und Zufriedenheit von Personen mit einem Einkommen unterhalb von 60% des medianen Einkommens, 1996

%	Allgemeine Gesundheit	Chronische Gesundheitsprobleme	Mitgliedschaft in Vereinen usw	Leute treffen	Zufriedenheit mit der finanziellen situation	Zufriedenheit mit der Wohnungssituation	Wirtschaftliche Belastungen
B	10	21	68	13	53	19	29
DK	12	42	44	5	30	12	23
D	13	32	59	9	61	24	21
EL	15	26	94	2	93	59	83
E	14	25	83	2	77	31	62
F	11	29	84	16	70	16	40
IRL	7	26	73	1	63	26	52
I	14	14	88	8	82	44	42
L	16	35	74	16	56	13	35
NL	5	25	65	2	46	15	36
A	15	32	62	12	49	13	39
P	39	38	92	19	90	45	67
FIN	10	38	56	4	60	27	36
UK	13	42	63	5	51	22	35

Unser letztes Maß des subjektiven Wohlbefindens betrifft die Frage, wie schwer es Haushalten fällt, über die Runden zu kommen. Von besonderem Interesse ist dieses Maß deshalb, weil wir in diesem Falle von vornherein davon ausgehen würden, dass es sehr stark mit der einkommensbezogenen Armutsgefährdung zusammenhängt. Wir unterscheiden zwischen denen, die „eine Menge“ oder „ziemliche viele Schwierigkeiten“ haben zurechtzukommen, und allen anderen. Auf jeden Fall ist die Zahl derer, die Schwierigkeiten haben, geringer als die Zahl derer, die Unzufriedenheit mit ihrer finanziellen Situation zum Ausdruck bringen. Unserer Ansicht nach liegt dies wahrscheinlich daran, dass es durchaus möglich ist, sich nicht angemessen bezahlt zu fühlen, ohne eine wirtschaftliche Belastung zu empfinden. Die höchsten Werte für wirtschaftliche Belastungen sind in Griechenland, Portugal und Spanien mit 83, 67 bzw. 62 % zu verzeichnen. Dann folgt Irland, wo jede zweite Auskunftsperson angibt, zumindest mit einer ziemlich hohen wirtschaftlichen Belastung konfrontiert zu sein. Erheblich niedrigere Werte zwischen 30 und 40 % sind in Italien, Frankreich, Österreich, Finnland, den Niederlanden, im Vereinigten Königreich und in Belgien festzustellen. Mit gerade einmal einer von vier Antworten fallen die Werte in Dänemark und Deutschland am niedrigsten aus.

7.3. Dauerhafte Gefahr der Einkommensarmut und Benachteiligung in der Lebensführung

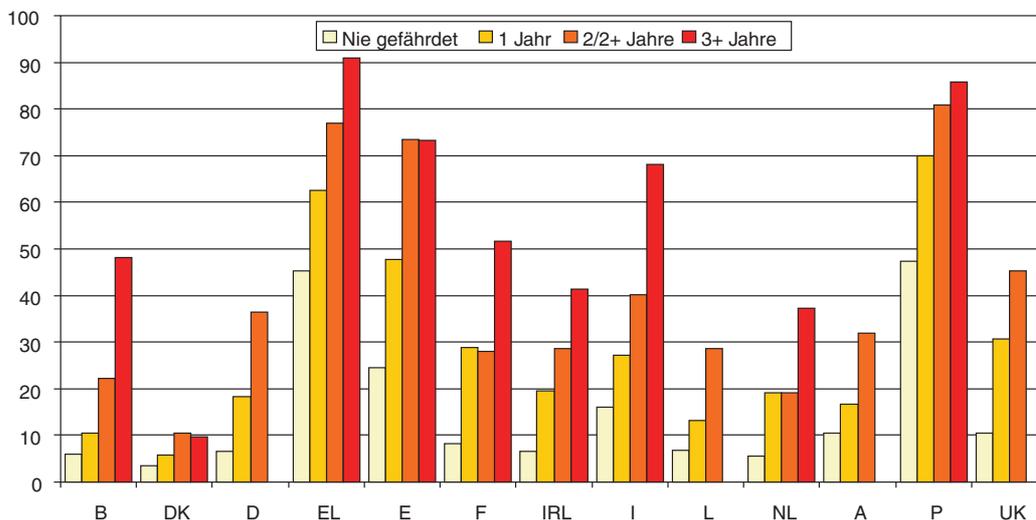
Bislang haben wir unser Hauptaugenmerk auf die Querschnittsanalyse der einkommensbezogenen Armutsgefährdung beschränkt. Eine der wichtigsten Chancen, die der ECHP-Datensatz bietet, besteht jedoch darin, die Vorteile seiner Längsschnittmöglichkeiten zu nutzen und die Maße der Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung zu berechnen und mit ihnen zu operieren. Hier möchten wir uns der Möglichkeit bedienen, eine zeitliche Dimension zu verwenden, um unser Verständnis vom Zusammenhang zwischen einkommensbezogener Armutsgefährdung und Benachteiligung zu verbessern.

In der nachfolgenden Analyse definieren wir den Begriff dauerhafte einkommensbezogene Armutsgefährdung einfach als Unterschreitung von 60 % des medianen Äquivalenzeinkommens in mindestens drei von vier Jahren, das letzte Jahr eingeschlossen. Wir möchten den Leser nochmals daran erinnern, dass wir dieses Verfahren in einigen Fällen anpassen mussten. Für Österreich verfügen wir nur über Daten aus drei Jahren, weshalb wir dauerhafte Armutsgefährdung als Armutsgefährdung in mindestens zwei von drei Jahren definieren. Da in der vierten Welle geeignete Angaben zur Benachteiligung für Deutschland, Luxemburg und das Vereinigte Königreich fehlen, müssen wir für diese Länder dieselbe Strategie anwenden. Zudem müssen wir Finnland aus unserer Analyse herausnehmen, weil dieses Land nur zwei Jahre in die Beobachtungen einbezogen war.

Abbildung 7.2 verdeutlicht den Zusammenhang zwischen dem Grad der Exposition gegenüber der Gefahr der Einkommensarmut und dem Ausmaß der Benachteiligung. Insbesondere geht es dabei um den Anteil derjenigen, die einen Mangel an drei oder mehr Positionen der primären Benachteiligung angeben,

aufgeschlüsselt nach der Anzahl der Jahre, in denen Armutsgefährdung bestand. Im Allgemeinen besteht ein eindeutiger und auffallender Zusammenhang zwischen dem Grad der Exposition gegenüber einkommensbezogener Armutsgefährdung im Zeitverlauf und der Exposition gegenüber primärer Benachteiligung. Belgien bietet ein gutes Beispiel für den im Allgemeinen stetigen Zusammenhang. Von denen, die überhaupt nicht von einkommensbezogener Armutsgefährdung betroffen waren, mangelt es nur 6 % an drei oder mehr Positionen, die als Indikatoren der primären Benachteiligung dienen. Dieser Prozentsatz steigt auf 11 % bei jenen, die einmal von Einkommensarmut bedroht waren, dann auf 22 % bei jenen, die zweimal armutsgefährdet waren, und erreicht schließlich seinen Höhepunkt mit 48 % bei jenen, die sich mindestens in drei von vier Jahren in dieser Situation befanden. In Irland verhält es sich ähnlich, wobei ein stetiger Anstieg des Prozentsatzes der Benachteiligten von 7 auf 20, dann auf 29 und schließlich auf 41 % zu verzeichnen ist. Von diesem Muster des stetigen Anstiegs gibt es einige kleinere Abweichungen, die aber die auffallende Regelmäßigkeit des Gesamtmusters wenig beeinträchtigen. Natürlich sind die Ausgangspunkte sehr verschieden. In Griechenland und Portugal gibt sogar von den überhaupt nicht von Einkommensarmut bedrohten Personen kaum weniger als jede zweite einen verstärkten Mangel an mindestens drei Positionen an. Außer in Spanien und Italien, wo eine von vier Personen bzw. eine von sechs Personen betroffen ist, liegt die Zahl in keinem anderen Land über 11 %.

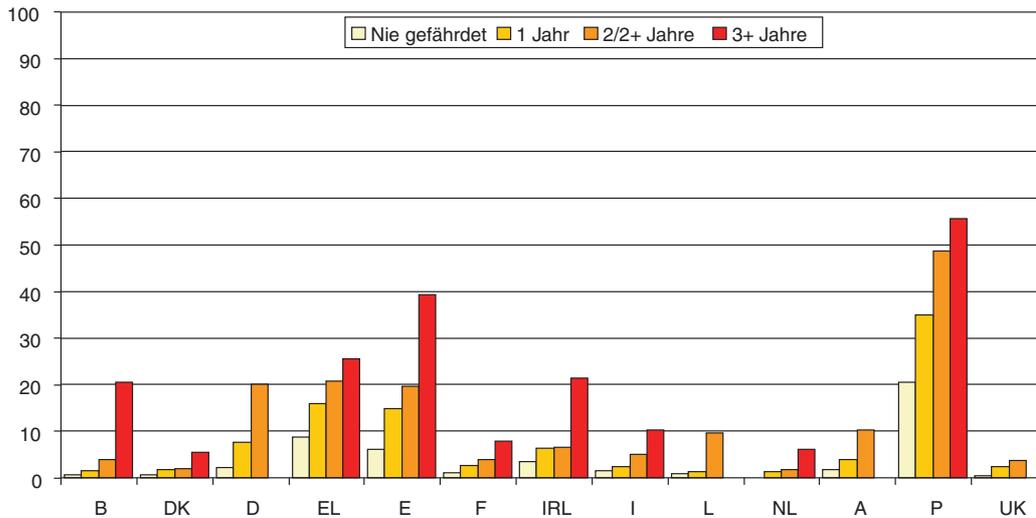
Abb. 7.2. Primäre Benachteiligung (3+ Positionen) nach Anzahl der Jahre in Armutsgefährdung (60%-Grenze)



In den drei ärmsten südeuropäischen Ländern übersteigt der Anteil der von Einkommensarmut Bedrohten, denen es an mindestens drei Indikatoren der primären Benachteiligung mangelt, in allen Fällen zwei Drittel und reicht von 73 % in Spanien bis zu 91 % in Griechenland. Das Gleiche gilt für Italien mit 68 %. Dann folgt Frankreich mit 52 %. Im Vereinigten Königreich und in Belgien liegt der Anteil bei nahezu 50 % der Auskunftspersonen. Deutschland, die Niederlande, Österreich und Luxemburg melden Anteile über 30 %. Die dauerhaft von Einkommensarmut Bedrohten in Dänemark, die einen kleineren Prozentsatz der Bevölkerung des Landes ausmachen als in anderen Ländern, unterscheiden sich auch im niedrigen Grad der primären Benachteiligung; laut Angaben mangelt es nur 10 % an drei oder mehr der entsprechenden Positionen.

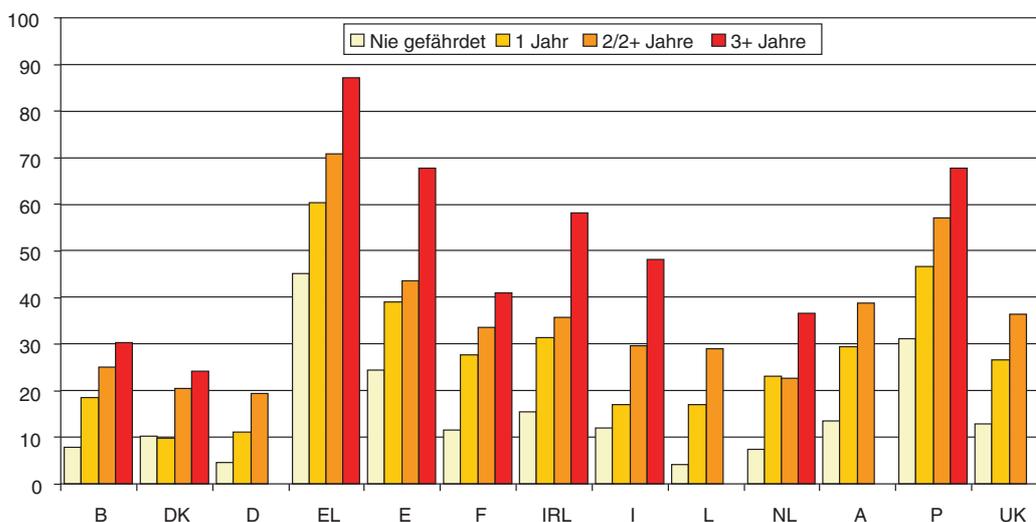
In Abbildung 7.3 sehen wir uns den entsprechenden Zusammenhang bei der sekundären Benachteiligung an. Zwar ist der Grad der Benachteiligung geringer, doch ist der Zusammenhang ebenso deutlich. Bei denen, die überhaupt nicht von Einkommensarmut bedroht waren, liegen die entsprechenden statistischen Angaben nur in Portugal über 20 %, und in acht der dreizehn Länder sind sie nicht höher als 2 %. In allen Ländern steigt der Grad der sekundären Benachteiligung mit der Exposition gegenüber der Gefahr der Einkommensarmut und ist bei den dauerhaft Armutsgefährdeten am höchsten. Die höchsten Grade der Benachteiligung sind in dieser Kategorie in Portugal, Spanien und Griechenland festzustellen, wo die entsprechenden Prozentsätze 56, 39 bzw. 25 % betragen. Irland, Belgien und Deutschland liegen im Bereich von 30 %. Für Italien, Österreich und Frankreich ist die Zahl etwas niedriger (rund 10 %). Schließlich gibt es eine Gruppe mit extrem niedrigen Werten der sekundären Benachteiligung, d. h. die Quote übersteigt in keinem Fall 6 %. Dazu gehören Dänemark, die Niederlande und das Vereinigte Königreich.

Abb. 7.3. Sekundäre Benachteiligung (3+ Positionen) nach Anzahl der Jahre in Armutsgefährdung (60%- Grenze)



In Abbildung 7.4 betrachten wir den Zusammenhang zwischen steigender Exposition gegenüber einkommensbezogener Armutsgefährdung und erfahrenen Situationen wirtschaftlicher Belastungen in einem Haushalt, worunter definitionsgemäß zu verstehen ist, dass dieser erhebliche oder recht große Schwierigkeiten hat zurechtzukommen. Wie oft jemand einkommensbezogen armutsgefährdet war, erweist sich auch hier wieder als starker Voraussageindikator. Ein sehr gutes Beispiel bildet Frankreich. Die wirtschaftlichen Belastungen sind am geringsten bei denen, die im Hinblick auf das Einkommen überhaupt nicht armutsgefährdet waren; bei ihnen liegt die gemeldete Quote bei 11 %. Diese Zahl steigt auf 28 % bei denen, die einmal armutsgefährdet waren, und auf 34 % bei denen, die zweimal armutsgefährdet waren. Sie erreicht schließlich ihren Höhepunkt mit 41 % bei denen, die sich dauerhaft im Zustand der Bedrohung durch Einkommensarmut befanden, d. h. in mindestens drei von vier Jahren. Die höchsten Quoten für die wirtschaftlichen Belastungen sind unter den nicht durch Armut Gefährdeten, wie vorausszusehen, in Griechenland, Portugal und Spanien mit Werten von 45, 31 bzw. 24 % zu verzeichnen. Die nächsthöchste Quote (15 %) nach diesen drei Ländern hat Irland. Bei den dauerhaft Armutsgefährdeten verzeichnen wiederum Griechenland, Portugal und Spanien in Bezug auf die wirtschaftlichen Belastungen der Haushalte die höchsten Quoten, nämlich im Bereich von 87 bis 68 %. Die nächsthöchsten Quoten sind in Irland, Italien und Frankreich mit 58, 48 bzw. 41 % festzustellen. Es folgt dann eine aus Österreich, dem Vereinigten Königreich und Belgien bestehende Ländergruppe, wo ein Drittel von wirtschaftlichen Belastungen betroffen ist. In Dänemark und Luxemburg ist es ungefähr einer von vier Befragten. Auf den niedrigsten Wert kommt Deutschland mit knapp einem Siebentel⁴⁷.

Abb. 7.4. Wirtschaftliche Belastung nach Anzahl der Jahre in Armutsgefährdung (60%-Grenze)



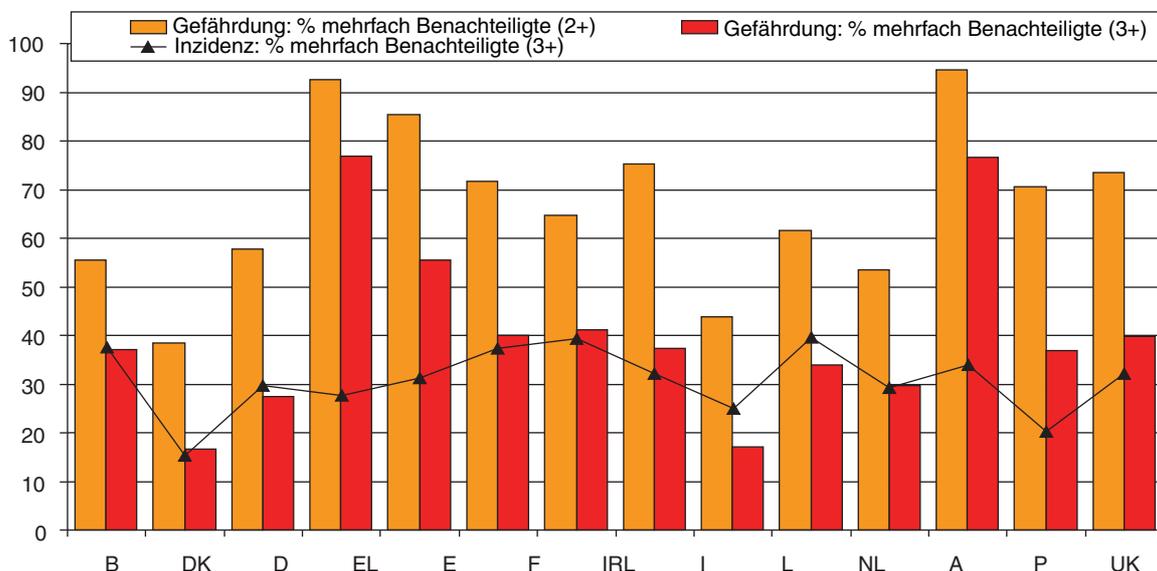
⁽⁴⁷⁾ Weitere Diskussionen siehe Whelan, C.T. u. a. (in Kürze erscheinend) „Persistent Income Poverty and Deprivation in the European Union“, *Journal of Social Policy*, 32.1.

7.4. Mehrfache Benachteiligung und dauerhafte Gefahr der Einkommensarmut

In diesem Abschnitt wollen wir uns unter Bezugnahme auf das ECHP den Zusammenhang zwischen der aktuellen Bedrohung durch Einkommensarmut und mehrfacher Benachteiligung anschauen und den Zusammenhang zwischen dauerhafter Gefahr der Einkommensarmut und mehrfacher Benachteiligung untersuchen. Um unsere Analyse möglichst verständlich zu gestalten, operieren wir mit sehr einfachen Indikatoren der mehrfachen Benachteiligung. Abbildung 7.5 gibt Auskunft über den Prozentsatz der in von Einkommensarmut bedrohten Haushalten lebenden Personen, die bei zwei oder mehr bzw. bei drei oder mehr der fünf vorstehend identifizierten Dimensionen der Lebensführung benachteiligt sind. Es sei betont, dass dies eine äußerst minimalistische Definition des Begriffs mehrfache Benachteiligung ist. Dabei ist es zum Beispiel nicht notwendig, Befragte aus dem am meisten benachteiligten Quartil bzw. Dezil einer Dimension zu finden. Diese einfachen Indikatoren genügen unseren derzeitigen Zwecken jedoch, sofern berücksichtigt wird, dass sich bei strengeren Definitionen bedeutend niedrigere Werte für die mehrfache Benachteiligung ergeben würden.

Aus Abbildung 7.5 ist ersichtlich, dass mit Ausnahme von Dänemark und den Niederlanden in jedem Land mindestens einer von zwei von Einkommensarmut Bedrohten eine Position bei mindestens *zwei* der Dimensionen entbehrt. In acht der vierzehn Länder erfüllen mindestens zwei von drei Einkommensarmen diese Bedingung. Diese Erkenntnis stimmt mit der früheren Aussage über den systematischen Zusammenhang zwischen einkommensbezogener Armutsgefährdung und den primären und sekundären Dimensionen der Benachteiligung überein. Abbildung 7.5 zeigt aber auch deutlich, dass sich das Bild dramatisch verändert, wenn wir die strengere Bedingung zugrunde legen, dass eine Position bei mindestens *drei* Dimensionen fehlt. Nur unter den weniger reichen südeuropäischen Ländern gibt es eine Mehrheit, die benachteiligt ist, wenngleich in Griechenland und Portugal der Anteil noch immer drei Viertel übersteigt. In sieben der vierzehn Länder beträgt die Zahl der mehrfach benachteiligten Haushalte ungefähr ein Drittel oder weniger, und bei drei anderen Ländern übersteigt die Zahl kaum vier von zehn. Daraus erkennen wir, dass selbst bei einer minimalistischen Definition des Begriffs mehrfacher Nachteil die These, dass die Mehrheit der von Einkommensarmut Bedrohten mehrfach benachteiligt sei, nicht zu halten ist, sobald man mehr als zwei Dimensionen einbezieht.

Abb. 7.5. Mehrfache Benachteiligung (mindestens eine Position bei 2+/3+ Dimensionen der Benachteiligung) armutsgefährdeter Personen (60) in Welle 4



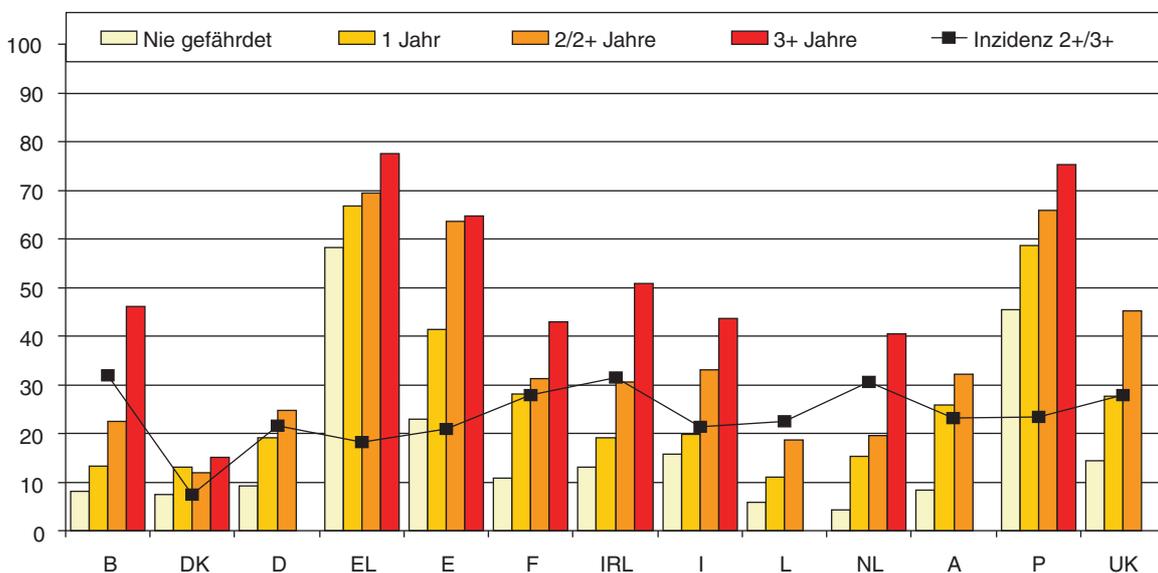
Die mehrfache Benachteiligung erscheint in einem anderen Licht, wenn man sie statt aus dem Blickwinkel der Gefährdung unter Inzidenzgesichtspunkten betrachtet. Die Frage, die wir jetzt stellen, lautet daher: Welcher Prozentsatz der mehrfach Benachteiligten befindet sich unterhalb der Einkommensarmutsgrenze von 60 %. Abbildung 7.5 enthält das relevante Ergebnis für die Benachteiligung bei mindestens drei Dimensionen.

Der Prozentsatz reicht von 15 % in Dänemark bis zu 40 % in den Niederlanden. In keinem Fall bilden die von Einkommensarmut Bedrohten eine Mehrheit der mehrfach Benachteiligten, und in neun der vierzehn Länder machen sie ein Drittel oder weniger aus. Diese Zahlen sind bedeutend höher, als wir es bei Zugrundelegung von Veränderungen erwarten würden, d. h. die Wahrscheinlichkeit einer mehrfachen Benachteiligung ist bei von Einkommensarmut Bedrohten bedeutend größer als bei den nicht durch Armut Gefährdeten. Auch wenn wir Bedingungen heranziehen, die deutlich weniger streng sind als vielerseits beim Umgang mit sozialer Ausgrenzung

empfohlen, gilt aber dennoch weiterhin, dass die Mehrheit von Einkommensarmut Bedrohten nicht mehrfach benachteiligt ist und entsprechend die Mehrheit der mehrfach Benachteiligten nicht durch Einkommensarmut gefährdet ist. Aus unserer früheren Analyse wird deutlich, dass die Einbeziehung solcher Dimensionen wie soziale Ausgrenzung und Gesundheit in unsere Analyse unsere Schlussfolgerung nur untermauern würde.

Bleibt noch die Möglichkeit, dass wir die Bedeutung der mehrfachen Benachteiligung bislang unterschätzt haben, indem wir uns auf die querschnittliche und nicht auf die dauerhafte Gefahr der Einkommensarmut konzentrierten. Diejenigen, die über längere Zeit mit der Gefahr der Einkommensarmut konfrontiert sind, bilden die Hauptkandidaten für die Exposition gegenüber mehrfachen Nachteilen. In Abbildung 7.6 veranschaulichen wir den Zusammenhang zwischen steigender Exposition gegenüber einkommensbezogener Armutsgefährdung und erhöhter Gefährdung durch mehrfache Benachteiligung. Die Ergebnisse dieser Analyse zeigen, dass unter den niemals durch einkommensbezogene Armut Gefährdeten mehrfache Nachteile ein seltenes Phänomen sind.

Abb. 7.6. Mehrfache Benachteiligung (mindestens eine Position bei 3 oder mehr Dimensionen der Benachteiligung) nach Anzahl der Jahre in Armutsgefährdung (60% des Medianeinkommens)



Nur in den weniger reichen Ländern überschreitet die entsprechende Zahl ein Sechstel, und lediglich in Griechenland und Spanien kommt sie an 50 % heran. In den letztgenannten Ländern zeigt sich die Ausbreitung mehrfacher Benachteiligung daran, dass 58 bzw. 45 % derjenigen, die während des Vierjahreszeitraums nicht armutsgefährdet waren, noch immer eine Position bei mindestens drei der genannten Dimensionen entbehren. Mit einigen kleinen Ausnahmen steigt die Erfahrung mehrfacher Nachteile mit dem Grad der Exposition gegenüber einkommensbezogener Armutsgefährdung im Zeitverlauf. Irland ist dafür ein gutes Beispiel. Unter den überhaupt nicht durch Einkommensarmut Bedrohten beträgt der Anteil derer, die mehrfache Nachteile angeben, 11 %. Diese Zahl steigt auf 28 % bei denjenigen, die einmal armutsgefährdet waren, und auf 31 % bei jenen, die zweimal armutsgefährdet waren. Sie erreicht schließlich ihren Höchstwert von 43 % bei denjenigen, die in mindestens drei von vier Jahren durch Armut gefährdet waren. In Belgien sieht es sehr ähnlich aus, denn dort bewegt sich der entsprechende Anteil von 8 über 13 auf 23 % und schließlich auf 46 %. Insgesamt ist nur in vier Ländern eine Mehrheit der dauerhaft von Einkommensarmut bedrohten Personen mehrfach benachteiligt – Irland (51 %), Spanien (65 %), Portugal (75 %) und Griechenland (78 %). Fünf der verbleibenden Länder – Niederlande, Belgien, Italien, Vereinigtes Königreich und Frankreich – liegen im Bereich von 40 bis 49 %. Die übrigen Länder, in denen selbst die dauerhaft Armutsgefährdeten verhältnismäßig geringe mehrfache Nachteile erfahren, sind Österreich, Deutschland, Luxemburg und Dänemark, wo die Spanne von 32 bis 15 % reicht.

Wiederum erweist es sich als Vorteil, wenn wir vom Blickwinkel der Gefährdung zum Blickwinkel der Inzidenz übergehen. Dabei können wir drei Ländercluster ausmachen. Zum ersten gehören die Länder, in denen die dauerhaft von Einkommensarmut Bedrohten rund ein Drittel der mehrfach Benachteiligten ausmachen. Dazu gehören Belgien, die Niederlande und Irland. Für die zweite Ländergruppe kommt der Anteil einem Viertel

näher, und dazu zählen Frankreich, Vereinigtes Königreich, Deutschland, Österreich, Luxemburg, Italien, Spanien und Portugal. Bei Griechenland geht er auf ein Fünftel und in Dänemark auf ein Zwölftel zurück. Während also die Gefahr der mehrfachen Benachteiligung systematisch mit dem Ausmaß der Exposition gegenüber einkommensbedingter Armutsgefährdung steigt, gilt nach wie vor, dass in den meisten Ländern die Mehrheit der dauerhaft von Einkommensarmut Bedrohten nicht mehrfach benachteiligt ist. Erst recht lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass die dauerhaft von Einkommensarmut Bedrohten in allen Ländern eine Minderheit der mehrfach Benachteiligten bilden⁴⁸.

7.5. Relative Einkommensarmut und relative Benachteiligung

Bisher haben wir unsere Analyse der Benachteiligung bewusst einfach gehalten, indem wir uns mit einzelnen Positionen bzw. Indizes befasst haben, die sich auf einfache Zählungen dieser Positionen stützen. Dieser Ansatz hat den Vorteil, dass er äußerst transparent ist und gleichzeitig ein konkretes Bild davon vermittelt, was Armutsgefährdung in jedem der in das ECHP einbezogenen Länder beinhaltet, und darüber hinaus einfache Vergleiche zwischen den Ländern ermöglicht. Allen Positionen der Benachteiligung in der Lebensführung das gleiche Gewicht beizumessen, bedeutet jedoch einen konzeptionell völlig anderen Ansatz als bei der Festlegung relativer Armutsgefährdungsgrenzen. Faktisch wird nämlich für alle Länder ein gemeinsamer Standard verwendet und nicht ein relativer Standard, der das durchschnittliche Lebensniveau in dem betreffenden Land berücksichtigt. Infolgedessen sind die Unterschiede zwischen den Ländern viel größer als bei relativen Armutsgefährdungsgrenzen. Ein alternativer Ansatz besteht darin, für alle Länder eine gemeinsame Gruppe von Indikatoren zu benutzen, allerdings in einer Weise, die den durchschnittlichen Grad der Benachteiligung in den einzelnen Ländern berücksichtigt. Wenn wir also ein Maß für die Benachteiligung schaffen wollten, das einem Maß für das relative Einkommen entspricht, würden wir nicht davon ausgehen wollen, dass der erzwungene Verzicht auf einen Videorekorder in jedem Land den gleichen Grad der Benachteiligung bedeutet. Wir würden lieber die gesellschaftlichen Normen berücksichtigen. Außerdem möchten wir eher die Möglichkeit haben, jede Einzelperson im Verhältnis zum durchschnittlichen Grad der Benachteiligung in der Gesellschaft zu betrachten.⁴⁹

Um ein Maß für die Benachteiligung zu konzipieren, das diese Bedingungen erfüllt und damit unserem Maß für die Gefahr der Einkommensarmut vergleichbar ist, unternehmen wir eine Reihe einfacher Schritte. Zunächst konzentrieren wir uns auf die dreizehn Positionen der primären und der sekundären Dimension und lassen die übrigen Positionen aus, die in vielen Ländern in einem eher schwachen Zusammenhang zur einkommensbezogenen Armutsgefährdung stehen. Damit verfügen wir über eine ziemlich breite Gruppe von Positionen mit länderweit zufriedenstellender Zuverlässigkeit, die das erschließen, was man als *aktuelle Benachteiligung in der Lebensführung* (Current Lifestyle Deprivation - CLSD) bezeichnen könnte. Von diesem Maß schaffen wir dann eine gewichtete Version, bei der jede einzelne Position nach dem Anteil der Haushalte gewichtet wird, die in jedem einzelnen Land im Besitz dieser Position sind. Daher wird das Fehlen einer Position wie eines Videorekorders in Dänemark als eine größere Benachteiligung gewertet als in Griechenland. Das gewichtete CLSD-Maß gestattet es, für jedes Land und für jede einkommensbezogene Armutsgefährdungsgrenze eine entsprechende Benachteiligungsschwelle zu ermitteln, unterhalb der der Anteil der Befragten weitestmöglich dem entspricht, der unterhalb der 60-%-Grenze des Medianeinkommens zu finden ist. Dadurch können einkommensbezogene Armutsgefährdung und benachteiligungsbedingte Armutsgefährdung im Prinzip von 0 bis 100 % variieren.

In Abbildung 7.7 zeigen wir den Prozentsatz der Einzelpersonen, die sowohl unterhalb von 60 % des Medianeinkommens als auch unterhalb der entsprechenden Benachteiligungsschwelle liegen. Dieser Anteil reicht von 18 % in Dänemark bis zu 51 % in Portugal. Neun der dreizehn Länder befinden sich im Bereich von 40 bis 50 %.

⁽⁴⁸⁾ Weitere Diskussionen siehe Whelan, C.T. u. a. (2002) „Multiple Deprivation and Persistent Poverty in the European Union“, *Journal of Social Policy*, 12:2.91-105.

⁽⁴⁹⁾ Eine dritte Variante besteht natürlich darin zu versuchen, für das jeweilige Land spezifische Indikatoren zu verwenden, mit denen aber dennoch die gleichen Bedingungen, die einer auf Ressourcenmangel zurückzuführenden Ausgrenzung zugrunde liegen, erfasst werden können. Ein solcher Ansatz würde uns jedoch gewaltige Schwierigkeiten sowohl im Hinblick auf die Analyse selbst als auch auf die Möglichkeit zur Vermittlung der dabei gewonnenen Erkenntnisse bereiten.

Abb. 7.7. Anteil derjenigen, die sowohl unterhalb von 60% des Medianeinkommens als auch unterhalb der entsprechenden Schwelle der aktuellen Benachteiligung in der Lebensführung in Welle 4 des ECHP liegen

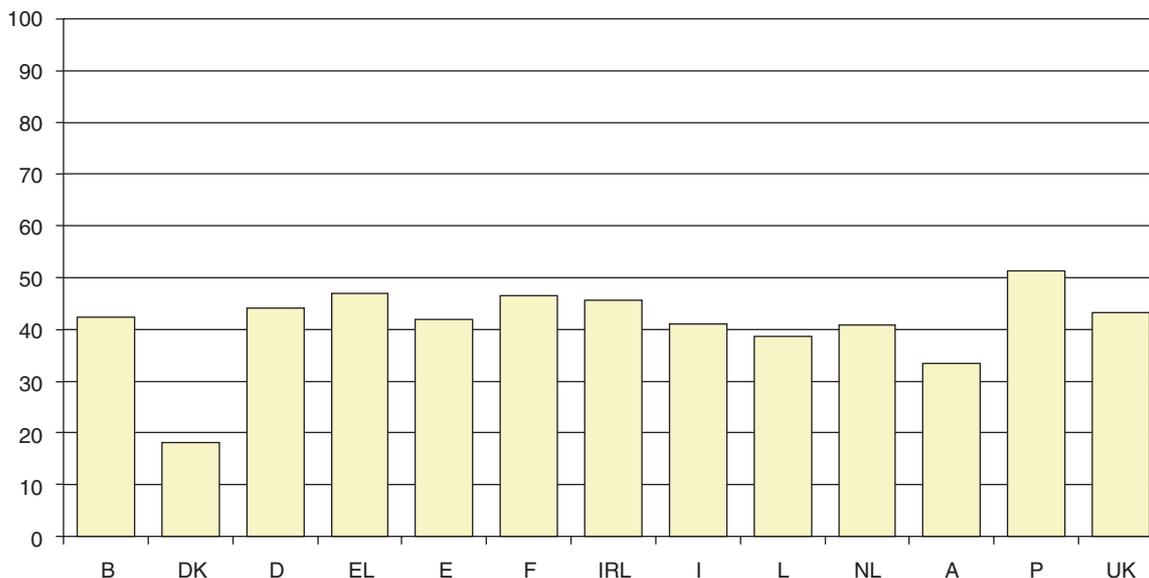


Abb. 7.8. Anteil derjenigen, die unterhalb der Benachteiligungsschwelle von 60% des Medianeinkommens in der 4. Welle liegen, nach Anzahl der Jahre in Armutsgefährdung



Aus Abbildung 7.8 wird ersichtlich, dass sich unsere Fähigkeit vorherzusagen, ob jemand oberhalb der Schwelle liegt, wesentlich verbessert, wenn die Dauerhaftigkeit der einkommensbezogenen Armutsgefährdung berücksichtigt wird. Außer in Dänemark gibt es einen klaren Anstieg des Anteils der Benachteiligten, wenn die Exposition gegenüber einkommensbezogener Armutsgefährdung zunimmt. In Italien erhöht sich beispielsweise der Anteil über der Benachteiligungsschwelle von 10 % für Personen, die überhaupt nicht von Einkommensarmut bedroht sind, auf 19 % für die einmal Armutsgefährdeten, auf 27 % für die zweimal Armutsgefährdeten und schließlich auf 52 % für die in mindestens drei von vier Jahren Armutsgefährdeten. Ähnlich steigt der Anteil im Vereinigten Königreich von 8 % bei den nicht von Einkommensarmut Bedrohten auf 37 % bei den in einem Jahr Armutsgefährdeten und auf 45 % bei den in zwei von drei Jahren Armutsgefährdeten. Insgesamt liegt bei denen, die nie unter die Armutsgefährdungsschwelle fielen, der Anteil derer, die über der Benachteiligungsschwelle liegen, in nur fünf Ländern bei oder über 10 % und erreicht in Griechenland ein Maximum von 13 %. Unter den einmal Armutsgefährdeten liegt in sieben der dreizehn Länder ein Minimum von einem Zehntel oberhalb der Schwelle,

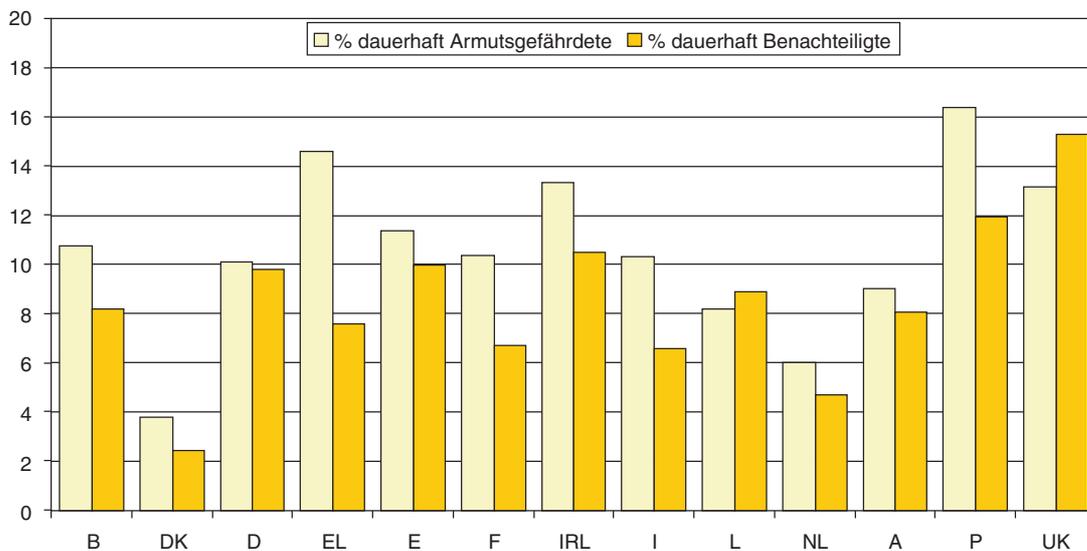
und der Höchstwert beträgt 32 % (in Portugal). Für die zweimal Armutsgefährdeten überschreitet die relevante Zahl in acht von zehn Ländern 30 %, wobei Spanien mit 51 % den Höchstwert aufweist.

Unter den dauerhaft von Einkommensarmut Bedrohten fällt der Anteil der Benachteiligten in nur drei Ländern unter 40 %, und in neun Ländern liegt ein Minimum von ungefähr 50 % über der Schwelle. Es besteht ein eindeutiger Zusammenhang zwischen dauerhafter einkommensbezogener Armutsgefährdung und relativer Benachteiligung.

7.6. Dauerhafte Einkommensarmut und dauerhafte Benachteiligung

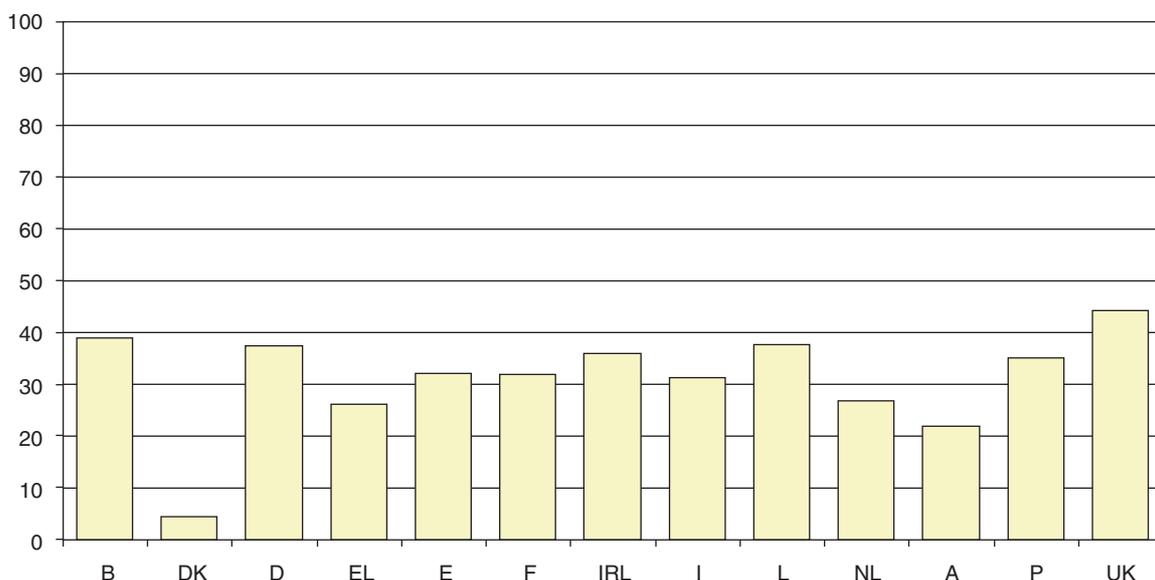
Im Folgenden beziehen wir den Zusammenhang zwischen *dauerhafter* einkommensbezogener Armutsgefährdung und *dauerhafter* Benachteiligung in unsere Analyse der Konsistenz einkommensbedingter Benachteiligung ein. Zuvor wollen wir in Abbildung 7.9 die jeweilige Dauerhaftigkeit vergleichen.

Abb. 7.9. Dauerhafte Armutsgefährdung und dauerhafte Benachteiligung bei der 60%-Grenze



Wiederum ist die Definition von Dauerhaftigkeit an die Bedingung gebunden, dass drei von vier Jahren betroffen sein müssen und das letzte Jahr eines der drei Jahre sein muss. Für Deutschland, Luxemburg, das Vereinigte Königreich und Österreich wurde die Bedingung jedoch auf zwei von drei Jahren verändert. Entgegen den Erwartungen lässt Abbildung 7.9 erkennen, dass der Grad der Dauerhaftigkeit bemerkenswert ähnlich ist.

Abb. 7.10. Dauerhafte benachteiligung und dauerhafte Armutsgefährdung (60%-Grenze)

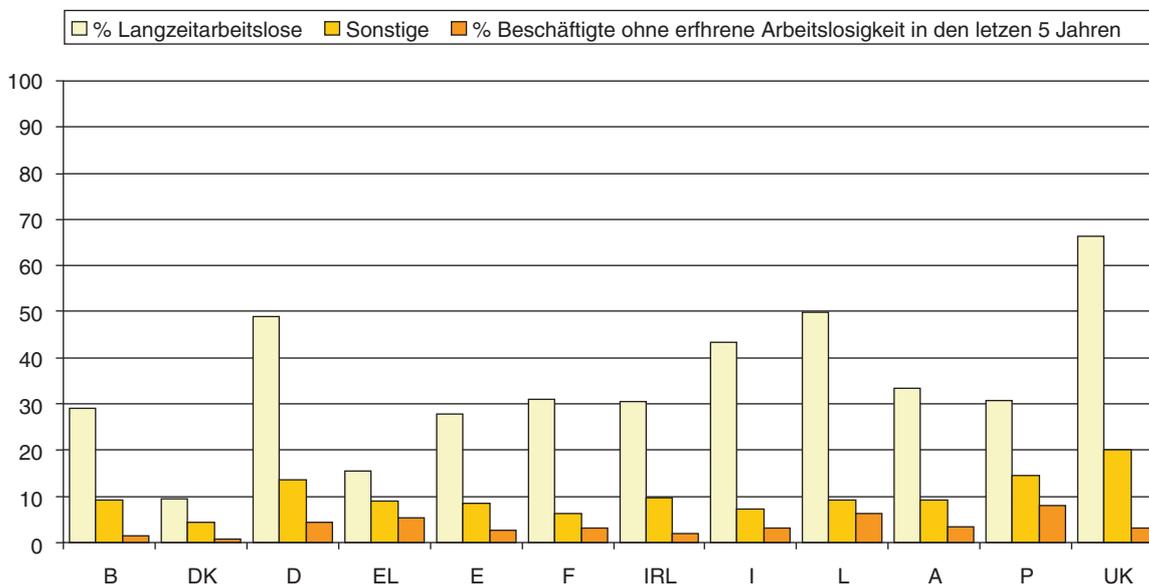


In Abbildung 7.10 betrachten wir die querschnittliche Schwankung des Prozentsatzes der Personen, die sowohl unterhalb der 60%-Einkommengrenze als auch unterhalb der entsprechenden Benachteiligungsschwelle zu finden sind. Auch hier ist wieder Dänemark der absolute Außenseiter, da nur 5 % der dauerhaft von Einkommensarmut Bedrohten auch dauerhaft unterhalb der Armutsschwelle liegen. Abgesehen von Dänemark reicht der Konsistenzgrad von 22 % in Österreich bis zu 44 % im Vereinigten Königreich. Acht der dreizehn Ländern liegen im Bereich von 30 bis 40 %. Dies ist dem Muster sehr ähnlich, das auf querschnittlicher Ebene festgestellt wurde. Das heißt, die Kenntnis des Ausmaßes und der Dauerhaftigkeit der Gefahr der Einkommensarmut hilft zwar, eine akute Benachteiligung vorherzusagen, aber der Wechsel zu dauerhaften Maßen für Einkommen und Benachteiligung erhöht nicht den Grad der festgestellten Konsistenz. Natürlich sind auch andere Faktoren als die dauerhafte einkommensbezogene Armutsgefährdung wichtig für die Bestimmung der Gefahr dauerhafter Benachteiligung. Diesen Faktoren wollen wir uns jetzt zuwenden.

Eine multivariate Analyse der Bestimmungsfaktoren für dauerhafte Benachteiligung würde den Rahmen dieses Berichts sprengen. Stattdessen haben wir eine Reihe von Variablen gewählt, um einige der ablaufenden Schlüsselprozesse zu veranschaulichen. Aus Gründen der Einfachheit präsentieren wir die Bruttoauswirkungen dieser Variablen. Eine zusätzliche Analyse zeigt jedoch, dass sich diese Variablen weiterhin stark auf die dauerhafte Benachteiligung auswirken, selbst wenn wir den Einfluss der dauerhaften einkommensbezogenen Armutsgefährdung berücksichtigen (siehe auch Kapitel 6). In Abbildung 7.11 geht es um die Auswirkungen von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und erfahrener Arbeitslosigkeit. Unsere Analyseeinheit ist der Haushaltsvorstand (Bezugsperson). Zum Zwecke der Vereinfachung unterscheiden wir drei breit gefasste Kategorien – die Langzeitarbeitslosen, d. h. derzeit Arbeitslose, die sechs Monate im letzten Kalenderjahr arbeitslos waren, eine Zwischenkategorie und die derzeit Beschäftigten, die in den letzten fünf Jahren nicht arbeitslos waren.

Aus Abbildung 7.11 wird ersichtlich, dass dauerhafte Benachteiligung bei dieser letzten Kategorie äußerst gering ist. Wir stellen einen Höchstgrad von 8 % fest, und bei acht von dreizehn der von uns einbezogenen Beobachtungen steigt der entsprechende Anteil nicht über 3 %.

Abb. 7.11. Dauerhafte Benachteiligung bei der 60%-Grenze nach erfahrener Arbeitslosigkeit der Bezugsperson

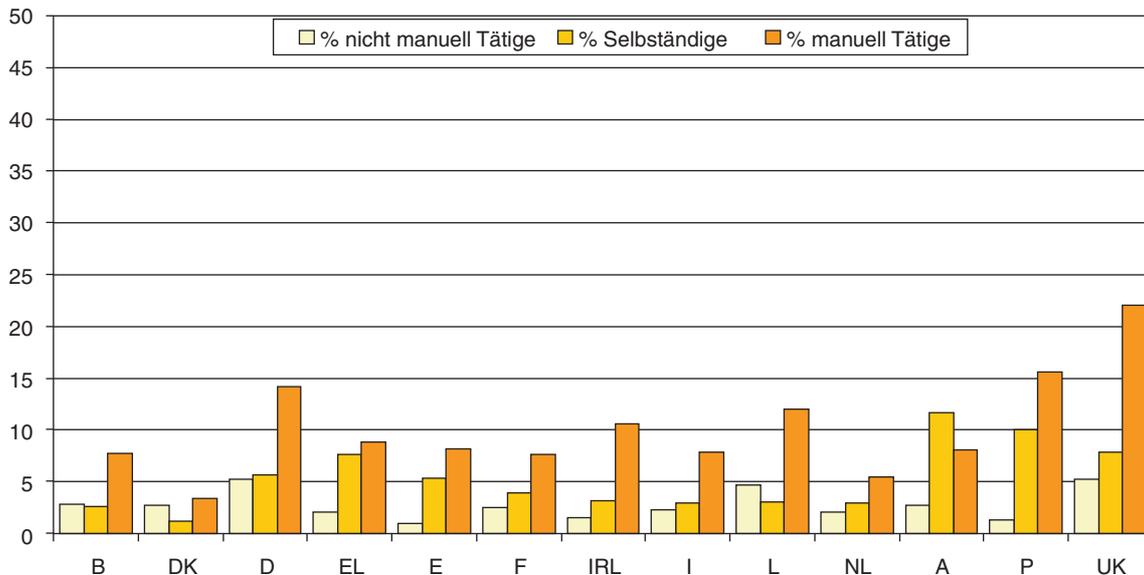


Der niedrigste und der höchste Grad für die Zwischenkategorie liegt bei 4 bzw. 20 %; acht Werte befinden sich unter 10 %. Wenn wir bei den Langzeitarbeitslosen den äußerst niedrigen Grad bei Dänemark ignorieren, dann ist der niedrigste Anteil mit 16 % in Griechenland und der höchste mit 66 % im Vereinigten Königreich zu finden. In sechs Ländern ist rund ein Drittel dauerhaft benachteiligt, und in zwei Ländern trifft das mindestens für etwa jeden Zweiten zu.

In Abbildung 7.12 schauen wir uns an, wie sich die soziale Schicht auswirkt, der der Haushaltsvorstand angehört. Hier unterscheiden wir zwischen nicht manuell Tätigen (Angestellten), Selbständigen einschließlich Kleinbauern und manuell Tätigen (Arbeitern). Um jedoch die zugrunde liegenden Entwicklungen stärker zu verdeutlichen, rechnen wir in Spanien, Griechenland und Portugal die Kleinbauern zu den manuell Tätigen.

Der Grad der dauerhaften Benachteiligung ist bei den nicht manuell Tätigen äußerst niedrig. Der höchste Anteil von 5 % ist in Deutschland, Luxemburg und im Vereinigten Königreich festzustellen. Unter den Selbständigen ist in Österreich ein hoher Anteil von 12 % zu verzeichnen, was auf den unerwartet hohen Grad der dauerhaften Benachteiligung unter den Kleinbauern in diesem Land zurückzuführen ist. Ansonsten ist der Anteil in Portugal mit 10 % am höchsten und in Dänemark mit 1 % am niedrigsten.

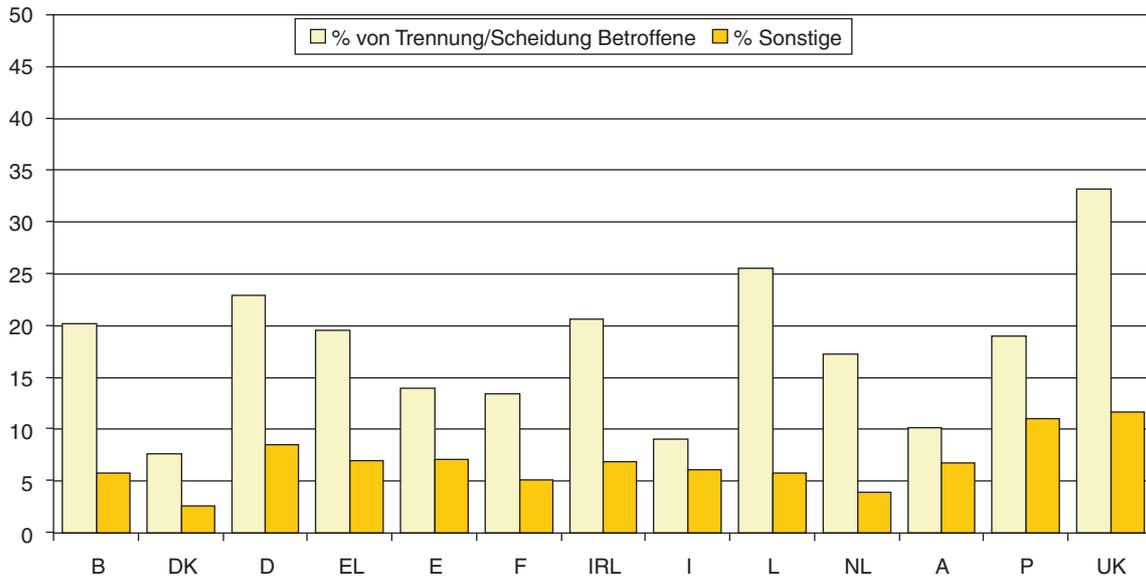
Abb. 7.12. Dauerhafte Benachteiligung bei der 60%-Grenze nach sozialer Schicht des Haushaltsvorstandes (für Spanien, Portugal und Griechenland werden Kleinbauern zusammen mit den manuell Tätigen ausgewiesen)



Bei den manuell Tätigen sind die Angaben für Dänemark und die Niederlande mit 3 bzw. 5 % außergewöhnlich niedrig. Ansonsten weisen Belgien, Spanien, Frankreich, Italien und Österreich mit 8 % den niedrigsten Anteil auf, während das Vereinigte Königreich mit 22 % den höchsten Wert erreicht.

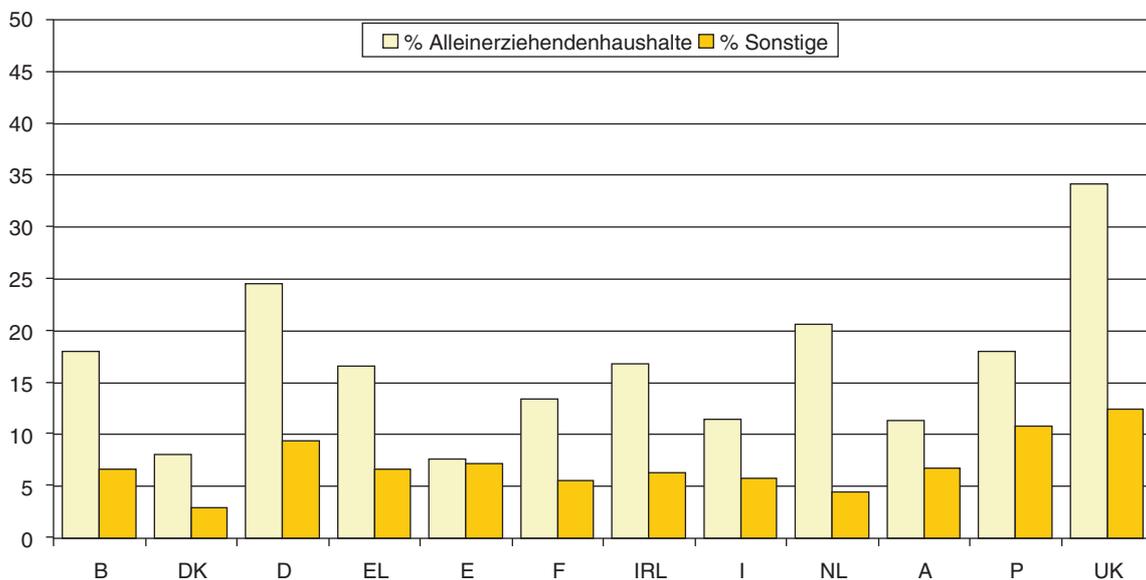
Arbeits- und arbeitsmarktbezogene Variablen haben eindeutig einen wesentlichen Einfluss auf die Gefahr der Exposition gegenüber dauerhafter Benachteiligung, aber wie wir sehen werden, spielen dabei auch familiäre Merkmale eine bedeutende Rolle. Als Schlüsselvariablen wollen wir Trennungen/Scheidungen und Alleinerziehende heranziehen. Unsere Analyseeinheit ist wiederum die Bezugsperson. In Abbildung 7.13 untersuchen wir den Zusammenhang zwischen dauerhafter Benachteiligung und dem Zerbrechen einer Partnerschaft. Ist die Bezugsperson nicht von einer Trennung oder Scheidung betroffen, dann ist die Quote der dauerhaften Benachteiligung mit 12 % im Vereinigten Königreich am höchsten und mit 3 % in Dänemark am niedrigsten. Bei den von einer Trennung oder Scheidung Betroffenen ist der Anteil der dauerhaft Benachteiligten mit 8 % in Dänemark und 9 % in Italien am niedrigsten und mit 33 % im Vereinigten Königreich am höchsten. In Luxemburg und Deutschland liegt mindestens ein Viertel oberhalb der Schwelle und in Belgien, Griechenland, Irland und Portugal mindestens ein Fünftel.

Abb. 7.13. Dauerhafte Benachteiligung bei der 60%-Grenze, daran gemessen, ob der Haushaltsvorstand (Bezugsperson) von einer Trennung oder Scheidung betroffen ist



Aus Abbildung 7.14 ist ersichtlich, welche Auswirkungen es hat, allein erziehend zu sein. Bei Haushalten, die nicht in diese Kategorie fallen, besteht die höchste Quote der dauerhaften Benachteiligung mit 12 % im Vereinigten Königreich und die niedrigste mit 3 % in Dänemark. Für Alleinerziehendenhaushalte ist die niedrigste Quote von 8 % in Dänemark und Spanien zu finden und die höchste von 34 % im Vereinigten Königreich. In Deutschland ist ein Viertel der Alleinerziehendenhaushalte von dauerhafter Benachteiligung betroffen, während die entsprechende Zahl in den meisten anderen Ländern zwischen 10 und 18 % liegt.

Abb. 7.14. Dauerhafte Benachteiligung bei der 60%-Grenze nach Alleinerziehendenhaushalten



Es ist klar, dass wir bei der Betrachtung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowohl die dauerhafte Gefahr der Einkommensarmut als auch die dauerhafte Benachteiligung berücksichtigen müssen. Dass Angaben über die dauerhafte Einkommensarmut vorliegen, ist ein bedeutender Fortschritt, was Querschnittsdaten angeht. Dauerhafte Benachteiligung ist aber auch an sich schon ein wichtiges Phänomen. In unserer abschließenden Analyse wollen wir versuchen, diesen Punkt zu erhellen, indem wir den Zusammenhang zwischen beiden Arten der Benachteiligung und wirtschaftlichen Belastungen aufzeigen.

In Abbildung 7.15 vergleichen wir den Grad, in dem Haushalte aufgrund von dauerhafter Gefahr der Einkommensarmut und von dauerhafter Benachteiligung Schwierigkeiten oder erhebliche Schwierigkeiten haben zurechtzukommen. In allen Ländern liegen die Quoten für wirtschaftlicher Belastungen unter den dauerhaft Benachteiligten höher als unter den dauerhaft durch Einkommensarmut Gefährdeten, mitunter sogar wesentlich höher. Ein extremes Beispiel dafür ist Dänemark, wo etwa ein Viertel der durch Einkommensarmut Gefährdeten in Haushalten lebt, die mit wirtschaftlichen Belastungen zu kämpfen haben, verglichen mit drei Vierteln in benachteiligten Haushalten. Die entsprechenden Zahlen für die Niederlande lauten 39 und 68 %, für das Vereinigte Königreich 39 und 67 % und für Irland 61 und 75 %. Diese Unterschiede sind in den südeuropäischen Ländern wesentlich weniger ausgeprägt. Wenn wir diese Länder einmal beiseite lassen, reicht der Grad der wirtschaftlichen Belastungen unter den dauerhaft durch Einkommensarmut Gefährdeten von 22 % in Deutschland bis zu 61 % in Irland, während er sich unter den dauerhaft Benachteiligten zwischen 37 % in Deutschland und 75 % in Irland bewegt. In elf der dreizehn Länder lebt mehr als die Hälfte der dauerhaft Benachteiligten in einem Haushalt, der wirtschaftlichen Belastungen ausgesetzt ist, während es im Falle der dauerhaft durch Einkommensarmut Gefährdeten fünf der dreizehn Länder sind.

Abb. 7.15. Anteil der durch dauerhafte Armutsgefährdung und dauerhafte Benachteiligung mit wirtschaftlichen Belastungen Konfrontierten, nach Land bei der 60%-Grenze

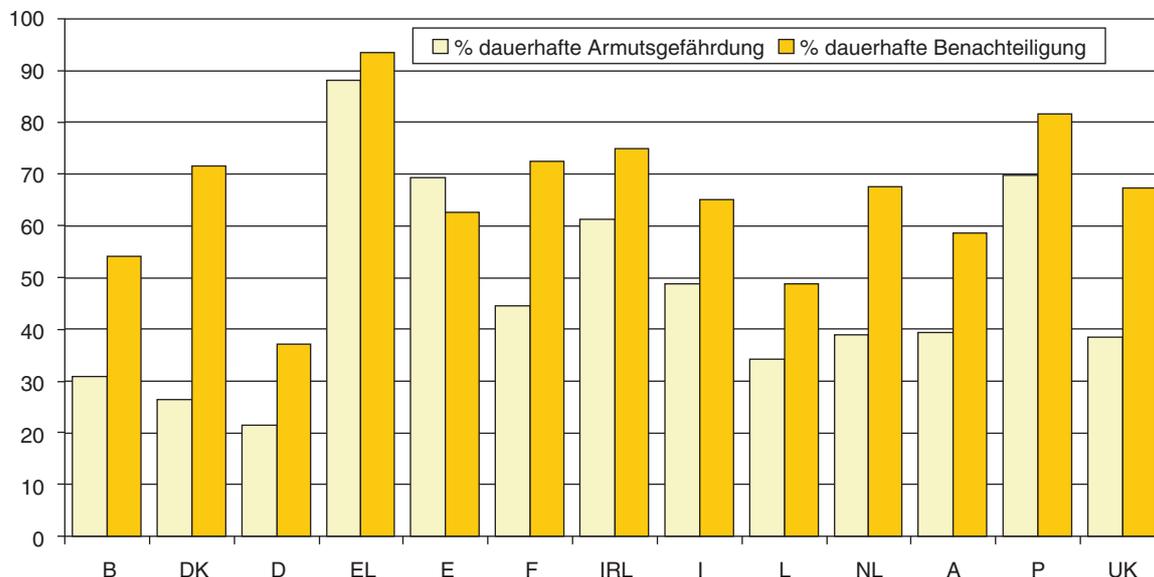
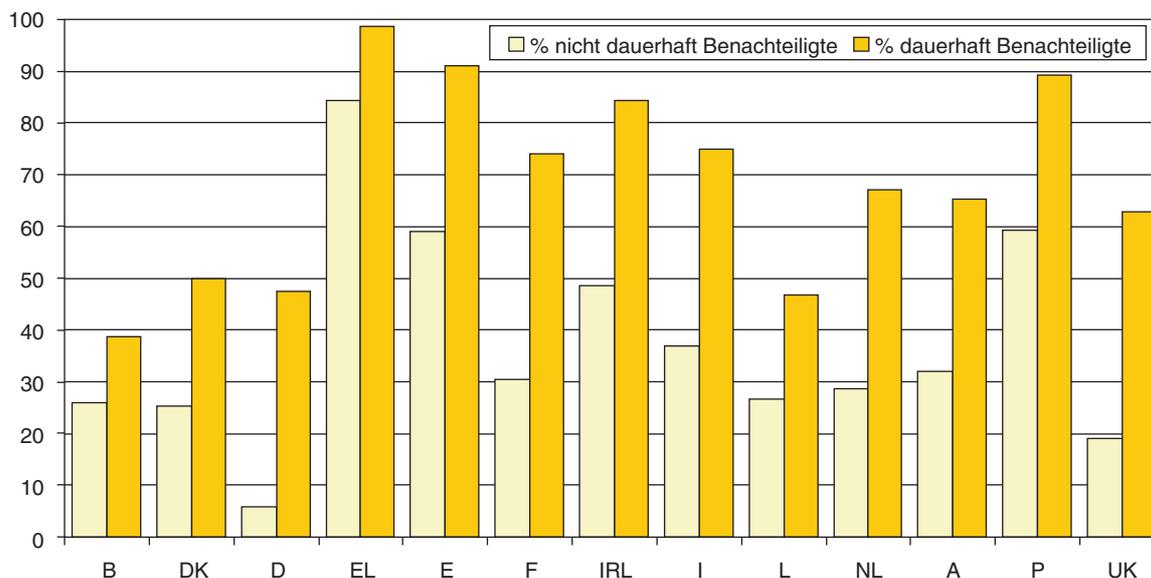


Abbildung 7.16 liefert weitere Belege dafür, dass dauerhafte Benachteiligung unabhängig wirkt. In jedem Fall sind die dauerhaft Benachteiligten wirtschaftlich erheblich stärker belastet. Daher lauten die jeweiligen Prozentsätze in Irland 31 und 74 %, im Vereinigten Königreich 19 und 63 %, in Belgien 26 und 39 % und in Italien 49 und 84 %. Wenn wir die extremen Werte für die weniger reichen südeuropäischen Länder herausnehmen, dann reichen die wirtschaftlichen Belastungen bei den dauerhaft durch Einkommensarmut Gefährdeten, die aber nicht dauerhaft benachteiligt sind, von 6 % in Deutschland bis zu 49 % in Irland. Bei denen, die mit beiden Formen der Dauerhaftigkeit konfrontiert sind, reicht die Spanne von 47 % in Deutschland und Luxemburg bis zu 84 % in Irland. In zehn der dreizehn Länder lebte mehr als die Hälfte der Antwortenden in Haushalten, die mit wirtschaftlichen Belastungen konfrontiert waren.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass wir bei gemeinsamer Betrachtung von Abbildung 7.15 und 7.16 erkennen können, dass dauerhafte Armutsgefährdung und dauerhafte Benachteiligung nicht kumulativ wirken. Der Grund, weshalb die Quoten der wirtschaftlichen Belastungen bei den dauerhaft Benachteiligten und dauerhaft von Einkommensarmut Bedrohten nicht unbedingt die gleichen sind wie bei denen, die nur von dauerhafter einkommensbezogener Armutsgefährdung betroffen sind, ist der, dass sich dauerhafte Benachteiligung auf die nicht dauerhaft Armutsgefährdeten extrem stark auswirkt⁵⁰.

⁽⁵⁰⁾ Weitere Diskussion siehe Whelan, C.T. u. a. (2002) „Persistent Deprivation in the European Union“, *Schmollers Jahrbuch: Journal of Applied Social Science Studies*, 122.1:31-54.

Abb. 7.16. Ausmaß der wirtschaftlichen Belastungen nach dauerhafter Benachteiligung unter den dauerhaft Armutsgefährdeten



7.7. Der „Fuzzy-Set“-Ansatz für Gefahr der Einkommensarmut und Benachteiligung in der Lebensführung

Dieser Abschnitt liefert zusätzliche Maße zur Veranschaulichung des Grades, in dem sich das Auftreten von Gefahr der Einkommensarmut und Benachteiligung in der Lebensführung für Einzelpersonen und Haushalte in der Bevölkerung zu einem gegebenen Zeitpunkt überlappen und wie dauerhaft diese Überlappungsmuster im Zeitverlauf sind. Wir benutzen den sogenannten „Fuzzy-Set“-Ansatz, der zuerst in Kapitel 4 zur Bestimmung der Anfälligkeit für einkommensbezogene Armutsgefährdung eingeführt wurde, anschließend (in Kapitel 6) aber auch verwendet wurde, um den relativen Grad der Benachteiligung in der Lebensführung zu betrachten. Anders als in den vorangehenden Abschnitten nehmen wir hier auf den Index der Gesamtbenachteiligung in der Lebensführung Bezug, der eine Kombination aus allen Positionen nichtmonetärer Indikatoren im ECHP und nicht nur von denjenigen darstellt, die in die primäre und sekundäre Dimension der Benachteiligung fallen.

7.7.1. Einkommensbezogene Armutsgefährdung und Benachteiligung in der Lebensführung: Querschnittsanalyse

Tabelle 7.7 präsentiert vier Arten von Maßen sowohl für jede einzelne Welle als auch als Durchschnitt der Wellen eins bis vier:

- **P:** einkommensbezogene Armutsgefährdungsquote
- **D:** Gesamtquote der Benachteiligung in der Lebensführung
- **M:** „manifeste“ Benachteiligungsquote, stellt die gleichzeitige Anfälligkeit für einkommensbezogene Armutsgefährdung und Benachteiligung in der Lebensführung dar
- **L:** „latente“ Benachteiligungsquote, stellt die Anfälligkeit für einkommensbezogene Armutsgefährdung oder Benachteiligung in der Lebensführung dar.

Die Maße M und L sind eine Kombination aus den Maßen der einkommensbezogenen Armutsgefährdung und der Benachteiligung in der Lebensführung.

Das erste Maß (M) steht für die Einzelperson, die sowohl von einkommensbezogener Armutsgefährdung als auch von Benachteiligung in der Lebensführung betroffen ist; man kann sie als „manifesten“ oder „intensiveren“ Grad der Benachteiligung bezeichnen. Das zweite Maß (L) steht für die Person, die entweder von einkommensbezogener Armutsgefährdung oder von Benachteiligung in der Lebensführung betroffen ist; man kann sie als „latenten“ oder „weniger intensiven“ Grad der Benachteiligung bezeichnen.

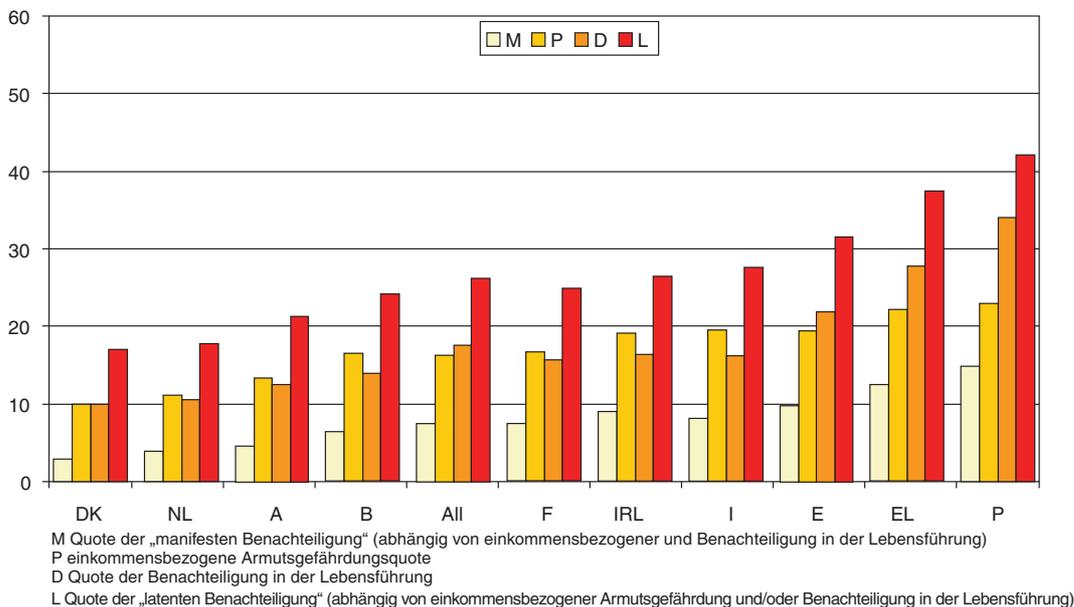
Die Quoten der einkommensbezogenen Armutsgefährdung und der Benachteiligung in der Lebensführung sind der Zahl nach ähnlich; die Länder wurden in Abbildung 7.17 nach ihrem Durchschnittswert geordnet. Im Allgemeinen sind die Quoten der Benachteiligung in der Lebensführung in den wirtschaftlich besser gestellten Ländern ein wenig niedriger als die Armutsgefährdungsquoten. In den weniger gut dastehenden Ländern sind die erstgenannten Quoten höher – was im ausgeprägten Maße in Portugal und Griechenland der Fall ist. Ähnliche Ergebnisse wurden in Kapitel 6 ausführlich erörtert.

Tabelle 7.7. Querschnittliche „manifeste“ (M) und „latente“ (L) Benachteiligungsquoten: Verhältnis zur Armutsgefährdungsquote/Benachteiligungsquote

	Welle 1		Welle 2		Welle 3		Welle 4		Durchschnitt W1-W4	
	M/X	L/X	M/X	L/X	M/X	L/X	M/X	L/X	M/X	L/X
DK	0,30	1,70	0,28	1,72	0,28	1,72	0,27	1,73	0,28	1,72
NL	0,37	1,63	0,34	1,66	0,38	1,62	0,37	1,63	0,36	1,64
A	0,35	1,66	0,35	1,65	0,37	1,63	0,37	1,63	0,36	1,64
B	0,41	1,59	0,43	1,57	0,40	1,60	0,42	1,58	0,42	1,58
F	0,44	1,56	0,46	1,54	0,47	1,53	0,46	1,54	0,46	1,54
IRL	0,50	1,50	0,51	1,49	0,51	1,49	0,50	1,50	0,51	1,49
I	0,47	1,53	0,46	1,54	0,45	1,55	0,42	1,58	0,45	1,55
E	0,48	1,52	0,49	1,51	0,45	1,55	0,48	1,52	0,47	1,53
EL	0,51	1,49	0,50	1,50	0,48	1,52	0,50	1,50	0,50	1,50
P	0,50	1,50	0,53	1,47	0,52	1,48	0,54	1,46	0,52	1,48
Durchschnitt	0,44	1,56	0,45	1,55	0,44	1,56	0,45	1,55	0,44	1,55

Der Nenner in dem Verhältnis ist der entsprechende Durchschnitt der Quote der einkommensbezogenen Armutsgefährdung und der Quote der Benachteiligung in der Lebensführung, $X=(P+D)/2$

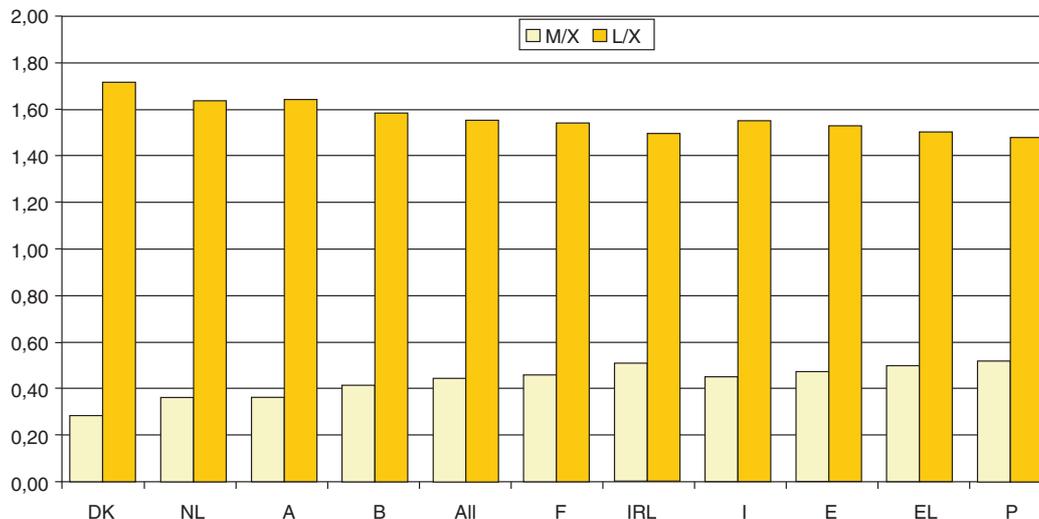
Abb. 7.17. Querschnittsmaße für Armutsgefährdung und Benachteiligung



Im Durchschnitt der vier Wellen betragen die manifesten Benachteiligungsquoten (Auftreten einkommensbezogener Armutsgefährdung und Benachteiligung in der Lebensführung in Kombination) maximal 6 % in Dänemark, den Niederlanden, Österreich und Belgien; sie liegen bei mindestens 10 % in Spanien, Griechenland und Portugal. Das Muster für die einzelnen Wellen ist sehr stetig.

Die entsprechenden Werte für die latenten Benachteiligungsquoten (Auftreten von einkommensbezogener Armutsgefährdung oder von Benachteiligung in der Lebensführung oder beides) betragen maximal 19 % in Dänemark und den Niederlanden; sie belaufen sich auf mindestens 32 % in Spanien und Griechenland und erreichen in Portugal sogar 42 %. Im Schnitt sind also in Portugal jederzeit 42 % der Bevölkerung mit mindestens einer Schwierigkeit konfrontiert: mit einkommensbezogener Armutsgefährdung oder Benachteiligung in der Lebensführung. Auch hier ist das Muster für die einzelnen Wellen sehr einheitlich.

Abb. 7.18. Verhältnis zwischen querschnittlicher „manifeste“ (M) und „latente“ (L) Benachteiligungsquote und (dem Durchschnitt von) einkommensbezogener Armutsgefährdungsquote/Quote der Benachteiligung in der Lebensführung (X)



Das letzte Feld von Tabelle 7.7 und Abbildung 7.18 zeigen den Zusammenhang zwischen den kombinierten Maßen (M und L) und den getrennten Maßen der einkommensbezogenen Armutsgefährdung und der Benachteiligung in der Lebensführung (P und D). Die Zahlen veranschaulichen das Verhältnis zwischen den erstgenannten Maßen und dem Durchschnitt der letztgenannten Maße.

Im Schnitt sind nur wenig mehr als 40 % der Armutsgefährdeten/in der Lebensführung Benachteiligten in beider Hinsicht betroffen (d. h. befinden sich im Zustand der „manifesten Benachteiligung“). Die Überlappung schwankt zwischen rund 30 % in Dänemark bis zu 50 % oder etwas mehr in Irland, Griechenland und Portugal. Wie bereits festgestellt wurde, ist also die Überlappung zwischen einkommensbezogener Armutsgefährdung und Benachteiligung in der Lebensführung signifikant, aber nicht hoch.

Ein zu beachtender und interessanter Aspekt der Ergebnisse besteht darin, dass das Auftreten von Überlappungen direkt mit dem Grad der einkommensbezogenen Armutsgefährdung oder der Benachteiligung in der Lebensführung im jeweiligen Land steigt. Einzelpersonen in Ländern mit einem hohen Grad der einkommensbezogenen Armutsgefährdung oder Benachteiligung in der Lebensführung sind darüber hinaus wahrscheinlich eher von beiden Arten von Nachteilen gleichzeitig betroffen. Dadurch erhöhen sich in der Regel die Auswirkungen von Ungleichheiten zwischen den Mitgliedstaaten bei den Armutsgefährdungsquoten und den Quoten der Benachteiligung in der Lebensführung.

Die Anteile derjenigen, die von beiden Formen der Benachteiligung betroffen sind (d. h. die „latent Benachteiligten“), kommen definitionsgemäß zu den oben Genannten hinzu. Damit unterliegen in Dänemark 72 % mehr Menschen der einen oder anderen Form der Benachteiligung, als die Zahl ausweist, wenn man jeden der beiden Benachteiligungsaspekte für sich betrachtet. Am anderen Ende der Skala – in Portugal – sind 48 % mehr Menschen von der einen oder anderen Form der Benachteiligung betroffen, als wenn die beiden Aspekte jeweils nur für sich betrachtet werden. Dabei ist zu beachten, dass die Inzidenz der beiden Formen der Benachteiligung umso stärker „geteilt“ bzw. verbreitet (und damit in einem gewissen Sinne egalitärer) ist, je höher diese Zahl ist.

7.7.2. Gefahr der Einkommensarmut und Benachteiligung in der Lebensführung: die dynamische Perspektive

Wie dauerhaft ist das Muster der Überlappung von einkommensbezogener Armutsgefährdung und nichtmonetärer Benachteiligung in der Lebensführung im Zeitverlauf? Tabelle 7.8 vermittelt eine Vorstellung vom Auftreten und dem Grad der Dauerhaftigkeit manifester und latenter Benachteiligung im Verhältnis zu dem ihrer Bestandteile, d. h. einkommensbezogene Armutsgefährdung und Benachteiligung in der Lebensführung. Für jedes der vier Maße bzw. Quoten, nämlich einkommensbezogene Armutsgefährdung (P), Benachteiligung in der Lebensführung (D), beide zusammen (manifeste Benachteiligung, M) und einzeln (latente Benachteiligung, L), zeigt die Tabelle:

- die mittlere Quote, Durchschnitt der Wellen 1-4 des ECHP
- die Quote der dauerhaften Benachteiligung, d. h. die durchschnittliche Neigung, mindestens für drei der vier Jahre von einer gegebenen Art der Benachteiligung betroffen zu sein

- die Quote der akuten Benachteiligung, d. h. die durchschnittliche Neigung, mindestens für eines der vier Jahre von einer gegebenen Art der Benachteiligung betroffen zu sein
- und das Verhältnis der dauerhaften Quote sowie das Verhältnis der akuten Quote jeweils zu den entsprechenden Durchschnittsquoten.

Zur Veranschaulichung des Musters der Unterschiede zwischen den Ländern wurden die Länder in Abbildung 7.19 – wie bereits zuvor – entsprechend ihrer durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote/Quote der Benachteiligung in der Lebensführung angeordnet.

Die am meisten benachteiligten Untergruppen der Bevölkerung sind diejenigen, die im Hinblick auf die einkommensbezogene Armutsgefährdung wie auch die nichtmonetäre Benachteiligung in der Lebensführung – angegeben durch die Quote der manifesten dauerhaften Benachteiligung (PM) – dauerhaft benachteiligt sind. Diese Quote reicht von nur 1 % in Dänemark und 3 bis 5 % in den Niederlanden, Österreich und Belgien bis zu 8 bis 9 % in Spanien und Griechenland und 12 % in Portugal. Der einfache Durchschnitt zwischen den Ländern beträgt 6 %. In einer ausführlicheren Analyse wäre es erforderlich, die soziale Identität und die Lebensumstände dieser Untergruppen zu untersuchen.

Tabelle 7.8. Dauerhafte (P) und akute (A) Quoten für verschiedene Maße der Armutsgefährdung und Benachteiligung

	Einkommensbezogene Armutsgefährdungsquote (P)					Gesamtquote der Benachteiligung in der Lebensführung (D)				
	Verhältnis zum Mittel					Verhältnis zum Mittel				
	Mittel P	dauerhaft PP	akut AP	dauerhaft PP/P	akut AP/P	Mittel D	dauerhaft PD	akut AD	dauerhaft PD/D	akut AD/D
B	17	13	30	0,73	1,73	14	10	23	0,77	1,65
DK	9	5	19	0,56	2,14	10	7	18	0,73	1,74
EL	21	17	36	0,77	1,67	28	24	41	0,85	1,46
E	20	15	35	0,73	1,74	22	19	34	0,84	1,51
F	16	12	26	0,76	1,67	15	13	24	0,81	1,56
IRL	19	15	31	0,77	1,63	16	13	26	0,80	1,59
I	18	13	32	0,73	1,76	16	12	25	0,79	1,61
NL	11	7	20	0,67	1,92	10	8	17	0,77	1,64
A	13	8	24	0,60	1,87	12	9	20	0,72	1,62
P	23	19	36	0,82	1,55	34	30	46	0,89	1,35
Durchschnitt	17	12	29	0,72	1,77	18	15	27	0,80	1,57

	Quote der „manifesten Benachteiligung“ (M)					Quote der „latenten Benachteiligung“ (L)				
	Verhältnis zum Mittel					Verhältnis zum Mittel				
	Mittel M	dauerhaft PM	akut AM	dauerhaft PM/M	akut AM/M	Mittel L	dauerhaft PL	akut AL	dauerhaft PL/L	akut AL/L
B	6	5	12	0,70	1,84	24	19	39	0,79	1,59
DK	3	1	6	0,44	2,26	17	12	30	0,71	1,80
EL	12	9	21	0,76	1,71	37	32	53	0,86	1,44
E	10	8	18	0,73	1,72	32	27	48	0,84	1,50
F	7	6	12	0,77	1,67	24	20	37	0,82	1,53
IRL	9	7	15	0,80	1,62	26	21	40	0,82	1,53
I	8	6	14	0,72	1,77	26	21	42	0,79	1,59
NL	4	3	7	0,70	1,84	17	13	29	0,75	1,71
A	5	3	9	0,56	1,89	20	15	33	0,72	1,63
P	15	12	23	0,81	1,57	42	38	57	0,89	1,34
Durchschnitt	8	6	14	0,70	1,79	27	22	41	0,80	1,56

Py dauerhaft „y“ (3 von 4 Jahren).

Ay akut „y“ (eines oder mehrere von vier Jahren).

xP einkommensbezogene Armutsgefährdungsquote (Fuzzy-Parameter, skaliert, so dass er 60% der nationalen medianen Armutsquote entspricht).

xD Quote der Benachteiligung in der Lebensführung (skaliert, damit sie mit dem einfachen Durchschnitt von P für die EU-zusammenpasst).

xM Quote der „manifesten Benachteiligung“, gleichzeitig von der einkommensbezogenen Armutsgefährdung und der Benachteiligung in der Lebensführung abhängig.

xL Quote der latenten Benachteiligung, von der einkommensbezogenen Armutsgefährdung und/oder der Benachteiligung in der Lebensführung abhängig.

Mittel: einfacher Durchschnitt der Wellen W1-W4 für das Längsschnittpanel.

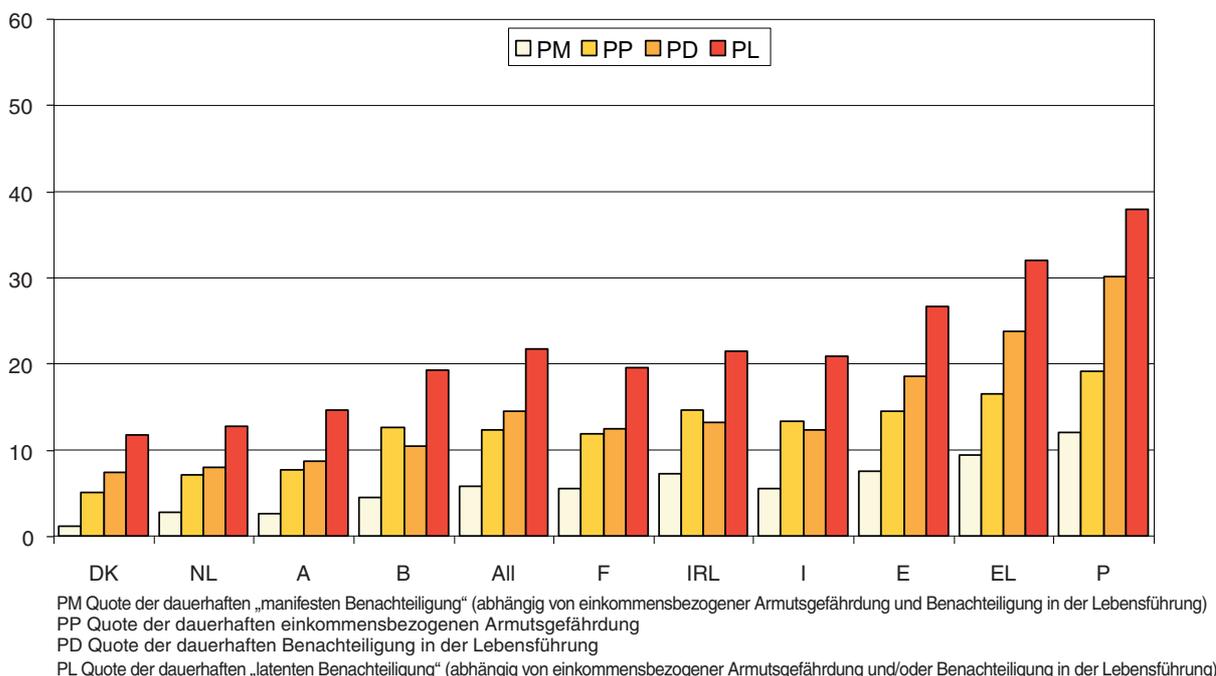
Persistent: poverty risk/deprivation for at least three of the four years (waves 1-4)

Dauerhaft: Armutsgefährdung/Benachteiligung für mindestens drei der vier Jahre (Wellen 1-4).

Beliebiger Zeitpunkt: Armutsgefährdung/Benachteiligung für eines oder mehrere der vier Jahre.

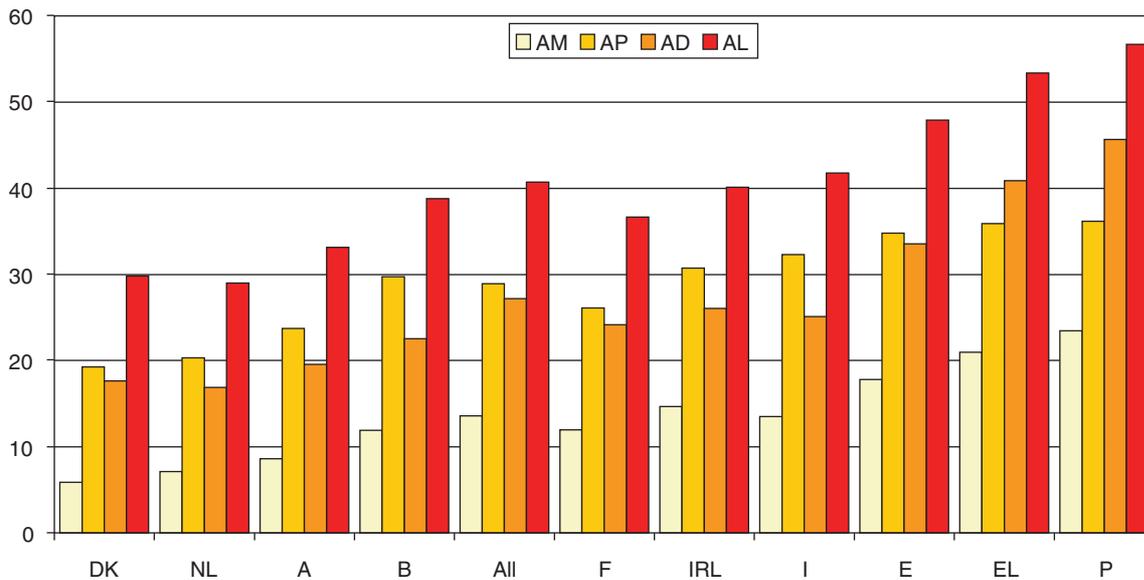
Die Untergruppen der Bevölkerung, die benachteiligt sind, wenn auch nicht unbedingt in extremer Form, sind diejenigen, die entweder im Hinblick auf die einkommensbezogenen oder die lebensführungsbezogenen Indikatoren (aber nicht unbedingt in Bezug auf beide) und eine gewisse Zeit lang (aber nicht unbedingt dauerhaft) in dem Vierjahreszeitraum Nachteile hinnehmen müssen. Im Länderdurchschnitt liegt ihr Anteil bei 41 %. Demzufolge ist eine sehr beachtliche Minderheit der EU-Bevölkerung mindestens eine gewisse Zeit lang während eines Vierjahreszeitraums mit einkommensbezogener Armutsgefährdung oder anderen Formen der Benachteiligung in der Lebensführung konfrontiert. Die übrigen 59 % befinden sich in einer günstigeren Lage. Unter den Mitgliedstaaten reichen die latenten Quoten der akuten Benachteiligung (AL) von 30 bis 33 % in Dänemark, den Niederlanden und Österreich bis zu 48 % in Spanien, 53 % in Griechenland und 57 % in Portugal. Folglich ist in den letztgenannten Ländern eine Mehrzahl der Einwohner während des Vierjahreszeitraums eine Zeit lang von einkommensbezogener Armutsgefährdung oder anderen Formen der Benachteiligung in der Lebensführung betroffen.

Abb. 7.19. Quoten der dauerhaften Armutsgefährdung und Benachteiligung



Das Verhältnis zwischen der Quote der dauerhaften Benachteiligung und dem Grad der Benachteiligung zu einem beliebigen Zeitpunkt gibt an, inwieweit sich ein gegebener Grad der Benachteiligung in einer Gesellschaft tendenziell auf dieselben Einzelpersonen und Haushalte konzentriert. Je höher dieses Verhältnis ist, desto schwerwiegender sind die Auswirkungen eines gegebenen Grades der Benachteiligung im Hinblick auf eine Segmentierung der Gesellschaft.

Wie im Falle des kombinierten Auftretens von einkommensbezogener Armutsgefährdung und Benachteiligung in der Lebensführung im vorangegangenen Abschnitt vertieft die Dauerhaftigkeit der Inzidenz von Benachteiligungen im Zeitverlauf in der Regel wiederum bestehende Unterschiede. In Ländern mit einem höheren Grad der Armutsgefährdung oder Benachteiligung konzentrieren sich verschiedene Aspekte der Benachteiligung tendenziell nicht nur bei denselben Einzelpersonen und Haushalten, sondern bleiben bei ihnen auch dauerhafter bestehen, so dass sich die Auswirkungen der Benachteiligung bei den lebensführungsbezogenen Dimensionen und im Zeitverlauf vermengen.

Abb. 7.20. Quoten der Armutsgefährdung und Benachteiligung zu einem beliebigen Zeitpunkt


AM: Beliebiger Zeitpunkt Quote der „manifesten Benachteiligung“ (abhängig von einkommensbezogener Armutsgefährdung und Benachteiligung in der Lebensführung)
 AP: Beliebiger Zeitpunkt Quote der einkommensbezogenen Armutsgefährdung
 AD: Beliebiger Zeitpunkt Quote der Benachteiligung in der Lebensführung
 AL: Beliebiger Zeitpunkt Quote der „latenten Benachteiligung“ (abhängig von einkommensbezogener Armutsgefährdung und/oder Benachteiligung in der Lebensführung)
 Beliebiger Zeitpunkt: Armutsgefährdung/Benachteiligung für eines oder mehrere der vier Jahre und/oder Benachteiligung in der Lebensführung)

7.8. Fazit

Ausgangspunkt dieses Kapitels waren Erkenntnisse aus einer Reihe europäischer Länder, aus denen hervorgeht, dass der Zusammenhang zwischen einkommensbezogener Armutsgefährdung und Benachteiligung in der Lebensführung geringer ist als allgemein angenommen und bei den verschiedenen Dimensionen der Benachteiligung systematisch variiert. Vor diesem Hintergrund können sich einkommensbezogene Armutsgefährdungsgrenzen bei der Ermittlung der extrem in der Lebensführung Benachteiligten als problematisch erweisen; Indikatoren der einkommensbezogenen und nichtmonetären Benachteiligung liefern recht unterschiedliche Arten von Informationen, die sich gut für analytische und politische Zwecke kombinieren lassen. In diesem Kapitel haben wir Daten aus den ersten vier Wellen des ECHP zur Behandlung dieser Fragen genutzt.

Die Analyse statistischer Daten erbrachte, dass sich in den ECHP-Ländern fünf verschiedene Dimensionen der Benachteiligung herausgebildet haben. Dies bestätigt, dass sich die Benachteiligung in den einzelnen Ländern übereinstimmend in dieser Weise darstellt. Von entscheidender Bedeutung war die Erkenntnis, dass man europäische Vergleiche anhand verschiedener Dimensionen der Benachteiligung anstellen kann, wenn gewährleistet ist, dass die gleichen Erscheinungen gemessen werden. Was den Zusammenhang zwischen einkommensbezogener Armutsgefährdung und Benachteiligung angeht, bestand eine übereinstimmende Erkenntnis in allen Ländern darin, dass der stärkste Zusammenhang bei der primären Dimension der Benachteiligung, gefolgt von der sekundären Positionen gegeben ist. Dagegen war der Zusammenhang mit den wohnungs- und wohnumfeldbezogenen Dimensionen der Benachteiligung in der Mehrheit der Länder äußerst gering. Das ist besonders wichtig, weil wohnungsbezogene Positionen bei Maßen, die eine allgemeine Benachteiligung widerspiegeln sollten, in der Regel eine bedeutende Rolle gespielt haben. Es zeigt sich jedoch deutlich, dass wir uns bei der Suche nach Bestimmungsfaktoren für eine derartige Benachteiligung außer dem aktuellen Einkommen solche Faktoren anschauen müssen wie städtische bzw. ländliche Siedlungsgebiete, Lebenszyklusstadium und Auswirkungen des sozialen Wohnungsbaus.

Im Rahmen der Diskussion über soziale Ausgrenzung richtete sich das Augenmerk auf die Prozesse, die zur Exposition gegenüber mehrfacher Benachteiligung und sozialer Isolation führen. Bei den Positionen, die soziale Isolation und mangelnde Beteiligung an Organisationen betreffen, stellten wir fest, dass die uns zur Verfügung stehenden Kriterien keine eindeutigen Maße für die soziale Ausgrenzung darstellen. Die Schwankungsbreite zwischen den Ländern zeigt eindeutig, dass das gesellschaftliche Zusammenleben in den verschiedenen Ländern seine eigene unverwechselbare Dynamik hat, die tief in der sehr unterschiedlichen

wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung verwurzelt ist. Aufgrund der Beschaffenheit der uns zur Verfügung stehenden Gesundheitsindikatoren erscheint es nicht ratsam zu versuchen, stichhaltige Schlussfolgerungen zur sozialen Ausgrenzung auf der Grundlage einer Analyse zu ziehen, die sich auf diese Indikatoren beschränkt.

Die Befürworter einer auf die soziale Ausgrenzung abstellenden Betrachtungsweise haben oft die Kritik geäußert, die Analyse der Armut sei statisch und eindimensional. Dies sind aber nicht zwangsläufig Merkmale der Armutsanalyse. In diesem Kapitel haben wir das ECHP herangezogen, um das Ausmaß der mehrfachen Benachteiligung zu untersuchen. Die Menschen, die von mehrfacher Benachteiligung betroffen sind, stellen die Hauptkandidaten für die Exposition gegenüber mehrfachen Unterversorgungslagen und einer Spirale der Unsicherheit dar. Unsere Analyse hat jedoch ergeben, dass selbst im Falle der Benachteiligung in der Lebensführung, bei der wir mit äußerst klaren Zusammenhängen rechnen können, das beobachtete Muster nicht mit dem Muster systematischer mehrfacher Nachteile übereinstimmt. Das zeigt sich vielleicht am anschaulichsten daran, dass die dauerhaft durch Einkommensarmut Gefährdeten im Allgemeinen nicht stärker als andere zu der Auffassung neigen, dass in ihren Wohngebieten Vandalismus und Kriminalität herrschen, und dass die breite Mehrheit von ihnen nicht der Meinung ist, in derartigen Wohngebieten zu leben.

Die Auswirkungen der dauerhaften Gefährdung durch Einkommensarmut auf die Benachteiligung in der Lebensführung sind unterschiedlich und bei einer Reihe von Dimensionen äußerst gering. Fest steht, dass die dauerhaft Armutsgefährdeten verhältnismäßig hohe Risiken tragen, mit derartigen Benachteiligungen konfrontiert zu werden. Aber selbst wenn man eine stärker eingeschränkte Definition des Begriffs mehrfache Benachteiligung als die heranzieht, die in der Literatur über soziale Ausgrenzung zu finden ist, entspricht nur eine Minderheit den Kriterien. Außerdem bilden die dauerhaft durch Einkommensarmut Gefährdeten in allen Ländern eine Minderheit der mehrfach Benachteiligten. Werden zusätzliche Dimensionen in die Analyse aufgenommen oder strengere Maßstäbe an unsere Bedingungen angelegt, dann würde sich die Zahl der mehrfach Benachteiligten unter den von dauerhafter Armut Betroffenen auf ein vernachlässigbares Niveau verringern. Die Tatsache, dass sich dauerhafte Gefährdung durch Einkommensarmut in mehrfacher Hinsicht auswirkt, resultiert nicht unbedingt in Extremfällen mehrfacher Unterversorgung in erheblichen Größenordnungen. Die Zusammenhänge, die wir beobachten, sind probabilistisch, und – wie in den Sozialwissenschaften insgesamt – ist der Korrelationsgrad selbst da, wo wir von starken Zusammenhängen ausgehen, oft bescheiden. Natürlich spielen bei der Bestimmung der Benachteiligung sehr viele andere Faktoren eine Rolle als die dauerhafte einkommensbezogene Armutsgefährdung, und diese Faktoren sind bei den Dimensionen unterschiedlich. So beziehen sich die Unterschiede im Zusammenhang mit mehrfachen Nachteilen größtenteils eher auf sozioökonomische Kategorien und nicht auf spezifische Personengruppen. Wir behaupten nicht, eine solche Strukturierung der Nachteile sei unwichtig, aber sie führt zu unterschiedlichen Ergebnissen und erfordert andere Lösungen als bislang offensichtlich allgemein angenommen.

Um den Bedeutungsinhalt von „Benachteiligung“ (im Sinne des englischen Begriffs „Deprivation“) verstehen zu können, dürfen wir unsere Betrachtung nicht auf die Kluft zwischen einer mehrfach benachteiligten und ausgegrenzten Minderheit und einer gut situierten Mehrheit beschränken. Ein genaueres Bild bietet wahrscheinlich eine Sichtweise, bei der Benachteiligung als (mitunter vorübergehende) schmerzliche Lebenserfahrung gesehen wird, die als Folge unvorhersehbarer Änderungen der Wirtschafts und Sozialpolitik und der Lebensumstände jedermann unabhängig von der sozioökonomischen Kategorie betreffen kann.

Da einige der Schwierigkeiten beim Einkommensgrenzen-Ansatz – wie zunehmend erkannt wird – daraus resultieren, dass das aktuelle Einkommen ein äußerst ungenaues Maß des ständigen Einkommens bzw. der Verfügungsgewalt über Ressourcen ist, wurde größeres Augenmerk auf Maße für die dauerhafte Armutsgefährdung gelegt. Wie unsere Analyse zeigt, stehen solche Maße in einem deutlich engeren Zusammenhang zur Benachteiligung und verkörpern viel besser die Eigenschaften, die wir von einem Maß für die Armutsgefährdung verlangen. Bisher ging es jedoch bei Fragen der Dynamik vor allem um die einkommensbezogene Armutsgefährdung und kaum um direkte Maße für die Benachteiligung. Das mag zum Teil auf die implizite Annahme zurückzuführen sein, Benachteiligungen seien eher von Bestand als niedrige Einkommen. Unsere Analyse zeigt jedoch, dass dies nicht der Fall ist und dass über einen Vierjahreszeitraum das immer stärkere Abgleiten in Unterversorgungslagen und der umgekehrte Fall ebenso häufig auftraten wie die Bewegung über bzw. unter die Armutsgefährdungsgrenze von 60 % des Medianeinkommens. Außerdem gibt es zwar einen eindeutigen und systematischen Zusammenhang

zwischen dauerhafter Gefahr der Einkommensarmut und Benachteiligung, doch ist der Grad der Überlappung bei weitem nicht perfekt.

Es sei betont, dass das Vorhandensein von Belegen für die Existenz eines erheblichen Grades der Armutsdynamik nichts darüber aussagt, dass entweder aktuelle oder dauerhafte Benachteiligung unstrukturiert sei. Wie wir gesehen haben, ermöglichen es neben den Auswirkungen der dauerhaften einkommensbezogenen Armutgefährdung eine Reihe ressourcenbezogener Variablen wie Arbeitsmarkterfahrungen und soziale Schicht sowie bedarfsbezogene Variablen wie Familienstand und Haushaltsstruktur, einen signifikanten Grad der Vorhersagbarkeit in Bezug auf das Risiko der Exposition gegenüber Benachteiligung zu erreichen.

Unsere Erkenntnisse legen eine Reihe von Schlussfolgerungen nahe. Erstens ist klar, dass es unklug wäre, nur auf einkommensbezogene Maße zu setzen, wenn man versucht, die Phänomene Armut und soziale Ausgrenzung zu verstehen. Dies ist schon daran abzulesen, dass wir anhand der dauerhaften Gefahr der Einkommensarmut nur eingeschränkt den Grad erklären können, in dem Haushalte ernsthaften wirtschaftlichen Belastungen ausgesetzt sind, sowie den Grad, in dem dauerhafte Benachteiligung einen unabhängigen Einfluss ausübt. Niemals würden wir jedoch empfehlen, auf einkommensbezogene Maße zu verzichten. Vielmehr veranlasst uns die Komplexität der von uns vorgelegten Ergebnisse zu der Feststellung, dass es gefährlich wäre zu versuchen, Art und Umfang der Armutgefährdung nur anhand eines einzigen Maßes verstehen zu wollen.

Wichtige analytische und politische Fragen ergeben sich auch daraus, dass beträchtliche kurzfristige Mobilität mit einem hohen Grad sozialer Strukturierung der Benachteiligung im Hinblick auf relativ unveränderliche Merkmale der Einzelpersonen wie soziale Schicht, Bildung und Arbeitsmarkterfahrungen einhergeht. Die Analyse der Bestimmungsfaktoren für das kurzfristige Betroffensein von einkommensbezogener Armutgefährdung und Exposition gegenüber extremer Benachteiligung bzw. die Überwindung dieses Zustands würden einen ganz anderen Ansatz als den in diesem Kapitel gewählten und im Idealfall die Einbeziehung von Paneldaten über eine längere Zeitspanne erfordern. Man muss unbedingt zwischen kurz und langfristiger Armut und sozialer Ausgrenzung unterscheiden und die Faktoren zu verstehen suchen, die eine solche Entwicklung auslösen. Noch wichtiger mag es jedoch sein, dass die Besorgnis über diese Fragen und die damit verbundenen analytischen Herausforderungen nicht von der Tatsache ablenken sollten, dass unabhängig davon, ob Menschen zu einem beliebigen Zeitpunkt in Bezug auf das Einkommen armutsgefährdet und/oder benachteiligt sind, im erheblichen Grade voraussagbar ist, welche sozialen Kategorien von einem hohen Gefährdungsgrad betroffen sind. Politisch gesehen sollte uns die zunehmende Orientierung auf Verantwortung und Handeln des Einzelnen nicht den Blick dafür verstellen, dass die Weichenstellung für die Lebenschancen nach wie vor im hohen Maße von gesellschaftlichen Einflussfaktoren abhängt, die von größeren sozioökonomischen und politischen Kräften gestaltet werden.

8. Die Rolle von Sozialtransfers

Durch Bargeldtransfers nimmt der staatliche Sektor eine Umverteilung der Ressourcen vor und trägt zur Linderung der Armut und sozialen Ausgrenzung bei. In diesem Kapitel wird analysiert, welche Bedeutung staatliche Sozialtransfers für das verfügbare Einkommen haben, welche Verteilungsmuster es gibt und wie die Transfers auf die Überwindung der Einkommensarmut Einfluss nehmen. Diese drei Aspekte werden in den drei nachfolgenden Abschnitten der Reihe nach behandelt.

Zu den untersuchten Bargeldtransfers gehören Renten;⁵¹ Arbeitslosenunterstützung, Krankengeld und Erwerbsunfähigkeitsleistungen, familienbezogene Leistungen, ausbildungsbezogene Leistungen, Wohngeld, Sozialhilfe und andere personengebundene staatliche Leistungen.⁵²

Mit den verschiedenen Arten des Bargeldtransfers werden verschiedene Ziele verfolgt, insbesondere im Hinblick auf die Umverteilungsfunktion. So erfüllen staatliche Renten weitestgehend eine Einkommensersatzfunktion, während einige der sonstigen Transfers wie beispielsweise Familienleistungen oder Sozialhilfe entweder allgemeineren oder aber einen ganz zielgerichteten Charakter tragen, wobei nicht zwangsläufig eine Verbindung zu vergangenen Einkommen besteht. In der nachfolgenden Analyse werden daher Renten und sonstige Transfers separat untersucht. Auch wird zwischen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis 60 Jahre) und der Bevölkerung im Rentenalter (ab 61 Jahre) unterschieden.⁵³

8.1. Niveau und Verteilung der Sozialtransfers

Die Bedeutung staatlicher Sozialtransfers zeigt sich anhand der Tatsache, dass drei von vier europäischen Bürgern Transferleistungen irgendwelcher Art beziehen (Tabelle 8.1).⁵⁴ Dieser Anteil variiert zwischen rund 50 % in Griechenland und Italien und mehr als 85 % in den nordischen Ländern, Belgien, Irland, Luxemburg und Portugal. In drei Ländern (Griechenland, Spanien und Irland) ging der Anteil der Transferempfänger zwischen 1994 und 1997 leicht um 2 bis 3 Prozentpunkte zurück. Ansteigende Tendenzen verzeichneten Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich und vor allem Portugal (+ 6 Prozentpunkte).

Werden nur die sonstigen Transferleistungen (d. h. ohne Renten) berücksichtigt, zu denen Leistungen im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit, Krankheit, Familie und Niedrigeinkommen gehören, so ist der Anteil der Empfänger geringer, liegt im europäischen Durchschnitt aber immer noch über 50 %. Zwei Länderpaare nehmen hier eine Ausnahmestellung ein, und zwar Griechenland und Italien mit einem Empfängeranteil von gerade mal 20 % und Dänemark und Finnland mit sehr hohen Anteilen von 75 bzw. 83 %. In allen anderen Ländern (außer Spanien) leben etwa zwei Drittel der Bevölkerung in Haushalten, die irgendwelche sonstigen Transferleistungen erhalten.

Rentenempfänger machen in den meisten Ländern etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus.⁵⁵ Deutlich niedriger ist ihr Anteil in den Niederlanden und in Dänemark (ca. 20 %), wo die sonstigen Leistungen eine wichtige Rolle spielen. Wesentlich höhere Anteile verzeichnen Griechenland (36 %) und Italien (40 %), die beiden Länder mit dem niedrigsten Anteil von Empfängern sonstiger Leistungen. Seit 1994 war bezüglich des Anteils von Rentenempfängern generell ein Aufwärtstrend zu verzeichnen, Ausnahmen hierbei bildeten die Niederlande und Österreich.

Welchen Stellenwert haben staatliche Bargeldtransfers im Einkommenspaket der Europäer? Im Durchschnitt machen sie ein Drittel des verfügbaren Einkommens aus und stellen eine Ergänzung zu den vom Markt kommenden Ressourcen dar, wobei es sich hauptsächlich um den Verdienst handelt. Geringer ist der Anteil der Transfers am Gesamteinkommen („Transferanteil“) in den südeuropäischen Ländern, vor allem

⁽⁵¹⁾ Renten umfassen in diesem Falle staatliche Renten wie auch Betriebsrenten, die zwar nicht öffentlich verwaltet werden müssen, aber staatlichen Regelungen unterliegen. Ebenfalls eingeschlossen sind private Renten, die jedoch bei den jetzigen Rentenempfängern einen so geringen Anteil ausmachen, dass sich deren Einbeziehung nicht wesentlich auf die Analyse auswirkt.

⁽⁵²⁾ Von der Analyse ausgenommen sind Sachtransfers jeglicher Art, wie etwa Leistungen des staatlichen Bildungs- und Gesundheitswesens. Solche Sachtransfers spielen in den einzelnen Ländern eine unterschiedlich große Rolle, was bei der Interpretation der nachfolgenden Ergebnisse berücksichtigt werden sollte..

⁽⁵³⁾ Da staatliche Renten in allen EU-Ländern die wichtigste Einkommenskomponente für die Rentner darstellen, sind unterschiedliche Transferanteile am Einkommen der Gesamtbevölkerung wie auch unterschiedliche Auswirkungen auf die Gefahr der Einkommensarmut wahrscheinlich einfach auf den unterschiedlichen Rentneranteil an der Gesamtbevölkerung der jeweiligen Länder zurückzuführen.

⁽⁵⁴⁾ Es sollte darauf hingewiesen werden, dass die Analyse durchgängig auf Äquivalenzeinkommen pro Person basiert. Das bedeutet, dass sich beispielsweise in Belgien der 30-Prozent-Anteil nicht auf Rentenempfänger bezieht, sondern vielmehr auf jene Personen, die in Haushalten mit Einkommen aus Renten leben.

⁽⁵⁵⁾ Werden die Anteile der Rentenempfänger und der Empfänger sonstiger Transferleistungen zusammengenommen, so ergibt sich ein höherer Wert als für den Transferanteil insgesamt, da einige Empfänger doppelte Leistungen beziehen.

Griechenland; höhere Anteile verzeichnen die nordischen Länder, und hier vor allem Finnland⁵⁶, sowie Belgien, wo sich der Transferanteil Ende der 90er-Jahre um 5 Prozentpunkte erhöhte. In Irland hingegen ging er in der gleichen Größenordnung zurück. Andere Länder mit einer Zunahme des „Transferanteils“ um 3 bis 4 Prozentpunkte waren Deutschland und Italien, was allerdings in Deutschland auf sonstige Transfers und im Falle von Italien gänzlich auf Rentenleistungen zurückzuführen war.

Im Allgemeinen entwickelten sich die „Transferanteile“ Ende der 90er-Jahre parallel zu den Empfängeranteilen. Hierbei gibt es jedoch mit Belgien und Griechenland zwei bemerkenswerte Ausnahmen. In diesen beiden Ländern erhöhten sich die Transferanteile am verfügbaren Einkommen, der Empfängeranteil jedoch war rückläufig, wenn auch bei sehr unterschiedlichem Ausgangsniveau. Das deutet darauf hin, dass Transfers für das Einkommen der Empfänger in diesen Ländern eine immer größere Rolle spielen.

Renten machen mehr als die Hälfte aller Sozialtransfers aus. Einen sehr hohen Stellenwert haben sie in den südeuropäischen Ländern, bilden sie doch in Griechenland und Italien fast 90 % und in Portugal und Spanien zwei Drittel aller Transfers. Das ist sowohl auf einen höheren Anteil von Rentenempfängern als auch auf ein niedrigeres Niveau der sonstigen Leistungen zurückzuführen, wie wir an anderer Stelle noch sehen werden.

Alle sonstigen Transfers zusammengenommen machen weniger als die Hälfte aller Transfers aus. Lediglich in drei Ländern, nämlich in Dänemark, Irland und Finnland (67 %), liegt ihr Anteil deutlich über dem der Renten.

Tabelle 8.1. Sozialtransfers in Europa: globale Indikatoren

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	Durchschnitt	EU-15
Anteil der Empfänger 1997																	
Alle Sozialtransfers	88	85	81	49	58	78	88	51	86	80	85	88	93	87	81	78	73
Veränderungen 1994-97	-1	0	2	-3	-3	2	-2	3	3	-1	3	6	0	1	..
Sonstige Transfers	68	75	60	20	34	60	81	19	66	65	69	68	83	71	64	60	52
Veränderungen 1994-97	-2	1	1	-2	-4	2	-3	-2	1	-1	4	5	-2	0	..
Renten	30	20	28	36	33	28	22	40	29	19	36	36	33	30	28	30	31
Veränderungen 1994-97	3	0	2	0	1	2	0	5	2	-1	-1	3	1	1	..
Anteil am verfügbaren Einkommen 1997																	
Alle Sozialtransfers	42	36	32	25	32	33	33	32	33	32	33	28	53	40	36	35	33
Veränderungen 1994-97	5	1	3	1	0	0	-5	4	2	-1	0	2	-1	1	..
Sonstige Transfers	20	22	13	3	12	14	22	5	14	17	13	9	35	21	18	16	13
Veränderungen 1994-97	3	0	3	0	-1	0	-4	-1	1	0	1	0	-2	0	..
Renten	21	14	20	22	20	19	11	27	19	15	19	19	18	19	17	19	20
Veränderungen 1994-97	2	0	0	1	1	0	-1	5	1	0	-1	2	1	1	..

Quelle: ECHP 1994, 1997. Anmerkungen: Der Referenzzeitraum für Luxemburg ist 1994 bis 1996 und für Österreich 1995 bis 1997. EU-15 gibt den gewichteten Durchschnitt an, „Durchschnitt“ bezieht sich auf den ungewichteten Länderdurchschnitt. Die Veränderungen sind in Prozentpunkten angegeben und lassen Finnland und Schweden unberücksichtigt.

Bei Geringverdienern gestalten sich die „Transferanteile“ anders als bei Besserverdienenden (Tabelle 8.2). Außer in Griechenland und Italien machen sie bei niedrigen Einkommen etwa zwischen 50 und 80 % aus und sind damit höher als der Verdienst oder anderes Markteinkommen. Bei mittleren Einkommen liegt der Transferanteil zwischen 26 und 63 %, bei hohen Einkommen zwischen 15 und 30 % und bei sehr hohen Einkommen zwischen 8 und 25 %. Im europäischen Durchschnitt ergibt sich für die „Transferanteile“ bei niedrigen und sehr hohen Einkommen ein Verhältnis von 3:1, was auch für die meisten EU-Länder gilt. Italien nimmt insofern eine Sonderstellung ein, als dass hier der niedrigste „Transferanteil“ bei niedrigen Einkommen mit dem höchsten Anteil bei sehr hohen Einkommen einhergeht, was ein Verhältnis von lediglich 1,8:1 zur Folge hat. Niedrige und mittlere Einkommen verzeichnen in Italien die gleichen „Transferanteile“. Eine viel stärkere Differenzierung der Anteile zwischen den Einkommensgruppen und daraus resultierende Verhältnisse von mindestens 4:1 gibt es in Dänemark, Finnland, Irland und dem Vereinigten Königreich.

Dieses Muster der kleiner werdenden „Transferanteile“ bei größer werdendem Einkommen ist hauptsächlich auf sonstige Transfers für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zurückzuführen. Bezüglich des Anteils der sonstigen „Transfers“ liegt das Verhältnis zwischen niedrigen und sehr hohen Einkommen im europäischen Durchschnitt bei etwa 10:1. Im Allgemeinen machen sonstige Transfers bei hohen und sehr hohen Einkommen weniger als 10 % aus. In den Niedrigeinkommensgruppen ist ihr Anteil sehr unterschiedlich. So spielen sie in Belgien, Irland und Finnland eine sehr große Rolle (60 bis 70 %), sind auch in Schweden und dem Vereinigten Königreich noch recht bedeutsam (50 %), machen aber in Griechenland und Italien einen sehr geringen Anteil aus (9 %). Auch in Portugal, Spanien, Österreich und Luxemburg (20 bis 30 %) erreicht der Anteil der sonstigen „Transfers“ bei den Niedrigeinkommen nicht den europäischen Durchschnitt.

⁵⁶) Siehe jedoch ECHP-Methodik in Anhang 2.

Die Rentenanteile hingegen verhalten sich nicht so stark umgekehrt proportional zu den Einkommen, worin sich zeigt, dass in Europa die gesetzliche Altersversorgung größtenteils eine Versicherungs- und Einkommensersatzfunktion erfüllt. In der Mehrzahl der Länder bestehen zwischen den Einkommensgruppen keine signifikanten Unterschiede bei den Rentenanteilen, wobei jedoch in einigen Ländern (z. B. Luxemburg und die Niederlande) die Renten für mittlere und selbst höhere Einkommensgruppen eine noch etwas größere Bedeutung haben als für die Bezieher niedrigerer Einkommen. Die einzigen Ausnahmen hierbei bilden Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich, wo hohe und sehr hohe Einkommen deutlich geringere Rentenanteile aufweisen (die Hälfte oder weniger). Das lässt darauf schließen, dass in diesen Ländern für gut situierte Rentner das Kapitaleinkommen (private Altersversorgung) von größerer Bedeutung ist.

Tabelle 8.2. Transferanteile am verfügbaren Einkommen, nach vier Einkommensgruppen

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	Durchschnitt	EU-15
Alle Sozialtransfers (Gesamtbevölkerung)																	
Niedriges	78	68	60	40	48	56	70	35	50	55	57	49	77	61	67	58	55
Mittleres	44	43	34	26	35	35	37	36	38	34	34	26	63	46	35	38	36
Hohes Einkommen	22	15	18	17	26	21	12	26	20	22	20	17	30	23	19	21	21
Sehr hohes	24	12	17	13	13	21	8	20	15	22	18	16	19	18	14	17	17
Sonstige Transfers (Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter)																	
Niedriges	59	44	45	9	29	40		9	30	48	30	20	68	53	50	40	34
Mittleres	22	28	13	3	13	15	26	4	16	20	15	10	47	26	16	18	14
Hohes Einkommen	9	9	5	1	7	5	5	2	6	7	7	5	17	8	8	7	6
Sehr hohes	7	6	2	0	3	4	2	2	2	5	4	3	9	4	3	4	3
Renten (Bevölkerung im Rentenalter)																	
Niedriges	81	89	81	71	74	77	75	79	64	61	78	77	86	77	85	77	80
Mittleres	83	69	83	74	73	79	62	83	82	84	69	60	84	83	68	76	78
Hohes Einkommen	72	44	64	61	56	79	40	65	59	79	60	52	74	66	52	62	64
Sehr hohes	59	33	56	51	41	71	36	55	58	73	66	54	77	59	47	56	55

Die Bedeutung der Sozialtransfers lässt sich noch besser verstehen, wenn tatsächlich nur die Einkommen der Transferempfänger und das Gewicht der Transfers innerhalb dieser Einkommen untersucht werden. Dies geschieht in Tabelle 8.3.

Tabelle 8.3. Gewicht der Sozialtransfers im verfügbaren Einkommen der Empfänger

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	Durchschnitt	EU-15
Alle sozialtransfers	48	42	40	51	55	43	38	61	38	41	38	32	57	46	44	45	45

Quelle: ECHP 1997. Anmerkungen: Die Daten für Luxemburg betreffen das Jahr 1997.

EU-15 gibt den gewichteten Durchschnitt an, „Durchschnitt“ bezieht sich auf den ungewichteten Länderdurchschnitt.

Insgesamt ist der Transferanteil etwa 4 bis 9 Prozentpunkte höher, wenn nicht von den Einkommen aller Personen, sondern nur von den Einkommen der Transferempfänger ausgegangen wird. Der europäische Durchschnitt liegt hier bei 45 %. In den Ländern mit den niedrigsten „Transferanteilen“ fällt der Unterschied jedoch noch viel stärker ins Auge. In Griechenland, Spanien und Italien machen die Transfers bei den Empfängern einen hohen Anteil am Einkommen aus, der über dem europäischen Durchschnitt liegt. Italien rangiert hierbei mit 61 % an der Spitze. Dies bedeutet, dass in diesen drei Ländern ein geringerer Prozentsatz von Transferempfängern in stärkerem Maße Sozialtransfers in Anspruch nehmen als in den anderen europäischen Ländern.

8.1.1. Renten

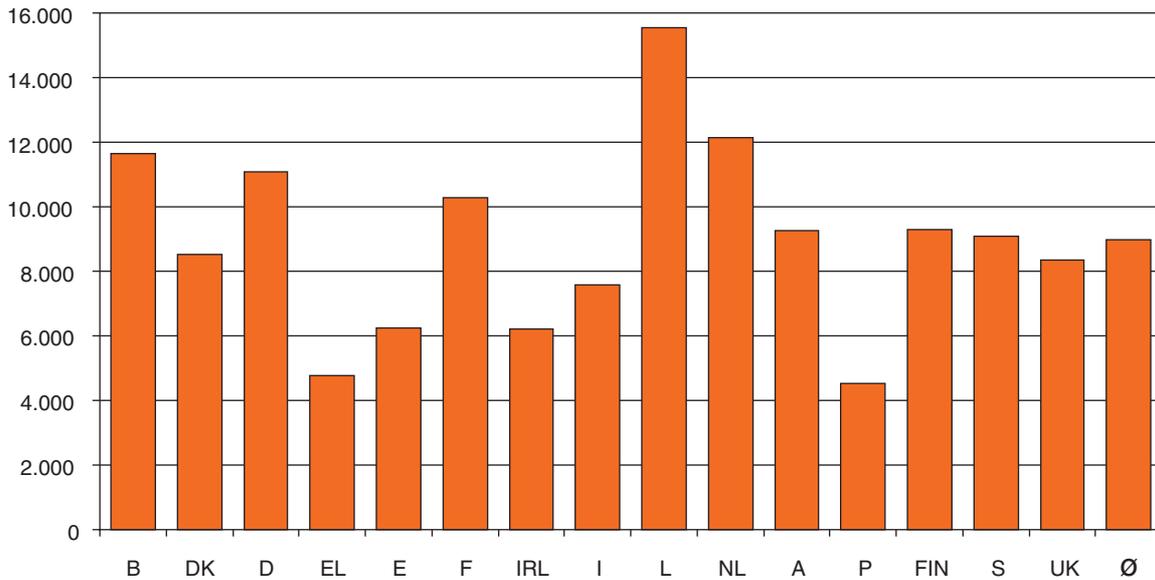
In Europa machen die Renten im Durchschnitt 79 % des Einkommens der Rentenempfänger aus. Am niedrigsten sind die Anteile im Vereinigten Königreich und Irland (rund 70 %), am höchsten in Belgien und Finnland (84 bzw. 91 %).

Tabelle 8.4. Gewicht der Renten im verfügbaren Einkommen der Empfänger

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	Durchschnitt	EU-15
Renten	84	76	82	75	75	81	71	80	77	89	73	72	91	80	72	79	79

Quelle: ECHP 1997. Anmerkungen: Die Daten für Luxemburg betreffen das Jahr 1997.

EU-15 gibt den gewichteten Durchschnitt an, „Durchschnitt“ bezieht sich auf den ungewichteten Länderdurchschnitt.

Abb. 8.1. Durchschnittliche Rentenhöhe in KKS, 1997


Die in Europa bestehenden Unterschiede bei der durchschnittlichen Höhe der Renten in KKS, wie sie in Abbildung 8.1 dargestellt sind, widerspiegeln nur teilweise die Unterschiede beim Durchschnittseinkommen der gesamten Bevölkerung (siehe Kapitel 3). Wie beim Gesamteinkommen sind Portugal und Griechenland auch die Länder mit den niedrigsten Durchschnittsrenten (ca. 4500 KKS), Spitzenreiter ist Luxemburg (15 500 KKS). Unter dem europäischen Durchschnitt liegen die Renten außerdem in Spanien, Irland und Italien, und überdurchschnittliche Renten (zwischen 10 000 und 11 500 KKS) werden in Frankreich, den Niederlanden, Deutschland und Belgien gezahlt.

8.1.2. Sonstige Transfers

Die verschiedenen Komponenten des Sozialschutzes spielen im Hinblick auf die jeweiligen Rechtsvorschriften und den ihnen zugemessenen Stellenwert in den einzelnen europäischen Ländern eine unterschiedliche Rolle. Es lässt sich hier eine grobe Unterteilung in vier Ländergruppen vornehmen:

- In Dänemark, Finnland, Schweden und – in nicht ganz so starkem Maße – in den Niederlanden spielen allgemeine Transfers eine wichtige Rolle, auf die alle Einwohner Anspruch haben. Sie sind mit relativ großzügigen Zusatzleistungen verbunden.
- In den übrigen kontinentaleuropäischen Ländern bildet eine einkommensbezogene Sozialversicherung den Eckpfeiler des sozialen Sicherungssystems. Sie erfasst die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung und wird durch kleinere Programme speziell für Geringverdiener ergänzt.
- In Irland und im Vereinigten Königreich sind versicherungsbasierte Transfers weniger gebräuchlich, dafür spielen gezielte Transfers (oftmals nach Bedürftigkeitsprüfung) eine wesentlich größere Rolle als in anderen Ländern.⁵⁷
- In den südeuropäischen Ländern wird sowohl durch versicherungsbasierte als auch durch gezielte Transfers ein kleinerer Teil der Bevölkerung erfasst als in den anderen europäischen Ländern. Ersatztransfers im Falle der Nichterwerbstätigkeit (Arbeitslosigkeit, Krankheit und Erwerbsunfähigkeit) haben hier die größte Bedeutung.

Abbildung 8.2 macht deutlich, dass die sonstigen Transfers in den einzelnen Ländern der Europäischen Union sehr unterschiedlich zusammengesetzt sind. Darin widerspiegeln sich sowohl Unterschiede in den Sozialschutzsystemen als auch strukturelle Unterschiede zwischen den Ländern (z. B. eine geringe Arbeitslosenquote in Luxemburg gegenüber einer hohen Quote in Spanien). Bei etwa 30 % der sonstigen Transfers handelt es sich um Leistungen im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit, wobei diesen Leistungen in Irland und Spanien der größte Stellenwert zukommt. Krankengeld und Erwerbsunfähigkeitsleistungen machen ein Viertel der Transfers aus und sind von besonderer Bedeutung in den vier südeuropäischen Ländern. Arbeitslosenunterstützung sowie Krankengeld und Erwerbsunfähigkeitsleistungen können zusammen als reine Ersatztransfers angesehen werden. Sie machen in Spanien 90 % und in Italien knapp 80 % aller sonstigen Transfers aus. Sozialhilfe und Wohngeld hingegen können dem Transfersystem zugeordnet

⁽⁵⁷⁾ Das System der Arbeitslosenunterstützung in Irland jedoch entspricht mehr dem System, wie es auf dem europäischen Festland zur Anwendung kommt.

werden, das am stärksten auf die niedrigen Einkommensgruppen ausgerichtet ist. Hier liegt der europäische Durchschnitt bei 12 %, Frankreich, Schweden und das Vereinigte Königreich erreichen 20 % und mehr. Familienbezogene Leistungen schließlich, die in Europa im Durchschnitt ein Drittel der sonstigen Transfers ausmachen, spielen in Österreich und Luxemburg eine besonders große Rolle (54 % der Transfers).

Bei den Transferempfängern bilden die sonstigen Transfers ein Viertel ihres verfügbaren Einkommens (Tabelle 8.5). In den südeuropäischen Ländern zeigt sich dabei ein sehr unterschiedliches Bild: Spanien hat einen der höchsten durchschnittlichen Anteile der sonstigen Transfers am verfügbaren persönlichen Einkommen, Italien bewegt sich im Durchschnitt, und Portugal und Griechenland verzeichnen die geringsten Anteile in ganz Europa. In Abhängigkeit vom jeweiligen Land machen die einzelnen Komponenten der sonstigen Transfers einen mehr oder weniger großen Teil des Einkommens des Empfängers aus. So haben Leistungen im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit in Spanien, Irland und Finnland ein verhältnismäßig großes Gewicht, in Griechenland hingegen sind sie fast zu vernachlässigen. Krankengeld und Erwerbsunfähigkeitsleistungen spielen in Belgien, Spanien und Finnland eine größere Rolle, nicht aber in Portugal. Der Beitrag der familienbezogenen Leistungen zum Einkommen der Empfänger ist in Deutschland und den Niederlanden am höchsten und in Schweden am niedrigsten. Ausbildungsbezogene Leistungen fallen in Dänemark, den Niederlanden und Schweden stark ins Gewicht, während das Wohngeld in Portugal und dem Vereinigten Königreich einen höheren Stellenwert als in den anderen Ländern hat. Sozialhilfeleistungen schließlich machen in Belgien, Italien, Schweden und vor allem den Niederlanden einen größeren Teil des Empfängereinkommens aus.

Abb. 8.2. Zusammensetzung der sonstigen Transfers, 1997

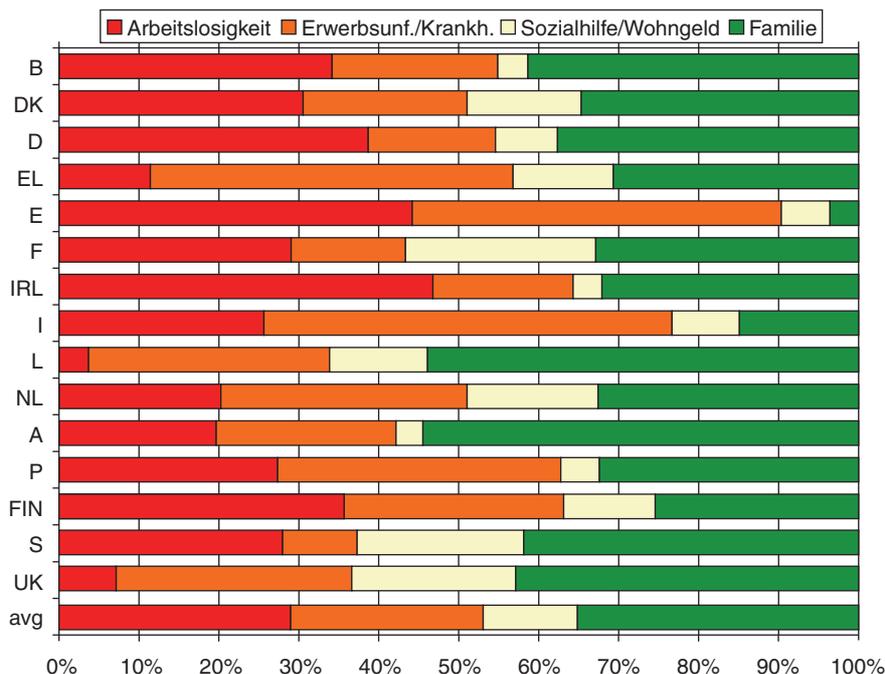


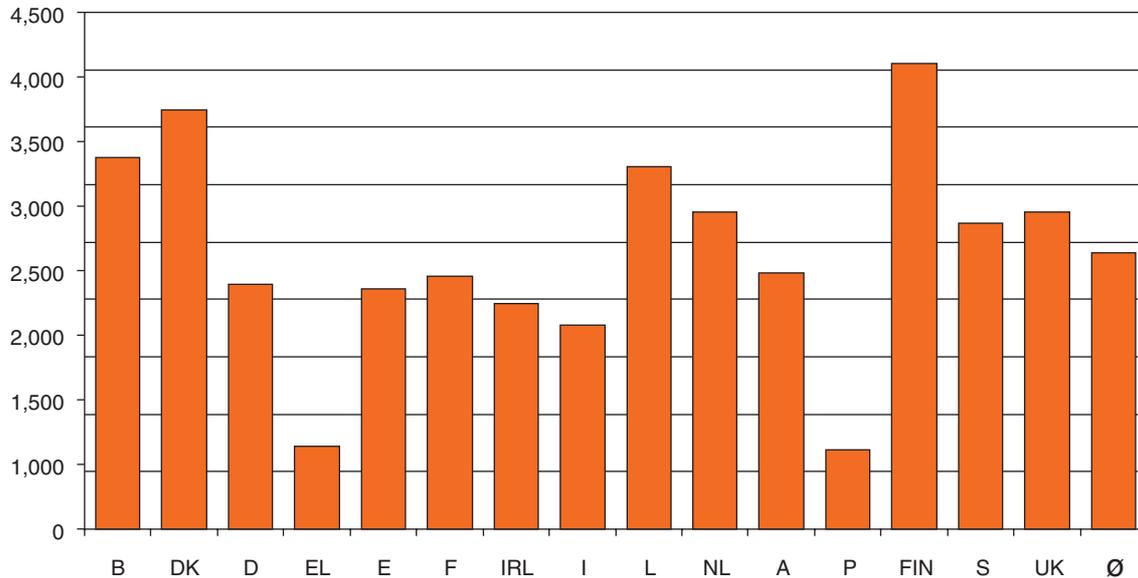
Tabelle 8.5. Gewicht der sonstigen Transfers im verfügbaren Einkommen der Empfänger

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	Durchschnitt EU-15
Sonstige Transfers	28	29	21	15	34	24	28	23	19	27	19	13	43	30	27	25
Arbeitslosenunterstützung	28	25	26	4	32	21	32	23	20	28	17	27	32	22	18	24
Erwerbsunfähigkeit	14	10	9	10	14	11	10	9	11	9	12	4	16	13	14	11
Familienleistungen	31	37	42	34	38	18	29	29	33	45	33	23	38	9	38	32
Ausbildungsbeihilfen	5	20	14	4	6	9	11	12	7	21	9	7	12	20	17	14
Wohngeld	6	9	10	7	13	11	13	11	5	9	5	22	11	11	18	11
sozialhilfe	31	22	24	9	13	22	2	28	6	56	15	11	11	29	n.a.	19
Sonstige	11	16	n.a.	14	9	5	3	19	39	n.a.	4	9	4	8	24	11

Quelle: ECHP 1997. Anmerkungen: Die Daten für Luxemburg betreffen das Jahr 1997. EU-15 gibt den gewichteten Durchschnitt an, „Durchschnitt“ bezieht sich auf den ungewichteten Länderdurchschnitt.

Die durchschnittliche Höhe der sonstigen Transfers in Europa beläuft sich auf lediglich ein Viertel der entsprechenden Rentenhöhe, nämlich rund 2400 KKS (Abbildung 8.3). Portugal und Griechenland verzeichnen dabei den geringsten Umfang (ca. 700 KKS), Dänemark und Finnland den höchsten (3700 bis 4000 KKS), gefolgt von Belgien und Luxemburg (ca. 3200 KKS). Überdurchschnittlich hoch sind die sonstigen Transfers auch im Vereinigten Königreich, den Niederlanden und Schweden.

Abb. 8.3. Durchschnittliche Höhe der sonstigen Transfers in KKS, 1997



8.2. Umverteilungseffekte: die Frage der „Effizienz“ der Zielgruppenausrichtung

Wie verteilen sich die Sozialtransfers auf die verschiedenen Einkommenskategorien und tragen sie zu einer Umverteilung von den oberen auf die unteren Einkommenssegmente bei? Generell können Transfers (wie jede andere Einkommenskomponente) auf vier verschiedenen Wegen verteilt werden:

- „regressiv“, d. h. entsprechend der gewöhnlichen Einkommensverteilung, sodass die oberen Einkommenssegmente einen größeren Teil der Transfers erhalten;
- „proportional“, sodass jedes Einkommenssegment den gleichen Transferanteil erhält;
- „progressiv“, sodass untere Einkommenssegmente höhere Transferanteile erhalten, wie im Falle von bedürftigkeitsgeprüften Leistungen;
- „mittelschichtorientiert“, d. h. die mittleren Einkommenssegmente erhalten einen höheren Transferanteil als die unteren und oberen Segmente.

Man könnte annehmen, dass in Ländern, in denen die Sozialleistungen größtenteils einkommensabhängig sind, mit Sozialtransfers weniger starke Umverteilungseffekte erzielt werden als in Ländern mit allgemeiner gefassten Kriterien für die Transferbereitstellung. Noch stärker dürften die Effekte in den Ländern sein, in denen die Transferbereitstellung auf der Grundlage von Bedürftigkeitsprüfungen eine größere Rolle spielt. Hier würde ein letztlich geringerer Gesamtanteil der Transfers an den verfügbaren Einkommen durch eine stärkere Ausrichtung auf die Bedürftigen ausgeglichen.

Tabelle 8.6 lässt erkennen, dass alle Sozialtransfers zusammengenommen ziemlich proportional verteilt sind, allerdings mit einer leichten Bevorteilung der oberen Einkommensgruppen. So erhalten die ärmsten 20 % rund 18 % aller Transfers, die reichsten 20 % beziehen 23 % und die übrigen 59 % gehen an die 60 % mit mittleren Einkommen. Dieses Muster ist in der Mehrzahl der EU-Länder anzutreffen, jedoch gibt es auch beachtliche Ausnahmen. So ist in Dänemark und Irland der Transferanteil der ärmsten 20 % höher als ihr Anteil an der Bevölkerung (ca. 25 %), wohingegen die reichsten 20 % weniger erhalten (ca. 15 %). Auf den ersten Blick scheinen diese Systeme stärker auf Niedriglohnpfänger ausgerichtet zu sein als in anderen Ländern. Die südeuropäischen Länder (außer Spanien) hingegen verzeichnen ein weitaus stärker „regressives“ Muster in dem Sinne, dass immerhin 30 % der Transfers an das reichste Quintil gehen und lediglich 9 bis 14 % an das unterste Quintil.

Insgesamt haben sich diese Muster Ende der 90er-Jahre nicht sehr viel verändert. In etwa der Hälfte der Länder gingen die Transferanteile der obersten Einkommensgruppen zurück, in erheblichem Umfang jedoch nur in Belgien und Griechenland. In Dänemark und zum Teil auch in Deutschland verloren die mittleren Einkommensgruppen Transferanteile sowohl an die ärmsten als auch an die reichsten Gruppen. Lediglich in Portugal ist festzustellen, dass sich die Transferanteile der unteren Gruppen verringerten und gleichzeitig die der oberen vergrößerten, womit eine weitere Einkommenskonzentration stattfindet.

Tabelle 8.6. Verteilung der Sozialtransfers, 1997 und Veränderungen 1994-1997

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	Durchschnitt EU-15	
Prozentuale Anteile																	
Untere 20%	17	28	18	13	13	17	25	9	15	18	18	14	19	20	18	18	16
Mittlere 60%	56	57	58	60	65	57	60	64	64	53	59	54	64	61	61	59	59
Obere 20%	26	15	24	27	22	27	15	28	21	29	23	32	18	19	21	23	24
Veränderungen 1994 – 1997																	
Untere 20%	0	3	2	3	-1	1	0	0	1	-1	2	-2	0	1	..
Mittlere 60%	5	-6	-4	3	1	-1	-2	1	0	1	1	-1	-2	0	..
Obere 20%	-4	2	1	-6	0	-1	2	-1	-1	1	-3	2	1	-1	..

Quelle: ECHP 1994, 1997. Anmerkungen: Der Referenzzeitraum für Luxemburg ist 1994 bis 1996 und für Österreich 1995 bis 1997. EU-15 gibt den gewichteten Durchschnitt an, „Durchschnitt“ bezieht sich auf den ungewichteten Länderdurchschnitt. Die Veränderungen sind in Prozentpunkten angegeben und lassen Finnland und Schweden unberücksichtigt.

Die obigen Ergebnisse werden weitestgehend vom jeweiligen Stellenwert der staatliche Altersversorgung bestimmt, die in hohem Maße einkommensbezogen ist. In Tabelle 8.7 werden daher die Verteilung der Renten (unter der Bevölkerung im Rentenalter) und die Verteilung der sonstigen Transfers (unter der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) getrennt voneinander untersucht. Erwartungsgemäß besteht bei den Renten in allen 15 EU-Mitgliedstaaten eine Schiefelage zugunsten der oberen Einkommensgruppen. So liegt der Rentenanteil des obersten Einkommensquintils in allen Ländern über 20 % und ist damit höher als der Anteil dieses Quintils an der Gesamtbevölkerung. Am stärksten ausgeprägt ist dies in Portugal (43 %) und am wenigsten in Dänemark (24 %). In einigen Ländern, nämlich Dänemark, Deutschland, Italien, Luxemburg und Schweden, scheint bei den Renten außerdem ein gewisses Ungleichgewicht zugunsten der mittleren Einkommensgruppen zu bestehen. Das einzige Land, in dem die ärmsten 20 % mehr als 14 % aller Renten erhalten, ist Dänemark. Die Renten werden demzufolge größtenteils regressiv verteilt und folgen damit der ungleichen Verteilung des (früheren) Verdienstes.

Tabelle 8.7. Verteilung der Renten und sonstigen Transfers, 1997

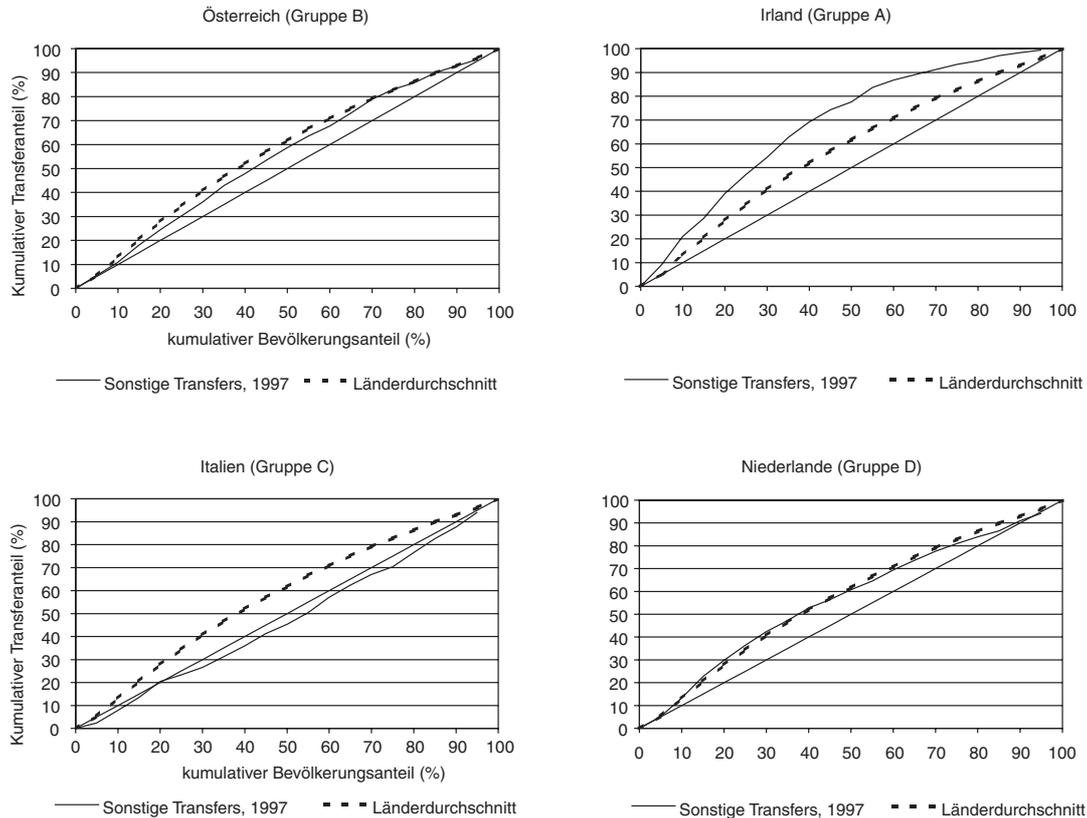
	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	Durchschnitt EU-15	
Renten (Bevölkerung im Rentenalter)																	
Untere 20%	9	17	10	7	11	9	14	10	12	11	11	9	13	13	12	11	10
Mittlere 60%	52	59	59	57	60	56	56	60	61	54	54	48	57	61	57	57	58
Obere 20%	38	24	31	36	28	35	30	30	28	34	35	43	31	26	31	32	32
Sonstige Transfers (Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter)																	
Untere 20%	28	31	34	30	23	30	39	20	29	30	24	17	25	31	27	28	29
Mittlere 60%	54	54	55	60	63	55	56	56	59	54	61	66	64	59	59	58	57
Obere 20%	18	15	11	9	14	15	5	23	12	16	14	17	12	10	14	14	14

Quelle: ECHP 1994, 1997. Anmerkungen: Die Daten für Luxemburg betreffen das Jahr 1996. EU-15 gibt den gewichteten Durchschnitt an, „Durchschnitt“ bezieht sich auf den ungewichteten

Im Gegensatz dazu erfolgt die Verteilung der sonstigen Transfers im Großen und Ganzen progressiv, d. h. mit Ausrichtung auf untere Einkommensgruppen. Im EU-Durchschnitt gehen 29 % aller sonstigen Transfers an das unterste Quintil, 57 % an die Bezieher mittlerer Einkommen und 14 % an das oberste Quintil. Mit anderen Worten, sie haben eine Umverteilungswirkung bei ansonsten sehr ungleich verteilten Verdiensten und anderen Einkommensquellen. Diese Muster lassen sich am Besten anhand von Konzentrationskurven (Lorenz-Kurven) für sonstige Transfers darstellen, wie sie in Abbildung 8.4 für vier „typische“ Länder der nachfolgend bezeichneten Gruppen enthalten sind. Dabei werden die Anteile an sonstigen Transfers im Verhältnis zu den Anteilen an der Bevölkerung (in der Reihenfolge des verfügbaren Einkommens) dargestellt. Auf dieser Grundlage können vier Ländergruppen unterschieden werden:

- Dänemark, Finnland und Irland: Diese drei Länder verzeichnen die stärkste Ausrichtung der sonstigen Transfers und liegen dabei weit über dem EU-Durchschnitt.

- Österreich und Spanien weisen nahezu „proportionale“ Muster bei den sonstigen Transfers auf, die auf eine gleichmäßige Verteilung schließen lassen. Das lässt sich teilweise durch die große Bedeutung der Familienleistungen in Österreich und des Krankengelds in Spanien erklären.
- In Portugal und Italien besteht bei den sonstigen Transfers ein leichtes Ungleichgewicht zugunsten der oberen Einkommensgruppen.
- Die übrigen acht Länder liegen sehr nahe am oben beschriebenen EU-Durchschnitt mit leicht progressiver Ausrichtung.

Abb. 8.4. Konzentrationskurven für sonstige Transfers für vier „typische“ EU-Länder, 1997


Jedoch nicht alle sonstigen Transfers haben die gleichen Umverteilungseffekte. Es wäre zu erwarten, dass Familienleistungen oder Krankengeld weitaus gleichmäßiger verteilt werden als beispielsweise Leistungen der Sozialhilfe. Tabelle 8.8 zeigt die Verteilung der unterschiedlichen Komponenten, die die sonstigen Transfers ausmachen, für die EU- insgesamt. Es wird deutlich, dass sowohl Arbeitslosenunterstützung als auch Familienleistungen in ähnlicher Weise verteilt werden wie die sonstigen Transfers generell, d. h. sie sind leicht auf die unteren Einkommenssegmente ausgerichtet. Ebenso weisen die ausbildungsbezogenen Leistungen eine Ausrichtung auf die unteren Gruppen aus, die sogar noch stärker ist als bei der Arbeitslosenunterstützung oder den Familienleistungen. Krankengeld und Erwerbsunfähigkeitsleistungen zielen nicht auf die unteren Einkommensgruppen ab, sondern sind vielmehr gleichmäßig über die verschiedenen Einkommenssegmente der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter verteilt, wobei eine Schiefelage zugunsten der mittleren Einkommensgruppen festzustellen ist. Wohngeld und Sozialhilfe schließlich weisen erwartungsgemäß die stärkste Ausrichtung auf. Etwa zwei Drittel der Sozialhilfe gehen an die ärmsten 20 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Tabelle 8.8. Verteilung der Komponenten der sonstigen Transfers in der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, EU-Durchschnitt, 1997

	Arbeitslosigkeit	Krankheit, Erwerbsunfähigkeit	Familie	Ausbildung	Wohnen	Sozialhilfe	Sonstige
Untere 20%	29	17	30	46	52	67	38
Mittlere 60%	56	66	57	49	45	29	51
Obere 20%	15	17	13	6	3	4	11

Quelle: ECHP 1994,1997. Anmerkungen: Die Daten für Luxemburg betreffen das Jahr 1996. Die angegebenen Zahlen stehen für den gewichteten EU-Durchschnitt.

Eine Transferleistung wird für die Umverteilung des Einkommens nicht bedeutungslos, nur weil sie weniger stark ausgerichtet ist. Erstens erfolgt die Verteilung des Erst(Markt-)einkommens in allen europäischen Ländern höchst ungleichmäßig, und eine proportionale oder gar leicht regressive (Ausrichtung auf die einkommensstärkeren Gruppen) Transferzuteilung führt zu einer Umverteilung des verfügbaren Einkommens zugunsten der unteren Einkommensgruppen. Zweitens ist es durchaus möglich, dass ein Transfer in sehr starkem Maße auf die untersten Einkommenssegmente abzielt und trotzdem nur marginal zur Umverteilung und zur Linderung der Armut beiträgt, einfach weil er ein sehr geringes Niveau aufweist.

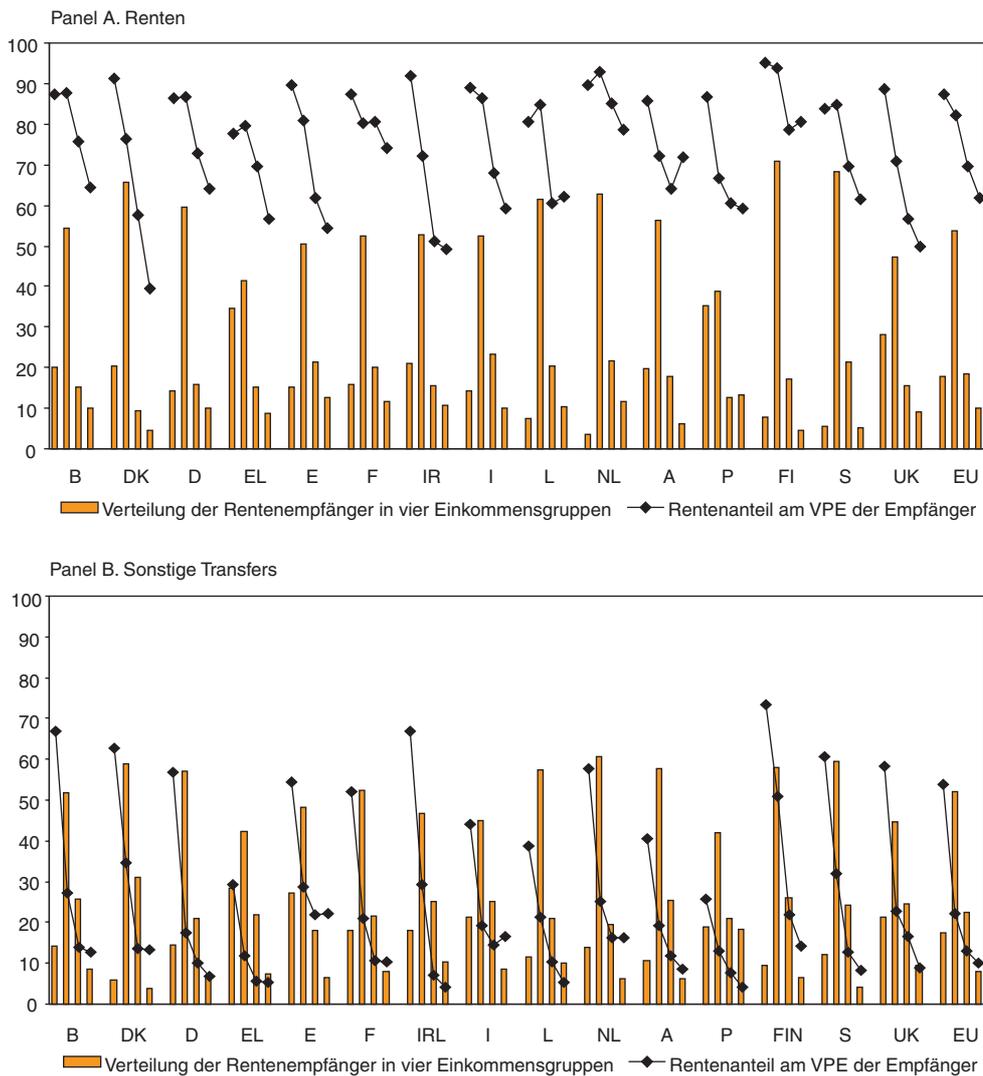
Zur Beurteilung der Effizienz von Sozialtransfers muss daher auch der Anteil der Transfers untersucht werden, der die armutsgefährdeten Personen im erwerbsfähigen Alter erreicht, d. h. alle diejenigen, die vor Erhalt sonstiger Transfers über weniger als 60 % des Medianeinkommens verfügen. Es ist festzustellen, dass die sonstigen Transfers in der Mehrzahl (56 %) an Personen im erwerbsfähigen Alter gehen, deren Haushalte ohne die Transferleistung armutsgefährdet wären. Der Anteil ist mit etwa 70 % in Irland und Finnland noch viel höher, liegt jedoch in Italien und Österreich unter 50 %. Von den verschiedenen Komponenten der sonstigen Transfers scheinen Sozialhilfe und Ausbildungsbeihilfen, aber auch die Arbeitslosenunterstützung die ohne Transfers armutsgefährdeten Personen besser zu erreichen als vor allem die Familienleistungen. Es sollte jedoch auch angemerkt werden, dass möglicherweise in einem bestimmten Land ein Großteil eines speziellen Transfers (z. B. Arbeitslosenunterstützung) nur deshalb an Einkommensgefährdete geht, weil bestimmte Gruppen (wie z. B. Arbeitslose) eine höhere Armutsgefährdung aufweisen und in dem entsprechenden Land einen größeren Anteil ausmachen.

Tabelle 8.9. Anteil der sonstigen Transfers, die an Personen mit weniger als 60% des Medianeinkommens vor Transfererhalt gezahlt werden, 1997

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	Durchschnitt	EU-15
Sonstige Transfers	53	62	49	47	57	54	67	42	53	63	43	48	69	59	64	55	56
Arbeitslosenunterstützung	62	44	53	32	51	47	69	34	41	46	46	44	62	53	59	50	51
Krankheit,	53	72	61	64	58	42	58	52	74	72	55	51	71	21	59	42	58
Familienleistungen	28	18	26	35	38	39	51	17	28	27	25	29	35	27	46	31	33
Ausbildungsbeihilfen	72	57	43	42	35	50	32	45	10	65	29	14	50	57	55	44	53
Wohngeld	40	26	82	27	59	53	52	14	16	25	22	44	48	46	51	40	53
Sozialhilfe	72	33	83	56	59	70	43	64	36	94	30	12	56	83	..	56	75
Sonstige	16	42	..	26	40	23	41	40	91	..	30	34	5,1	35	59	37	52

Quelle: ECHP 1997. Anmerkungen: Die Daten für Luxemburg betreffen das Jahr 1997. EU-15 gibt den gewichteten Durchschnitt an, „Durchschnitt“ bezieht sich auf den ungewichteten Länderdurchschnitt.

Abbildung 8.5 veranschaulicht zusammenfassend die bei Renten und sonstigen Transfers bewirkte Verteilung und Ausrichtung bezüglich der verschiedenen Empfängergruppen und des Anteils der Transfers in den vier Einkommensgruppen niedriges, mittleres, hohes und sehr hohes Einkommen. In den meisten Ländern geht der Anteil sowohl der Renten als auch der sonstigen Transfers am persönlichen verfügbaren Einkommen mit steigendem Lebensstandard zurück. Bei den sonstigen Transfers wird deutlich, dass in Irland und Finnland eine stärkere Ausrichtung erfolgt als in Spanien und Italien.

Abb. 8.5. Renten und sonstige Transfers in vier Einkommensgruppen, 1997


Quelle: ECHP 1997. Anmerkung: Die Angaben für Luxemburg betreffen das Jahr 1996. Die vier Balken je Land stehen für „niedriges Einkommen“ (weniger als 60% des Media) „mittleres Einkommen“ (zwischen 60 und 120% des Medians), „hohes Einkommen“ (zwischen 120 und 180% des Medians) sehr hohes Einkommen (mehr als 180% des medians)

8.3. Linderung der Armutsgefährdung durch Sozialtransfers

In diesem Abschnitt wird untersucht, wie Sozialtransfers und ihre Komponenten zur Verringerung der einkommensbezogenen Armutsgefährdung beitragen. Tabelle 8.10 enthält einen Vergleich der Armutsgefährdungsquoten und Armutsgefährdungslücken vor und nach dem Erhalt von Transferleistungen für die gesamte Bevölkerung, die Rentenbevölkerung und die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Dabei ist zu Beginn auf zwei Aspekte hinzuweisen. Erstens wird in der nachfolgenden Analyse das endgültig verfügbare Einkommen mit einer für das Fehlen von Transfers angemessenen Größe verglichen. Diese Methode vernachlässigt mögliche Verhaltenseffekte sowie Politikeffekte auf die Verteilung vor der Transferzuweisung.⁵⁸ Zweitens berücksichtigt die Analyse nicht die Auswirkungen von Steuern (Einkommensteuern und Sozialversicherungsbeiträge), deren umverteilende und armutslindernde Rolle in einigen Ländern höher sein kann als in anderen.⁵⁹ Die nachfolgenden Ergebnisse geben daher nur einen ersten Hinweis darauf, in welchem Umfang Transfers zur Verringerung der Armutsgefährdung beitragen können.

⁽⁵⁸⁾ Beispielsweise kann davon ausgegangen werden, dass relativ hohe familienbezogene Transfers die Betroffenen veranlassen könnten, aus der Erwerbsbevölkerung auszuschneiden, womit sie ihre Armutsgefährdung erhöhen.

⁽⁵⁹⁾ Die Analyse vernachlässigt beispielsweise die Wirkung von Steuerfreibeträgen und anderen steuerlichen Regelungen im Zusammenhang mit dem Familienstand. Derartige Systeme begünstigen normalerweise in Ländern wie Frankreich, Deutschland und Luxemburg die höheren Einkommensgruppen, in den südeuropäischen Ländern, Österreich und Belgien hingegen die unteren Einkommensgruppen.

Im EU-Durchschnitt und gemessen an der Gesamtbevölkerung führen Sozialtransfers dazu, dass sich die Armutsgefährdungsquote um mehr als die Hälfte verringert und die Armutsgefährdungslücke annähernd halbiert. Das trifft auf alle 15 Mitgliedstaaten zu. Allerdings spielt in diesem Zusammenhang die staatliche Altersversorgung eine ganz wichtige Rolle. So ist es nicht von der Hand zu weisen, dass in einigen Ländern ohne die Renten sowohl die Armutsgefährdungsquote als auch die Armutsgefährdungslücke unter der Bevölkerung im Rentenalter nahezu 100 % erreichen würden, da die staatliche Rente die wichtigste Einkommenskomponente darstellt. Abgesehen von den Mindestrenten kann sie größtenteils als Einkommensersatz angesehen werden, weshalb sich die folgenden Ausführungen auf die Auswirkungen sonstiger Transfers auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter beziehen sollen.

Tabelle 8.10. Indikatoren der Armutsgefährdung vor und nach sozialtransfers

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	Durchschnitt	EU-15
Indikatoren für alle Sozialtransfers (Gesamtbevölkerung)																	
Armutsgefährdungsquote davor	46	38	39	38	43	43	41	42	42	38	40	39	52	45	44	42	42
Armutsgefährdungsquote danach	15	8	15	23	20	16	20	19	12	11	13	24	8	9	22	15	17
Armutsgefährdungslücke davor	74	72	68	64	66	64	66	70	57	71	60	62	86	67	72	68	68
Armutsgefährdungslücke danach	31	21	28	35	36	26	19	38	22	28	26	30	21	28	33	28	31
Indikatoren für Renten (Bevölkerung im Rentenalter)																	
Armutsgefährdungsquote davor	86	78	81	80	69	87	66	78	76	85	76	72	77	86	77	78	79
Armutsgefährdungsquote danach	21	19	14	35	16	17	21	15	9	5	20	35	8	6	28	18	18
Armutsgefährdungslücke davor	85	78	85	80	81	79	77	83	80	87	80	81	109	78	75	83	82
Armutsgefährdungslücke danach	25	13	33	36	21	27	15	27	22	29	24	28	11	14	24	23	27
Indikatoren für sonstige Transfers (Bevölkerung im erwerbshähigen Alter)																	
Armutsgefährdungsquote davor	25	23	20	20	27	25	29	20	23	23	20	23	39	28	25	25	23
Armutsgefährdungsquote danach	12	6	12	19	18	14	15	18	10	11	10	17	9	10	15	13	14
Armutsgefährdungslücke davor	58	60	48	39	48	45	56	43	35	58	38	41	68	53	60	50	50
Armutsgefährdungslücke danach	33	29	29	35	38	27	19	40	23	30	28	32	23	32	38	30	34

Quelle: ECHP 1997. Anmerkungen: Die Daten für Luxemburg betreffen das Jahr 1996. EU-15 gibt den gewichteten Durchschnitt an, „Durchschnitt“ bezieht sich auf den ungewichteten Länderdurchschnitt. Armutsgefährdungsquote: Prozentualer Anteil der Personen mit weniger als 60% des medianen verfügbaren Einkommens. Armutsgefährdungsgrenze, angegeben als Anteil an dieser Grenze.

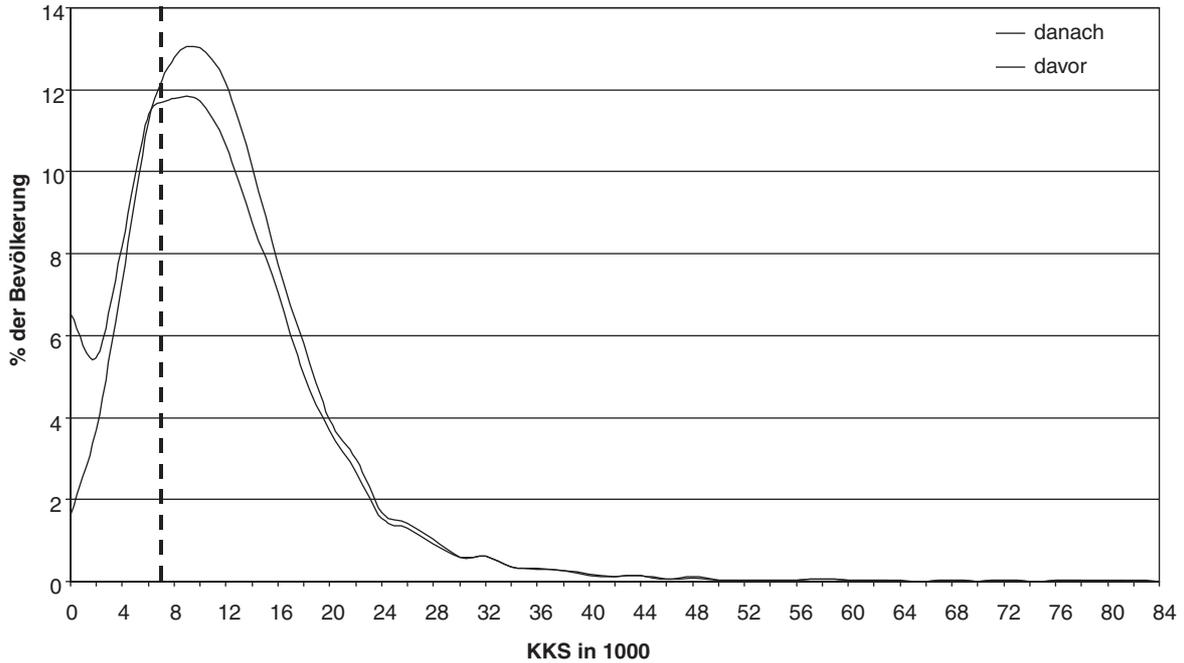
Tabelle 8.10 zeigt, dass durch sonstige Transfers die Zahl der Armutsgefährdeten nahezu halbiert und der Abstand zur Armutsgefährdungsgrenze (Intensität) unter der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um etwa 40 % verringert wird. In Abhängigkeit von der jeweiligen Bedeutung der allgemeinen oder bedürftigkeitsgeprüften Leistungen lassen sich vier Ländergruppen unterscheiden:

- In sieben Ländern verringert sich durch die Gesamtwirkung der verschiedenen sonstigen Transfers sowohl die Zahl der Armutsgefährdeten als auch die Intensität des Armutsrisikos in einem recht hohen Maße. Das ist der Fall in Belgien, Deutschland, Spanien⁶⁰, Frankreich, den Niederlanden, Finnland und dem Vereinigten Königreich.
- In einer zweiten Ländergruppe, nämlich Dänemark, Schweden, Luxemburg und Österreich, bewirken die sonstigen Transfers in erster Linie eine Reduzierung der Zahl der Armutsgefährdeten, führen jedoch weit weniger zu einer Schließung der Armutsgefährdungslücke.
- Lediglich in Irland wirken sich die sonstigen Transfers stärker auf die Armutsgefährdungslücke als auf die Armutsgefährdungsquote aus.
- In den übrigen drei Ländern Griechenland, Italien und Portugal schlagen sich sonstige Transfers nur begrenzt in der Armutsgefährdung nieder. Die Verringerungsraten liegen zwischen lediglich 6 und 24 %.

Die kombinierte Wirkung aller sonstigen Transfers in der EU- insgesamt lässt sich aus Abbildung 8.6 erkennen, in der die Gesamtverteilung vor und nach den Transferleistungen sowie die durchschnittliche Armutsgefährdungsgrenze für die EU- Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter dargestellt sind. Es wird deutlich, dass die untersten und mittleren Einkommensbereiche am effektivsten von den sonstigen Transfers beeinflusst werden, wo es zu einer Verringerung der Zahl der armutsgefährdeten Personen und zu einer Schließung der Armutsgefährdungslücke kommt.

⁶⁰) Spanien wäre eigentlich zwischen dieser und der vierten Ländergruppe einzuordnen.

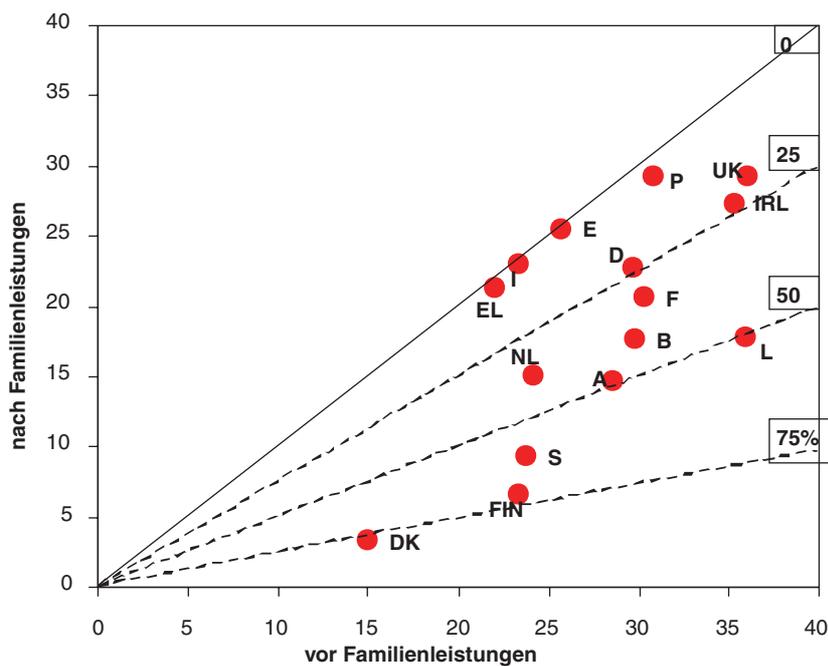
Abb. 8.6. Einkommensverteilung in EU-15 vor und nach sonstigen Transfers, Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter 1997



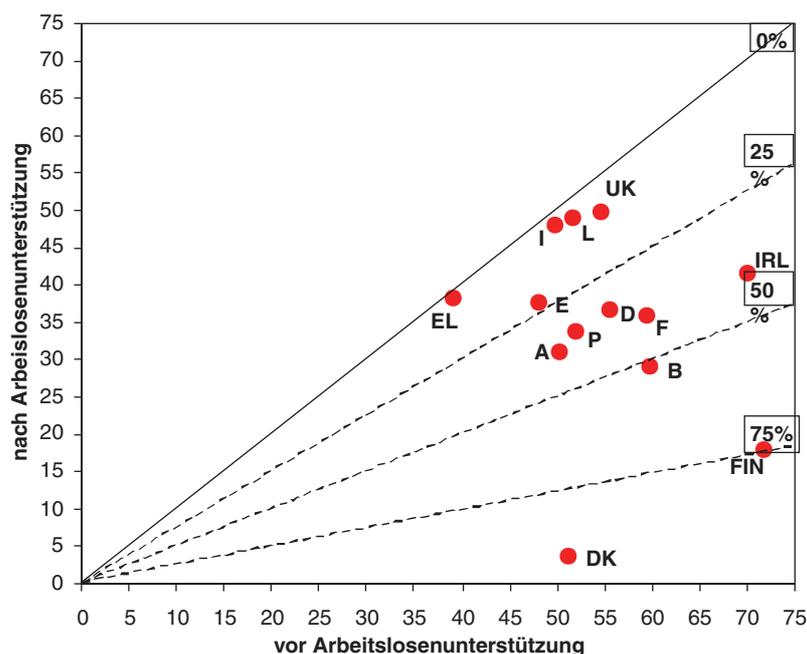
Im Folgenden wird genauer untersucht, wie sich zwei der wichtigsten Arten von sonstigen Transfers auf die Armutsgefährdung in den betreffenden Bevölkerungsteilen auswirken. Es handelt sich dabei um (a) die Wirkung von Familienbeihilfen auf die Armutsgefährdung von Kindern und (b) die Wirkung von Arbeitslosenunterstützung auf die Armutsgefährdung von Arbeitslosen.

In den Abbildungen 8.7 und 8.8 sind die Armutsgefährdungsquoten vor dem Erhalt von Transfers auf der x-Achse und nach dem Erhalt von Transfers auf der y-Achse dargestellt. Die Auswirkungen der Transfers auf die Armutsgefährdung kann aus dem vertikalen Abstand von der 45° Gerade ersehen werden, die die Situation „keine Veränderung“ markiert. Die gepunkteten Linien beziehen sich auf eine Verringerung der Armutsgefährdung um 25, 50 bzw. 75 %.

Abb. 8.7. Auswirkung von Familienleistungen auf die Armutsgefährdung der Kinder



Quelle: ECHP 1997. Anmerkungen: Die Daten für Luxemburg betreffen das Jahr 1996.

Abb. 8.8. Auswirkung von Arbeitslosenunterstützung auf die Armutsgefährdung der Arbeitslosen


Quelle: ECHP 1997. Anmerkungen: Die Daten für Luxemburg betreffen das Jahr 1996.

Die Armutsgefährdung von Kindern vor Erhalt von Familienbeihilfen ist am höchsten im Vereinigten Königreich, in Irland, Frankreich und Luxemburg (rund 35 %). Am niedrigsten (unterhalb von 25 %) ist sie in den drei nordischen Ländern, aber auch in den Niederlanden, Italien und Spanien. Die Reihenfolge der Länder ändert sich jedoch grundlegend nach Erhalt der Familienbeihilfen. So sind nunmehr in Italien und Spanien Kinder überdurchschnittlich stark von Armut bedroht, wohingegen Luxemburg unter dem Durchschnitt bleibt. Es sind wiederum vier Ländergruppen festzustellen, was die Verringerung der Armutsgefährdung von Kindern anbetrifft:

- Am deutlichsten verringert sich die Gefährdung in Dänemark und Finnland (um etwa 75 %).
- In Schweden, Österreich und den Benelux-Ländern wird die Armutsgefährdung von Kindern durch die Familienbeihilfen halbiert oder nahezu halbiert.
- Weniger stark wird die Gefährdung im Vereinigten Königreich, Irland, Deutschland und Frankreich reduziert (um etwa 25 %).
- In den vier südeuropäischen Ländern wirken sich Familienleistungen nicht wesentlich auf die Armutsgefährdung von Kindern aus, die Verringerungsraten liegen fast bei null.

Die Armutsgefährdungsquoten sind für die Arbeitslosen höher als für Kinder, und zwar sowohl vor als auch nach dem Erhalt der auf die Arbeitslosigkeit bezogenen Leistungen. Auch hier wieder haben Dänemark und Finnland die mit Abstand höchsten Verringerungsraten, während in zwei der südeuropäischen Länder (Griechenland und Italien) die Armutsgefährdung nur unbedeutend zurückgeht. Portugal und Spanien verzeichnen aufgrund der Zahlung von Arbeitslosenunterstützung mit 25 bis 35 % einen etwas stärkeren Rückgang. Im Vereinigten Königreich und in Luxemburg spielt die Arbeitslosenunterstützung nur eine geringfügige Rolle und bewirkt nur eine ganz minimale Reduzierung der Armutsgefährdung unter den Arbeitslosen. Alle anderen Länder liegen mit Verringerungsraten von rund 30 % nahe beim europäischen Durchschnitt.

Zum Abschluss stellt sich die Frage nach der Wirkung der Sozialtransfers auf die langfristige Armutsgefährdung. Tabelle 8.11 enthält eine Aufteilung der Gesamtbevölkerung nach den Jahren, in denen eine Armutsgefährdung bestand, sowie die durchschnittliche Dauer der Armutsgefährdung bei Einkommen ohne und mit Transferanteilen. Dabei sind alle Transfers, d. h. Renten und sonstige Transfers, berücksichtigt. Ohne Sozialtransfers würde sich der prozentuale Anteil der zu einem bestimmten Zeitpunkt armutsgefährdeten Personen um rund 20 Prozentpunkte erhöhen, und zwar von gegenwärtig 30 auf 50 % im EU-Durchschnitt. Davon am stärksten betroffen wären Personen, die über einen langen Zeitraum hinweg mit dem Armutsrisiko konfrontiert sind (drei oder vier Jahre). Statt der bisher 13 % wären dann mehr als ein Drittel über drei oder mehr Jahre

Tabelle 8.11. Die Auswirkung von Sozialtransfers auf die langfristige Armutsgefährdung

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	Durchschnitt EU-13	
Anteil an der Gesamtbevölkerung nach der Dauer der Armutsgefährdung, vor Sozialtransfers																	
0 Jahre	41	43	54	46	41	46	46	44	51	52	48	46			46	47	47
1 Jahr	10	15	10	13	12	9	8	13	8	9	14	12			10	11	11
2 Jahre	6	7	6	9	9	6	8	9	7	5	10	9			8	8	7
3 Jahre	7	6	7	10	13	7	9	9	34	7	28	8			7	12	9
4 Jahre	35	28	24	22	25	32	29	25	..	27	..	24			29	27	26
durchschnittliche	2,2	1,7	2,1	2,3	2,2	2,3	2,3	2,2	..	2,0	..	2,5			2,2	2,2	2,2
Anteil an der Gesamtbevölkerung nach der Dauer der Armutsgefährdung, nach Sozialtransfers																	
0 Jahre	67	80	76	62	62	72	68	66	78	79	78	62			66	70	70
1 Jahr	13	11	11	13	14	10	11	13	11	10	11	13			12	12	12
2 Jahre	7	4	5	8	10	5	7	8	6	4	6	6			8	7	7
3 Jahre	6	3	5	9	8	5	7	6	4	4	5	7			7	6	6
4 Jahre	7	2	4	7	6	7	7	6	..	3	..	12			6	6	6
durchschnittliche Dauer	3,1	2,8	3,0	2,8	2,9	3,1	3,1	2,8	..	3,1	..	2,8			3,0	3,0	3,0

Source: ECHP 1994 - 1997. Notes: No data available for Finland and Sweden, Austria (1994) and Luxembourg (1997). EU13 refers to the weighted average, 'Average' refers to the unweighted country average. Changes are in percentage points and exclude Finland and Sweden

armutsgefährdet. Sozialtransfers reduzieren folglich die durchschnittliche Dauer der Armutsgefährdung in Europa von 3 auf 2,2 Jahre. Besonders stark verringert sich die langfristige Armutsgefährdung offenbar in Dänemark, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich, weniger jedoch in Griechenland und Portugal.

8.4. Fazit

Die Analyse hat im Wesentlichen die folgenden Ergebnisse erbracht:

Transfers sind für die Europäer und insbesondere für Geringverdiener eine wichtige Quelle des verfügbaren Einkommens, wobei Renten und sonstige Transfers in den nordeuropäischen Ländern einen höheren und in den südeuropäischen Ländern einen geringeren Anteil ausmachen. Diesen Anteilen kommt jedoch offenbar in ganz Europa eine ähnlich große Bedeutung zu, wenn lediglich von den Transferbeziehern ausgegangen wird.

Unter den sonstigen Transfers spielt die Arbeitslosenunterstützung in Spanien und Irland die wichtigste Rolle. Krankengeld und Erwerbsunfähigkeitsleistungen fallen in den südeuropäischen Ländern am stärksten ins Gewicht, Sozialhilfe und Wohngeld in Frankreich, Schweden und dem Vereinigten Königreich und familienbezogene Leistungen in Österreich und Luxemburg.

Durch staatliche Sozialtransfers wird eine Umverteilung des Einkommens vorgenommen. Diese vollzieht sich jedoch in erster Linie von den jüngeren zu den älteren Altersgruppen, von den Erwerbstätigen zu den Nichterwerbstätigen oder von Alleinstehenden zu Familien mit Kindern. Die Umverteilung von Reich zu Arm ist lediglich eines – und oftmals nicht das wichtigste – der Ziele des europäischen Transfersystems. Allerdings scheint insbesondere bei den sonstigen Transfers eine Umverteilung zugunsten der unteren Einkommensgruppen zu erfolgen, und zwar vor allem in Dänemark, Finnland und Irland, weniger aber in Italien und Portugal.

Von den sonstigen Transfers sind die Sozialhilfe und das Wohngeld am stärksten zielgruppenorientiert, aber auch Arbeitslosenunterstützung sowie familien- und ausbildungsbezogene Leistungen sind leicht auf die unteren Einkommensgruppen ausgerichtet. Krankengeld und Erwerbsunfähigkeitsleistungen hingegen sind gleichmäßig über die Einkommenssegmente verteilt.

Sozialtransfers tragen außerdem zur Linderung der Armut bei, denn sie verringern die Zahl der armutsgefährdeten Personen um mehr als die Hälfte und halbieren die Intensität der Armutsgefährdung. Den gleichen Effekt erzielen die sonstigen Transfers in der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (Verringerung um 50 bzw. 40 %). Dänemark, Schweden, Luxemburg und Österreich legen den Schwerpunkt in diesem Zusammenhang auf die Reduzierung der Zahl der armutsgefährdeten Personen, während der Verringerung der Intensität der Armutsgefährdung in Irland ein höherer Stellenwert beigemessen wird.

Es hat den Anschein, dass das Armutsrisiko generell und auch für bestimmte gefährdete Gruppen (Kinder, Arbeitslose) in Dänemark und Finnland besonders stark abgebaut wird, in den südeuropäischen Ländern jedoch eher marginale Effekte erzielt werden.

Durch Sozialtransfers wird die Zahl der langfristig Armutsgefährdeten sehr stark verringert und die durchschnittliche Dauer der Armutsgefährdung von 3 auf 2,2 Jahre gesenkt.

9. Länderprofile

In diesem Kapitel werden die wichtigsten Ergebnisse und Entwicklungen im Bereich der Einkommensarmut und der sozialen Ausgrenzung im Überblick dargelegt und die EU-Mitgliedstaaten einzeln nacheinander betrachtet. Es wird untersucht, inwieweit die Muster in den einzelnen Mitgliedstaaten von den in Kapitel 1 im Überblick abgehandelten allgemeinen Ergebnissen abweichen.

9.1. Belgien

In Belgien liegt das Niveau des Medianeinkommens über dem europäischen Durchschnitt; dort wird nach Luxemburg und Dänemark das dritthöchste Medianeinkommen erzielt. Es stieg im Zeitraum von 1994 bis 1997 um mehr als 6 %. Trotz dieser günstigen Bedingungen überschreitet das Ausmaß der Einkommensungleichheit den Durchschnittswert, während die einkommensbezogene Armutsgefährdungsquote ungefähr dem Durchschnitt (15 %) entspricht. Die relativen Einkommen von Personen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle sanken leicht um knapp zwei Prozentpunkte. Bei der Höhe der relativen Einkommen stehen die Belgier, die demnächst das Rentenalter erreichen (55-64), erheblich besser da als ihre Altersgenossen in anderen Mitgliedstaaten. Neben Österreich und dem Vereinigten Königreich weist Belgien hinsichtlich der Armutsgefährdung das größte geschlechtsspezifische Gefälle auf: Dort haben Frauen eine um 22 % höhere Armutsgefährdungsquote als Männer. Haushalte erfahren bei steigender Erwerbsintensität einen besseren Schutz vor Verarmung als in jedem anderen EU-Land. Während sich die Armutsgefährdungsquote von Personen in Haushalten mit marginaler Erwerbsintensität auf rund 40 % beläuft, sinkt sie bei denjenigen, die in Haushalten mit moderater Erwerbsintensität oder Teilerwerbstätigkeit leben, auf unter 10 % und liegt in Haushalten mit hoher Erwerbsintensität und Vollerwerbstätigkeit bei nicht einmal 3 %.

Nahezu jeder dritte Belgier war in der Zeit von 1994 bis 1997 mindestens einmal von Armut bedroht; dies entspricht dem Durchschnitt der EU-Länder. Gleichzeitig lebten 13 % der Menschen in Belgien in Haushalten, die während des Untersuchungszeitraums mindestens drei Jahre lang armutsgefährdet waren. Belgien gehört (nach Deutschland und den Niederlanden) zu den wenigen EU-Ländern, in denen die Gefahr einer dauerhaften Verarmung für Personen mit niedrigerem Bildungsstand im Vergleich zu Personen mit mittlerem oder hohem Bildungsabschluss europaweit am geringsten ist.

Insgesamt liegt die nichtmonetäre Benachteiligung in Belgien unter dem EU-Durchschnitt. Sie ist seit 1994 rückläufig und betrug 1997 13 %. Nahezu 16 % der Belgier haben Schwierigkeiten, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, und 23 % berichten über Probleme in ihrem Wohnumfeld. Einpersonenhaushalte sind erheblich stärker von Unterversorgungslagen bedroht; dies gilt insbesondere für Männer unter 30 Jahren. Die Benachteiligungsquote ist in dieser Altersgruppe mehr als doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Hinter den Niederlanden, Dänemark und Deutschland verzeichnet Belgien bei Haushalten Alleinerziehender die vierthöchste Quote der relativen Benachteiligung. Sowohl die Quote der akuten Benachteiligung als auch die Quote der dauerhaften Benachteiligung unterschreiten den Durchschnitt der EULänder knapp.

Durchschnittlich jeder vierte Belgier war während des Vierjahreszeitraums von 1994 bis 1997 entweder von Einkommensarmut bedroht oder bei nichtmonetären Positionen benachteiligt. Bei Betrachtung derjenigen Personen, die mindestens ein Jahr lang von Armut oder Benachteiligung bedroht waren, steigt dieser Wert auf 39 %. Die Häufigkeit der einkommensbezogenen Armutsgefährdung *und* zugleich auch nichtmonetären Benachteiligung betrug im Durchschnitt 6 %, und bei 5 % der Bevölkerung bestand die Gefahr einer dauerhaften Armut und Benachteiligung. Den Angaben zufolge weisen armutsgefährdete Belgier im Vergleich zum EU-Durchschnitt einen besseren Gesundheitszustand auf: Statt 30 % gaben nur 21 % chronische Gesundheitsprobleme an. Zudem ist in Belgien der Prozentsatz der Armutsgefährdeten, die mit ihrer finanziellen Lage und ihrer Wohnsituation unzufrieden sind, ebenfalls niedriger als in anderen Ländern.

Nahezu 90 % der Belgier leben in Haushalten, die soziale Transferleistungen der einen oder anderen Art erhalten, wobei sich der Anteil der Transfers am verfügbaren Einkommen auf 42 % für die gesamte Bevölkerung bzw. 78 % bei den Beziehern von Niedrigeinkommen beläuft. Damit weist Belgien in diesem Bereich einen der höchsten Werte in Europa auf. Zudem vermeldet das Land auch die höchste Zunahme beim Anteil der Transferleistungen in der Zeit von 1994 bis 1997 (+ 5 %) und ist neben Griechenland der einzige Mitgliedstaat, in dem eine Steigerung in diesem Bereich mit einem Rückgang des Anteils der Empfänger entsprechender Leistungen einherging. Dies ist ein Hinweis auf die wachsende Bedeutung von Transfers für

das Einkommen der Leistungsbezieher. Insgesamt ergab sich eine ziemlich gleichmäßige Verteilung der sozialen Transferleistungen auf der Einkommensskala. Von 1994 bis 1997 sank der Anteil von Transferleistungen, welche die Gruppen mit den höchsten Einkommen erhielten, zugunsten der Bezieher mittlerer Einkommen. Dem EU-Durchschnitt entsprechend entfallen 50 % der Transfers auf Renten, die 84 % des Einkommens von Rentnern ausmachen; damit liegt Belgien in diesem Bereich auf dem zweiten Platz hinter Finnland. Bei den sonstigen Transferleistungen sind Familienleistungen und Leistungen bei Arbeitslosigkeit die beiden wichtigsten Elemente (41 bzw. 34 % aller sonstigen Transfers). Obwohl die Sozialhilfe nur eine untergeordnete Rolle spielt (zusammen mit Österreich erreicht Belgien mit 4 % den niedrigsten Wert), machen diese Leistungen ein Drittel der Einkommen der Empfänger aus; damit rangiert Belgien an zweiter Stelle hinter den Niederlanden. In Belgien sind sonstige Transferleistungen etwas stärker auf die unteren Einkommensgruppen ausgerichtet. Insbesondere liegt der Anteil armer Menschen am Arbeitslosen- und Kindergeld (etwa 60 % bzw. 70 %) über dem EU-Durchschnitt. Dank sonstiger Transferleistungen sinkt nicht nur die Zahl der Armutsgefährdeten, sondern auch die Intensität der Armutsgefährdung in Belgien beträchtlich. Dieser Einfluss kommt bei den arbeitslosen Belgiern aufgrund der Höhe der Arbeitslosenunterstützung stärker zum Tragen als im Gros der übrigen Länder (Dänemark und Finnland einmal ausgenommen).

9.2. Dänemark

Dänemark weist das zweithöchste Niveau der Medianeinkommen und die niedrigsten Indikatoren für Einkommensungleichheit und Armutsgefährdung (Armutsgefährdungsquote: 8 %) auf. Von 1994 bis 1997 stiegen die Haushaltseinkommen schneller als im EU-Durchschnitt, wobei die Bezieher höherer Einkommen etwas stärker von dieser Entwicklung profitierten. Ähnlich wie in den beiden anderen nordischen Ländern besteht kein Zusammenhang zwischen höherem Bildungsabschluss und deutlich höheren relativen Einkommen. Gleichwohl haben Personen mit niedrigem Bildungsstand ein fast doppelt so hohes Armutsrisiko wie die Gesamtbevölkerung; dieser Wert übersteigt den EU-Durchschnitt. Zu den Bevölkerungsgruppen mit hoher und über dem EU-Durchschnitt liegender Armutsgefährdung gehören in Dänemark ferner ältere Menschen (ab 65 Jahren) sowie Landwirte und Kleinbauern. Zudem weisen allein stehende Frauen sehr hohe Armutsgefährdungsquoten auf; dies gilt insbesondere für junge Frauen (mehr als jede zweite Frau in dieser Gruppe liegt unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze). Andererseits sind Haushalte mit Kindern (einschließlich der kinderreichen) in Dänemark nur sehr selten von Armut bedroht.

Ähnlich wie bei den querschnittlichen Armutsgefährdungsquoten ist auch der Anteil der in den Jahren von 1994 bis 1997 zu einem beliebigen Zeitpunkt armutsgefährdeten Dänen der niedrigste in Europa (19 %), und lediglich 5 % der Bevölkerung waren dauerhaft armutsgefährdet. Verglichen mit anderen Ländern sind die Rückfallquoten in Dänemark sehr niedrig: 19 % der schon einmal Armutsgefährdeten gerieten ein Jahr nach dem Ausscheiden aus dem betreffenden Personenkreis erneut unter die Armutsgefährdungsschwelle. Menschen mit niedrigerem Bildungsabschluss sind 1,4-mal häufiger von Armut bedroht als diejenigen mit mittlerem oder höherem Bildungsstand. Dennoch entspricht dies dem niedrigsten Wert in der EU. Auf der anderen Seite besteht in derselben Bevölkerungsgruppe ein höheres relatives Risiko der dauerhaften Armut als in Deutschland, den Benelux-Ländern und im Vereinigten Königreich.

Im Bereich der nichtmonetären Benachteiligung ergeben sich für Dänemark ähnliche Muster wie bei der einkommensbezogenen Armutsgefährdung: Mit 8 % ist die Gesamtbenachteiligungsquote halb so hoch wie der EU-Durchschnitt; zudem stellt dies eine Verbesserung von 29 % gegenüber 1994 dar. Die größten Erfolge wurden in den primären und sekundären Dimensionen erzielt (Senkung von 38 bzw. 43 %). Ebenso wie in Belgien, Deutschland und den Niederlanden sind Einpersonenhaushalte und Haushalte Alleinerziehender im Vergleich zur Bevölkerung insgesamt stärker von Benachteiligung bedroht. Bei Betrachtung der nichtmonetären Benachteiligung im zeitlichen Verlauf ergibt sich dasselbe Bild: Dänemark hat in der EU-einen der niedrigsten Anteile langfristig benachteiligter Personen (7 %).

Angesichts der EU-weit niedrigsten einkommensbezogenen Armutsgefährdung und Quoten der materiellen Benachteiligung überrascht es nicht, dass sich auch beim Zusammentreffen beider Sachverhalte für Dänemark die niedrigsten Werte ergeben. Lediglich eine von hundert Personen war dauerhaft armutsgefährdet *und* zugleich auch benachteiligt. Ein Anstieg auf 12 % ergibt sich bei Einbeziehung derjenigen, die mindestens drei Jahre lang entweder armutsgefährdet oder benachteiligt waren; jeder dritte Däne war mindestens ein Jahr lang von Einkommensarmut und/oder nichtmonetärer Benachteiligung bedroht. Obwohl von Einkommensarmut bedrohte Dänen in allen Benachteiligungskategorien weniger benachteiligt sind als der EU-Durchschnitt, ergibt sich bei Anwendung subjektiver Gradmesser ein leicht abweichendes Bild. Während in der EU-durchschnittlich

30 % der Armutsgefährdeten über chronische Gesundheitsprobleme berichten, sind es in Dänemark 42 %. Damit rangiert das Land an zweiter Stelle hinter dem Vereinigten Königreich.

Der Anteil der sozialen Transferleistungen am verfügbaren Einkommen entspricht ungefähr dem EU-Durchschnitt (36 %), der der Leistungsempfänger (85 %) ist hingegen höher als in den meisten anderen Ländern. Hinzu kommt, dass alle Transfers zusammengenommen anscheinend stärker auf die Gruppen mit niedrigeren Einkommen ausgerichtet sind als in jedem anderen EU-Land mit Ausnahme Irlands. In den Jahren von 1994 bis 1997 erhielten sowohl die Gruppen mit den niedrigsten als auch auf jene mit den höchsten Einkommen mehr Transferleistungen; dies ging zulasten der Gruppen mit mittleren Einkommen. 40 % aller Transferleistungen entfallen auf Renten, wobei nur knapp 20 % der Bevölkerung und damit deutlich weniger Menschen als im EU-Durchschnitt Renten erhalten. Dennoch ist der Anteil staatlicher Renten am verfügbaren Einkommen von Beziehern niedriger Einkommen größer und bei den Beziehern hoher und sehr hoher Einkommen kleiner als in allen anderen EU-Ländern. Dies könnte ein Anhaltspunkt dafür sein, dass Kapitaleinkünfte (private Renten) in Dänemark mehr zum Budget gut versorgter Rentner beitragen. Sonstige Transferleistungen spielen für das Einkommen der Bezieher eine etwas größere Rolle als im EU-Durchschnitt; dies gilt insbesondere für das Kindergeld. Leistungen bei Krankheit und Invalidität sind stärker auf Armutsgefährdete ausgerichtet als in anderen EU-Ländern; auf Familienleistungen und Leistungen der Sozialhilfe trifft dies nicht im gleichen Maße zu. Insgesamt haben sonstige Transferleistungen in Dänemark (wie auch in Finnland und Irland) einen höheren Stellenwert als in anderen Ländern. Demzufolge senken sonstige Transferleistungen das Armutsrisiko stärker als in anderen EU-Ländern, wobei es vorrangig um eine Verringerung der Zahl der Armutsgefährdeten geht. So wurde die Armutsgefährdungsquote von Kindern (durch Familienleistungen) und Arbeitslosen (durch Arbeitslosenunterstützung) um mehr als 75 % verringert; dies entspricht dem größten Rückgang in der EU. Sämtliche sozialen Transferleistungen zusammengenommen bewirken in Dänemark eine weitaus stärkere Reduzierung der langfristigen Armutsgefährdung (von 34 auf 5 %).

9.3. Deutschland

In Deutschland wird ein über dem EU-Durchschnitt liegendes Medianeinkommen erzielt, das von 1994 bis 1997 wie überall im EU-Raum um 9 % stieg. Dabei erhöhte sich der Anteil der Bezieher mittlerer Einkommen zuungunsten der unteren und höheren Einkommensgruppen. Insgesamt sind die Einkommensungleichheit und die Armutsgefährdung (Quote: 15 %) etwas geringer als im EU-Durchschnitt. Die Älteren (ab 65 Jahren) haben fast dasselbe Durchschnittseinkommensniveau wie die Gesamtbevölkerung, das im Übrigen zu den höchsten in der EU zählt. Allein stehende ältere Frauen sind etwas schlechter gestellt. Zugleich erreichen die Einkommen von Familien mit zwei und mehr Kindern lediglich 67 bis 87 % dessen der Bevölkerung insgesamt. Damit erzielen sie niedrigere Einkommen als vergleichbare Familien in anderen EU-Mitgliedstaaten. Deutschland ist das einzige EU-Land, in dem das Einkommensniveau von Geschäftsführern und Unternehmern unter dem der Gesamtbevölkerung liegt, wobei allerdings die Einkommen von Selbständigen mit Angestellten mehr als doppelt so hoch sind. Von allen Haushaltstypen weisen die von Alleinerziehenden und Familien mit drei und mehr Kindern die höchsten und über dem EU-Durchschnitt liegenden Armutsgefährdungsquoten auf.

In Deutschland unterschreiten die Quoten der akuten und dauerhaften Armutsgefährdung (24 bzw. 9 %) den EU-Durchschnitt (28 bzw. 12 %) leicht. Abgangs- und Rückfallquote belegen, dass die Armutsgefährdung in Deutschland eine recht kurzlebige Erscheinung ist. Eine der höchsten Abgangsquoten nach einem Jahr geht mit einer moderaten Rückfallquote einher.

Insgesamt sank die nichtmonetäre Benachteiligung in Deutschland von 1994 bis 1996 um 18 % und beläuft sich auf etwa 70 % des EU-Durchschnittswerts. Im Jahr 1996 hatten 13 % der Deutschen Probleme, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen. Auf der anderen Seite hat sich der Anteil der Personen, die nicht über Wohnungen mit fließendem warmem Wasser oder separatem Bad verfügen, seit 1994 halbiert. Das relative allgemeine Risiko einer nichtmonetären Benachteiligung ist bei jungen Männern und Langzeitarbeitslosen mit am höchsten in der EU-(1,6- bzw. 2,3-mal höher).

Statistiken zur Benachteiligung der armutsgefährdeten Personen in Deutschland weisen im Allgemeinen unter dem EU-Durchschnitt liegende Werte aus. Eine Ausnahme bildet jedoch die Lärmbelastung: 38 % der Armutsgefährdeten machten Angaben zu lärmbedingten Problemen in ihrem Wohnumfeld. Der Gesundheitszustand und die chronischen Gesundheitsprobleme der armutsgefährdeten Deutschen entsprechen den Angaben zufolge etwa dem EU-Durchschnitt (13 % bzw. 32 %).

Der Anteil der sozialen Transferleistungen und der Leistungsempfänger stieg in Deutschland im Zeitraum von 1994 bis 1997 leicht an und entspricht ungefähr dem EU-Durchschnitt. Die Transferleistungen sind relativ gleichmäßig auf der Einkommensskala verteilt. Von 1994 bis 1997 entfielen sowohl auf die Bezieher der niedrigsten Einkommens als auch auf die Gruppe der Spitzenverdiener etwas größere Anteile an den Transferleistungen; dies ging zulasten der mittleren Einkommen. Mehr als 60 % aller Transfers entfallen auf Renten, wobei dieser Prozentsatz über dem EU-Durchschnitt liegt. Staatliche Renten machen 56 bis 83 % des Einkommens von Rentnern aus; dies trifft auch auf die Bezieher höherer Einkommen zu. Bei den sonstigen Transferleistungen spielen Leistungen bei Arbeitslosigkeit in Deutschland eine größere Rolle als im EU-Durchschnitt; sie belaufen sich auf ungefähr 40 %. Leistungen bei Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit fallen mit einem Anteil von 16 % nicht so stark ins Gewicht wie in den meisten anderen Ländern. Sonstige Transferleistungen sind etwas stärker auf die Gruppen mit niedrigeren Einkommen ausgerichtet. Insbesondere liegt der Prozentsatz der Wohngeldempfänger unter den Armutsgefährdeten (über 80 %) über den Werten aller anderen EU-Länder. Der Anteil der Sozialhilfeempfänger ist in derselben Gruppe ebenfalls sehr hoch. Das Ausmaß der Auswirkungen von sonstigen Transferleistungen auf die Verringerung des Armutsrisikos entspricht ungefähr dem EU-Durchschnitt und liegt im Falle von Kindern leicht unter dem Durchschnitt.

9.4. Griechenland

Obwohl das Medianeinkommen schneller stieg als im EU-Durchschnitt, belegt Griechenland in der EU-nach Portugal nur den vorletzten Platz. Der Einkommenszuwachs verteilte sich gleichmäßig auf die gesamte Einkommensskala. Zusammen mit den beiden iberischen Ländern ergibt sich für Griechenland das höchste Niveau der Einkommensungleichheit. Zudem hat das Land auch eine der höchsten Armutsgefährdungsquoten (23 %). Die jüngsten Griechen (unter 18 Jahren) haben dasselbe Einkommensniveau wie die Bevölkerung insgesamt und damit die EU-weit höchste Quote, während auf die ältere Generation (ab 65 Jahren) die europaweit niedrigste Quote (76 %) entfällt. Das höchste relative Einkommensniveau erzielen allein stehende erwachsene Männer (sie verdienen mehr als doppelt so viel wie die Gesamtbevölkerung); auch hier wird die EU-weit höchste Quote erreicht. Dem steht eine Quote von gerade einmal 68 % bei älteren allein stehenden Frauen gegenüber. Alleinerziehende haben dasselbe Einkommensniveau und auch dieselbe Armutsgefährdungsquote wie die Gesamtbevölkerung; damit bildet Griechenland eine Ausnahme. Sowohl der Bildungsstand als auch die soziale Schicht beeinflussen das relative Einkommensniveau und den Grad der Armutsgefährdung. Während die Armutsgefährdungsquote von Personen mit hohem Bildungsstand 5 % beträgt, steigt sie bei Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss auf 33 %. Bei den Landwirten sind 52 % armutsgefährdet, bei Geschäftsführern und Angestellten hingegen weniger als 4 %.

Neben Portugal weist Griechenland die EU-weit höchste Quote der akuten Armutsgefährdung auf; dies geht mit sehr hohen querschnittlichen Armutsgefährdungsquoten einher. Überdies hat nur Portugal noch höhere Quoten der dauerhaften Armutsgefährdung als Griechenland. Zwar schieden 40 % der 1994 armutsgefährdeten Griechen ein Jahr später wieder aus diesem Personenkreis aus, doch war die Hälfte von ihnen innerhalb der folgenden zwei Jahre erneut armutsgefährdet (28 % nach einem Jahr und 23 % im zweiten Jahr). Bei der dauerhaften Armutsgefährdung ergibt sich je nach Bildungsabschluss ein äußerst differenziertes Bild: Menschen mit niedrigerem Bildungsstand sind mindestens drei Jahre lang und damit sechsmal häufiger als andere Personen von Armut bedroht.

Nach Portugal weist Griechenland die zweithöchste Gesamtquote der nichtmonetären Benachteiligung in der EU-auf. Zwar sinkt der Anteil der von nichtmonetärer Benachteiligung Betroffenen seit 1994, doch war 1997 fast jeder dritte Grieche bei den nichtmonetären Dimensionen unterversorgt. Während in der EU-durchschnittlich 23 % der Bevölkerung ihre Grundbedürfnisse nicht befriedigen können, sind es in Griechenland deutlich mehr Menschen (60 %). Anders als in der überwiegenden Zahl der übrigen Länder ist die Benachteiligung ein Problem, das mehr oder weniger alle sozialen Gruppen betrifft. So überrascht es nicht, dass der Anteil der Menschen, die mindestens einmal während des Vierjahreszeitraums benachteiligt waren, sehr hoch ist (41 %), was im Übrigen auch für die Quote der dauerhaften Benachteiligung (24 %) gilt.

Während des Untersuchungszeitraums war mehr als ein Drittel der griechischen Bevölkerung mindestens drei Jahre lang von einkommensbezogene Armut oder nichtmonetärer Benachteiligung bedroht; dies ist nach Portugal der zweithöchste Wert. Mehr als 50 % der Bevölkerung waren von 1994 bis 1997 armutsgefährdet oder von Benachteiligung betroffen. Bei Betrachtung der „manifesten Benachteiligung“ (Gefahr der Einkommensarmut *und* zugleich auch Benachteiligung) nimmt Griechenland denselben Platz auf der europäischen Bewertungsskala ein: Mit Quoten von 21 % für die manifeste akute Benachteiligung bzw. 9 % für die manifeste dauerhafte

Benachteiligung rangiert Griechenland an zweiter Stelle. Während bei den meisten Positionen der nichtmonetären Benachteiligung der Anteil der armutsgefährdeten Menschen sehr hoch ist, trifft dies nicht auf alle Dimensionen zu. Der Prozentsatz der Armutsgefährdeten, die verschlissene Einrichtungsgegenstände nicht ersetzen können, beläuft sich auf 96 %; dies ist der höchste Wert in der EU. Ebenso können es sich 51 % der armutsgefährdeten Griechen nicht leisten, jeden zweiten Tag Fleisch zu essen; dieser Wert übersteigt den EU-Durchschnitt um knapp das Vierfache. Andererseits berichteten verhältnismäßig weniger armutsgefährdete Personen über Wohnungsprobleme, und das Ausmaß chronischer Gesundheitsprobleme ist ebenfalls vergleichsweise gering.

In Griechenland ist der Prozentsatz der Empfänger sozialer Transferleistungen sowie der Anteil der Transfers an den Einkommen niedriger als in allen anderen EU-Ländern (49 bzw. 25 %). Diese niedrigen Werte gehen ausschließlich auf das Konto sonstiger Transferleistungen; Renten haben hingegen einen höheren Stellenwert als in der Mehrzahl der EU-Länder. Während die Zahl der Bezieher von Transferleistungen von 1994 bis 1997 sank, stieg der Anteil der Transfers an den Einkommen leicht an. Trotz des niedrigen prozentualen Anteils der Empfänger fallen Transferleistungen bei den Einkommen stärker ins Gewicht als im europäischen Durchschnitt; dies ist ein Hinweis darauf, dass ein geringerer Prozentsatz der Bezieher von Transferleistungen stärker auf entsprechende Zahlungen angewiesen ist als in anderen Ländern Europas. Ähnlich ist die Lage in Spanien und Italien. In Griechenland profitieren die Gruppen mit höheren Einkommen etwas mehr von Transfers, auch wenn der Anteil der Transferleistungen, die die Reichsten erhielten, von 1994 bis 1997 spürbar zurückging, wovon die unteren und mittleren Einkommensgruppen profitierten. Auf Renten entfallen nahezu 90 % aller sozialen Transferleistungen; dies ist der EU-weit höchste Wert. Die Empfänger mittlerer und höherer Einkommen ziehen daraus einen größeren Nutzen als in den meisten anderen Ländern. Ebenso wie in den anderen drei südeuropäischen Ländern sind Geldleistungen bei Krankheit und Invalidität der wichtigste Posten bei den sonstigen Transferleistungen (fast 50 %). Alle anderen Transfers spielen in Griechenland nur eine untergeordnete Rolle. Auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Erziehungszulagen beispielsweise entfallen weniger als 5 % des Einkommens der Empfänger; dies entspricht den niedrigsten Werten in der EU. Deswegen ergibt sich für Griechenland ebenso wie für Italien der geringste Rückgang der Armutsgefährdung aufgrund von sonstigen Transferleistungen (-5 %). Obwohl die langfristige Armutsgefährdung etwas stärker zurückgedrängt werden konnte, reicht Griechenland noch längst nicht an den EUDurchschnitt heran.

9.5. Spanien

Innerhalb der EU-verzeichnet Spanien beim Medianeinkommen den drittniedrigsten Wert (nach Portugal und Griechenland). Gleichwohl weist das Land einen der höchsten Ungleichheitsindikatoren auf, und die Indikatoren der allgemeinen Armutsgefährdung übersteigen den EU-Durchschnitt (Armutsgefährdungsquote: 20 %, Armutsgefährdungslücke: 29 %). Von 1994 bis 1997 stiegen die Einkommen um ungefähr 5 %. Das Einkommensniveau von Kurzzeitarbeitslosen weicht (anders als das von Langzeitarbeitslosen) nicht von dem der Gesamtbevölkerung ab. Spanien ist neben Griechenland das einzige Land, in dem Alleinerziehende die gleiche Einkommenshöhe erreichen wie die Bevölkerung insgesamt. Ebenso wie in den anderen drei südeuropäischen Ländern erzielen allein stehende erwachsene Männer deutlich (in Spanien um zwei Drittel) höhere Einkommen als die Gesamtbevölkerung; damit besteht ein größeres Gefälle als in der EU-im Allgemeinen. Zudem ist ein hoher Bildungsstand vor allem bei Erwachsenen in einem Haushalt gleichbedeutend mit sehr hohen relativen Einkommen und einer sehr niedrigen Armutsgefährdungsquote (4 %).

Hinsichtlich des zeitlichen Verlaufs der Armutsgefährdung ergibt sich für Spanien und die anderen Länder Südeuropas ein sehr ähnliches Muster, d. h. eine sehr hohe Quote der akuten Armutsgefährdung (35 %) und eine etwas moderatere dauerhafte Armutsgefährdungsquote (15 %), einhergehend mit hohen Abgangsquoten nach einem Jahr, aber auch einem hohen Anteil von Personen, die erneut von Armut bedroht sind. Es besteht offenbar ein enger Zusammenhang zwischen beruflicher Stellung und dauerhafter Armutsgefährdung: Arbeiter sind achtmal häufiger dem Risiko dauerhafter Armut ausgesetzt als andere Berufsgruppen.

Ähnlich wie in den anderen südeuropäischen Ländern liegen die Quoten der nichtmonetären Benachteiligung in allen Dimensionen außer der Wohnungsausstattung über dem EU-Durchschnitt. Im genannten Bereich ergibt sich ein günstigeres Bild: Lediglich 2 % der Spanier leben in Wohnungen, in denen solche grundlegenden Ausstattungsmerkmale wie fließendes warmes Wasser oder WC fehlen. Während es schwierig ist, Gruppen zu ermitteln, die sehr stark von Benachteiligung bedroht sind, kann man durchaus Teilgruppen mit unter dem EU-Durchschnitt liegenden relativen Risiken unterscheiden. Dazu gehören Haushalte, in denen alle Erwachsenen einen hohen Bildungsabschluss haben, und Angestelltenhaushalte. Mehr als jeder dritte Spanier war

mindestens einmal während des vierjährigen Untersuchungszeitraums benachteiligt, und 19 % waren mindestens drei von vier Jahren benachteiligt. Dies entspricht dem 1,5-fachen des Durchschnitts der EU-Länder.

Betrachtet man die Kombination aus Gefahr der Einkommensarmut und nichtmonetärer Benachteiligung, ergibt sich ein ähnliches Bild wie für jeden der beiden Parameter für sich gesehen: Spanien rangiert auf dem dritten Platz nach Portugal und Griechenland. Der Anteil der Personen, die von 1994 bis 1997 armutsgefährdet und/oder benachteiligt waren, beträgt knapp 50 %; 27 % waren dauerhaft von dem einen oder anderen betroffen. Weniger als jeder zehnte Spanier war drei Jahre lang armutsgefährdet *und* zugleich auch benachteiligt; die „manifeste“ Quote der akuten Benachteiligung beträgt 18 %. Die Lage der armutsgefährdeten Spanier ist im Bereich der primären Benachteiligung durch zwei Dinge geprägt: Während der Anteil der Armutsgefährdeten, die sich nicht mindestens einmal im Jahr eine Urlaubsreise leisten oder verschlissenes Mobiliar ersetzen können, deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt, stellen Bekleidung und der Verzehr von Fleisch jeden zweiten Tag für die Spanier kein ganz so großes Problem dar wie für die Menschen in der EU-im Durchschnitt. Ähnlich wie in anderen südeuropäischen Ländern ist der Gesundheitszustand der armutsgefährdeten Spanier den Angaben zufolge besser als in anderen, wohlhabenderen Ländern.

Gemeinsam mit Griechenland und Italien hat Spanien den niedrigsten Anteil (58 %) an Empfängern von sozialen Transferleistungen in der EU. Während der Prozentsatz der Bezieher sonstiger Transferleistungen von 1994 bis 1994 spürbar zurückging, stieg der Anteil der Rentenempfänger leicht an. Der Anteil von Transferleistungen am Einkommen weicht jedoch vom EU-Durchschnitt nur unwesentlich nach unten ab, und der Anteil von Transfers an den Einkommen der Empfänger liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt. Renten machen zwei Drittel aller sozialen Transferleistungen aus und erreichen damit einen höheren prozentualen Anteil als im Gros der anderen Länder. Genauso wie in den anderen Ländern Südeuropas sind Leistungen bei Krankheit und Invalidität der wichtigste Posten bei den sonstigen Transferleistungen, aber auch die Leistungen bei Arbeitslosigkeit erreichen einen sehr hohen Stand. Beide Leistungsarten zusammengenommen können als reine Ersatzleistungen angesehen werden; auf sie entfallen 90 % der sonstigen Transferleistungen und damit der höchste in der EU-registrierte Prozentsatz. Diese beiden Arten von Transfers wirken sich daher in gewissem Umfang auch auf die Verringerung des Armutsrisikos in Spanien aus, wenngleich auch nicht so stark wie im EU-Durchschnitt (jedoch werden höhere Werte erreicht als in den anderen Ländern Südeuropas). Sonstige Transferleistungen (z. B. Erziehungszulagen) spielen nur eine untergeordnete Rolle und haben keinen Einfluss auf die Verringerung der Armutsgefährdung.

9.6. Frankreich

Das Niveau des Medianeinkommens in Frankreich entspricht dem EU-Durchschnitt. Es stieg im Zeitraum 1994-1997 um ca. 9 %. Die Einkommensungleichheit und die Häufigkeit der Armutsgefährdung in Frankreich entsprechen ungefähr dem Durchschnitt (Armutsgefährdungsquote: 16 %, Armutsgefährdungslücke: 21 %). Im Vergleich zu anderen Ländern erzielten junge Menschen (im Alter von 18 bis 24 Jahren) niedrigere relative Einkommen; sie erreichen 82 % des Einkommensniveaus der Gesamtbevölkerung. Das Armutsrisiko von Personen ohne EU-Staatsbürgerschaft ist dreimal so hoch wie das der Gesamtbevölkerung und höher als in anderen Ländern, für die Angaben zur Verfügung stehen.

Bei den Quoten der akuten und dauerhaften Armutsgefährdung ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei den querschnittlichen Armutsstatistiken; sie entsprechen den EU-Durchschnittswerten. Vergleichsweise geringe Abgangs- und Rückfallquoten deuten darauf hin, dass der Anteil der armutsgefährdeten Bevölkerung recht stabil ist. Große Familien mit drei und mehr Kindern und Arbeiter gehören zu den Gruppen, die besonders von dauerhafter Armut bedroht sind. Gerade Arbeiter sind langfristig armutsgefährdet; ihr Risiko ist sechsmal höher als das anderer Gruppen.

Bei den meisten Indizes der nichtmonetären Benachteiligung werden die EU-Durchschnittswerte erreicht. Eine Ausnahme bilden hier Wohnungsmängel. Offenbar hat ein höherer Prozentsatz der französischen Bevölkerung Probleme mit dem Wohnumfeld. Frankreich gehört zu der Gruppe von Ländern, in denen Ausländer in sehr hohem Maße armutsgefährdet sind, denn der Anteil benachteiligter ausländischer Bürger ist in Frankreich mehr als doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Ähnlich wie bei den querschnittlichen Statistiken entsprechen die Indizes der akuten und dauerhaften Armutsgefährdung (24 bzw. 13 %) dem EU-Durchschnitt.

Ebenso wie die Indizes der querschnittlichen Armutsgefährdung und der Benachteiligung entspricht auch die Kombination aus Gefahr der Einkommensarmut und nichtmonetärer Benachteiligung dem EU-Durchschnitt: 6

% der Bevölkerung waren mindestens drei Jahre lang armutsgefährdet und zugleich auch benachteiligt, wobei im Schnitt 7 % ermittelt wurden. Unter 40 % waren mindestens ein Jahr lang armutsgefährdet oder benachteiligt; dieser Wert liegt leicht unter dem Durchschnitt der EU-Länder. Im Vergleich zum EU-Durchschnitt leben proportional mehr armutsgefährdete Franzosen in Gebieten mit Kriminalität und Vandalismus; das Gleiche trifft auf Lärmbelästigung im Wohnumfeld zu. Außerdem sind sie stärker isoliert als armutsgefährdete Menschen in den meisten anderen EU-Ländern: 16 % treffen sich weniger als einmal pro Monat mit Freunden.

In Frankreich haben soziale Transferleistungen denselben Stellenwert wie in der EU-insgesamt. Der Anteil der Empfänger entsprechender Leistungen ist von 1994 bis 1997 vor allem aufgrund der Zunahme der sonstigen Transferleistungen gestiegen. Alle Transferleistungen zusammengenommen sind recht gleichmäßig verteilt, wobei die Gruppen mit höheren Einkommen leicht im Vorteil sind, die Bezieher der niedrigsten Einkommen im Laufe der Jahre aber Anteile an den Transferleistungen hinzugewannen. Die Bevorzugung der Bezieher höherer Einkommen geht ausschließlich auf das Konto der Renten, auf die rund 50 % der sozialen Transferleistungen entfallen. Auf Renten entfällt ein höherer Anteil am Gesamteinkommen von Rentnern als im EU-Durchschnitt, insbesondere in den höheren Einkommensgruppen (70 bis 80 %). Bei den sonstigen Transferleistungen kommt Leistungen bei Krankheit und Invalidität keine ganz so bedeutsame Rolle zu wie in der Mehrzahl der EU-Länder. Gleichwohl machen Leistungen der Sozialhilfe und Wohngeld ein Viertel der Transfers aus: Damit belegt Frankreich in diesem Bereich den ersten Platz in der EU. Dennoch entspricht das Gewicht der verschiedenen Transferleistungen für die Einkommen der Empfänger ungefähr dem EU-Durchschnitt bzw. unterschreitet ihn. Mit Ausnahme von Leistungen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität sind die verschiedenen sonstigen Transferleistungen eher auf die Armen ausgerichtet als in anderen Ländern; dies gilt insbesondere für die Familienleistungen und die Sozialhilfe. Die sonstigen Transferleistungen zusammengenommen führen zu einer Verringerung der Armutsgefährdungsquote und der Armutsgefährdungslücke um etwa 40 %, und die sozialen Transfers insgesamt bewirken einen Rückgang der langfristigen Armutsgefährdung um zwei Drittel. Sie entsprechen damit dem EU-Durchschnitt.

9.7. Irland

Irland verzeichnete zwar den mit Abstand schnellsten Einkommenszuwachs in der EU (26 % von 1994 bis 1997), erreicht jedoch beim Niveau des Medianeinkommens nach wie vor nicht den EU-Durchschnitt. Dennoch nahm der Anteil der Bezieher niedriger Einkommen leicht zu, während der Anteil der Personen in den höchsten Einkommensgruppen zurückging. Die Einkommensungleichheit und der Prozentsatz der armutsgefährdeten Personen übersteigen den EU-Durchschnittswert (Armutsgefährdungsquote: 20 %). Eine große Zahl der Armutsgefährdeten bewegt sich jedoch nahe an der Armutsgefährdungsschwelle. In Anbetracht der europaweit niedrigsten Armutsgefährdungslücke (15 %) wie auch der geringsten Ungleichheit unter den Armen würde ein zusammengesetzter Indikator der Armutsgefährdung für Irland unter dem EU-Durchschnitt liegen (zwischen dem österreichischen und dem deutschen Wert). Mit einem Einkommensniveau von rund 60 % des Wertes der Gesamtbevölkerung schneiden allein stehende Ältere schlechter ab als dieselbe Personengruppe in den anderen europäischen Ländern. Dies führt besonders bei älteren Frauen zu sehr hohen Armutsgefährdungsquoten. Während Haushalte mit der geringsten Erwerbsintensität nur die Hälfte des Gesamteinkommensniveaus erzielen, steigt der betreffende Wert mit zunehmender Erwerbsintensität vom Anderthalbfachen bis auf das Dreifache in Haushalten mit der höchsten Erwerbsintensität; im EU-Durchschnitt tritt nur eine knappe Verdopplung ein. Zudem besteht ein Zusammenhang zwischen hohem Bildungsabschluss und einer der geringsten Armutsgefährdungsquoten in der EU.

Der Prozentsatz der akut bzw. dauerhaft Armutsgefährdeten liegt mit 31 bzw. 15 % leicht über dem EU-Durchschnitt. Während in den meisten Ländern die Wahrscheinlichkeit eines Ausscheidens aus dem Kreis der armutsgefährdeten Personen im Lauf der Zeit abnimmt (die Abgangsquoten sind nach einem Jahr am höchsten und nach Ablauf von drei Jahren am niedrigsten), ergibt sich in Irland ein anderes Bild; dort verharrt die Abgangsquote im zweiten und dritten Jahr durchgängig bei knapp über 20 %, wobei für das erste Jahr eine Quote von 32 % ermittelt wurde. Arbeiter und Bevölkerungsgruppen mit niedrigerem Bildungsstand sind wesentlich stärker von dauerhafter Armut bedroht als andere Iren.

Dank des drittstärksten Rückgangs in der EU-seit 1994 (- 22 %) entsprach die nichtmonetäre Benachteiligung insgesamt 1997 dem EU-Durchschnitt; gleichwohl liegt der Anteil der Haushalte, die nicht mit langlebigen Konsumgütern (Farbfernsehgerät, Videorekorder usw.) ausgestattet sind (16 %), deutlich über dem EU-Durchschnitt. Haushalte mit niedrigerem Bildungsabschluss und Personen, die bereits Arbeitslosigkeit erfahren haben, müssen mit den höchsten relativen Benachteiligungsrisiken rechnen (1,6 bzw. 2,3). Im Zeitverlauf ergibt sich

für die nichtmonetäre Benachteiligung ein mit dem Durchschnitt der EU-Länder vergleichbares Bild: Der Index der akuten Benachteiligung beträgt 26 %, und 13 % der Iren waren mindestens drei von vier Jahren benachteiligt.

Der Anteil „manifest“ benachteiligter Personen (armutsgefährdet und zugleich auch benachteiligt) entspricht in Irland während des gesamten Untersuchungszeitraums dem EU-Durchschnitt. Dasselbe gilt für die dauerhaft Armutsgefährdeten und zugleich Benachteiligten (7 %). 22 % der Iren waren mindestens drei von vier Jahren benachteiligt oder armutsgefährdet, wohingegen der Anteil der in den Jahren von 1994 bis 1997 im Bereich nichtmonetärer Positionen akut armutsgefährdeten oder benachteiligten Menschen doppelt so hoch war. Der Prozentsatz der armutsgefährdeten Iren, die über Verfallserscheinungen in ihren Wohnungen berichten, ist der dritthöchste in der EU-(20 %), und auch die Benachteiligung bei langlebigen Gebrauchsgütern (wie Pkw und Telefon) ist in Irland größer als im EU-Durchschnitt. Andererseits ist der Gesundheitszustand der armutsgefährdeten Iren den Angaben zufolge insgesamt besser als in den meisten anderen EU-Ländern (nur 7 % der befragten Iren schätzen ihren Gesundheitszustand als schlecht bzw. sehr schlecht ein). Dasselbe gilt für die sozialen Kontakte, denn nur eine von einhundert armutsgefährdeten Personen trifft weniger als einmal pro Monat andere Menschen.

Während der Anteil aller sozialen Transferleistungen an den Einkommen in Irland dem EU-Durchschnitt (33 %) entspricht, gehört ein überdurchschnittlicher Prozentsatz der Bevölkerung zu den Beziehern entsprechender Leistungen. Von 1994 bis 1997 verzeichnete Irland den stärksten Rückgang bei den Transfers (- 5 Prozentpunkte), und zwar fast ausschließlich aufgrund sonstiger Transferleistungen. Die sozialen Transferleistungen spielen für die Bezieher von Niedrigeinkommen eine deutlich größere Rolle (70 %) als für die Gruppen mit höheren und außerordentlich hohen Einkommen (8 bis 12 %), wobei Irland das EU-weit höchste Gefälle aufweist. Zudem sind die Transfers offenbar stärker auf die unteren Einkommensgruppen ausgerichtet als in den anderen EU-Ländern mit Ausnahme Dänemarks. Auf Renten entfällt gerade einmal ein Drittel der sozialen Transferleistungen; damit erzielt Irland gemeinsam mit Finnland in diesem Bereich den niedrigsten Wert. Genauso wie in Dänemark und im Vereinigten Königreich haben staatliche Renten in den Gruppen mit niedrigen Einkommen einen höheren Anteil am verfügbaren Einkommen als bei den Beziehern hoher und sehr hoher Einkommen in der übrigen EU. Bei den sonstigen Leistungen muss auf die besondere Bedeutung von Leistungen bei Arbeitslosigkeit in Irland hingewiesen werden: Knapp die Hälfte aller sonstigen Transferleistungen entfallen auf diese Kategorie (höchster Wert in der EU), während für die Sozialhilfe und Wohngeld gerade einmal 4 % aufgewandt werden (einer der niedrigsten Werte in der EU). Die Arbeitslosenunterstützung fällt beim Einkommen der Leistungsbezieher ebenfalls stärker ins Gewicht als in anderen EU-Ländern; dies trifft insbesondere auf die Einkommen der Armen zu. Die ärmsten 20 % der Bevölkerung erhalten mehr als 40 %, die reichsten 20 % jedoch nur 5 % der sonstigen Transferleistungen; damit entfallen auf die unteren Einkommensgruppen insgesamt mehr sonstige Transferleistungen als in jedem anderen EU-Land. Durch diese Transfers wird zwar die Armutsgefährdungsquote entsprechend dem EU-Durchschnitt halbiert, doch ist Irland das einzige EU-Land, in dem die Armutsgefährdungslücke durch Transfers noch stärker, nämlich um zwei Drittel, reduziert wird.

9.8. Italien

In Italien liegt das Medianeinkommen unter dem EU-Durchschnitt. Es stieg im Zeitraum 1994-1997 um etwa 7 %. Während die Einkommensungleichheit ungefähr dem EU-Durchschnitt entspricht, liegt die Armutsgefährdung (Armutsgefährdungsquote: 19 %) insbesondere in Anbetracht der vergleichsweise starken Intensität der Ungleichheit unter den Armutsgefährdeten (Armutsgefährdungslücke: 31 %) über dem Durchschnitt. Die Älteren (ab 65 Jahren) haben eine niedrigere Armutsgefährdungsquote (15 %) als alle anderen Altersgruppen in Italien. Einer von zwei Langzeitarbeitslosen sinkt unter die Armutsgefährdungsschwelle; dies ist einer der höchsten Werte in der EU. Darüber hinaus besteht ein Zusammenhang zwischen marginaler Erwerbsintensität eines Haushalts und sehr hoher Armutsgefährdungsquote.

Italien hat nach Portugal, Griechenland, Spanien und dem Vereinigten Königreich die fünftöchste akute Armutsgefährdungsquote. Die dauerhafte Armutsgefährdungsquote (13 %) übersteigt den EU-Durchschnitt nur unwesentlich. Ebenso wie in Griechenland scheidet ein hoher Anteil der betreffenden Personen nach einem Jahr aus dem Kreis der Armutsgefährdeten aus, und ein ähnlich hoher Prozentsatz ist zu einem späteren Zeitpunkt erneut von Armut bedroht. Offenbar besteht ein enger Zusammenhang zwischen Familiengröße und dauerhafter Armutsgefährdung: Große Familien (Paare mit drei und mehr Kindern) sind über dreimal mehr von dauerhafter Armut bedroht als Familien mit einem Kind oder zwei Kindern.

Während die Gesamtquote der nichtmonetären Benachteiligung dem EU-Durchschnitt entspricht, erhält man bei Betrachtung der einzelnen Dimensionen der Benachteiligung ein differenzierteres Bild. Obwohl verhältnismäßig mehr Italiener Probleme haben, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, machen nur halb so viele Personen wie im EU-Durchschnitt Angaben über Wohnungsmängel. Die statistischen Angaben zur Benachteiligung im zeitlichen Verlauf stimmen mit den EU-Durchschnittswerten überein: Die Quote der Benachteiligung zu einem beliebigen Zeitpunkt beträgt 25 %, und 12 % waren mindestens drei von vier Jahren von nichtmonetärer Benachteiligung betroffen.

Die kombinierten Indizes Armutsgefährdung/Benachteiligung entsprechen dem EU-Durchschnitt: 6 % der Bevölkerung waren in der Zeit von 1994 bis 1997 mindestens drei Jahr lang von Einkommensarmut und zugleich auch von Benachteiligung bedroht, und 21 % waren im selben Zeitraum entweder dauerhaft armutsgefährdet oder benachteiligt. Entsprechend den oben genannten Ergebnissen ist der Anteil der Armutsgefährdeten, die Probleme mit der Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse haben, bei den meisten Positionen wesentlich höher. Ähnlich wie in anderen Ländern Südeuropas ist der Gesundheitszustand der Armutsgefährdeten den Angaben zufolge besser als im EU-Durchschnitt: Lediglich 14 % berichten über gravierende chronische Gesundheitsprobleme; damit weist Italien in diesem Bereich den EU-weit niedrigsten Wert auf.

Der Anteil der Empfänger von sozialen Transferleistungen ist in Italien ungeachtet eines (ausschließlich durch Rentenzahlungen bedingten) Anstiegs in den Jahren von 1994 bis 1997 wesentlich niedriger als in den meisten EU-Ländern. Der Anteil der Transfers liegt jedoch über dem EU-Durchschnitt. Zudem fallen diese Leistungen bei den Einkommen der Bezieher EU-weit am stärksten ins Gewicht. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass ein geringerer Prozentsatz der Leistungsbezieher in stärkerem Maße auf soziale Transferleistungen angewiesen ist als in anderen europäischen Ländern; damit ergibt sich ein ähnliches Bild wie in Griechenland und Spanien. Allerdings profitieren die Gruppen mit mittleren und höheren Einkommen anscheinend mehr von den Transferleistungen. Auf Renten entfallen nicht weniger als 84 % aller sozialen Transferleistungen; dies ist nach Griechenland der zweithöchste Anteil. In allen Einkommenskategorien werden über 55 % der Einkommen der älteren Bevölkerungsschichten aus Renten bestritten, wobei sie in den Gruppen mit mittleren Einkommen den höchsten Stellenwert haben. Ebenso wie in den anderen drei südeuropäischen Ländern bilden Leistungen bei Krankheit und Invalidität die wichtigste Komponente der sonstigen Transferleistungen (51 %). In Italien sind die sonstigen Transfers regressiv verteilt, d. h. sie sind etwas stärker auf die Gruppen mit höheren Einkommen ausgerichtet. Damit ist Italien neben Portugal das einzige Land mit diesem Merkmal. Ähnlich erreichen weniger als 50 % der sonstigen Transferleistungen die ohne Transfers Armen (niedrigsten Wert in der EU), wobei dieser Prozentsatz bei den Familienleistungen und beim Wohngeld besonders gering ist. Folglich ergibt sich für Italien ebenso wie für Griechenland der schwächste Rückgang der Armutsgefährdung aufgrund von sonstigen Transferleistungen (-10 %). Gleichwohl bewirken soziale Transferleistungen in Italien eine stärkere und ungefähr dem EU-Durchschnitt entsprechende Zurückdrängung der langfristigen Armutsgefährdung.

9.9. Luxemburg

Luxemburg hat das mit Abstand höchste Medianeinkommen; es liegt rund 40 % über dem EU-Durchschnitt und entspricht knapp dem Dreifachen des portugiesischen Medianeinkommens. Während der drei Jahre von 1994 bis 1996 stagnierte zwar das Niveau, doch scheint sich anteilmäßig eine Verlagerung von den Gruppen mit den niedrigsten und höchsten Einkommen hin zu den Gruppen mit mittleren Einkommen vollzogen zu haben. Das Ausmaß der Einkommensungleichheit unterschreitet den EU-Durchschnitt leicht. Luxemburg gehört zu den EU-Mitgliedstaaten mit den niedrigsten Indikatoren der Armutsgefährdung (Armutsgefährdungsquote: 12 %, Armutsgefährdungslücke: 17 %). Das Durchschnittseinkommen von Selbstständigen mit Angestellten ist um zwei Drittel höher als das der Gesamtbevölkerung; damit erreicht Luxemburg einen der höchsten Werte in der EU. Andererseits erzielen Arbeitslose und insbesondere Langzeitarbeitslose nur zwei Drittel des Einkommensniveaus der Gesamtbevölkerung. Zudem tritt in Luxemburg ein deutliches Altersgefälle zutage: Mit 18 % ist die Armutsgefährdung der unter 18-Jährigen doppelt so hoch wie in der Altersgruppe ab 65 Jahren.

Wie die querschnittlichen Tendenzen zeigen, ist der Prozentsatz der zu einem beliebigen Zeitpunkt armutsgefährdeten Luxemburger niedriger (23 %) als im europäischen Durchschnitt; dasselbe gilt für die dauerhafte Armutsgefährdung (8 %).

Neben Dänemark kann Luxemburg auf die EU-weit günstigsten Indikatoren der nichtmonetären Benachteiligung verweisen. Nach einem Rückgang von 24 % seit 1994 waren 1996 nur noch acht Prozent der Bevölkerung im

Bereich der nichtmonetären Dimensionen benachteiligt. Ein weiteres Merkmal, das Parallelen zu Dänemark erkennen lässt, ist die erheblich größere Gefahr der Benachteiligung bei Ausländern: In Luxemburg lebende Ausländer sind mehr als doppelt so oft von Benachteiligung betroffen wie die Bevölkerung insgesamt.

Im Einklang mit den vorstehend erörterten Entwicklungstendenzen unterschreitet der Bevölkerungsanteil, der armutsgefährdet und zugleich auch von nichtmonetärer Benachteiligung betroffen ist, den Durchschnitt der EU-Länder. Gleichwohl liegen die Antworten auf Fragen zur subjektiven Bewertung, insbesondere zum Gesundheitszustand, wesentlich näher am EU-Durchschnitt. Darüber hinaus ist der Anteil der Personen, die von Armut bedroht sind und weniger als einmal im Monat soziale Kontakte haben, zweimal so hoch wie im EU-Durchschnitt.

Luxemburg gehört zu den EU-Mitgliedstaaten mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Empfängern von sozialen Transferleistungen; der Anteil der Transfers an den Einkommen liegt über dem Durchschnitt. In beiden Bereichen waren von 1994 bis 1997 Steigerungen zu konstatieren. Dennoch fallen Transferleistungen bei den Einkommen der Empfänger weniger stark ins Gewicht als in den meisten anderen EU-Ländern. Die Transfers sind relativ gleichmäßig auf der Einkommensskala verteilt, wobei eine eher regressive Verteilung bei den Renten mit einer eher progressiven Verteilung bei den sonstigen Transferleistungen einhergeht. Knapp 60 % und damit ein über dem EU-Durchschnitt liegender Prozentsatz aller Transfers entfallen auf Renten. Der Anteil der Renten am Einkommen ist bei den Rentnern mit mittlerem Einkommen höher als im EU-Durchschnitt (82 %), während er bei den Ruhegeldbeziehern mit niedrigem Einkommen niedriger ist (64 %). Zusammen mit Österreich ist Luxemburg das einzige Land, in dem Familienleistungen mehr als die Hälfte aller sonstigen Transferleistungen ausmachen, nämlich 54 %. Obwohl Leistungen bei Arbeitslosigkeit eine vernachlässigbare Größe sind und Luxemburg mit 4 % den EU-weit niedrigsten Wert erreicht, bestreiten die Empfänger 20 % ihrer Einkommen aus diesen Leistungen; damit bewegt sich Luxemburg nahe an den EU-Durchschnittswerten. Andererseits rangiert der Prozentsatz bei den Erziehungsbeihilfen (10 %), beim Wohngeld (16 %) und bei der Sozialhilfe (36 %), die Armutsgefährdete erhalten, unter den niedrigsten Werten in der EU. Dennoch wird die Armutsgefährdung durch alle sonstigen Transferleistungen zusammengenommen etwas stärker gesenkt als im EU-Durchschnitt; im Vordergrund steht dabei nicht so sehr die Minderung der Intensität der Armutsgefährdung, sondern die Verringerung der Zahl der Armutsgefährdeten. Die Zahl der von Armut bedrohten Kinder wird (dank Familienleistungen) stärker reduziert als im Gros der Länder, wohingegen die Senkung des Armutsrisikos unter den Erwerbslosen (durch Arbeitslosenunterstützung) geringer ausfällt. Ebenso wie in Dänemark, Österreich und den Niederlanden wirken sich in Luxemburg soziale Transferleistungen am stärksten auf die Verringerung der Armutsgefährdung aus.

9.10. Niederlande

Das Niveau des Medianeinkommens liegt in den Niederlanden über dem EU-Durchschnitt. Es stieg im Zeitraum von 1994 bis 1997 insgesamt um ungefähr 13 %. Der Grad der Ungleichheit wie auch die Gesamtquote der Armutsgefährdung liegen unter dem EU-Durchschnitt (Armutsgefährdungsquote: 11 %). Die Armutsgefährdungslücke (21 %) entspricht fast dem EU-Durchschnitt. Die Niederlande sind das einzige Land, in dem Landwirte und Kleinbauern dasselbe Durchschnittseinkommen erzielen wie die Bevölkerung insgesamt. Die Armutsgefährdungsquote von Alleinstehenden unter 30 Jahren ist sehr hoch (über 50 %). Dem stehen sehr niedrige Armutsgefährdungsindikatoren für allein stehende Erwachsene in der Hauptaltersgruppe gegenüber. Weit über dem EU-Durchschnitt liegende Armutsgefährdungsquoten werden auch für Alleinerziehende ermittelt.

Nach Dänemark haben die Niederlande die EU-weit zweitniedrigste Armutsgefährdungsquote. Zudem geraten lediglich 7 % der Niederländer drei Jahre oder länger unter die Armutsgefährdungsschwelle. Trotz hoher Abgangsquote aus der Armutsgefährdung nach einem Jahr ist der Anteil derjenigen, die erneut armutsgefährdet sind, einer der höchsten in Europa (37 % in den darauf folgenden zwei Jahren). Sehr hohe relative Risiken einer dauerhaften Armut für Alleinerziehende bestätigen, wie unsicher die Stellung dieses Teils der Bevölkerung ist; dies war bereits aus den querschnittlichen statistischen Angaben ersichtlich.

Die Niederlande haben nach Dänemark und Luxemburg die drittniedrigste Gesamtquote der nichtmonetären Benachteiligung in der EU (10 %); dies ist teilweise auf die sehr niedrigen Benachteiligungsquoten in den primären und sekundären Dimensionen zurückzuführen. Nur ein kleiner Prozentsatz der Niederländer hat Probleme mit der Befriedigung der Grundbedürfnisse und der Beschaffung notwendiger langlebiger Konsumgüter. Zu den Gruppen mit relativ hohem Benachteiligungsrisiko gehören Einpersonenhaushalte (insbesondere junge Erwachsene) und Haushalte Alleinerziehender: Sie haben das EU-weit höchste relatives

Benachteiligungsrisiko (2,4). Ähnlich wie bei den querschnittlichen statistischen Angaben unterschreiten die Indizes der akuten und der dauerhaften Benachteiligung den EU-Durchschnitt um einiges.

Nach Dänemark weisen die Niederlande zusammen mit Österreich den zweitniedrigsten Wert bei der Kombination aus einkommensbezogener Armutsgefährdung und nichtmonetärer Benachteiligung auf. Ganze 3 % der Bevölkerung waren im Zeitraum von 1994 bis 1997 mindestens drei Jahre lang armutsgefährdet und zugleich auch benachteiligt. Während des untersuchten Zeitraums waren 7 % akut von manifester Benachteiligung betroffen. In den Niederlanden sieht sich ein im Vergleich zum EU-Durchschnitt prozentual höherer Anteil Armutsgefährdeter mit ungünstigeren Wohnverhältnissen konfrontiert: 39 % berichteten über Lärmbelastung, und 25 % wohnen in Gebieten, in denen Kriminalität und Vandalismus herrschen.

Der Anteil der sozialen Transferleistungen und der Empfänger entsprechender Leistungen entspricht ungefähr dem EU-Durchschnitt. Die sozialen Transferleistungen sind offenbar recht gleichmäßig auf der Einkommensskala verteilt. 47 % aller Transferleistungen entfallen auf Renten, 19 % der Bevölkerung beziehen Renten. Diese Werte liegen unter dem EU-Durchschnitt. Die Niederlande sind das einzige EU-Land, in dem der Anteil der Renten an den Einkommen der Bezieher mittlerer, hoher und sehr hoher Renten höher ist als deren Anteil am Einkommen der Bezieher niedriger Renten (73 bis 84 % gegenüber 61 %). Die sonstigen Transferleistungen sind in den Niederlanden hingegen stärker auf die unteren Einkommensgruppen ausgerichtet. 72 % der Leistungen bei Krankheit und Invalidität, 65 % der Erziehungszulagen und sogar 94 % der Sozialhilfezahlungen erhalten diejenigen, die ohne Berücksichtigung von Transfers als armutsgefährdet anzusehen wären. Die beiden letztgenannten Leistungsarten fallen beim Einkommen der Empfänger zudem stärker ins Gewicht als in anderen EU-Ländern. Alle sonstige Transferleistungen zusammengenommen haben einen überdurchschnittlichen Einfluss auf die Senkung der Armutsgefährdungsquoten und -lücken. Darüber hinaus wirken sich soziale Transferleistungen in den Niederlanden ebenso wie in Dänemark, Österreich und Luxemburg EU-weit am stärksten auf die Verringerung der langfristigen Armutsgefährdung aus.

9.11. Österreich

Das österreichische Medianeinkommen liegt über dem EU-Durchschnitt. Während des Dreijahreszeitraums von 1995 bis 1997 stagnierte es auf diesem Niveau; zugleich scheinen sich aber Anteile von den Gruppen mit den höchsten Einkommen hin zu den Gruppen mit mittleren und höheren Einkommen verlagert zu haben. Die Einkommensungleichheit ist geringer als in anderen EU-Ländern (mit Ausnahme von Dänemark, Finnland und Schweden), wobei sowohl die Armutsgefährdungsquote (13 %) als auch die Armutsgefährdungslücke (21 %) den EU-Durchschnitt unterschreitet. Das Einkommensniveau der kurzzeitig Arbeitslosen unterscheidet sich anders als das der Langzeitarbeitslosen nicht von dem der Gesamtbevölkerung. Österreich weist neben Belgien und dem Vereinigten Königreich in Bezug auf die Armutsgefährdung das höchste geschlechtsspezifische Gefälle auf: Die Armutsgefährdungsquote der Frauen ist 23 % höher als die der Männer. Bei den Jugendlichen (im Alter von 18 bis 24 Jahren) verzeichnet Österreich die EU-weit niedrigste Armutsgefährdungsquote. Andererseits liegt die Armutsgefährdung älterer Menschen, insbesondere allein stehender Frauen, über dem EU-Durchschnitt.

Die österreichischen Quoten der akuten und dauerhaften Armutsgefährdung sind fast mit den luxemburgischen Quoten (24 bzw. 8 %) identisch und liegen damit unter dem EU-Durchschnitt.

Auch die Indizes der nichtmonetären Benachteiligung unterschreiten den Durchschnitt der EU-Länder: Die Gesamtbenachteiligungsquote beläuft sich auf 12 %, und auch der Anteil der Bevölkerung, der über Probleme mit der Wohnung und im Wohnumfeld berichtet, weicht vom Durchschnittswert deutlich nach unten ab. Ausländer sind stärker von nichtmonetären Benachteiligung bedroht: Sie haben ein 2,2-fach größeres Benachteiligungsrisiko als die Gesamtbevölkerung. Die längsschnittlichen Indizes der Gesamtbenachteiligung liegen unter den Durchschnittswerten in der EU. Die Quote der akuten Benachteiligung beträgt 20 %, und 9 % der Österreicher sind dauerhaft benachteiligt.

Gemeinsam mit den Niederlanden verbucht Österreich nach Dänemark die zweitniedrigsten Werte bei der Kombination aus einkommensbezogener Armutsgefährdung und nichtmonetärer Benachteiligung: Lediglich 3 % der Bevölkerung waren im Zeitraum von 1994 bis 1997 mindestens drei Jahre lang von beiden Phänomenen betroffen. Mehr Menschen (jedoch immer noch ein deutlich unter dem EU-Durchschnitt liegender Prozentsatz) waren von Einkommensarmut bedroht *oder* dauerhaft armutsgefährdet (15 %). Die Benachteiligungsquoten im

Bereich der nichtmonetären Positionen waren bei den von Einkommensarmut Bedrohten zwar zumeist niedriger, doch berichteten vergleichsweise mehr Menschen als im EU-Durchschnitt über chronische Gesundheitsprobleme.

Während der Anteil der sozialen Transferleistungen am verfügbaren Einkommen ungefähr dem EU-Durchschnitt entspricht (33 %), ist der Prozentsatz der Leistungsempfänger höher als in den meisten Ländern (85 %). Von 1994 bis 1997 stieg der Anteil der Leistungsbezieher, und zwar ausschließlich aufgrund sonstiger Transferleistungen. Alle Transfers zusammengenommen sind in Österreich recht gleichmäßig auf der Einkommensskala verteilt; in den Jahren von 1994 bis 1997 büßten die Gruppen mit den höchsten Einkommen Anteile ein, während sowohl die Gruppen mit mittleren als auch die mit niedrigen Einkommen Zuwächse verbuchen konnten. Fast 60 % aller Transferleistungen und damit ein über dem EU-Durchschnitt liegender Prozentsatz entfällt auf Renten. Davon profitieren die höheren Einkommensgruppen – wie in den meisten EU-Ländern – etwas stärker. Österreich ist neben Luxemburg das einzige Land, in dem Familienleistungen mehr als die Hälfte der sonstigen Transferleistungen (54 %) ausmachen. Andererseits werden in Österreich ebenso wie in Belgien die geringsten Aufwendungen für die Sozialhilfe erbracht. Die Verteilung auf die verschiedenen Arten von Transferleistungen, die diejenigen erhalten, die ohne diese Leistungen arm wären, liegt im Allgemeinen unter 50 % und unter dem EU-Durchschnitt; dies gilt insbesondere für das Wohngeld und die Sozialhilfe (22 % bzw. 30 %). Insgesamt sind die sonstigen Leistungen genauso wie in Spanien nahezu ausgeglichen auf der Einkommensskala verteilt. Beim Abbau der Armutgefährdung durch sonstige Transferleistungen geht es vor allem um die Senkung der Zahl der Armutgefährdeten. Hinsichtlich der Verringerung der Armutgefährdungslücke wird der EU-Durchschnitt hingegen verfehlt. In Österreich kommt ebenso wie in Dänemark, Luxemburg und den Niederlanden der Einfluss sozialer Transferleistungen auf die Senkung der langfristigen Armutgefährdung EUweit am stärksten zum Tragen.

9.12. Portugal

Obwohl die Haushaltseinkommen in den Jahren von 1994 bis 1997 stärker als im EU-Durchschnitt stiegen, weist Portugal beim Medianeinkommen nach wie vor das niedrigste Niveau auf. Es liegt ungefähr 40 % unter dem EU-Durchschnitt und ist fast dreimal niedriger als das Medianeinkommen in Luxemburg. Portugal verzeichnet die größte Einkommensungleichheit und Armutgefährdung (Quote: 24 %), während die Intensität der Armutgefährdung etwa dem EU-Durchschnitt entspricht (Armutgefährdungslücke: 24 %). Bezogen auf die Gesamtbevölkerung erzielen allein stehende erwachsene Männer wesentlich höhere Durchschnittseinkommen (134 %) als allein stehende ältere Frauen (59 %). Zugleich ist Portugal das einzige EU-Land, in dem das Einkommensniveau von Paaren mit zwei Kinder eindeutig höher ist als das Durchschnittseinkommen der Gesamtbevölkerung. Wie in den anderen Mittelmeerländern – insbesondere Griechenland – beeinflussen der Bildungsabschluss und die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht maßgeblich die Höhe des relativen Einkommens und den Grad der Armutgefährdung. Menschen mit hohem Bildungsabschluss und Personen, die Geschäftsführer oder Firmeninhaber sind, haben ein fast doppelt so hohes Durchschnittseinkommen wie die Gesamtbevölkerung (dies ist die größte in der EU-ermittelte Differenz), und die für sie ermittelten Quoten der Armutgefährdung sind vernachlässigbare Größen. Andererseits werden für Landwirte und Kleinbauern (50 %), Selbstständige ohne Angestellte (29 %), nicht Erwerbstätige (32 %) sowie ältere Menschen (37 %) höhere Armutgefährdungsquoten als in anderen EU-Ländern festgestellt.

Neben Griechenland hat auch Portugal den höchsten Prozentsatz Armutgefährdeter während des Untersuchungszeitraums (36 %). Beinahe jeder fünfte Portugiese (19 %) war im Zeitraum 1994 -1997 mindestens drei Jahre lang armutgefährdet; dies ist der EU-weit höchste Wert. Es besteht zweifellos ein Zusammenhang mit den EU-weit niedrigsten Abgangsquoten. Unter den dauerhaft Armutgefährdeten sind Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss besonders von Armut bedroht.

Trotz eines leichten Rückgangs seit 1994 wies Portugal 1997 die höchste Gesamtquote der nichtmonetären Benachteiligung auf: 34 % der portugiesischen Bevölkerung waren in Bezug auf nichtmonetäre Dimensionen benachteiligt. Unter anderem ist die Benachteiligung in solchen Dimensionen wie Wohnungsmängel und Probleme im Wohnumfeld besonders hoch: 42 % und damit dreimal soviel Personen wie im EU-Durchschnitt berichteten über Wohnungsmängel (undichtes Dach, Nässe und Fäulnis). Ebenso wie in Griechenland betrifft die Benachteiligung in Portugal verschiedene Teilgruppen der Bevölkerung: Es gibt keine bestimmten Gruppen, die im Vergleich zur Gesamtbevölkerung extrem von Benachteiligung bedroht sind. Angesichts der sehr hohen querschnittlichen Benachteiligungsquoten ist davon auszugehen, dass während des Vierjahreszeitraums nahezu jeder zweite Portugiese mindestens ein Jahr lang und ungefähr ein Drittel der Bevölkerung dauerhaft benachteiligt war.

Portugal ist das einzige Land, in dem sich der von Einkommensarmut bedrohte *und* zugleich auch mindestens drei Jahre benachteiligte Bevölkerungsanteil auf über 10 % beläuft. Zudem war in der Zeit von 1994 bis 1997 ein sehr hoher Prozentsatz (38 %) armutsgefährdet und zugleich auch mindestens ein Jahr lang von nichtmonetärer Benachteiligung betroffen. Die Benachteiligungsquoten unter den Armutsgefährdeten sind für fast alle Positionen die EU-weit höchsten. Außerdem ergeben sich für Portugal bezüglich der Angaben zum Gesundheitszustand der Armutsgefährdeten Abweichungen von den anderen südeuropäischen Ländern: Die entsprechenden Werte liegen über dem Durchschnitt der EU-Länder.

In Portugal findet sich eine Kombination aus einem der niedrigsten Anteile von sozialen Transferleistungen am Einkommen und einem der höchsten Anteile von Transferempfängern in der EU. Der Prozentsatz der Bezieher von Renten und sonstigen Transferleistungen stieg von 1994 bis 1997 stärker als in den meisten anderen EU-Ländern. Darüber hinaus fallen soziale Transferleistungen bei den Einkommen der Leistungsbezieher am wenigsten ins Gewicht; damit hebt sich Portugal von den drei anderen südeuropäischen Ländern ab, in denen hohe Gesamttransferanteile mit hohen Anteilen an den Einkommen der Empfänger einhergehen. Von den Transfers profitieren in Portugal die Gruppen mit höheren Einkommen etwas stärker, d. h. im Zeitraum von 1994 bis 1997 büßten die Gruppen mit niedrigen und mittleren Einkommen Anteile an den Transferleistungen ein, die auf die Gruppen mit höheren Einkommen umverteilt wurden. Wie in den anderen drei südeuropäischen Ländern auch machen Renten den Hauptanteil an den Transfers aus (zwei Drittel). Diese sind in Portugal ziemlich regressiv verteilt: 9 % gehen an die ärmsten 20 % und 43 % an die reichsten 20 %. Ebenso wie in den anderen drei Ländern Südeuropas, jedoch in geringerem Maße, stellen Leistungen bei Krankheit und Invalidität die wichtigste Komponenten sonstiger Transferleistungen dar (35 %). Arbeitslosenunterstützung und Familienleistungen haben ungefähr denselben Stellenwert (jeweils etwa 30 %), wobei letztere beim Einkommen der Empfänger jedoch kaum ins Gewicht fallen (mit 4 % der niedrigste Wert in der EU). Andererseits kommt das Wohngeld bei den Einkommen der Leistungsbezieher in Portugal stärker zum Tragen als andernorts (22 %). Die sonstigen Transferleistungen sind in Portugal regressiv verteilt, d. h. etwas stärker auf die Gruppen mit höheren Einkommen ausgerichtet. Damit ist Portugal neben Italien das einzige Land mit diesem Merkmal. Auf zwei Arten von Transferleistungen an diejenigen, die ohne entsprechenden Zahlungen armutsgefährdet wären, entfallen nur sehr geringe Anteile (unter 15 %): Erziehungsbeihilfen sowie Sozialhilfe. Folglich tragen die sonstigen Transferleistungen in Portugal nur in sehr begrenztem Maße zur Senkung der Armutsgefährdung bei (25 %); lediglich in Griechenland und Italien wurden noch niedrigere Werte ermittelt. Eine Ausnahme bildet die Verringerung des Armutsrisikos von Arbeitslosen durch Zahlung einer Arbeitslosenunterstützung, die dem EU-Durchschnitt entspricht. Andererseits haben soziale Transferleistungen einen geringeren Anteil an der Senkung der langfristigen Armutsgefährdung als in jedem anderen EU-Land.

9.13. Finnland

Das mediane Einkommensniveau liegt in Finnland leicht unter dem EU-Durchschnitt. Dennoch kann das Land nach Dänemark auf die zweitniedrigsten Indikatoren für Einkommensungleichheit und Armutsgefährdung verweisen (Armutsgefährdungsquote: 8 %, Armutsgefährdungslücke: 12 %). Genauso wie in Irland und den beiden anderen nordischen Ländern übersteigt das Einkommensniveau allein stehender erwachsener Männer nicht den Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Schicht bedingte Einkommensunterschiede sind in Finnland schwächer ausgeprägt als in anderen Ländern. Ähnlich wie in den beiden anderen nordischen Ländern besteht kein Zusammenhang zwischen höherem Bildungsabschluss und deutlich höherem relativem Einkommensniveau. Jugendliche (im Alter von 18 bis 24 Jahren) sind die Altersgruppe mit besonders hoher Armutsgefährdung; dieser Sachverhalt wurde ansonsten nur noch für Schweden ermittelt. Die Armutsgefährdung von Menschen, die nicht die EU-Staatsbürgerschaft besitzen, ist knapp viermal so hoch wie die der Gesamtbevölkerung; dies ist die höchste Quote der relativen Armutsgefährdung in den Ländern, für die Angaben zur Verfügung stehen. Eine den europäischen Durchschnitt übersteigende hohe Armutsgefährdungsquote wurde auch für allein stehende Männer und Frauen unter 30 Jahren festgestellt. Andererseits ist das Armutsrisiko von Haushalten mit Kindern (einschließlich Alleinerziehender und kinderreicher Familien) in Finnland niedriger als in anderen Ländern mit Ausnahme Dänemarks.

Insgesamt liegt die Quote der nichtmonetären Benachteiligung leicht unter dem EU-Durchschnitt, doch weist Finnland den EU-weit niedrigsten Bevölkerungsanteil auf, der Angaben über Wohnungsmängel (undichtes Dach, Nässe, Fäulnis) macht. Ausländer, Arbeitslose und nicht Erwerbstätige sind in Finnland deutlich häufiger von Benachteiligung bedroht. Dasselbe gilt für Haushalte junger allein stehender Menschen: Ihr Benachteiligungsrisiko ist doppelt so hoch wie das der Gesamtbevölkerung.

Die Quoten der nichtmonetären Benachteiligung armutsgefährdeter Personen liegen in den meisten Dimensionen unter dem EU-Durchschnitt. Eine Ausnahme bilden die das Wohnumfeld betreffenden Positionen: 23 % berichteten über Belastungen im Wohnumfeld (der zweithöchste Wert in der EU). Zudem lebt nahezu jeder vierte Arme in Gebieten, in denen Kriminalität und Vandalismus herrschen; dies ist einer der EU-weit höchsten Werte.

Finnland verzeichnet die mit Abstand höchsten Quoten bei den Anteilen sozialer Transferleistungen am Einkommen wie auch der Leistungsbezieher in der EU⁶¹. Mit einem Anteil von 77 % am Einkommen der Gruppen mit niedrigem Einkommen spielen soziale Transfers eine größere Rolle als in jedem anderen EU-Land; er ist viermal höher als bei den Beziehern sehr hoher Einkommen (eine so hohe Quote verzeichnen nur noch Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich). Soziale Transferleistungen sind in Finnland recht gleichmäßig auf der Einkommensskala verteilt. Lediglich ein Drittel der sozialen Transfers entfallen auf Renten; damit weist Finnland zusammen mit Irland den niedrigsten Wert auf. Gleichwohl fallen Renten bei den Einkommen der Ruhegeldbezieher (in allen Einkommensgruppen) in Finnland stärker ins Gewicht als in den meisten anderen EU-Ländern. Im Bereich der sonstigen Transferleistungen spielen Leistungen bei Arbeitslosigkeit eine größere Rolle als im EU-Durchschnitt, während Familienleistungen weniger bedeutsam sind. Leistungen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Arbeitsunfähigkeit sowie Familienleistungen kommen bei den Einkommen der Leistungsempfänger stärker zum Tragen als im EU-Durchschnitt. Insgesamt sind die sonstigen Transferleistungen in Finnland (ebenso wie in Dänemark und Irland) stärker auf bestimmte Gruppen ausgerichtet als in anderen Ländern. Insbesondere gehen mindestens zwei Drittel der Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit an diejenigen, die ohne entsprechende Leistungen von Einkommensarmut bedroht wären. Die sonstigen Transferleistungen zusammengenommen bewirken, dass sowohl die Quote der Armutsgefährdung als auch die Armutsgefährdungslücke stärker als in anderen EU-Ländern verringert wird. Die Armutsgefährdungsquoten von Kindern und Arbeitslosen werden durch Familienleistungen bzw. Leistungen bei Arbeitslosigkeit um drei Viertel gesenkt.

9.14. Schweden

Das mediane Einkommensniveau in Schweden entspricht dem EU-Durchschnitt. Gemeinsam mit den beiden anderen nordischen Ländern verzeichnet Schweden die EU-weit niedrigsten Indikatoren der Einkommensungleichheit, und die Indikatoren der Armutsgefährdung liegen ebenfalls unter dem EU-Durchschnitt. Die Gruppe der 55- bis 64-Jährigen verfügt über höhere relative Durchschnittseinkommen als andere Altersgruppen, aber das Einkommensniveau allein stehender männlicher Erwachsener übersteigt das Durchschnittsniveau der Gesamtbevölkerung nicht. Ähnlich wie in den beiden anderen nordischen Ländern besteht kein Zusammenhang zwischen höherem Bildungsabschluss und erheblich höheren relativen Einkommen. Selbstständige ohne Angestellte, Landwirte und Kleinbauern sowie Arbeiter haben die EU-weit niedrigsten relativen Durchschnittseinkommensquoten; sie erzielen 60 bis 80 % des Wertes für die Gesamtbevölkerung. Für diese drei sozialen Gruppen wurden auch die höchsten Armutsgefährdungsquoten (31, 44 bzw. 30 %) ermittelt. Jugendliche (im Alter von 18 bis 24 Jahren) sind die Altersgruppe, die am stärksten von Armut bedroht ist; diese Besonderheit weist ansonsten nur noch Finnland auf. Andererseits gehört Schweden zu den EU-Ländern mit einer der niedrigsten Armutsgefährdungsquoten älterer Menschen. Das relative Armutsrisiko von kurzzeitig Arbeitslosen ist höher als anderswo in der EU.

Die Anteile sozialer Transferleistungen am Einkommen und der Leistungsempfänger liegen in Schweden über dem EU-Durchschnitt. Insgesamt sind die sozialen Transfers relativ gerecht verteilt, d. h., weder die Gruppen mit den niedrigeren noch die mit den höheren Einkommen erhalten einen beträchtlich höheren proportionalen Anteil der Transfers. Auf Renten entfallen ungefähr 50 % aller Transferleistungen; dies entspricht dem EU-Durchschnitt. Davon profitieren die mittleren und höheren Einkommensgruppen zwar geringfügig stärker, jedoch immer noch weniger als in den meisten anderen EU-Ländern. Im Bereich der sonstigen Transferleistungen spielen die Sozialhilfe und das Wohngeld eine größere Rolle als in anderen EU-Ländern (mit Ausnahme Frankreichs und des Vereinigten Königreichs), wohingegen Leistungen bei Invalidität und Krankheit gerade einmal 10 % ausmachen; dies ist der EU-weit niedrigste Wert. Die Sozialhilfe, aber auch die Familienleistungen fallen bei den Einkommen der Leistungsbezieher in Schweden stärker ins Gewicht als im europäischen Durchschnitt (20 bis 30 %), während Familienleistungen unterdurchschnittlich zum Tragen kommen (ungefähr 10 %). Alle sonstigen Transferleistungen zusammengenommen sind etwas stärker auf die unteren Einkommensgruppen ausgerichtet. Das Armutsrisiko wird durch sonstige Transfers stärker als im EU-Durchschnitt abgebaut, wobei es mehr darum geht, die Zahl der Armutsgefährdeten zu verringern, und weniger darum, die Armutsgefährdungslücke zu schließen.

⁶¹) Aus folgenden Gründen sind Vorbehalte gegen die finnischen Angaben zu den Transfers angebracht: Die sozialen Transferleistungen wurden offenbar überbewertet (siehe Anhang zur Methodik).

9.15. Vereinigtes Königreich

Das mediane Einkommensniveau liegt im Vereinigten Königreich etwa 15 % über dem EU-Durchschnitt. Von 1994 bis 1997 stieg das Medianeinkommen um 18 % und damit schneller als im EU-Durchschnitt. Diese Entwicklung kam den unteren und höheren Einkommensgruppen zugute, während die Gruppen mit mittleren und sehr hohen Einkommen Einbußen hinnehmen mussten. Ungeachtet dessen gehört das Vereinigte Königreich zu den EU-Ländern mit den höchsten Indikatoren der Einkommensungleichheit und der Armutsgefährdung (Armutsgefährdungsquote: 22 %, Armutsgefährdungslücke: 31 %). Während die Durchschnittseinkommen der Jüngsten (unter 18 Jahren) 17 % unter dem nationalen Durchschnitt liegen, erzielen Personen in der Hauptaltersgruppe (25 bis 54 Jahre) 12 bis 20 % über dem landesweiten Durchschnitt liegende Einkommen; diese zählen EU-weit zu den tiefsten bzw. höchsten Werten. Das relative Einkommensniveau von Kurzarbeitslosen übersteigt den EU-Durchschnitt und erreicht 96 % des Wertes der Bevölkerung insgesamt. Verglichen mit der Gesamtbevölkerung erzielen Rentnerhaushalte und Haushalte ohne Kinder höhere Durchschnittseinkommen als in jedem anderen EU-Land, während Haushalte mit drei und mehr Kindern niedrigere Durchschnittseinkommen haben. Gleichermaßen benachteiligt sind Alleinerziehende: Sie haben die EU-weit niedrigsten relativen Einkommen und erreichen etwas mehr als die Hälfte des Einkommensniveaus der Gesamtbevölkerung. Die jüngsten (unter 18) und die ältesten (über 65) Bürger sind die Altersgruppen mit den höchsten Armutsgefährdungsquoten (30 bzw. 32 %). Geschäftsführer und Firmeninhaber; Selbstständige mit Angestellten; diejenigen, die niemals arbeitslos waren oder bei denen die Arbeitslosigkeit mindestens fünf Jahren zurückliegt; allein stehende männliche Erwachsene und kinderlose Haushalte mit zwei und mehr Erwachsenen zählen zu den Bevölkerungsgruppen mit unter dem EU-Durchschnitt liegenden Armutsgefährdungsquoten.

In Übereinstimmung mit den querschnittlichen Statistiken verzeichnet das Vereinigte Königreich eine überdurchschnittliche Quote der akuten Armutsgefährdung (32 %) und eine vergleichsweise hohe Quote der dauerhaften Armutsgefährdung (14 %). Alleinerziehende und kinderreiche Familien sind im Zeitverlauf besonders von Armut bedroht. Paare mit drei und mehr Kindern sind dreimal häufiger dauerhaft armutsgefährdet als Paare mit einem Kind oder zwei Kindern.

Während die Gesamtquote der nichtmonetären Benachteiligung dem EU-Durchschnitt entspricht, weist das Land den niedrigsten Bevölkerungsanteil (0,2 %) auf, der in Wohnungen ohne solche Ausstattungsmerkmale wie fließendes warmes Wasser oder Spül-WC lebt. Ähnlich wie im Gros der anderen EU-Länder steigt das Gesamtbenachteiligungsrisiko im Falle von Arbeitslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit. Im Einklang mit den querschnittlichen statistischen Angaben entsprechen die Quoten der akuten und dauerhaften Benachteiligung im Vereinigten Königreich ungefähr dem EU-Durchschnitt.

In Bezug auf die meisten Dimensionen der nichtmonetären Benachteiligung armer Menschen weicht das Bild nur unwesentlich vom EU-Durchschnitt ab. 22 % der Armutsgefährdeten wohnen in Gebieten, in denen Kriminalität und Vandalismus eine Rolle spielen, und ein entsprechender Prozentsatz ist mit der Wohnsituation unzufrieden. Die Indikatoren zu den Angaben zum Gesundheitszustand lassen keine eindeutigen Schlüsse zu: Während lediglich 13 % der Armutsgefährdeten ihren allgemeinen Gesundheitszustand mit schlecht bzw. sehr schlecht bewerteten, berichteten 42 % über chronische gesundheitliche Probleme.

Die Anteile der sozialen Transferleistungen am Einkommen und der Leistungsbezieher liegen im Vereinigten Königreich in der Nähe des EU-Durchschnitts. Bei den Renten war im Zeitraum von 1994 bis 1997 eine Zunahme und bei den sonstigen Transferleistungen ein Rückgang zu verzeichnen (dies betraf gleichermaßen die Einkommens- und die Empfängeranteile). Mit einem Anteil von 67 % an den Einkommen der Bevölkerung im unteren Einkommensbereich sind die sozialen Transfer fünfmal höher als bei den Beziehern sehr hoher Einkommen (eine so hohe Quote wird nur noch in Dänemark, Irland und Finnland erreicht). Gleichwohl sind die sozialen Transferleistungen ziemlich gleichmäßig auf der Einkommensskala verteilt, wobei aber die Gruppen mit mittleren Einkommen in der Zeit von 1994 bis 1997 in geringem Maße Anteile an den Transfers einbüßten. Fast die Hälfte aller Transfers und damit ein unter dem EU-Durchschnitt liegender Prozentsatz entfällt auf Renten. Ebenso wie in Dänemark sind die Anteile staatlicher Renten am verfügbaren Einkommen in den unteren Einkommensgruppen (über 85 %) höher und in den hohen und sehr hohen Einkommensgruppen (unter 52 %) niedriger als überall sonst in der EU. Bei den sonstigen Transferleistungen stellen Familienleistungen mit 44 % die Hauptkomponente dar, doch haben Leistungen bei Invalidität/Krankheit und das Wohngeld ebenfalls einen beträchtlichen Stellenwert (über dem EU-Durchschnitt). Der Anteil der Leistungen bei Arbeitslosigkeit (7 %) ist hingegen niedriger als in jedem anderen Land mit Ausnahme Luxemburgs. Außerdem erhalten die ohne entsprechende Transfers Armen einen höheren Prozentsatz der Familienleistungen und des Wohngelds (mehr als 50 %) als in den meisten anderen EU-Ländern.

10. Fazit und Empfehlungen

Im vorliegenden Bericht werden Tendenzen und Muster bezüglich der Gefahr von Einkommensarmut und sozialer Ausgrenzung in den EU-Mitgliedstaaten anhand von Daten aus dem Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere den Benutzerdatenbanken für die Wellen 1 bis 4 (1994 bis 1997)⁶², analysiert.

Im letzten Abschnitt der einzelnen Kapitel und in der Zusammenfassung werden die wichtigsten Ergebnisse bereits im Überblick dargestellt. An dieser Stelle befassen wir uns mit den wichtigsten, für Politik und Forschung relevanten Schlussfolgerungen.

Die Einkommensarmut ist wahrscheinlich der wichtigste Aspekt der sozialen Ausgrenzung. Die nichtmonetäre Benachteiligung und die Benachteiligung in der Lebensführung sind ebenso weit verbreitet wie die Gefahr der Einkommensarmut, doch ist davon nicht zwangsläufig dieselbe Bevölkerung betroffen. Zwischen den Ländern bestehende Unterschiede in Bezug auf die Dimensionen der nichtmonetären Benachteiligung zeigen, dass diese nicht nur von den individuellen Möglichkeiten (dem Vorhandensein der erforderlichen Mittel), einschließlich der Einkommen, abhängen, sondern auch von örtlichen Gegebenheiten, also davon, ob es sich um ein städtisches oder ländliches Gebiet, um umweltbedingte Faktoren und Folgen der staatlichen Politik handelt, die die soziale Infrastruktur betreffen, beispielsweise den sozialen Wohnungsbau. Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass eine Sozialpolitik, mit der die Möglichkeiten verbessert und die soziale Ausgrenzung eingedämmt werden soll, eng mit anderen Maßnahmen abgestimmt werden muss, insbesondere im Bereich der staatlichen Aufwendungen für die Schaffung der sozialen Infrastruktur. Im Gegenzug müssen diese Maßnahmen stets Aspekten der sozialen Ausgrenzung und der sozialen Eingliederung Rechnung tragen.

Die Forderung nach einer multidimensionalen Betrachtungsweise der sozialen Ausgrenzung bedeutet auch die Berücksichtigung solcher Variablen wie subjektives Wohlbefinden und soziale Kontakte. Unsere Analyse zeigt aber auch, dass bei der Betrachtung dieser Dimensionen besondere Sorgfalt angezeigt ist, da es sich um in hohem Maße kontextspezifische und unter Umständen auch je nach Kulturkreis unterschiedlich zu bewertende Variablen handelt. Demnach sind Zufriedenheit und Glück und sogar Gesundheit Begriffe, die in verschiedenen Ländern unterschiedliche Assoziationen erzeugen, d. h. bei ihrer Gewichtung im Zusammenhang mit Benachteiligung und Gefahr der Einkommensarmut müssen diese länderspezifischen Unterschiede berücksichtigt werden. Die Mitgliedschaft in Organisationen hängt ebenfalls in hohem Maße von der jeweiligen politischen Kultur ab, wobei auch hier erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern feststellbar sind. Für die Forschung bedeuten diese Feststellungen, dass bei der Konzipierung künftiger Erhebungen jene Instrumente eine größere Rolle spielen sollten, die eine Untersuchung einzelner Bewältigungsstrategien in bestimmten Lebenslagen und auch unter verschiedenen sozialen Rahmenbedingungen ermöglichen. Zu diesem Zweck müssen ergänzend zu unseren Erkenntnissen aus quantitativen Erhebungen qualitative Fallstudien durchgeführt werden.

Eine multidimensionale Sicht auf die Gefahr der Einkommensarmut und die soziale Ausgrenzung bedeutet auch, die Fülle der Gradmesser zu nutzen, die für die Einkommensanalyse – auch im herkömmlichen Rahmen – zur Verfügung stehen. Ein anderes und wesentlich differenzierteres wie auch politisch relevantes Bild ergibt sich für jedes beliebige Land und auf der vergleichenden Ebene, wenn man nicht nur die Armutsgefährdungsquote in die Untersuchung einbezieht, sondern auch den Abstand zwischen den Einkommensgruppen (der anhand des Quotienten P90/P10 ermittelt wird), die Einkommenskonzentration (ermittelt anhand des Anteilsverhältnisses S80/S20 oder des Gini-Koeffizienten), die Armutsgefährdungslücke, die Ungleichheit unter den Armen (gemessen mittels des Sen-Index) oder den Grad der Armutsgefährdung (ermittelt mit Hilfe des Fuzzy-Parameters).

Die für die EU- insgesamt und auch für jeden EU-Mitgliedstaat durchgängig geltende Erkenntnis, dass ein größerer Teil der Bevölkerung von Einkommensarmut betroffen ist als aus dem querschnittlichen Wert ersichtlich, wie auch die Feststellung, dass die Gefahr der Einkommensarmut und die nichtmonetäre Benachteiligung „schwer abzuschütteln“ sind, d. h. im Zeitverlauf tendenziell dieselben Personen betreffen, sodass ein Teil davon unverhältnismäßig hoch belastet ist, sollte von Politikern und Sozialwissenschaftlern als Warnhinweis verstanden werden, dass die soziale Ausgrenzung nicht nur ein strukturelles Merkmal unserer

⁶²) Aus: ECHP-UDB Welle 5, Dezember 2001.

Gesellschaft ist, das viele Parallelen zur Arbeitslosigkeit oder dem Mangel an Vollbeschäftigung hat, die eng mit der Gefahr der Einkommensarmut und der nichtmonetären Benachteiligung verbunden sind, sondern auch ein tief verwurzelte sozialer Zustand. Die Gefahr der Einkommensarmut und der Benachteiligung lässt sich statistisch nie ganz eliminieren. Gleichwohl bedarf es weiterer Anstrengungen, um die Ungleichheit abzubauen und damit auch das Armutsrisiko insgesamt und dessen negative Auswirkungen insbesondere auf jene, die in die Armutsfalle geraten, zu reduzieren.

Die gleichermaßen durchgängige Erkenntnis, dass ressourcenbezogene Faktoren, insbesondere Bildung, soziale Schicht und Beschäftigung, den Weg in die soziale Ausgrenzung prägen (einschließlich der dauerhaften Armutsgefährdung, der dauerhaften Benachteiligung und der mehrfachen Benachteiligung), lassen den Schluss zu, dass politische und konzeptionelle Bemühungen um Bildung, Ausbildung und Beschäftigung auch künftig Stützpfiler der nationalen Wohlfahrtsstaaten und der europäischen Sozialagenda bleiben bzw. bleiben sollten. Gezielte Maßnahmen für jene, die zeitlich befristet besonders bedürftig sind, beispielsweise Alleinerziehende, ältere Alleinstehende oder Haushalte mit unterhaltsberechtigten Kindern, sind lediglich eine Ergänzung und keinesfalls ein Ersatz für breiter angelegte sozialpolitische Maßnahmen.

Anhang 1: Glossar

Akute Armutsgefährdung: Höchstmaß der (einkommens- bzw. benachteiligungsbezogenen) Armutsgefährdung einer Person im Bezugszeitraum. Dem herkömmlichen Ansatz zufolge bezieht sich dieser Begriff auf erfahrene Armutsgefährdung in einem beliebigen Jahr innerhalb des Bezugszeitraums. Die entsprechende Quote der akuten Armutsgefährdung ist der Durchschnittswert für die Bevölkerung.

Primäre Benachteiligung in der Lebensführung (D1): Bezieht sich auf Positionen wie Nahrung und Bekleidung, Urlaub mindestens einmal pro Jahr, Ersatz verschlissener Einrichtungsgegenstände und Fristüberschreitungen bei fälligen Zahlungen (ausführliche Liste der Positionen siehe Kapitel 6).

Querschnittliche Armutsgefährdungsquote: Armutsgefährdungsquote in einem bestimmten Jahr.

Index der aktuellen Benachteiligung in der Lebensführung (CLSD): Dieser Indikator verbindet die Positionen der primären und der sekundären Dimension in einer vereinfachten Skala der nichtmonetären Benachteiligung. Dieser Index wird in Kapitel 7 zur Untersuchung der dauerhaften Benachteiligung und der dauerhaften Armutsgefährdung genutzt. Unterschiede im Hinblick auf die Relevanz bestimmter Positionen in den einzelnen Mitgliedstaaten werden in der gewichteten Fassung berücksichtigt.

Benachteiligungsindex: (Siehe Index der relativen nichtmonetären Benachteiligung).

Benachteiligung: Relativer Nachteil in Bezug auf wesentliche nichtmonetäre Dimensionen bzw. Dimensionen der Lebensführung. Im vorliegenden Bericht wird die Benachteiligung anhand von 24 Positionen aus dem ECHP definiert (siehe Dimensionen der nichtmonetären Benachteiligung).

Dimensionen der nichtmonetären Benachteiligung: 24 Positionen aus dem ECHP wurden als relevant für die Benachteiligung eingestuft. Anhand der Analyse der wichtigsten Komponenten wurden diese Positionen in folgende fünf Dimensionen eingruppiert: Primäre Benachteiligung in der Lebensführung (D1), sekundäre Benachteiligung in der Lebensführung (D2), Wohnungsausstattung (D3), Wohnungsmängel (D4), Probleme im Wohnumfeld (D5) (ausführliche Beschreibung siehe Kapitel 6).

Verfügbares Einkommen: Jahresnettoeinkommen eines Haushalts, d. h. Einkommen aus unselbständiger bzw. selbständiger Erwerbstätigkeit und Kapitaleinkünfte, staatliche und private Transferleistungen sowie sonstige Einkommensquellen, Nettoeinkommen nach Abzug von Einkommensteuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Anschließend wird das (verfügbare) Gesamteinkommen anhand der zum Haushalt gehörenden Personen bereinigt (siehe „Äquivalenzeinkommen“).

Zugangsquote: Durchschnittlicher Prozentsatz der Personen, die in einem Jahr nicht armutsgefährdet waren, ein Jahr darauf jedoch unterhalb der maßgeblichen Armutsgefährdungsgrenze lagen.

Probleme im Wohnumfeld (D5): Durch Lärm, Schmutz, Vandalismus sowie Platz- und Lichtmangel bedingte Probleme (ausführliche Liste der Positionen siehe Kapitel 6).

Äquivalenzeinkommen: Berichtigung des Haushaltseinkommens zur Berücksichtigung der Haushaltsgröße. Die Gewichtung der einzelnen Mitglieder eines Haushalts erfolgt altersabhängig. Anhand der im vorliegenden Bericht verwendeten modifizierten OECD-Äquivalenzskala wird der erste Erwachsenen im Haushalt mit einem Wert von 1, jeder weitere Erwachsene mit 0,5 und jedes Kind mit 0,3 gewichtet.

Abgangsquote: Durchschnittlicher Prozentsatz der Personen, die in einem Jahr armutsgefährdet waren, ein Jahr darauf jedoch oberhalb der maßgeblichen Armutsgefährdungsgrenze lagen.

Fuzzy-Parameter: Alternativer methodischer Ansatz, bei dem jedem Einzelnen ein Grad der Armutsgefährdung (bzw. Benachteiligung) zugewiesen und auf die herkömmliche Unterscheidung zwischen Armutsgefährdeten und nicht durch Armut Gefährdeten verzichtet wird. Der Parameter ist so konzipiert, dass der nationale Durchschnitt der Armutsgefährdungsquote entspricht (Näheres siehe Anhang 2).

Gini-Koeffizient: Maß der (Einkommens-)Ungleichheit bzw. -konzentration. Der Gini-Koeffizient wird anhand der Lorenz-Kurve ermittelt, in der von den ärmsten Haushalten beginnend die kumulativen Bevölkerungsanteile im Verhältnis zum kumulativen Anteil des von ihnen erzielten Gesamteinkommens dargestellt sind. Der Gini-Koeffizient wird als die Fläche zwischen Lorenz-Kurve und 45°-Gerade als Teil der gesamten Dreiecksfläche

definiert. Bei Gleichverteilung der Einkommen würde sich eine diagonal verlaufende 45°-Gerade („Linie der perfekten Gleichverteilung“) ergeben, wobei der Gini-Koeffizient gleich Null wäre. Das andere Extrem wäre, dass dann, wenn die reichsten Haushalte sämtliches Einkommen erhalten würden, die Lorenz-Kurve auf der Abszisse und bei 100 Prozent Einkommensanteil („Linie der perfekten Ungleichverteilung“) auf der Ordinate verlaufen würde, so dass man einen Gini-Koeffizienten von 100 erhalten würde. Eine Zunahme des Gini-Koeffizienten ist demnach Ausdruck für eine Zunahme der Ungleichverteilung.

Wohnungsmängel (D4): Mängel wie ein undichtes Dach, Nässe sowie Fäulnis in den Fensterrahmen oder in den Fußböden (ausführliche Liste der Positionen siehe Kapitel 6).

Wohnungsausstattung (D3): Ausstattungsmerkmale wie das Vorhandensein von Bad oder Dusche, Innen-WC und fließendem Wasser, bei denen es sich um als wichtig erachtete Merkmale handelt (ausführliche Liste der Positionen siehe Kapitel 6).

Einkommensbezogene Armutsgefährdungsschwelle: Einkommenshöhe, die als Mindestwert für die Festlegung der Armutsgefährdung angenommen wird. Im Bericht werden zumeist 60 % des medianen (verfügbaren) Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung als Armutsgefährdungsschwelle verwendet. In Kapitel 7 wird auch die 70%-Grenze zugrunde gelegt.

Einkommensbezogene Armutsgefährdung: Das verfügbare Äquivalenzeinkommen unterschreitet die einkommensbezogene Armutsgefährdungsschwelle.

Latente Benachteiligungsquote: Kombination aus einkommensbezogener Armutsgefährdung und Benachteiligung; stellt den Durchschnitt des höheren Wertes der beiden Fuzzy-Indizes je Person dar.

Benachteiligung in der Lebensführung: siehe Benachteiligung.

Logistisches Regressionsmodell: Wie sich herausstellte, sind mit der Zugangs- und der Abgangsquote mehrere Merkmale verbunden. Diese wurden in ein mehrdimensionales Modell einbezogen, mit dem zugleich die Abhängigkeit von den wichtigsten Faktoren aufgezeigt wurde. Der jeder Kategorie zugewiesene geschätzte Wahrscheinlichkeitsquotient kann als ihr eigenständiger Beitrag zur Zu- bzw. Abnahme der Zugangs-/Abgangsquote interpretiert werden.

Manifeste Benachteiligungsquote: Kombination aus einkommensbezogener Armutsgefährdung und Benachteiligung; stellt den Durchschnitt des höheren Wertes der beiden Fuzzy-Indizes je Person dar. Kann als Maß für die gleichzeitige einkommensbezogene Armutsgefährdung und nichtmonetäre Benachteiligung interpretiert werden.

Mittlere Armutsgefährdungsquote: Mittlere querschnittliche Armutsgefährdungsquote im Bezugszeitraum.

Median: Summe einer (Einkommens-)Verteilung, deren Wert die Verteilung in zwei gleich große Teile teilt. Genau 50 % liegen unterhalb, die übrigen 50 % oberhalb des Wertes.

Wahrscheinlichkeitsquotient: Dient dem Vergleich des Ausmaßes der Vorteile/Nachteile bestimmter Gruppen im Hinblick auf eine Variable. Wahrscheinlichkeitsquotienten stehen für das Verhältnis zwischen Zugangs-/Abgangsquote zu der spezifizierten Bezugsgruppe (in der Regel die Gruppe mit der niedrigsten Zugangs-/Abgangsquote). Wahrscheinlichkeitsquotienten werden auch zur Darstellung von Ergebnissen logistischer Regressionsmodelle genutzt; in diesem Fall beziehen sie sich auf die geschätzten Wahrscheinlichkeiten des Zugangs zur Armutsgefährdung bzw. des entsprechenden Abgangs (nähere Angaben zu den Ergebnissen siehe Anhang 3).

Dauerhafte Benachteiligung: Siehe dauerhafte Armutsgefährdung.

Dauerhafte Armutsgefährdung: Zweitniedrigste Stufe der Armutsgefährdung einer Person im Bezugszeitraum. Entsprechend dem konventionellen Ansatz bezieht sich dies auf die Armutsgefährdung in drei von vier Jahren, wobei das letzte Jahr eines dieser drei Jahre sein muss. Die entsprechende *Quote der dauerhaften Armutsgefährdung* ist der Durchschnittswert für die Bevölkerung.

Quote der Armuts(gefährdungs)lücke: Maß der Intensität der einkommensbezogenen Armutsgefährdung, definiert als Differenz zwischen medianem Einkommen der Armutsgefährdeten und der Armutsgefährdungsschwelle, angegeben als Anteil an der einkommensbezogenen Armutsgefährdungsschwelle.

Armuts(gefährdungs)quote (bzw. „Headcount Ratio“): Maß der Häufigkeit der Armutsgefährdung, definiert als die Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb einer definierten Armutsgefährdungsschwelle als Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Index der relativen Benachteiligungsgefährdung: Gruppenspezifische Benachteiligungsgefährdung, dividiert durch die Gesamtbenachteiligungsgefährdung, multipliziert mit 100.

Index (bzw. Indikator) der relativen nichtmonetären Benachteiligung: Gibt für jede Person die Prävalenz von Benachteiligung in Bezug auf die in diesem Bericht verwendeten 24 ECHP-Positionen an. Abweichungen hinsichtlich der Gesamtbedeutung in den einzelnen Mitgliedstaaten werden ebenso berücksichtigt wie Redundanzen zwischen Positionen innerhalb jeder der fünf Dimensionen der nichtmonetären Benachteiligung (nähere Angaben siehe Kapitel 6 und Anhang 2).

Quote der relativen nichtmonetären Benachteiligung: Gibt den Durchschnittswert des entsprechenden Indexes an. Dieses Maß ist so konzipiert, dass der Durchschnitt des Gesamtindexes der durchschnittlichen Armutsquote aller Mitgliedstaaten entspricht. Neben dem Gesamtindex werden in Kapitel 6 gesonderte Indizes für jede Dimension der nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung präsentiert.

Relativer Armutsgefährdungsindex: Relatives Maß in Form eines Quotienten aus der gruppenspezifischen Armutsgefährdungsquote und der Gesamtarmuts-Gefährdungsquote der Bevölkerung (multipliziert mit 100). Die relative Armutsgefährdung kann als armutsgefährdeter Prozentsatz einer Gruppe k dividiert durch ihren prozentualen Anteil an der Bevölkerung interpretiert werden (wird auch für den relativen Benachteiligungsindex genutzt).

Sekundäre Benachteiligung in der Lebensführung (D2): Umfasst Positionen, die als weniger wichtig erachtet werden, z. B. Pkw, Telefon, Farbfernsehgerät, Videorekorder, Mikrowelle oder Geschirrspülmaschine (ausführliche Liste der Positionen siehe Kapitel 6).

Sen-Index: Der Sen-Index ist ein zusammengesetztes Armutsmaß aus Häufigkeit und Ausmaß der Armutsgefährdung sowie Einkommensverteilung unter den Armutsgefährdeten. Er wird definiert als die Armutsgefährdungsquote, multipliziert mit der Summe der Armutsgefährdungslücke und dem Gini-Koeffizienten der Armutsgefährdeten, gewichtet mit 1 minus Armutsgefährdungslücke. Demnach ist $S = P * \{P + (1-P) * G_p\}$; dabei ist P =Armutsgefährdungsquote, P =Quote der Armutsgefährdungslücke und G_q =Gini-Koeffizient der Armutsgefährdeten.

Länderkürzel

B	Belgien
DK	Dänemark
D	Deutschland
EL	Griechenland
E	Spanien
F	Frankreich
IRL	Irland
I	Italien
L	Luxemburg
NL	Niederlande
A	Österreich
P	Portugal
FIN	Finnland
S	Schweden
UK	Vereinigtes Königreich

Anhang 2: Methodik

In diesem Anhang werden Teile des methodischen Rahmens der Studie und insbesondere der Fuzzy-Set-Ansatz zur Analyse der Armutsgefährdung und die logistischen Regressionsanalysen erläutert, die in Kapitel 5 verwendet wurden, um den Zugang in die und den Abgang aus der Armutsgefährdung sowie Übergänge in die Armutsgefährdung zu untersuchen. Der Leser findet dort auch Hintergrundinformationen zur Erhebung des European Community Household Panel (ECHP).

Der Fuzzy-Ansatz zur Analyse der Gefahr der Einkommensarmut als Frage des Grades

Der vorgestellte Ansatz zur Untersuchung des Grades der Armutsgefährdung ist eine Anwendung des mathematischen Theorems von Fuzzy-Sets und wird daher in der Literatur meist als Fuzzy-Armutsindex erörtert. Zwar kann dieses Maß so gebildet werden, dass die Armutsgefährdung insgesamt genau der Armutsquote entspricht, aber es ist nicht begrenzt auf eine Zweiteilung in Armutsgefährdete und Nicht-Armutsgefährdete.

Im Wesentlichen wird bei diesem Konzept berücksichtigt, dass kein grundlegender Unterschied zwischen Personen besteht, deren Einkommen einen Euro über bzw. unter der Armutsgefährdungsgrenze liegt. Beide Personen können als armutsgefährdet betrachtet werden, wenn auch in geringfügig unterschiedlichem Grad. Die herkömmliche Armutsgefährdungsquote ist überaus nützlich, um die Armutsgefährdung auf aggregierter Ebene darzustellen, doch beim Grad der Armutsgefährdung geht es explizit um die Möglichkeiten, die einer Person zur Verfügung stehen, um in einem bestimmten Land einen annehmbaren Mindestlebensstandard zu erreichen. Durch die Eigenschaft, Veränderungen in den Einkommenspositionen ein aussagekräftiges Gewicht zu verleihen, ist dieser Ansatz besser für die Untersuchung von Längsschnittveränderungen geeignet als ein auf Zweiteilung beruhendes Maß. Des Weiteren kann der Grad der Armutsgefährdung problemlos verallgemeinert werden, um den Grad der Benachteiligung bei nichtmonetären Dimensionen zu messen, den eine Person im jeweiligen Land erfährt.

Die in diesem Bericht vorgestellten Maße des individuellen Armutsgefährdungsgrades und des sich daraus ergebenden Armutsgefährdungsniveaus in Teilgruppen der Bevölkerung sind wie folgt gebildet worden:

Jeder Person wird ein Einkommensindex basierend auf dem Rang und Anteil der Person bei der Verteilung des Äquivalenzeinkommens zugeordnet. Insbesondere geht es um den Anteil des Gesamtäquivalenzeinkommens aller Personen, die weniger armutsgefährdet sind als die betreffende Person. Es ist ein relatives Maß, das den Grad der Armutsgefährdung ausdrückt.

Mithilfe einer geeigneten funktionalen Umwandlung wird es dazu verwendet, einen einkommensbezogenen Armutsgefährdungsindex für jede Einzelperson zu definieren. Dieser Index gibt die relative Situation von Personen auf der Mikroebene an; genau wie beim herkömmlichen (0-1) Maß bietet sein Durchschnitt von Personen in einer Gruppe ein alternatives Maß des Armutsgefährdungsniveaus der betreffenden Gruppe.

Um die größtmögliche Vergleichbarkeit mit dem herkömmlichen Maß zu wahren und außerdem den Schwerpunkt auf die sozioökonomischen Unterschiede innerhalb von Ländern zu legen, sind die funktionale Form und Skala des Fuzzy-Maßes so gewählt worden, dass es insgesamt – für das Land als Ganzes – genau den gleichen Anteil der Armutsgefährdung wie das herkömmliche Maß angibt.

Die getroffene Auswahl bedeutet natürlich, dass das nationale Gesamtniveau, die Fuzzy-Maße und herkömmlichen Maße genau die gleichen Informationen enthalten. Ersteres vermittelt allerdings ein realistischeres Bild von der relativen Situation (sowohl im Hinblick auf das Niveau als auch den Grad der Armutsgefährdung) auf der Ebene von Einzelpersonen und von Zielgruppen in der nationalen Bevölkerung.

Zu entscheiden ist über die funktionale Form der Verteilung (die „Zugehörigkeitsfunktion“) des einkommensbezogenen Armutsgefährdungsindex und darüber, in welcher Beziehung er zum herkömmlichen Maß steht.

Die Bildung des einkommensbezogenen Armutsgefährdungsindex für die Fuzzy-Analyse

Der jeder Person i zugeordnete einkommensbezogene Armutsgefährdungsindex (q_i) steht in Bezug zu Rang und Anteil der Person an der Verteilung des Äquivalenzeinkommens. Das verwendete Modell sieht wie folgt aus⁶³. Zuerst bilden wir einen Einkommensindex

$$V_i = \sum_{j=i+1}^n v_j, i = 1 \text{ to } n-1; V_n = 0 \quad (1)$$

worin $v_j = \frac{y_j}{\sum_{i=1}^n y_i}$ der Anteil des Gesamtäquivalenzeinkommens (y) ist, den eine Person mit dem Rang j in der

aufsteigenden Einkommensverteilung erhält. V_i variiert von $V_1 \cong 1$ für die ärmsten bis $V_n = 0$ für die reichsten Personen. Es ist der Anteil des Gesamtäquivalenzeinkommens, den alle Personen erhalten, die weniger armutsgefährdet sind als die betreffende Person.

Entsprechend dem Einkommensindex wird der einkommensbezogene Armutsindex definiert als

$$q_i = V_i^{(\alpha/H)} \quad (2)$$

Wie bei Cheli (1995)⁶⁴ haben wir den Parameter so bestimmt, dass für die (nationale) Bevölkerung als Ganzes das Mittel des Indexes, also, gleich dem Anteil an der Armutsgefährdung (Armutsgefährdungsquote = H) nach dem herkömmlichen Ansatz ist. Empirisch sind hohe Werte von q_i in der Regel am unteren Ende der Einkommensverteilung konzentriert, so dass der einkommensbezogene Armutsgefährdungsindex sensibel gegenüber dem Einkommensanteil ist, den ärmere Bevölkerungsgruppen erhalten.⁶⁵

Zur Analyse auf der Ebene der Teilgruppen in einem Land wird der auf nationaler Ebene bestimmte Wert von verwendet. Dadurch kann sich, je nach Gestalt der Einkommensverteilung (besonders am unteren Ende) in der Teilgruppe gemessen an der Gesamtverteilung im Land die durchschnittliche Fuzzy-Armutsquote für die Teilgruppe von deren herkömmlicher Armutsquote H unterscheiden. Erstere bringt die tatsächliche Armutsgefährdungssituation der Teilgruppe besser zum Ausdruck.

Tabelle A2.1 in Anhang 3 zeigt empirisch bestimmte Werte (unter Verwendung von ECHP-Daten) des Parameters für jedes Land in jeder Welle, so dass auf nationaler Ebene das Bevölkerungsmittel des Fuzzy-Indexes gleich dem Anteil der Armutsgefährdung entsprechend der als 60 % des Medians errechneten Armutsgefährdungsgrenze ist.

Das wahre Potenzial dieses Ansatzes liegt in der Untersuchung von Veränderungen in der relativen einkommensbezogenen Armutsgefährdungssituation von Personen im Längsschnitt. Er berücksichtigt die „Distanzen“, die Personen auf dem Weg nach oben oder unten in der Einkommensverteilung zurücklegen, und nicht einfach, ob sie irgend eine (im Wesentlichen willkürlich festgelegte) Armutsgefährdungsgrenze überschreiten (siehe Kapitel 5).

Längsschnittindizes der einkommensbezogenen Armutsgefährdung für die Fuzzy-Analyse

Betrachtet wird ein Panel von Einzelpersonen (j) über einen Zeitraum von ($t=1$ bis T) Jahren, wobei $s_{j,t}$ die Neigung der Person j zur Armutsgefährdung zum Zeitpunkt t (wie bereits definiert) ist. Bei der herkömmlichen Analyse nimmt $s_{j,t}$ einen der beiden Werte 1 (= arm) und 0 (= nicht arm) an. Hierbei bewegt sich das Maß im Bereich (1-0) je nach der Ebene und Position der Person in der Einkommensverteilung.

⁶³ Für eine ausführlichere Beschreibung der Methodik und einige empirische Ergebnisse siehe Betti, G. und V. Verma (1998), Measuring the degree of poverty in a dynamic and comparative context: a multi-dimensional approach using fuzzy set theory, Universität Siena, Dipartimento di Metodi Quantitativi, Arbeitsunterlage 22.

⁶⁴ Cheli B. (1995), Totally Fuzzy and Relative Measures in Dynamics Context, *Metron* 53 (3/4), S. 183-205.

⁶⁵ Um diese Voraussetzung zu erfüllen, sind Werte von $\alpha > 1$ (im Bereich 1,7-3,1 und die Mehrheit im Bereich 2,1-2,6 bei unseren Daten) notwendig. Man beachte, dass bei $\alpha = H$, worin der Gini-Koeffizient der Einkommensverteilung ist, der typischerweise 3-5-mal höher ist als die Armutsgefährdungsquote H . Höhere Werte von α tragen zu einer Konzentration der Verteilung von q_i am unteren Ende bei.

Die Neigung einer Person zur „akuten Armutsgefährdung“ (für mindestens ein Jahr im Intervall) wird angegeben durch den höchsten der Querschnittsindizes:

$$s_j^{(A)} = \max(s_{j,t}) \quad t = 1 - T$$

Die Neigung einer Person zur „dauerhaften Armutsgefährdung“ (für alle Jahre im Intervall) ist der kleinste der Querschnittsindizes:

$$s_j^{(P)} = \min(s_{j,t}) \quad t = 1 - T$$

Die „vorübergehende Armutsgefährdung“ (d. h. für einige, aber nicht alle Jahre im Intervall) ist definitionsgemäß die Differenz aus den beiden vorstehenden Indizes:

$$s_j^{(T)} = s_j^{(A)} - s_j^{(P)} = \max(s_{j,t}) - \min(s_{j,t}) \quad t = 1 - T$$

Eurostat empfiehlt, für einen Zeitraum von $T = 4$ Jahren die dauerhafte Armutsgefährdung für mindestens drei der vier Jahre (das letzte Jahr eingeschlossen) zu definieren. Wir drücken dies wie folgt aus:

$$s_j^{(P-1)} = \text{next min}(s_{j,t}) \quad t = 1 - T$$

worin *nextmin* für den nächstkleinsten der Querschnittsindizes steht.

Quoten der akuten, dauerhaften und vorübergehenden Armutsgefährdung werden erhalten, indem einfach der Durchschnitt (mit entsprechenden Stichprobengewichten) der jeweiligen individuellen Maße für die uns interessierende Population ermittelt wird. So sieht beispielsweise die Quote der akuten Armutsgefährdung wie folgt aus:

$$\bar{s}^{(A)} = \frac{\sum_j w_j \cdot s_j^{(A)}}{\sum_j w_j}$$

worin w_j das Stichprobengewicht der Person (j) ist und die Summe alle Personen in der Population umfasst, die uns interessiert. In gleicher Weise wird die dauerhafte Armutsgefährdungsquote (definiert als Armutsgefährdung für mindestens $(T-1)$ der T Jahre) wie folgt ausgedrückt:

$$\bar{s}^{(P-1)} = \frac{\sum_j w_j \cdot s_j^{(P-1)}}{\sum_j w_j}$$

Erstellung von Indizes der nichtmonetären Benachteiligung

Die Zusammenlegung kategorialer Indikatoren der Benachteiligung für einzelne Positionen zur Bildung zusammengesetzter Indizes verlangt Entscheidungen über die Zuordnung numerischer Werte zu den geordneten Kategorien und die Gewichtung und Skalierung der Maße.

Es bietet sich folgendes Vorgehen an: Zuordnung eines Wertes von (angenommen) 1 zur Anwesenheit und 0 zur Abwesenheit einer bestimmten Position der Benachteiligung (oder Werte mit dem gleichen Abstand im Bereich 1-0 für geordnete Polytomien).

Im Hinblick auf die einzelnen Positionen zugeordnete Gewichtung und Skalierung sind sowohl statistische als auch inhaltliche Faktoren zu bedenken. Wir haben zunächst einfache Maße in Erwägung gezogen, die auf der Anwesenheit oder Zählung von Positionen der Benachteiligung basieren. Dann haben wir Positionen der Benachteiligung geprüft, die in direktem Verhältnis zu ihrer Prävalenz im jeweiligen Land gesondert gewichtet waren (und das Maß der Benachteiligung in der Lebensführung so skaliert, dass es mit der Einkommensarmutsquote identisch war). Im Wesentlichen boten erstere absolute, in allen Ländern gebräuchliche Maße und letztere rein relative Maße der Benachteiligung im betreffenden Land.

In Kapitel 6 kam ein alternativer statistischer Fuzzy-Set-Ansatz zur Anwendung, bei dem berücksichtigt wurde, wie die Positionen in der Bevölkerung verteilt sind und welche Beziehung zwischen den Positionen in derselben Gruppe (Dimension der Benachteiligung) besteht. Zuerst wurde das Gewicht anhand der Stärke der Variablen ermittelt, Personen in der Bevölkerung „zu unterscheiden“, d. h. anhand ihrer Streuung gemessen als Variationskoeffizient.

Dadurch schwankt bei kleinen Anteilen das Gewicht umgekehrt proportional zur Quadratwurzel des Anteils (p). Damit erhalten Benachteiligungen, die nur einen kleinen Anteil der Bevölkerung betreffen und deshalb als kritischer angesehen werden könnten, größere Gewichte, während diejenigen, die große Anteile betreffen und daher als weniger kritisch betrachtet werden könnten, kleinere Gewichte erhalten. Es ist jedoch zu beachten, dass sich der Beitrag dieser Einzelwerte p zum durchschnittlichen Niveau der Benachteiligung in der Bevölkerung, das sich aus der betreffenden Position ergibt, als direkt proportional zur Quadratwurzel aus p erweist. Das zweite Merkmal dieses Gewichtungsansatzes besteht darin, dass er den Einfluss jener Merkmale begrenzt, die stark mit anderen in die Analyse einbezogenen Merkmalen korrelieren. Das Gewicht der Variablen i in der Dimension k wird als Umkehrung eines durchschnittlichen Maßes seiner Korrelation mit allen anderen Variablen in der Dimension angesetzt. Damit werden die Ergebnisse nicht von einem willkürlichen Ein- oder Ausschluss von Positionen beeinflusst, die in hohem Maße mit anderen Positionen der Gruppe korrelieren. Auf diese Weise soll berücksichtigt werden, dass die spezielle Gruppe von Positionen im ECHP nur eine Auswahl aus allen möglichen Positionen gleicher Art sind, die hätten aufgenommen werden können.

Wie sich zeigt, bringen dieser letztgenannte Ansatz und die vorherige Gewichtungsregelung numerisch sehr ähnliche Resultate hervor, zumindest für den verwendeten ECHP-Datensatz. Diese Robustheit der Ergebnisse gegenüber alternativen Möglichkeiten für die Gewichtungsregelungen (wo es zwangsläufig zu subjektiven Beurteilungen kommt) vermittelt Sicherheit.

Einzelheiten des Fuzzy-Set-Ansatzes bei Indizes der nichtmonetären Benachteiligung

In Bezug darauf, wie das Fuzzy-Maß bei der Bildung von Indizes (und eines Gesamtindex) der nichtmonetären Benachteiligung verwendet wurde, ist Folgendes festzustellen:

Zuordnung von Benachteiligungswerten zu einzelnen Positionen

Alle betrachteten 24 Positionen sind einfache Ja/Nein-Sachverhalte. Im Prinzip können einige dieser Positionen mehr als zwei geordnete Kategorien umfassen (z. B. die ECHP-Positionen zum Grad der Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen, nicht in der hier geprüften Gruppe enthalten). Der erste Schritt besteht darin, Ordinalpositionen numerische Werte zuzuordnen. Wenn nur zwei Möglichkeiten gegeben sind, können wir einem Haushalt, in dem Benachteiligung erfahren wird, einen Benachteiligungswert von eins und Haushalten, auf die dies nicht zutrifft, einen Benachteiligungsscorewert von 0 zuordnen. In gleicher Weise können einer geordneten Polytomie Werte im gleichen Abstand im Bereich 1-0 zugeordnet werden:

$$s_{j(m)} = \frac{M - m}{M - 1},$$

worin die Person j mit m bei M geordneten Kategorien angesetzt wird, wobei $m=1$ für die am stärksten Benachteiligten bis $m=M$ für die am wenigstens Benachteiligten. Bei Ja/Nein-Sachverhalten werden – wie oben angegeben – diejenigen, denen die Position fehlt, gleich 1 und diejenigen, denen sie nicht fehlt, gleich 0 gesetzt.

Zusammengesetzte Indikatoren für zugrunde liegende Dimensionen

Als nächster Schritt werden Indikatoren innerhalb jeder Hauptdimension (Wohnung, Wohnumfeld usw.) zu einem Index zusammengefasst, der den für die betreffende Dimension speziellen Grad der Benachteiligung beschreibt. Durch Ansetzen der Person j bei Position in Dimension d – wie vorstehend definiert – mit $s_{j,di}$ wird der durchschnittliche Wert für Positionen in der Dimension als das gewichtete Mittel dargestellt:

$$s_{j,d} = \sum_i (w_{di} \cdot s_{j,di})$$

worin die Gewichte w_{di} für Positionen (i) innerhalb einer gegebenen Dimension oder Gruppe von Positionen (d) definiert sind. Diese Gewichte sind allen Personen (j) in der Population gemeinsam und für jedes Land gesondert auf der Basis der folgenden statistischen Erwägungen unter Berücksichtigung der Art der Verteilung in der Population berechnet worden. Andere Modelle sind ebenfalls möglich. Ferner können in bestimmten Situationen auch inhaltliche Erwägungen Berücksichtigung finden.

Zuerst wird das Gewicht anhand der Stärke der Variablen, Personen in der Grundgesamtheit zu unterscheiden, d. h. anhand ihrer Streuung ermittelt. Wir setzen dies als proportional zum Variationskoeffizienten an. Das

bedeutet, dass bei kleinen Anteilen das Gewicht umgekehrt proportional zur Quadratwurzel des Anteils (p) variiert. Damit erhalten Benachteiligungen, die nur einen kleinen Teil der Population betreffen und daher vermutlich als kritischer angesehen werden, größere Gewichte, während diejenigen, die größere Teile betreffen und damit wahrscheinlich als weniger kritisch betrachtet werden, kleinere Gewichte erhalten. Es ist jedoch zu beachten, dass sich der Beitrag dieser Einzelwerte p zum durchschnittlichen Niveau der Benachteiligung in der Population, die sich aus der betreffenden Position ergibt, als direkt proportional zur Quadratwurzel aus p erweist. Das bedeutet, Benachteiligungen, die einen kleineren Teil der Population betreffen, werden auf individueller Ebene als gravierender behandelt, aber ihr Beitrag zum durchschnittlichen Niveau der Benachteiligung in der Population insgesamt ist natürlich entsprechend kleiner.

Um Redundanzen zu vermeiden, muss der Einfluss jener Merkmale, die stark mit anderen in die Analyse einbezogenen Merkmalen korrelieren, beschränkt werden. Das Gewicht der Variablen i in der Dimension k wird als Umkehrung eines durchschnittlichen Maßes seiner Korrelation mit allen anderen Variablen in der Dimension verstanden. Damit bleiben die Ergebnisse unberührt vom willkürlichen Ein- oder Ausschluss von Positionen, die eine starke Korrelation mit anderen Positionen in der Gruppe aufweisen.

Die Gewichte werden auf die Summe von 1,0 für Positionen in der Dimension skaliert.

Hypothetisch ist das einer Position zugeordnete Gewicht direkt proportional zur Variabilität der Position in der Population und umgekehrt proportional zu seiner Korrelation mit anderen Positionen in der Dimension, und die Gewichte werden auf die Summe von 1,0 von Positionen in der Dimension skaliert:

$$\sum_i w_{di} = 1$$

Zusammengesetzter Gesamtindikator der nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung

Einen Gesamtindikator für die nichtmonetäre Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung, der eine Person (j) ausgesetzt ist, erhält man durch einen gewichteten Durchschnitt der Benachteiligungsindizes der Person in den verschiedenen Dimensionen (d):

$$s_{j...} = \sum_d (w'_d \cdot s_{j,d}),$$

worin die Dimensionsgewichte w'_d als proportional zu einem (mit wie oben definierten Positionsgewichten w_{di}) gewichteten Durchschnitt von Variationskoeffizienten von Positionen in der Dimension angesetzt werden. Auch hier werden die Gewichte auf die Summe von 1,0 für die Dimensionen skaliert:

$$\sum_d w'_d = 1$$

Skalierung der Indizes für die nichtmonetäre Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung

Bei Einzelpersonen in der Population variieren der Benachteiligungsindex für einzelne Positionen und – infolge der Beschränkungen – der auf eine Dimension und insgesamt aggregierte Index im Bereich (0-1). Einen Index von 1,0 erhält man nur, wenn der Person alle Positionen fehlen, die die Dimension ausmachen; ebenso erhält man einen Gesamtindex von 1,0 nur, wenn der Person alle 24 Positionen fehlen, die in die Analyse aufgenommen wurden. Diese Bedingungen erscheinen recht extrem für die Definition der „am stärksten Benachteiligten“ und wären es noch viel mehr, würde man noch mehr Positionen in die Analyse einbeziehen. Sinnvoller ist es, die am stärksten Benachteiligten als diejenigen zu definieren, denen ein bestimmter Anteil $C < 1$ oder mehr der untersuchten Positionen fehlt. Bei den in den folgenden Abschnitten vorgestellten Ergebnissen haben wir $C=0,6$ gesetzt, d. h. Personen, denen 60 % (also 15 der 24) oder mehr Positionen fehlen, werden als die am stärksten Benachteiligten betrachtet.

Es sei hervorgehoben, dass die besondere Wahl des Wertes von Parameter C keinerlei Auswirkungen auf die resultierenden Variationsmuster der Positionen, Dimensionen, Länder oder Populationsteilgruppen hat, die in den nachfolgenden Abschnitten diskutiert werden. Allerdings hat sie Folgen für die numerischen Ergebnisse, wenn wir monetäre und nichtmonetäre Indizes gegenüberstellen und kombinieren, um die Gesamtbenachteiligung mit all ihren Gesichtspunkten zu analysieren (Kapitel 7). Dies ist aus unserer Sicht nicht nur „vernünftig“, sondern wir haben uns einfach deshalb speziell für $C=0,6$ entschieden, um den Gesamtindex für die nichtmonetäre Benachteiligung bzw. die Benachteiligung in der Lebensführung so zu skalieren, dass ihr Durchschnitt genau der Armutsgefährdungsquote für die EU-15 als Ganzes entspricht.

Längsschnittindizes der Benachteiligung auf individueller Ebene

Betrachtet wird ein Panel von Einzelpersonen über einen Zeitraum von ($t=1$ bis T) Jahren, wobei $s_{j,t}$ der Index der nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung der Person j zum Zeitpunkt t ist. Unter Verwendung von Basisresultaten der Fuzzy-Set-Theorie ist die Neigung der Person zur „akuten Benachteiligung“ (für mindestens ein Jahr im Intervall) der höchste der Querschnittsindizes:

$$s_j^{(A)} = \max(s_{j,t}) \quad t = 1 - T$$

Die Neigung einer Person zur „dauerhaften Benachteiligung“ (für alle Jahre im Intervall) ist der kleinste der Querschnittsindizes:

$$s_j^{(P)} = \min(s_{j,t}) \quad t = 1 - T$$

Die „vorübergehende Benachteiligung“ (d. h. für einige, aber nicht alle Jahre im Intervall) ist definitionsgemäß die Differenz aus den beiden vorstehenden Indizes:

$$s_j^{(T)} = s_j^{(A)} - s_j^{(P)} = \max(s_{j,t}) - \min(s_{j,t}) \quad t = 1 - T$$

Eurostat empfiehlt, für einen Zeitraum von $T = 4$ Jahren die dauerhafte Benachteiligung für mindestens drei der vier Jahre (das letzte Jahr eingeschlossen) zu betrachten. Wir drücken dies wie folgt aus:

$$s_j^{(P-1)} = \text{next min}(s_{j,t}) \quad t = 1 - T$$

worin *nextmin* für den nächstkleinsten der Querschnittsindizes steht.

Die vorstehenden Ausdrücke sind für den Gesamtbenachteiligungsindex aufgestellt worden. Ersetzt man die Werte für die Einzelperson $s_{j,t}$ durch dimensionsspezifische Werte, erhält man die gleichen Maße für jede Dimension der Benachteiligung gesondert.

Längsschnittquoten der Benachteiligung

Quoten einer akuten, dauerhaften und vorübergehenden Benachteiligung usw. werden ermittelt, indem einfach der Durchschnitt (mit geeigneten Stichprobengewichten) der jeweiligen individuellen Maße für die uns interessierende Population ermittelt wird. Dies kann auf Staaten oder EU-Ebene geschehen oder für Teilgruppen innerhalb eines Landes oder der EU. Benachteiligung kann insgesamt oder innerhalb bestimmter Dimensionen betrachtet werden.

Querschnittsanalyse: Einkommensbezogene Armutsgefährdung in Verbindung mit Benachteiligung

In Tabelle 7.7 von Kapitel 7 sind vier Arten von Maßen dargestellt, und zwar für jede Welle und gemittelt für die Wellen 1-4:

- P einkommensbezogene Armutsgefährdungsquote
- D Gesamtquote der Benachteiligung in der Lebensführung
- M Quote der manifesten Benachteiligung, steht für die Neigung zu einkommensbezogener Armutsgefährdung und Benachteiligung in der Lebensführung gleichzeitig
- L Quote der latenten Benachteiligung, steht für die Neigung zu einer von beiden, d. h. entweder zur einkommensbezogenen Armutsgefährdung oder zur Benachteiligung in der Lebensführung.

Die Maße M und L repräsentieren die Maße der einkommensbezogenen Armutsgefährdung und Benachteiligung in der Lebensführung gemeinsam betrachtet.

Das erste Maß (M) steht dafür, dass die Person sowohl der einkommensbezogenen Armutsgefährdung als auch der Benachteiligung in der Lebensführung ausgesetzt ist; dies könnte man auch als „manifesten“ oder „verstärkten“ Grad der Benachteiligung bezeichnen. Das zweite Maß (L) steht dafür, dass die Person wenigstens einem der beiden, d. h. entweder der einkommensbezogenen Armutsgefährdung oder der

Benachteiligung in der Lebensführung ausgesetzt ist; dies könnte man auch als „latenten“ oder „abgeschwächten“ Grad der Benachteiligung bezeichnen.

Sobald die Neigungen zur einkommensbezogenen Armutsgefährdung (P_i) und Benachteiligung in der Lebensführung (D_i) auf Personenebene definiert sind, erhält man auf direktem Wege die entsprechenden kombinierten Maße, die dann aggregiert werden können, um die relevanten Mittelwerte und Quoten für die Population zu errechnen.

Die Neigung zur manifesten Benachteiligung einer Person i ist die Schnittmenge (die kleinere) der beiden Maße P_i und D_i :

$$M_i = \min[P_i, D_i]$$

In vergleichbarer Weise ist die Neigung zur latenten Benachteiligung einer Person, i die Vereinigungsmenge (die größere) der beiden Maße P_i und D_i :

$$L_i = \max[P_i, D_i]$$

Auf der Längsschnittebene werden die Quoten der dauerhaften und akuten Benachteiligung für kombinierte Maße einer manifesten und latenten Benachteiligung auf genau die gleiche Weise berechnet wie für die Quoten der einkommensbezogenen Armutsgefährdung und Benachteiligung in der Lebensführung in vorhergehenden Abschnitten beschrieben.

Einzelheiten logistischer Regressionen

Für die Analyse des Übergangs in die Armutsgefährdung in Kapitel 5 wurden zwei logistische Regressionen durchgeführt. Bei beiden wurde die mediane Einkommenshöhe von 70 % verwendet, um die Armutsgefährdungsschwelle zu bestimmen, und bei einem kamen dynamische Kovariaten zur Anwendung.

Die Resultate der beiden logistischen Regressionsmodelle zeigen die Koeffizienten, Wahrscheinlichkeits- und Signifikanzniveaus für einseitige Interaktionen sowie für Übergänge. Diese Ergebnisse sind in den Tabellen A5.1 und A5.2 in Anhang 3 dargestellt.

Überblick über die ECHP-Methodik

Die in diesem Bericht präsentierten Informationen beruhen auf Ergebnissen, die im Rahmen des Europäischen Haushaltspanels (ECHP) ermittelt wurden. Indikatoren, die für einzelne Länder mittels anderer Datenquellen oder Methoden gebildet wurden, können sich von den in diesem Bericht vorgestellten Ergebnissen unterscheiden.

Das ECHP⁶⁶ ist eine Erhebung basierend auf einem **einheitlichen Fragebogen**, bei der jährlich eine repräsentative Stichprobe von Haushalten und Einzelpersonen in jedem EU-Mitgliedstaat befragt werden. Erfasst wird eine breite Palette von Themen, z. B. Einkommen (erworben; nicht erworben; soziale Transferleistungen), Gesundheit, Bildung, Wohnung, Demographie und Beschäftigung. Der Längsschnittcharakter des ECHP ermöglicht es, dieselben Haushalte über mehrere Jahre hintereinander weiterzuverfolgen und zu befragen.

In den jährlichen ECHP-Erhebungen werden mehr als 60 000 Haushalte (etwa 130 000 erwachsene Personen) in ganz Europa erfasst. Bei der Planung der ursprünglichen **Stichproben** wurde besonderer Wert auf nationale Repräsentativität gelegt. Die im Laufe der Zeit aufgetretenen Ausfallquoten hatten keine signifikanten Folgen für die Ergebnisse⁶⁷.

Da es schwierig ist, zuverlässige aktuelle Einkommensdaten zu erfassen, werden beim ECHP für die derzeitigen Haushaltsmitglieder Einkommensdaten aus dem Vorjahr erhoben (z. B. das Einkommen von 1996 für die Haushaltsmitglieder des Jahres 1997). Das **verfügbare Haushaltsgesamteinkommen** ist das gesamte monetäre Einkommen, das alle Haushaltsangehörigen bzw. der Haushalt insgesamt aus allen Quellen erhalten

⁽⁶⁶⁾ Siehe Eurostat (1996), European Community Household Panel: Methods Volume 1, *Detailed Tables*, Eurostat, Luxemburg.

⁽⁶⁷⁾ Siehe Eurostat (2002) PAN185/02: Sample attrition between Waves 1 and 4 in the European Community Household Panel (research undertaken by ESRI), *Arbeitsgruppeneokument*, Eurostat, Luxemburg.

und umfasst das Einkommen aus Erwerbstätigkeit (unselbständige und selbständige Erwerbstätigkeit), privates Einkommen aus Vermögen und Investitionen sowie alle unmittelbar empfangenen Sozialtransfers (einschließlich Altersrenten) abzüglich aller Steuern und entrichteten Sozialversicherungsbeiträge. Die UDB für jede Welle enthält eine vollständige Aufstellung von einkommensbezogenen und anderen Variablen⁶⁸.

Es findet ein längerer Prozess der bilateralen Datenvalidierung statt, an dessen Anfang die von den nationalen Datenerfassungsstellen angewandten Verfahren stehen und der auch Qualitätskontrollen von Eurostat einschließt. Am Ende dieses Prozesses werden die Daten zur Benutzung durch den Mitgliedstaat zugelassen.

Falls notwendig, werden fehlende Daten von Eurostat mittels vereinbarter Methoden **imputiert**⁶⁹. Gegebenenfalls gehört dazu auch eine Umwandlung von Netto- in Bruttoangaben und umgekehrt.

Die im Rahmen des ECHP gesammelten Daten werden von Eurostat mittels vereinbarter Methoden **gewichtet**⁷⁰, um dem anfänglichen Stichprobendesign, den Antwortquoten und der Populationsstruktur Rechnung zu tragen. Die Berechnung der Gewichte ist seit Anlauf des ECHP unverändert geblieben. Nach der Veröffentlichung der UDB-Version für die Welle 5 wurde jedoch offenbar, dass bestimmte extreme Gewichte existieren und im Zeitablauf noch zunehmen. Darum ist vereinbart worden, dass für die Welle 6 in der UDB Einkommengewichte mit einer überarbeiteten Methodik gebildet werden.

Um die unterschiedliche Größe und Zusammensetzung der Haushalte zu berücksichtigen, wird das Einkommen je „Erwachsenenäquivalent“ angegeben. Dazu wird das Haushaltsgesamteinkommen durch seine **Äquivalenzgröße** geteilt, die anhand der so genannten modifizierten OECD-Skala ermittelt wird. Nach dieser Skala erhält der Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1,0, jede weitere im Haushalt lebende Person über 14 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedes Kind bis 14 Jahre ein Gewicht von 0,3. Die sich daraus ergebenden Werte werden jedem Haushaltsmitglied zugewiesen. Die implizite Annahme der Aufteilung des Einkommens unter den Haushaltsmitgliedern kann insbesondere die Genauigkeit der Indikatoren – dargestellt mit einer Aufschlüsselung nach Geschlecht – beeinflussen.

In den einzelnen Tabellen bedeutet ein leeres Feld oder ein Eintrag „.“ bzw. „;“, dass für diesen Indikator/dieses Land keine Daten vorliegen. Damit wird anders verfahren als bei der üblichen Eurostat-Darstellung, bei der „:“ besagt, dass keine Daten verfügbar sind oder die Stichprobengröße unter 20 liegt. Ein Eintrag „u“ bedeutet, dass die Datenzuverlässigkeit niedrig ist (Stichprobengröße von 20 bis 49 oder 10-20 % fehlende Angaben). Ein Eintrag „s“ zeigt an, dass es sich um einen Schätzwert handelt.

EU-15-Werte werden als populationsgewichteter Durchschnitt der verfügbaren nationalen Werte errechnet. Länder, die das Gros der EU-Bevölkerung repräsentieren, haben Daten für die meisten Jahre gemeldet, und die EU-15-Werte dürften von nicht vorhandenen Daten für fehlende Länder kaum signifikant beeinträchtigt sein. Beim **Vereinigten Königreich** besteht ein Zeitreihenbruch zwischen 1996 und 1997. Bis 1996 stützte man sich bei den Berechnungen auf das ECHP. Seit 1997 wird das nationale Panel verwendet und in ECHP-Format umgewandelt. Die so konvertierten Daten haben vorläufigen Charakter.

Ab 1995 umfassen die Stichprobendaten für **Deutschland** auch die Zuwanderer. Dadurch sind die mit Daten für 1995 und die Folgejahre berechneten Indikatoren nicht mit denen für 1994 konsistent. Das nationale Panel wird in ECHP-Format umgewandelt. Die so konvertierten Daten tragen vorläufigen Charakter.

Bis zum Abschluss der Überprüfung von Informationen zu den Renten sollten die Daten zu **Belgien** als provisorisch betrachtet werden.

Für **Luxemburg** liegen Daten derzeit nur bis 1996 vor⁷¹.

Nach seinem EU-Beitritt hat **Österreich** Daten ab 1995 übermittelt. **Finnland** hat Daten ab 1996 geliefert, **Schweden** liefert Daten aus der nationalen Erhebung zu den Lebensbedingungen.

⁶⁸) Siehe Eurostat (2001) PAN166/2001-12: ECHP UDB Description of variables, *UDB-Dokument*, Eurostat, Luxemburg, sowie Eurostat (2001) PAN167/2001-12: ECHP UDB Construction of variables, *UDB-Dokument*, Eurostat, Luxemburg.

⁶⁹) Weitere Einzelheiten in Eurostat (2001) PAN164/2001-12: Imputation of income in the ECHP, *UDB-Dokument*, Eurostat, Luxemburg.

⁷⁰) Weitere Einzelheiten in Eurostat (2001) 'PAN165/2001-12: Construction of weights in the ECHP', *UDB-Dokument*, Eurostat, Luxemburg.

⁷¹) In der Datenbank der 6. Welle (Fassung vom Dezember 2002) liegen jetzt Daten zu Luxemburg vor.

Die Berichtigung des Einkommens aus Sozialtransfers ist im Falle Finnlands nur auf Bruttobasis möglich (ansonsten erfolgt sie auf Nettobasis). Dies hat zwangsläufig Folgen für die Genauigkeit bestimmter Indikatoren, die berechnet und in diesen Bericht aufgenommen wurden (siehe insbesondere Kapitel 8), aber nur bedingt vergleichbar sind. Bei ihrer Interpretation und den daraus gezogenen Schlussfolgerungen ist daher Vorsicht geboten.

Die Altersgruppe 18-24 umfasst viele **Studenten** im Vollzeitstudium, die in mehreren Mitgliedstaaten möglicherweise nicht im Haushalt ihrer Eltern leben, aber von diesen mit Sachleistungen unterstützt werden. Ein solches Einkommen ist nicht Teil des zur Ermittlung des verfügbaren Haushaltsgesamteinkommens verwendeten Einkommenskonzepts, was die Bewertung der zu diesem Maß berechneten Indikatoren beeinträchtigen kann.

Ohne einheitliche Festlegungen zur Messung der unterstellten Miete bei **selbstgenutztem Wohneigentum** ist diese nicht Teil des zur Ermittlung des verfügbaren Haushaltsgesamteinkommens verwendeten Einkommenskonzepts, was die Bewertung der auf diesem Maß basierenden Indikatoren beeinträchtigen kann.

Anhang 3: Tabellen

Liste der Tabellen in diesem Anhang

Nr.	Tabelle	Überschrift
1	A4.1	Werte des Parameters a für die einzelnen Länder in jeder Welle
2	A4.2	Armutgefährdungsquote nach individueller sozialer Stellung (60 % des Medians)
3	A4.3	Armutgefährdungsquote nach sozialer Stellung des Haushalts (60 % des Medians)
4	A4.4	Armutgefährdungsquote nach individueller sozialer Stellung (50 % des Medians)
5	A4.5	Armutgefährdungsquote nach sozialer Stellung des Haushalts (50 % des Medians)
6	A5.1	Logistisches Regressionsmodell zur Vorhersage des Zugangs zur Armutgefährdung bei Zugrundelegung der 70-%-Grenze des Medianeinkommens
7	A5.2	Logistisches Regressionsmodell zur Vorhersage des Abgangs aus der Armutgefährdung bei Zugrundelegung der 70-%-Grenze des Medianeinkommens
8	A6.1	Verteilung negativer Ergebnisse unter den Indikatoren der Lebensführung in den EU-Mitgliedstaaten, 1997
9	A6.2	Gewichte der 24 Indikatoren der Lebensführung in den EU-Ländern, 1997
10	A6.3	Gewichte der 5 Dimensionen der Lebensführung in den EU-Ländern, 1997
11	A7.1a	Quoten der dauerhaften Armutgefährdung und Benachteiligung bei der 60-%-Grenze (Schaubild 7.9)
12	A7.1b	Quoten der dauerhaften Armutgefährdung und Benachteiligung bei der 60-%-Grenze (alte Definition)
13	A7.2a	Dauerhafte Benachteiligung und dauerhafte Armutgefährdung bei der 60-%-Grenze, nach Land (Schaubild 7.10)
14	A7.2b	Dauerhafte Benachteiligung und dauerhafte Armutgefährdung bei der 60-%-Grenze, nach Land (alte Definition)
15	A7.3a	Anteil der bei dauerhafter Armutgefährdung oder dauerhafter Benachteiligung mit wirtschaftlichen Belastungen Konfrontierten, nach Land bei der 60-%-Grenze (Schaubild 7.15)
16	A7.3b	Anteil der bei dauerhafter Armutgefährdung oder dauerhafter Benachteiligung mit wirtschaftlichen Belastungen Konfrontierten, nach Land bei der 60-%-Grenze (alte Definition)
17	A7.4a	Ausmaß der wirtschaftlichen Belastungen bei dauerhafter Armutgefährdung, nach dauerhafter Benachteiligung (Schaubild 7.16)
18	A7.4b	Ausmaß der wirtschaftlichen Belastungen bei dauerhafter Armutgefährdung, nach dauerhafter Benachteiligung (alte Definition)
19	A8.1	Anzahl der Transferempfänger (Einzelpersonen, ungewichtet) und Stichprobengröße, 1997

Tabelle A4.1. Werte des Parameters α für die einzelnen Länder in jeder Welle

Land	1994		1995		1996		1997	
	HCR	α	HCR	α	HCR	α	HCR	α
B	17	2,5	18	2,5	17	2,4	15	2,5
DK	10	2,0	12	1,9	10	2,0	8	2,0
D	17	2,6	17	2,5	16	2,3	15	2,2
EL	23	2,6	22	2,4	21	2,4	23	2,3
E	20	2,4	20	2,4	19	2,7	20	2,6
F	16	2,4	16	2,1	17	2,0	16	2,1
IRL	18	2,2	19	2,1	19	2,1	20	2,0
I	21	2,5	20	2,4	19	2,4	19	2,5
L	16	2,3	12	2,3	12	2,2		
NL	10	2,5	11	2,7	12	2,7	11	2,3
A			13	2,2	14	2,1	13	2,1
P	23	2,7	23	2,5	22	2,5	24	2,3
FIN					8	2,0	8	2,1
S							9	2,2
UK	20	2,2	21	2,2	20	2,2	22	2,2

Tabelle A4.2. Armutsgefährdungsquote nach individueller sozialer Stellung (60% des Medians)

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	Durchschnitt	
Geschlecht																	
Männer		13	7	13	22	19	16	19	18	12	10	11	22	8	9	19	15
Frauen		17	8	16	23	20	17	21	19	12	11	14	26	8	9	24	16
Alter																	
<18		17	3	24	21	25	20	27	22	18	15	15	30	6	9	30	19
18-24		21	17	15	22	22	26	18	26	15	27	11	18	21	29	27	21
25-34		7	7	12	17	17	12	10	18	9	11	10	16	8	11	16	12
35-44		10	2	11	15	19	11	18	17	9	8	10	19	6	7	15	12
45-54		15	3	8	19	18	12	17	17	10	6	9	18	6	5	11	12
55-64		14	6	15	26	18	16	14	17	11	6	11	23	5	4	13	13
>=65		21	22	14	36	15	18	23	15	9	4	22	37	8	6	31	19
Staatsangehörigkeit																	
EU-Staatsangehörige		13	9	11	23	18	14	16	17	10	9	12	22	8	9	19	14
Drittstaatsangehörige		33	4	23	(26)	(35)	55	, (7)	20	(28)	25	, 31	28	36		28	
Bildungsstand																	
hoch		6	3	5	5	7	5	2	4	3	3	7	1	4	12	11	5
mittel		9	9	11	12	11	10	9	10	5	9	9	11	10	8	17	10
niedrig		21	15	17	33	22	21	24	21	13	12	20	25	10	9	26	19
Soziale Schicht																	
niemals erwerbstätig		33	23	29	26	28	29	31	30	17	25	27	35	23	, 50	29	
Führungskräfte und Geschäftsinhaber		3	1	, 4	3	4	1	4	, 1	2	2	1	, 1	2		2	
Angestellte		4	6	5	3	4	4	5	3	3	6	5	4	6	, 10	5	
Selbständige mit Beschäftigten		13	11	, 12	15	23	11	18	13	26	17	15	8	8	12	14	
Selbständige ohne Beschäftigte		15	7	9	20	26	22	18	28	, 14	22	29	13	30	22	20	
Landwirte und Kleinbauern		(45)	28	, 51	30	26	14	29	, 19	30	50	14	44	, 30			
manuell Tätige		13	6	11	20	18	14	19	15	13	11	10	18	9	30	22	15
Individuelle Beschäftigungssituation																	
>= 6 Monate arbeitslos		32	1	40	37	38	42	46	51	, , 38	35	17	, 54	36			
<6 Monate arbeitslos		16	12	17	22	19	25	14	21	, 19	11	22	17	21	29	19	
erfahrene Arbeitslosigkeit in den letzten 12 Monaten		19	5	23	35	28	22	27	33	, , 11	24	8	, 31	22			
erfahrene Arbeitslosigkeit in den letzten 5 Jahren		5	5	8	12	14	12	8	13	13	9	9	16	4	7	8	9
niemals arbeitslos		4	3	5	14	9	6	6	10	6	4	7	16	3	5	7	7
nicht erwerbstätig		20	19	17	30	19	21	23	18	13	12	18	32	12	14	31	20
Nationaler Durchschnitt (= 100)		15	8	15	23	20	16	20	19	12	11	13	24	8	9	22	15

Tabelle A4.3. Armutsgefährdungsquote nach sozialer Stellung des Haushalts (60% des Medians)

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	Durchschnitt
Einpersonenhaushalte																
Männer unter 30	,	41	34	,	,	27	,	,	,	54	29	,	47	38	46	39
Männer zwischen 30 und 64	11	8	16	6	15	13	33	14	6	3	16	25	13	11	9	13
Männer ab 65	19	24	11	19	5	22	34	16	,	2	10	42	9	9	40	19
Frauen unter 30	,	56	36	,	,	38	,	,	,	58	(24)	,	42	47	44	46
Frauen zwischen 30 und 64	19	11	22	23	15	11	27	19	17	7	22	33	10	8	26	18
Frauen ab 65	25	27	27	41	9	28	66	24	15	5	36	53	19	10	52	29
Erwachsene ohne Kinder																
2 Erwachsene, mindestens ein	20	17	8	36	18	14	8	13	9	4	18	39	3	4	19	15
2 Erwachsene <65	9	2	8	17	15	10	8	10	8	6	5	21	7	5	7	9
> 2 Erwachsene	6	3	5	16	13	10	3	14	2	5	6	14	6		7	8
Haushalte mit Kindern																
allein Erziehende mit 1+ Kind	30	9	47	24	30	33	41	25	26	44	28	40	9	12	66	31
2 Erwachsene + 1 Kind	6	0	8	13	15	8	14	14	8	7	11	12	4	5	13	9
2 Erwachsene + 2 Kinder	12	3	11	14	21	9	12	20	9	7	8	13	4	5	17	11
2 Erwachsene + 3+ Kinder	20	6	55	26	33	31	37	30	22	18	24	58	8	11	36	28
> 2 Erwachsene mit Kindern	23	0	10	37	25	31	19	28	17	16	12	28	4		16	19
Bildungsstand des Haushalts																
bei allen Erwachsenen hoch	11	5	24	4	4	8	5	21	5	6	12	5	4	12	15	9
bei mindestens einem Erwachsene	6	2	4	9	9	8	3	5	4	2	5	1	4	6	12	5
bei allen Erwachsenen mittel	11	10	14	11	9	10	13	10	5	12	10	8	12	8	32	12
bei mindestens einem Erwachsene	11	6	7	24	17	14	14	16	6	11	12	21	6	5	16	12
bei allen Erwachsenen niedrig	29	19	29	38	28	31	37	26	21	18	29	28	12	13	36	26
Erwerbsintensität des Haushalts																
keine	39	14	40	36	44	44	64	31	31	,	31	47	19	,	50	38
<25%	43	21	46	45	33	41	33	64	(73)	,	32	36	17	,	73	40
25-50%	9	17	27	38	24	30	20	27	7	,	17	30	13	,	41	23
50-75%	8	4	16	17	15	17	11	15	10	,	9	26	4	,	18	13
75-100%	2	0	5	13	6	14	4	9	,	,	8	7	3	,	10	7
volle	3	3	4	12	5	4	3	5	7	,	7	16	3	,	7	6
Nationaler Durchschnitt (= 100)	15	8	15	23	20	16	20	19	12	11	13	24	8	9	22	15

Tabelle A4.4. Armutsgefährdungsquote nach individueller sozialer Stellung (50% des Medians)

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	Durchschnitt
Geschlecht																
Männer	9	4	6	16	13	9	9	13	5	6	7	14	3	5	14	9
Frauen	11	4	9	17	14	10	9	13	6	7	8	16	3	4	17	10
Alter																
<18	12	2	8	16	19	12	14	16	9	8	9	19	2	4	23	11
18-24	17	11	11	15	16	18	8	19	9	19	9	11	12	21	23	15
25-34	5	5	7	13	12	6	6	14	4	6	5	8	4	7	11	7
35-44	7	2	5	11	15	6	10	13	4	5	6	13	3	4	12	8
45-54	10	1	5	14	13	7	7	11	5	4	6	12	2	3	9	7
55-64	9	4	10	19	12	8	6	11	5	4	7	17	2	2	10	8
>=65	11	6	8	27	6	11	5	9	5	2	11	23	2	1	19	10
Staatsangehörigkeit																
EU-Staatsangehörige	8	5	7	17	12	8	7	12	5	5	7	14	4	5	13	9
Drittstaatsangehörige	24	2	12	(26)	(34)	37	,	(7)	11	(25)	12	,	11	14	28	17
Bildungsstand																
hoch	4	2	3	3	4	3	1	4	1	2	3	1	2	9	8	3
mittel	6	6	7	9	8	5	4	7	3	6	6	6	5	4	12	6
niedrig	12	5	11	24	15	12	10	14	6	7	12	16	3	4	18	11
Soziale Schicht																
niemals erwerbstätig	20	13	18	17	17	18	13	21	9	18	17	24	11		41	18
Führungskräfte und Geschäftsinhaber	2	1	,	1	3	4	1	3	,	0	1	1	1	4	1	2
Angestellte	3	3	4	2	3	3	2	2	2	4	3	2	2	,	6	3
Selbständige mit Beschäftigten	11	7	,	7	12	13	4	14	9	6	12	9	3	5	9	9
Selbständige ohne Beschäftigte	7	5	7	14	22	13	10	22	,	9	8	14	7	22	17	12
Landwirte und Kleinbauern	(39)	23	,	42	22	16	5	22	,	12	23	38	5	35	,	22
manuell Tätige	8	3	5	15	12	7	9	10	5	6	6	10	5	23	15	9
Individuelle Beschäftigungssituation																
>= 6 Monate arbeitslos	24	0	27	32	27	32	27	42	,	,	25	31	7	,	42	26
<6 Monate arbeitslos	10	8	10	16	12	13	2	18	,	10	8	11	9	10	21	11
erfahrene Arbeitslosigkeit in den letzten 12 Monaten	16	4	10	30	21	13	13	27	,	,	8	12	5	,	26	15
erfahrene Arbeitslosigkeit in den letzten 5 Jahren	2	3	4	6	10	3	1	8	8	4	4	8	2	4	5	5
niemals arbeitslos	2	2	3	10	7	3	3	7	3	2	4	10	2	3	5	4
nicht erwerbstätig	12	8	10	22	11	12	9	12	6	8	10	21	4	8	21	12
Nationaler Durchschnitt (= 100)	10	4	8	17	14	10	9	13	6	6	8	15	3	5	16	9

Tabelle A4.5. Armutsgefährdungsquote nach sozialer Stellung des Haushalts (50% des Medians)

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	Durchschnitt
Einpersonenhaushalte																
Männer unter 30	,	36	23	,	,	22	,	,	,	41	17	,	30	31	38	30
Männer zwischen 30 und 64	6	5	9	6	12	9	21	12	2	1	7	24	7	9	6	9
Männer ab 65	10	8	3	18	1	14	3	4	,	2	2	33		1	26	10
Frauen unter 30	,	44	30	,	,	30	,	,	,	37	(20)	,	32	40	35	35
Frauen zwischen 30 und 64	14	7	13	14	11	4	7	13	12	4	14	28	4	3	19	11
Frauen ab 65	12	8	17	32	6	17	14	11	9	4	16	42	3	2	36	15
Erwachsene ohne Kinder																
2 Erwachsene, mindestens ein	9	4	4	26	4	8	4	9	4	2	11	21	1	1	10	8
2 Erwachsene <65	7	1	5	12	11	6	4	8	4	4	4	17	2	3	6	6
> 2 Erwachsene	4	0	3	11	8	7	1	10		4	4	10	2		6	5
Haushalte mit Kindern																
allein Erziehende mit 1+ Kind	14	3	38	19	24	22	34	20	24	23	17	29	4	5	56	22
2 Erwachsene + 1 Kind	4	0	6	8	11	4	4	10	1	4	6	8	1	2	9	5
2 Erwachsene + 2 Kinder	9	2	7	10	15	4	7	14	4	4	3	11	2	2	13	7
2 Erwachsene + 3+ Kinder	17	2	10	16	25	22	21	18	12	8	16	44	1	4	25	16
> 2 Erwachsene mit Kindern	19		2	30	19	16	6	21	6	11	8	13	2		13	13
Bildungsstand des Haushalts																
bei allen Erwachsenen hoch	8	2	8	3	3	6	3	14	4	4	3	5	2	9	11	6
bei mindestens einem Erwachsene	4	1	3	5	6	2	2	4		2	3	0	0	2	8	3
bei allen Erwachsenen mittel	7	7	9	8	7	6	7	7	3	7	6	6	6	4	26	8
bei mindestens einem Erwachsene	6	2	3	18	12	7	5	11	5	6	8	6	3	2	10	7
bei allen Erwachsenen niedrig	19	7	17	28	19	20	18	18	9	10	16	19	4	6	27	16
Erwerbsintensität des Haushalts																
keine	29	10	32	24	33	32	42	23	15		22	34	7		43	27
<25%	32	17	28	39	23	36	14	55	(49)		12	32	10		67	30
25-50%	7	7	9	32	17	17	8	20	5		9	15	6		35	14
50-75%	4	4	4	11	11	8	3	9	4		5	15	1		10	7
75-100%	1	0	3	11	5	3	2	6			6	6	2		8	4
volle	2	1	2	9	4	2	1	4	3		5	11	2		5	4
Nationaler Durchschnitt (= 100)	10	4	8	17	14	10	9	13	6	6	8	15	3	5	16	9

Tabelle A5.1. Logistisches Regressionsmodell zur Vorhersage des Zugangs zur Armutsgefährdung bei Zugrundelegung der 70%-Grenze des Medianeinkommens (n=195.871)

Variable	B	Wahrscheinlichkeitsquotient	Signifikanz
Land			
NL	0,56	1,75	***
B	0,66	1,93	***
L	0,51	1,67	***
F	0,66	1,93	***
IRE	0,61	1,84	***
I	1,19	3,29	***
EL	1,23	3,42	***
E	1,01	2,74	***
P	0,84	2,32	***
A	0,78	2,18	***
D	0,43	1,54	***
UK	0,85	2,34	***
Jahr			
Jahr	0,03	1	n.s
Geschlecht (Bezugsgruppe: Männer)*			
Frauen	0,10	1,10	***
Altersgruppe (Bezugsgruppe: 45-54)*			
17-24	0,66	1,93	***
25-34	-0,04	1	n.s
35-44	-0,10	0,90	**
55-64	0,12	1,13	***
65+	0,48	1,62	***
Erwerbsstatus (Bezugsgruppe: Erwerbstätige)*			
Arbeitslos	0,81	2,24	***
Nicht erwerbstätig	0,33	1,39	***
Haushaltsgröße			
Anzahl Erwachsene	0,00	1	n.s
Anzahl Kinder	0,33	1,39	***
Veränderung der Haushaltsgröße			
Veränderung bei Anzahl Erwachsene	0,11	1,12	***
Veränderung bei Anzahl Kinder	0,09	1,09	**
Veränderung des Erwerbsstatus			
Erwerbst. - arbeitsl.	1,20	3,32	***
Erwerbst. - nicht erwerbst.	0,56	1,74	***
Arbeitsl. - nicht erwerbst./ nicht erwerbst. - arbeitsl.	0,35	1,42	***
Nicht erwerbst. / arbeitsl. - erwerbst.	0,05	1,00	n.s
Veränderung der Abhängigkeit von Sozialhilfe			
Beide abhängig	1,17	3,21	***
In die Abhängigkeit	2,03	7,63	***
Aus der Abhängigkeit	0,91	2,49	***
Konstant	-1,81		***

* Haushaltsvorstand

Signifikanz: >=0.05 n.s, <0.001***, <0.01**, <0.05 *

 Mc Faddens R² = 0.080, df = 32

Tabelle A5.2. Logistisches Regressionsmodell zur Vorhersage des Abgangs aus der Armutsgefährdung bei Zugrundelegung der 70%-Grenze des Medianeinkommens (n=65.520)

Variable	B	Wahrscheinlichkeitsquotient	Signifikanz
Land			
NL	-0.25	0.78	***
B	-0.35	0.70	***
L	-0.73	0.48	***
F	-0.80	0.45	***
IRE	-0.54	0.58	***
I	-0.88	0.42	***
EL	-0.98	0.38	***
E	-0.55	0.58	***
P	-1.12	0.33	***
A	-0.56	0.57	***
D	-0.65	0.52	***
UK	-0.54	0.58	***
Jahr			
Jahr	-0.13	0.88	***
Geschlecht (Bezugsgruppe: Männer)*			
Frauen	-0.05	1	n.s.
Altersgruppe (Bezugsgruppe: 45-54)*			
17-24	-0.04	1.00	n.s.
25-34	0.20	1.22	***
35-44	0.07	1.07	**
55-64	-0.07	1.00	n.s.
65+	-0.61	0.54	***
Erwerbsstatus (Bezugsgruppe: Erwerbstätige)*			
Arbeitslos	-0.58	0.56	***
Nicht erwerbstätig	-0.52	0.59	***
Haushaltsgröße			
Anzahl Erwachsene	0.06	1.06	***
Anzahl Kinder	-0.25	0.78	***
Veränderung der Haushaltsgröße			
Veränderung bei Anzahl Erwachsene	0.03	1	n.s.
Veränderung bei Anzahl Kinder	-0.12	0.88	***
Veränderung des Erwerbsstatus			
Erwerbst. - arbeitsl.	-0.51	0.60	***
Erwerbst. - nicht erwerbst.	-0.22	0.80	***
Arbeitsl. - nicht erwerbst./ nicht erwerbst. - arbeitsl.	0.19	1.21	**
Nicht erwerbst. / arbeitsl. - erwerbst.	0.40	1.49	***
Veränderung der Abhängigkeit von Sozialhilfe			
Beide abhängig	-1.23	0.29	***
In die Abhängigkeit	-0.69	0.50	***
Aus der Abhängigkeit	0.49	1.64	***
Konstant	-0.48	0.62	***

* Haushaltsvorstand

Signifikanz: >=0.05 n.s., <0.001***, <0.01**, <0.05 *

Mc Faddens R² = 0.074, df = 32

Tabelle A6.1. Verteilung negativer Ergebnisse unter den Indikatoren der Lebensführung in den EU-Mitgliedstaaten, 1997

	B	DK	D*	EL	E	F	IRL	I	L*	NL	A	P	FIN	S	UK*
BESITZ VON:															
Pkw oder Lieferwagen (zur privaten Nutzung)	7	10	10	18	14	4	14	3	3	5	6	23	7		10
Farbfernsehgerät	1	0	0	2	0	1	1	1	0	0	1	5	1		1
Videorekorder	4	2	7	19	12	6	7	8	4	3	7	28	5		3
Mikrowellengerät	6	5	8	25	19	6	11	11	5	3	8	43	4		3
Geschirrspülmaschine	11	7	14	38	29	11	25	19	6	4	17	48	8		16
Telefon	1	1	1	3	6	1	9	3	0	0	2	15	2		4
HABEN SIE IN IHRER WOHNUNG:															
Ein Badezimmer mit einer Baderwanne oder einer Dusche?	2	1	1	3	1	2	2	1	1	1	2	10	2	1	0
Ein WC?	2	0	1	4	1	2	1	1	1	0	3	9	2		0
Fließend Warmwasser?	2	0	3	71	2	1	2	2	2	0	1	15	2		0
Lärm von Nachbarn oder anderen Lärmquellen auf der Straße?	26	16	36	23	33	25	15	37	20	32	24	24	24		27
Platzmangel?	14	15	13	29	27	15	19	20	9	11	15	33	18		22
Nicht genügend Tageslicht?	8	3	5	9	17	9	4	11	5	5	6	19	6		8
Ein undichtes Dach?	5	3	3	14	11	4	4	5	4	3	4	17	3		3
Feuchte Wände, feuchte Fußböden, ein feuchtes Fundament etc.?	12	5	7	16	23	16	10	4	8	10	10	37	4		18
Fäulnis in den Fensterrahmen oder in den Fußböden?	7	4	4	7	6	11	8	5	4	9	5	29	3		10
Verschmutzung, Ruß oder andere Umweltprobleme...?	12	8	13	17	13	16	9	23	13	12	7	19	18		13
Vandalismus oder Kriminalität in der Umgebung?	18	10	11	10	19	21	15	20	11	19	6	21	19	11	25
KANN SICH IHR HAUSHALT LEISTEN:															
Die Wohnung angemessen warm zu halten?	3	2	1	40	50	6	7	19	3	2	2	65	5		7
Mindestens für eine Woche pro Jahr Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen?	21	14	14	54	49	32	36	39	18	12	23	64	44		34
Alte, abgewohnte Möbel durch neue zu ersetzen?	27	20	24	82	54	34	22	62	18	18	41	73	41		34
Sich neue, qualitativ gute Kleidung zu kaufen, statt Secondhand- oder Billigware?	7	3	14	30	10	9	8	15	6	11	9	41	16		12
Mindestens jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch zu essen, wenn er dies wünscht?	3	1	4	30	2	4	3	6	4	2	6	7	7		6
Mindestens einmal pro Monat Freunde oder Verwandte auf einen Drink oder zu einem Essen einzuladen?	10	4	12	43	12	11	13	17	7	7	11	19	16		11
WAR IHR HAUSHALT IN DEN LETZTEN ZWÖLF MONATEN IN ZAHLUNGSRÜCKSTAND BEI:															
Miete für die Wohnung?	3	1	2	6	1	5	5	2	1	2	1	3	7	4	5
Rechnungen von Versorgungsunternehmen (Strom, Wasser, Gas etc.)?	6	2	2	30	5	9	8	5	4	2	1	3	11		8
Ratenzahlungen oder Tilgung von anderen Darlehen?	3	2	1	2	5	3	4	2	2	1	1	2	5		3

Quelle: ECHP.

* Die Daten für Deutschland, Luxemburg und Vereinigtes Königreich betreffen das Jahr 1996.

Tabelle A6.2. Gewichte der 24 Indikatoren der Lebensführung in den EU-Ländern, 1997

	B	DK	D*	EL	E	F	IT	IRL	L*	NL	A	P	FIN	UK*
D1: KANN SICH IHR HAUSHALT LEISTEN:														
Die Wohnung angemessen warm zu halten?	0.16	0.16	0.19	0.15	0.09	0.18	0.14	0.17	0.15	0.18	0.20	0.05	0.30	0.19
Mindestens für eine Woche pro Jahr Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen?	0.12	0.11	0.12	0.11	0.08	0.11	0.10	0.11	0.12	0.11	0.10	0.05	0.11	0.10
Alte, abgewohnte Möbel durch neue zu ersetzen?	0.11	0.10	0.10	0.05	0.08	0.10	0.07	0.11	0.12	0.11	0.09	0.04	0.11	0.10
Sich neue, qualitativ gute Kleidung zu kaufen, statt Secondhand- oder Billigware?	0.13	0.13	0.11	0.17	0.17	0.14	0.14	0.14	0.13	0.11	0.12	0.10	0.15	0.14
Mindestens jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch zu essen, wenn er dies wünscht?	0.17	0.17	0.15	0.18	0.22	0.17	0.18	0.18	0.13	0.17	0.14	0.25	0.19	0.16
Mindestens einmal pro Monat Freunde oder Verwandte auf einen Drink oder zu einem Essen einzuladen?	0.13	0.13	0.12	0.14	0.15	0.14	0.14	0.15	0.13	0.13	0.12	0.16	0.15	0.14
War Ihr Haushalt in Zahlungsrückstand bei Miete, Rechnungen von Versorgungsunternehmen oder Ratenzahlungen?	0.17	0.21	0.21	0.20	0.21	0.16	0.23	0.15	0.23	0.19	0.24	0.34		0.16
	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00
D2: BESITZ VON:														
Pkw oder Lieferwagen (zur privaten Nutzung)	0.15	0.15	0.15	0.16	0.18	0.18	0.19	0.14	0.17	0.15	0.18	0.16	0.17	0.17
Farbfemsehgerät	0.22	0.18	0.22	0.23	0.27	0.20	0.19	0.26	0.20	0.19	0.19	0.27	0.16	0.15
Videorekorder	0.14	0.15	0.14	0.13	0.14	0.15	0.14	0.16	0.12	0.15	0.15	0.14	0.14	0.16
Mikrowellengerät	0.15	0.16	0.14	0.14	0.12	0.14	0.15	0.14	0.11	0.14	0.15	0.12	0.16	0.17
Geschirrspülmaschine	0.16	0.17	0.13	0.11	0.11	0.15	0.14	0.14	0.13	0.17	0.19	0.19	0.18	0.16
Telefon	0.17	0.19	0.22	0.22	0.18	0.20	0.19	0.15	0.27	0.19	0.19	0.19	0.18	0.16
	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00
D3: HABEN SIE IN IHRER WOHNUNG:														
Ein Badezimmer mit einer Badewanne oder einer Dusche?	0.32	0.32	0.31	0.41	0.32	0.31	0.31	0.32	0.30	0.34	0.31	0.33	0.35	0.31
Ein WC?	0.36	0.33	0.33	0.41	0.35	0.35	0.34	0.33	0.38	0.34	0.34	0.34	0.32	0.30
Fließend Warmwasser?	0.32	0.36	0.36	0.18	0.33	0.34	0.35	0.35	0.32	0.32	0.34	0.33	0.33	0.39
	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00
D4: EIN UNDICHTES DACH:														
Feuchte Wände, feuchte Fußböden, ein feuchtes Fundament etc.?	0.31	0.32	0.32	0.30	0.29	0.30	0.33	0.30	0.33	0.32	0.31	0.29	0.31	0.31
Fäulnis in den Fensterrahmen oder in den Fußböden?	0.33	0.32	0.34	0.39	0.38	0.33	0.35	0.33	0.33	0.32	0.33	0.33	0.32	0.32
	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00
D5: LÄRM VON NACHBARN ODER ANDEREN LÄRMQUELLEN														
AUF DER STRASSE?														
Platzmangel?	0.16	0.16	0.14	0.17	0.15	0.16	0.15	0.17	0.17	0.14	0.17	0.18	0.16	0.16
Nicht genügend Tageslicht?	0.21	0.19	0.21	0.19	0.21	0.22	0.22	0.22	0.18	0.21	0.20	0.19	0.21	0.19
Verschmutzung, Ruß oder andere Umweltprobleme ...?	0.23	0.24	0.24	0.25	0.24	0.25	0.26	0.23	0.22	0.26	0.22	0.22	0.26	0.24
Vandalismus oder Kriminalität in der Umgebung?	0.21	0.19	0.19	0.19	0.20	0.19	0.18	0.19	0.18	0.20	0.21	0.20	0.18	0.22
	0.19	0.21	0.22	0.21	0.20	0.18	0.20	0.19	0.24	0.19	0.20	0.21	0.19	0.18
	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00

Quelle: ECHP.

* Die Daten für Deutschland, Luxemburg und Vereinigtes Königreich betreffen das Jahr 1996.

Tabelle A6.3. Gewichte der 5 Dimensionen der Lebensführung in den EU-Ländern, 1997

	B	DK	D*	EL	E	F	IT	IRL	L*	NL	A	P	FIN	UK*
D1	0,20	0,23	0,21	0,09	0,19	0,19	0,16	0,21	0,15	0,17	0,21	0,17	0,18	0,16
D2	0,26	0,29	0,25	0,32	0,24	0,28	0,33	0,29	0,32	0,34	0,28	0,23	0,30	0,26
D3	0,15	0,12	0,18	0,13	0,19	0,15	0,16	0,13	0,18	0,11	0,14	0,15	0,13	0,20
D4	0,17	0,14	0,17	0,16	0,15	0,16	0,16	0,15	0,14	0,16	0,15	0,13	0,17	0,18
D5	0,22	0,22	0,20	0,29	0,23	0,22	0,19	0,21	0,22	0,22	0,22	0,33	0,23	0,21
	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1

Quelle: ECHP.

* Die Daten für Deutschland, Luxemburg und Vereinigtes Königreich betreffen das Jahr 1996.

Tabelle A7.1a Quoten der dauerhaften Armutsgefährdung und Benachteiligung bei der 60%-Grenze (Schaubild 7.9)

	% dauerhaft Armutsgefährdete	% Benachteiligte
B	11	8
DK	4	2
D	10	10
EL	15	8
E	11	10
F	10	7
IRL	13	10
I	10	7
L	8	9
NL	6	5
A	9	8
P	16	12
UK	13	15

Definition für dauerhafte Armutsgefährdung/Benachteiligung: Armutsgefährdung/Benachteiligung in der letzten Welle und in 2 der vorhergehenden 3 Erhebungsjahre, A, L, D, UK: letzte Welle und 1 der vorhergehenden 2 Jahre

Tabelle A7.1b Quoten der dauerhaften Armutsgefährdung und Benachteiligung bei der 60%-Grenze (alte Definition)

	% dauerhaft Armutsgefährdete	% Benachteiligte
B	13	8
DK	5	2
D	13	13
EL	16	8
E	13	10
F	12	7
IRL	16	10
I	12	7
L	10	11
NL	8	5
A	11	8
P	18	12
UK	16	19

Definition für dauerhafte Armutsgefährdung/Benachteiligung: Armutsgefährdung/Benachteiligung in 3 von 4 Erhebungsjahren, A, L, D, UK: in 2 von 3 Jahren.

Tabelle A7.2a Dauerhafte Benachteiligung und dauerhafte Armutsgefährdung bei der 60%-Grenze, nach Land (Schaubild 7.10)

	% Überlappung
B	39
DK	5
D	38
EL	26
E	32
F	32
IRL	36
I	31
L	38
NL	27
A	22
P	35
UK	44

Definition für dauerhafte Armutsgefährdung/Benachteiligung: Armutsgefährdung/Benachteiligung in der letzten Welle und in 2 der vorhergehenden 3 Erhebungsjahre, A, L, D, UK: letzte Welle und 1 der vorhergehenden 2 Jahre

Tabelle A7.2b Dauerhafte Benachteiligung und dauerhafte Armutsgefährdung bei der 60%-Grenze, nach Land (alte Definition)

	% Überlappung
B	35
DK	5
D	42
EL	26
E	34
F	29
IRL	33
I	31
L	41
NL	27
A	22
P	34
UK	50

Definition für dauerhafte Armutsgefährdung/Benachteiligung: Armutsgefährdung/Benachteiligung in 3 von 4 Erhebungsjahren, A, L, D, UK: in 2 von 3 Jahren.

Tabelle A7.3a Anteil der bei dauerhafter Armutsgefährdung oder dauerhafter Benachteiligung mit wirtschaftlichen Belastungen Konfrontierten, nach Land bei der 60%-Grenze (Schaubild 7.15)

	% dauerhafte Armutsgefährdung	% dauerhafte Benachteiligung
B	31	54
DK	27	72
D	22	37
EL	88	93
E	69	63
F	44	72
IRL	61	75
I	49	65
L	34	49
NL	39	68
A	39	59
P	70	82
UK	39	67

Definition für dauerhafte Armutsgefährdung/Benachteiligung: Armutsgefährdung/Benachteiligung in der letzten Welle und in 2 der vorhergehenden 3 Erhebungsjahre, A, L, D, UK: letzte Welle und 1 der vorhergehenden 2 Jahre

Tabelle A7.3b Anteil der bei dauerhafter Armutsgefährdung oder dauerhafter Benachteiligung mit wirtschaftlichen Belastungen Konfrontierten, nach Land bei der 60%-Grenze (alte Definition)

	% dauerhafte Armutsgefährdung	% dauerhafte Benachteiligung
B	30	54
DK	24	72
D	19	32
EL	87	93
E	68	63
F	41	72
IRL	58	75
I	48	65
L	29	42
NL	37	68
A	39	59
P	68	82
UK	36	60

Definition für dauerhafte Armutsgefährdung/Benachteiligung: Armutsgefährdung/Benachteiligung in 3 von 4 Erhebungsjahren, A, L, D, UK: in 2 von 3 Jahren.

Tabelle A7.4a Ausmaß der wirtschaftlichen Belastungen bei dauerhafter Armutsgefährdung nach dauerhafter Benachteiligung (Schaubild 7.16)

	% nicht dauerhaft Benachteiligte	% dauerhaft Benachteiligte
B	26	39
DK	25	50
D	6	47
EL	84	99
E	59	91
F	31	74
IRL	49	84
I	37	75
L	27	47
NL	29	67
A	32	65
P	59	89
UK	19	63

Definition für dauerhafte Armutsgefährdung/Benachteiligung: Armutsgefährdung/Benachteiligung in der letzten Welle und in 2 der vorhergehenden 3 Erhebungsjahre, A, L, D, UK: letzte Welle und 1 der vorhergehenden 2 Jahre

Tabelle A7.4b Ausmaß der wirtschaftlichen Belastungen bei dauerhafter Armutsgefährdung nach dauerhafter Benachteiligung (alte Definition)

	% nicht dauerhaft Benachteiligte	% dauerhaft Benachteiligte
B	25	40
DK	23	50
D	6	37
EL	83	98
E	59	85
F	28	74
IRL	47	81
I	36	76
L	20	43
NL	27	64
A	32	63
P	57	89
UK	17	56

Definition für dauerhafte Armutsgefährdung/Benachteiligung: Armutsgefährdung/Benachteiligung in 3 von 4 Erhebungsjahren, A, L, D, UK: in 2 von 3 Jahren.

Tabelle A8.1. Anzahl der Transferempfänger (Einzelpersonen, ungewichtet) und Stichprobengröße 1997

	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	EU
Stichprobengröße	7,820	6,167	15,688	13,328	17,838	15,632	9,711	19,834	2,572	12,474	8,683	14,350	10,853	12,552	12,148	177,078
Alle Sozialtransfers	6,870	5,195	13,158	6,954	10,432	12,466	8,566	9,771	2,239	10,120	7,633	12,517	10,081	10,982	9,713	134,458
Renten	1,831	1,097	3,284	5,468	6,278	3,794	2,238	7,351	631	2,122	3,144	5,644	3,650	3,400	2,854	52,155
Sonstige Transfers	5,579	4,575	10,921	2,640	5,921	9,961	7,732	3,909	1,838	8,456	6,232	9,252	9,226	9,185	8,051	101,640
Arbeitslosenunterstützung	1,697	1,295	2,985	762	2,796	2,434	2,482	972	71	1,246	1,167	951	3,850	2,989	686	26,312
Familienleistungen	4,773	3,104	9,295	1,348	670	6,832	6,352	1,156	1,674	6,687	5,351	7,781	6,301	6,523	6,182	72,355
Erwerbsunfähigkeit	914	652	628	523	2,191	1,642	957	1,655	249	1,288	847	1,671	2,819	2,801	1,753	20,341
Ausbildungsbeihilfen	431	775	314	22	99	920	596	235	92	671	456	460	1,894	1,915	767	9,555
Sozialhilfe	84	321	517	193	169	542	1,599	123	30	433	77	72	1,007	822	..	5,959
Wohngeld	65	709	898	98	117	3,896	120	108	507	532	576	31	1,654	2,612	811	12,227
Sonstige	195	234	..	168	938	414	897	127	52	..	141	427	353	42	1,209	5,145

Source ECHP.

* Data for Luxembourg refer to 1996.

Anhang 4: Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen im Haupttext

Verzeichnis der Abbildungen im Haupttext

<u>Nr.</u>	<u>Titel</u>	<u>Überschrift</u>	
1	3.1	Rahmen der sozialen Ausgrenzung in der Europäischen Union	21
2	4.1	Medianes Einkommensniveau in den EU-Mitgliedstaaten, KKS, 1997	31
3	4.2	Veränderung des Anteils der Personen mit „niedrigem“ und „hohem“ Einkommen, 1994-1997	33
4	4.3	Differenz zwischen den höchsten und den niedrigsten Einkommen in EU15, 1997	35
5	4.4	Einkommensverteilung in Dänemark und Portugal und Länderdurchschnitt, 1997	36
6	4.5	Lorenz-Kurven für die Einkommenskonzentration, 1997	38
7	4.6	Armutgefährdungsschwelle und medianes Einkommen der Armen 1997, KKS	39
8	4.7	Sen-Index und Armutgefährdung in der EU, 1997	41
9	4.8	Einkommensabweichungen vom nationalen Mittel im Lebensverlauf von Männern und Frauen, 1997	43
10	4.9	Einkommensabweichungen vom nationalen Mittel in Einpersonenhaushalten, nach Geschlecht und Alter, 1997	44
11	4.10	Einkommensabweichungen vom nationalen Mittel nach Bildung und Bildungsstand der erwachsenen Haushaltsmitglieder, 1997	45
12	4.11	Einkommensabweichungen vom nationalen Mittel nach Schichten, 1997	46
13	4.12	Armutgefährdung im Zusammenhang mit Staatsbürgerschaft und Bildungsstand, 1997	50
14	4.13	Armutgefährdung im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit, 1997	50
15	4.14	Armutgefährdung im Zusammenhang mit der Erwerbsintensität des Haushalts, 1997	51
16	4.15	Armutgefährdung in verschiedenen Haushaltssituationen, 1997	52
17	5.1A	Anteile mit n Jahren Erfahrungen unter der Armutgefährdungsgrenze (60 % des Medianeinkommens)	57
18	5.1B	Anteile mit n Jahren Erfahrungen unter der Armutgefährdungsgrenze (70 % des Medianeinkommens)	58
19	5.2	Erwarteter Anteil Armutgefährdeter für die Dauer von n Jahren unter Zugrundelegung einer Armutgefährdungsgrenze von 70 % des Medianeinkommens nach Ländern bei Unabhängigkeit	59
20	5.3	Anteil der n Jahre Armutgefährdeten (70 % des Medianeinkommens) als Bruchteil aller Jahre im Zustand der Armutgefährdung	59
21	5.4	Abgangsquoten aus der Armutgefährdung bei 60 % des Medianeinkommens n Jahre nach 1994	63
22	5.5	Abgangsquoten aus der Armutgefährdung bei 70 % des Medianeinkommens n Jahre nach 1994	63
23	5.6	Quoten des Rückfalls in die Armutgefährdung bei 60 % des Medianeinkommens n Jahre nach Abgang 1995	64
24	5.7	Quoten des Rückfalls in die Armutgefährdung bei 70 % des Medianeinkommens n Jahre nach Abgang 1995	64
25	5.8	Wahrscheinlichkeitsquotient in Bezug auf n Jahre Armutgefährdung von Gruppen mit niedrigem bis mittlerem bzw. hohem Bildungsstand bei einer Armutgefährdungsgrenze von 60 % des Medianeinkommens	66
26	5.9	Wahrscheinlichkeitsquotient in Bezug auf n Jahre Armutgefährdung von Gruppen mit niedrigem bis mittlerem bzw. hohem Bildungsstand bei einer Armutgefährdungsgrenze von 70 % des Medianeinkommens	66

27	5.10	Wahrscheinlichkeitsquotient in Bezug auf n Jahre Armutsgefährdung von Arbeitern und Angestellten bei einer Armutsgefährdungsgrenze von 70 % des Medianeinkommens	67
28	5.11	Wahrscheinlichkeitsquotient in Bezug auf n Jahre Armutsgefährdung von Alleinerziehenden und Paaren mit 2 oder weniger Kindern bei einer Armutsgefährdungsgrenze von 70 % des Medianeinkommens	68
29	5.12	Wahrscheinlichkeitsquotient in Bezug auf n Jahre Armutsgefährdung von älteren Paaren und Paaren mit 2 oder weniger Kindern bei einer Armutsgefährdungsgrenze von 70 % des Medianeinkommens nach Ländern	68
30	5.13	Wahrscheinlichkeitsquotient in Bezug auf n Jahre Armutsgefährdung eines Paares mit 3+ Kindern im Vergleich zu Paaren mit 2 oder weniger Kindern bei einer Armutsgefährdungsgrenze von 70 % des Medianeinkommens	69
31	5.14	Anteil der Zugänge zur Armutsgefährdung aufgrund sinkender Einkommen oder steigender Bedürfnisse 1994-1996	70
32	5.15	Anteil der Abgänge aus der Armutsgefährdung aufgrund steigender Einkommen oder sinkender Bedürfnisse 1994-1996	71
33	5.16	Einkommensarten rückläufig beim Zugang zur Armutsgefährdung 1994-1996	72
34	5.17	Einkommensarten steigend beim Abgang aus der Armutsgefährdung 1994-1996	72
35	5.18	Wahrscheinlichkeiten des Zugangs und Abgangs bei einer Armutsgefährdungsgrenze von 70 % des Medianeinkommens wg. Änderung des Beschäftigungsstatus 1994-1995	73
36	5.19	Wahrscheinlichkeiten des Zugangs und Abgangs bei einer Armutsgefährdungsgrenze von 70 % des Medianeinkommens nach Veränderung in der Abhängigkeit von Sozialleistungen 1994-1995	74
37	5.20	Wahrscheinlichkeiten des Zugangs und Abgangs bei einer Armutsgefährdungsgrenze von 70 % des Medianeinkommens nach Veränderung in der Haushaltsgröße (HHG) 1994-1995	74
38	6.1	Quote der nichtmonetären Benachteiligung und der einkommensbezogenen Armutsgefährdung	79
39	6.2	Muster der nichtmonetären Benachteiligung	81
40	6.3	Index der Benachteiligung in der Lebensführung und einkommensbezogene Armutsgefährdungsquote (einfacher EU-Durchschnitt, 1997) nach sozialer Stellung des Haushalts	86
41	6.4	Veränderungen des Indexes der nichtmonetären Benachteiligung 1994-1997	88
42	7.1	Unterschied zwischen den Personen, die unterhalb und oberhalb der Armutsgefährdungsgrenze (60 % des medianen Einkommens) liegen, im Anteil derjenigen, denen mindestens jeweils eine Position bei den Dimensionen der Benachteiligung fehlt	97
43	7.2	Primäre Benachteiligung (3+ Positionen) nach Anzahl der Jahre in Armutsgefährdung (60%-Grenze)	100
44	7.3	Sekundäre Benachteiligung (3+ Positionen) nach Anzahl der Jahre in Armutsgefährdung (60%-Grenze)	101
45	7.4	Wirtschaftliche Belastung nach Anzahl der Jahre in Armutsgefährdung (60%-Grenze)	101
46	7.5	Mehrfache Benachteiligung (mindestens eine Position bei 2+/3+ Dimensionen der Benachteiligung) armutsgefährdeter Personen (60%-Grenze) in Welle 4	102
47	7.6	Mehrfache Benachteiligung (mindestens eine Position bei 3 oder mehr Dimensionen der Benachteiligung) nach Anzahl der Jahre in Armutsgefährdung (60 % des Medianeinkommens)	103
48	7.7	Anteil derjenigen, die sowohl unterhalb von 60 % des Medianeinkommens als auch unterhalb der entsprechenden Schwelle der aktuellen Benachteiligung in der Lebensführung in Welle 4 des ECHP liegen	105

49	7.8	Anteil derjenigen, die unterhalb der Benachteiligungsschwelle von 60 % des Medianeinkommens in der 4. Welle liegen, nach Anzahl der Jahre in Armutsgefährdung	105
50	7.9	Dauerhafte Armutsgefährdung und dauerhafte Benachteiligung bei der 60%-Grenze	106
51	7.10	Dauerhafte Benachteiligung und dauerhafte Armutsgefährdung (60%-Grenze)	106
52	7.11	Dauerhafte Benachteiligung bei der 60%-Grenze nach erfahrener Arbeitslosigkeit der Bezugsperson	107
53	7.12	Dauerhafte Benachteiligung bei der 60%-Grenze nach sozialer Schicht des Haushaltsvorstandes (für Spanien, Portugal und Griechenland werden Kleinbauern zusammen mit den manuell Tätigen ausgewiesen)	108
54	7.13	Dauerhafte Benachteiligung bei der 60%-Grenze, daran gemessen, ob der Haushaltsvorstand (Bezugsperson) von einer Trennung oder Scheidung betroffen ist	109
55	7.14	Dauerhafte Benachteiligung bei der 60%-Grenze nach Alleinerziehendenhaushalten	109
56	7.15	Anteil der durch dauerhafte Armutsgefährdung und dauerhafte Benachteiligung mit wirtschaftlichen Belastungen Konfrontierten, nach Land bei der 60%-Grenze	110
57	7.16	Ausmaß der wirtschaftlichen Belastungen nach dauerhafter Benachteiligung unter den dauerhaft Armutsgefährdeten	111
58	7.17	Querschnittsmaße für Armutsgefährdung und Benachteiligung	112
59	7.18	Verhältnis zwischen querschnittlicher „manifeste“ (M) und „latente“ (L) Benachteiligungsquote und (dem Durchschnitt von) einkommensbezogener Armutsgefährdungsquote/Quote der Benachteiligung in der Lebensführung (X)	113
60	7.19	Quoten der dauerhaften Armutsgefährdung und Benachteiligung	115
61	7.20	Quoten der Armutsgefährdung und Benachteiligung zu einem beliebigen Zeitpunkt	116
62	8.1	Durchschnittliche Rentenhöhe in KKS, 1997	122
63	8.2	Zusammensetzung der sonstigen Transfers, 1997	123
64	8.3	Durchschnittliche Höhe der sonstigen Transfers in KKS, 1997	124
65	8.4	Konzentrationskurven für sonstige Transfers für vier „typische“ EU-Länder, 1997	126
66	8.5	Renten und sonstige Transfers in vier Einkommensgruppen, 1997	128
67	8.6	Einkommensverteilung in EU15 vor und nach sonstigen Transfers, Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter 1997	130
68	8.7	Auswirkung von Familienleistungen auf die Armutsgefährdung der Kinder	130
69	8.8	Auswirkung von Arbeitslosenunterstützung auf die Armutsgefährdung der Arbeitslosen	131

Verzeichnis der Tabellen im Haupttext

Nr.	Titel	Überschrift	
1	4.1	Medianes Einkommensniveau 1994/1997, KKS	32
2	4.2	Einkommensverteilung in den EU-Mitgliedstaaten, Perzentile des Medians, 1997	35
3	4.3	Anteile und Konzentration der Einkommen in den Einkommensgruppen, 1997	37
4	4.4	Niedrigeinkommensquoten bei unterschiedlichen Schwellenwerten, 1997	38
5	4.5	Ein Profil der Armut in den EU-Mitgliedstaaten	40
6	4.6	Zusammenfassender Überblick über Wohlstand, Ungleichheit und Armutsgefährdung in den Mitgliedstaaten im Vergleich zum EU-Durchschnitt, 1997	42
7	4.7	Durchschnittseinkommen nach Alter und Geschlecht, Prozent vom Mittel	43
8	4.8	Mittleres Einkommen von Männern und Frauen in Einpersonenhaushalten, Prozent vom nationalen Mittel, 1997	44
9	4.9	Mittleres Einkommen nach Bildungsniveau, Prozent vom nationalen Mittel, 1997	45
10	4.10	Mittleres Einkommen nach sozialer Schicht, Prozent vom nationalen Mittel, 1997	46

11	4.11	Mittleres Einkommen nach Dauer der Arbeitslosigkeit, Prozent vom nationalen Mittel, 1997	47
12	4.12	Mittleres Einkommen nach Erwerbsintensität, Prozent vom nationalen Mittel, 1997	47
13	4.13	Mittleres Einkommen von Haushalten mit mehr als einem Erwachsenen, Prozent vom nationalen Mittel, 1997	48
14	4.14	Armutsgefährdung nach individueller sozialer Stellung	49
15	4.15	Armutsgefährdung nach sozialer Stellung des Haushalts	52
16	4.16	Relativer Fuzzy-Index der Armutsgefährdung nach individueller sozialer Stellung, 1997	53
17	4.17	Relativer Fuzzy-Index der Armutsgefährdung nach sozialer Stellung des Haushalts, 1997	54
18	5.1	Mittlere Armutsgefährdungsquote (A), Anteil der Personen, die im Zeitraum 1994-97 mindestens ein Jahr lang armutsgefährdet waren (B), und Quotient (B/A)	56
19	5.1A	Querschnittliche Armutsgefährdungsquoten und längsschnittliche Fuzzy-Parameter, ermittelt unter Zugrundelegung von 60 % des nationalen Medianeinkommens	61
20	5.1B	Mittlere Armutsgefährdungsquote, Quote der akuten Armutsgefährdung und Quote der dauerhaften Armutsgefährdung (1994-1997), einschließlich Schätzungen für Länder, aus denen Panel-Daten für drei Jahre vorliegen (Österreich, Luxemburg)	62
21	6.1	Quote der nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung im Vergleich zur einkommensbezogenen Armutsgefährdungsquote und zum Medianeinkommen	80
22	6.2	Index der nichtmonetären Benachteiligung: Schwankung nach Land und Dimension der Benachteiligung, 1997	80
23	6.3	Index der relativen nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung nach sozialer Stellung des Haushalts 1997 im Vergleich zum Benachteiligungsindex für die Bevölkerung des jeweiligen Landes als Ganzes	82
24	6.4	Index der relativen nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung nach sozialer Stellung der Einzelperson 1997 im Vergleich zum Benachteiligungsindex für die Bevölkerung eines Landes als Ganzes	83
25	6.5	Index der nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung im Vergleich zur einkommensbezogenen Armutsgefährdungsquote (einfacher EU-Durchschnitt, 1997) nach sozialer Stellung des Haushalts	84
26	6.6	Index der nichtmonetären Benachteiligung bzw. Benachteiligung in der Lebensführung im Vergleich zur einkommensbezogenen Armutsgefährdungsquote (einfacher EU-Durchschnitt, 1997) nach sozialer Stellung des Einzelnen	85
27	6.7	Variationskoeffizienten von Indizes der Benachteiligung und der Armutsgefährdung in den Untergruppen der Bevölkerung der Länder	87
28	6.8	Querschnittliche Entwicklungstendenzen beim nichtmonetären Index der Benachteiligung in der Lebensführung nach Land und Dimension der Benachteiligung, 1994 bis 1997	87
29	6.9	Indikatoren der akuten Benachteiligung und der dauerhaften Benachteiligung sowie Vergleich mit der einkommensbezogenen Armutsgefährdung im Längsschnitt	89
30	6.10	Indikatoren der mittleren, akuten und dauerhaften nichtmonetären Benachteiligung in der Lebensführung im Vergleich zu einkommensbezogenen Armutsgefährdungsquoten für die Erhebungsjahre 1994-1997, einschließlich Schätzwerten für Länder mit Paneldaten aus nur 3 Jahren: UK, A, D, L für nichtmonetäre Variablen; A und L für einkommensbezogene Variablen	91
31	7.1	Ausmaß der primären Benachteiligung von Personen mit einem Einkommen unterhalb von 60 % des Medianeinkommens in Welle 4	94
32	7.2	Ausmaß der sekundären Benachteiligung bei Personen mit einem Einkommen unterhalb von 60 % des Medianeinkommens in Welle 4	94
33	7.3	Ausmaß der Benachteiligung bezüglich Wohnungsmängeln bei Personen mit einem Einkommen unterhalb von 60 % des Medianeinkommens in Welle 4	95

34	7.4	Ausmaß der Benachteiligung bezüglich der Wohnungsausstattung bei Personen mit einem Einkommen unterhalb von 60% des Medianeinkommens in Welle 4	95
35	7.5	Ausmaß der Benachteiligung bezüglich des Wohnumfeldes bei Personen mit einem Einkommen unterhalb von 60 % des Medianeinkommens in Welle 4	96
36	7.6	Grad der Benachteiligung bezüglich Gesundheitszustand, sozialen Kontakten und Zufriedenheit von Personen mit einem Einkommen unterhalb von 60 % des medianen Einkommens, 1996	99
37	7.7	Querschnittliche „manifeste“ (M) und „latente“ (L) Benachteiligungsquoten: Verhältnis zur Armutsgefährdungsquote/Benachteiligungsquote	112
38	7.8	Dauerhafte (P) und akute (A) Quoten für verschiedene Maße der Armutsgefährdung und Benachteiligung	114
39	8.1	Sozialtransfers in Europa: globale Indikatoren	120
40	8.2	Transferanteile am verfügbaren Einkommen, nach vier Einkommensgruppen	121
41	8.3	Gewicht der Sozialtransfers im verfügbaren Einkommen der Empfänger	121
42	8.4	Gewicht der Renten im verfügbaren Einkommen der Empfänger	121
43	8.5	Gewicht der sonstigen Transfers im verfügbaren Einkommen der Empfänger, 1997	123
44	8.6	Verteilung der Sozialtransfers, 1997 und Veränderungen 1994-1997	125
45	8.7	Verteilung der Renten und sonstigen Transfers, 1997	125
46	8.8	Verteilung der Komponenten der sonstigen Transfers in der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, 1997	126
47	8.9	Anteil der sonstigen Transfers, die an Personen mit weniger als 60 % des Medianeinkommens vor Transfererhalt gezahlt werden	127
48	8.10	Indikatoren der Armutsgefährdung vor und nach Sozialtransfers	129
49	8.11	Die Auswirkung von Sozialtransfers auf die langfristige Armutsgefährdung	132